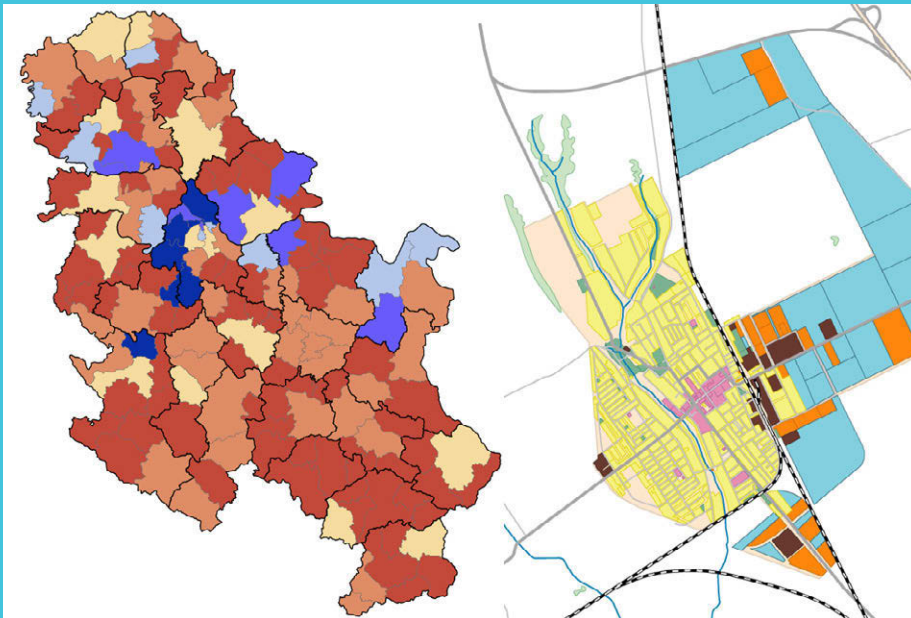


Andreas Winkler

Räumliche Differenzierung und lokale Entwicklung

Divergente Transformationspfade am Beispiel
serbischer Kommunen



University
of Bamberg
Press

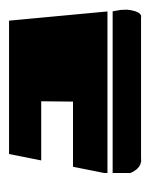
28 Bamberger Geographische Schriften

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

herausgegeben vom Institut für Geographie
Andreas Dix, Daniel Göler, Marc Redepenning, Gerhard Schellmann

Schriftleitung: Astrid Jahreiß

Heft 28



University
of Bamberg
Press

2015

Räumliche Differenzierung und lokale Entwicklung

Divergente Transformationspfade am Beispiel serbischer Kommunen

Andreas Winkler

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Diese Arbeit hat der Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg als Dissertation vorgelegen.

1. Gutachter: Professor Dr. Daniel Göler

2. Gutachter: Professor em. Dr. Hans Becker

Tag der mündlichen Prüfung: 17.12.2014

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek Bamberg erreichbar. Kopien und Ausdrücke dürfen nur zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch angefertigt werden.

Herstellung und Druck: docupoint, Magdeburg

Umschlaggestaltung: University of Bamberg Press, Anna Hitthaler

Umschlaggrafik: © Andreas Winkler

© University of Bamberg Press Bamberg 2015

<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 0344-6557

ISBN: 978-3-86309-318-1 (Druckausgabe)

eISBN: 978-3-86309-319-8 (Online-Ausgabe)

URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus4-263793

Vorwort

Bei der Arbeit zu vorliegender Dissertation hatte ich zahlreiche Hilfen, die hier bei weitem nicht vollständig genannt werden können. Einige möchte ich jedoch explizit erwähnen. Ganz besonders danke ich den vielen Personen, die mich in der empirischen Arbeit vor Ort unterstützt haben und ohne deren Hilfe die Bearbeitung dieses Themas so nicht möglich gewesen wäre. Ich danke ihnen für ihr großes, selbstloses Engagement beim Vermitteln von Kontakten, beim Zugang zu Informationen und für die überwältigende Gastfreundschaft sowie Hilfe im Alltag. Explizit sei hier Mikica Sibinović, Dr. Marija Martinović, Aljoša Budović, Jovana Todorčić, Aleksandra Malić und Nikola Jocić gedankt.

Zu würdigen sind zudem alle Interviewpartner, sowie die vielen Personen in den lokalen Administrationen und in staatlichen Behörden, die mir Kontakte vermittelt oder Informationen zugänglich gemacht haben. In gleicher Weise spreche ich meinen Dank allen hier nicht erwähnten Personen aus, die mir in Diskussionen im Rahmen von Konferenzen und Kolloquien sowie in persönlichen Gesprächen theoretische und methodische Hinweise geben konnten.

Prof. Dr. Ivan Ratkaj und Prof. Dr. Mirko Grčić danke ich für die Angliederung an die Geographische Fakultät in Belgrad, für die große Gastfreundschaft, fruchtbare Diskussionen und thematischen Hinweise. Zudem möchte ich Prof. Dr. Zaiga Krisjane von der Universität Lettlands in Riga für theoretische und methodische Hinweise sowie anregende Kritik danken, sowie Herbert Sohmer für die sorgfältige Erstellung von Karten.

Auch möchte ich Herrn Prof. em. Dr. Hans Becker danken, trotz seiner Emeritierung auf meinen Wunsch hin die Zweitbegutachtung dieser Arbeit zu übernehmen. Genauso danke ich ihm für die anregenden Gespräche zum Sachverhalt. Ganz ausdrücklich bedanke ich mich bei Herrn Prof. Dr. Daniel Göler, der mir erst die Möglichkeit zur Promotion geboten hat. Besonders möchte ich hier auf die intensive und hilfreiche Betreuung verweisen. Die richtigen Anregungen und Hinweise zur richtigen Zeit haben mich in meiner Arbeit stets unterstützt.

Persönlicher Dank gilt nicht zuletzt meinen Eltern und allen anderen, die mich auf meinem Weg ermutigt und mir zur Seite gestanden haben.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Tabellen	XI
Verzeichnis der Abbildungen	XIII
A Methodisch-konzeptionelle Grundlagen	1
1 Zum Untersuchungsgegenstand	1
1.1 Thematische Eingrenzung	2
1.1.1 Räumliche Dynamiken in der Transformation	3
1.1.2 Lokale Entwicklung: Transformation von Kleinstadtökonomien und die Rolle der serbischen Opština	6
1.1.3 Der Untersuchungsraum und seine Transformation	11
1.2 Zur aktuellen Lage – Regionale Ungleichheit in Serbien	15
1.3 Problem- und Fragestellung	22
2 Theoretischer Zugang	24
2.1 Makrostrukturen: Polarisierung, Agglomeration und Fragmentierung	25
2.1.1 Regionale Polarisierungstheorie	25
2.1.2 <i>New Economic Geography</i> – geographische Ökonometrie	27
2.1.3 Theorie der fragmentierenden Entwicklung	30
2.2 Meso- und Mikrostrukturen: Pfadabhängigkeit und Resilienz	31
2.2.1 Konzept der Pfadabhängigkeit – Institutionen, Ökonomie und Raum ...	32
2.2.2 Lokale Resilienz als Anpassungsfähigkeit	38
2.2.3 Das Pfadabhängigkeitskonzept dieser Studie – Eine kritische Synthese	40
2.3 Positionierung der Arbeit: <i>geography matters, history matters,</i> <i>institutions matter</i>	43
3 Konzeption und Methoden	46
3.1 Konzeption und Aufbau der Studie	46
3.2 Empirische Methoden und Datenlage	48
3.2.1 Sekundärstatistische Daten und weitere Dokumente	49
3.2.2 Qualitative Analysen und Empirie auf lokaler Ebene	51

B	Makroanalyse – Transformation und räumliche Entwicklung	54
1	Serbiens Transformation: Sozioökonomische Folgen und räumliche Differenzierungen	54
1.1	Marktsozialistische Ausgangsbedingungen	55
1.1.1	Der jugoslawische Sonderweg: Sozialgeschichtlicher Überblick	55
1.1.2	Arbeit und Wohlstand im Sozialismus der SFR Jugoslawien	60
1.2	Das verlorene Jahrzehnt: Ökonomische Zerstörung statt Restrukturierung in den 1990er Jahren	66
1.2.1	Exogene Schocks und transformatorische Lähmung: Chronologie der Ereignisse	67
1.2.2	Beschäftigung und Einkommen in den 1990er Jahren	70
1.2.3	Makroökonomische und wirtschaftskulturelle Folgen des verlorenen Jahrzehnts	74
1.3	Endlich Transformation: Serbiens Weg zurück in die Marktgesellschaft ab 2000	81
1.3.1	Zwischen Neuordnung und Reformstau: Chronologie der Ereignisse ..	82
1.3.2	Makroökonomische und wirtschaftskulturelle Stabilisierungen und Entwicklungen	86
1.3.3	Beschäftigung und Einkommensmöglichkeiten seit der „Bulldozer“-Revolution	91
1.4	Transformationsperioden und deren räumliche Differenzierungen	97
1.4.1	Serbiens Transformation im Überblick: Eine Typologie	97
1.4.2	Bevölkerungsentwicklung im Konnex der Migrationsbewegungen	103
1.4.3	Räumlich-zeitliche Analyse der Beschäftigung	107
1.4.4	Räumliche-zeitliche Analyse von privaten Einkommen	113
1.4.5	Typologie der räumlichen Entwicklungen	120
2	Privatisierung, Direktinvestitionen und regionale Entwicklung	126
2.1	Andere Privatisierungsstrategie – andere regionale Auswirkungen	126
2.1.1	Der serbische Privatisierungsprozess	128
2.1.2	Analyse regionaler Privatisierungswirkungen	138
2.1.3	Fallstudie <i>Privatisierung</i> : Das Textilkombinat NITEX	148
2.2	Ausländische Direktinvestitionen: Struktur und Verteilung	152

2.2.1	Direktinvestitionstätigkeit in Serbien im Überblick	154
2.2.2	Räumliche Verteilung ausländischer Direktinvestitionen	158
3	Zwischenfazit: Räumliche Entwicklungen	162
4	Fallauswahl: Warum Indija, Bečej und Knjaževac?	163
C	Meso- und Mikroanalyse – Aspekte lokaler Transformationen und Pfadabhängigkeiten	168
1	Wirtschafts- und Industriegeschichte bis 1991	168
1.1	Perpetuierung von Rückständigkeit – Industriegeschichte bis 1941	168
1.1.1	Vor- und protoindustrielle Rahmenbedingungen	169
1.1.2	Frühindustrielle Ansätze bis zum Ersten Weltkrieg	172
1.1.3	Stagnation in der Zwischenkriegszeit	176
1.2	Industrialisierung im sozialistischen Jugoslawien	180
1.2.1	Ausstattung mit Großbetrieben: Konservendosen und Autoteile in Bečej	181
1.2.2	Anschluss der Peripherie: Knjaževacs Weg zur Industriestadt	185
1.2.3	Industrielle Diversifizierung und Kleinstbetriebe: Das Beispiel der Gemeinde Indija	192
1.3	Zwischenfazit	194
2	Zwischen Persistenz und Wandel – Aspekte divergenter Transformationspfade	197
2.1	Zusammenbruch: Niedergang der ökonomischen Landschaften	197
2.1.1	Sektoraler Strukturwandel in den 1990er Jahren	197
2.1.2	Niedergang eines Industriestandortes: Beispiel Knjaževac	202
2.1.3	Fallstudie <i>Niedergang</i> : Das ehemalige Textilkombinats Branka Dinić in Knjaževac	208
2.2	Persistenz: strukturelle Hinterlassenschaften	211
2.2.1	Privatisierungen und Restrukturierungen	211
2.2.2	Fallstudie <i>Persistenz</i> : Das Agro-Industrie-Kombinats PIK Bečej	216
2.2.3	Selbstständigkeit und Kleinstbetriebe	221
2.3	Reorganisation: Reformen, Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen	224

2.3.1	Internationale Zusammenarbeit, Verwaltungsreformen und Außendarstellung	224
2.3.2	Ausländische Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen	231
2.3.3	Fallstudie <i>Reorganisation</i> : Programmierer für Indija	240
2.3.4	Endogene Unternehmensgründungen	245
2.4	Zwischenfazit	251
3	Mikrostandorte	253
3.1	Geschäftsklima	253
3.2	Divergente Entwicklungen der Gemeindebudgets	258
3.3	Kartierungen der ökonomischen Landschaft	261
D	Synthese und Einordnung der Ergebnisse	269
1	Divergente Entwicklungspfade	269
1.1	Das Krisenjahrzehnt der 1990er Jahre – Niedergang und Resilienzen in einer fragmentierenden Entwicklungsphase	271
1.2	Divergente Entwicklungen nach 2000	274
1.2.1	Räumliche Polarisierung – <i>geography matters</i>	274
1.2.2	Wirtschaftsstrukturelle Hinterlassenschaften – <i>history matters</i>	276
1.2.3	Institutionelle Anpassungen – <i>institutions matter</i>	279
1.3	Typologie der Entwicklungspfade	282
2	Schlussbemerkungen	286
2.1	Diskussion und weitere Forschung	286
2.2	Implikationen für die Politik	288
	Literaturverzeichnis	291
	Anhang	327

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Theoretischen Annahmen der <i>New Economic Geography</i>	28
Tab. 2:	Chronologie wichtiger Ereignisse der serbischen Transformation	85
Tab. 3:	Wichtigste Außenhandelspartner nach Anteil am Gesamt-Import bzw. -Export in den Jahren 2004 und 2012 (2004 inkl. Montenegro) .	89
Tab. 4:	Typologie der serbischen Transformationsphasen	102
Tab. 5:	Ausmaß der regionalen Einkommens-Differenzierungen	115
Tab. 6:	Typologie der serbischen Transformationsphasen und deren räumliche Ergebnisse	124
Tab. 7:	Typologie der Unternehmensprivatisierungs-Modelle in Serbien	136
Tab. 8:	Unternehmen im nicht-finanziellen Sektor nach Eigentumsformen von 2002 bis 2007	137
Tab. 9:	Privatisierungen des nicht-finanziellen Sektors nach den Privatisierungsgesetzen von 1997 und 2001, bis Ende 2004, nach ausgewählten Bezirken	140
Tab. 10:	Beschäftigungsentwicklungen in privatisierten Unternehmen und allen Unternehmen des nicht-finanziellen Sektors	143
Tab. 11:	Typologie der räumlichen Entwicklungen nach den serbischen Privatisierungsmodellen	148
Tab. 12:	Netto-Zufluss von ADI nach Zeitphasen in die Länder Südosteuropas (bis 2000 Serbien und Montenegro zusammen)	154
Tab. 13:	Netto-Zufluss von ADI nach Serbien (bis 2000 Serbien und Montenegro)	154
Tab. 14:	ADI in Serbien nach den wichtigsten Herkunftsländern zwischen 2001 und Juni 2013	157
Tab. 15:	ADI in Serbien nach den wichtigsten Sektoren zwischen 2001 und Juni 2013	157
Tab. 16:	Anzahl von Greenfield-Investitionsprojekten (mind. 1 Mio. EUR) nach Region und Zeitraum	161
Tab. 17:	Gesamtsumme der Greenfield-Investitionsprojekte (mind. 1 Mio. EUR) nach Region und Zeitraum	161
Tab. 18:	Fallauswahl aus den serbischen Städten zwischen 15.000 bis 50.000 Einwohner, mit siedlungsstrukturellen und wirtschaftlichen Indikatoren	165

Tab. 19: Branchenstruktur der lokalen Industriebetriebe im Jahr 1938, nach heutigem Gemeindegebiet	179
Tab. 20: Landwirtschaftliche Nutzflächen nach Eigentumsformen 1960 und 1990 in Hektar	183
Tab. 21: Industriebetriebe (über 100 Beschäftigte) in der Kommune Indija Ende der 1980er Jahre	194
Tab. 22: Vergleich der Beschäftigtenzahlen der Jahre 1989 und 2001	198
Tab. 23: Vergleich der Bruttonationaleinkommen der Jahre 1989 und 2001 ...	199
Tab. 24: Struktur des Bruttonationaleinkommens nach Aktivität für die Jahre 1989 und 2001	199
Tab. 25: Anteil der Knjaževacer Unternehmen am lokalen Bruttonationaleinkommen aus industrieller Tätigkeit	202
Tab. 26: Eigentumsverhältnisse an der Konkursmasse des ehemaligen Textilkombinats Branka Dinić	209
Anhang Tab. 1: BIP <i>per capita</i> (zu laufenden Preisen in US-Dollar) in den post-sozialistischen Staaten Südosteuropas, ausgewählte Jahre	327
Anhang Tab. 2: Rücküberweisungen nach Serbien und Anteil am BIP seit 2000	328
Anhang Tab. 3: Interviews mit Administrationen, Agenturen und anderen Organisationen	330
Anhang Tab. 4: Interviews mit Mitarbeitern von Unternehmen; grau hinterlegt sind Kurzinterviews und Gesprächsnotizen	331
Anhang Tab. 5: Privatisierungen (über 10 Beschäftigte oder Buchpreis über 100 Tsd. Euro) in der Kommune Bečej unter dem Privatisierungsgesetz von 2001 (Stand Oktober 2012)	332
Anhang Tab. 6: Privatisierungen (über 10 Beschäftigte oder Buchpreis über 100 Tsd. Euro) in der Kommune Indija unter dem Privatisierungsgesetz von 2001 (Stand Oktober 2012)	333
Anhang Tab. 7: Privatisierungen (über 10 Beschäftigte oder Buchpreis über 100 Tsd. Euro) in der Kommune Knjaževac unter dem Privatisierungsgesetz von 2001 (Stand Oktober 2012)	334
Anhang Tab. 8: ADI in der Gemeinde Bečej von 2001 bis Juni 2013	335
Anhang Tab. 9: ADI in der Gemeinde Indija von 2001 bis Juni 2013	336
Anhang Tab. 10: ADI in der Gemeinde Knjaževac von 2001 Juni 2013	337

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Index der sozioökonomischen Belastung der serbischen Gemeinden für das statistische Jahr 2009.....	17
Abb. 2:	Index der Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungsindex und deren Beziehung zueinander	19
Abb. 3:	Thematischer und methodischer Aufbau der Untersuchung.....	48
Abb. 4:	Arbeitslosenquote in den Regionen Jugoslawiens (nach Republiken und Autonomen Provinzen) von 1959 bis 1990	62
Abb. 5:	Beschäftigtenzahlen (in rechtlichen Einheiten) nach Wirtschaftssektoren in Serbien (ohne Kosovo)	71
Abb. 6:	Reales Wachstum des BIP und des industriellen BIP Serbiens von 1989 bis 2002 (ab 1999 ohne Kosovo)	75
Abb. 7:	Exporte, Importe und Außenhandelsbilanz der BRJ von 1990 bis 2001	77
Abb. 8:	Reales Wachstum des BIP und des industriellen BIP Serbiens von 2000 bis 2012	87
Abb. 9:	Exporte, Importe und Außenhandelsbilanz der Republik Serbien von 2000 bis 2009 (ohne Montenegro).....	88
Abb. 10:	Arbeitsmarktentwicklungen: Beschäftigtenzahlen, Beschäftigungsquote an der Bevölkerung und Rate der Erwerbslosigkeit (ILO-Definition) von 2000 bis 2011	93
Abb. 11:	Durchschnittliche Netto-Monatslöhne und -gehälter in Serbien von Juli 2001 bis Dezember 2010 (Nominal umgerechnet in Euro)....	94
Abb. 12:	Nominallöhne, Verbraucherpreise und Reallöhne in Serbien von Juli 2001 bis Dezember 2010 (Index Juli 2001 = 100)	94
Abb. 13:	BIP, industrielles BIP, Gesamtbeschäftigung und Beschäftigung im produzierenden Sektor von 1989 bis 2011 (Index 1989 = 100)	98
Abb. 14:	Arbeitsproduktivität in Serbien (nach Beschäftigtenzahlen und realem BIP zu konstanten Preisen). Bereinigte Schätzung beinhaltet Annahmen zur verdeckten Arbeitslosigkeit	99
Abb. 15:	Bevölkerungsentwicklungen zwischen den drei Zensusjahren 1991, 2002 und 2011 nach Agglomerationsräumen und Regionen	104
Abb. 16:	Wanderungsrate zwischen den Zensusjahren 2002 und 2011	106
Abb. 17:	Beschäftigungsentwicklungen (in rechtlichen Einheiten) in den serbischen Gemeinden für die Jahren 1990 bis 2000 und 2001 bis 2011 (Ausgangsjahr Index = 100)	109

Abb. 18: Durchschnittliches Einkommensniveau (Löhne und Gehälter) in den serbischen Gemeinden im Vergleich zum gesamtserbischen durchschnittlichen Monatseinkommen der Jahre 1989, 2001 und 2011 (Index Gesamtserbien = 100)	116
Abb. 19: Anteil der Beschäftigten (in rechtlichen Einheiten) nach Eigentumsform in Serbien	138
Abb. 20: Unternehmensprivatisierungen (Privatisierungsgesetzen 1997 und 2001) bis Ende 2004 nach Bezirken (ohne Belgrad und Süd-Bačka) ..	140
Abb. 21: Industrie-Beschäftigungsentwicklung (in rechtlichen Einheiten) in den serbischen Gemeinden für die Jahre 1997 bis 2001 und 2002 bis 2006 (Ausgangsjahr Index = 100)	145
Abb. 22: Streikende Arbeiter vor dem NITEX-Werk in Niš	150
Abb. 23: ADI von 2001 bis Juni 2013 nach Zielgemeinden (inkl. Darstellung der zentralen Verkehrsachsen)	159
Abb. 24: Karte der ausgewählten lokalen Beispiele	166
Abb. 25: Beschäftigtenzahlen in den vier größten Unternehmen der Kommune Knjaževac	206
Abb. 26: Auf dem Betriebsgelände des Textilkombinats Branka Dinić	209
Abb. 27: Organisationsstruktur des Agro-Industriekombinats PIK Bečej Poljoprivreda a.d. nach dessen Überführung in eine Aktiengesellschaft (Stand 2006)	219
Abb. 28: Anteil der Beschäftigten in Selbständigkeit (plus deren Mitarbeiter) an der arbeitsfähigen Bevölkerung (15-64 Jahre)	222
Abb. 29: Indijas Auszeichnung im fDi Magazine February/March 2008	229
Abb. 30: Indjias Auszeichnung im fDi Magazine February/March 2012	229
Abb. 31: Eine Werbetafel am Ortseingang von Indija	229
Abb. 32: Verlauf einer Kontaktaufnahme eines ausländischen Investors	233
Abb. 33: Ansicht des ersten Gebäudekomplexes des IT-Parks Indija	242
Abb. 34: Planungseinteilung in Bauphasen; rot markiert ist der Ende 2013 fertiggestellte erste Gebäudekomplex der ersten Phase	243
Abb. 35: Anzahl aller registrierten Geschäftseinheiten (Unternehmen mit einer Rechtspersönlichkeit und Einzelunternehmer/Selbständige) ...	246
Abb. 36: Idealtypische Darstellung der postsozialistischen Gründungsdynamik und schematisch für den serbischen Fall	246

Abb. 37: Bewertungen des Geschäftsklimas (lokal und national) durch die jeweiligen Vertreter der lokalen Unternehmen in den drei Untersuchungsgemeinden	256
Abb. 38: Laufende jährliche Pro-Kopf-Einnahmen der Kommunen (in US-Dollar, zu nominalen Wechselkursen)	260
Abb. 39: Gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung auf dem Gebiet der Stadt Bečej	266
Abb. 40: Gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung auf dem Gebiet der Stadt Indija	267
Abb. 41: Gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung auf dem Gebiet der Stadt Knjaževac	268
Abb. 42: Transformationspfade der Beschäftigung (in rechtlichen Einheiten) .	271
Abb. 43: Transformationspfade der Beschäftigung (gesamt)	271
Anhang Abb. 1: Entwicklung des BIP in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas (Index 1989 = 100)	327
Anhang Abb. 2: Exporte und Importe der BRJ, Serbien und Montenegro bzw. der Republik Serbien (bis 2003 inkl. Montenegro)	328
Anhang Abb. 3: Kartendarstellung des Index zur verkehrsinfrastrukturellen Konnektivität (Peripherie-Index)	329
Anhang Abb. 4: Bevölkerungsentwicklungen der untersuchten Gemeinden nach den Zensus seit 1948	329
Anhang Abb. 5: Bevölkerungsentwicklungen der untersuchten Gemeinden nach ländlichen Siedlungen und dem Verwaltungszentrum, nach den Zensus seit 1948	330

A Methodisch-konzeptionelle Grundlagen

1 Zum Untersuchungsgegenstand

Nicht nur die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, sondern auch der Ort bestimmt für die Bevölkerung eines Landes ihre gesellschaftliche Lage sowie ihre Möglichkeit der Teilhabe an der gesamtstaatlichen Entwicklung. Die Herausbildung, Veränderung und Differenzierung von räumlichen Ungleichheiten ist dabei stets ein Indikator für übergeordnete, gesellschaftliche und ökonomische Dynamiken. Volkswirtschaftliche Auf- und Abschwünge wie auch nationale Politiken wirken aufgrund divergenter ökonomischer und sozialer Strukturen nicht überall gleich. Genauso führen uneinheitliche Reorganisationen und Anpassungen an globale Veränderungen zu räumlich ungleichen Wirtschafts- und Lebensbedingungen. Im Kontext hochentwickelter Staaten werden enorme Geldsummen aufgebracht, um diese Ungleichheiten durch Strukturmaßnahmen abzubauen. Das politische Ziel der Konvergenz, der Schaffung räumlich gleichwertiger Lebensverhältnisse, ist allerdings in den meisten globalen Zusammenhängen kaum realisierbar, da hierfür schlicht die Mittel fehlen und der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung bzw. dem Wachstum Vorrang eingeräumt wird.

Nach der europäischen Zeitenwende von 1989/1990 waren Konsolidierung und Wachstum die primären wirtschaftspolitischen Ziele in vielen ehemals sozialistischen Ländern. Dabei besaßen insbesondere wirtschaftsliberale Positionen eine hohe Anziehungskraft. Sie erfuhren eine breite Unterstützung aufgrund der Klarheit und Zielorientierung des gesellschaftlichen Transformationsprojekts (PICKEL 1998: 124). Im Sinne einer „Schocktherapie“ und „nachholenden Entwicklung“ sollten die Länder zu einer schnellen Modernisierung geführt werden (vgl. SCHRADER 2003: 84). Es wurde nur allzu gern den Versprechen eines Rückgangs der Armut durch die globalen Marktkräfte, wie freien Handel und offene Märkte, geglaubt (HARVEY 2007: 74). Ein solcher liberaler Zugang der *zweiten Moderne* ist jedoch *per se* nicht auf räumliche Konvergenz, sondern auf Konkurrenz, Verdrängung und Differenzierung ausgerichtet (SCHOLZ 2004: 216f.). Derlei gesellschaftliche Stratifikationen und die damit einhergehenden Vergrößerungen räumlicher Disparitäten wurden in den betreffenden Transformationsländern jedoch in Kauf genommen, aufgrund des enormen Reformbedarfs des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems.

In der folgenden Einleitung wird zunächst der thematische Rahmen festgelegt und der Forschungsgegenstand räumlich sowie zeitlich abgegrenzt (Kap. A.1.1). Anschließend erfolgt ein Überblick zur aktuellen Situation regionaler Ungleichheiten innerhalb des Untersuchungsraumes (Kap. A.1.2), um darauf

aufbauend die zentrale Fragestellung zum Forschungsproblem divergenter räumlicher und lokaler Entwicklungen zu erarbeiten (Kap. A.1.3).

1.1 Thematische Eingrenzung

Nach der jeweiligen Wende in den mittelosteuropäischen (MOE) und südosteuropäischen (SOE) Staaten kam es in diesen zu hochdynamischen, räumlichen Differenzierungen. Diese sind – thesenhaft formuliert – einerseits der allgemeinen Wirkung der Globalisierung zuzuschreiben, andererseits sind sie auch Teil von Prozessen, die in Zusammenhang mit dem Zerfall der ehemaligen politischen und ökonomischen Systeme und der daraus resultierenden Transformation stehen.

Allein durch Systemwechsel, Strukturwandel oder Modernisierung lassen sich weder die nationalen gesamtgesellschaftlichen Transformationspfade noch kleinräumliche Entwicklungen in den Transformationsstaaten erschöpfend erklären. Eine konzeptionelle Betrachtung der spezifischen Geschichte ist unerlässlich, um das sozialistische Erbe der Transformationsländer bei der Analyse der heutigen sozioökonomischen Gegebenheiten nicht zu vernachlässigen. Das soziale, kulturelle und institutionelle Erbe zeigt sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausprägungen, während das materielle Erbe der sozialistischen und sogar vor-sozialistischen Vergangenheit in den ökonomischen Strukturen der Städte und Regionen zu finden ist (DOMAŃSKI 2011: 175). Auch der spezifische Charakter der Transformationserscheinungen sollte demnach stets in Überlegungen zu den regional oder lokal beobachtbaren Erscheinungen integriert werden (FASSMANN 1999: 11). In einer solchen Vorstellung von Transformation werden weitaus mehr endogene und exogene Faktoren berücksichtigt als dies die Sichtweise eines schlichten „technokratischen“ Institutionentransfers annimmt (SCHRADER 2003: 85). Eine pfadabhängige Analyse regionaler und lokaler Phänomene muss stets vor dem Hintergrund der „großen Transformationen“ (STARK 1992a) beurteilt werden. Eine geographische Transformationsforschung muss sich nach STADELBAUER (2000: 65) ohnehin dadurch auszeichnen, dass sie in der Lage ist, einzelne Aspekte der Transformation vor übergeordneten Entwicklungen zu beurteilen – und die lokale, regionale, nationale und globale Betrachtungsebene miteinander zu verknüpfen.

Innerhalb der Forschungsperspektive der geographischen Transformationsforschung werden hier die räumlichen Entwicklungstendenzen eines europäischen Sonderfalls, der Republik Serbien, untersucht. Die besondere Entwicklung Serbiens begründet sich zum einen aus seiner Vergangenheit in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ), die einen „dritten Weg“ zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft verfolgte (GUMPEL 1975:

199), zum anderen aus der äußerst schwierigen und stark verzögerten Transformation.

Die Analyse dieser Entwicklung eröffnet damit einen Blick auf die räumliche Wirkung großer makroökonomischer Krisen und unterschiedlicher Transformationsaspekte. Die Untersuchung bleibt dabei nie auf der abstrakten Ebene, sondern beschreibt stets die konkreten lokalen Ausprägungen der übergeordneten Entwicklungen – unter Berücksichtigung der gewachsenen ökonomischen Basis der Orte und deren gemeinsamer Vergangenheit. Das Thema dieser Studie steht somit in einer Reihe mit Regionalstudien, die sich mit folgender Frage beschäftigen: Wie beeinflussen wirtschaftliche Krisen oder Aufholprozesse die Entwicklung räumlicher Ungleichheiten und welche konkreten lokalen Phänomene resultieren daraus?

1.1.1 Räumliche Dynamiken in der Transformation

Trotz der Vielzahl an Faktoren, die an räumlichen Dynamiken beteiligt sind, und trotz der unterschiedlichen nationalen Kontexte, lassen sich generelle räumliche Entwicklungsmuster in den europäischen Transformationsstaaten identifizieren. Aus der Menge an Untersuchungen, die sich mit der übergeordneten Interpretation sozioökonomischer regionaler Ungleichheiten beschäftigen, ergeben sich typische gemeinsame Raumentwicklungen. Meist stehen in den Studien innerstaatliche Differenzierungen im Fokus. Sie betonen die Vergrößerung der bereits angelegten Ungleichheiten der Länder. Diese geht einher mit der Peripherisierung ländlicher Regionen gegenüber einem überproportionalen Wachstum in den Zentren, insbesondere den Hauptstädten und deren Umland. Letztere profitieren dabei vom finanziellen, politischen und sozialen Kapital, vom Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen, internationaler Zusammenarbeit, Wissen und Humankapital sowie von den generellen Kräften, die dort Unternehmerschaft und den tertiären bzw. quartären Sektor bevorzugen (u.a. GORZELAK 1994, 1996; ENYEDI 1994; MEUSBURGER 1995, 2001; SZLACHTA 1995; DUNFORD & SMITH 1998; FÖRSTER 1999; HELLER 1999; BACHTLER et al. 2000; DUNFORD 2000; PETRAKOS et al. 2000; SMITH 2000; SMITH & PAVLÍNEK 2000; DÖVÉNYI 2001; BUCHHOFER 2003; MCMASTER 2004; MONASTIRIOTIS 2008, 2013; BANERJEE et al. 2012; DALLAGO 2013).

Unterentwickelte ländliche Regionen kennzeichnen sich durch eine marginale Investitionstätigkeit, den Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten sowie hohe Abwanderungsraten der jungen und besser qualifizierten Bevölkerung. Davon unabhängig sind altindustrielle Regionen, die ehemals treibenden Kräfte wirtschaftlicher Entwicklung sozialistischer Planwirtschaften, am stärksten benachteiligt (z.B. FÖRSTER 1999; DÖVÉNYI 2001). Diese leiden ganz explizit unter den Restrukturierungsmaßnahmen und politischen Anpassungen an eine

Marktwirtschaft „westlichen Typs“. Der Verlust der Märkte, die Kürzung staatlicher Zuwendungen sowie Unternehmenskonkurse, Privatisierungen und Rationalisierungen führen dort zu enormen sozialen und ökonomischen Herausforderungen (z.B. BACHTLER et al. 2000: 359ff. PETRAKOS et al. 2000: 24ff.).

Bei gleichzeitigem Mangel an endogener Entwicklung, wie einheimischer Gründungstätigkeit, werden somit die mono-strukturellen industriellen Regionen und peripheren ländlichen Gebiete weiter abgekoppelt. In Untersuchungen zu Kennzahlen industrieller Entwicklungen finden sich bisweilen unklarere räumlich verteilte Muster, wie Dispersions- oder Fragmentierungstendenzen (BUCHHOFFER 2003; GÖLER 2005; GÖLER et al. 2007). Demgegenüber zeigen ausländische Direktinvestitionen (ADI) und die Entwicklung des tertiären Sektors stets räumlich polarisierende Wirkungen, mit deutlichen Konzentrations-tendenzen zu den Hauptstädten.

Zudem kommt in den Untersuchungen zu den MOE-Staaten eine Ost-West-Differenzierung zum Ausdruck, welche die Nähe zur „alten“ EU und deren starken Ökonomien betont (inbes. GORZELAK 1996; FASSMANN 1999; PETRAKOS et al. 2000: 30ff.). Solche Grenzregionen profitieren dabei von Investitionen, grenzüberschreitenden Kooperationen, sowie Tourismus- und Einkaufsbesuchen (BACHTLER et al. 2000: 361). Implizit sind damit auch kulturelle und historische Verbindungen dieser Regionen des früheren Ostblocks mit den angrenzenden westlichen europäischen Staaten angedeutet (z.B. MAIER & ROSENMAYR 2000).

Die räumlichen Entwicklungen in den Ländern Südosteuropas sind denen in Mitteleuropa in vielen Punkten sehr ähnlich. Jedoch finden sich ebenso entscheidende Unterschiede, die letztlich aus den schwierigeren und bruchhaften Transformationen in Südosteuropa resultieren. Im Vergleich mit den MOE-Staaten ist in Südosteuropa, dem überregionalen Kontext des Untersuchungs-raumes dieser Studie, eine noch stärkere und vor allem weiter anhaltende Vergrößerung regionaler Ungleichheiten festzustellen. Liberale Politiken, Allokation von Investitionen und das schwierige Verhältnis zwischen staatlicher und lokaler Ebene wirken hier noch stärker (DALLAGO 2013: 45f.).

Konkrete räumliche Entwicklungsmuster in der SFRJ, in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und insbesondere in Serbien werden dabei meist von einheimischen Forschern und Planern beschrieben.¹ Für den deutschen

¹ Die historische Aufarbeitung des kriegserzitterten Staatszerfalls der SFRJ (z.B. BREY 1993; SUNDHAUSSEN 1999; McDONALD 2003; CALIC 2007) genauso wie die krisenhafte Markttransformation und anhaltenden ökonomische Probleme Serbiens (z.B. ONELLI 2001; ZUCCONI 2001; GRUBER 2002; OSCE 2005; EHRKE 2010; BREY 2011; KRISTIĆ & SANFEY 2011) werden hingegen viel stärker von ausländischen Forschern wahrgenommen.

Sprachraum ist in diesem Zusammenhang vor allem HERBERT BÜSCHENFELD zu nennen. Als einer der wenigen ausländischen Forscher hat sich dieser über Jahrzehnte intensiv mit der Sozial- und Wirtschaftsstruktur Jugoslawiens auseinandergesetzt. Er beschreibt umfassend den Wirtschaftsraum sowie die großen regionale Ungleichheiten der Sozialistischen Föderativen Republik (BÜSCHENFELD 1981) und beschäftigt sich auch mit der sozialräumlichen Entwicklung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens (BÜSCHENFELD 1995, 1999a, 1999b).

Aktuell bearbeiten fast durchgängig serbische Autoren (u.a. TODOROVIĆ & DROBNJAKOVIĆ 2010; MILIJANOVIĆ et al. 2010, VUJOŠEVIĆ et al 2010; MANIĆ et al. 2012) oder staatliche Agenturen (e.g. Republic Development Bureau 2009; Spatial Plan of the Republic of Serbia 2010-2014-2020) Fragen der regionalen Entwicklung Serbiens und der räumlichen Ungleichheiten des Landes – mit wenigen Ausnahmen (GÖLER et al. 2007; MONASTIRIOTIS 2013). Oft rückt dabei der Konflikt zwischen Regionalpolitik und regionaler Ungleichheit in den Fokus ihrer Untersuchungen. TODOROVIĆ & DROBNJAKOVIĆ (2010) betonen mit Blick auf die implementierten Gesetze und Strategien zur Regionalentwicklung die – ihrer Meinung nach – historisch begründete rechtliche Vernachlässigung der peripheren ländlichen Gebiete Serbiens zugunsten der großen Städte. MILIJANOVIĆ et al. (2010) sowie MANIĆ et al. (2012) empfehlen eine weitergehende Regionalisierung und Dezentralisierung Serbiens, um die großen Disparitäten des Landes zu bekämpfen. MILIJANOVIĆ et al. (2010) folgern dies, indem sie die serbische Regionalpolitik in Bezug zur tatsächlichen Entwicklung regionaler Ungleichheit setzen. MANIĆ et al. (2012) kommen zur gleichen Schlussfolgerung durch einen Vergleich des Ausmaßes regionaler Disparitäten zwischen Serbien und den EU-Staaten. Insbesondere der bisher nur statistisch relevanten NUTS-2-Ebene² sollten, nach MANIĆ et al. (2012: 208), funktionale Aufgaben zugesprochen werden.

Generell betonen alle erwähnten Arbeiten das große Ausmaß der räumlichen Ungleichheit in Serbien und den großen Gegensatz zwischen dem Norden und Süden des Landes sowie zwischen dem Bezirk Belgrad und dem Rest des Landes. Auch MONASTIRIOTIS (2013) kommt zu der Schlussfolgerung, dass diese Ungleichheiten in Serbien besonders dominant sind. Er vergleicht die räumlichen Ungleichheiten Serbiens mit Bulgarien und schließt daraus, dass die

² Im Rahmen der EU-Annäherung wurde das europäische statistische Raumordnungssystem NUTS (*Nomenclature d'unités territoriales statistiques – Nomenclature of Territorial Units for Statistics*) im Rahmen eines neuen Regionalentwicklungsgesetzes im Jahr 2010 auch in Serbien übernommen (Službeni Glasnik RS br. 109/2009, 46/2010). Schwierigkeiten bei der Adaption dieses Systems werden vor allem von serbischen Raumplanern wissenschaftlich diskutiert (z.B. MEDJAK 2008; MIJAČIĆ & PAUNOVIĆ 2011).

Raummuster in Serbien äußerst stabil und von einer konstanten Polarisierung Richtung Belgrad, ebenso Ungleichheiten zwischen Nord und Süd, geprägt sind. In Bulgarien seien hingegen einige vorteilhaftere Entwicklungen auch außerhalb der Hauptstadt festzustellen.

Andere Autoren, wie ZEKOVIĆ (2006) und GÖLER, GRČIĆ & RATKAJ (2007) untersuchen die räumlichen Differenzierungen von Deindustrialisierungsprozessen. Durch die quantitative Analyse industrieller Beschäftigungszahlen auf Gemeindeebene zeigen GÖLER et al. (2007) das enorme negative Ausmaß der serbischen Industrietransformation. Die regionalen industriellen Beschäftigungsentwicklungen zeigen hierbei allerdings keine klare räumliche Differenzierung. Dies unterstützt die theoretische Annahme, dass – insbesondere in einem hoch dynamischen Transformationskontext – lokale Entwicklungspfade aufgrund ihrer industriellen Struktur abweichend zu übergeordneten Entwicklungen laufen können und dadurch zu einer Fragmentierung der ökonomischen Landschaft führen.

1.1.2 Lokale Entwicklung: Transformation von Kleinstadtökonomien und die Rolle der serbischen Opština

Mit der Auswahl des Untersuchungsgegenstandes der lokalen Entwicklung von Kleinstädten bzw. kleinen Mittelstädten (Kap. B.4) ist es möglich, Aussagen abseits eines klaren Zentrum-Peripherie-Paradigmas zu treffen. Außerdem ist mit der Fokussierung auf die Transformation kleinerer Orte einem Forschungsdesiderat der geographischen Transformationsforschung genüge getan. BURDACK (2010: 8) weist daraufhin, dass Studien zur Entwicklung von Kleinstädten im Kontext der europäischen Transformationen äußerst rar gesät sind, insbesondere solche mit einem theoretisch-konzeptionellen Zugang und nicht rein deskriptivem Charakter. Die empirische und konzeptionelle Aufarbeitung der postsozialistischen Transformation von großen Städten und Metropolen ist demgegenüber um ein Vielfaches weiter.³

Ein maßstäblicher Übertrag jener Konzepte auf kleinere Städte wäre aber nicht ohne weiteres möglich. Kleineren Städten kommt eine völlig andere Bedeutung im zentralörtlichen Siedlungssystem zu. Es fehlen bestimmte Dienstleistungsangebote sowie administrative und politische Funktionen; die

³ Zur konzeptionellen Fassung der postsozialistischen Stadttransformation besteht ein äußerst umfangreiches Schrifttum (u.a. FRENCH & HAMILTON 1979; ROWLAND 1980; SÝKORA 1994; ANDRUSZ et al. 1996; KOVÁCS 1999; SAILER-FLIEGE 1999; HAMILTON et al. 2005; BORÉN & GENTILE 2007; STANILOV 2007; BRADE et al. 2009; SÝKORA & BOUZAROVSKI 2011; HIRT 2012). Arbeiten, die sich explizit auf die postsozialistische Stadtentwicklung von Belgrad beziehen sind ebenso in ausreichender Zahl verfügbar (u.a. VUJOŠEVIĆ & NEDOVIĆ-BUDIĆ 2006; VUJOVIĆ & PETROVIĆ 2007; HIRT 2008; GÖLER & LEHMEIER 2011).

ökonomischen und sozialen Strukturen sind andere; und sie besitzen eine schwache Anziehungskraft für Humankapital und Investitionen.

Lokale Entwicklung in dieser Studie: ökonomische Transformation kleinerer Orte

Die dominanten Metropolregionen werden in der postsozialistischen Transformationsliteratur generell als „Gewinner“ einer polarisierten wirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Diesen Regionen gegenüber stehen die peripheren ländlichen Gebiete, die weithin als „Verlierer“ der Transformation und Globalisierung gelten. Städte kleinerer Größe werden oft in letztere Kategorie eingeordnet, obgleich diesen auf kleinräumlicher Ebene eine hohe Bedeutung als lokale Arbeitsmarktzentren sowie Wohn- und Lebensraum zukommt. Die geographische Forschung zu Klein- und Mittelstädten konzeptualisiert diese Städte implizit dadurch oft als extern determinierte Einheiten (BURDACK 2010: 7) und vernachlässigt dabei endogene Entwicklungsdeterminanten.

Auch in dieser Studie wird auf die starke Bedeutung von externen Kräften auf die wirtschaftliche Entwicklung kleinerer Orte eingegangen. Gleichzeitig werden jedoch ebenso interne Strukturen und lokale Sonderwege zur Erklärung herangezogen, um daraus divergente Entwicklungen innerhalb eines gemeinsamen nationalen Kontextes zu identifizieren. Solche Entwicklungen werden in dieser Arbeit unter dem Begriff der „lokalen Entwicklung“ oder „lokalen Wirtschaftsentwicklung“ konzeptualisiert.

Allgemein findet in der aktuellen Wirtschaftsgeographie sowie der planerischen Praxis der Begriff der lokalen Wirtschaftsentwicklung (*local economic development*, LED) eine breite Verwendung, ohne dabei einer einheitlichen Definition zu unterliegen. So kann die Entwicklung einzelner Stadtquartiere, Orte, Gemeinden oder Regionen als „lokal“ bezeichnet werden. Gemeinsames Merkmal in der Verwendung des Terminus ist jedoch die Vorstellung, dass ökonomische Entwicklungsprozesse nicht durch ein einzelnes oder übergeordnetes Wachstumsmodell erklärt werden können, sondern auf individuellen Entwicklungspfaden beruhen, die historisch und geographisch begründet sind (CONTI & GIACCARIA 2009: 233). Dies betont die Möglichkeit unterschiedlicher Entwicklungspfade und die Rolle von lokalen Akteuren, deren Umgang mit ihren begrenzten Ressourcen sowie die *local embeddedness* (GRANOVETTER 2001) von Unternehmen und anderen Akteuren. Dem Raum kommt dabei die Funktion als begünstigendes oder nicht-begünstigendes Geschäftsumfeld zu (GAROFOLI 2009: 226).

Außerdem beinhaltet der Begriff der lokalen Entwicklung stets eine politische Dimension. Meist stehen dabei Fragen des Verhältnisses zwischen staatlicher und kommunaler Ebene im Vordergrund. Im Transformationskontext

wird insbesondere danach gefragt, ob die ehemals zentralistisch organisierten Staaten durch Dezentralisierung und die Stärkung lokaler politischer Akteure lokale endogene Entwicklung ankurbeln konnten und können (z.B. CCET 1996; BARTLETT et al. 2013). Andere Untersuchungen sehen die Quelle transformativer lokaler Entwicklungen oder Entwicklungshemmnisse im Sozialkapital und zivilgesellschaftlichem Engagement (u.a. TATUR 2001; BORSIG 2010; KRŪZMĒTRA et al. 2010; KACZMAREK & KONECKA-SZYDŁOWSKA 2010; KOLIN 2013).

Wiederum andere Studien betonen die Entwicklung der lokalen Privatwirtschaft. Sie suchen dabei nach spezifischen strukturellen oder institutionellen Voraussetzungen bzw. Hindernissen für die lokale wirtschaftliche Entwicklung und Restrukturierung (z.B. PICKLES 1998; VAN ZON 1998; RAUSCH 2001). Zur Vorstellung pfadabhängiger ökonomischer Lokalentwicklung in den MOE-Staaten sind besonders die Arbeiten von BOLESŁAW DOMAŃSKI hervorzuheben. Am Beispiel der Großstadt Gliwice beschreibt dieser nachvollziehbar, wie deren aktuelle ökonomische Prosperität auf räumlichen Mustern sowie sozialen und ökonomischen Strukturen der Vergangenheit beruht (DOMAŃSKI 2000). Zudem hinterfragt er den Grad der lokalen Eingebundenheit von internationalen Investoren (DOMAŃSKI 2004) und Multiplikatoreffekte ausländischer Investitionen (DOMAŃSKI & GWOSDZ 2010).

In ökonomischen und sozioökonomischen Untersuchungen zu kleineren Orten steht vorwiegend der dortige Strukturwandel im Fokus.⁴ Wird eine größere Zahl an Kleinstädten in einer Studie betrachtet, so wird meist auf die Gemeinsamkeiten der Entwicklung der kleineren Transformationsstädte hingewiesen, um diese dann unter Etikettierungen wie „Schrumpfung“ und „Marginalisierung“ zusammenzufassen (siehe HANNEMANN 2004; für Ostdeutschland argumentiert NIEDERMEYER 2000: 112ff. ähnlich). VAISHAR et al (2002: 170ff.) beschreiben anhand von Kleinstädten in Mähren, wie dort in einigen Städten die Industrie zur „entscheidenden Quelle des Wohlstands“ wurde und nach der Wende eine erfolgreiche Restrukturierung dieser wirtschaftlichen Grundlage nicht möglich war. Gründe hierfür sehen sie in der Zweig- und Größenstruktur, der technologischen Rückständigkeit sowie dem Wegfall eines grenznahen Absatzmarktes durch die Trennung Tschechiens und der Slowakei. Besonders problematisch ist die Situation in Städten, die von einem einzelnen Großbetrieb geprägt sind. Bessere Voraussetzungen für den Umbruch finden sich in einer Industriestruktur mit unterschiedlichen Größen und Besitzverhältnissen (VAISHAR et al. (2002: 171f.).

⁴ Zu Serbien sind zur besonderen ökonomischen Entwicklung von Klein- und Mittelstädten nur rein oberflächliche Aufsätze verfügbar (siehe z.B. SPASIĆ & PETRIĆ 2006; SIMEUNOČEVIĆ & MITROVIĆ 2011).

Zusammengefasst spielt sich lokale Entwicklung somit im Zusammenspiel von endogenen und exogenen Faktoren ab. Räumliche Faktoren spielen in der „glokalisierten“ Welt (SWYNGEDOUW 1992) eine Rolle bei der Frage, wie stark ein Ort global eingebunden ist. Der Grad der ökonomischen Integration von kleineren Städten ist damit abhängig von der eigenen ökonomischen Struktur und der Nähe zu den großen, global eingebundenen Wachstumspolen (COURTNEY & ERRINGTON 2012: 294). Zudem konstruieren, nach GRABHER & STARK (1997: 66ff.), auch einzelne Orte ihre eigenen Transformationsstrategien durch eine spezifische Reorganisation der lokalen Hinterlassenschaften und Netzwerke. Diesem Verständnis folgt auch der hier vertretene Zugang zur lokalen Entwicklung. Entscheidend ist, welche Pfade und Strukturen die lokale endogene Entwicklung in den untersuchten Städten prägen und welche regionalen, nationalen und globalen Kräfte daran beteiligt sind.

Entwicklungsvoraussetzung: lokale Autonomie in Serbien

Endogene Entwicklung sowie eine transformatorische Reorganisation im Lokalen bedarf, dem beschriebenen Verständnis von lokaler Entwicklung folgend, bestimmter lokalpolitischer Entscheidungen. Die nötigen Machtressourcen hierfür sind in Serbien grundsätzlich vorhanden. Das Land hat eine lange Tradition der kommunalen Selbstverwaltung, die bis in die Zeit der osmanischen Herrschaft zurückgeht und nach der Unabhängigkeit Mitte des 19. Jahrhunderts im neu gegründeten serbischen Staat weiter ausgebaut wurde (ŠEVIĆ 2001: 421). Trotz der Übernahme des *per se* zentralistischen Staatsmodells des Sozialismus nach Ende des zweiten Weltkrieges, behielt sich Jugoslawien – im Gegensatz zu den Staaten des sowjetischen Modells – stets einen ausgeprägten Grad der lokalen Selbstbestimmung bei. In den Jahren der Abspaltung der jugoslawischen Teilrepubliken, und der damit einhergehenden Nationalisierung, wurden die Machtressourcen stark in die jeweiligen Hauptstädte verlagert. Die Eliten wollten den neuen Nationalstaat stärken und begrenzten damit auch die Eigenständigkeit der Gemeinderegierungen. Einer der ersten politischen Schritte in allen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken war eine finanzielle Zentralisierung und eine Aufhebung vieler Befugnisse der lokalen Ebene zugunsten der neu geschaffenen staatlichen Ebene (ŠEVIĆ 2005: 584; 2001: 421f.). Das Thema Dezentralisierung konnte erst nach dem demokratischen Umbruch im Oktober 2000 wieder auf die politische Agenda zurückkehren. Seitdem haben sich die Kompetenzen niedriger Verwaltungsstufen wieder schrittweise erhöht, insbesondere seit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 2006 (MIJAČIĆ 2011a). Die lokalen Amtsträger Serbiens erwarten zudem, wie implizit aus der qualitativen Empirie dieser Arbeit zu entnehmen ist, dass Reformen in Richtung EU-Integration mehr Dezentralisierung von Machtressourcen und Verla-

gerung von Verwaltungsaufgaben hin zu niedrigeren regionalen Ebenen beinhalten.

Derzeit müssen die Kommunen, laut Verfassung (Verfassung SRB: Art. 190) und spezifiziert im Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung (službeni glasnik RS br. 129/2007: Art 20), neben generellen Verwaltungsaufgaben hauptsächlich die Pflege der lokalen Infrastruktur finanzieren. Die Hauptpunkte sind Entwicklung von Bauland sowie Gewerbegebieten, Wasserversorgung, Abwasser, Fernwärme, öffentlicher Nahverkehr und das Schulwesen. Außerdem sind die Kommunen für den Bau und die Pflege städtischer und ländlicher Straßen zuständig (World Bank 2013; MILOSAVLJEVIĆ & JERINIĆ 2010: 37f.). Um diese Aufgaben wahrzunehmen, steht den Kommunen ein eigenständiger Haushalt zur Verfügung. Der größte Einzelposten der kommunalen Finanzierung ist dabei die Einkommenssteuer. Diese wird als geteilte Steuer staatlich verwaltet und an die Gemeinden in einer bestimmten Rate wieder ausbezahlt. Bei den selbständig Beschäftigten erhält die Kommune sogar die vollen 100% der Einkommenssteuer. Von der Lohnsteuer der anderen Beschäftigten wird den Kommunen ein bestimmter Prozentsatz zugewiesen. Bis 2011 waren dies nur 40% der erhobenen Lohnsteuer; seit 2011 sind es 80% für Kommunen außerhalb Belgrads und 70% für die Kommunen Belgrads. Diese Erhöhungen wurden durch eine Beschneidung der Schlüsselzuweisungen ausgeglichen (World Bank 2013).

Die Zusammensetzung des Budgets zeigt damit die enorme Bedeutung des lokalen Arbeitsmarkts für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben. Arbeitsplätze bringen der Kommune in erster Linie Einnahmen durch die Einkommenssteuer. Aber auch lokale Steuern und Gebühren, wie Grundsteuern und Landnutzungsgebühren, können in Folge prosperierender wirtschaftlicher Entwicklungen ansteigen. Die wachsende Nachfrage durch erhöhte Einkommen führt ihrerseits – sofern diese in der Kommune ausgegeben werden – zu weiteren positiven kumulativen Effekten auf die lokale Wirtschaft. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Anwerbung von Investitionen und Unternehmerschaft muss damit als ein primäres Ziel einer jeden Kommunalregierung gesehen werden.

Im Zuge dieser Überlegungen wird in Serbien und anderen Staaten der Region, insbesondere von internationalen Organisationen und einzelnen Wissenschaftlern, schon seit einiger Zeit eine weitere Aufgabe bzw. Orientierung der lokalen Verwaltung hervorgehoben: Die Rolle der Kommune als Dienstleister; sowohl gegenüber seinen Bürgern, als auch gegenüber den Unternehmen (siehe auch ŠEVIĆ 2005; BLANUŠA & GRBIĆ 2011; MATEI & FLOGAITIS 2011). Gemeint ist damit meist die Übernahme der wirtschaftsliberalen Reformansätze

eines *New Public Managements*⁵ und eine explizite Stimulierung der Wirtschaft durch Bereitstellung von Dienstleistungen für Investoren und Unternehmer. Die Stimulierung der lokalen Ökonomie ist ohnehin eine der neuen Aufgaben der Gemeindeautoritäten. Traditionell war in der SFRJ die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung eine Kernkompetenz der Parteizentrale und nicht der lokalen Entscheider, trotz der im Vergleich mit den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas ausgeprägteren lokalen Autonomie.

Definition der serbischen Opština

In allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, wie auch in Bulgarien, bezeichnet der Begriff *Opština* (in seinen unterschiedlichen Schreibweisen) die untere Verwaltungseinheit der Gemeinde. Laut serbischer Verfassung sind die grundlegenden Gebietseinheiten der lokalen Selbstverwaltung des Landes die Gemeinden (*Opštine*), Städte (*gradovi*) und die Stadt Belgrad, die einen besonderen Status besitzt (Verfassung SRB Art. 188, 189). Die serbische *Opština*, als „Großgemeinde“ umfasst im Durchschnitt weit mehr Fläche und Siedlungen als eine deutsche Gemeinde. Flächenmäßig haben die *Opštine* häufig mehr als 500km² bis hin zur Munizipalität Kraljevo mit 1.530km² (*Opštine u Srbiji 2011: 17ff.*) und können damit teilweise mit deutschen Landkreisen mithalten. Die Anzahl der Siedlungen einer Kommune schwankt dabei beträchtlich. Zum Teil handelt sich dabei um Stadteile einer der großen Agglomerationen Belgrad, Novi Sad oder Niš, um eine einzelne Stadt, wie Sremski Karlovci, oder wie bei Leskovac um eine Gemeinde mit 144 Siedlungen. Überwiegend handelt es sich jedoch um eine Stadt und ihre umliegenden ländlichen Siedlungen. Die Gemeinde trägt dabei immer den Ortsnamen des Verwaltungssitzes. Sowohl durch ihre Fläche als auch durch ihre Siedlungszahl und Bevölkerungszahl gehören die serbischen *Opštine* damit zu den größten Gemeinden in Europa. Aus praktischen Gründen werden im Folgenden die deutschen Begriffe verwendet. Auf eine durchgängige Verwendung der siedlungsstrukturell besser passenden Übersetzung Großgemeinde wird verzichtet, sie wird durch die administrativen Begriffe der Gemeinde, Kommune oder Munizipalität ersetzt.

1.1.3 Der Untersuchungsraum und seine Transformation

Die Untersuchung verknüpft räumliche Differenzierung innerhalb eines Landes mit lokalen Entwicklungen. Dabei wird der nationale Kontext der Republik Serbien als abgrenzbare Betrachtungsebene gewählt. Dadurch lässt sich besser

⁵ Verwaltungen sollen nach dieser Reformrichtung durch die Übernahme privatwirtschaftlicher Managementtechniken schlanker und effizienter werden und stärker auf die Bedürfnisse der Kunden („Bürger und Unternehmer“) sowie des Marktes eingehen. Kritisiert wird das Konzept gerade wegen dieses neoliberalen Geistes, der zu starken Marktorientierung und der darin immanenten Entstaatlichung öffentlicher Aufgaben (u.a. PELIZZARI 2001).

beurteilen, ob räumliche und lokale Ausprägungen auf gesamtstaatliche oder globale Anpassungen zurückzuführen sind. Das Kosovo wird aus der Analyse ausgeklammert. Zum einen gibt es hierfür operationale Gründe, da für das Kosovo die Datenlage äußerst dürftig und unzuverlässig ist; zum anderen ist dies konzeptionell begründet, da das Territorium der autonomen Provinz bzw. ehemaligen Republik – je nach politischer Anschauung⁶ – nicht als integrierter Teil der serbischen Volkswirtschaft gesehen werden kann.

Warum Serbien?

In der Diskussion um unterschiedliche nationale Transformationserfolge wird insbesondere auf die jeweiligen Ausgangsbedingungen Bezug genommen (BEYER 2001: 199). Serbien, wie die anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken, hatte zur Zeitenwende 1989/1990, im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten Europas, vergleichsweise gute Voraussetzungen für eine politische, ökonomische und gesellschaftliche Transformation. In politischer Hinsicht nahm Jugoslawien im bipolaren System des Kalten Krieges eine blockfreie Position ein, die sich sowohl durch Nähe und Abgrenzung zum Warschauer Pakt als auch zum kapitalistischen Westen und durch Allianzbildung mit vielen Entwicklungsländern kennzeichnete. Dadurch war es der SFRJ auch bei der wirtschaftlichen Ausrichtung möglich, eine Weder-noch-Position einzunehmen. Dieser jugoslawische „dritte Weg“ zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft („Marktsozialismus“ oder „sozialistische Marktwirtschaft“) (GUMPEL 1975: 199) hatte gegenüber der Planwirtschaft sowjetischen Typs einen höheren Entwicklungsstand hervorgebracht. Industrielle Produktivität, Lebensstandard und Bildung lagen auf einem deutlich höheren Niveau.⁷ Private Wirtschaftstätigkeit war bis zu einem gewissen Grad erlaubt. Durch Joint Ventures bestand die Möglichkeit ausländischer Direktinvestitionen und der Erschließung neuer Absatzmärkte, wodurch die jugoslawische Ökonomie wesentlich stärker westlich integriert war als die der anderen sozialistischen Staaten Europas.

Tatsächlich warfen die Ereignisse der 1990er Jahre Serbien weit hinter andere Transformationsstaaten zurück. Der jugoslawische Staatszerfall, die

⁶ Die serbische Regierung betrachtet das Kosovo formal als seine Autonome Provinz *Kosovo i Methohija*. Nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung wird das Kosovo (Stand November 2012) von 96 der 193 UN-Mitgliedstaaten als eigenständige Republik Kosovo anerkannt (Angabe des Außenministeriums Kosovos: <http://www.mfa-ks.net/?page=2,33>).

⁷ Serbien nahm hinsichtlich des erreichten industriellen und sozialen Entwicklungsstandes eine Mittelstellung innerhalb des Staatengefüges der SFRJ ein. Ebenso spiegeln die räumlichen Ungleichheiten der serbischen Teilrepublik zwischen Nord und Süd die großen regionalen Unterschiede der jugoslawischen Föderation wider (BÜSCHENFELD 1981: 178).

Beteiligung an den militärischen Konflikten der Jugoslawienkriege, die internationale ökonomische Desintegration durch die politische Isolation und ökonomische Sanktionen führten zusammen mit der internen Degradierung der politischen und wirtschaftlichen Kultur zu einem institutionellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Niedergang (Kap. B.1.2). Dies führte zu einem radikalen Schnitt im jugoslawisch-serbischen Selbstverständnis. „Die globale Sonderposition verwandelte sich in ein Ghetto-Bewusstsein“ (TOŠIĆ 2005: 125). Gegen Ende der 1990er Jahre wurde das Land durch den Kosovo-Konflikt und die militärische NATO-Kampagne erneut schwer getroffen. Erst im Herbst 2000, mit der demokratischen Revolution und der Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft, war für das schwer gebeutelte Land der Weg für institutionelle Reformen und eine gewisse ökonomische Erholung offen.

Diese langandauernde Krise eines verlorenen Jahrzehnts ist, neben den besonderen Ausgangsbedingungen des jugoslawischen Marktsozialismus, das besondere Merkmal der Republik Serbien. Zwar finden sich in allen postsozialistischen Staaten transformationsbedingte Rezessionsjahre und Krisen, jedoch hat Serbien als Bilanz der 1990er Jahre von allen mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Staaten – und damit auch von allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens – den stärksten Einbruch seiner Wirtschaftsleistung gegenüber seinem Wert von 1989 zu verzeichnen (Anhang Abb. 1). Lediglich der Entwicklungspfad Montenegros, lange Zeit in der Staatenunion mit Serbien, und derjenige von Bosnien-Herzegowina ließen sich hiermit vergleichen.

Gleichzeitig finden sich in Serbien typische Transformationsphänomene, abseits von Annahmen zu strukturellem Wandel, wie sie aus anderen Kontexten bereits dokumentiert sind. Serbiens Entwicklung ist von transformatorischen und globalen Anpassungs- und Reorganisationsprozessen gekennzeichnet. Dies zeigt sich in der Deindustrialisierung, gesellschaftlichen Stratifikation und Marginalisierung ganzer Regionen. Serbien eignet sich für eine solche Untersuchung dadurch in zweierlei Hinsicht. Einerseits kann die Wirkung der spezifischen Krisenphänomene auf die räumliche Differenzierung und auf konkrete lokale Entwicklungen untersucht werden; andererseits lassen sich die verzögerten Transformationserscheinungen Serbiens durch die Erfahrungen aus anderen Staaten besser konzeptualisieren.

Welche Transformation?

Durch die bruchhafte Transformation besteht unter Experten kein Konsens darüber, wann in Serbien die Transformation in Richtung einer Marktwirtschaft tatsächlich begonnen hat (UVALIĆ 2010: 2f.). Dies liegt zudem daran, dass in über zwanzig Jahren postsozialistischer Forschung keine einheitliche Definition des Begriffs der Transformation gefunden wurde. Sowohl zwischen wissen-

schaftlichen Disziplinen als auch innerhalb der Disziplinen bestehen unterschiedliche Auffassungen über den Terminus. Neoklassische, orthodoxe Vorstellungen sehen den Transformationsprozess als Wechsel des existierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems der sozialistischen Länder, hin zu einer marktorientierten Volkswirtschaft, basierend auf privatem Eigentum und einer parlamentarischen Demokratie (z.B. GÖTZ 2003). Diese Sichtweise eines schlichten Übertrages der Systeme vernachlässigt jedoch die Komplexität der gesellschaftlichen Veränderungen und die empirisch wohl begründete Tatsache, dass Transformation nicht mit der technischen Implementierung von Institutionen abgeschlossen ist und neue Formen des Kapitalismus hervorbringt (u.a. STANISZKIS 1991; STARK 1992; PICKEL 1998).

Zudem wäre ein Transformationsparadigma, das seinen Blick nur auf Institutionentransfer und die Übernahmen von Strukturmerkmalen legt, gerade im serbischen Fall problematisch. Wie erwähnt, hatte das Land durch das System des jugoslawischen Marktsozialismus bereits Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten vor 1990, und somit bessere institutionelle Ausgangsvoraussetzungen als die meisten anderen sozialistischen Staaten. Außerdem versetzten die vielschichtigen krisenhaften Umstände der 1990er Jahre das Land in eine institutionell-transformatorische Lähmung. So muss von einer krisenhaften, sowie gelähmten Transformation ausgegangen werden. Die chronische Krise der 1990er war aber keinesfalls ein „schwarzes Loch“ innerhalb des Systemwandels. Vielmehr führten die Umstände dieser Zeit dazu, dass die eigentlich guten Voraussetzungen für systemische Reformen zunichte gemacht wurden. Nach der demokratischen Revolution im Oktober 2000 bestanden demnach vollkommen andere Transformationsvoraussetzungen als vor Beginn des serbischen „verlorenen Jahrzehnts“.

Welcher Postsozialismus?

In politischer Hinsicht stand Serbien, innerhalb der SFRJ, seit Ende des Zweiten Weltkrieges und bis zur Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1990 (CALIC 2010: 299f.), unter kontinuierlicher Herrschaft des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Dennoch lässt sich der Begriff des Postsozialismus in dem hier vertretenen wirtschaftsgeographischen Zugang nicht ohne weiteres auf die Nachfolge-Staaten Jugoslawiens anwenden, da das wirtschaftliche System des Landes in vielen Punkten der Marktwirtschaft näher als der Planwirtschaft war.

In dieser Arbeit wird daher, soweit von den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken die Rede ist, der Begriff Postsozialismus vermieden. Dementsprechend wird der Begriff der Transformation oder die Vorstellung transformatorischer Pfade bevorzugt. In dem hier vertretenen Verständnis der Transformation, als andauernder Prozess ohne erreichbares Kurzzeitziel

(SCHRADER 2003: 82), lässt sich somit der ökonomische sowie gesellschaftliche Wandel Serbiens seit Anfang der 1990er Jahre nachvollziehen. Aus geographischer Perspektive muss, STADELBAUER (2002: 225) folgend, die Analyse der langen serbischen Transformation um Annahmen zu politischer Integration und Globalisierung erweitert werden, um der Komplexität der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen gerecht zu werden.

1.2 Zur aktuellen Lage – Regionale Ungleichheit in Serbien

Die folgende Beschreibung der interregionalen Disparitäten Serbiens geht zurück auf eine quantitative Voruntersuchung des Verfassers der vorliegenden Arbeit (WINKLER 2012, 2013). Hierbei werden 25 verschiedene demographische und sozioökonomische Variablen – vorwiegend vom amtlichen statistischen Büro Serbiens – mit Hilfe des multivariaten statistischen Verfahrens der Faktorenanalyse zu mehreren Entwicklungsindizes und einem Gesamtindex aggregiert.⁸ Eine solche quantitative Korrelationsanalyse unterschiedlicher sozioökonomischer Daten ist ein präzises Instrument, um ein vollständiges und aktuelles Muster regionaler Ungleichheit innerhalb einer festgesetzten räumlichen Einheit aufzuzeigen (siehe z.B. FAZEKAS 2000; HEYMAN 2005).

Regionale Disparitäten in Serbien

Bei einer solchen Betrachtung von intraregionalen Ungleichheiten darf der insgesamt schwache Entwicklungsstand aller serbischen Regionen nicht unerwähnt bleiben. Alle Großregionen des Landes liegen beim Bruttoinlandsprodukt deutlich unter dem des EU-27-Durchschnitts: Die Stadtregion Belgrad erreicht gerade 32,0%, die Region Vojvodina 18,3%, Šumadija und Westserbien 12,5%, und Süd- und Südostserbien nur 11,8% des durchschnittlichen *per capita* EU-BIP nach Daten des Jahres 2011 (SORS Database; Eurostat). Zudem liegt das Ausmaß der räumlichen Differenzierung innerhalb des Landes deutlich über anderen europäischen Werten (NIKOLIĆ 2009: 54f.; KOMŠIĆ 2009: 76). Nach

⁸ Die Analyse fasst dabei die verwendeten 25 Variablen zu 5 Faktoren bzw. Indizes zusammen. Letztere geben für jede der 161 Gemeinden einen vergleichbaren Entwicklungsstand eines bestimmten sozioökonomischen Teilaspektes wider (*Population Index, Economic Index, Index of Work & Infrastructure, Index of Preschool Education, Index of Medical Care*). Diese Indizes (normiert von 0 bis 100) werden je nach ihrer statistischen und qualitativen Bedeutung mit einer bestimmten Faktorladung einem Gesamtindex der sozioökonomischen Belastung zugerechnet. Die Wahl der kommunalen Ebene als Bezugsgröße ist nicht nur aufgrund des Forschungsdesigns gewählt, sie ist zudem die kleinste verfügbare räumliche Einheit, die noch genügend valide und über das gesamte serbische Territorium vergleichbare Daten bereithält. Vorwiegendes Anliegen der Verschneidung dieser Daten ist die Beschreibung der aktuellen räumlichen, sozioökonomischen Differenzierung. Die Auswertungen beziehen sich auf Variablen des statistischen Jahres 2009, auf Durchschnittswerte mehrerer Jahre bis 2009 und auf Langzeit-Entwicklungsraten (WINKLER 2013: 85f.).

Daten, die in der offiziellen Strategie der Regionalentwicklung der Republik Serbien für die Jahre 2007 bis 2012 (službeni glasnik RS br. 21/2007) herangezogen werden, ist das Verhältnis der regionalen Ungleichheit 1:7 zwischen der stärksten und schwächsten NUTS 3 Region (Bezirke, *okruzi*). Auf der Ebene der Kommunen ist das Verhältnis sogar 1:15. Nach den Analysen einiger Autoren (z.B. NIKOLIĆ, 2009; TODORVIĆ & DROBNJAKOVIĆ 2010; MILJANOVIĆ et al. 2010) verstärken sich diese räumlichen Ungleichheiten weiter und konservieren dabei eine traditionelle Allokation von Ressourcen zwischen Norden und Süden, Stadt und Land, sowie zwischen Zentrum und Peripherie des Landes. Diese räumlichen Entwicklungen werden von diesen Autoren aber nur in kurzen Zeiträumen analysiert. Weiter zurückreichende Entwicklungstendenzen werden implizit angenommen, ohne dass wirklich lange historische Datenreihen analysiert werden.

Mit dem Zerfall Jugoslawiens ab 1991, dem Wegfall sozialistischer Entwicklungsplanung und der grundlegenden Veränderung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, wurden für die Entwicklung regionaler Ungleichheit ganz neue Dynamiken in Gang gesetzt. Seit der demokratischen Revolution im Jahr 2000 und einer erneuten Verstärkung rein marktorientierter Dynamiken konnten sich die wirtschaftlich diversifizierten und global stärker eingebundenen Orte, wie Belgrad und Novi Sad, wesentlich besser entwickeln, als andere altindustriell oder mono-industriell geprägten Orte. Die Stadt Niš, obwohl drittgrößte Stadt des Landes und das regionale Zentrum des Südostens, muss dabei ebenfalls als Ort mit hohem industriellen Restrukturierungsbedarf und geringer Nachfrage nach Humankapital gesehen werden. Bestimmte Städte und Kommunen werden zudem durch schrumpfende Industriezweige, der Produktion von wenig gewinnbringenden Rohstoffen oder aufgrund der Abhängigkeit von einem oder wenigen großen unrentablen Unternehmen benachteiligt.

Gleichzeitig wurden und werden verstärkt seit 2000 einzelne Regionen, trotz eines gesamtwirtschaftlichen Aufholprozesses, vollkommen marginalisiert. Einige stark ländlich geprägte Regionen kennzeichnen sich heute durch eine Vielzahl an Siedlungswüstungen (TODORVIĆ & DROBNJAKOVIĆ 2010). Trotz der bereits langandauernden und konstanten Abwanderungen vom Land in die Städte, besitzt Serbien immer noch einen wesentlich höheren Prozentsatz an Bevölkerung in ländlich geprägten Regionen als die meisten anderen europäischen Staaten: 2012 lebten 43% der serbischen Bevölkerung in ländlichen Siedlungen; der EU-Durchschnitt liegt bei 26% (World DataBank).

Ein Index der sozioökonomischen Belastung

Abbildung 1 zeigt grafisch den in WINKLER (2013) präsentierten Index der sozioökonomischen Belastung der serbischen Kommunen. Ein hoher Wert dieses

Gesamtindex zeigt einen niedrigeren und ein niedriger Wert einen vergleichsweise höheren Entwicklungsstand an (WINKLER 2013: 85ff.). Ziel ist dabei nicht die Beurteilung eines Entwicklungsniveaus einer einzelnen Gemeinde, sondern immer der Vergleich dieser Gemeinde mit allen anderen Kommunen des Landes.

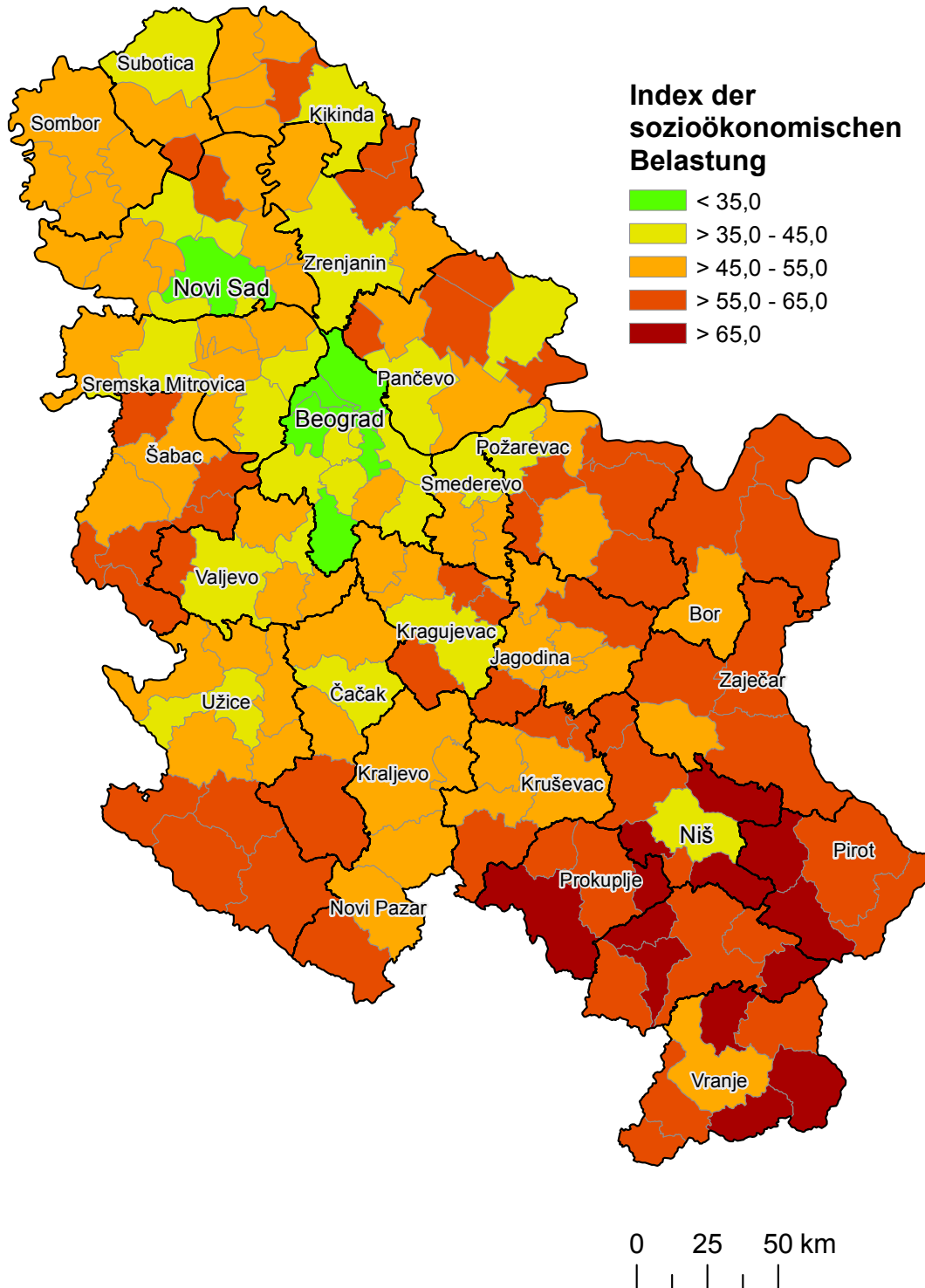


Abb. 1: Index der sozioökonomischen Belastung der serbischen Gemeinden für das statistische Jahr 2009 (nach WINKLER 2013: 92)

Die räumlichen Unterschiede beschreiben hierbei eine klare Differenzierung zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, in geringerem Maße zwischen West und Ost und Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Am deutlichsten ist jedoch das Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie. Die Stadtregion Belgrad umfasst dabei die meisten entwickelten Kommunen. Unter den ersten 15 Gemeinden mit dem niedrigsten Wert beim Index der sozioökonomischen Belastung befinden sich 14 der 17 Kommunen des Distrikts Belgrad. Nur die Stadtkommune Novi Sad reiht sich dazwischen ein. Diese hat den drittniedrigsten Wert und damit im Vergleich – nach Savski Venac und Novi Beograd – die drittbeste sozioökonomische Situation hinsichtlich der Faktorenkorrelation der untersuchten Variablen (WINKLER 2013: 92f.).

Abgesehen von der dominierenden Position Belgrads, gibt es mit der Vojvodina eine weitere Großregionen mit durchschnittlich besseren Werten. Doch gerade die Entwicklung der Vojvodina ist weit davon entfernt, ein einheitliches Muster zu offenbaren. Der östliche Teil, das serbische Banat, war bereits traditionell weniger entwickelt, während die Gravitationszone um Novi Sad und die landwirtschaftlichen Gebiete der Bačka besser entwickelt waren. Doch diese Unterteilung scheint über die Zeit wesentlich unklarer und fragmentierter geworden zu sein. Auch im übrigen Serbien zeigt sich ein hohes Maß an interregionaler Differenzierung der Kommunen, teilweise in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Stadt Užice in Westserbien ist hier als Beispiel für einen vergleichsweise guten Entwicklungsstand (Rang 20) in einer regional eher schwierigen Gesamtsituation zu nennen. Die Stadt hatte schon in sozialistischer Zeit, insbesondere durch ihre höher technisierte Maschinenbau- und Waffenindustrie, einen guten Stand.

Die unterentwickeltesten Regionen Serbiens (ohne Kosovo) sind im Süden bzw. Südosten zu finden. Die 15 Kommunen mit den höchsten Werten bei der sozio-ökonomischen Belastung befinden sich allesamt im Südosten des Landes. Dabei ist die Stadt Niš (Rang 17) als regionales administratives und wirtschaftliches Zentrum wesentlich besser gestellt als die umliegenden ländlichen, teilweise marginalisierten, Kommunen. Generell leiden viele ländliche Gebiete unter einem massiven und langanhaltenden Bevölkerungsrückgang, unvorteilhaften demographischen Strukturen, einer schwach entwickelten und monofunktionalen Wirtschaft und einer schlechten infrastrukturellen Ausstattung. Während einige ländliche Gebiet vollständig von der Entwicklung abgekoppelt sind, finden sich einige besser entwickelte ländliche Kommunen in einigen Grenzgebieten zu Ungarn, Rumänien und Kroatien. Andere besser gestellte ländliche Gebiete können entlang der zentralen Verkehrsachsen des Landes gefunden werden.

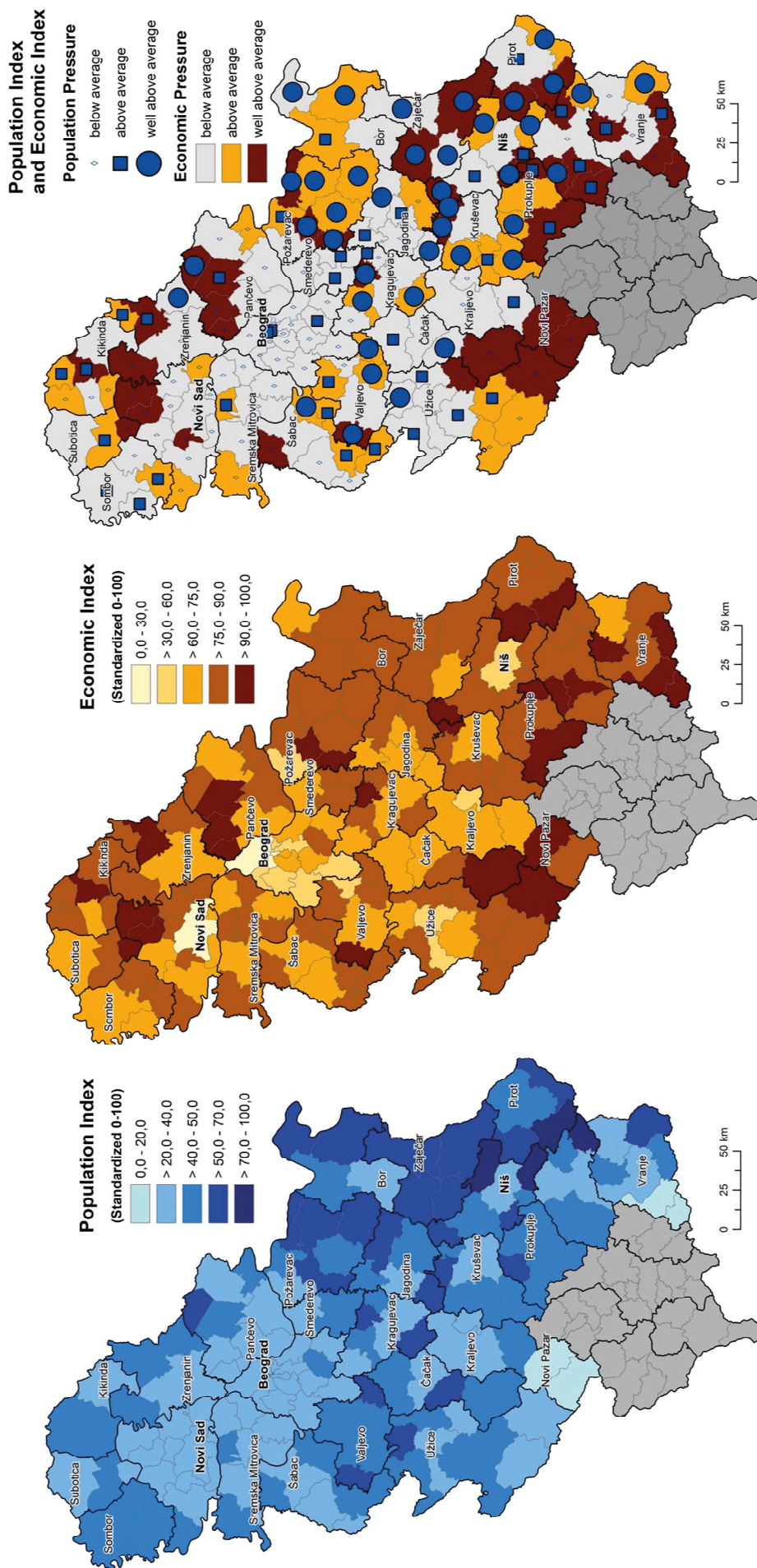


Abb. 2: Index der Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungsindex und deren Beziehung zueinander (WINKLER 2013: 95)

Wirtschaft und Bevölkerung

Der Index der sozioökonomischen Belastung (Abb. 1) ist eine Möglichkeit, eine Vielzahl von Indikatoren der regionalen Entwicklung auf einen darstellbaren Wert zu reduzieren. Für Interpretationen über tatsächlich bestehende Problemfelder ist dieser Gesamtindex, der sich aus verschiedenen Variablen und fünf Teilindizes zusammensetzt, weniger geeignet. Hier empfiehlt es sich, thematisch kohärente Teilindizes aus der Analyse nach WINKLER (2013) heranzuziehen. In der Untersuchung stellen in methodischer Hinsicht die Indizes der Bevölkerungs- und der Wirtschaftsstruktur jene mit der höchsten Faktorladung und in theoretischer Hinsicht mit der höchsten Erklärungskraft dar. In Abbildung 2 sind diese Indizes und deren Beziehung zueinander in Kartenform dargestellt.

Ein hoher Wert im Index der Bevölkerung deutet eine im Vergleich mit den anderen serbischen Munizipalitäten unvorteilhafte Bevölkerungsstruktur an. Diese ist gekennzeichnet durch Überalterung, niedrige Geburtenraten und einen geringen Bevölkerungsanteil in den jungen, beschäftigungsfähigen und fruchtbaren Alterskohorten. Typischerweise zeichnen sich diese Gebiete meist durch konstant hohe Abwanderungsraten aus.

Der Index der Wirtschaftsstruktur projiziert den Entwicklungsstand der Kommunen hinsichtlich dem durchschnittlichen Monatseinkommen und dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten sowie bezüglich der privaten und öffentlichen Investitionen und der kommunalen Ausgaben, bestehend aus Ausgaben für Verwaltung, Bildung, Gesundheit, soziale Arbeit, Kultur etc. Bei der Betrachtung der Variable des durchschnittlichen Monatseinkommens zeigt sich am deutlichsten die enorme Ungleichheit zwischen den Kommunen. Im Jahr 2009 wurden in der stärksten Kommune durchschnittlich mit umgerechnet 520 Euro fast viermal höhere Monatseinkommen erzielt, als in der schwächsten Kommune mit 140 Euro (Opštine u Srbiji 2010: 140ff.).

In der öffentlichen Diskussion werden wirtschaftliche und demographische Entwicklungen oft als Ursache-Wirkung-Beziehung gesehen, in der Art, dass die Bevölkerungsentwicklung als Auswirkung ökonomischer Prozesse gesehen wird (BLOTEVOGEL 1997: 77). In einer solchen Argumentation reagiert die Bevölkerung auf wirtschaftlichen Fortschritt oder Niedergang mit Zuwanderung oder Abwanderung. In der Tat ist die jüngere Vergangenheit Serbiens sowohl durch starke ökonomische Differenzierungen, als auch durch äußerst hohe Migrationsraten geprägt (Kap. B.1.4.2). Die Vorstellung einer reinen Ursache-Wirkungs-Beziehung – wie in den Push-Pull-Modellen (insbes. LEE 1966) – zwischen wirtschaftlicher Dynamik und Migration ist hingegen viel zu einfach und verschleiert dabei weitere essentielle demographische Parameter wie Al-

tersstruktur, Fruchtbarkeitsrate und Sterberate (BLOTEVOGEL 1997). Diese Indikatoren reagieren wesentlich langsamer und werden daher oft bei der Beurteilung regionaler Entwicklungen bewusst oder unbewusst übersehen. Nicht nur Abwanderung ist für viele Regionen ein wesentliches Entwicklungshemmnis, auch eine über Jahrzehnte hinweg niedrige Geburtenrate verhindert dort das Entstehen von jungen und beschäftigungsfähigen Altersstrukturen. Aufgrund eines späteren Eintritts in das Berufsleben – wie in allen entwickelten Gesellschaften – und durch gleichzeitig unsicherere Arbeitsverhältnisse sinkt der Wunsch nach Kindern. Zudem fällt hier die Kürzung von staatlichen Zuschüssen zusammen mit der Auflösung traditioneller Familienstrukturen, bei sich gleichzeitig langsamer verändernden patriarchalen Vorstellungen zu Kinderbetreuung und der Rolle der Frau. Vor rund drei Jahrzehnten betrug die Fertilitätsrate in Serbien noch 2,1 Geburten pro Frau. Seitdem sank die Rate konstant auf durchschnittlich 1,4 Geburten im Jahr 2009 (World DataBank).

Demographische Ungleichheiten entstehen langsamer als wirtschaftliche Divergenzen, die wesentlich stärker durch die hochdynamischen Prozesse einer Systemtransformation beeinflusst sind. Obwohl Bevölkerung und Wirtschaft wechselseitig stark aufeinander reagieren, kann bei der Betrachtung dieser beiden Indizes keine generelle Korrelation festgestellt werden. In einigen Regionen verhalten sich die Indizes zu Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstruktur sogar komplett gegensätzlich (Abb. 2). Es gibt dabei einige Kommunen mit vergleichsweise positiv gewerteter Bevölkerungs-, jedoch sehr schwacher Wirtschaftsstruktur. Höhere Geburtenraten zeigen dabei oft den Unterschied zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung an. Besonders ausgeprägt ist diese Differenzierung in den Kommunen Novi Pazar, Tutin, Bujanovac und Preševo. In diesen Fällen müssen der Beurteilung der Bevölkerungsstruktur noch kulturell-ethnische und paternalistische Argumente der Langzeit-Bevölkerungsentwicklung hinzugezogen werden. Diese Gebiete, die genauso von starken Abwanderungstendenzen betroffen sind, können diese allerdings durch hohe Geburtenraten ausgleichen. Andererseits finden sich jedoch deutlich mehr Gemeinden, gerade im Osten und Südosten des Landes und in Zentralserbien, in denen unvorteilhafte Bevölkerungsstrukturen und Bevölkerungsrückgang mit wirtschaftlicher Abkopplung einhergehen. Für zukünftige Entwicklungen ist ein solcher Gleichschritt der demographischen sowie ökonomischen Schrumpfung und Marginalisierung umso problematischer.

1.3 Problem- und Fragestellung

Räumlich ungleiche Lebensverhältnisse waren und sind in besonders starkem Maß ein Entwicklungsproblem der Republik Serbien. Das vereinfachte traditionelle Bild regionaler Ungleichheiten – einer Polarisierung zwischen Norden und Süden, Zentrum und Peripherie sowie zwischen städtischen und ländlichen Gebieten – trifft, trotz der tiefgreifenden Verschiebungen innerhalb der „langen“ Transformation des Landes, heute noch zu. Serbiens bevorzugte Regionen sind die Agglomeration Belgrad und die Stadtregion Novi Sad. Insgesamt weisen die autonome Provinz der Vojvodina im Norden und, vor allen anderen Regionen, die Stadt Belgrad einen höheren Entwicklungsstand auf als Regionen im Süden und Südosten des Landes. Zugleich ist ein gewisses Maß an interregionalen bzw. kleinräumlichen Ungleichheiten feststellbar.

Mit Bezug auf die Voruntersuchung (Kap. A.1.2) finden sich, im Gegensatz zu demographischen Indikatoren, insbesondere in ökonomischen Indikatoren eine starke Dynamik. Diese Veränderungen auf der räumlichen Ebene sind in den omnipräsenten und immer noch aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess eingebunden. Die politische und wirtschaftliche Isolation der 1990er Jahre hatte weitreichende Folgen für alle gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche und ließ das Land hinsichtlich seiner Reorganisation weit hinter die anderen Transformationsstaaten zurückfallen. Mit dem demokratischen Umbruch im Herbst 2000 schlug die serbische Volkswirtschaft dann letztlich einen Pfad der Integration und transformativen Neuordnung ein. Eine Annahme dieser Studie ist, dass aus diesen zwei systemisch unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen auch andersartige räumliche Entwicklungen resultieren, wie dies ebenso aus theoretischen Annahmen zu regionaler Entwicklung zu folgern ist (Kap. A.2.1). Der Transformationsprozess mit all seinen Krisen und Schockereignissen hinterließ, so die Annahme, seine Spuren im sozioökonomischen Raum und führte insgesamt zur Vergrößerung bereits angelegter Disparitäten sowie zu neuen Formen räumlicher Ungleichheit. Es erscheint im Beispiel Serbien logisch, dass der Rückzug der Ökonomie und der staatlichen Verwaltung aus der Peripherie hin zu den Zentren – wie es ebenso aus anderen Transformationskontexten bekannt ist (z.B. PICKLES 1998; SCHRADER 2003; GÖLER 2007a) – zu der beschriebenen, starken Zentralisierung auf Belgrad führte.

Der Entwicklungsgegensatz zwischen Zentrum und Peripherie ist, wie beschrieben, im serbischen Fall besonders prägend (Kap. A.1.1.1; Kap. A.1.2). Die Entwicklung von Regionen und einzelner Kommunen ist damit in Serbien in einer Weise von der geographischen Lage und bereits angelegten Disparitäten abhängig, dass es schlicht einleuchtend erscheint, einzelne Orte als extern

determinierte Entitäten zu sehen. Demgegenüber stehen die endogenen Entwicklungsmöglichkeiten. Trotz der ausgeprägten lokalen Autonomie in Serbien war es peripheren Kommunen generell nicht möglich, mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. In Serbien finden sich schlicht keinerlei Beispiele von prosperierenden kommunalen Entwicklungen im „Meer“ der zurückbleibenden innerstaatlichen Peripherie.

Daraus ergibt sich die Frage, warum es serbischen Gemeinden in der Nähe zu den Zentren teilweise möglich war, ihre Autonomie ökonomisch erfolgreicher zu nutzen, und warum dies für peripher gelegene Kommunen generell nicht der Fall war. Zunächst müssen hier die räumlichen Entwicklungen des ganzen Landes und die zugrundeliegenden Prozesse untersucht werden. Daraus lässt sich die externe Bestimmtheit der lokalen Ebene ableiten. Die Frage lässt sich jedoch nur vollständig beantworten, wenn konkret zu verortende Hindernisse struktureller und institutioneller Art identifiziert werden, abseits von Fragen der Dezentralisierung und lokalen Autonomie. Eine tiefergehende Analyse der lokalen Ebene spiegelt dabei die globalen, nationalen und regionalen Entwicklungen wider und ermöglicht Annahmen zu generellen, institutionellen und strukturellen Pfadabhängigkeiten und Reorganisationen im Lokalen. Auf der anderen Seite erlaubt ein Perspektivwechsel hin zu einer kleinräumlichen Betrachtung ebenso einen Blick auf lokal-spezifische Entwicklungsbesonderheiten und welche Bedeutung diesen, innerhalb der sich verändernden Rahmenbedingungen, zukommt.

Im Sinne einer stringenten Deduktion offenbaren dabei die Ergebnisse auf kommunaler Ebene einen Blick auf die Bandbreite unterschiedlicher Entwicklungen des ganzen Landes. Die übergeordnete Fragestellung, die hier am Beispiel Serbiens untersucht wird, formuliert sich somit folgendermaßen:

Wie wirken langanhaltende strukturelle Krisen und gesellschaftliche sowie ökonomische Transformation auf räumliche Ungleichheiten innerhalb eines Landes, und welche strukturellen und institutionellen pfadabhängigen Ursachen und Entwicklungen finden sich hierfür auf lokaler Ebene?

Daraus ergeben sich die fünf Unterfragen: (1) Welche Auswirkungen haben langanhaltende strukturelle Krisen auf räumliche Entwicklung? (2) Wie wirken ökonomische Integration, wirtschaftsliberale Reformen und Aufholprozesse auf räumliche Ungleichheiten? (3) Welche ökonomisch-strukturellen Hinterlassenschaft bestimmen dabei die Entwicklung? (4) Welche institutionellen pfadabhängigen Erklärungen finden sich hierbei im Lokalen? (5) Welche lokalen Entwicklungspfade ergeben sich aus der Kombination dieser Faktoren?

2 Theoretischer Zugang

In dieser Arbeit werden unterschiedliche lokale Entwicklungspfade vor dem Hintergrund übergeordneter räumlicher Differenzierungen untersucht. Dies macht einen Zugang mit Hilfe einer theoretischen Triangulation nötig, der die Vorstellung der Pfadabhängigkeit mit Theorien und Konzepten zu regionalem Wachstum und Entwicklung verknüpft. Zum einen lassen sich dadurch die systemimmanenten Bedingungen vor Ort sowie lokale Reaktionen auf nationale und globale Veränderungen erklären; zum anderen lassen sich hiermit die Entwicklungspfade der lokalen Beispiele in die generellen räumlichen Tendenzen einordnen.

Der grundlegende Gedanke ist, dass exogene und endogene wirtschaftliche, soziale und institutionelle Dynamiken in konkreten geographischen Orten aufeinandertreffen, sich verknüpfen und in ihrer Verbindung spezifische Entwicklungspfade oder Formen der lokalen Entwicklung erzeugen. Im Sinne einer Diagnose ist es von entscheidender Bedeutung, ob oder in welchem Maße einzelne ökonomische Entwicklungen auf lokale (endogene) oder makrostrukturelle (exogene) Phänomene zurückzuführen sind. Um übergeordnete und gesamtstaatliche Raumentwicklungen zu fassen, erfolgt hier ein Rückgriff auf Theorien der regionalen Entwicklung (Kap. A.2.1). Für die konzeptionelle Analyse der konkreten lokalen Entwicklungen werden Vorstellungen zu Pfadabhängigkeit und Resilienz herangezogen (Kap. A.2.2).

Um der Komplexität und Vielschichtigkeit der Fragestellung genüge zu leisten, beinhaltet dieser Theorienmix wirtschaftsgeographische Konzepte, die für die Aufnahme sozio-ökonomischer und institutioneller Rahmenbedingungen offen sind und dabei nicht zu *ex ante* theoretisch-determinierten Ergebnissen, wie z.B. zu bestimmten „Reifestadien“ oder Gleichgewichtszuständen,⁹ führen.

⁹ Frühe geographische Modelle der wirtschaftlichen Entwicklung zeichneten sich meist durch eine deterministische Ausrichtung aus, bei dem alle Regionen oder Volkswirtschaft sozusagen einem einzigen alternativlosen Entwicklungspfad immer in Richtung der nächsthöheren Entwicklungsstufe folgen, wie z.B. bei der Theorie der Kulturstufen von BOBEK (1959) oder der Wirtschaftsstufentheorie von ROSTOW (1960). Dieser Idee einer schrittweise erfolgenden generellen Modernisierung aller Regionen folgten ebenfalls Ansätze, die als neoklassische Wachstumstheorie zusammengefasst werden. Diese meist mathematisch geprägten Modelle nehmen an, dass regionale Entwicklungsunterschiede mit der Zeit über verschiedene Regionen hinweg ausgeglichen werden. Nur Unterschiede in der Adaption des technischen Fortschritts könne danach Angleichungsprozesse wieder aufbrechen und neue Ungleichgewichte schaffen (BRAUN & SCHULZ 2012: 93ff.). In der deutschen Geographie fanden die neoklassischen Vorstellungen Eingang über den raumwirtschaftlichen Ansatz nach SCHÄTZL (1974). Restriktive Annahmen, wie der *Homo oeconomicus* und der vollkommene Markt, liefern zwar die Möglichkeit zu mathematisch

Solche Konzepte sind wesentlich besser in der Lage, die wirtschaftsräumliche Realität abzubilden und verharren nicht in ihren Modellannahmen.

2.1 Makrostrukturen: Polarisierung, Agglomeration und Fragmentierung

In dieser Arbeit dienen Erklärungen aus Theorien und Konzepten zu regionalem Wachstum und Entwicklung dazu, zunächst die räumlichen Entwicklungstendenzen Serbiens über einen langen Zeitraum hinweg zu konzeptualisieren. Die hier verwendeten Konzepte zu regionaler Entwicklung betonen Prozesse und Dynamiken, die zu räumlichen Ungleichheiten führen. Modernisierungstheorien oder neoklassische Vorstellungen zu räumlichen Gleichgewichten wären, aufgrund ihrer unrealistischen Annahmen, in dieser Untersuchung wenig zielführend und kaum adäquat, um die Entwicklungswirklichkeit zu beschreiben. Die Kombination von Polarisierungstheorien, der geographischen Ökonometrie und der Theorie der fragmentierenden Entwicklung macht es möglich, unterschiedliche Entwicklungsmuster räumliche Ungleichheiten zu fassen. Gleichzeitig beinhalten diese Konzepte jeweils unterschiedliche Vorstellungen zu endogenen und exogenen Faktoren, welche die jeweiligen räumlichen Dynamiken in Gang setzen.

2.1.1 Regionale Polarisierungstheorie

Aus der Kritik an den neoklassischen Gleichgewichtsmodellen entwickelten sich ab Mitte der 1950er Jahre Konzepte, die als Polarisierungstheorien zusammengefasst werden können. Im Gegensatz zu Gleichgewichtsvorstellungen, die konstante Skalenerträge annehmen, ist den Polarisierungskonzepten gemein, dass sie zunehmende Skalenerträge und kumulative Wachstumsprozesse annehmen. Sie betonen damit interregionale Unterschiede der internen Wachstumsdeterminanten und teilweise Immobilität der Faktoren (LIEFNER & SCHÄTZL 2012: 90). Das früheste Modell dieser Art, das Wachstumspolmodell von PERROUX (1955), begründet das Entstehen von Wachstumspolen aus der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik zwischen verschiedenen Sektoren und Branchen. Bestimmte Wirtschaftsbereiche wachsen schneller als andere, woraus sich implizit ableiten lässt, dass bestimmte Räume aufgrund ihrer internen Wirtschaftsstruktur höhere Wachstumsraten als andere vorweisen.

exakten und falsifizierbaren Aussagen, diese werden dabei aber auf unterschiedlichste nicht untersuchte Handlungen ohne echten Raumbezug im geographischen Sinne angewandt. Die größte Schwäche der Neoklassischen Modelle in räumlicher Hinsicht besteht aber darin, dass das postulierte sich einstellende Gleichgewicht zwischen Regionen sich nicht oder nur sehr selten mit empirischen Beobachtungen deckt (GEBHARDT et al. 2011: 932; SCHÄTZL 2003: 136ff.).

GUNNAR MYRDAL (1974, 1. Aufl. 1957) und ALFRED O. HIRSCHMAN (1967, 1. Aufl. 1958) griffen diesen Grundgedanken der sich selbstverstärkenden ungleichen Wachstumsdynamik auf, erweiterten diesen um unterschiedliche ökonomische Begründungsvariablen und konkretisierten dessen räumliche Komponente in einer Theorie der regionalen Polarisierung. MYRDAL (1974) entwarf dabei ein Modell, das regionale Schrumpfs- sowie Wachstumsprozesse über kumulative Prozesse systemisch zu erklären vermag. Dabei können extern oder zufällig ausgelöste Veränderungen einen kumulativen Prozess in Gang setzen, der sich durch zirkuläre Interdependenzen verstärkt. Darunter versteht er, dass bei einem „freien Spiel der Kräfte“ eine Veränderung einer einzigen Stellgröße im ökonomischen System einer Raumeinheit auf weitere Variablen wirkt, die wiederum auf weitere wirken und letztlich als Rückkopplungseffekt die Veränderung der ursprünglichen Stellgröße weiter verstärken. Diese zirkulär-kumulativen Selbstverstärkungseffekte führen damit auf der räumlichen Ebene je nach Initialzündung zu Wachstum oder Schrumpfung und damit zur Vergrößerung regionaler Ungleichheiten. Ausgangspunkt für einen solchen Prozess ist jede größere Veränderung auf Faktoren, wie Nachfrage, Einkommensniveau, Investitionen und Produktion. Explizit nennt MYRDAL (1974: 37) auch nicht-ökonomische Faktoren, wie soziale Beziehungen, traditionelle Gesellschaften, Bildung etc., als mögliche Verursacher einer sich in Gang setzenden Spirale. Ebenso kann ein kumulativer Prozess durch eine Veränderung der *terms of trade* eines Standortes oder Region ausgelöst werden (MYRDAL 1974: 34ff.).

Die Expansion in einer Region führt dabei unweigerlich zu negativen Entzugseffekten (*backwash effects*) in einer anderen Raumeinheit. Nettozuwanderung in einer Region geht z.B. einher mit Abwanderung und *Brain-Drain* in anderen Gebieten. Kapital fließt von der Peripherie in entwickelte Regionen. Freier Handel verschafft den etablierten Zentren noch stärkere Vorteile, während die bereits bestehende Produktion der Peripherie nicht mehr konkurrenzfähig ist (MYRDAL 1974: 38ff.). Andererseits wirken Ausbreitungseffekte (*spread effects*) von den Zentren in Richtung Peripherie: die Nachfrage am Ort der wirtschaftlichen Expansion nach Produkten entlegener Regionen wächst; technischer Fortschritt breitet sich aus; und periphere Wirtschaft wird durch Rohstofflieferungen an die Industrie des Zentrums stimuliert (MYRDAL 1974: 41ff.). Ob jedoch Entzugs- oder Ausbreitungseffekte stärker wirken, hängt in erster Linie vom Entwicklungsstand des Landes ab. MYRDAL (1974: 48f.) nimmt dabei an, dass generell die Entzugseffekte die Ausbreitungseffekte übersteigen. Dies ist umso ausgeprägter je niedriger der Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft ist.

HIRSCHMAN (1967), der zweite „Vater“ der regionalen Polarisierungstheorie, erweitert das Modell durch die Annahme, dass die Ungleichheit zwischen

räumlichen Einheiten schlicht eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum sei. Auch in HIRSCHMANS (1967) Konzept kommt es zunächst zu Verstärkung von Ungleichheiten. Jedoch kann langfristig auch ein räumliches Gleichgewicht entstehen, und zwar durch einen höheren gesamtstaatlichen Entwicklungsstand, politische Gegenmaßnahmen, öffentliche Investitionen und stärker werdende Agglomerationsnachteile. Entzugs- und Ausbreitungseffekte heben sich, dieser Logik folgend, demnach auf.

Kritisiert wurden MYRDAL und HIRSCHMAN insbesondere dafür, dass der Ausgangspunkt eines kumulativen Prozesses nicht innerhalb des Modells, sondern über externe Ereignisse begründet wird (LIEFNER & SCHÄTZL 2012: 93). Doch gerade diese Annahme eines externen Auslösers macht den Ansatz für die vorliegende Arbeit zugänglich. Die serbische Ökonomie hat sich in den Jahren der Transformationsbrüche und Transformation unterschiedlichsten veränderten Rahmenbedingungen ausgesetzt gesehen, die den Anstoß für zirkulär-kumulative Selbstverstärkungseffekte gegeben haben. Beispielhaft zu nennen sind hier die massiven Schockereignisse auf die lokale Nachfrage, Produktion und Investitionen durch die UN-Wirtschaftssanktionen der 1990er Jahre. Demgegenüber stehen positive Auslöser, wie die Rückkehr ausländischer Direktinvestitionen und die Wiederbelegen des internationalen Handels im Zuge der erneuten Integration nach 2000.

2.1.2 New Economic Geography – geographische Ökonometrie

Die empirische Überprüfung der Polarisationshypothesen war lange Zeit durch ihre fehlende Formalisierung schwer möglich. Als umfassende Formalisierung und mathematische Verifizierung der Thesen von MYRDAL und HIRSCHMAN gilt die mit dem Nobelpreis belohnte Konzipierung der *New Economic Geography* durch PAUL KRUGMAN (u.a. LIEFNER & SCHÄTZL 2012: 94). Diese Bezeichnung wird von Wirtschaftsgeographen vielfach als irreführend beurteilt, da die *New Economic Geography* eher eine Weiterführung in den Wirtschaftswissenschaften darstellt als eine Neuerung in der Geographie. Daher sollte sie treffender als *Geographical Economics* bezeichnet werden (BATHELT & GLÜCKLER 2012: 328; BRAUN & SCHULZ 2012: 121). KRUGMAN (1991: 98ff.) erwähnt bereits selbst, dass seine Ausführungen in großen Teilen eine Wiederholung bekannter Ideen seien. Sie seien aber in der Disziplin der Wirtschaftswissenschaften konsequent ausgeklammert worden, da ihnen die Möglichkeit fehlte, mathematische Modelle zu erstellen, die in den Wirtschaftswissenschaften Standard sind.

Im Gegensatz zu neoklassisch inspirierten ökonometrischen Modellen verwendete KRUGMAN (1991) realitätsgetreuere Annahmen. Durch die Berücksichtigung steigender Skalenerträge im Verhältnis zu den Transportkosten konnte

er bei der Standortwahl von Unternehmen eine Tendenz zur Agglomeration nachweisen.

“(...) concentration tends to take place when transportation costs fall and economies of scale increase.” (KRUGMAN 1991: 79)

Diese Ballung der Industrieproduktion ist im KRUGMANSchen Modell ausgeprägter je größer die Bedeutung von Skaleneffekte in der jeweiligen Branche ist. Diese wenig überraschende Erkenntnis wird durch die Erkenntnis erweitert, dass eine Tendenz zur Agglomerationen insbesondere dann vorherrsche, wenn die Transportkosten im Verhältnis zu den erzielbaren Skaleneffekten niedrig sind. In seinem Modell hemmen zu hohe Transportkosten den interregionalen Handel und damit die Spezialisierung auf einzelne Produkte. Ebenso sind Ballungsprozesse nicht an Rohstoffvorkommen gebunden. Die ökonomischen Agglomerationsvorteile können sich an Orten, die an Rohstoffe gebunden sind, daher meist nicht entfalten, da diese aus wirtschaftlicher Sicht eher zufällig verortet sind. Da aber in der Regel der Anteil an ungebundenen Industriezweigen an der Bruttowertschöpfung einer Volkswirtschaft sehr hoch ist, kommt es zu starken Allokationstendenzen.

Nach der geographischen Ökonometrie ergibt sich die räumliche Struktur eines Landes aus dem Tauziehen der zentripetalen und zentrifugalen Kräfte. Bestimmte immobile Produktionsfaktoren wirken als zentrifugale Kräfte bzw. Ausbreitungseffekte und stehen den zentripetalen Kräften der Agglomeration gegenüber (Tab. 1; FUJITA et al. 2001: 346). Immobile Faktoren sind hierbei Ressourcen, Land, in staatenübergreifenden Vergleichen mitunter auch Arbeit. Innerhalb einzelner Staaten oder Volkswirtschaften kann allerdings eine höhere Arbeitskräftemobilität angenommen werden (vgl. KRUGMAN 1991: 71f.).

Tab. 1: Theoretischen Annahmen der *New Economic Geography* (FUJITA et al. 2001: 346)

Zentripetale Kräfte	Zentrifugale Kräfte
Verknüpfungen	Immobile Faktoren
Dichte Märkte (niedrige Transportkosten)	Lagerenten (hohe Transportkosten)
Wissens- <i>Spillover</i> und andere wirtschaftliche Vorteile (externe Ökonomien)	Engpässe und andere wirtschaftliche Nachteile (Disökonomien)

FUJITA, KRUGMAN & VENABLES (2001, 1. Aufl. 1999) integrieren die Außenhandelstheorie mit Annahmen zu komparativen Kostenvorteilen (nach OHLIN), steigenden Skalenerträgen (nach DIXIT-STIGLITZ) und wirtschaftsgeographischen Standorttheorien (u.a. nach CHRISTALLER, LÖSCH und HENDERSON) in einem mathematischen Modell. Getragen ist diese Herangehensweise ebenfalls von der Idee, dass wichtige Aspekte der Wirtschaft sich kontingent und

bestimmt durch Geschichte und Zufall, wie bei der Polarisierungstheorie, entwickeln. Mathematisch kann die KRUGMAN-Schule somit die regionale Wirtschaftsentwicklung als pfadabhängigen und sich selbst-verstärkenden Prozess darstellen, sich bei der Standortentscheidungen nicht nur nach denjenigen der anderen Marktteilnehmer richten, sondern auch von Entscheidungen früherer Gründer und Investoren abhängen.

„(...) in a world where increasing returns and transport costs are both important, forward and backward linkages can create a circular logic of agglomeration.“
(FUJITA et al. 2001: 345).

Viele Ideen im Zusammenhang mit Agglomerationseffekten wurden bereits viel früher beschrieben, jedoch haben die *Geographical Economics* solche Erkenntnisse zusammengeführt und mathematisch modelliert. Sie konnten dadurch die neoklassischen Theorien erweitern und deren unrealistische Modellannahmen überwinden (BRAUN & SCHULZ 2012: 127). Das Verdienst von Krugman und weiteren Vertretern der geographischen Ökonometrie ist außerdem darin zu sehen, dass sie räumliche Zusammenhänge unter ihrem Schlagwort *geography matters* wieder in die wirtschaftswissenschaftliche Forschung integriert haben. Nach SCHEUPLEIN (2009: 273) ist die *Geographical Economics* jedoch genauso in der Lage, der Volkswirtschaftslehre in der Geographie wieder mehr Gewicht zu verschaffen. Sie lässt sich zudem produktiv in die Theoriebildung der Wirtschaftsgeographie einbinden. Stets sollte dabei beachtet werden, dass die geographische Ökonometrie beschränkte Annahmen in ihren Modellen verwendet und diese damit hoch interpretativ sind.

Der methodische Zugang dieser Arbeit beinhaltet ohnehin keine ökonomischen Modelle (Kap. A.3.2.1). Jedoch sind die Annahmen der *Geographical Economics* zur Arbeitskräftemobilität und zur Rolle des Außenhandels für die innerregionale Differenzierung eines Landes hilfreich für die theoretische Fundierung dieser Arbeit. Handel kann zu einer Reorganisation der internen Wirtschaftsgeographie führen. Dabei kann es sowohl zur Dispersion produzierender Tätigkeit als Ganzes kommen, wie auch zur Clusterung bestimmter Industriezweige (FUJITA et al. 2001: 329ff.). Staaten sollen dabei nach KRUGMAN (1991: 70ff.) durch ihre Restriktionen der wirtschaftlichen Freiheit definiert werden. Ein Gebiet gehört dabei zu einem Staat nicht aufgrund einer Linie, die als Grenze gezogen wurde, sondern weil die Politik des Staates Einfluss auf die Bewegung und den internationalen Austausch von Gütern und Produktionsfaktoren des Staates hat.

Diese Verknüpfung von Außenhandelsrestriktionen oder Handelsfreiheiten eines Staates mit Agglomerationsprozessen kann im serbischen Fall musterhaft durchexerziert werden. Serbiens Außenhandel war in den 1990er Jahren durch

Handelsembargos eingeschränkt, welche die international höchste Stufe der Wirtschaftssanktionen beinhalteten. Im Vergleich ist der internationale Handel nach 2000 hiervon klar abzugrenzen und als „frei“ zu bezeichnen. Aus dieser theoretischen Verknüpfung lassen sich für Serbien demnach raumwirtschaftliche Konzentrationstendenzen insbesondere nach 2000 erwarten.

2.1.3 Theorie der fragmentierenden Entwicklung

Während die geographische Ökonometrie nach KRUGMAN und die Polarisationsansätze nach MYRDAL und HIRSCHMAN wesentlich Elemente einer Theorie enthalten, ist die sogenannte Theorie der fragmentierenden Entwicklung eher als Modell zu verstehen. Letzterer fehlt im Gegensatz zu den anderen erwähnten Ansätzen der Entwicklung räumlicher Ungleichheiten eine stringente und theoretisch-reduzierte Erklärung prozessualer Vorgänge, welcher zu Entstehung von Ungleichheit führen. „Sie bietet somit primär keine Lösungen und Strategien an“ (SCHOLZ 2004: 215). Die Fragmentierende Entwicklung nach FRED SCHOLZ (2000, 2002, 2004) ist jedoch stark darin, *in situ* Erklärungen zur Entwicklungswirklichkeit im Zeitalter der Globalisierung zu bieten.

„Fragmentierung wird hier als Ausdruck für bruchhafte, sozio-ökonomische und/oder kulturell/politische Sonderung/Trennung von Individuen/Akteuren und/oder Akteursgruppen in räumlicher Dimension verstanden“ (SCHOLZ 2004: 217).

Dabei wird eine fragmentierende Entwicklung auf unterschiedlichen Maßstabsebenen angenommen. In weltweiter Hinsicht existiert zwischen den „Inseln des Reichtums“ bzw. den globalen Orten und den mit diesen eng verbundenen globalisierten Orten in den marginalisierten Zwischenräume ein „Meer des Elends“ bzw. eine neue Peripherie. Die Fragmentierung setzt sich auf räumlicher Ebene nach unten fort. So bestehen auch die einzelnen Orte aus Fragmenten: global integrierten Stadtfragmenten und der lokalen neuen Peripherie (SCHOLZ 2004). Angelehnt an die Terminologie der Entwicklungsländerforschung beschreibt SCHOLZ mit der neuen Peripherie den neuen Süden, der sich nun nicht mehr in entwickelte und unterentwickelte Volkswirtschaften aufteilen lässt. An den Vorteilen des globalen Wettbewerbs partizipieren somit nicht Staaten und deren Bevölkerungen als Ganzes, sondern nur bestimmte Orte und dort einzig Teile der Bevölkerung. Dieses Fragmentierungsmuster bildet sich nicht in starren Raumstrukturen aus. Es besteht zwischen den räumlichen Einheiten exzessive Konkurrenz und eine fortwährender Verdrängungskampf (SCHOLZ 2004: 227).

SCHOLZ (2000, 2004) führt fragmentierende räumliche Entwicklungen, ebenso wie die Polarisierungstheorie und die geographische Ökonometrie, auf ökonomische Zusammenhänge im globalen Maßstab zurück. Er gibt somit eine

weitere Erklärung, wie globale Wirtschaftsverflechtungen auf die regionale und lokale Ebene wirken. Die hierdurch beschriebenen räumlichen Muster unterscheiden sich jedoch klar von einer reinen Polarisierung und Agglomeration von Produktionsfaktoren und bieten somit einen weiteren Analyserahmen, um räumliche Entwicklungstendenzen zu konzeptualisieren. Zudem ist vor dem Hintergrund der Desintegration dem Verfall der politischen Kultur, dem Entstehen einer Oligarchie und der massiven Verarmung Serbiens in den 1990er Jahren, die Hinzunahme eines Modells der Entwicklungsländerforschung durchaus angebracht. Zumindest für diese Zeit der internationalen Isolation ist Serbien als Ganzes der Kategorie der neuen Peripherie zuzuordnen.

Derlei Entwicklungen, bestehend aus sozialer Stratifikation und räumlicher Abgrenzung, wurden schon in anderen postsozialistischen Transformationskontexten beschrieben. Nach GÖLER (2005: 26) scheinen sie „sogar ein bestimmendes Wesensmerkmal des Transformationsprozesses darzustellen.“ Lokale Entwicklungen können dabei konträr zu benachbarten oder makroökonomischen Entwicklungen verlaufen, wenngleich die konkreten Erscheinungen nie losgelöst von den übergeordneten Phänomenen beurteilt werden dürfen. Die Annahme globaler fragmentierender Entwicklungen lässt sich dadurch mit der Vorstellung lokaler pfadabhängiger Entwicklungen zusammenbringen.

„The importance of local trajectories of development manifests itself in the fact that prosperous towns and pockets of unemployment or stagnation are often found next to each other in both growing and declining regions, reflecting successful or unsuccessful local restructuring processes and adjustment to the circumstances of the global economy” DOMAŃSKI (2011: 178).

2.2 Meso- und Mikrostrukturen: Pfadabhängigkeit und Resilienz

Das Modell der fragmentierenden Entwicklung liefert keine Aussagen zur Entstehung der räumlichen Sonderung. Ebenso gibt es in den Konzepten der Polarisierung und der geographischen Ökonometrie einen Mangel an tatsächlicher und systematischer Behandlung historischer Zusammenhänge bei der Entwicklung von Ungleichheiten. Gerade in einer Systemtransformation bedarf es einer konzeptionellen Aufnahme historischer Konzepte und der Analyse des sozialistischen und vor-sozialistischen Erbes, da sich nur dadurch die aktuellen strukturellen und institutionellen Ausprägungen vollständig erklären lassen. Nach über zwei Jahrzehnten postsozialistischer Transformation hat sich hierbei das Konzept der Pfadabhängigkeit mit seiner Grundaussage des *history matters* in unterschiedlichsten Erklärungsmodellen und empirischen Untersuchungen bewährt (z.B. STARK 1994; GRABHER & STARK 1997; ALTVATER 1998; SCHRADER 2003). Ihre Suche nach beständigen Strukturen innerhalb des Systemwechsels liefert für die sozialwissenschaftliche Forschung wesentlich fruchtbarere Hin-

weise, als Ansätze der Neoklassik, die vorrangig nach dem Grad der Umsetzung und Fortschritt der Systemtransformation suchen.¹⁰

2.2.1 Konzept der Pfadabhängigkeit – Institutionen, Ökonomie und Raum

Pfadabhängigkeit ist ein analytisches Konzept, das Prozessmodelle in ihrem zeitlichen Verlauf beschreibt. Es ist aber kein Konzept, bei dem frühere Ereignisse schlicht spätere beeinflussen. Eine Folge von Ereignissen (*small events*) führt bei zunächst unsicherem Ausgang zu einer immer deutlicheren und eingeschränkteren Entwicklungsrichtung: zu einem sich selbst verfestigenden Pfad. Durch Pfadabhängigkeit können demnach kausale Prozesse innerhalb von kontingenten (nicht notwendigerweise den zu erwartenden Verlauf nehmenden) bzw. nicht-ergodischen Systemen untersucht werden, bei denen Anfangsereignisse, die jedoch nicht durch einen bereits existenten Pfad erklärt werden können, weitere Ereignisse verursachen (MAHONEY 2000: 510ff.; WERLE 2007). Vereinfacht formuliert, beschreibt das Konzept somit persistente Elemente in einem evolutorischen Prozess. Ereignisse, die in einem frühen Stadium einer historischen Sequenz stattfinden, sind dabei hochempfindlich. Dies bedeutet, dass frühere Zeiträume dieser Sequenz von größerer Bedeutung sind als Ereignisse zu einem späteren Zeitpunkt.

In dieser Studie kann Pfadabhängigkeit somit historisch begründen, warum die Ökonomie einzelner Gemeinden unterschiedlich auf die gleichen übergeordneten transformatorischen Veränderungen reagiert. Da die einzelnen Orte aufgrund ihrer Institutionen und Wirtschaftsstrukturen verschiedenartige Pfade verfolgen, wirken die gleichen externen Ereignisse jeweils unterschiedlich auf die entsprechende lokale Ökonomie. Durch das Konzept der Pfadabhängigkeit lassen sich somit tief verwurzelte oder sich verfestigende Institutionen, genauso wie die Persistenz der Wirtschaftsstruktur begründen.

Pfadabhängigkeit, Institutionen und die postsozialistische Transformation

Die Vorstellung von Pfadabhängigkeiten, die ihren Ursprung in der Wirtschaftslehre bei Erklärungen zur Durchsetzung und Verfestigung technischer Neuentwicklungen hat (insbes. DAVID 1985; ARTHUR 1989), wird aktuell in vielen sozialwissenschaftlichen Forschungsgebieten angewandt. NORTH (1990) leistete einen mit dem Nobelpreis belohnten Beitrag zur pfadabhängigen simultanen Entwicklung von Institutionen und Ökonomien. Er leitete darin die wirtschaftlich unterschiedliche Entwicklung einzelner Staaten aus pfadabhängigen Unterschieden in der Struktur und der Anpassungsfähigkeit ihrer Institutionen

¹⁰ Einen umfassenden Überblick zu Transformationstheorien, die im Zusammenhang mit politischem und institutionellem Regimewechsel und Demokratisierung angewandt werden, findet sich bei MERKEL (2010).

und Organisationen ab. Dieser grundlegende Zusammenhang zwischen Institutionenbildung sowie Reorganisation und wirtschaftlicher Entwicklung ist im besonderen Maße in fragilen Staatssystemen oder Staaten in fundamentalen Systemwechseln, wie den postsozialistischen Transformationen, offensichtlich. Nach dem Kollaps der „megahierarchischen“, streng vertikalen Strukturen der zentral geplanten Volkswirtschaften Europas, blieb ein komplexes Erbe an ehemaligen Institutionen, Beziehungen und Verhaltensweisen zurück. Insbesondere die wirtschaftlichen Krisen und Unsicherheiten der ersten Transformationsjahre ließen nach CHAVANCE (1995: 287f.) den ererbten Routinen und Beziehungen aus sozialistischer Zeit bei der gradualistischen Herausbildung neuer Regeln und Normen viel Platz.

Derlei prozessuale Ausformung neuer konkreter Regeln sowie kulturell verankerte Werte und Normen werden in dieser Arbeit gleichermaßen als Institutionen bezeichnet. Institutionen werden dabei als Regeln und Normen gesehen, die sich in der Ausgestaltung von Organisationen manifestieren können, aber nicht müssen. Sie dienen, nach NORTH (1991), als Regelsysteme, welche politisches, ökonomisches und gesellschaftliches Verhalten und Handeln einschränken und erwartbar machen. *„Institutions are the humanly devised constraints that structure political, economic and social interaction. (...) Throughout history, institutions have been devised by human beings to create order and reduce uncertainty in exchange“* (NORTH 1991: 97). Institutionelle Anpassungsprozesse beschreiben demnach im Transformationskontext Vorgänge, die sich aus der Adaption an die neuen wirtschaftlichen Strukturen – ganz gleich welcher Art – ergeben.

Die Einbindung des Pfadabhängigkeitskonzepts liefert dabei realitätsorientiertere Aussagen, die sich nicht damit begnügen, dass der Transformationsprozess mit der Übernahme der Strukturmerkmale der Marktwirtschaft abgeschlossen sei. Von einem schlichten Wechsel der Wirtschaftssysteme ist die sozialwissenschaftliche Transformationsliteratur allerdings faktisch schon lange geheilt. PICKEL (1998: 119) bezeichnet es als „gefährliche[n] Reduktionismus und verantwortungslose Vereinfachung“ sollte die Frage der Transformation „primär als formelles Problem des Transfers westlicher Institutionen aufgefaßt“ werden. Gegen die Sichtweise, dass Transformation bzw. die Transition mit Institutionentransfer abgeschlossen sei, wendeten sich schon früh STANISZKIS (1991, 1998), STARK (1992a, 1992b, 1994) und andere. STARK (1994: 140f.) verweist darauf, dass Theorien, die von einer „Vermarktwirtschaftlichung aller Aspekte der Ökonomie“ ausgehen, ungeeignet seien, die postsozialistischen Transformationen darzustellen. Die Verfechter dieses Ziels würden sich „in einem theoretischen Universum, in dem sich die Skala der Mechanismen zur Koordinierung moderner Wirtschaften auf die Dichotomie von ‚Staat vs.

Markt‘ beschränk[e]“ bewegen. Dabei würden die Komplexität des gesellschaftlichen Wandels und die ökonomischen Formen die „weder auf den Markt noch auf den Staat zurückgehen“ vernachlässigt bzw. falsch verstanden werden. ALTVATER (1998: 593) argumentiert, dieser Logik folgend, dass weder auf Modernisierungs- noch auf Dependenztheorien gestützte Ansätze die Ergebnisse der postsozialistischen Zeit erklären könnten. Durch eine Reihe informeller Aktivitäten, welche die systemischen Defizite der Transformation ausgleichen, würden sich stattdessen neue hybride Formen des Kapitalismus herausbilden, die sich deutlich vom westeuropäischen Typ unterscheiden (ALTVATER 1998).

„Resilience and hysteresis are felt at various levels of the economy and society, along with genuine creation and innovation. The pathdependent emergence of a new, post-socialist form of capitalism calls for a complex evolutionary interpretation of this 'great transformation', as opposed to the big bang view which, as the metaphor itself suggests, forgot that something historical was there before. (CHAVANCE 1995: 288)“

Nach dieser Aussage von CHAVANCE (1995) verlangt das Wissen um die ökonomischen und gesellschaftlichen Pfadabhängigkeiten eine evolutionäre Beurteilung der „großen Transformation“. Diese Betrachtung steht damit im klaren Gegensatz zu der Annahme, dass Transformation schnell abgeschlossen sein könnte. Laut SCHRADER (2003: 85) widersprechen die Vorstellungen zu Pfadabhängigkeiten der ehemals sozialistischen Länder den "euphorische[n] neoliberale[n] Empfehlungen von Politikberatern zur Schocktherapie“, mit der diesen Ländern durch einen „radikale[n] Bruch mit dem sozialistischen System und einer zeitlich begrenzten ‚Durststrecke‘ die schnelle Entstehung einer funktionierenden Marktgesellschaft“ vorhergesagt wurde. Empirisch zeigt SCHRADER (2003) am Beispiel Russlands wie sich der Pfadabhängigkeitsgedanke auf makrosoziologische Prozesse des Gesellschaftswandels, im Sinne eines Konzepts der Geschichtlichkeit der Lebensweltkultur, anwenden lässt. Der Transformationsprozess Russlands sei demnach ein intergenerationaler Prozess, der nicht mit dem Transfer von marktwirtschaftlichen Institutionen abgeschlossen sei, sondern sich in einer längerfristigen Sozialisation abspiele (SCHRADER 2003: 104).

Diese Vorstellungen zu institutionellen Pfadabhängigkeiten liefern ebenso Erklärungsmöglichkeiten für sinkende Produktivität und fehlende Modernisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen bei der Transformation einzelner Unternehmen. Ganz generell äußert sich, nach GRABHER & STARK (1997), die sozialistische Vergangenheit der Unternehmen in einem hohen Maß der Machtfülle von politischen und wirtschaftlichen Netzwerken. PICKLES (1998) beschreibt exzellent anhand des noch nicht privatisierten Kombinars *Neftochim Bourgas* in Bulgarien, wie die Organisationsstrukturen aus planwirtschaftlicher Zeit in postsozialistischer Zeit aufrecht erhalten werden und wie sich dies auf

das lokale/regionale Produktionssystem des Kombinats, bestehend aus einem Geflecht von Zweigbetrieben, auswirkt.

In Transformationsverläufen lassen sich Pfadabhängigkeiten somit in Eigentumsverhältnissen, in der Restrukturierung einzelner Unternehmen, bei der Anwerbung von Investoren, im Wirtschaftshandeln einzelner Akteure, ebenso wie in der Haltung der Öffentlichkeit, im zivilgesellschaftlichen Engagement und in der Reproduktion anderer ökonomischer und sozialer Faktoren, feststellen. Im Fall Serbien muss insbesondere nach Pfadabhängigkeiten des spezifisch jugoslawischen Systems des Marktsozialismus, der sich stark von einem Sozialismus sowjetischen Typs unterschied, gesucht werden. Solche besonderen jugoslawischen Hinterlassenschaften zeigen sich z.B. in den verwendeten Privatisierungsstrategien, der Betriebsgrößenstruktur und der Geschäftskultur.

Pfadabhängigkeit und Wirtschaftsräume

Laut BOSCHMA & MARTIN (2011: 8) stellt das Konzept der Pfadabhängigkeit in der aktuellen internationalen wirtschaftsgeographischen Forschung das meist genutzte Theoriekonstrukt dar, das ernsthaft geschichtliche Zusammenhänge in Studien zur regionalen Entwicklung integriert. Bereits früh fand das Konzept der Pfadabhängigkeit Anwendung bei der Erklärung räumlicher Strukturen und deren Entstehung.

ARTHUR (1994) entwarf eine statistisch-analytische Herangehensweise, bei der die räumliche Verteilung von Industriestandorten mit Hilfe von Pfadabhängigkeit und Stochastik erklärt werden konnte.¹¹ Hierdurch konnten wirtschaftliche Raummodelle, die mathematisch ein statisches Gleichgewicht voraussetzen und in der Realität meist keine treffenden Vorhersagen liefern, überwunden werden. Gleichzeitig wurde dadurch die Erklärung unterschiedlicher Standortmuster möglich.

Einen weiteren wegweisenden Beitrag zur Übertragung des Konzepts auf den Wirtschaftsraum leistete GRABHER (1994) anhand einer Fallstudie zur Strukturkrise einer industriell geprägten Region. Am Beispiel des Ruhrgebietes zeigte er, wie enge zwischenbetriebliche Kooperationsbeziehungen und Verflechtungen zwischen regionaler Industrie und Verwaltung zunächst den wirtschaftlichen Fortschritt der Region vorantrieben; sich aber aus diesen starken Bindungen im Zeitverlauf Entwicklungsblockaden ergaben (*weakness of strong*

¹¹ Ohne direkten Bezug auf das Konzept der Pfadabhängigkeit führten schon STORPER & WALKER (1989: 70ff.) regionale Industrialisierungsprozesse auf mitunter zufällige „*windows of locational opportunities*“ zurück. Aus diesen können sich dann im weiteren Verlauf regionale Industriecluster entwickeln.

ties¹²), die eine verringerte Innovationskraft und Flexibilität zur Folge hatten. Letztendlich führten diese verfestigten Strukturen, seiner Argumentation folgend, zu einem strukturellen wie auch regional begrenzten „lock-in“ und zum Niedergang der Wirtschaftsregion.

Die Vorstellung der pfadabhängigen Entwicklung der ökonomischen Landschaft (insbes. MARTIN & SUNLEY 2006) rückbezieht die Entstehung von regionalen und lokalen Wirtschaftsstrukturen auf den Wirkmechanismus der Pfadabhängigkeit. Die Entwicklung von Industrien oder ökonomischen Strukturen an einem Standort zeigt dabei Merkmale eines nicht-ergodischen Systems, sprich eines Systems, bei dem kleine Änderungen zu Beginn eines Prozesses (*critical junctures*) bemerkenswerte und irreversible Unterschiede im späteren Verlauf zeigen. Insbesondere Vertreter der evolutionären Wirtschaftsgeographie um RON A. BOSCHMA, RON MARTIN, und PETER J. SUNLEY sehen in dem Konzept der Pfadabhängigkeit eines der fundamentalen Prinzipien ihrer Forschungsperspektive.¹³ Sie argumentieren, dass pfadabhängige (*path dependent*) Prozesse in hohem Maße ortsabhängig (*place dependent*) sind, indem sie den kontext- und ortsspezifischen Charakter der sich selbst verstärkenden wirtschaftlichen Entwicklung hervorheben (MARTIN & SUNLEY 2006: 413; MARTIN 2006: 58ff.).

Als potentielle, teilweise weit zurückreichende Quellen für die Entwicklung regionaler Pfade und lokaler Persistenz werden von MARTIN & SUNLEY (2006: 412) eine Reihe von Begründungen angeführt: (1) Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen, (2) versunkene Kosten in den lokalen Vermögenswerten und der Infrastruktur, (3) lokale externe Effekte der industriellen Spezialisierung, (4) regionale technologische *lock-ins*, (5) Agglomerationsvorteile und -nachteile,

¹² GRABHER (1994) bezog sich hier auf die netzwerktheoretisch viel beachteten Erkenntnisse des Soziologen MARK S. GRANOVETTER (1973). Dieser erkannte, dass gerade schwache Bindungen in Netzwerken für die Akteure den größten Erfolg versprechen (*strength of weak ties*).

¹³ Entscheidenden Beitrag zur Integrierung der Vorstellung von Pfadabhängigkeiten für die Genese ökonomischer Landschaften und gleichzeitiger Proklamierung einer „neuen“ evolutorischen Wirtschaftsgeographie leisteten BOSCHMA & LAMBOUY (1999), MARTIN (2006) bzw. MARTIN & SUNLEY (2001, 2006). Dabei stellt die evolutionäre Wirtschaftsgeographie kein geschlossenes theoretisches Konstrukt dar, sondern vielmehr einen Zugang, der die Konzepte und Ideen der Evolutionsökonomik für die Wirtschaftsgeographie zugänglich macht. Die wirtschaftsgeographische Frage nach ungleichen ökonomischen Entwicklungen wird in diesem Zugang nicht durch die universelle Mobilität, die der Agglomeration von Produktionsfaktoren zugrunde liegt, und nicht durch spezifische institutionelle Voraussetzungen in bestimmten räumlichen Kontexten erklärt. Vielmehr wird die Ökonomie dabei als evolutionärer Prozess gesehen, der sich in seiner Gesamtheit über Raum und Zeit entfaltet (BOSCHMA & FRENKEN 2007: 2).

(6) regional-spezifische Institutionen, Gesellschaftsformen und kulturelle Traditionen und (7) interregionale Verbindungen und Abhängigkeiten.

Diese Begründungen für Pfadentwicklungen dienen auch in der vorliegenden Studie als Orientierung. Wichtiger für die Untersuchung ist dabei das Nachvollziehen des Pfadverlaufs. Die Träger der regionalen und lokalen wirtschaftlichen Pfade sind hierbei die lokal ansässigen Unternehmen. Ohnehin ist Unternehmerschaft *per se* ein räumlich ungleicher Prozess und sollte daher stets Bestandteil pfadabhängiger ökonomischer Erklärungen sein (STAM 2010: 139). Schon die Standortwahl von Unternehmen ist stark von der Vergangenheit geprägt (BOSCHMA & FRENKEN 2007: 5ff.). Viele Unternehmen gründen sich dort, wo z.B. der Gründer lebt oder der Gründer in sozialen lokalen Netzwerken eingebunden ist. Der gleichen Logik folgend, werden Spin-Off-Unternehmen meist in der Nähe des Stammsitzes gegründet. Die sozio-institutionelle lokale Eingebundenheit (*embeddedness*) des Gründers (GRANOVETTER 2001; BATHELT & GLÜCKLER 2012: 230ff.) bzw. dessen lokale Netzwerkbeziehungen (GRABHER & STARK 1997: 68f.) reduzieren dabei Unsicherheiten und Risiken der Gründung.

Im Zeitverlauf entstehen hieraus klar definierte und räumlich zu verortende Wirtschaftsstrukturen, die sich zu irreversiblen Entwicklungspfaden ausformen können. Meist wird dabei die Vorstellung von sich verfestigten Strukturen und *lock-ins* negativ konnotiert, da mit den Begriffen meist der Niedergang alt-industrieller Räume nachgezeichnet wird (HASSINK 2010a: 451). Nach MARTIN (2006: 66) gibt es allerdings „keinen inhärenten Mechanismus, der den *lock-in* wirtschaftlicher Entwicklung, ob lokal, regional oder national, notwendigerweise auf einen ineffizienten oder sub-optimalen Pfad führt“. Würde man dies annehmen, so MARTIN weiter, würde man annehmen, dass Akteure, die neue Technologien oder institutionelle Strukturen entwerfen, „unter ihren gegebenen Bedingungen irrational gehandelt hätten“, da sie ja bereits wüssten, dass ihre Entscheidungen letztlich in einer Sackgasse enden. Rationalen Akteuren wäre bereits zu Beginn klar, dass ihre Entscheidungen in einer strukturellen Krise münden, abgesehen von der schlichten Tatsache, dass langfristige Folgen der ursprünglichen Entscheidungen nicht abzusehen sind und die Beurteilung eines Pfades erst *ex post* erfolgt.

Allerdings kann ein beschrittener Pfad trotz Verfestigung durchaus die effizienteste Entwicklung darstellen. MARTIN & SUNLEY (2006) gehen hier von positiven regionalen *lock-ins* aus. Positive lokale Effekte, wachsende Einbettung und Verflechtung der wirtschaftlichen Akteure bewirken steigende Skalenerträge und stimulieren wirtschaftliches Wachstum. Spezialisierung und Agglomeration generieren somit zunächst den Fortschritt einer Region durch die stetige

Zunahme von Produktivität, Erträgen, Beschäftigung, Innovationen etc. Die starken Bindungen können aber im Verlauf zu Anpassungsproblemen führen, da sie zu Inflexibilität führen, Innovationen hemmen und letztendlich zum wirtschaftlichen Niedergang am selben Ort und in derselben Branche führen.

2.2.2 Lokale Resilienz als Anpassungsfähigkeit

Aufgrund einiger Schwächen in der empirischen Überprüfbarkeit von Pfadabhängigkeiten, wird in dieser Studie der theoretische Leitgedanke der Pfadabhängigkeit durch weitere Konzepte ergänzt. Anleihen aus der Evolutionsbiologie, die zunächst in Ansätzen der Evolutionsökonomik Verwendung fanden, wurden von Vertretern einer evolutorischen Wirtschaftsgeographie auf räumliche Wirtschaftsprozesse und -strukturen übertragen. Diese Analogien sind dabei aber keinesfalls als deterministisch zu verstehen. Entwicklungen sind durchaus von Zufällen, vor allem aber von den kontingenten Pfadverläufen bestimmt (BRAUN & SCHULZ 2012: 152). Aus der Vielfalt evolutorischer Neologismen¹⁴ bedient sich der Ansatz dieser Arbeit einem aktuell wissenschaftlich stark diskutierten Entwurf: der Regionalen Resilienz als Anpassungsfähigkeit.

Resilienz, *lat. resilire* („zurückspringen, abprallen“), beschreibt dabei die Fähigkeit eines Systems Veränderungen zu vermeiden bzw. die Fähigkeit einen eingeschlagenen Entwicklungsweg trotz eines exogenen Schocks weiterverfolgen zu können. Die Fortsetzung eines Pfades wird hier somit positiv konnotiert und als Widerstandsfähigkeit des Systems ausgelegt; während bei der Pfadabhängigkeit die Fortsetzung eher negativ besetzt ist, insbesondere durch die Vorstellung des drohenden *lock-ins*, das über allen sich verfestigenden Wirtschaftsstrukturen wie ein Damoklesschwert schwebt. Resilienz als Metapher für die Krisenfestigkeit einer Region oder eines Ortes wird dabei von unterschiedlichen Autoren teilweise sehr unterschiedlich ausgelegt und befindet sich aktuell in der Wirtschaftsgeographie noch stark in der konzeptionellen Diskussion (siehe BRISTOW 2010; CHRISTOPHERSON et al. 2010; PENDALL et al. 2010; PIKE et al. 2010; HASSINK 2010b; SIMMIE & MARTIN 2010; MARTIN 2011; WINK 2011; BRISTOW & HEALY 2014).

Grundsätzliche Einigkeit besteht darüber, dass damit die Rückkehr zur „Normalität“ nach einer extern verursachten Krise gemeint ist (u.a. PENDALL et al. 2010: 72f.). Resilienz wird zum einen für die Rückkehr zu den Bedingungen vor einem Schock verwendet; zum anderen wird damit zum Ausdruck gebracht,

¹⁴ Die Vertreter der evolutorischen Wirtschaftsgeographie versuchen eine Reihe von Analogien eines generalisierenden Darwinismus aus der Evolutionsökonomik (siehe HERRMANN-PILLATH 2002) auch in den wissenschaftlichen Diskurs der Wirtschaftsgeographie einzuführen. Beispiele hierfür sind: *selectivity, novelty, related and unrelated variety, mutation, co-evolution*, (BOSCHMA & FRENKEN 2007; BOSCHMA & MARTIN 2010; FRENKEN et al. 2007)

dass ein System trotz Widrigkeiten gedeiht (PENDALL et al. 2010). Unter Verwendung des Begriffs wird in der Wirtschaftsgeographie meist Fragen nachgegangen, ob und wie Regionen in der Lage sind, auf externe Schocks oder langfristigen Veränderungsdruck (Globalisierung bzw. Transformation) durch aktive Anpassung erfolgreich zu reagieren (BRAUN & SCHULZ 2012: 154). PIKE et al. (2010), CHRISTOPHERSON et al. (2010) und SIMMIE & MARTIN (2010) sehen im Resilienzentwurf kein Konzept, mit dem die Rückkehr zu einem früheren *status quo* gemeint ist; vielmehr interpretieren sie den Begriff als die unterschiedliche Fähigkeit von Regionen oder Standorten, ihre Strukturen und Funktionen als Antwort auf Schocks anzupassen bzw. zu reorganisieren.¹⁵

„More specifically, we are interested in the idea of resilience as ‘adaptive ability’ since it is the differential ability of a region’s or locality’s firms to adapt to changes and shocks in competitive, market, technological, policy and related conditions that shape the evolutionary dynamics and trajectories of that regional or local economy over time” (SIMMIE & MARTIN 2010: 28).

Die im Pfadabhängigkeitskonzept inhärente schwache Einbindung von exogenen Effekten kann durch das Konzept der Resilienz ausgeglichen werden. Durch Resilienz lässt sich ökonomischer Niedergang auch abseits von *lock-in*-Vorstellungen fassen. Divergente Entwicklungen der untersuchten Gemeinden können dadurch konzeptionell besser auf nationale und globale Erschütterungen zurückgeführt werden. Es kann vereinfacht angenommen werden, dass sich alle serbischen Kommunen zu den gleichen Zeitpunkten denselben überregionalen wirtschaftlichen Umwälzungen ausgesetzt gesehen haben; ganz gleich ob jene exogene Schocks oder permanente Krisenphänomene darstellen. Die unterschiedlichen lokalen Reaktionen hierauf können somit auf unterschiedliche lokale Widerstandsfähigkeiten zurückgeführt werden.

Allerdings ist der Übertrag des Konzepts auf Transformationsvorgänge, die als Folge von politischen Umbrüchen oder Systemwechseln entstehen, nicht ganz unproblematisch. Von einem „Zurückspringen“ auf den ursprünglichen Entwicklungspfad der Länder, Regionen oder Industrien des ehemaligen Jugoslawiens kann – genauso wie in andern postsozialistischen Staaten – ohnehin keine Rede sein. Solche Vorstellungen zu Resilienz können somit hier keine Anwendung finden. Die lokale Resilienz, im Verständnis eines Vorankommens

¹⁵ Kritische Anmerkungen zur Verwendung von Resilienz als Konzept einer evolutorischen Sichtweise finden sich bei HASSINK (2010b). HASSINK (2010b: 55) hält PIKE et al. (2010), CHRISTOPHERSON et al. (2010), SIMMIE & MARTIN (2010) und anderen entgegen, dass Resilienz in erster Linie die Erholung bestehender wirtschaftlicher bzw. industrieller Strukturen und eben nicht Anpassung oder Erneuerung betone. Damit einhergehend vernachlässige die Verwendung des Terminus nach HASSINK (2010b) die Rolle des Staates, der Politik und von Institutionen.

durch aktive Anpassung in äußerst widrigen Umständen, ist im Kontext postsozialistischer Transformationen aber durchaus sinnvoll anzuwenden. Politische Krisen, internationale Wirtschaftssanktionen und mannigfaltige Probleme in der Umsetzung von ökonomischen Reformen haben in den Regionen Serbiens unterschiedlich starke Wirkung entfaltet, die sich auf stark resiliente oder weniger resiliente Wirtschaftsstrukturen sowie aktive oder mangelnde Anpassung zurückführen lassen. Als resilient können dabei Orte bezeichnet werden, die angesichts dieser schwierigen Bedingungen ihrer Aufgabe als lokale Arbeitsmarktzentren und Produktionsstandorte weiter nachkommen können, indem sie die lokale Unternehmenslandschaft reorganisieren. Dies funktioniert umso besser, je besser die Akteure der Kommune sich den neuen globalen und nationalen Rahmenbedingungen anpassen oder anpassen können.

2.2.3 Das Pfadabhängigkeitskonzept dieser Studie – Eine kritische Synthese

Die konzeptionelle Literatur zu Pfadabhängigkeiten räumlicher Wirtschaftsstrukturen hat ein beachtliches Schrifttum erreicht. Mittlerweile finden sich auch einige nennenswerte Arbeiten mit empirischem Schwerpunkt. Dabei wird Pfadabhängigkeit meist nur als theoretischer Teilaspekt der regionalen Entwicklung betrachtet. Pfadabhängige Wirtschaftsstrukturen werden dabei sowohl überregional in Industriezweigen (z.B. KLEPPER 2007; LIPPERT 2006), in bestimmten Wirtschaftsregionen (z.B. GRABHER 1994; HASSINK 2010a), in einzelnen Standorten (z.B. DOMAŃSKI 2000; GARNSEY & HEFFERNAN 2007; CANTNER & GRAF 2010) und auch in lokalen Einzelstrukturen, wie Unternehmen (PICKLES 1998) oder Science Parks (QUÉRÉ 2007) identifiziert.

Aktuellen Einfluss auf die Verwendung des Konzepts für die Genese von Wirtschaftsräumen haben dabei Vertreter der evolutionsökonomischen Wirtschaftsgeographie (BOSCHMA & LAMBOUY 1999; MARTIN & SUNLEY 2006, 2010a), die die frühen Vorstellungen von sich verfestigenden Industriestrukturen in regional begrenzten Kontexten (z.B. GRABHER 1994) weiterentwickelten. MARTIN & SUNLEY (2006) räumen jedoch selbst ein, dass das Konzept nicht frei von Problemen ist. So ist z.B. der Begriff des regionalen *lock-in* unklar definiert. Es sei vage, ob damit die ganze Region, nur bestimmte Industriezweige der Region oder sogar überregionale Cluster gemeint seien. Besser und präziser ist damit die Verwendung der Begriffe strukturelles *lock-in* oder regionalstrukturelles *lock-in*.

Eine weitere Schwäche dieser Pfadabhängigkeitsvorstellungen ist die teilweise starke Vernachlässigung exogener Effekte. Erläuterungen zu Verfestigungen einer pfadabhängigen Entwicklung bleiben größtenteils in der systeminternen und endogenen Perspektive. Diesem konzeptionellen Problem kann mit der Aufnahme eines Konzepts einer evolutionären Sichtweise, der

Resilienz als Anpassungsfähigkeit, begegnet werden. Durch diese Konzepte lassen sich auch exogene Einflüsse auf die Entwicklungspfade besser fassen. Andererseits kann beim Vergleich bestimmter lokaler Untersuchungsaspekte die konzeptionelle Ausblendung exogener Entwicklungsdeterminanten auch von Vorteil sein. Vereinfacht kann angenommen werden, dass sich die serbischen Gemeinden in ihrem Transformationsverlauf stets mit den gleichen national wie auch global veränderten Rahmenbedingungen konfrontiert sahen. Da die lokalen Akteure in gleicher Weise den exogenen Einflüssen ausgesetzt waren, lassen sich abweichenden Entwicklungen insbesondere auf individuelle sowie lokale Antworten und Anpassungen zurückführen.

Pfadabhängigkeit eignet sich auch deshalb besonders, um kleinräumliche Phänomene empirisch zu hinterfragen, da das Konzept auf die Akteursebene zurückgreift. „Es sind Handlungssequenzen individueller, kollektiver oder korporativer Akteure, die im Effekt Pfadabhängigkeit erzeugen“ (WERLE 2007: 128). Insbesondere im Handeln von einzelnen Unternehmen und Akteuren der lokalen Verwaltung und Planung lassen sich Routinen und Verhalten aus früheren Zeiten feststellen. Aber auch das Aufbrechen alter und die Entstehung neuer Pfade durch neue Ideen lässt sich durch sie identifizieren. Ebenso ist eine Berücksichtigung des menschlichen Faktors im Resilienzkonzept sinnvoll. Wird die lokale oder regionale Resilienz als stark von den handelnden Personen abhängig betrachtet, betont dies letztlich die Rolle des Ortes und Kontextes noch stärker (BRISTOW & HEALY 2014).

Eine weitere Schwäche der Pfadabhängigkeit ist, dass der Beginn einer Abfolge von Ereignissen im Konzept nicht systematisch erklärt wird. Der Beginn eines Pfades wird auf eine historisch zufällige Entscheidung zurückgeführt. In sozialwissenschaftlichen Studien erscheint der Ausgangspunkt oft beliebig gewählt und trifft dabei nicht den historischen Knickpunkt, zu dem der heute beobachtbare Pfad gegenüber anderen möglichen Pfaden eingeschlagen wurde.

„Studies that employ variants of ‘path analysis’ examine chains of linked events, but these studies do not usually trace outcomes back to contingent breakpoints. It is important to recognize that a scholarly emphasis on ‘pathways’ or ‘paths of development’ does not mean that a study examines path dependence“ (MAHONEY 2000: 532)

Aus methodischer Sicht müssen in diesem Punkt – auch in der vorliegenden Arbeit – Einschränkungen eingegangen werden, bezüglich des genauen Nachweises kritischer Entscheidungen bei der Entstehung von Pfaden. MAHONEY (2000) hat mit seiner Kritik durchaus Recht, wenn er darauf aufmerksam macht, dass die letztliche Abhängigkeit, die durch den Begriff Pfadabhängigkeit gemeint ist, sich auf den Zeitpunkt beziehen muss, als die beobachtbare und

untersuchte Erscheinungsform gegenüber anderen Möglichkeiten im weiteren Verlauf verfestigt wurde. Sogar bei DAVIDS (1985) Beschreibung der technologischen Durchsetzung der QWERTY-Tastatur – dem Paradebeispiel der Pfadabhängigkeit – bleibt die Begründung, warum sich diese Tastatur gegenüber anderen technologisch besseren Alternativen zu Beginn des Pfades durchsetzte, stets vage. Stark sind DAVIDS Ausführungen hingegen bei der Begründung, warum dieser Tastatur schließlich zum alleinigen Standard wurde und damit andere technische Möglichkeiten von der Entwicklungsreife und vom Markt ausgeschlossen wurden.

Auch wenn kein vollständiger Nachweis der *critical junctures* vollzogen werden kann, hilft die Vorstellung der Pfadabhängigkeit, Entstehung und Herkunft von Entwicklungen zu verstehen und einzuordnen. Im Zuge einer empirischen Anwendbarkeit dient das Pfadabhängigkeitskonzept somit in erster Linie dazu, sich selbst verfestigende Entwicklungspfade, und damit institutionelle Ineffizienzen und persistente Wirtschaftsstrukturen, auf historisches Erbe zurückzuführen. Durch die Hinzunahme des Resilienzentwurfes lassen sich Anpassungen und Reorganisationen innerhalb dieser Entwicklungen fassen, und es lässt sich besser verstehen, warum manche Orte trotz widriger Umstände gedeihen können, während an anderen Orten Schocks und Krisen einen langfristigen Niedergang einleiten.

Schon allein aufgrund der teilweise schwierigen Datenlage (Kap. A.3.2.1) kann über Anfangsereignisse pfadabhängiger Entwicklungen oft nicht abschließend geurteilt werden, was in der vorliegenden Arbeit auch nicht das Ziel ist. Der mit diesem Konzept verbundene Denkstil eröffnet vielmehr historisch-holistische Schlussfolgerungen auf aktuell beobachtbare Erscheinungen. Pfadabhängigkeit ist dabei hilfreich, die selbst verstärkende Dynamik regionaler bzw. lokaler wirtschaftlicher Entwicklung zu verstehen. Durch die Einbeziehung des sozio-institutionellen Kontextes unterscheidet sie sich stark von Ansätzen, die fast ausschließlich ökonomischen Faktoren in ihre Interpretationen zu regionalwirtschaftlichen Wandel mit einbinden – seien es neoklassische Gleichgewichtsmodelle oder die geographische Ökonometrie.

„Darüber hinaus verweist das Konzept der Pfadabhängigkeit auf die Notwendigkeit, die ‚kleinen Geschichten‘ regionaler (...) industrieller und institutioneller Entwicklung zu ergründen (MARTIN 2006: 75)

2.3 Positionierung der Arbeit: *geography matters, history matters, institutions matter*

Generell ist hier ein theoretischer Zugang beschrieben, der regionale und lokale Ökonomien in einem permanenten Anpassungsprozess sieht. Gerade im Transformationsprozess finden auf regionaler und lokaler Ebene unter den neuen Rahmenbedingungen hochdynamische Veränderungen statt, die auf räumliche Differenzierungen und strukturelle sowie institutionelle Pfadabhängigkeiten zurückzuführen sind.

Das Konzept der Pfadabhängigkeit ist bisher nicht als eigenständige Theorie der regionalen Entwicklung ausgearbeitet und etabliert (LIEFNER & SCHÄTZL 2012). Dem Konzept fehlt es nach MARTIN (2006: 75) aufgrund der stark endogenen und deskriptiven Perspektive an theoretischer Erklärungskraft bei der Frage, warum sich bestimmte Pfade an bestimmten Orten entwickeln. Eine theoretische Einbindung der lokalen Entwicklungspfade in regionale, überregionale und globale Raumentwicklungen (Polarisation, Agglomeration und Fragmentierung) liegt daher nahe, um die Entwicklung einzelner Standorte miteinander zu vergleichen. Die Vertreter der *Geographical Economics* (KRUGMAN 1991a, 1991b; FUJITA et al. 1999; KRUGMAN & OBSTFELD 2009) betonen die Bedeutung der Geographie (*geography matters*) für ökonomische Entwicklungen. Wie die Vertreter einer Pfadabhängigkeit in der ökonomischen Landschaft (u.a. GRABHER 1994; MARTIN & SUNLEY 2006) verweisen sie auf die Rolle kumulativer lokaler Externalitäten in der Bildung geographischer Strukturen.

„Da sie [die Vertreter der geographische Ökonometrie] aber eine Mathematisierung des Prozesses anstreben, fokussieren sie nicht den ortsspezifischen und ortsabhängigen Charakter, sondern die abstrakten allgemeinen Aspekte dieses Prozesses. Ihre Modelle zeigen zwar die Ursachen räumlicher Agglomeration, verfehlen jedoch jede Aussage über spezifische Formen kumulativer pfadabhängiger Entwicklungen an bestimmten Orten“ (MARTIN 2006: 60f.)

Die Väter der regionalen Polarisation MYRDAL (1974) und HIRSCHMANN (1967) leiten ihre Ansätze induktiv aus Ungleichheiten in eher internationalem Maßstab ab. Deren Konzepte, insbesondere die Vorstellung von Entzugs- und Ausbreitungseffekten, dienen hier in erster Linie dazu, lokale Entwicklungen in größere Raumentwicklungen einzuordnen. Der theoretische Ansatz lässt sich aber problemlos auf kleinere Raumeinheiten übertragen, wie dies bereits in vielfach im Transformationskontext empirisch praktiziert wurde (u.a. GORZELAK 1996; SMITH 2000; BUCHHOFER 2003; GÖLER 2007a; siehe Kap. A.1.1.1). Der Grundgedanke der Polarisationsansätze der zirkulär-kumulativen Verstärkung kann dabei sogar auf einzelne Standorte übertragen werden. Theoretisch ist der Grundgedanke der Polarisation ebenfalls mit Konzept der Pfadabhängigkeit

verwandt. Beide Ansätze gehen von sich selbst verstärkenden Prozessdynamiken aus und vertreten, dass die ökonomische Landschaft sich nicht zu einem vorbestimmten Equilibrium entwickelt. Vielmehr befindet sich der Wirtschaftsraum in einem offenen System, dessen Entwicklung nicht vorbestimmt ist.

Durch das Konzept der Pfadabhängigkeit werden ökonomische Prozesse stärker unter der spezifischen Berücksichtigung historischer Ereignisse betrachtet als dies in polarisationstheoretischen Ansätzen oder der geographischen Ökonometrie der Fall ist. Auch betont der Gedanke der Pfadabhängigkeit der ökonomischen Landschaft stärker die endogene Entstehung neuer Pfade und sucht nicht wie Vertreter der Polarisationstheorien nur nach exogenen Auslösern. In beiden Fällen bleiben aber die Initialzündungen für die Entstehung eines Pfads oder einer Abwärtsspirale nicht durch das Modell erklärt und damit historisch zufällig.

Ein generelles Problem der Modelle der Polarisation und geographischen Ökonometrie ist zudem, dass sie reduktionistische Annahmen vertreten, die soziale, institutionelle und kulturelle Einbettung vernachlässigen. Gerade im Hinblick auf lokale Prozesse sind derlei Rahmenbedingungen offensichtlich. Das Konzept der Pfadabhängigkeit ist aufgrund seiner theoretischen Offenheit hier adäquater. Dies entspricht auch dem allgemeinen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsgeographie weg von einem raumwirtschaftlichen Ansatz. Mit dem *institutional, social* und *cultural turn* wird in der Wirtschaftsgeographie stärker auf die Vermittlung kontextbezogener wirtschaftsräumlicher Realitäten geachtet. Dies bezieht dezidiert auch nicht-ökonomische Faktoren mit in die Überlegungen ein. Vorreiter dieser Sichtweise sind, ohne das hier die Grenzen klar zu ziehen wären, zum einen die Vertreter einer relationalen Wirtschaftsgeographie (insbes. BATHOLT & GLÜCKLER 2012); zum anderen die Vertreter der evolutionären Wirtschaftsgeographie (insbes. BOSCHMA & FRENKEN 2006; MARTIN & SUNLEY 2010). Die vorliegende Arbeit entlehnt aus diesen Herangehensweisen insbesondere die kontextbezogene Perspektive und die Vorstellung evolutionärer und pfadabhängiger Entwicklungen, seien diese prosperierend oder durch industriell-strukturelle *lock-ins* im Niedergang.

In evolutionärer Hinsicht liegt bei der Beschreibung der Entwicklungspfade der Fokus auf den entscheidenden Entwicklungsschritten und Entwicklungshemmnissen. Im Sinne der Bedeutung der Geschichte (*history matters*) gilt es zu beantworten, an welchen Punkten Entwicklungspfade andere Richtungen eingeschlagen haben. Eine lückenlose und vollständige Darstellung der Wirtschaftsgeschichte ist dabei nicht nur empirisch schwer möglich, sondern auch theoretisch nicht nötig. Gleichzeitig gilt es zu beachten, welche weiteren Entwicklungen durch die Pfade beeinflusst werden; denn ökonomische Entwick-

lungspfade gehen einher mit gleichzeitiger Ko-Evolution sozio-ökonomischer (MARTIN 2006: 74) und institutioneller Anpassung (NORTH 1990; 1991). Unterschiedliche institutionelle Anpassungsfähigkeiten sind, nach NORTH (1991), sogar die grundsätzliche Voraussetzung für ökonomisch ungleiche Entwicklungen (*institutions matter*).

Diese Arbeit betrachtet demnach lokale Entwicklung als einen strukturell-ökonomischen, wie auch institutionell pfadabhängigen Prozess, dessen Weg durch makrostrukturelle räumliche Polarisierungen und Fragmentierungen stark eingeschränkt ist. Die Verknüpfung von regionalen Entwicklungstheorien mit dem Konzept der Pfadabhängigkeit erlaubt dabei eine theoretische Differenzierung der zentralen Fragestellung nach der lokalen Entwicklung. Inwieweit ist die Entwicklung an konkreten Orten gekennzeichnet durch die Einbettung in allgemeine räumliche Verschiebungen oder durch die endogenen lokalen Entwicklungspfade? Oder anders ausgedrückt: In welcher Form ist die lokale Entwicklung bestimmt durch ihre geographische Lage oder durch ihre wirtschaftsstrukturellen sowie institutionellen Hinterlassenschaften, Resilienzen und Anpassungsfähigkeiten? Vereinfacht kombiniert der Zugang damit die theoretischen Vorstellungen von *geography matters*, *history matters* und *institutions matter*.

3 Konzeption und Methoden

Bei offeneren Theorieansätzen der Wirtschaftsgeographie besteht laut LIEFNER & SCHÄTZEL (2012: 193) aktuell „eine unübersehbare Tendenz zum Verifizieren erhoffter Ergebnisse durch einseitige Methodenauswahl und Ergebnisinterpretation“. Im Bewusstsein dieser Problematik nähert sich diese Untersuchung der Frage lokaler transformatorischer Entwicklungspfade und Entwicklungsmöglichkeiten durch die Verknüpfung unterschiedlicher quantitativer sowie qualitativer Methoden, wie dies in allen Sozial- und Geisteswissenschaften eine lange Tradition hat (KELLE & ERZBERGER 2010: 299ff.; FLICK 2008)

3.1 Konzeption und Aufbau der Studie

Wie beschrieben, besteht ein breites Schrifttum an Studien, die das Konzept der Pfadabhängigkeit in Bezug zu den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen innerhalb der postsozialistischen Transformationsstaaten stellen. Nur wenige Arbeiten übertragen das Konzept aber dezidiert auf kleinräumliche Prozesse im Transformationskontext (z.B. VAN ZON 1998; PICKLES 1998; DOMAŃSKI 2000). Empirische Arbeiten innerhalb dieses Kontextes können daher entscheidende Beiträge leisten, die Konzepte weiter zu konkretisieren und operationaler zu machen. So sind z.B. unter dem Label der *Evolutionary Economic Geography* bisher keinerlei Arbeiten bekannt, die empirisch Raumentwicklungen im postsozialistischen Kontext untersuchen. Dies ist umso verwunderlicher, da sich doch gerade in Transformationsgesellschaften auch eine Vielzahl neuer, prosperierender, pfadabhängiger Dynamiken feststellen lassen.¹⁶ In dem anhaltenden *evolutionary turn* der internationalen Wirtschaftsgeographie können die Erfahrung aus einem Transformationsland daher einen wichtigen empirischen Beitrag leisten.

Methodische Konzeption

Im konzeptionellen Ansatz dieser Studie kommt die Vorstellung zum Ausdruck, dass der Frage der regionalen und lokalen Entwicklung im Transformationskontext grundsätzlich auf breiter empirischer Basis begegnet werden muss. Der Forschungsansatz dieser Arbeit ist unter anderem von den wissenschaftstheoretischen Forderungen PAUL FEIERABENDS (1975, 1981) inspiriert. In einem Forschungsumfeld in dem zuverlässige Informationen rar sind, ein direkter Zugang zu diesen meist schwierig ist bzw. verschleiert wird und Daten und Informationen stets vor unterschiedlichen Hintergründen überprüft und

¹⁶ Empirische Arbeiten zu Forschungsperspektive der evolutorischen Wirtschaftsgeographie betrachten bevorzugt prosperierende Dynamiken des „Silicon-Valley-Typs“ (z.B. GARNSEY & HEFFERNAN 2007; QUÉRE 2007; GLÜCKLER 2010; CANTNER & GRAF 2010; STRAMBACH 2010; FORNAHL et al. 2012; MA & HASSINK 2014).

betrachtet werden müssen, sollte sich – auch nach der Auffassung des Verfassers – ein Forscher nicht durch methodische Zwänge einschränken lassen. Vielmehr sollte er alle ihm zur Verfügung stehenden Informationsquellen zu nutzen wissen. Der Erkenntnisgewinn steht über der Anwendung einer bestimmten, für das Forschungsfeld üblichen Methode, ohne dabei einer reinen „*anything goes*“-Strategie anheim zu fallen. So werden vielmehr nach den Forderungen eines Forschungsstils der *Grounded Theory* (STRAUSS & CORBIN 1999) methodische Verfahren im Forschungsprozess stets angepasst und auf die vorangegangenen Schritte bezogen, um letztlich ineinanderzugreifen.

Qualitative und quantitative Verfahren sind zwar verschieden und liefern unterschiedliche Ergebnisse, sind aber grundsätzlich gleichwertig. Die Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden beleuchtet somit denselben Gegenstand aus unterschiedlichen Richtungen und auf unterschiedliche Weise, um ein umfassendes und valides Bild zu zeichnen (KELLE & ERZBERGER 2010: 300ff.). Die beiden Verfahren dienen also nicht zur gegenseitigen Überprüfung, sondern, nach FLICK (2010: 318), „als Weg zu zusätzlicher Erkenntnis“. Diese konzeptionelle Herangehensweise durch qualitative und quantitative Methoden ergibt sich schon aus der theoretischen Triangulation, da bei der Kombination verschiedener Theorien zu berücksichtigen ist, dass diese auf unterschiedlichen methodischen Fundamenten entwickelt worden sind (FLICK 2010).

Die vorliegende Forschungslogik folgt dabei einer deduktiv-analytischen Herangehensweise. In einem strengeren Methodenverständnis, dienen hierbei die quantitativen Analysen der amtlichen serbischen Statistik einer Vorstrukturierung, Standardisierung und notwendigen Reduzierung der komplexen transformatorischen Prozesse der letzten zwei Jahrzehnte. Informationen zum Handeln von Akteuren der lokalen Wirtschaft können hingegen nur über eine offenere und flexiblere Herangehensweise durch qualitative Methoden gewonnen werden (WESSEL 1996: 41).

Aufbau der Untersuchung

Die Verwendung unterschiedlicher Methoden spiegelt sich auch im weiteren Aufbau der Untersuchung wider (Abb. 3). Zunächst werden in Kapitel B sozio-ökonomisch-räumliche Entwicklungen innerhalb Serbiens vor dem Hintergrund der transformatorischen Ereignisse des Landes erarbeitet. Diese Untersuchung bezieht sich hauptsächlich auf sekundäre Statistik und Literaturauswertung (*Desk Research*) der meist volkswirtschaftlich orientierten Literatur. Daraus ergeben sich erstens ein Gesamtbild des serbischen Transformationsverlaufes, zweitens eine Grundlage für die Analyse der räumlichen Verschiebungen innerhalb des Landes anhand kleinräumlich verfügbarer Daten. Darauf aufbauend werden in Kapitel C drei Kommunen hinsichtlich ihrer divergenten

Entwicklungspfade genauer untersucht. Dieser nächste Schritt auf die Mikroebene ist im Sinne einer stringenten Deduktion der logische Gang, um die auf der Makroebene gewonnenen Erkenntnisse in den lokalen Wirtschaftsrealitäten zu verifizieren. Vorwiegend beziehen sich die lokalen Analysen auf Interviews mit Verwaltungsvertretern und lokalen Unternehmen, sowie auf verfügbare statistische Quellen. Erkenntnisse aus einem Fragebogen, die Auswertung nicht-wissenschaftlicher Literatur und eine Kartierung runden die dortige Empirie ab. Aus der Analyse einzelner lokaler Entwicklungspfade und der vorangegangenen Analyse genereller räumlicher Verschiebungen lassen sich zusammengenommen divergente Entwicklung konzeptualisieren und typologisieren. Diese Ergebnisse werden in Kapitel D zusammengefasst.

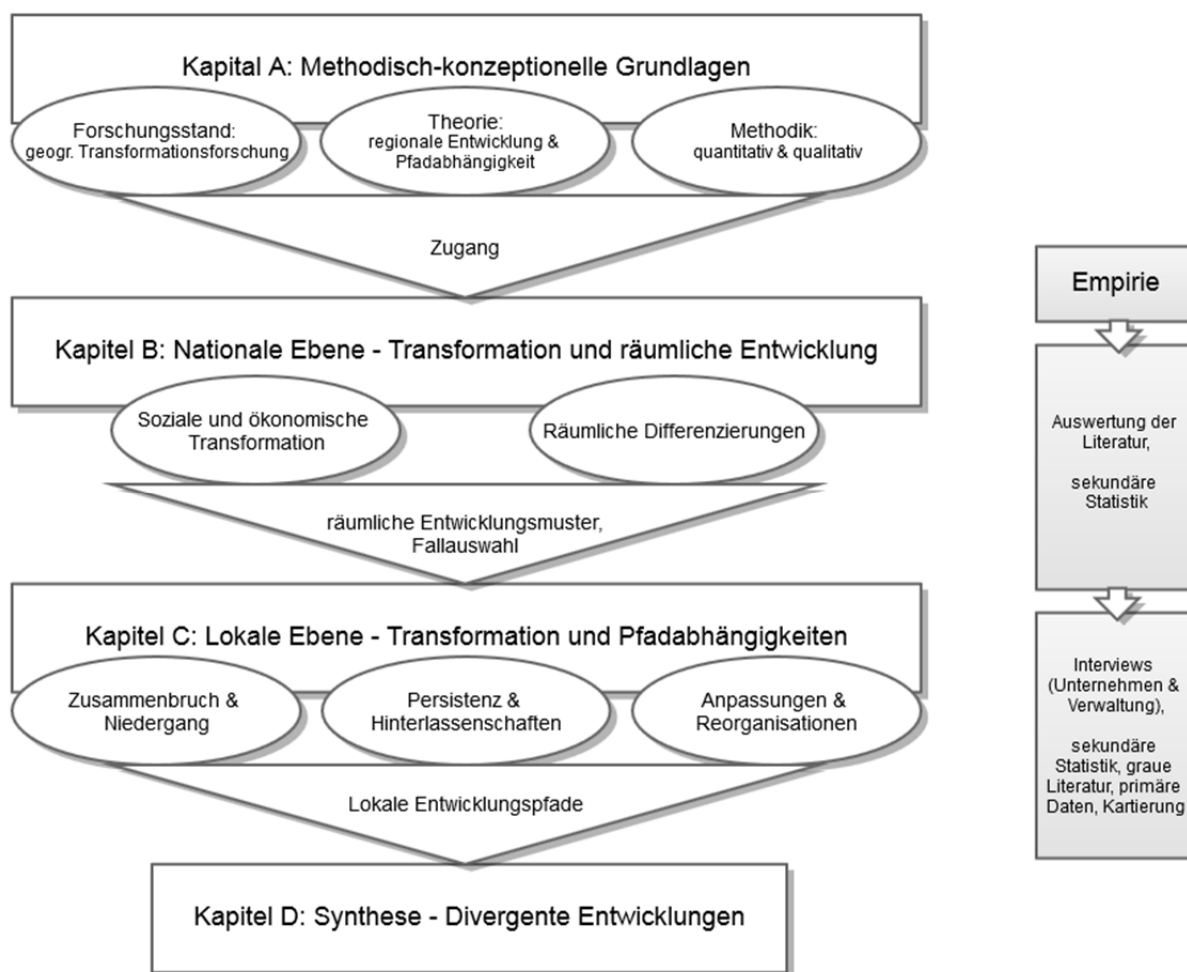


Abb. 3: Thematischer und methodischer Aufbau der Untersuchung

3.2 Empirische Methoden und Datenlage

Für eine solch komplexe multikausale Analyse ist es zwingend notwendig, unterschiedliche Methoden und Datenquellen mit einzubeziehen. Aufgrund der pfadabhängigen Entwicklungsbetrachtung, ist es dabei das Ziel – soweit möglich – retrospektive Interviewaussagen und lange historische Datenreihen her-

anzuziehen. Bei Interviewfragen zu weiter zurückliegenden Ereignissen stellt sich immer das Problem der Zuverlässigkeit der Antworten. In der Retrospektive können Ereignisse vergessen, verdrängt oder unbewusst verfälscht werden (siehe u.a. ROSENTHAL & FISCHER-ROSENTHAL 2010: 457f.). Bei sekundärstatistischen Datenquellen ist explizit darauf zu achten, dass sich die zugrunde liegenden Erhebungsmethoden im Verlauf nicht entscheidend verändert haben.

3.2.1 Sekundärstatistische Daten und weitere Dokumente

Das statistische Büro der Republik Serbien (*Republički zavod za statistiku*) liefert ein detailliertes Angebot an kleinräumlichen sowie gesamtstaatlichen Daten. Durch die Statistischen Jahrbücher der Teilrepublik Serbiens in Jugoslawiens sowie der Republik Serbien (*Statistički godišnjak SR Srbije / Srbije*) lässt sich die Makro-Entwicklung des Landes nachvollziehen. Der statistische Untersuchungsraum ist dabei in der vorliegenden Studie auf das Gebiet der heutigen Republik Serbien, ohne das Kosovo, begrenzt. Sollten die verwendeten Datensätzen weitere Territorien, nämlich Montenegro und das Kosovo, beinhalten, wird dies explizit im Text angegeben oder die Datensätze werden um jene Werte bereinigt.

Neben Daten auf Landesebene stehen durch die Gemeindejahrbücher des Statistischen Büros (*Opštine u Srbiji*) Daten auf kommunaler Ebene zur Verfügung. Diese bieten sowohl in zeitlicher als in räumlicher Hinsicht vergleichbare Kennzahlen und stellen damit die Grundlage der in Kapitel B vorgenommenen Analyse der sozioökonomischen innerstaatlichen Raumentwicklungstendenzen bereit. Dabei können die methodischen Grundlagen der theoretischen Konzepte von KRUGMAN (1991) oder FUJITA et al. (2001) hier nicht einfach übernommen werden, da entsprechende Daten nicht verfügbar sind. Vielmehr werden daher eigene Zugänge entwickelt und eigene Indikatoren berechnet, um sozioökonomische Allokationen im Zeitverlauf nachweisen oder widerlegen zu können. Die verwendeten Indizes beschreiben dabei keine ökonometrischen Modelle, sondern nachvollziehbare und einfache Indizes zu Wanderungsbewegungen, Beschäftigungs- und Lohnentwicklungen.¹⁷

Erweitert werden diese Daten durch die Zensusveröffentlichungen der Jahre 1991, 2002, 2011 sowie historischen Zensusdaten. Insbesondere für die Untersuchung der lokalen Entwicklungen in Kapitel C werden neben Daten der Gemeindejahrbücher eine ganze Reihe weitere Datenquellen hinzugezogen, die meist direkt von den jeweiligen Agenturen beschafft worden sind. Hierzu zäh-

¹⁷ Dargestellt werden diese räumlichen Indizes mit Hilfe von frei zugänglichem digitalem Kartenmaterial der Plattform *diva-gis.org*. Mitunter mussten diese Grundlagen aufgrund einiger Gebietsreformen des serbischen Gemeindesystems digital nachbearbeitet werden.

len Daten der staatlichen Privatisierungsagentur, Unternehmenszahlen des serbischen Handelsregisters und Zahlen zu ausländischen Direktinvestitionen von der *Serbian Import and Export Promotion Agency (SIEPA)*, der *Vojvodina Investment Promotion Agency (VIP)* sowie der *National Alliance for Local Economic Development (NALED)*. Zusätzlich zur Verfügung stehen noch historische Statistiken aus vor-sozialistischer Zeit, und Daten, die direkt von den Kommunalverwaltungen und deren lokalen Wirtschaftsentwicklungsbüros zur Verfügung gestellt wurden.

Weitere Dokumente

Die Literaturobwertung zur politischen, sozialen und ökonomischen Transformation Serbiens ist durch graue Literatur, Gesetzestexte und Berichte internationaler Organisation sowie serbischer Agenturen ergänzt. Daten internationaler Organisationen unterliegen oft eigenen Erhebungsstandards und eignen sich damit, um die Zahlen einheimischen Quellen zu überprüfen. Bei der Analyse lokaler Sachverhalte wird zudem vereinzelt auf Zeitungsartikel, Pressemitteilungen und Internetdokumente zurückgegriffen. Dass bei solchen Datenquellen hinsichtlich der Auswahl und Interpretation besondere Vorsicht geboten ist, versteht sich von selbst.

Quellenkritik

Datenquellen serbischer Agenturen weisen mitunter schwerwiegende Lücken auf. So existieren z.B. bei der serbischen Privatisierungsagentur – mit Sicherheit auch aufgrund politischer Entscheidungen – keine verfügbaren Datensätze mehr zu den Privatisierungen, die vor dem neuen Privatisierungsgesetz von 2001 vorgenommen wurden. Ebenso beinhalten einige Datensätze, wie die des serbischen Handelsregisters, für die 1990er Jahre teilweise unrealistische Werte und fehlerhafte Angaben. Auf Rückfrage mit den jeweiligen Agenturen konnten derlei Inkonsistenzen in einigen Fällen bereinigt oder modifiziert werden. Generell wurde dem Problem unzuverlässiger Daten durch Datentriangulation, der Exploration verschiedenster Datenquellen, begegnet. Zudem wurden im Forschungsprozess schon vorab eine Vielzahl an Datenquellen aus der Analyse ausgeschlossen, da diese, aufgrund unklarer oder im Zeitverlauf geänderter Erhebungsmethoden, problematischen Schwankungen unterworfen waren, oder allgemein auf fragwürdige Erhebungen zurückgingen.

Insbesondere für den Erhebungszeitraum der 1990er Jahre kennzeichnet sich die amtliche serbische Datenlage durch Unzuverlässigkeiten. Dies gilt vor allem für ökonomische Daten. Zahlen zu privaten Einkommen, Bruttowertschöpfung, Investitionen etc. weisen unter den Bedingungen der Hyperinflation Mitte der 1990er Jahre keine ausreichende Reliabilität auf. In diesen Fällen wird

numerischen Populationsdaten, wie z.B. Beschäftigung, gegenüber monetären Kennzahlen der Vorzug gegeben.

Ein generelles Problem solcher datenbasierter Untersuchung stellen der informelle Sektor und die Schattenwirtschaft dar. Gerade im Transformationskontext besitzen diese nicht-erfassten Wirtschaftsbereiche hohe Anteile. Mit Bezug auf das Beispiel der Beschäftigungszahlen ist bei der Untersuchung von Zeitreihen auch nicht entscheidend, dass alle Beschäftigten (formell und informell) erfasst sind. Dies ist schlicht nicht möglich. Vielmehr ist wichtig, dass die Zahlen im Zeitverlauf allgemeingültige Tendenzen anzeigen können. Es stehen dabei die zeitlich-räumlichen Verschiebungen zwischen den Kommunen, nicht das tatsächliche Ausmaß eines Indikators einer einzelnen Kommune im Fokus. Zudem ist formelle Beschäftigung durchaus ein Entwicklungsindikator, der konzeptionell von informeller Tätigkeit abzugrenzen ist. Informelle Beschäftigung zeichnet sich oft durch prekäre Anstellungen, relativ schlechte Arbeitsbedingungen und fehlende Sozialleistungen aus und ist damit kein Zeichen für eine nachhaltig prosperierende, volkswirtschaftliche Entwicklung. Sollten durch Schätzungen und andere Untersuchung Hinweise auf schattenwirtschaftliche Aktivitäten existieren, werden diese jedoch, soweit möglich, in die Analysen einbezogen.

3.2.2 Qualitative Analysen und Empirie auf lokaler Ebene

Ein zentrales methodisches Instrument der kleinräumlich angelegten Empirie waren explorative, halbstandardisierte Interviews. Zum einen wurden Vertreter von lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungen, Agenturen, Büros oder ähnlichen Organisationen befragt; zum anderen wurden Interviews mit Unternehmern, Geschäftsführern oder Managern der lokalen Wirtschaft durchgeführt. Den Interviews wurde zunächst ein Leitfaden zugrunde gelegt. Jedoch ergab sich aus einem standardisierten Interviews nicht selten die Möglichkeit eines weiteren und offeneren Gesprächs, aus welchem sich dann Einblicke zu bisher nicht bedachten lokalen Problemstellungen, allgemeinen Entwicklungshemmnissen oder persönlichen Einstellungen ergaben.

Interviews mit Verwaltungen und Unternehmen

Die Interviewleitfäden wurden sowohl bei Unternehmens- als auch Verwaltungsinterviews kontinuierlich und stets an den Einzelfall angepasst. Die Gespräche wurden digital aufgenommen, anschließend in Form von Ergebnisprotokollen niedergeschrieben und um weitere Eindrücke, Gesprächsnotizen und etwaige spätere E-Mail-Nachfragen erweitert.

Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte bei den Unternehmen auf Basis ihrer Relevanz unter Hinzunahme der verfügbaren Daten. Die Kontaktauf-

nahme mit den Interviewpartnern erfolgte oft über lokale *Gatekeeper*. Insgesamt wurden 10 Leitfadenterviews mit leitenden Mitarbeitern von Unternehmen geführt. Zudem wurden 7 Kurzinterviews und Gesprächsnotizen aus dem Austausch mit weiteren Unternehmern sowie ehemaligen Mitarbeitern in die Untersuchung mit aufgenommen. Mit Verwaltungsangestellten wurden 14 Interviews durchgeführt. Hier lag der Fokus nicht darauf, den Leiter einer Behörde oder Agentur zu interviewen. Vielmehr war entscheidend, dass der Interviewpartner über genügend implizites Wissen zum vorher vereinbarten Sachverhalt verfügt. Ein Überblick über die vorgenommenen Interviews und protokollierten Gespräche findet sich im Anhang (Anhang Tab. 3 & Tab. 4).

Fragebögen an Unternehmen

Parallel zu den Interviewbefragungen von Unternehmensvertretern wurden auch generelle Informationen zu den Unternehmen in Form eines Fragebogens eingeholt. Der Fragebogen war dabei kurz gehalten, erfragte lediglich die allgemeine operative Ausrichtung des Unternehmens und gab den Unternehmensvertretern die Möglichkeit, das lokale wie nationale Geschäftsumfeld zu bewerten. Eine umfassende statistische Auswertung des Fragebogens war aufgrund der geringen Grundgesamtheit (der relevanten lokalen Unternehmen) nie das Ziel. Der Fragebogen diente dazu, einen Überblick über die Unternehmenslandschaft der Untersuchungsgemeinden zu erhalten und stellte sich im Laufe der Untersuchung als hervorragender Türöffner für weitergehende Interviews mit leitenden Mitarbeitern der befragten Unternehmen dar.

Die Auswahl der zu befragenden Unternehmen war ein immanenter Bestandteil des Forschungsprozesses, da eine Liste aktiver lokaler Unternehmen weder von Seiten der Kommunen noch durch staatliche Datenbanken zur Verfügung stand. Ein Auszug aus dem serbischen Geschäftsregister hätte dabei alle in der Kommune registrierten Wirtschaftssubjekte – egal ob operativ tätig oder nicht; gleich auch welcher Größe – mit beinhaltet. Die Auswahl der zu befragenden Unternehmen wurde demnach im Rechercheprozess selbständig erarbeitet, mit den Angaben des Geschäftsregisters abgeglichen und vor Ort in Gesprächen mit lokalen Verwaltungsangestellten angepasst.

Kartierung der Standorte

Als zusätzliches Instrument, um die jeweilige lokale ökonomische Dynamik zu veranschaulichen, wurden Kartierungen der Unternehmenslandschaften durchgeführt. In den lokalen Fallstudien wurde der Bestand an aktiven und inaktiven wirtschaftlich genutzten Flächen und deren Veränderung in der Retrospektive erhoben. Die Karten wurden letztlich auf Grundlage der Flächennutzungspläne der Kommunen, unterschiedlicher Datenquellen zu den lokalen

Unternehmensentwicklungen, Internetrecherche und eigenen Begehungen erstellt und mit Vertretern der Kommunalverwaltungen abgeklärt.

Probleme empirischen Arbeitens im Untersuchungsgebiet

Die Durchführung einer problemorientierten kleinräumlichen Empirie erforderte im vorliegenden Kontext eine hohe Flexibilität und Hartnäckigkeit bei der Auswahl und Terminfindung mit den Interviewpartnern. So wurden die qualitativen Untersuchungen über einen längeren Zeitraum und mehrere Forschungsaufenthalte verteilt. Die Leitfaden-Interviews waren stets ergebnisorientiert, da diese meist in englischer Sprache und somit nicht in der Muttersprache des Interviewers und Interviewpartners geführt wurden. Bei Interviews in serbischer Sprache hatte sich stets ein lokaler Kollege bereit erklärt, mit anwesend zu sein und zu übersetzen.

Probleme und Verzögerungen entstanden ganz allgemein aus bürokratischen Hürden, langen Kommunikationswegen, schwierigen Kontaktaufnahmen und der Skepsis gegenüber dem Interesse eines ausländischen Forschers an bestimmten Sachverhalten. Letzteres scheint bei kleinräumlichen Untersuchungen in Transformationsgesellschaften eine generelle methodische Restriktion zu sein (siehe auch GÖLER 2005: 34; LUKAS et al. 2003: 57f.). Insofern in Gesprächen sensible Themen berührt wurden, wurde daher stets das eigene Interesse daran ausführlich gegenüber dem Interviewpartner begründet, um so Verständnis und Vertrauen zu schaffen (nach BRUNS & HENN 2014).

B Makroanalyse – Transformation und räumliche Entwicklung

1 Serbiens Transformation: Sozioökonomische Folgen u. räumliche Differenzierungen

Anhand der verfügbaren Literatur und Makrodaten wird im folgenden Kapitel der serbische Transformationspfad untersucht. Dieser unterteilt sich in ein Jahrzehnt transformatorischer Lähmung und eine Phase der Neuausrichtung nach der demokratischen Wende.

Disparitäten offenbaren sich in diesen Phasen in unterschiedlichsten Kennzahlen. Für die Beurteilung von räumlichen Langzeitentwicklungen ist diese Untersuchung auf einige wesentliche sekundärstatistische Indikatoren beschränkt, wie in der Methodik (Kap. A.3.2.1) dargelegt. Daten zu Beschäftigung und Einkommen sind insgesamt die am häufigsten verwendeten Indikatoren, um die Entwicklung regionaler Ungleichheiten zu beurteilen. Beschäftigung ist ein valider sozioökonomischer Indikator für strukturelle Probleme und Veränderung der Wirtschaft. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist der Standardindikator für ein erreichtes Wohlstandsniveau. Zwar fokussiert sich dieses Kapitel bei der Beurteilung der serbischen Transformation stark auf diese sozioökonomischen Faktoren; jedoch bilden zeitgeschichtliche, politische und gesellschaftliche Überlegungen den Rahmen der Analyse. Stets wird die Ausdifferenzierung regionaler Unterschiede in Bezug auf die jeweilige Periode und deren generelles Umfeld in der Bundesrepublik Jugoslawien bzw. in Serbien beurteilt. Solche historisch-gesellschaftlichen Beurteilungen klammern selbsterklärend einige wichtige politische Ereignisse und komplexe gesellschaftliche Prozesse aus der Analyse aus. Dennoch ist die Einbindung dieser Kontexte essentiell, um gesamtstaatliche ökonomischen Krisen und sozioökonomisch-räumliche Ausdifferenzierungen erklären zu können. Die Hyperinflation in den Jahren 1992 und 1993, der Einbruch des Außenhandels und die große Rezession im Jahr 1999 einschließlich deren Wirkungen auf Beschäftigung und Einkommen können nicht ohne die politischen Umstände dieser Zeit, wie die internationalen Sanktionen und die NATO-Intervention, beurteilt werden.

Bevor genauer auf die Transformationsphasen nach dem jugoslawischen Staatszerfall (Kap. B.1.2 & B.1.3) und deren räumliche Dynamiken eingegangen wird (Kap. B.1.4), werden zunächst kurz das sozialistisch-jugoslawische System und dessen Arbeitsmarktentwicklungen skizziert (Kap. B.1.1). Als Ausgangsvoraussetzungen prägen diese den kompletten serbischen Transformationsprozess und sind als *legacies* bis in die heutige Zeit in der Entwicklung des Landes sichtbar.

1.1 Marktsozialistische Ausgangsbedingungen

Der jugoslawische Weg zum Sozialismus, der mit einer wesentlich stärkeren Marktorientierung als in anderen sozialistischen Staaten Europas einherging, führte zu einer Reihe strukturell günstigeren Voraussetzungen. Der jugoslawische „dritte Weg“ zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft („Marktsozialismus“ oder „sozialistische Marktwirtschaft“) (GUMPEL 1975: 199) zeichnete sich gegenüber der Planwirtschaft sowjetischen Typs durch eine deutlich höhere industrielle Produktivität aus. Spürbare Erfolge zeigten sich im höheren Lebensstandard, was offensichtlich im Lohnniveau, der Gesundheitsversorgung und den Bildungsmöglichkeiten wurde; wenngleich im erreichten Entwicklungsstand noch eine klare Differenz zu den hochentwickelten Industrieländern Westeuropas bestand. Weniger erfolgreich war der Staat bei der Bekämpfung regionaler Disparitäten. Weitere konstante Probleme der SFRJ waren eine permanent stark negative Handelsbilanz, die den Staat abhängig von ausländischem Kapital machte, eine konstant überhöhte Inflationsrate und eine hohe Arbeitslosigkeit.

1.1.1 Der jugoslawische Sonderweg: Sozialgeschichtlicher Überblick

Die Priorität der staatlich gelenkten jugoslawischen Wirtschaftspolitik lag auf dem Ausbau der Industrieproduktion und dabei, vor allem in den ersten Jahren, auf dem Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie. Bereits vor Ausrufung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien am 29. November 1945 begann der neue Staat mit Enteignungen, Verstaatlichungen und Zusammenlegungen von Unternehmen. Dabei übernahm dieser zum großen Teil die sowjetischen Vorstellungen und Methoden der Planwirtschaft und strebte eine schnelle Industrialisierung des Landes an (KIEFER 1979: 18ff.; CALIC 2010: 181f.).

Der eigene Weg zum Sozialismus

Nach Titos Bruch mit Stalin und dem Ausschluss aus dem Kominform¹⁸ 1948 sagte sich Jugoslawien schrittweise von einer strikten Planwirtschaft und einem Zentralismus des sowjetischen Typs los. 1950 wurde, als wichtigster rechtlicher Schritt, das „Grundgesetz über die Verwaltung wirtschaftlicher Betriebe“ verabschiedet (GUMPEL 1975: 205ff.). Dieses implementierte verfassungsmäßig das Prinzip der kollektiven Selbstverwaltung, das im Lauf der Zeit auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt wurde; insbesondere auf die Gemeindeverwaltungen und die meisten Unternehmen. Bei Letzteren wurde auf Betriebs-

¹⁸ Das Akronym *Kominform* bezeichnet das *Kommunistische Informationsbüro*. Von 1947 bis 1956 stellte dies die supranationale Vereinigung verschiedener kommunistischer Parteien dar. Vorrangig sollte die Organisation der Sowjetunion unter Josef Stalin dazu dienen, die anderen kommunistischen Parteien auf „Linientreue“ zu KPdSU zu trimmen.

ebene die Arbeiterselbstverwaltung eingeführt, bei der die Beschäftigten innerhalb eines gesetzlichen Rahmens über Investitionen, Löhne und Produktionsplanung entscheiden konnten (KORNAI 1995: 515ff.). Gleichzeitig wurden dabei die staatlichen Unternehmen in gemeinschaftlichen Besitz überführt, wodurch sie formal Eigentum ihrer Angestellten wurden (siehe auch Kap. B.2.1.1).

Der Bruch mit dem sowjetischen „Bruder“ hatte eine radikale Wende in der Außenpolitik und im Außenhandel zur Folge. Bis dahin war die Außenwirtschaft ganz auf die sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas ausgerichtet. Mit einer Wirtschaftsblockade des sozialistischen Lagers änderte sich dies grundlegend. Jugoslawien orientierte sich nun nach Westen und als Führer der Bewegung der blockfreien Staaten zu den großen Staaten der „dritten“ Welt. Diese außenpolitische und wirtschaftliche Neuorientierung und Abkehr vom Warschauer Pakt machte das enorme Wirtschaftswachstum der 1960er und 1970er Jahre, verbunden mit einer hohen Investitionstätigkeit, erst möglich. Diese Phase wird mitunter als „Scheinblüte“ des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus bezeichnet (WEITHMANN 1997: 444ff.). Mit dieser Bezeichnung werden die wirtschaftlichen Erfolge Jugoslawiens implizit nicht dem marksozialistischen System, sondern exogenen Faktoren zugeschrieben. Insbesondere westliche Kredite, als Zugeständnis der Neuorientierung, waren das Öl im Getriebe der jugoslawischen Wirtschaft. Ab 1950, zwei Jahre nach dem Austritt aus dem Kominform, erhielt der Staat stetig umfassende Wirtschaftshilfen direkt durch die USA oder durch deren Vermittlung von Krediten der Weltbank und konnte so die Industrialisierung des Landes vorantreiben. Ab 1960 übernahm dann die EG die Rolle des Geldgebers von den USA (KIEFER 1979: 53ff.).

Eine Möglichkeit ohne weitere Verschuldung an Kapital für den Ausbau der Wirtschaft zu kommen waren ausländische Direktinvestitionen. Diese Quelle sollte ebenfalls nutzbar gemacht werden, doch hatte der Staat dabei sehr hohe ideologische Hürden zu überwinden. Der jugoslawische Marktsozialismus zeichnete sich durch ein hohes Maß an Handelsfreiheit aus. Jedoch hätten direkte ausländische Kapitalbeteiligungen bedeutet, dass sich ausländische „Kapitalisten“ an den von der jugoslawischen Arbeiterschaften geschaffenen Werten bemächtigen würden (GUMPEL 1975: 230ff.). Eine Lösung dieser ideologischen Klemme fand sich in den *Joint Ventures*. Der ausländische Kapitalgeber durfte hier bis zu 49% des Grundkapitals und das nötige *Know-how* bereitstellen. Die Investitionstätigkeit und Gewinnabschöpfung wurde dabei den Anteilen entsprechend aufgeteilt. Nach Ablauf der Zusammenarbeit ging das gesamte Unternehmenskapital in jugoslawisches Eigentum über. Diese rechtliche Regelung förderte die Langfristigkeit solcher internationaler Kooperationen (GUMPEL 1975). Zudem schützten diese die jugoslawischen Betriebe vor techno-

logischem Rückstand und boten ihnen erweiterte Exportmöglichkeiten (DUBEY 1975: 142).

Die mögliche Beteiligung von ausländischen Investoren stellte demnach eine Besonderheit des jugoslawischen Weges zum Sozialismus dar. Das zweite Alleinstellungsmerkmal der jugoslawischen Unternehmenslandschaft waren einheimische und rein privatwirtschaftlich geführte Betriebe (Kap. C.1.2.3). Je nach Mechanisierungsgrad und Branche durften in solchen Betrieben drei bis maximal sieben Lohnarbeitskräfte arbeiten, ohne dass ein solcher Betrieb in das Volkseigentum überführt wurde (KUTLACA 2002: 161; BÜSCHENFELD 1981: 83).

Ökonomie und regionale Entwicklung

Dem jugoslawischen Staat gelang es nicht die schon in vor-sozialistischer Zeit enormen regionalen Unterschiede zwischen den Landesteilen zu verringern, obgleich die gesamtstaatlichen Fortschritte und die Erfolge bei der industriellen Entwicklung rückständiger Regionen unbestritten sind. Jedoch profitierten einige Regionen viel stärker von der wirtschaftlichen Prosperität als andere, sodass es zu einer konstanten Vergrößerung regionaler Disparitäten kam. Hinsichtlich der Wirtschaftszahlen und Lebensstandards bestand eine große Diskrepanz zwischen dem Norden und dem Süden Jugoslawiens: zwischen Slowenien, Teilen Kroatiens und der Vojvodina auf der einen Seite und Dalmatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und allen voran dem Kosovo auf der anderen Seite (KIEFER 1979; BÜSCHENFELD 1981; KARGER 1991: 154f.; WEIßENBACHER 2005).

Der jugoslawische Staat verfolgte dabei eine schrittweise Abkehr von einem strengen Zentralismus und staatlicher Direktivplanung. Nach der Sicherung der industriellen Grundversorgung und der Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft war die politische und ökonomische Dezentralisierung in den 1960er und 1970er Jahren eine Antwort auf die vielfache Diversität Jugoslawiens – ethnisch, religiös, kulturell, sprachlich und ökonomisch (KIEFER 1979: 9ff.; BÜSCHENFELD 1981: 205ff.). Sowohl dem Bund als auch den Teilrepubliken der SFRJ standen dabei umfangreiche Mittel zur Förderung schwach entwickelter Regionen und Kommunen zur Verfügung (GUMPEL 1975: 219f.; KIEFER 1979). Die Teilrepubliken und autonomen Provinzen erhielten in Jugoslawien zusehends mehr Befugnisse und eigene finanzielle Mittel zur regionalen Entwicklung; wenngleich die Bundesmittel gerade für die unterentwickelten Landesteile¹⁹ stets wichtige Investitionsmittel blieben. In den Jahren 1966-84 wurden 33% der Bruttoanlageinvestitionen der ökonomisch unterentwickelten

¹⁹ In der Regionalpolitik der SFRJ galten die Republiken Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und die Autonome Provinz Kosova als unterentwickelt.

Regionen aus dem Bundesfond bestritten; im Kosovo waren es sogar 95% (WEIßENBACHER 2005: 87). In gleichem Maße wurden zusehends die internationalen Kredite direkt den unterentwickelten Republiken zugesprochen. Ab Mitte der 1970er Jahre war die Weltbank nicht mehr bereit Jugoslawien als Ganzes den Status der Unterentwicklung zuzuerkennen (KIEFER 1979: 53ff.).

Die insgesamt stetige und anhaltende Auseinanderentwicklung der Regionen folgte einer ähnlichen ökonomischen Logik, wie die Entwicklung von Ungleichheiten im internationalen Maßstab der kapitalistischen Welt. Die Vorteile des gemeinsamen jugoslawischen Marktes konnten dabei von den entwickelten Republiken besser genutzt werden, als von den ärmeren Landesteilen. Während der jugoslawische Norden den Süden zwar durch umfangreiche Transferzahlungen unterstützte, subventionierte der Süden den Norden mittels gestützter Preise. Die staatlich garantierten Rohstoffpreise waren Grundlage für den industriellen Aufbau im übrigen Jugoslawien und ermöglichten den Produktionswerken in den entwickelten Regionen günstige kompetitive Endprodukte auf dem Weltmarkt anzubieten. Gleichzeitig blieben dadurch die Wertschöpfung und die Lohnentwicklung in den unterentwickelten rohstoffliefernden Landesteilen gering, weshalb die rohstofffördernden Betriebe stets auf der bundespolitischen Bühne eine Erhöhung der Preise forderten (HERBERT 1992: 95f.; WEIßENBACHER 2005: 86ff.). In gleicher Weise profitierte die Industrie des Nordens, insbesondere Sloweniens, von der Arbeitsmigration innerhalb der Gemeinschaft. Die dortigen Unternehmen konnten sich stets aus billigen Arbeitskräften aus Bosnien, Mazedonien oder dem Kosovo bedienen (KLEMENČIĆ & ŽAGAR 2004: 219; BÜSCHENFELD 1981: 196ff.).

Die lange strukturelle Krise

Die großen ökonomischen Unterschiede waren oft Auslöser von Unstimmigkeiten zwischen den Republiken und autonomen Provinzen und werden als eine Gruppe von Ursachen des jugoslawischen Staatszerfalls gesehen (u.a. HERBERT 1992; CALIC 2007, 2011; WEIßENBACHER 2005). Gleichzeitig führte die stetig stärkere Dezentralisierung Jugoslawiens, mit weitgehenden Kompetenzverlagerungen hin zu den Republiken, nicht zu mehr Handel und Wettbewerb – wie ursprünglich gehofft – sondern dazu, dass sich die Republiken zunehmend wie Staaten verhielten. Letztlich begann dadurch bereits die Desintegration des jugoslawischen Binnenmarktes (WEIßENBACHER 2005: 82ff.).

Abseits der sich vergrößernden regionalen Disparitäten wurden durch den jugoslawischen Sonderweg gegenüber den anderen sozialistischen Staaten Europas deutliche Produktivitätssteigerungen erreicht. Dennoch bestand eine klare Differenz zu den hochentwickelten Industrieländern. In den 1980er Jahren gerieten der jugoslawische Staat und seine Wirtschaft in eine tiefe, langan-

haltende strukturelle Krise. Diese hatte sich bereits ab Ende der 1960er Jahre durch erhöhte Kreditaufnahmen angekündigt (DUBEY 1975: 291ff.) und im Zuge der zweiten Ölkrise von 1979 verschärft. Generell konnten die mit Krediten aufgebauten Staatsunternehmen wenig dazu beisteuern, die im westlichen Ausland aufgenommenen Schulden wieder abzubauen. In den 1980er Jahren schlugen sich die unterschwellig wirtschafstrukturellen Probleme in offensichtliche Krisenerscheinungen nieder. Nachdem die internationalen Gläubigerbanken in den 1970er Jahren noch ausgiebig Kredite vergeben hatten, verteuerte sich deren Rückzahlung ab Ende der 1970er Jahre aufgrund der internationalen Hochzinspolitik schlagartig (WEIßENBACHER 2005). Der Staat sah sich in einer Schulden- und Finanzierungskrise gefangen und nicht mehr in der Lage der Inflation, der Arbeitslosigkeit und dem einsetzenden Verfall der Reallöhne entgegenzuwirken. Ein wirksamer Abbau regionaler Unterschiede war unter diesen Bedingungen ebenso nicht mehr zu erwarten. Die kommenden gewaltsamen Auseinandersetzungen kündigten sich bereits in den 1980er Jahren in vielen Protestaktionen der Arbeiterschaft, gerade in den südlichen unterentwickelten Landesteilen, an (u.a. CALIC 2010).

Eine Transformation in den Zusammenbruch

Als letzter großer Versuch sich der galoppierenden Inflation und der Schuldenkrise des Landes entgegenzustellen, wurden unter der Regierung Ante Marković umfassende marktwirtschaftliche Reformen eingeleitet. Unter Abstimmung mit den internationalen Gläubigern und dem IWF sollte das Wirtschaftsprogramm im Dezember 1989 das Land in einer „Schocktherapie“ in die Marktwirtschaft überführen. Hauptziele waren dabei die Inflation unter Kontrolle zu bringen und durch das IWF-Stabilisierungsprogramm eine Aufrechterhaltung des Schuldendienstes zu erreichen. In diesem Zuge wurde eine politisch-ökonomische Transformation eingeleitet, welche die Privatisierung der gesellschaftlichen Betriebe und eine Auflösung der Arbeiterselbstverwaltung vorsah. Diese ging einher mit Preisliberalisierungen und sozialen Einbußen aufgrund von Kürzungen von Löhnen sowie Sozialausgaben. Nach der anhaltenden ökonomischen Krise der kompletten 1980er Jahre waren diese Reformen jedoch keineswegs „heilsam“, sondern leiteten die Deindustrialisierung, den Einbruch des Exportes und große soziale Probleme in einer solchen Geschwindigkeit ein, dass sie nach WEIßENBACHER (2005: 251ff.) geradewegs in die „Selbsterstörung“ führten. Außerdem gab es keinen starken Zentralstaat, der die schmerzhaften Reformen hätte durchsetzen können. Als nach den pluralistischen Wahlen im Jahr 1990 nicht-kommunistische Regierungen in den Republiken an die Macht kamen, wuchs dort der Widerstand gegen das IWF-Stabilisierungsprogramm. Slowenien scherte 1990 als erstes Land aus dem Reformprozess aus und fror als erste

Republik die Durchführung des Privatisierungsprogramms ein; die anderen Landesteile folgten und brachten jeweils eigene Privatisierungsgesetze auf den Weg (WEIßENBACHER 2005: 258ff.). Serbien beschloss 1991 ein staatlich dominiertes System der reinen Insider-Privatisierung (Kap. B.2.1.1).

Die Anzeichen des Staatszerfalls begannen sich nicht nur ökonomisch, institutionell oder politisch zu verdichten. Es zeigte sich, dass sich die jugoslawische Staatsidee auf eine schwache Legitimationsbasis stützte. Nach Titos Tod 1980 fehlte die charismatische Führerfigur als Kitt des Vielvölkerstaates und der Partisanenmythos verlor zusehends seine identitätsstiftende Kraft. Lang unterdrückte Konflikte zwischen den Ethnien, die nach dem Zweiten Weltkrieg nie aufgearbeitet wurden, und eine andauernde politischen Krise zwischen den Republiken und dem Staatspräsidium, befeuerten die Staatskrise (SUNDHAUSSEN 1993, 1999; CALIC 2007, 2010 u.a.). Dass diese dann in einem offenen kriegerischen Staatszerfall mündete, ist jedoch nur durch die politische Instrumentalisierung gesellschaftlicher Unterschiede zu verstehen (insbes. CALIC 2007). In eigentlich allen Teilrepubliken, vor allem in Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, gewannen nationalistische Kräfte die Oberhand, die sich in diesem Klima problemlos alter Stereotype und Feindbilder über die ethnischen und religiösen Gruppen des Vielvölkerstaates bedienen konnten.

1.1.2 Arbeit und Wohlstand im Sozialismus der SFR Jugoslawien

Es ist wohl bekannt, dass in sozialistischen Staaten aufgrund planwirtschaftlicher Vorgaben ein nicht unbeträchtlicher Teil der real Beschäftigten in wirtschaftlich-produktiver Hinsicht nicht gebraucht wurde. Im allgemeinen Sprachgebrauch wurde dieses Phänomen als „Arbeitslosigkeit hinter den Betriebstoren“ (DÖVÉNYI 1995: 115) bezeichnet. Die versteckte Arbeitslosenrate wurde für die mittel- und osteuropäischen sozialistischen Staaten mit rund 20% geschätzt (FASSMANN 1992), wobei die Entwicklungswirklichkeit gezeigt hat, dass das tatsächliche Potential für Personalfreisetzen weit höher war.

Arbeitslosigkeit in der SFRJ

In diesem Punkt unterschied sich die SFRJ eklatant von anderen sozialistischen Staaten Europas. Zwar beinhaltete der gesellschaftliche Sektor genauso wie im marktsozialistischen Jugoslawien am Vorabend des Zerfalls Überkapazitäten und einen Überhang an Arbeitskräfte. Doch während in den kommunistischen MOE-Staaten die planwirtschaftlich aufrechterhaltene Vollbeschäftigung als eine der wichtigsten strukturellen, wie ideologischen Vorteile des sozialistischen System gegenüber dem Kapitalismus gesehen wurde, hatten jugoslawische Unternehmen mit den Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre bereits

die Möglichkeit Überbeschäftigung abzubauen.²⁰ Insbesondere durch die Wirtschaftsreform des Jahres 1965 wurden wichtige Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft und Dezentralisierung von Mittelzuweisungen in Verbindung mit einer freien Preisbildung und autonomen Unternehmensentscheidungen eingeleitet (DUBEY 1975: 38ff.; GUMPEL 1975; UVALIĆ 2010: 15f.). Vor 1965 wurde hingegen – genauso wie in anderen sozialistischen Staaten – ein relativ hohes Beschäftigungsniveau unter Einbußen der wirtschaftlichen Effizienz aufrecht gehalten. Die Steigerung der Produktion wurde hauptsächlich durch erhöhten Arbeitskräfteeinsatz und nicht durch Produktivitätsverbesserungen erreicht.

Der wirtschaftspolitische Kurswechsel Mitte der 1960er Jahre hat eine rationellere Betriebsführung zum Ziel. Die Betriebe und deren Arbeiterselbstverwaltungen waren angehalten zunächst nach internen Arbeitsreserven innerhalb der Betriebe zu suchen und Überbeschäftigung zu reduzieren. Infolge dessen stagnierten zunächst die Beschäftigungszahlen, Neuanstellungen wurden zurückgefahren und damit der Eintritt in den Arbeitsmarkt für Neuankömmlinge erschwert. Gleichzeitig drängten aber geburtenstarke Jahrgänge ins Berufsleben, sodass die Zahl der registrierten Arbeitslosen stetig anstieg (BÜSCHENFELD 1981: 189f.; MALAČIĆ 1977). Konsequenterweise waren also gerade die jungen Alterskohorten und Personen ohne Berufserfahrung jene, die unter der zunehmenden Arbeitslosigkeit ab Mitte der 1960er Jahre zu leiden hatten. Während im Jahr 1965 41,9% aller gemeldeten Arbeitslosen unter 25 Jahren waren, waren es 1974 schon 54,9%. Danach stagnierte dieser Wert auf hohem Niveau bis zum Zerfall der Föderation (WOODWARD 1995: 386f.). Simultan hierzu verhalten sich die Zahlen zur Arbeitslosigkeit nach der vorhandenen Berufserfahrung: 1965 hatten 33,3% aller registrierten Arbeitslosen keine Berufserfahrung, 1975 waren dies 59,8% (MALAČIĆ 1979: 95ff.). Langzeitarbeitslosigkeit war ebenfalls ein strukturelles Merkmal der jugoslawischen Beschäftigungssuchenden. Obwohl die jugoslawische Statistik dazu tendierte Langzeitarbeitslose nicht mehr zu erfassen, zeigten die offiziellen Daten hier ebenso eine starke Tendenz. Insbesondere der Anteil der Personen, die seit über einem Jahr eine Beschäftigung suchen, stieg stetig an. 1956 waren dies nur 8,1% aller registrierten Arbeitslosen, 1975 bereits 32,9% und 1989 sogar die Mehrheit aller Arbeitslosen mit 66,7%. 33,2% waren zu diesem Zeitpunkt seit über drei Jahren auf der Suche nach einer Anstellung (MALAČIĆ 1979: 99f.;

²⁰ Unter jugoslawischen Ökonomen gab es eine generelle Sicht, dass Arbeitslosigkeit innerhalb der sozialistischen Gesellschaft in bestimmten Entwicklungsstufen möglich oder sogar unvermeidlich sei. Gleichzeitig wird von diesen aber vertreten, dass der Sozialismus und insbesondere der Kommunismus letztlich Gesellschaften der Vollbeschäftigung hervorbringen sollten (MALAČIĆ 1977).

WOODWARD 1995: 380f.). Somit war dieses Beschäftigungssystem mehr auf Erhalt, denn auf Erneuerung ausgelegt. Dies spiegelt sich in der beschriebenen Struktur von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit wider. Zusammen mit der extremen regionalen Differenzierung (Abb. 4) ergibt sich aus der Erwerbslosenproblematik eine explosive und destabilisierende gesellschaftlich Mischung.

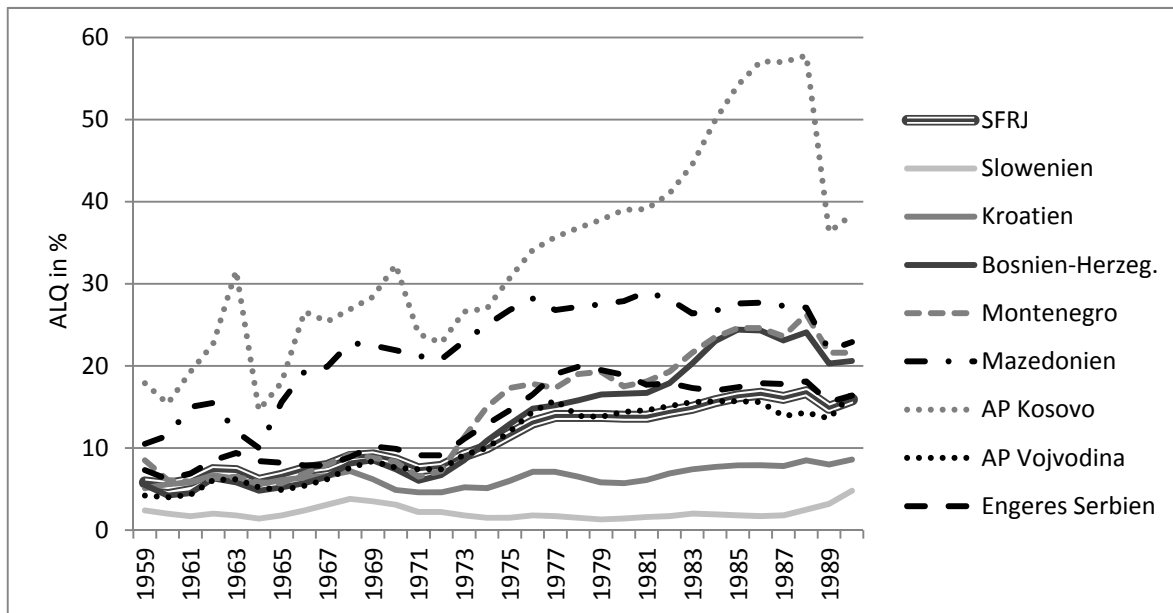


Abb. 4: Arbeitslosenquote in den Regionen Jugoslawiens (nach Republiken und Autonomen Provinzen) von 1959 bis 1990 (nach WOODWARD 1995: 383f.)

In den Jahren vor 1965 war die offizielle Arbeitslosenquote²¹ in Jugoslawien auf einem relativ niedrigen Niveau und überstieg nur in den Jahren 1962 und 1963 die 6%-Marke. Ab 1965 wurde die 6%-Marke nicht mehr unterschritten. Zunächst kennzeichneten sich die Arbeitslosenzahlen noch durch einen leichteren Zuwachs, bevor es von 1969 bis 1971 sogar zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahl kam. Ab 1973 griff dann ein nahezu zügelloser Anstieg der Arbeitslosigkeit um sich, angefacht durch die weltweite schwächelnde Konjunktur infolge der ersten Ölkrise. Zwischen 1973 und 1988 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Jugoslawien von 381.000 auf über 1,1 Mio. an, was einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 9,1% auf 16,8% entspricht (MALAČIĆ 1979: 90ff.; WOODWARD 1995: 377, 383f.). Dass der Anstieg der Quote im Vergleich zu den absoluten Zahlen noch relativ annehmbar ausfällt, liegt an einer gleichzeitigen Zunahmen formeller Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese neu-

²¹ Obwohl die jugoslawische Statistik sich durch ein relativ gutes Meldewesen auszeichnete, ist diese Quote einigen Ungenauigkeiten unterworfen. Die Tatsache, dass viele Arbeitslose sich nicht registrierten, da die eigenen Vorteile einer Registrierung zu wenig Anreiz boten oder sie schlicht keine Aussicht auf eine Anstellungsmöglichkeit im gesellschaftlichen Sektor sahen, lies die Arbeitslosenquote weit niedriger ausfallen, als sie *de facto* war. Gerade Langzeitarbeitslose verschwanden aufgrund von fehlenden erforderlichen Rückmeldungen aus der Statistik.

geschaffenen Arbeitsplätze konnten aber – wie die Zahlen zeigen – bei Weitem nicht die demographische Entwicklung und die Abwanderer aus der individuellen Landwirtschaft absorbieren. Gerade in Bezug auf die Arbeitslosigkeit herrschte in der SFRJ bereits in den 1950er Jahren eine enorme regionale Differenzierung, die sich im Verlauf noch weiter beschleunigte. Während in Slowenien *de facto* Vollbeschäftigung herrschte – bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von fast durchgehend unter 2% – kennzeichnete sich das südlichen Jugoslawien durch eine um sich greifende Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote nach registrierten Arbeitssuchenden lag im Kosovo Mitte der 1980er Jahre teilweise deutlich über 50% (Abb. 4).

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit war der produzierende gesellschaftliche Sektor²² immer noch durch Überbeschäftigung gekennzeichnet. Unprofitable jugoslawische Unternehmen wurden im marktsozialistischen System durch die Regierung vor dem Konkurs bewahrt. Durch das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung entschieden die Beschäftigten über Investitionen und Arbeitsplätze. Einschnitte bei der Belegschaft waren damit nur schwer möglich. Praktisch bedeutete dies, dass in Zeiten des Gewinns ein Unternehmen mit Arbeiterselbstverwaltung die Überschüsse – wie bei Kollektivunternehmen – in Form von Löhnen und Gehältern an die Beschäftigten weitergab und nicht unbedingt in die Modernisierung und neue Arbeitsplätze investierte. In Zeiten von Verlusten wurde die Regierung – wie bei einem Staatsunternehmen – um finanzielle Zuschüsse gebeten; im Notfall auch um die dortige Produktion und Beschäftigung zu sichern bzw. künstlich aufrecht zu erhalten (KORNAI 1995: 515ff.).

Trotz dieser Arbeiterinteressen entwickelte sich – wie beschrieben – eine ansteigende und chronische Unterbeschäftigung in den meisten Regionen der Föderation. Diese steht in Verbindung mit den liberalen Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre und sozio-demographischen Entwicklungen, wie dem Anstieg der Bevölkerung bei gleichzeitiger Aufgabe des landwirtschaftlichen Broterwerbs. Zusätzlich muss für die SFRJ, nach KATZ (1984), von einer wachstumsinduzierten Arbeitslosigkeit ausgegangen werden. Wirtschaftliche Entwicklung,

²² Der gesellschaftliche Sektor oder das gesellschaftliche bzw. gemeinschaftliche Eigentum bezeichnet die besondere Eigentumskonzeption des jugoslawischen Sozialismus. Diese Sonderform des Kollektiveigentums ist nicht mit dem kommunistischen Volkseigentum gleichzusetzen, bei dem der Staat Träger der Eigentumsrechte ist. Das gesellschaftliche Eigentum wird in der jugoslawischen Verfassung negativ definiert. Dabei werden keinem Rechtsträger, auch nicht dem „Volk“ oder dem „Staat“, die Eigentumsrechte zugeschrieben. Diese Eigentumsform ist damit eher als Nutzungsrecht, denn als Eigentumskategorie zu verstehen. Den Arbeitern wird, dieser Denkrichtung folgend, für die Dauer ihrer Beschäftigung im gesellschaftlichen Betrieb die Nutzung des gemeinschaftlichen Eigentums überlassen (KORNAI 1995: 515ff.; ROGEMANN 1980: 175f.; siehe auch Kap. B.2.1.1).

in Verbindung mit nach unten stabilen bzw. ansteigenden Industrielöhnen, produziert in einer solchen Entwicklung – wie sie ebenso aus anderen sich entwickelnden Staaten bekannt ist – Arbeitslosigkeit (KATZ 1984: 21). Aufgrund der Eingliederung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung war die jugoslawische Industrie gezwungen sich den neuen internationalen technologischen Standards anzupassen. Somit stand Jugoslawien vor einem typischen Entwicklungsländerdilemma. Das vorhandene knappe Kapital sollte möglichst so eingesetzt werden, dass viele Arbeitsplätze entstehen. Gleichzeitig war die jugoslawische Wirtschaft aber gezwungen sich den internationalen Standards der Produktionseffektivität und Rationalisierung zu unterwerfen (GUMPEL 1975: 230ff.) und dennoch die Beschäftigten durch Lohnerhöhungen in ausreichender Weise am Wachstum zu beteiligen (KATZ 1984).

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration

Positiv formuliert beinhalteten die hohen Arbeitslosenzahlen ein stetig anwachsendes Angebot an Arbeitskräften für den industriellen Aufschwung der Föderation. Insbesondere die Konsumgüterindustrie in den entwickelten Landesteilen profitierte von der Arbeitslosigkeit in den unterentwickelten Republiken bzw. Provinzen und der internen jugoslawischen Arbeitsmigration. Zudem fand die wachsende Zahl der Arbeitslosen in der jugoslawischen Mobilitätsfreiheit in Verbindung mit den westlichen Gastarbeiteranwerbungen eine weitere Alternative. Das enorme Ausmaß der Arbeitslosigkeit – nicht nur in den unterentwickelten Landesteilen – wäre somit bereits früher erreicht worden, hätte es die Entlastung durch Gastarbeit – insbesondere nach Deutschland – nicht gegeben. BÜSCHENFELD (1981: 189ff.) zeigt hierbei, dass diese Arbeitsmigration nicht nur in den unterentwickelten, von Arbeitslosigkeit geplagten Regionen von Bedeutung waren. Vielmehr setzte das Interesse an Gastarbeit in Slowenien und Kroatien bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein. Die Bevölkerung peripherer und ländlicher Regionen kennzeichnet hingegen eine geringere Mobilitätsbereitschaft. 1973 hatten die jugoslawischen Gastarbeiterzahlen ihren Höhepunkt erreicht. Damals war jeder fünfte erwerbstätige Jugoslawe „temporär im Ausland beschäftigt“, wie es nach der staatlichen Sprachregelung hieß (BÜSCHENFELD 1981: 190). Durch die wirtschaftliche Rezession der westlichen Staaten und den dortigen Anwerbestopp beginnt die Zahl jugoslawischer Arbeiter im Ausland ab 1973 wieder konstant zu sinken. Trotz eines gemäßigten Rückwanderungstempos wirkte sich dies belastend auf den heimischen Arbeitsmarkt aus. Nach der zweiten Ölkrise und Rezession von 1979 und einem weiteren Rücklauf von jugoslawischen Arbeitern, stieg gegen Ende der 1980er Jahre die Bedeutung der Gastarbeit wieder deutlich an. In Deutschland überstieg im Jahr 1991 – noch vor den ankommenden Kriegsflüchtlingen – die Zahl

jugoslawischer Ausländer den früheren Spitzenwert von 1973 (GOEKE 2007: 165).

Wohlstand, soziale Sicherheit und ungleiche Lebensbedingungen

Der Wohlstand des Landes – offenkundig in den Durchschnittslöhnen – hatte gegenüber den anderen sozialistischen Ländern Europas ein hohes Niveau erreicht. Allein zwischen 1950 und 1965, der Zeit der jugoslawischen Wirtschaftsblüte, stiegen die Realeinkommen um etwa 80%. 1955 lag das BIP *per capita* von England, Frankreich und West-Deutschland noch etwa vier bis fünfmal so hoch wie in Jugoslawien; 1965 war dies nur noch rund dreimal so hoch wie in diesen drei genannten Ländern (BILANDŽIĆ & VUKADINOVIĆ 1973: 126). Noch bis Ende der 1970er Jahre machte Jugoslawien einen Prozess der nachholenden Entwicklung durch und verringerte deutlich den Abstand zu den westlichen Industrienationen. „Man lebte nicht mehr im europäischen Armenhaus“ (CALIC 2010: 222). Zudem verbesserten die ausländischen Rücküberweisungen von Gastarbeitern die finanziellen Möglichkeiten.

Doch die Wohlstandsgewinne fanden in regional stark unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Umfängen statt. Die jugoslawischen Ausgleichsbemühungen waren, wie erwähnt, nicht in der Lage die Unterschiede zwischen den Teilrepubliken zu verringern. Letztere verstärkten sich sogar noch weiter (KIEFER 1979). Auch innerhalb der Teilrepubliken konnten die umfangreichen Entwicklungsfonds der Föderation und der Teilrepubliken nur in begrenztem Maße Ungleichheiten zwischen Regionen abbauen. Auf dem Gebiet der serbischen Teilrepublik war die ursprüngliche Divergenz zwischen Belgrad und der autonomen Vojvodina auf der einen Seite und dem Süden und der autonomen Provinz Kosovo auf der anderen Seite am Vorabend des jugoslawischen Staatszerfalls verfestigter als jemals zuvor. Erfolge von wirtschaftlichem Fortschritt außerhalb der Hauptstadt und des Nordens waren dabei durchaus vorhanden, doch immer punktuell, d.h. lokal begrenzt und auf bestimmten Industriezweigen basierend. Als hierfür hervorstechende Beispiele auf dem Gebiet des heutigen Serbien können z.B. die damals prosperierenden Industrieentwicklungen der Städte Užice, Bor und Majdanpek und der Landgemeinde Rekovac genannt werden.

Generell zeigten sich regionale Unterschiede in Jugoslawien in vielerlei Hinsicht. BÜSCHENFELD (1981) beschreibt die heterogenen Lebensbedingungen innerhalb des jugoslawischen Staatsgefüges, die in unterschiedlichen Kennzahlen wie Löhnen, Konsumindizes, Gesundheitsversorgung, Wohnflächen, Strom- und Wasserversorgung, PKW-Dichte und dem Bildungsniveau offenbar werden. Gerade bei Letzterem muss erwähnt werden, dass dieses nach dem Zweiten Weltkrieg auf einem generell niedrigen Stand war. Unbestritten sind

hierbei die Erfolge des jugoslawischen Staates. Schulbildung und das Schulsystem wurden genauso wie Möglichkeiten der Höher- und Weiterqualifizierung deutlich ausgebaut und brachten umfassende Verbesserungen; wenngleich wiederum mit stark regionalen Unterschieden zwischen Nord und Süd. So gab es im Süden – im Speziellen in abgeschiedenen Gebirgsregionen – stets Probleme, die gesetzliche Schulpflicht in vollem Umfang durchzusetzen, was sich in der Analphabetenrate zeigte. Während es in Slowenien, nach dem Zensus von 1971, faktisch keinen Analphabetismus bei den über 10-Jährigen mehr gab, lag dieser im Kosovo sogar über der 30%-Marke (BÜSCHENFELD 1981: 186ff.). Unterschiedliche Entwicklungsvoraussetzungen werden in den regionalen Bildungsunterschieden genauso offenbar, wie traditionelle und bäuerliche Lebensweisen, unterschiedliche materielle Lebensverhältnisse und Abgeschiedenheit durch gestreute Siedlungsformen.

Die gesamtjugoslawischen regionalen Unterschiede lassen sich dabei insbesondere in der Teilrepublik Serbien und einer Auseinanderentwicklung der beiden autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo wieder erkennen. Dem engeren Serbien kann eine sozioökonomische Mittelstellung zugeschrieben werden. Serbien eignet sich damit besonders, um Prozesse regionaler Entwicklung nach dem Staatszerfall ab 1991 in einen pfadabhängigen Kontext zur Entwicklungsgeschichte der SFRJ einzuordnen.

1.2 Das verlorene Jahrzehnt: Ökonomische Zerstörung statt Restrukturierung in den 1990er Jahren

Der Zerfall der jugoslawischen Föderation²³ bedeutete für Serbien einen transformatorischen Rückschritt und keine entscheidende rechtliche wie politische Reform des Wirtschaftssystems. Im Gegensatz hierzu kündigten die frühen 1990er Jahre für andere post-sozialistische Staaten Mittel- und Osteuropas den Übergang in die Marktgesellschaft an. Die neue Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) – bestehend aus Serbien und Montenegro – verstand sich jedoch als Fortsetzung und Erbe der SFRJ und hielt zu großen Teilen an den Grundprinzipien des jugoslawischen Marktsozialismus fest. Zwar hatte Jugoslawien insgesamt eine lange Tradition von marktorientierten Reformen, die über die Jahrzehnte bereits viele institutionelle Veränderungen gebracht hatten, die andernorts in Mittel- und Osteuropa erst nach deren Wende umgesetzt wurden (u.a. POKROVAC 2007). Doch wurden solche Reformen mit dem Einsetzen des jugoslawischen Staatszerfalls nicht weiter vorangetrieben. Der 1989 unter Ante

²³ Zu den vielschichtigen gesellschaftlichen, ethnisch-nationalistischen wie wirtschaftlichen Begründungen, die für den Staatszerfall Jugoslawiens und die Jugoslawienkriege genannt werden, empfiehlt sich die Lektüre von CALIC (2007; 2011), SUNDHAUSSEN (1993: 121ff.; 1999; 2012) und NIKOLIĆ (2002).

Marković eingeleitete Transformationsprozess (Kap. B.1.1.1) wurde von der Milošević-Regierung jäh gestoppt.

1.2.1 Exogene Schocks und transformatorische Lähmung: Chronologie der Ereignisse

In einer Zeit, in der in den MOE-Staaten transformatorische Veränderungen eingeleitet wurden, wurde das vergleichsweise deutlich bessere Reformpotential in der Bundesrepublik Jugoslawien nicht genutzt. Statt einer Fortführung einschneidender Reformprozesse, kam es zu einer vollkommenen Skepsis gegenüber Wandel. Neben dieser internen transformatorischen Verweigerung kennzeichnen in besonderem Maße die exogenen Schocks die 1990er Jahre, das „verlorene Jahrzehnt“ Serbiens. Wenngleich der Zerfall der jugoslawischen Föderation, die militärischen Konflikte der Jugoslawienkriege, die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft und der NATO-Einsatz *per se* als exogene Schocks für die heimische Ökonomie gelten müssen, so sind diese stets vor dem Hintergrund der inländischen politischen Entscheidungen der Bundesrepublik Jugoslawiens zu beurteilen.

Schocks der frühen 1990er Jahre

Der *erste exogene Schock* war die Auflösung der jugoslawischen Föderation Mitte des Jahres 1991. Für Serbien bedeutete die Desintegration der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit eine ganze Reihe von Kosten ohne wirkliche wirtschaftliche Vorteile. Für die serbischen Unternehmen ergaben sich Probleme insbesondere aus dem Wegfall des jugoslawischen Marktes und den damit neu entstehenden Handelshemmnissen, der stärkeren Arbeitsteilung und dem Rückgang der betriebsinternen Skaleneffekte (DALLAGO & UVALIĆ 1998). Wie in den anderen jugoslawischen Teilrepubliken litten Serbiens produzierende Betriebe unter dem Stopp der Zulieferung von Rohstoffen und Zwischenprodukten zu verbilligten Preisen aus anderen Republiken und dem Verlust der geschützten Absatzmärkte für die eigenen Produkte. Langgepflegte Partnerschaften zwischen Unternehmen wurden aufgekündigt. Der Güterverkehr wurde durch Handelshemmnisse zwischen den neuen benachbarten Staaten, genauso wie durch neue Beschränkungen mit bestehenden Kooperationspartnern außerhalb der ehemaligen Föderation erschwert. Gleichzeitig wurden durch den geschrumpften Markt und das hohe politische Risiko die ehemaligen Republiken für internationale Investitionen und Kooperationen zunächst vollkommen uninteressant und auf längere Sicht noch unattraktiver (UVALIĆ 2010: 48f.).

Als *zweiter exogener Schock* können die Ereignissen in Verbindung mit den militärischen Konflikten zwischen 1992 und 1995 gelten.²⁴ Zwar fanden hierbei auf dem Territorium der heutigen Republik Serbien keine Kampfhandlungen statt. Jedoch wurde die Bundesrepublik Jugoslawien zum einen durch die direkte oder indirekte Unterstützung der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, zum anderen durch die Aufnahme von über 600.000 Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten finanziell enorm belastet (UVALIĆ 2010: 49). Zudem steht die Kriegsunterstützung in direktem Zusammenhang mit der staatlich induzierten Hyperinflation von 1992 bis Anfang 1994. Die Inflationsrate des Jahres 1993 erreichte eine unvorstellbare Rate von 116,5 Billionen Prozent (*sic!*) (EBDR 2001: 61). Schon im Jahr 1989, in der SFRJ, wurde sie mit 1.269 Prozent zur galoppierenden Inflation. Obgleich die folgenden Stabilisierungsprogramme diese Rate zunächst abschwächten, kam es durch den Einbruch der Produktion und die kriegsbedingte expansive Fiskal- und Geldpolitik ab 1992 zu dieser extremen Hyperinflation.²⁵ Diese erreichte ihren Höchstwert im Januar 1994, als bei einer monatlichen Rate von 313 Millionen Prozent die Preise um 60 Prozent pro Tag stiegen (UVALIĆ 2010: 54ff.; PETROVIĆ 1996: 174).

Der *dritte exogene Schock* waren die umfassenden Sanktionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Durch die UN-Resolutionen 752 und 757 im Mai 1992 wurde die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen Ex- und Importe sowie Finanzströme in die BRJ zu blockieren. Die einzigen Güter, die dabei vom Handelsembargo ausgeschlossen waren, waren Nahrungsmittel, Medikamente und Produkte der humanitären Hilfe. Mit der Resolution 820 und der Verschärfung der Wirtschaftssanktionen wurde ab April 1993 der Transport aller Güter über die Grenzen der BRJ untersagt, und alle Vermögenswerte des Landes bei ausländischen Banken und Unternehmen wurden eingefroren. Offiziell waren nun jegliche internationale Geschäftstätigkeiten mit Firmen, Banken und Organisationen der BRJ unterbunden. Das Land war damit wirtschaftlich wie gesellschaftlich²⁶ für vier Jahre *de jure* fast vollständig und *de facto* wirkungsvoll isoliert (ZUCCONI 2001; BABIĆ 2001; UVALIĆ 2010: 50ff.).

²⁴ Diese Ereignisse werden hier als exogene Schocks für die nationale Ökonomie beurteilt. Zwar beeinflussen die militärischen Konflikte indirekt die endogenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, wie bei der staatlich induzierten Hyperinflation; jedoch entziehen sich der Staatszerfall und die nachfolgenden kriegerischen Konflikte der Steuerung durch nationale wirtschaftspolitische Entscheidungen.

²⁵ Dies stellte zum damaligen Zeitpunkt die weltweit zweit-höchste Inflationsrate der Geldgeschichte dar (CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 12).

²⁶ Die Sanktionen wurden nicht nur auf die Wirtschaft und das Finanzsystem des Staates angewandt. Genauso wurde dem Land eine internationale kulturelle, wissenschaftliche und sportliche Teilhabe untersagt.

Post-Dayton – Andauernde Isolation, zaghafte Reformen und ein nächster militärischer Konflikt

Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton im November 1995 wurde die Außerkraftsetzung der Wirtschaftssanktionen, insbesondere der umfangreichen Handelsembargos, beschlossen. Dies war allerdings an die Umsetzung des Dayton-Abkommens gebunden, so dass erst mit der Resolution 1047 im Oktober 1996 die meisten Sanktionen gegen die jugoslawische Wirtschaft aufgehoben wurden. Vermögenswerte der jugoslawische Banken und Unternehmen im Ausland blieben allerdings weiterhin eingefroren. Zudem blockierten einige Staaten – darunter die USA – bis 2000 eine Normalisierung mit den wichtigsten internationalen Organisationen und der internationalen Finanzgemeinschaft (BABIĆ 2001; UVALIĆ 2010: 52).

Insgesamt waren die nächsten Jahre für die BRJ eher durch Kontinuität, denn durch Veränderungen gekennzeichnet. Die internationalen Spannungen mit den Nachbarstaaten und der internationalen Gemeinschaft blieben erhalten. Innenpolitisch und institutionell hatte für den Regierungsapparat der Machterhalt Priorität, sodass notwendige institutionelle Reformen des politischen und wirtschaftlichen Systems entweder nicht getätigt wurden oder viel zu zurückhaltend waren. Beim Handel setzte die Regierung statt auf Liberalisierung weiterhin auf administrative Kontrolle. Der Banken- und Finanzsektor verharrte in seiner schweren Liquiditätskrise (UVALIĆ 2010: 85ff.). So besteht zwar kein Zweifel, dass der Mangel an institutionellen Reformen neben den exogenen Schocks eines der Hauptcharakteristika des verlorenen Jahrzehnts Serbiens ist. Es wäre allerdings zu vereinfacht anzunehmen, dass es vor dem politischen Umbruch im Jahr 2000 keinerlei Transformation gab. Bei den Unternehmensreformen und der Privatisierung der gesellschaftlichen Betriebe gab es in der BRJ zumindest ein begrenztes Vorankommen (Kap. B.2.1.1). Außerdem wurden ein neues Insolvenzgesetz, ein neues Wettbewerbsgesetz und ein neues Gesetz für Direktinvestitionen verabschiedet. Letzteres bot sogar umfassende finanzielle Anreize für ausländische Investoren (UVALIĆ 2010: 85ff.).

Die Zeit der zaghafte Reformen endet jäh mit dem *vierten exogenen Schock*, den die BRJ in den 1990er Jahren zu ertragen hatte: Die Bombardierung durch die NATO und die erneuten Wirtschaftssanktionen infolge des Kosovo-Konfliktes. Von März bis Juni 1999 flog das Militärbündnis über 10.000 Angriffsflüge auf Ziele in Serbien, Montenegro und dem Kosovo (NIKOLIĆ 2002: 112). Zusätzlich zu den tragischen Verlusten von Menschenleben und den

humanitären Katastrophen dieser Zeit²⁷, brachte der Konflikt den großen Unternehmen und der Industrie des Landes weitreichende Zerstörungen. Durch Betriebsbombardierungen wurden geschätzt 170.000 Beschäftigte arbeitslos. Ebenso wurde die Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur schwer beschädigt. Straßen- und Eisenbahnverbindungen wurde gekappt und der Handel auf der Donau kam nach dem Krieg fast völlig zum Erliegen (NIKOLIĆ 2002: 115ff.; UVALIĆ 2010: 83f.). Nach Ende des Militäreinsatzes bekräftigte der Westen seine Haltung, dass die Wirtschaftssanktionen weiterhin aufrechterhalten werden solange Milošević an der Macht sei. Abgesehen von humanitärer Hilfe wurden keine größeren Mittel für den Wiederaufbau bereitgestellt. Erst mit den revolutionären Veränderungen im Oktober 2000 war der Weg wieder frei für größere ausländische Unterstützungen (UVALIĆ 2010: 83f.).

1.2.2 Beschäftigung und Einkommen in den 1990er Jahren

Die beschriebenen Schocks der 1990er Jahre, einhergehend mit einem wirtschaftlichen Niedergang und einem Verfall der Wirtschaftskultur (Kap. B.1.2.3), spiegeln sich in unterschiedlicher Form in den Arbeitsmarktentwicklungen wider. Obwohl jugoslawische Unternehmen sich bereits seit langem redundanter Arbeitsplätze entledigen konnten und die absoluten Beschäftigungszahlen nach Jahrzehnten des Zuwachses bereits ab 1985 zu fallen begannen, offenbarten die 1990er Jahre in Serbien einen massiven Einbruch der Beschäftigungszahlen. Einhergehend mit einer umfassenden Deindustrialisierung betraf dieser Einbruch insbesondere die größeren produzierenden Unternehmen. Die statistisch erfasste Beschäftigtenzahl in rechtlichen Einheiten²⁸ betrug im Jahr 2002 gegenüber dem Jahr 1989 nur noch 62,6% des Ausgangs-

²⁷ Nach Schätzungen wurden durch Bomben mindestens 1.500 Zivilisten getötet und etwa 5.000 verwundet. Nach Angaben der BRJ starben bei den NATO-Angriffen 462 serbische Offiziere und Soldaten und 114 Polizisten (NIKOLIĆ 2002: 112). Gleichzeitig verschärfte sich während der Bombardierungen der Konflikt im Kosovo. Innerhalb von drei Wochen nach Beginn der Intervention flüchteten über 500.000 Menschen aus dem Kosovo in die benachbarten Länder. Weitere hunderttausende Menschen waren Binnenvertriebene innerhalb des Kosovo (Human Rights Watch 2001: 4). Die Schätzungen zu getöteten Personen sowohl auf der Seite der ethnischen Albaner als auf Seiten der Serben gehen oft weit auseinander. Human Rights Watch dokumentierte 3.453 Exekutionen an ethnischen Albanern durch serbische Sicherheitskräfte für den Zeitraum der NATO-Kampagne von 20. März bis 12. Juni 1999 (Human Rights Watch 2001: 419ff.).

²⁸ Die Beschäftigtenzahlen in rechtlichen Einheiten beinhalten in der amtlichen serbischen Statistik alle Beschäftigten in gesellschaftlichen, staatlichen und privaten Unternehmen, Institutionen, Kooperativen und anderen Organisationen. Gezielt ausgeklammert sind in dieser Statistik die Selbstständigen (registrierte Beschäftigte in individueller Tätigkeit und deren Mitarbeiter) und die rein landwirtschaftlich aktive Bevölkerung.

wertes; was einem Rückgang von fast 40% in etwas mehr als einem Jahrzehnt entspricht. In den Industrieunternehmen ging die Beschäftigung im gleichen Zeitraum sogar um 45% zurück; respektive gewann der tertiäre Sektor in diesem Zeitraum an relativer Bedeutung, obgleich er ebenso an Beschäftigtenzahlen einbüßte (Abb. 5).

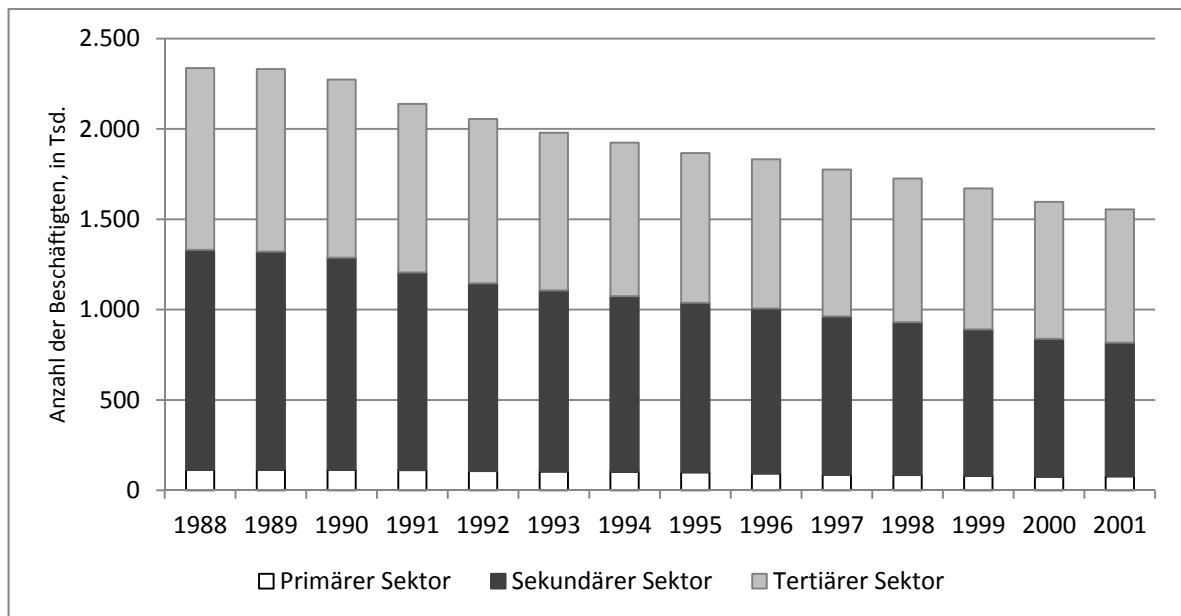


Abb. 5: Beschäftigtenzahlen (in rechtlichen Einheiten) nach Wirtschaftssektoren in Serbien (ohne Kosovo) (Daten: Opštine u Srbiji 1989-2002)

Zwangsurlaub und Informalität

Der Beschäftigungsrückgang der 1990er Jahre verlief allerdings nicht so linear, wie dies die offizielle Statistik darstellt (Abb. 5). Mitte der 1990er Jahre förderte das Milošević-Regime explizit verdeckte Arbeitslosigkeit. *De facto* ergriff das Land zur Zeit der internationalen Wirtschaftsembargos ab 1992 eine umfassende Beschäftigungslosigkeit. Das Regime verfolgte allerdings eine populistische Politik und eine rigide Arbeitsgesetzgebung, die Beschäftigungssicherheit garantierten sollte. Solange Sanktionen von der internationalen Gemeinschaft aufrechterhalten wurden, blieben Personalfreisetzungen gesetzlich verboten. Da Arbeiter *de jure* nicht entlassen werden durften, wurden sie von Unternehmen in den sogenannten „Zwangsurlaub“ geschickt (POŠARAC 1996; BÜSCHENFELD 1995: 16, 1999a: 31). Statistisch blieben sie damit im Unternehmen als beschäftigt registriert, selbst wenn sie dort nicht arbeiteten und ihnen die Arbeitgeber mitunter keine oder kaum Löhne zahlten (BÜSCHENFELD 1999a: 31). Diese Gesetzgebung war außerdem ein Zugeständnis der Regierung und diente der Sicherung des sozialen Friedens. Durch die künstlich aufrechterhaltene Anstellung erhielten viele der Arbeitnehmer zumindest noch einen Teil ihrer Löhne und weiterhin staatliche Sozialleistungen, wie die Krankenversicherung. So gab es im Jahr 1994 in der BRJ, neben rund

1,4 Mio. Rentnern und Pensionären, 600.000 Flüchtlingen und fast 750.000 registrierten Arbeitslosen nach POŠARAC (1996: 181f.) geschätzte 800.000 Zwangsurlauber. Deutlich über ein Drittel der Beschäftigten war damit nur auf dem Papier angestellt (vgl. Abb. 5). Unter den Industriebeschäftigten dürfte der Anteil weit über die Hälfte betragen haben.

Durch diese Arbeitsgesetzgebung verschwimmt der Unterschied zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung. Formale Einkommen werden zu einer Kategorie der Sozialpolitik und unter den Arbeitskräften steigt die Ernüchterung gegenüber regulärer Beschäftigung im privaten und öffentlichen Sektor (POŠARAC 1996: 182). Nach dem Abkommen von Dayton und der Aufhebung der meisten Wirtschaftssanktionen im Jahr 1996 verringerte sich die Bedeutung dieser Form der verdeckten Arbeitslosigkeit langsam wieder. Zum einen bestand erneut die rechtliche Grundlage für Personalfreisetzen, zum anderen nahmen mehrere Unternehmen wieder einen geregelteren Betrieb auf. Der Außenhandel erholte sich bis zu einem gewissen Grad, bevor er zwischen 1998 und 1999 durch erneute internationale Sanktionen wieder Restriktionen ausgesetzt war. Das Phänomen des Zwangsurlaubs spielte dabei nicht erneut die tragende Rolle wie Mitte der 1990er (siehe auch Kap. C.2.1.1), wenngleich es als ein Erbe der Störungen des serbischen Arbeitsmarktes aus der Zeit des Embargos weiterhin präsent blieb.

Die zweite Hinterlassenschaft war der enorme Anstieg der Beschäftigung im informellen Sektor. Dieser diente der Kompensierung von Versorgungslücken und als Alternative zur Arbeitslosigkeit, egal ob diese verdeckt oder offen war. Ein typischer Fall war somit, dass ein Arbeiter in einem produzierenden Betrieb des gesellschaftlichen Sektors als Arbeitskraft gelistet war, aber gleichzeitig einem Betrieb der Schattenwirtschaft angehörte oder diesen Betrieb, meist ein Kleinstbetrieb, führte. Zusätzlich halten Entmutigung gegenüber Beschäftigung im privaten Sektor und hohe Lohnsteuern den Anreiz für Informalität hoch (Kap. B.2.1.1; POŠARAC 1996: 182). Nach Angaben der Weltbank wurde die informelle Beschäftigung in Serbien im Jahr 1997 mit über ein Drittel der Gesamtbeschäftigung angegeben. Es kann davon ausgegangen werden, dass fast eine Mio. Menschen in dieser direkt einbezogen waren. Am meisten konzentrierte sich die Beschäftigung der Schattenwirtschaft im Handel (28% des informellen Sektors), in der Landwirtschaft (22%) und in sonstigen Dienstleistungen (19%) (World Bank 2001, zit. in CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 13).

Die ohnehin stark angespannte Arbeitsmarktlage gegen Ende der 1980er Jahre schlug somit durch die Desintegration und Isolation Serbiens bis Mitte der 1990er Jahre in eine massive statistisch verdeckte Beschäftigungslosigkeit um. Die Beschäftigungssituation normalisierte sich zwar wieder etwas, aber unklare

Beschäftigungsverhältnisse blieben bestehen und die chronisch krisenhafte Situation des Landes führte durchweg zu weiterem Beschäftigungsabbau. Fehlgeleitete oder zu zaghafte wirtschaftliche Reformen befeuerten diese Arbeitsmarktentwicklungen. Trotz der Möglichkeit zur Unternehmensprivatisierung war der Abbau von Beschäftigungsmöglichkeiten in der BRJ im „verlorenen“ Jahrzehnt nicht, wie in anderen Transformationsstaaten, vorrangig einer ökonomischen Restrukturierung geschuldet, sondern vielmehr der wirtschaftlichen wie politischen Desintegration Serbiens.

Einkommen und soziale Folgen

Simultan zur Herausbildung eines „wilden“ und unregulierten Kapitalismus, genauso wie dem Niedergang regulärer Einkommen und der individuellen und gesellschaftlichen Lebensstandards, entwickelte sich eine dramatische gesellschaftliche Differenzierung (u.a. ĐURIĆ-KUZMANOVIĆ & ZARKOV 1999). Dem schnellen Reichtum einer neuen wirtschaftlichen Elite stand eine Pauperisierung der restlichen Bevölkerung gegenüber. Große Teile der Bevölkerung gerieten in große ökonomische Unsicherheit, bei gleichzeitigem Mangel an wirtschaftlichen Möglichkeiten, was notwendigerweise zu einem gewissen Ausgleich durch informelle und kriminelle Tätigkeiten führte.

Nach POŠARAC (1996) und ĐURIĆ-KUZMANOVIĆ & ZARKOV (1999: 35) veränderte sich auch die räumliche Verteilung der Armut signifikant. Bis in die 1980er Jahre lebte ein Großteil der armen Bevölkerungsschichten in ländlichen Gebieten. Doch schon vor dem Zerfall Jugoslawiens zeichnete sich hier eine Veränderung ab und zunehmend sahen sich weite Teile städtischer Bevölkerungen mit existentiellen materiellen Problemen konfrontiert. Bis Mitte der 1990er Jahre beschleunigte sich diese Entwicklung enorm. 1990 lebte 57% der gesamten von Armut betroffenen Bevölkerung Serbiens in den Städten; 1994 waren es schon 76% (POŠARAC 1996: 183f.). Die vergleichsweise bessere Kaufkraft auf dem Land muss dabei in erster Linie dem Landwirtschaftssektor zugeschrieben werden, welcher krisenfester als die Industrie war.

Die ländlichen waren gegenüber den städtischen Haushalten ebenso abseits des Kaufkraftindikators besser gestellt. Denn auf dem Land konnten fehlende monetäre Mittel besser durch Produktion für den Eigenbedarf ausgeglichen werden. In Anbetracht mangelnder Einkommensmöglichkeiten begannen viele Haushalte schon zu Beginn der 1990er Jahre wieder auf landwirtschaftliche Subsistenz und Tauschhandel zurückzugreifen. Volkswirtschaftlich gesehen wurden so die eklatanten Versorgungspässe abgedeckt. Die individuelle Landwirtschaft war demnach ein „eingebauter“ Stabilisator der serbischen Volkswirtschaft, der es der Milošević-Regierung zumindest anfangs erlaubte

hartnäckig den Sanktionen standzuhalten (BÜSCHENFELD 1999a: 31; BABIĆ 2001: 81f.).

Der Anstieg der Armut wurde weiterhin durch den Niedergang der formalen Einkommen befeuert. Das durchschnittliche Realeinkommen brach zwischen 1978 und 1987 im ehemaligen Jugoslawien bereits um 30% ein. In nur fünf Jahren von 1989 bis 1994 brach das Realeinkommen in Serbien um weitere 55% ein (POŠARAC 1996: 182); begleitet von einbehaltenen und verzögerten Lohnzahlungen in Zeiten der Hyperinflation. Eine weitere Verarmung der Bevölkerung fand infolge der NATO-Intervention statt. Dessen soziale Folgen waren erneut dramatisch. Bei einem Grenzwert von 60 US-Dollar monatlichem Verdienst müssen 1998 bereits 33% der Bevölkerung in der BRJ (ohne Kosovo) als arm gelten. Bis September 1999 stieg der Wert auf 63% der Bevölkerung. Innerhalb des Jahres halbierte sich fast das monatliche Durchschnittseinkommen. Zusätzlich wurden Renten und Einkommen – gerade in gemeinschaftlichen Betrieben – über Jahre hinweg mit mehreren Monaten Verspätung ausgezahlt. Gegen Ende des Jahrzehnts wurde teilweise nur noch mit Gutscheinen bezahlt. Die offizielle Arbeitslosigkeit lag nahe 30%. UVALIĆ (2010: 102) schätzt, dass weitere 20% als überflüssige Arbeitskräfte hinzugerechnet werden müssen. Zudem verloren weitere rund 90.000 Arbeiter ihre Anstellung allein aufgrund der direkten Zerstörung von Industrieanlagen während des Kosovo-Konfliktes (UVALIĆ 2010: 101ff.).

Ebenso ist der Verlust von Humankapital als soziale Langzeitfolge am Ende des Jahrzehnts zu bilanzieren. Etwa 800.000 Menschen emigrierten in den 1990er Jahren aus der BRJ; bei einem gleichzeitigen Zuzug von rund 600.000 Flüchtlingen und Vertriebenen (Kap B.1.4.2). BABIĆ (2001: 106) gibt an, dass unter den Auswanderern allein rund 2.000 Wissenschaftler waren, die zum Zeitpunkt der Auswanderung gesicherte Beschäftigungsverhältnisse hatten.

1.2.3 Makroökonomische und wirtschaftskulturelle Folgen des verlorenen Jahrzehnts

Der erdrutschartige Einbruch der Wirtschaftsleistung der 1990er Jahre – nach einer bereits schwelenden Rezession in den 1980er Jahren (Statistički godišnjak SR Srbije / Srbije verschiedene Jahrgänge; Kap. B.1.1.1) – ist auf die Verstrickung der BRJ in die Zerfallskonflikte, auf die Desintegration vom jugoslawischen Markt und auf die Wirtschaftssanktionen der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen.

Wirtschaftsleistung

Im Vergleich mit den anderen ehemaligen Republiken der SFRJ und mit Ausnahme von Bosnien-Herzegowina war in den frühen 1990er Jahren der Rück-

gang des Bruttoinlandsproduktes in Serbien am stärksten ausgeprägt (Anhang Abb. 1). Mit dem Jahr 1993 erreicht die Wirtschaftsleistung ihren absoluten Tiefstand in der kompletten Transformationsgeschichte des Landes. Das BIP *per capita* war von 2.000 US-Dollar im Jahr 1990 auf 950 US-Dollar im Jahr 1993 gefallen (PETROVIĆ 1996: 174). Die Wirtschaftsleistung entsprach nur noch 40,6% des Ausgangswertes von 1989 und die Industrie produzierte nur noch mit einem Viertel seiner Kapazität. Allein im Jahr 1993 fiel die industrielle Bruttoproduktion um 38,2% gegenüber dem Vorjahr (Abb. 6).

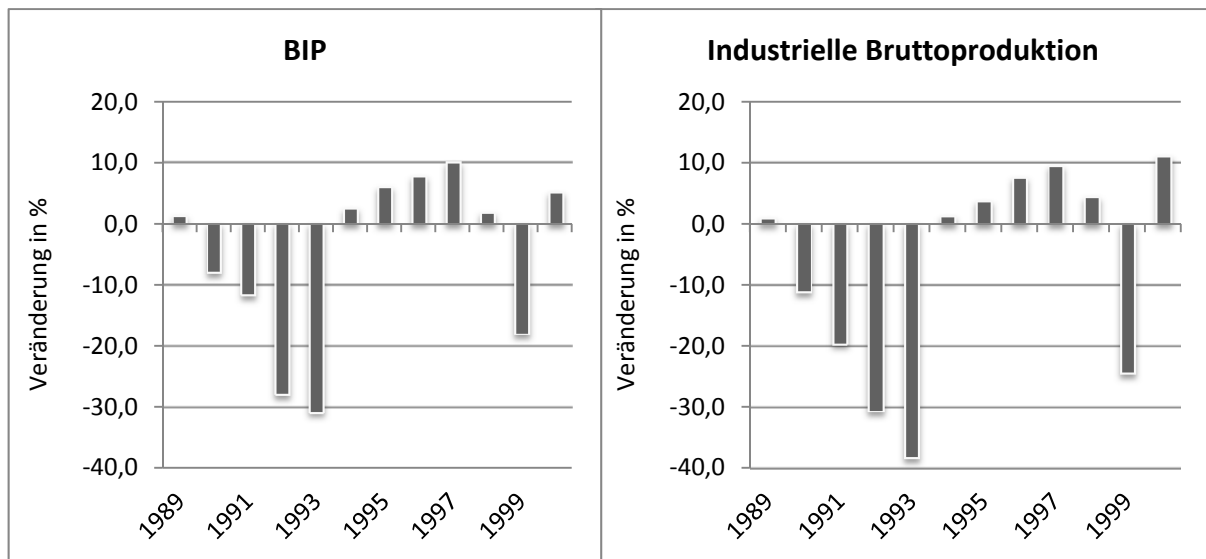


Abb. 6: Reales Wachstum des BIP und des industriellen BIP Serbiens von 1989 bis 2002 (ab 1999 ohne Kosovo) (Daten: EBRD verschiedene Jahrgänge)

Erst nach einem umfassenden Finanzstabilisierungspaket im Jahre 1994, das die Inflationsrate wieder unter 20% brachte (CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 12f.), konnte es trotz andauernder Sanktionen zu einem Stopp der Abwärtsspirale kommen. Gleichzeitig sorgte die militärische Entspannung nach Dayton für eine Regeneration des BIP und der industriellen Produktion. Von 1995 bis 1997 waren die Zuwachsraten des BIP in der Bundesrepublik Jugoslawien, wie in den meisten anderen ehemaligen Republiken der Föderation, unter den Höchsten in Südosteuropa. Im Jahr 1995 wuchs das BIP um 6,1%, 1996 um 7,8% und 1997 nach der Aufhebung der meisten Wirtschaftssanktionen und einem signifikanten Anstieg des Außenhandels sogar um 10,1% (Abb. 6). Im Jahr 1998 war die Wachstumsrate mit 1,9 hingegen schwach, zusätzlich beeinflusst durch einen sehr schwachen landwirtschaftlichen Output in Folge einer Missernte (UVALIĆ 2010: 78ff.). Die hohen Zuwachsraten des BIP zwischen 1994 und 1997 müssen dennoch als moderat angesehen werden, da sie fast ausschließlich aus der Erholung der erdrutschartigen Einbrüche der vorangegangenen Jahre resultieren und diese Rezession nur bedingt kompensieren konnten.

Diese kurze Phase der wirtschaftlichen Regeneration wurde aber jäh ausgebremst durch die Verschärfung der Kosovo-Krise. Neben den direkten Zerstörungen der jugoslawischen Industrie durch die Luftangriffe der NATO steuerten die erneute Verschärfung der Sanktionen und die Wiederbelebung der Inflation ihren Teil zu dieser nächsten Krisenrezession und dem massiven Rückgang des BIP im Jahre 1999 bei. Das BIP brach um 18,0% ein, die industrielle Produktion ging sogar um 24,4% zurück (Abb. 6). Damit in Verbindung steht der erneute Einbruch des Außenhandels. Der Export ging um fast 50% zurück, der Import um 30% (Abb. 7). Am Ende des Jahrzehnts war die Wirtschaftsleistung in Serbien durch diese erneut verheerenden Ereignisse im Vergleich mit allen ehemaligen Teilrepubliken der SFRJ am stärksten eingebrochen. Im Vergleich mit dem Ausgangswert des Bruttoinlandsproduktes von 1989 war Serbien nun sogar hinter Bosnien-Herzegowina zurückgefallen. Die Wirtschaftsleistung des Landes betrug nach dem Jahr 1999 nur noch 43,8% des Ausgangswert von 1989 (Anhang Abb. 1). Beim BIP *per capita* sollte Serbien bis 2001 sogar noch knapp hinter Bosnien-Herzegowina fallen, obgleich Serbien gegenüber Bosnien und Herzegowina vor 1990 und noch vor dem Kosovo-Konflikt eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung hatte (Anhang Tab. 1).

Außenhandel und Sanktionen

Mit dem Zerfall der jugoslawischen Föderation waren die Exporte die makroökonomische Variable der BRJ, die am schnellsten von allen Variablen fiel: von 5.816 Mio. US-Dollar im Jahr 1990 auf 2.539 US-Dollar nur zwei Jahre später. Dies ist zum einen der unmittelbaren Wirkung der 1992 einsetzenden Handelsembargos geschuldet; zum anderen hätte der Zusammenbruch des gesamtjugoslawischen Binnenmarktes schon allein massive Störungen des Handels der einzelnen neuen Staaten verursacht. Der Handel zwischen den Republiken hatte eine absolute Vorrangstellung und machte sogar 60% der gesamten Produktion aus. Der internationale Handel spielte demgegenüber eine untergeordnete Rolle, obgleich er wesentlich stärker ausgeprägt war als in den meisten anderen sozialistischen Staaten Europas. Insgesamt war somit bereits der Wegfall des jugoslawischen Marktes für die produzierende Wirtschaft Serbiens mit höheren Kosten verbunden als die Folgen des internationalen Handelsembargos. Zusätzlich verringerten die Sanktionen den Außenhandel und erschwerten eventuelle Normalisierungen und Erneuerungen ehemaliger Geschäftsbeziehungen von Unternehmen aus der BRJ und Unternehmen aus den neu entstandenen Staaten der ehemaligen Föderation.

Die Wirkungsweise des Handelsembargos auf die nationale Wirtschaft offenbarte sich am deutlichsten in der industriellen Produktion. Industrieunternehmen konnten in dieser Zeit ihre Produkte nicht mehr legal in ihren

traditionellen Exportländern absetzen. Ganze Produktionszweige kamen zum Erliegen, da den Unternehmen Rohstoffe und Zulieferprodukte fehlten. Außerdem geriet die Industrie insgesamt durch fehlende Ersatzteile und ausbleibende Modernisierungen in eine technologische Rückständigkeit (POPOVIĆ 2005: 69ff.). Nach ONELLI (2001) waren die Verletzungen des Handelsembargos in Form von Schmuggel und schattenwirtschaftlichen Aktivitäten aber so zahlreich und umfangreich, dass sie in Teilen die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zunichtemachten. Der serbisch kontrollierte Teil Bosniens und Makedonien wurden so zu äußerst wichtigen Partner für Unternehmen der BRJ.

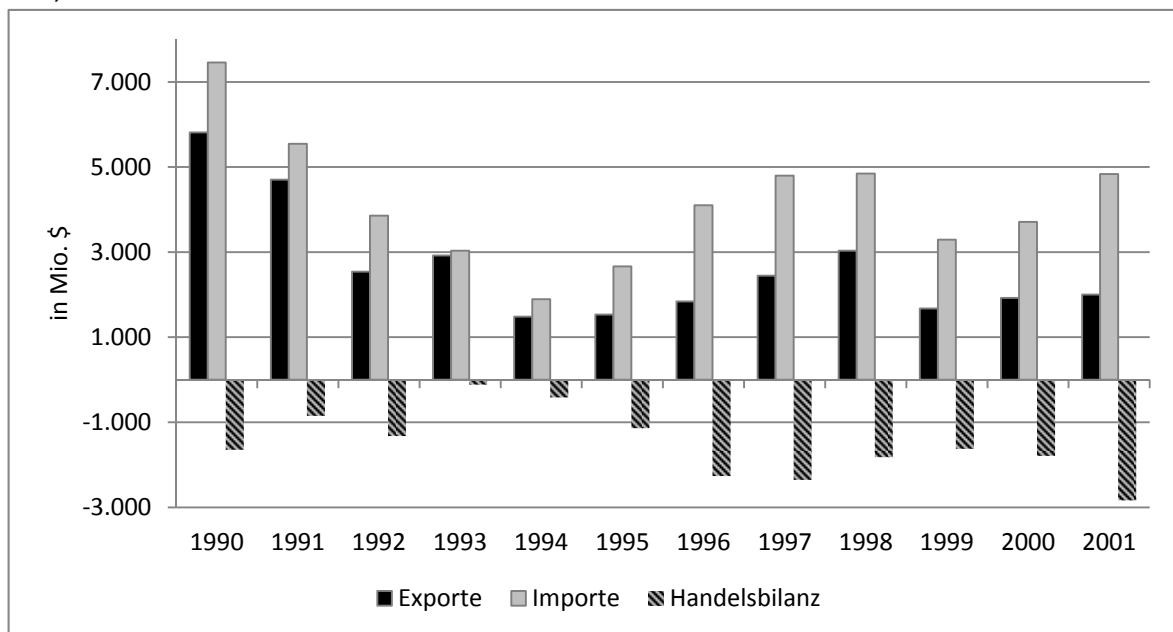


Abb. 7: Exporte, Importe und Außenhandelsbilanz der BRJ von 1990 bis 2001 (Daten: EBRD verschiedene Jahrgänge; Statistički godišnjak Srbije 1998: 309)²⁹

Die Aufhebung der meisten strengen Sanktionen im Jahr 1996 erlaubte offiziell die Erneuerung des Außenhandels (UVALIĆ 2010: 80). Die Erholung des Außenhandels (Abb. 7) ging dabei mit der Erhöhung der Produktion (Abb. 6) einher. Allerdings verfestigte sich hierbei das ohnehin hohe Außenhandelsdefizit. Die Exporte stiegen von 1995 bis 1998 von 1,5 Mrd. US-Dollar auf 2,8 Mrd. US-Dollar, die Importe sogar von 2,6 Mrd. US-Dollar auf 4,8 Mrd. US-Dollar. Unter den Umständen der NATO-Intervention fielen die Exporte dann wieder unter das Niveau von Vor-1996 (Abb. 7).

²⁹ Die Daten zum Außenhandel sind gerade in den Jahren des Handelsembargos von 1992 bis 1995 starken Ungenauigkeiten unterzogen. Größtenteils handelt es sich dabei um Schätzungen und Annahmen der EBRD und des statistischen Büros Jugoslawiens zum illegalen grenzüberschreitenden Handel, aufgrund fehlender offizieller Daten.

Besonders wichtig bei der Betrachtung der Wirkung des Handelsembargos ist, dass dieses eine fundamentale Änderung der Struktur des Außenhandels einleitete. Branchen, die weniger vom Außenhandel abhingen, wurden durch die Sanktionen bedeutender; Branchen mit klarer Außenhandelsausrichtung und Bedarf an ausländischen Zulieferprodukten wurden unwichtiger. Nach der Zeit des Embargos hatten besonders die Maschinen-, Chemie- und Elektroindustrie an Exportanteilen verloren. Die Branchen der Kleidungs- und Nahrungsmittel-Industrie sowie die Produktion von Nichteisenmetallen nahmen nun ein größeres Gewicht im serbischen Export ein. Bei den Importen blieben die führenden Sektoren die gleichen wie vor den Sanktionen: Erdöl-, Elektro- und Grundchemie-Industrie sowie Transportmittel und Maschinen.

Zudem führten die Sanktionen zu einer regionalen Neuorientierung der Außenwirtschaft. Jugoslawien wandte sich sowohl bei den Exporten und den Importen von den Ländern der Europäischen Union ab, den traditionell wichtigsten Außenhandelspartnern. Es kam zu einer deutlichen Verlagerung hin zu den Transformationsstaaten, insbesondere Russland und der Ukraine.³⁰ Die Außenhandelsbilanz des Jahres 1996 zeigte, dass 48,5% der Exporte in Transformationsländer gingen und 39,5% aus diesen kamen. Für die EU-Staaten lagen die Anteile bei 29,6% des Exports und 44,8% des Imports (BABIĆ 2001: 80ff.). Bis hier hin, nach einer Entspannung der Außenhandelssituation mit der EU und nach der erneuten Verschärfung durch den Kosovo-Krieg, hatte sich die Zusammensetzung der Produkte, die in die Länder der EU exportiert wurden, grundlegend verändert. Am deutlichsten ging der Anteil von Maschinen und Ersatzteilen für Kraftfahrzeuge am gesamten EU-Export zurück; landwirtschaftliche Produkte hatten ihren Anteil am Export von rund 5 auf etwa 20 Prozent ausgebaut (POPOVIĆ 2005: 69ff.).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Sanktionen die Volkswirtschaft der BRJ massiv getroffen und strukturell verändert haben. Die eigentlichen Ziele – Kriegsbeendigung und Destabilisierung des Milošević-Regimes – konnten nur bedingt erreicht werden. Für die Beurteilung der Wirkung von Wirtschaftssanktionen auf die Volkswirtschaft und auf räumliche Entwicklungen, ist insbesondere die Intensität und der Umfang der Sanktionen entscheidend sowie die Verwundbarkeit der angegriffenen Volkswirtschaft gegenüber solchen Instrumenten der internationalen Politik.

³⁰ Interessanterweise ist die traditionell eher westliche Ausrichtung des jugoslawischen Außenhandels ebenfalls einer Neuorientierung nach Sanktionen geschuldet. Die Wirtschaft des Landes hatte sich erst nach dem Ausschluss der jugoslawischen Kommunisten aus dem Kominform 1948 und Handelssanktionen der USSR gegen Titos Jugoslawien stärker in Richtung der westlichen Länder orientiert.

Das Milošević-Wirtschaftssystem

Die dramatischen Folgen der Desintegration, der Kriege und Sanktion wurden zudem durch eine unzulängliche Wirtschaftspolitik und eine propagandistische Kampagne der politischen Elite gegen transformatorische Veränderungen weiter verschärft (POŠARAC 1996; UVALIĆ 2010: 45ff.). Das Wirtschaftssystem der Neunzigerjahre war gekennzeichnet durch eine Kriegswirtschaft, Schattenwirtschaft und Schmuggel. Dies ging einher mit dem Aufkommen einer neuen ökonomischen Elite – den Kriegsunternehmern (BABIĆ 2001: 91ff.; EHRKE 2010) – und einer Kriminalisierung, die alle gesellschaftlichen Schichten betraf. Gerade die Bedingungen der Sanktionen machten organisierte Kriminalität gesellschaftlich akzeptabel und brachten mehr Menschen dazu illegalen Aktivitäten nachzugehen. Die Kombination aus Hyperinflation und Schmuggel schuf die Möglichkeit schnelles Geld zu verdienen (ONELLI 2001: 64). Gleichermäßen profitierte die Regierungselite von der Zerstörung regulärer volkswirtschaftlicher Mechanismen durch Auslaugen und Verarmung ihrer Bürger. Dabei konnte das Regime die Hyperinflation und das System zweier Wechselkurse³¹ nutzen, um der eigenen Bevölkerung die ausländischen Devisen zu entziehen und sich selbst zu bereichern (UVALIĆ 2010: 69ff.; ĐURIĆ-KUZMANOVIĆ & ZARKOV 1999: 33f.)

Zudem blockierten die staatlichen Autoritäten den Ausbau des privaten Sektors bzw. kehrten diesen in Form von neuen Nationalisierungen sogar um (Kap. B.2.1.1), während gleichzeitig der öffentliche Sektor geschützt und seine massiven Verluste durch den Staat ausgeglichen wurden. Nach den offiziellen Daten für das Jahr 1995 lagen 56,7% der erfassbaren Vermögenswerte im öffentlichen Sektor, der dabei nur 37,1% des registrierten serbischen BIP erwirtschaftete. Der private Sektor beinhaltete nur 10,5% der Vermögenswerte; erwirtschaftete dabei allerdings 37,9% des BIP. Auf Grundlage dieser Daten erscheint der private Sektor somit 5,5mal produktiver (BABIĆ 2001: 89). Für den Staat war der private Sektor allerdings nur ein unvermeidbares Übel, der zur Umverteilung benötigt wurde. Durch überhöhte Steuereinnahmen vom privaten Sektor glich der serbische Staat die hohen Verluste aus, die im öffentlichen Sektor erwirtschaftet wurden (BABIĆ 2001: 88ff.).

Die Sanktionen und fehlende wirtschaftliche Kontrolle brachten die Schattenwirtschaft zum Blühen. Unter den Bedingungen der Sanktionen war der Schmuggel für Viele die einzige profitable Möglichkeit Geld zu verdienen und

³¹ Der offizielle Wechselkurs in den 1990er Jahren konnte nur von wenigen wirtschaftlich aktiven Personen wahrgenommen werden. Der inoffizielle lag deutlich unter dem offiziellen Wechselkurs und wurde in allen anderen alltäglichen Transaktionen zugrunde gelegt (UVALIĆ 2010: 58ff.).

volkswirtschaftlich die Voraussetzung für ein gewisses Maß an Grundversorgung. Der Anteil der Schattenwirtschaft gegenüber dem landesweiten BIP betrug laut KRSTIĆ & SANFEY (2011: 181f.) 36,4% zum Ende des Jahres 1999. Mitte der 1990er Jahre lag der Anteil dabei noch über 50%. Praktisch partizipierte die gesamte Bevölkerung auf die eine oder andere Weise am informellen Sektor. Die profitabelsten Märkte waren dabei Zigaretten, Erdölzeugnisse, Einzelhandel, Reparaturen, Wartungen, Baumaterial und Bauarbeiten (CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 85). So ist es allein der Schattenwirtschaft zuzuschreiben, dass die in desolatem ökonomischem Zustand befindliche BRJ nicht vollständig zusammenbrach (BÜSCHENFELD 1999a: 31).

Gleichermaßen erreichte die Korruption extreme Ausmaße. Nach einem Bericht von Transparency International war die BRJ in den späten 1990er Jahren unter den zehn korruptesten Ländern der Welt und der am stärksten von Korruption unterhöhlte Staat Südosteuropas (UVALIĆ 2010: 104). Die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft – formal und informal – waren dabei verwaschen (EHRKE 2010). Die Oligarchie der Tycoons kontrollierte die großen staatlichen Betriebe und den privaten Sektor, die staatlich induzierte Hyperinflation, staatlich unterstützter Schmuggel, ineffiziente Finanzsysteme und den Mangel an Investitionen. Nicht nur, dass Wirtschaftskriminalität als „normal“ beurteilt wurde, sie wurde aktiv unterstützt und sogar zum inoffiziellen Arm des Regimes. Das Regime stützte sich hierbei auf ein Netzwerk bzw. ein Pyramidensystem von Patron-Klientenbeziehungen, die sich durch die gesamte Gesellschaft zogen (OSCE 2005: 6f.). Die andauernden Sanktionen bildeten dabei eher eine Legitimationsbasis; zur internen politischen Destabilisierung, wie von der internationalen Gemeinschaft gewollt, führte sie nicht. Das Regime nutzte zudem die politische Isolierung um medial gebetsmühlenartig zu verbreiten, dass es eine internationale Verschwörung gegen das serbische Volk gäbe (BABIĆ 2001: 105).

Die verzögerte Transformation

Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass Serbien bzw. die Bundesrepublik Jugoslawien vor allem eine entscheidende Ressource in den 1990er Jahren verbrauchte – die Ressource Zeit. Erst nach 2000 fand in Serbien eine Transformation statt, die als ein Prozess bezeichnet werden kann, bei dem alte institutionelle Rahmensetzungen durch neue Institutionen ersetzt werden, welche stärker auf Marktorientierung sowie demokratischen Rechtsstrukturen basieren und dabei mit Restrukturierung und wirtschaftlichen Reformen einhergehen. Die Industrie des Landes wurde durch die Ereignisse weit hinter den Entwicklungsstand vor 1990 zurückgeworfen. Technische Instandhaltungen und Modernisierung wurden nicht getätigt; die Produktivität brach völlig ein.

Addiert man zu dem Verfall des verarbeitenden Sektors noch die direkten Zerstörungen der Industrie und Infrastruktur durch die NATO-Bombardierungen, den Niedergang der Wirtschaftskultur, den Einbruch der Lebensstandards, die Verarmung und Desillusionierung weiter Bevölkerungsteile sowie den Mangel an institutionellen Reformen, kann konstatiert werden, dass die BR Jugoslawien am Ende des Jahrzehnts das Land mit der problematischsten ökonomischen Lage in Südosteuropa war.

Das Wirtschaftssystem blieb in den Grundzügen das System der sozialistischen Marktwirtschaft der SFRJ. In einigen Aspekten fand eine Degradierung dieses Systems statt. Aus Transformationssicht waren die frühen 1990er Jahre für Serbien demnach keine Zeit fehlgeleiteter Transformation oder misswirtschaftlicher Restrukturierung, sondern vielmehr eine Zeit der transformativen „Lähmung“ und ökonomischen „Zerstörung“. Der Begriff einer fehlgeleiteten Transformation ist dahingegen unzutreffend, da er eine – wenn auch fehlerhafte – grundlegende rechtliche Umstrukturierung annimmt, die in Serbien *de jure* nicht stattgefunden hat.

Generelle außen- und innenpolitische Hindernisse, die stets die Einleitung einer echten Systemtransformation blockierten, charakterisieren dabei das gesamte Jahrzehnt. Chronische Strukturprobleme, die bereits aus sozialistischer Zeit resultierten sowie neu auftretenden ökonomischen Schocks, wie der Staatszerfall, die Kriegshandlungen und die Sanktionen, verursachten zusammen mit der internen Degradierung der politischen und wirtschaftlichen Kultur den ökonomischen Niedergang der 1990er Jahre. Die erste Hälfte der 1990er Jahre ist dabei durch eine massive Rezession und Desintegration gekennzeichnet; die zweite Hälfte durch die Konsolidierung des Milošević-Wirtschaftssystems, durch zaghafte und zahnlose Reformen und durch die Ereignisse infolge der NATO-Intervention.

1.3 Endlich Transformation: Serbiens Weg zurück in die Marktgesellschaft ab 2000

„A country in ruins – that is the right area for reformers and a reform-oriented government“ (MIJATOVIĆ 2005: 20).

Der Wendepunkt der jüngeren serbischen Geschichte kam mit dem demokratischen Umbruch im Herbst 2000. Der desolate Zustand der heimischen Wirtschaft sowie des Staatshaushaltes waren für die neue Regierung schier unüberwindbare Problemfelder und eine grundlegende Reformierung des Staatswesens war kaum möglich. Trotz dieser Hindernisse und der unbestrittenen Transformationserfolge nach 2000 lässt sich in der Retrospektive feststellen, dass das Fenster der Möglichkeiten nicht im besten Sinne genutzt wurde. Obgleich Serbien auf die Erfahrungen der anderen Transformstaaten zurückbli-

cken konnte, wurde dieser Vorteil nicht befriedigend genutzt bzw. konnte nicht genutzt werden. In einigen Aspekten wurden zunächst radikale Wirtschaftsreformen, wie z.B. im Privatisierungsprozess (Kap. B.2.1), vorangetrieben. Im späteren Verlauf gerieten Reformen oft aufgrund erneuter innenpolitischer Krisen eher ins Stocken, als dass sie gradualistisch abgelaufen wären.

1.3.1 Zwischen Neuordnung und Reformstau: Chronologie der Ereignisse

Die Wahlen des 24. September 2000 brachten den Sieg für Vojislav Koštunica, den Präsidentschaftskandidaten des Parteienbündnis der Demokratische Opposition Serbiens (DOS). Gründe für den deutlichen Wählerwillen und die revolutionäre Stimmung sieht UVALIĆ (2010: 110ff.) in der vereinigten Opposition und der Person Koštunica, insbesondere aber in der ökonomisch und sozial desaströsen Lage des Landes. Nach Miloševićs Nicht-Anerkennung der Wahlergebnisse kam es zu Streiks und Demonstrationen und der Besetzung des Parlaments. Nach zwei Tagen kontinuierlichen Protesten in Belgrad hatte die „Bulldozer-Revolution“³² am 5. Oktober ihr Ziel erreicht und Milošević musste seine Niederlage eingestehen. Bei den Parlamentswahlen kurz darauf im Dezember 2000 errang die DOS einen deutlichen Sieg mit einer Zweidrittelmehrheit der Sitze. Im Januar 2001 wurde die Regierung unter der Präsidentschaft Koštunicas ins Leben gerufen und Zoran Đinđić wurde als neuer Ministerpräsident vereidigt.

Politische Neuordnung und wirtschaftliche Reformen

Die Frage der frühen Reformen und der gewählten Transformationsstrategie ist besonders von Bedeutung. Auf der Tagesordnung der neuen Regierung bzw. noch vor der Vereidigung der neuen Volksvertreter standen eine Reihe dringender Aufgaben. Nach den Ereignissen der 1990er Jahre und insbesondere nach den Bombardierungen von 1999 war die BRJ dringend auf finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angewiesen. Hierfür musste das Land schnellstmöglich wieder an die Tische der internationalen Organisationen zurückkehren können. Eine Zulassung zum Internationalen Währungsfond (IWF), zur Weltbank und zur Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), genauso wie eine Teilnahmeberechtigung für EU-Förderungen und eine Einleitung des Verhandlungsprozess mit der Welt-

³² Nach Protesten an vielen Orten des Landes hatten die Führer der serbischen Opposition Slobodan Milošević ein Ultimatum zum Rücktritt bis 5. Oktober 2000, 15 Uhr nachmittags, gestellt. An diesem Tag versammelten sich auf den Ruf der Opposition zwischen 500.000 bis 1 Mio. Menschen auf den Belgrader Straßen. Dabei durchbrach der Fahrer einer Planieraupe (Bulldozer) die Polizei- und Sicherheitslinie vor dem Gebäude des staatlichen Fernsehsenders RTS. Die Demonstranten übernahmen daraufhin den Sender. Die Revolution hatte durch diese Aktion ihren Namen erhalten.

handelsorganisation (WTO) bedurften teils langer formaler Prozesse. Zudem beinhaltete die Rückkehr in diese Organisationen die Erfüllung bestimmter politischer Vorbedingungen, wie eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag (UVALIĆ 2010: 119ff.). Letzteres ist hauptsächlich der Grund für die schnelle Auslieferung Miloševićs an das Tribunal bereits Mitte des Jahres 2001, kurz vor der Internationalen Geberkonferenz für Jugoslawien, auf der dem Land finanzielle Unterstützungen in Höhe von 1,34 Mrd. US-Dollar zugesagt wurden (NIKOLIĆ 2002: 158ff.).

Die Art der ersten Transformationsreformen und die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik waren somit vorbestimmt durch die Abhängigkeit des Landes von ausländischer Unterstützung. Das neue Wirtschaftsprogramm war dabei vor allem vom Abkommen mit dem IWF im Dezember 2000 beeinflusst und beinhaltete größtenteils die Umsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen nach dem *Washington Consensus*, die ebenso von anderen Transformationsökonomien für die Bewilligung von finanzieller Unterstützung verlangt wurden. Somit beinhaltete die Reform-Agenda Serbiens viele Elemente der hyperliberalen Strategien, die bereits ein Jahrzehnt früher in den meisten MOE-Staaten implementiert wurden (UVALIĆ 2010: 127ff.).

Ein weiterer Grund weshalb die Wahl einer als neoliberal kritisierten Option unvermeidbar schien, war ideologischer, wie pragmatischer Natur. Nach Jahren ohne essentielle Reformen bestand der politische Wille eine wirtschafts-ideologisch konträre Richtungen anzusteuern und die verlorene Zeit des Milošević-Regimes möglichst schnell aufzuholen (MIJATOVIĆ 2005). Ebenso wollten die neuen Akteure neben dem politischen Wechsel, einen schnellen und klaren Bruch sowohl in personeller wie institutioneller Hinsicht mit dem vorherigen System erzielen. Die interne Blockade – die Verweigerung gegenüber Reformen – war so bereits mit dem Sturz des alten Regimes beseitigt; obgleich natürlich weiterhin interne Hemmnisse gegenüber Veränderungen bestanden. Die externe Transformationsblockade – die internationale Isolation – wurde erst schrittweise durch die Normalisierung mit den internationalen Organisationen abgebaut.

Reformstau

Nach der enthusiastischen Reformphase in der Zeit nach der demokratischen Revolution in der gesetzliche Änderungen ohne große Widerstände verabschiedet wurden, kam es innerhalb der Regierung zu stärkeren politischen Auseinandersetzungen um Reformgesetze. Diese durchaus normale politische Entwicklung ging einher mit einem internen Konflikt der beiden führenden Parteien der DOS (MIJATOVIĆ 2005: 17ff.) und unklaren Kompetenzvertei-

lungen und Zukunftsaussichten des Staatenverbundes Serbien und Montenegro. Dadurch kam es zu einer Abkühlung des Reformprozesses bereits ab 2002. Nach vielen Analysen war aber die Ermordung des Regierungschefs Zoran Đinđić im Frühjahr 2003 einer der Hauptgründe für den ins Stocken geratenen Reformprozess in den nächsten Jahren (z.B. MIJATOVIĆ 2005; UVALIĆ 2007, 2010: 140f.). CRNOBRNJA & SAVIĆ (2012: 15) erkennen darin gleichzeitig die Wiederbelebung nationaler und pro-russischer politischer Ideen. Đinđić galt als Identifikationsfigur des Wandels, als Hoffnungsträger gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität und er trat für ein klares Bekenntnis Serbiens zu Europa ein. Es erscheint als Treppenwitz der Geschichte, dass viele seiner Ideen und Visionen erst jüngst (seit 2012) von der rechtspopulistisch-sozialistisch orientierten Regierung, die einige ehemalige Vertreter des Milošević-Regimes in ihren Reihen hat, verwirklicht wurden.

Nach der Ermordung von Zoran Đinđić steuerte die Übergangsregierung von Zoran Živković den Staat in Richtung eines Notstands und weitere Möglichkeiten zu Reformen wurden verpasst. Eine hohe Popularität der Regierung und die Konfusion der Opposition hätten es möglich gemacht, Reformgesetze schnell durchzubringen (MIJATOVIĆ 2005: 26). In den folgenden Jahren wurde der Reformprozess oft durch Koalitionsstreitigkeiten, Regierungskrisen und politische Kräfte, welche die Transformation generell als brutal gegenüber der Arbeiterschaft beschrieben, gehemmt (MIJATOVIĆ 2005: 21).

Zudem kennzeichneten Serbien in seiner Geschichte nach 2000 einige spezifische politische Merkmale, die Auswirkungen auf den Transformationsprozess hatten. Bis zur Unabhängigkeit Montenegros 2006 war die unsichere Zukunft der Staatenunion Serbien und Montenegro oft ein Hemmnis für politische Entscheidungen, die nur auf Bundesebene getroffen werden konnten. Seit der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 blockierte und blockiert bis heute dessen Statusfrage innenpolitische Reformen und vor allem die EU-Annäherung. Die Zusammenarbeit mit dem ICTY blieb lange Zeit ein zusätzlich limitierender Faktor. Erst nach der Auslieferung von Ratko Mladić und Goran Hadžić im Jahr 2010 wurde Serbien vollständig in das bereits 2008 unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) der EU aufgenommen.

Im Dezember 2009 stellte Serbien seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union; seit März 2012 gilt das Land als Beitrittskandidat und am 21. Januar 2014 starteten in einem formellen Akt in Brüssel offiziell die EU-Beitrittsverhandlungen mit der serbischen Regierung (Tab. 2).

Tab. 2: Chronologie wichtiger Ereignisse der serbischen Transformation

Chronologie der Transformation Serbiens	
1989-1991	Verschärfung der Wirtschaftskrise und jugoslawischen Staatskrise
1989	Wirtschaftskrise, institutionelle Lähmung und Reformstreit; Ermöglichung von „Insider“-Privatisierungen; Wahl Slobodan Miloševićs zum Präsidenten Serbiens
1990	Scheitern der Reformen von Ministerpräsident Ante Markovic; Zerfall des BdkJ und Einführung des Mehrparteiensystem
1991-2000	Desintegration und ökonomische Abkopplung
1991	Beginn des jugoslawischen Staatszerfalls mit den Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens; Kriegsausbruch in Slowenien und Kroatien
1992	Gründung der Bundesrepublik Jugoslawien aus Serbien und Montenegro; Kriegsausbruch in Bosnien-Herzegowina; Beginn der Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen die BRJ am 30. Mai
1993	Umfassende Ausweitung der Wirtschaftssanktionen, Höhepunkt der Hyperinflation
1994	Rückführung von privatisierten Unternehmen in staatliches Eigentum in der BRJ
1995	Friedensabkommen von Dayton am 25. November
1996	Aufhebung der meisten ökonomischen Sanktionen gegen die BRJ am 01. Oktober mit der UN-Resolution 1047
1997	Erneute Ermöglichung von „Insider“-Privatisierungen in der BRJ
1998	UN-Sanktionen aufgrund der serbischen Politik im Kosovo
1999	NATO-Luftangriffe gegen Ziele in Serbien und Kosovo von März bis Juni; Ausweitung der Sanktionen gegen die BRJ; UN-Resolution 1244
2000-	Politische Neuordnung und der Weg zurück in die europäische Gemeinschaft
2000	„Bulldozer“-Revolution und Sturz Slobodan Miloševićs durch die demokratische Opposition Serbiens im Oktober; Neuwahlen im Dezember; Präsidentschaft von Vojislav Koštunica
2001	Aufhebung aller internationaler Sanktionen; Wahl von Zoran Đinđić zum neuen Ministerpräsidenten; Auslieferung Miloševićs an den ICTY in Den Haag; Verabschiedung eines neuen Privatisierungsgesetzes
2002	Gesetz über Auslandsinvestitionen
2003	Umwandlung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatenunion Serbien und Montenegro; Ermordung Đinđićs
2004	Wahl Boris Tadićs zum Präsidenten
2006	Unabhängigkeitsreferendum und internationale Anerkennung Montenegros
2008	Unilaterale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo; Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU
2009	Rezession aufgrund der internationalen Finanzkrise
2012	Erhalt des Status eines EU-Beitrittskandidaten; Wahl Tomislav Nikolićs zum Präsidenten
2014	Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen

1.3.2 Makroökonomische und wirtschaftskulturelle Stabilisierungen und Entwicklungen

Noch im Oktober 2000 leitete die abdankende Milošević-Regierung mit einem einzigen Regierungsdekret umfassende Preisliberalisierungen zu Grundbedürfnisprodukten ein. Das Ziel war dabei jedoch nicht die Reform, sondern dem neuen Regime politischen Schaden zuzufügen (MIJATOVIĆ 2005: 20). Die Reformagenda, welche die serbischen Regierungen nach der sanften Revolution zu bewältigen hatte, war ohne Zweifel lang. Mit Unterstützung und unter Anleitung der internationalen Geldgeber, wurde sehr schnell eine umfassende Stabilisierungspolitik umgesetzt. Die Finanzmärkte sollten konsolidiert werden und das Vertrauen der Bürger in diese sollte wieder hergestellt werden. Das permanente System zweier Wechselkurse wurde abgeschafft (UVALIĆ 2010: 144f.; MIJATOVIĆ 2005: 20f.). Aufgrund hoher Regierungsausgaben blieb die Inflationsrate anfangs noch sehr hoch und stabilisierte sich erst ab 2002 deutlich (IMF Word Economic Outlook Database).

Wirtschaftsleistung

Im Gegensatz zu den anderen europäischen Transformationsstaaten hatte die BRJ nach ihrer verspäteten Systemtransformation keinen weiteren Transformationseinbruch des Bruttoinlandsprodukts zu ertragen. Die wirtschaftlichen Tiefpunkte wurden bereits 1993 und erneut 1999 durchschritten. Gerade der erneute wirtschaftliche Einbruch Ende der 1990er Jahre durch die NATO-Kampagne unterscheidet Serbien und Montenegro von den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken (Anhang Abb. 1) und den meisten anderen ehemals sozialistischen Staaten Europas. In Südosteuropa haben lediglich Albanien und Bulgarien ähnlich umfassende und erneute Transformationskrisen, inklusive den damit verbundenen wirtschaftlichen Aderlass, vorzuweisen. Albanien hatte mit den Folgen seines „Lotterieuufstandes“ im Frühjahr 1997 zu kämpfen und Bulgarien mit einer Währungskrise in Verbindung mit einer Hyperinflation in den Jahren 1996 und 1997.

Serbiens große Rezession der 1990er Jahre beinhaltete ein hohes Potential für wirtschaftliche Erholung. So waren Serbiens Wachstumswerte von 2000 bis 2008 numerisch durchaus beeindruckend und lagen meist zwischen 5 bis 6 Prozentpunkten pro Jahr; im Jahr 2004 sogar bei 9,3% (Abb. 8). In Relation zum vorherigen Einbruch und dem niedrigen Ausgangswert sind die Werte jedoch eher als moderat zu beurteilen. Die konstanten Wachstumsraten Serbiens gingen erst durch die spürbaren Folgen der weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009 in eine Rezession bzw. abgeschwächte Wachstumsraten über. Die Industrie hatte fast die gesamte Zeit seit 2000 ein niedrigeres Wachstum als die gesamte Wirtschaft. Nach der deutlichen Erholung im Jahr 2000 –

als partielles Zurückspringen des massiven Einbruchs im Vorjahr – steuerten Privatisierung und Restrukturierung ihren Teil zur weiteren Deindustrialisierung des Landes bei. Zusätzlich verhinderte die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit höhere Wachstumsraten in den darauffolgenden Jahren. Trotz konstantem Wachstum blieben diese, gerade in den ersten Jahren nach der demokratischen Wende weit hinter den Erwartungen zurück. Das Land und die internationalen Geldgeber rechneten mit einer wesentlich deutlicheren wirtschaftlichen Erholung. UVALIĆ (2010: 131f.) sieht den Grund für dieses geringe Wachstum insbesondere in dem radikal-liberalen Maßnahmenpaket, welches direkt nach dem Systemsturz mit dem IWF ausgehandelt wurde.

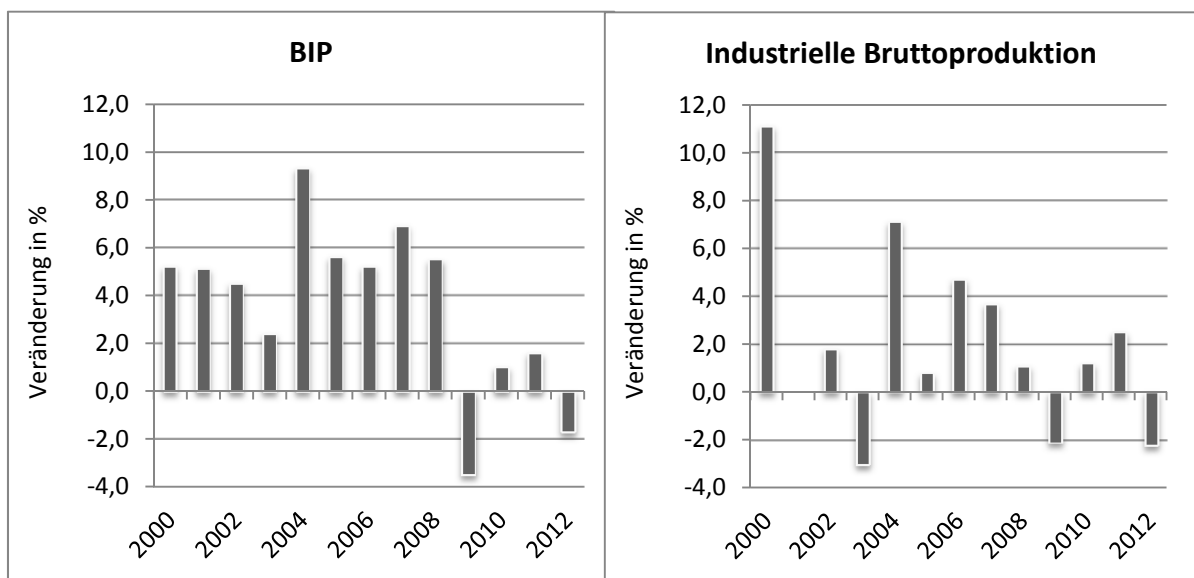


Abb. 8: Reales Wachstum des BIP und des industriellen BIP Serbiens von 2000 bis 2012 (Daten: EBRD verschiedene Jahrgänge; SORS Database)

Liberalisierung und Deregulierung des Außenhandels.

Besonderen Reform- und Handlungsbedarf gab es in der erneuten Ankurbelung des Außenhandels. Vor 2000 hatte die Bundesrepublik Jugoslawien 36 verschiedene Zolltarife. Handelsquoten, Kontingente und Export- und Importlizenzen waren ebenso im Gebrauch. Innerhalb der ersten sechs Monate wurde dieses restriktive Handelssystem bereits ersetzt. Quoten und Lizenzen wurden abgeschafft, die Zolltarife auf sechs verschiedene Tarife reduziert und die administrativen Prozesse wurden verkürzt (CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 75ff.). Diese Maßnahmen sollten den gehemmten Außenhandel schnell wiederbeleben. Da sich durch die Desintegration der 1990er Jahre der Außenhandel des Landes vor allem strukturell hinsichtlich der gehandelten Produkte und der Außenhandelspartner verändert und neuorientiert hatte und die eigene Exportproduktion international enorm an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatte, fand die Wiederbelebung des Im- und Exports trotz umfassender Beseitigung der rechtlichen Handelsbarrieren sehr langsam statt.

Serbien gehörte auch einige Jahre nach dem Systemwechsel weiterhin zu den europäischen Transformationsländern mit geringem Außenhandel. Erst 2003 erreichten die Importe nach Serbien wieder das Niveau von 1990. Bei den Exporten dauerte es sogar bis 2006 (Anhang Abb. 2). Die Außenhandelsquote von nur 60% des BIP im Jahr 2004 muss, vor dem Hintergrund einer ebenfalls schwachen Binnennachfrage, als äußerst niedriger Wert angesehen werden. In anderen Transformationsstaaten vergleichbarer Größe ist dieser Wert zum gleichen Zeitpunkt weit höher. In Bulgarien lag der Wert bei 112,9%, in Slowenien bei 114,4%, in Weißrussland bei 143,4% und in Estland bei 177,7% (POPOVIĆ 2005: 69ff., 103).

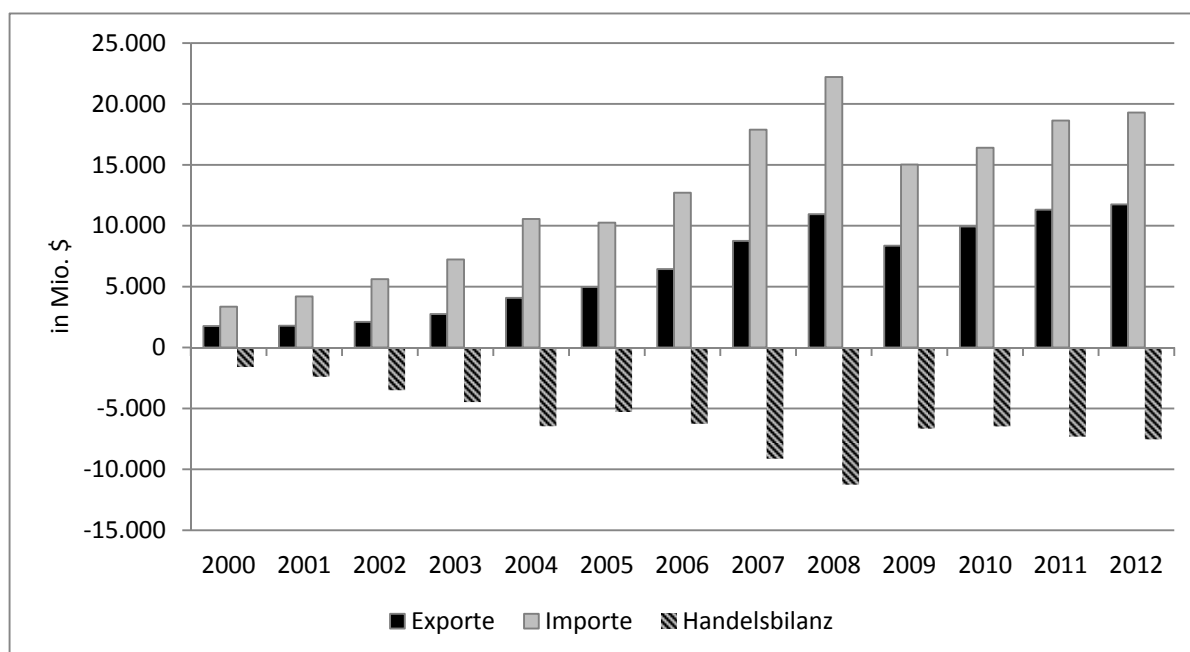


Abb. 9: Exporte, Importe und Außenhandelsbilanz der Republik Serbien von 2000 bis 2009 (ohne Montenegro) (Daten: EBRD verschiedene Jahrgänge; National Bank of Serbia)

Neben schwachen Im- und Exporten ist vor allem die permanent stark negative Handelsbilanz ein Merkmal des serbischen Außenhandels (Abb. 9). Bis 2008 vergrößerte sich das ohnehin hohe Defizit weiter. Dies war die Folge einer gestiegenen Binnennachfrage aufgrund schnell anwachsender Einkommen, gepaart mit Liberalisierungsmaßnahmen und einer international schwach wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Der darauffolgende Rückgang des Außenhandels im Zuge der Wirtschaftskrise nach 2008 und gesunkener Binnennachfrage war somit stärker bei den Importen als bei den Exporten zu spüren. Historisch lässt sich das chronische Handelsdefizit Serbiens auf die traditionell schwache Exportorientierung Jugoslawiens außerhalb der Republiken und die Neuausrichtung des Außenhandels in den 1990er Jahren hin zu den preisschwächeren anderen Transformationsstaaten zurückführen.

Struktur des Außenhandels

2004 war der Staatenbund Serbien und Montenegro beim Export noch stark von den Handelsbeziehungen der jugoslawischen Zeit und den Strukturveränderungen der 1990er Jahre geprägt. Bosnien-Herzegowina war mit einem Anteil von 17,8% am Gesamtexport der wichtigste Handelspartner. Alle ehemaligen jugoslawischen Republiken machten für Serbien und Montenegro noch mehr als ein Drittel des Exportes aus. Die gleichen Länder (ohne Montenegro) hatten 2012 nur noch einen Anteil 21,1% am Export (Tab. 3). Im Vergleich mit 2012 orientierte sich der Export wieder deutlicher Richtung EU – insbesondere Deutschland, Italien und Rumänien – und Russland. Beim Import bestand für Serbien schon 2004 eine deutliche Abhängigkeit von Deutschland, Russland und Italien. Daran änderte sich bis 2012 wenig.

Seit 2007 ist Serbien Mitglied des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen (CEFTA), das den Handel zwischen den Mitgliedern Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Albanien, Makedonien und Moldawien liberalisiert und mit der EU erleichtert. Seit 2009 ist das Interims-Handelsabkommen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU in Kraft. Die besonderen Beziehungen zu Russland offenbaren sich ferner in den Handelsverträgen. Serbien ist das einzige europäische Land außerhalb der GUS, das ein Freihandelsabkommen mit Russland besitzt. Weitere Freihandelsabkommen unterschiedlicher Ausgestaltung bestehen aktuell (2013) mit Kasachstan, Weißrussland, der Türkei und den EFTA-Staaten. Das Land hat sich damit wirtschaftlich zwischen West- und Osteuropa positioniert und dadurch schrittweise seine strategische Position gestärkt.

Tab. 3: Wichtigste Außenhandelspartner nach Anteil am Gesamt-Import bzw. -Export in den Jahren 2004 und 2012 (2004 inkl. Montenegro) (SORS Database)

Importe				Exporte			
2004		2012		2004		2012	
Deutschland	14,2%	Russland	10,9%	Bosnien-H.	17,8%	Deutschland	11,6%
Russland	13,0%	Deutschland	10,9%	Italien	12,7%	Italien	10,6%
Italien	9,9%	Italien	9,7%	Deutschland	10,0%	Bosnien-H.	9,5%
China	4,8%	China	7,3%	Makedonien	7,3%	Rumänien	8,2%
Slowenien	3,4%	Ungarn	4,9%	Slowenien	4,4%	Russland	7,6%
Frankreich	3,3%	Rumänien	4,3%	Russland	4,3%	Montenegro	7,0%
Ungarn	3,3%	Österreich	3,5%	Kroatien	4,2%	Makedonien	4,2%
USA	3,3%	Slowenien	3,1%	Frankreich	3,8%	Slowenien	3,8%
Österreich	3,1%	Kroatien	2,8%	Rumänien	3,5%	Kroatien	3,5%
Ukraine	2,6%	Polen	2,8%	Ungarn	3,4%	Ungarn	2,9%

Geschäftsklima

Neben den Marktzugängen werden, als weitere investitionsfördernde Merkmale des serbischen Wirtschaftsumfeld, die strategisch günstige geographische Position im Zentrum Südosteuropas, niedrige Lohnkosten, gut ausgebildete Arbeitskräfte, staatliche Subventionen und niedrige Pauschalsteuersätze ins Feld geführt (u.a. Interviews AA 02 & AA 04). Serbiens Situation auf dem Arbeitsmarkt liefert gute Investitionsbedingungen. Hier kommen hohe Arbeitslosenzahlen, relativ niedrige Löhne – obgleich diese mittlerweile wieder ein höheres Niveau erreicht haben, als in den EU-Nachbarländern Rumänien und Bulgarien – mit einem vergleichsweise guten Ausbildungsniveau zusammen. Zudem gehört Serbien immer noch zu den Ländern mit der niedrigsten standardmäßigen Unternehmensbesteuerung in Europa, obwohl 2013 die Sätze in Serbien von 10% auf 15% angehoben wurden (BTI 2014: 17). Genauso bewegen sich Lohn- und Umsatzsteuern auf geringem Niveau und Investoren stehen eine Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung, um von finanziellen Subventionen zu profitieren.

Auf der anderen Seite zieht die Subventionspolitik des Landes, das seit Jahren hohe Zuschüsse pro geschaffenen Arbeitsplatz gewährt, insbesondere Unternehmen arbeitsintensiver und qualifikationsschwacher Produktion an. Wissens- und innovationsbasierte sowie technologieintensive Bereiche spielen trotz steigender Bedeutung weiterhin nur eine Nebenrolle. Dies geht einher mit dem chronischen Kapitalmangel der serbischen Wirtschaft. Die unzureichenden Finanzierungsmöglichkeiten ergeben sich hauptsächlich aus den schlechten Kreditkonditionen, also den zu leistenden Sicherungen und dem hohen Zinsniveau (u.a. Interview UK 01; GÖLER 2007b: 33). Unternehmensgründungen und insbesondere der Ausbau des KMU-Bereichs werden dadurch vernachlässigt, genauso wie Modernisierungen und Investitionen ganz allgemein. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund problematisch, dass die technologische Ausstattung von einheimischen Betrieben meist teuer aus dem Ausland bezogen werden muss.

Weniger Erfolg hatte Serbien außerdem bei der Schaffung eines einheimischen wettbewerbsfähigen Marktes. Die Wirtschaftselite der Milošević-Zeit kontrolliert weiterhin den einheimischen Markt, verdiente am Handel ihr Geld und hatte daher kein Interesse an industrieller Entwicklung (EHRKE 2010) sowie strafferen Wettbewerbs- und Anti-Monopol-Gesetzen. Schon aus pragmatischen Gründen entschieden sich die Regierungen nach 2000 eher für einen Weg des „Friedens“ mit der alten Wirtschaftselite (MIJATOVIĆ 2005: 27).

Weiterhin kennzeichnen ineffiziente Regierungsausgaben, eine überbordende Bürokratie, ein weiterhin politisch unterhöhltes Rechtssystem sowie ein

unbefriedigender Umgang mit dem Problem der Korruption das serbische Geschäftsumfeld (Heritage Foundation 2013). Trotz der Veränderungen des politischen Regimes war der Staatsdienst nach ŠEVIĆ (2005: 598) ab 2000 sogar noch stärker politisch gefärbt, als dies unter Milošević der Fall war. Die Zugehörigkeit zu einer regierenden Partei oder nepotistische Beziehungen sind oft die Voraussetzung für viele Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor. In einigen Fällen trifft dies ebenso auf Bereiche außerhalb des öffentlichen Sektors zu (PEŠIĆ 2007).

Anhaltende politische und institutionelle Probleme waren nicht nur ein Hemmnis für Reformen, sondern genauso ein Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, wodurch positive Reformwirkungen für lange Zeit nicht sichtbar waren. Dies wird offensichtlich in den tiefgreifenden Privatisierungsproblemen des Landes (Kap. B.2.1) und in dem zunächst sehr schwachen Interesse ausländischer Investoren (Kap. B.2.2).

1.3.3 Beschäftigung und Einkommensmöglichkeiten seit der „Bulldozer“-Revolution

Die Jahre nach 2000 zeichneten sich für Serbien durch ein konstantes Wirtschaftswachstum und steigende Einkommen aus. Die rasche Verarmung großer Teile der Bevölkerung konnte gestoppt werden. Die enorme soziale Stratifikation und Differenzierung, resultierend aus den Ereignissen der 1990er Jahre, nahm somit nicht weiter zu. Die Reallöhne stiegen mehr als die Produktivität der Arbeitskräfte. Jedoch schlug sich das allgemeine Wirtschaftswachstum nicht auf die Zahl der Erwerbstätigen nieder.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt insbesondere in den ersten Jahren nach dem demokratischen Umsturz weit über den offiziellen Zahlen. Rechnet man den registrierten Arbeitslosenzahlen, die versteckte Arbeitslosigkeit und die hohe Zahl an überflüssiger Beschäftigung in staatlichen und gemeinschaftlichen Unternehmen hinzu, steigt diese angenommene Arbeitslosenquote auf deutlich über 40% (GRUBER 2002: 75). Wie viele andere europäische Transformationsstaaten verlor Serbien in den Anfangsjahren durch Unternehmensrestrukturierung eine große Zahl an Beschäftigten, obgleich nach dem vergangenen Jahrzehnt schon ein signifikanter Aderlass in der Beschäftigung – insbesondere in der industriellen Beschäftigung – zu verzeichnen war.

Arbeitsmarktzahlen

Insgesamt ist von 2001 bis 2011 ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen von 3,11 Mio. Personen auf 2,25 Mio. zu verzeichnen. Durch die Einberechnung des demographischen Effektes mildert sich das Bild nur leicht ab. Lag die Beschäftigungsquote – der Bevölkerungsanteil an Personen in formaler Beschäftigung

oder privater Landwirtschaft – im Jahr 2001 noch bei 41,4% waren es 2011 noch 31,6%. Simultan stieg die offizielle Erwerbslosenquote nach der international angepassten ILO-Definition bis 2011 deutlich an. 2001 betrug die Quote noch 12,1%. Dieser Wert ist jedoch mit Vorsicht zu beurteilen, da er noch ein sehr hohes Maß an nicht registrierter Arbeitslosigkeit beinhaltet. Bis zum Jahr 2005 stieg die Quote dann bis auf 21,8% an und erholte sich wieder deutlich auf 14,7%, bis die Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit auf offizielle 24,4% im Jahr 2011 anschwellen ließ. (Abb. 10).

Wie in den anderen Ländern der europäischen Peripherie war von diesem letzten Anstieg in besonderem Maße die Jugend betroffen. Lag die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-jährigen Anfang 2008 noch bei etwa 33%, so rangierte sie 2011 bei über 50%. Das zweite negative Strukturmerkmal des serbischen Arbeitsmarktes ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Der Anteil der Personen, die länger als ein Jahr keine Anstellung finden, liegt konstant über 70% (SORS Labour Force Surveys). Trotz guter Ausbildung finden viele junge Menschen über Jahre hinweg nicht den Anschluss an den Arbeitsmarkt. Sowohl die hohe Jugendarbeitslosigkeit sowie die Langzeitarbeitslosigkeit, in Verbindung mit einem durchaus anschlussfähigen Bildungssystem, befeuern die konstant hohen Abwanderungsraten gut ausgebildeter junger Arbeitskräfte aus Serbien.³³

Die Beschäftigtenzahlen gingen von 2001 bis 2006 deutlich um fast ein halbe Mio. Angestellte zurück. Nach einer leichten Erholung haben die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 gezeigt, dass der serbische Arbeitsmarkt, wie in den anderen Ländern der europäischen Peripherie, weiterhin stark krisenanfällig bleibt (Abb. 10). Während die Wirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 wieder leicht zu wachsen begann (Abb. 8), schlug sich diese kurze Erholung zwischen Finanzkrise und den Auswirkungen der Eurokrise nicht in neuen Arbeitsmöglichkeiten nieder. In den meisten Transformationsstaaten ging im Gegensatz dazu die Erholung nach der Finanzkrise mit einem moderaten Anstieg der Beschäftigtenzahlen einher. Der Transition Report der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD 2010: 30f.) stellt das Phänomen des Wachstums ohne Mehrbeschäftigung genauso in Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Georgien und Moldawien fest. Dass die Wirtschaft in diesen Ländern wieder wächst, lässt sich somit auf eine steigende Produktivität zurückführen. Diese Erhöhung der Produktivität ab 2010 schlägt sich in höhe-

³³ Jüngst fällt der *Global Competitiveness Report* des Weltwirtschaftsforums bei den Indikatoren für „Brain Drain“ ein katastrophales Urteil zu Serbien. Beim Index der Fähigkeit seine Talente im Inland zu behalten landete Serbien auf Rang 146 von 148 untersuchten Ländern. Nur in Venezuela und Myanmar waren, laut diesem Indikator, die Abwanderungstendenzen qualifizierter bzw. begabter Personen noch höher (World Economic Forum 2013: 495).

ren Löhnen, für jene die noch Beschäftigung haben, und nicht in neuer Beschäftigung, nieder.

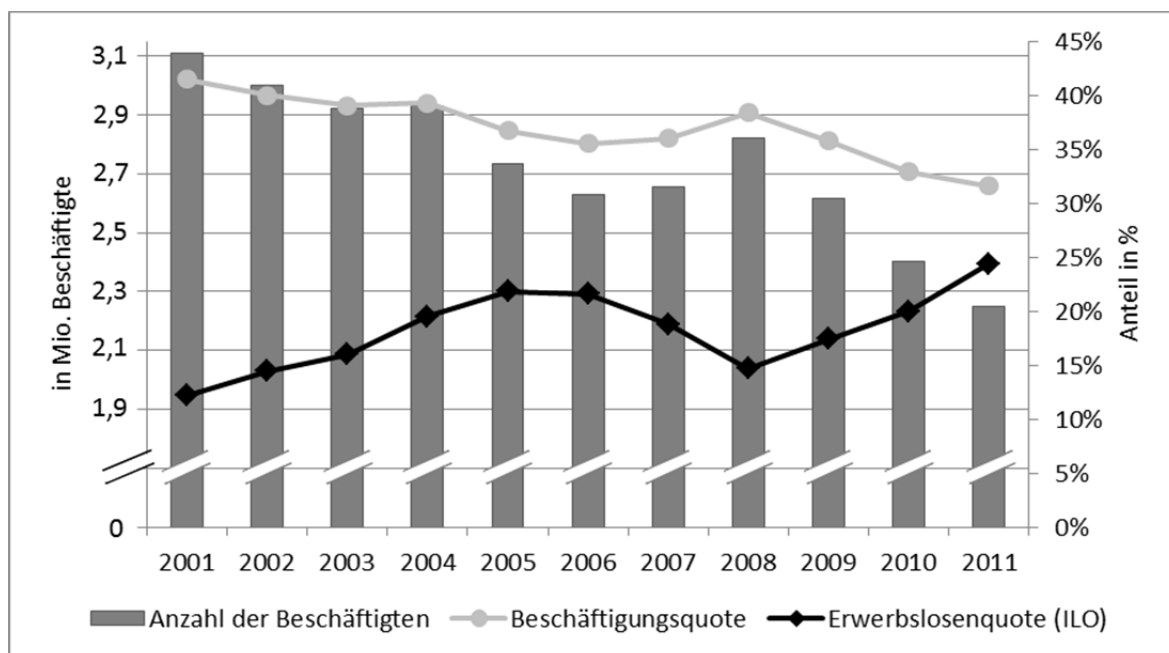


Abb. 10: Arbeitsmarktentwicklungen: Beschäftigtenzahlen, Beschäftigungsquote an der Bevölkerung und Rate der Erwerbslosigkeit (ILO-Definition) von 2000 bis 2011 (Daten: SORS Labour Force Surveys; Statistički godišnjak Srbije verschiedene Jahrgänge; IMF World Economic Outlook Database)³⁴

Formale Löhne und Gehälter

Im Gegensatz zur Arbeitsmarktsituation konnte bei den Löhnen eine Entspannung stattfinden. Nach der fast vollkommenen Entwertung formaler Einkommen in den 1990er Jahren, erholten sich die Einkommen nach der demokratischen Revolution wieder deutlich. Im Oktober 2000 gibt POPOVIĆ (2005: 58) den durchschnittlichen serbischen Bruttolohn noch mit lediglich rund 80 Euro an. Doch schon allein in den ersten vier Jahren ab Oktober 2000 wuchsen die Reallöhne um jeweils 20% pro Jahr (CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 110ff.; POPOVIĆ 2005: 58ff.).

Abbildung 11 und 12 stellen die Lohn- und Preisentwicklungen in Serbien seit Juli 2001 dar. Als Startpunkt der Betrachtung wurde Juli 2001 gewählt, da es zuvor im Rahmen makroökonomischer Stabilisierungsmaßnahmen zu einer umfangreichen Wechselkursanpassung und Abwertung des Dinars kam. In Abbildung 11 ist das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen in Serbien,

³⁴ Die Zahl der Beschäftigten enthält neben allen in rechtlichen Einheiten Beschäftigten, die Zahl der Beschäftigten in Kleinbetrieben und die landwirtschaftliche Bevölkerung. Diese Zahl liegt damit deutlich über den Angaben zu Beschäftigtenzahlen, die bestimmten Rechtsformen zugeordnet werden.

umgerechnet in Euro, dargestellt. Trotz methodischer Restriktionen³⁵ ist die Umrechnung zu nominalen Wechselkurzindizes die einzige Möglichkeit, um Lohnentwicklungen in absoluten Werten in einer anderen Währung zu erfassen. Für die Analyse der Entwicklung der tatsächlichen Kaufkraft ist in Abbildung 12 die Reallohnentwicklung dargestellt.

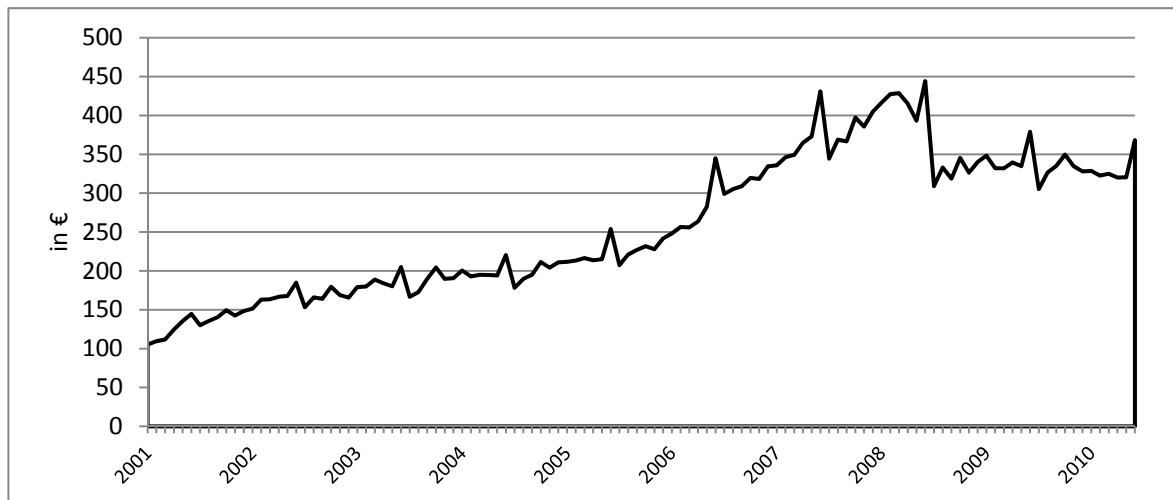


Abb. 11: Durchschnittliche Netto-Monatslöhne und -gehälter in Serbien von Juli 2001 bis Dezember 2010 (Nominal umgerechnet in Euro) (Daten: SORS Database; Oanda historische Wechselkurse)

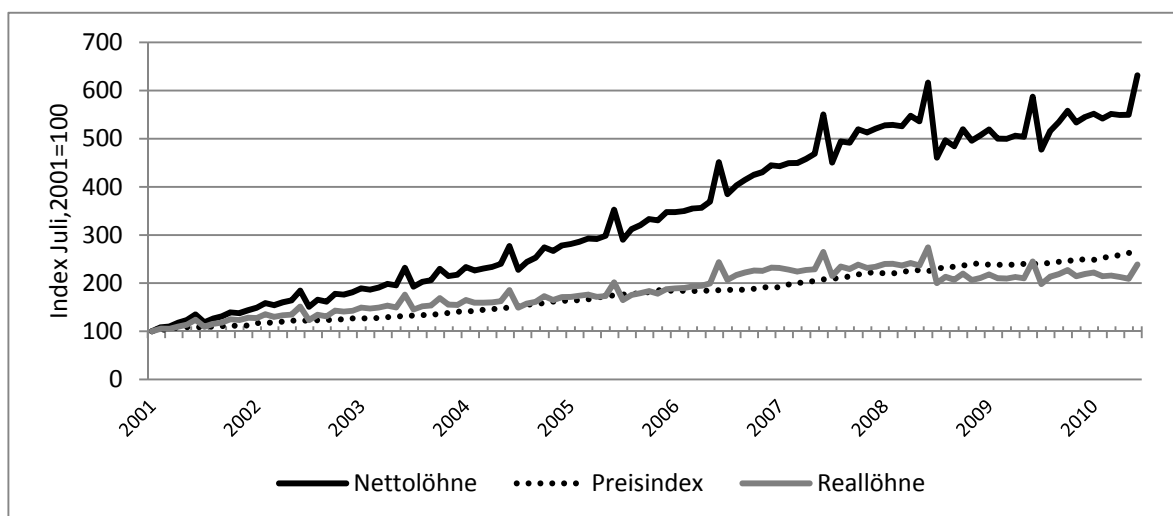


Abb. 12: Nominallöhne, Verbraucherpreise und Reallöhne in Serbien von Juli 2001 bis Dezember 2010 (Index Juli 2001 = 100) (Daten: SORS Database)

Lag das durchschnittliche Nettoeinkommen in Serbien im Juli 2001 noch bei umgerechneten 105 Euro, so hatte es sich bis Anfang 2005 bereits verdoppelt (Abb. 11). Aufgrund der konstanten Abwertung des serbischen Dinars hatte es sich in Dinar gerechnet in diesem Zeitraum sogar fast verdreifacht. Die Erholung der Einkommen ging somit einher mit einer anhaltend erhöhten Inflati-

³⁵ Unvermeidbare methodische Unschärfen entstehen dabei hauptsächlich durch die implizite Verrechnung unterschiedlicher Preissteigerungsraten zweier Währungssysteme.

onsrate. Doch die Verbraucherpreise stiegen bei weitem nicht so deutlich wie die Löhne. Die Entwicklung der inflationsbereinigten Reallöhne (Abb. 12) stiegen somit ebenfalls stark. Bis zum Jahreswechsel 2006/2007 hatten sich die Reallöhne gegenüber Juli 2001 verdoppelt; das bedeutet eine Verdopplung der Kaufkraft in etwas mehr als fünf Jahren. Die Löhne stiegen damit wesentlich stärker als das BIP. Mitverantwortlich für den schnellen Anstieg der Löhne und die Verbesserung der Lebensstandards waren ausländische Zuschüsse, die relative Stabilisierung des Dinars und die Subventionierung der inländischen Gesamtnachfrage. Zusätzlich erhöhten große Zuflüsse an Remissen die verfügbaren Einkommen (POPOVIĆ 2005; Anhang Tab. 2) und Aufgaben des Wohlfahrtsstaates wurden wieder wahrgenommen. Nachdem in den 1990er Jahren viele staatliche Zuwendungen ausblieben, konnten die ärmsten Bevölkerungsschichten durch ausländische Gelder wieder finanziell unterstützt sowie Renten und Pensionen wieder ausgezahlt werden (u.a. UVALIĆ 2010).

Dieser schnelle und umfangreiche Anstieg der Löhne ist nur aus der vorangegangenen, besonderen Entwicklung des Landes zu erklären. Überraschend ist, dass es zum Anstieg des Lohnniveaus, nicht aber zu einer Vergrößerung von Ungleichheiten zwischen einzelnen Lohngruppen und damit einer weiteren gesellschaftlichen Stratifikation kam. Dies gilt sowohl für formale Löhne, als auch informelle Löhne (KRSTIĆ & SANFEY 2011). In anderen Transformationsökonomien kam es nach deren Wende zu einer deutlichen Vergrößerung von Einkommensunterschieden. Dies ist allgemein auf die Ausdifferenzierung der Wirtschaft, den Bedeutungszuwachs des informellen Sektors und die wachsende Bedeutung von Bildungs- und Qualifikationsniveaus zurückzuführen. In Serbien waren die Lohnungleichheiten allerdings durch die Ereignisse der 1990er Jahre schon so extrem prononciert und zudem war das Land in der Lage institutionelle Reformen auf den Weg zu bringen, die den weiter steigenden Differenzierungen entgegen wirkten. KRSTIĆ & SANFEY (2011) benennen als Gegenkraft zu weiter steigenden Lohndifferenzen vor allem den deutlichen Rückgang bei der Einbehaltung von Lohnzahlungen; obgleich Arbeiter im gemeinschaftlichen Sektor lange Zeit immer noch mit Ausfällen und Verzögerungen rechnen mussten und der informelle Sektor seine Bedeutung sogar weiter ausbauen konnte.

Insgesamt ging der Anstieg der Reallöhne bis 2008 konstant voran, bis ab Anfang 2009 die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise schon schnell nach Ausbruch der Krise in den Löhnen spürbar wurde. Seit fast einem Jahrzehnt sanken ab 2009 erstmals wieder die Reallöhne in Serbien. Die bis dahin beachtlichen Einkommenszuwächse relativieren sich jedoch durch einen Rückbezug auf den Einbruch der Löhne in den 1990er Jahren und das Lohnniveau vor 1991. Es konnte bei weitem nicht das Reallohniveau aus vor-transformato-

rischer Zeit erreicht werden (Kap. B.1.4.4). Trotz steigender Löhne und sich nicht weiter vergrößernder Lohnunterschiede machte die ansteigende Arbeitslosigkeit immer mehr Personen abhängig vom Gehalt weniger Familienmitglieder. Zugleich konnte das steigende Lohnniveau und die Rückkehr des Wohlfahrtsstaates die Armut im Land nicht ausreichend bekämpfen. Der Umfang der Armut ist in Serbien auch heute noch wesentlich größer, als er durch Statistiken erfasst ist und hätte weitaus erheblichere soziale Folgen, würde er nicht durch Schattenwirtschaft, landwirtschaftliche Subsistenz und Rücküberweisungen abgedeckt.

Der informelle Sektor

Im Gegensatz zu den westlichen Volkswirtschaften bildete der informelle Wirtschaftsbereich in den ehemaligen Planwirtschaften Mittel- und Osteuropas immer schon eine zusätzliche essentielle Basis, ohne die diese Systeme aufgrund ihrer Versorgungsdefizite nicht existieren konnten. Nach der Wende in diesen Staaten war der private Sektor zudem nicht in der Lage, die freiwerdenden Arbeitskräfte aus der Restrukturierung und Privatisierung zu absorbieren. Da informelle Beschäftigung somit die einzige Möglichkeit der Einkommensgenerierung war, vergrößerte sich dieser Sektor faktisch in allen Transformationsstaaten noch weiter. Insgesamt hat sich die oft von klassischen Theorien des strukturellen Wandels vertretene Annahme, dass der formelle Sektor die Beschäftigten des informellen Sektors früher oder später absorbieren würde (vgl. GIBSON & KELLEY 1994), ebenso – wie andernorts – im Fall Serbiens nicht bestätigt.

Der Anteil der informellen Beschäftigung an allen Beschäftigten lag 2002 in Serbien bei 28% und im Jahr 2007 bei 35% KRSTIĆ & SANFEY (2011: 186).³⁶ Neben der steigenden Arbeitslosigkeit sehen KRSTIĆ & SANFEY (2011) im serbischen Lohnsteuersystem den Hauptgrund für diesen konstanten Anstieg. Dieses belastet den Niedriglohnsektor mit zu hohen Steuern und hält damit den Anreiz für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich der formalen Wirtschaft anzuschließen gering. Durch die rigide Besteuerung von niedrigen Löhnen wurde nach UVALIĆ (2010: 153) nicht nur die Formalisierung dieser Beschäftigungsverhältnisse verhindert; ebenso wurden bestimmte Firmen, Sektoren wie Regionen aufgrund ihrer jeweiligen Lohnstrukturen von dieser Besteuerung besonders hart getroffen. Damit perpetuierte diese bis 2007 anhaltende Gesetz-

³⁶ Dieser Umfang ist vergleichbar mit dem anderer Transformationsstaaten. Der Umfang der informellen Wirtschaft in Bezug auf das registrierte BIP lag in Serbien in 2002/2003 bei 39%. Der ungewichtete Durchschnitt von 25 Transformationsstaaten wird für die gleiche Zeit von KRSTIĆ & SANFEY (2011: 181f.) mit 40% angegeben.

gebung sektorale und regionale Lohnungleichheiten innerhalb des Landes, genauso wie Informalität.

1.4 Transformationsperioden und deren räumliche Differenzierungen

Im Anschluss an den sozialgeschichtlichen und makroökonomischen Literatur- und Datenüberblick zur Transformation Serbiens (Kap. B.1.2 & B.1.3) wird in diesem Kapitel zunächst eine Einordnung und Typologisierung der beiden beschriebenen Transformationsperioden vorgenommen (Kap. B.1.4.1). Darauf aufbauend werden die sich verändernden sozioökonomischen Raumstrukturen des Landes anhand der Migrations- (Kap. B.1.4.2), Beschäftigungs- (Kap. B.1.4.3) und Einkommensentwicklungen (Kap. B.1.4.4) untersucht. Hieraus lassen sich für die beiden Zeitabschnitte allgemeingültige räumliche Entwicklungsmuster erarbeiten.

1.4.1 Serbiens Transformation im Überblick: Eine Typologie

Die 1990er Jahre – ein ganzes Jahrzehnt verzögerter Transformation, Isolierung und makroökonomischen Missmanagements – hatten der Wirtschaft Serbiens eine chronische Unproduktivität beschert. Bereits bis 1993 hatte sich das BIP gegenüber 1989 mehr als halbiert und der industrielle Output des Landes hatte sich mehr als gedrittelt (Abb. 13; Kap. B.1.2.3). Dem Milošević-Regime fehlten danach die Möglichkeiten und der Wille sich von diesem Schock wieder zu erholen. Die anhaltende Krise dieses Jahrzehnts ging einher mit einem deutlichen Rückgang der Beschäftigtenzahlen (Abb. 13). Dieser wäre aber wesentlich umfangreicher und nicht so linear ausgefallen, wenn der serbische Arbeitsmarkt während der Sanktionen nicht durch eine strenge Arbeitsgesetzgebung geschützt worden wäre. Der Beschäftigungsrückgang der 1990er Jahre ist in Serbien somit einigen grundsätzlich anderen Mechanismen geschuldet, als dies in den MOE-Staaten der Fall war. Dort war der Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu einem großen Teil auf den Wechsel der „Arbeitslosigkeit hinter den Betriebstoren“ (DÖVÉNYI 1995: 115) hin zu einer nun statistisch dokumentierten Unterbeschäftigung zurückzuführen. In der SFRJ hatte es hingegen für Unternehmen schon früher die Möglichkeit für personelle Rationalisierungen gegeben. Und es kam in Serbien gerade erst nach 1992 durch den gesetzlich festgelegten Schutz der Beschäftigung in Zeiten der Wirtschaftssanktionen zum umfassenden Aufkommen der „Arbeitslosigkeit hinter den Betriebstoren“ bzw. versteckter Arbeitslosigkeit. Diese Arbeitslosigkeit lag im Einbruch der Produktion und des Außenhandels begründet und ist damit nicht auf Restrukturierung sondern auf ökonomische Abkopplung zurückzuführen.

Produktivität

Durch den staatlichen Schutz der Beschäftigung brach das BIP in den 1990er Jahren wesentlich stärker ein als die offizielle Beschäftigung (Abb. 13). Diese Diskrepanz äußert sich am deutlichsten in der Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität; also der Wirtschaftsleistung pro Beschäftigten (Abb. 14). Diese Kenngröße, als eine der wichtigsten Indikatoren der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, stellt eine Beziehung zwischen Arbeitseinsatz und Gesamtwert der Güter her. Der dramatische Einbruch der ohnehin relativ niedrigen Arbeitsproduktivität ist somit Ausdruck der *de facto* Beschäftigungslosigkeit der registrierten Arbeitnehmer in Zeiten marginalisierter Produktion. Die Produktivität in der Industrie sank gegenüber der allgemeinen Arbeitsproduktivität noch deutlicher.

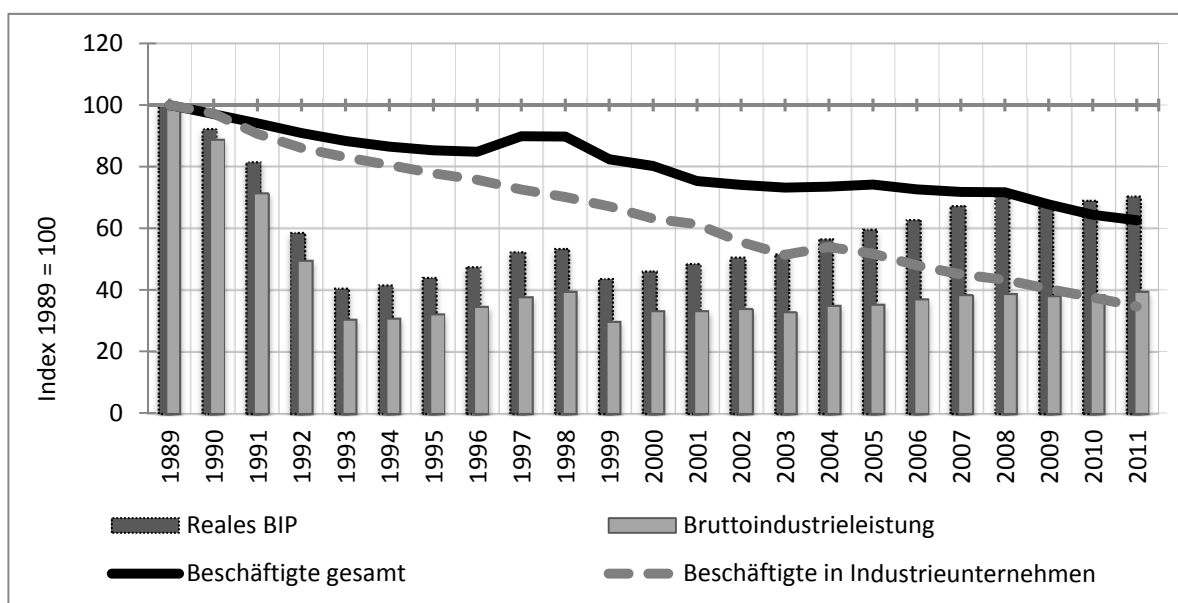


Abb. 13: BIP, industrielles BIP, Gesamtbeschäftigung und Beschäftigung im produzierenden Sektor von 1989 bis 2011 (Index 1989 = 100) (Daten: EBRD 2013; SORS Database; Opštine u Srbiji 1990-2012)

In anderen Transformationsstaaten Europas – vor allem wenn diese einen marktradikalen Zugang verfolgten – passten sich die Beschäftigtenzahlen schnell der tatsächlich benötigten Arbeitsleistung an. Im Gegensatz zum serbischen Fall war der Einbruch der Produktivität in anderen postsozialistischen Ländern – wegen höherer Arbeitsfreisetzungen, geringerem Einbruch des BIP und schnellerer Wiederbelebung des Wachstums – nicht so groß bzw. wurde wesentlich schneller überwunden. Nach den offiziellen Zahlen erreicht die Produktivität durch den erdrutschartigen Einbruch der Wirtschaftsleistung in Serbien bereits 1993 ihren Tiefpunkt. Werden in die Berechnungen zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Abb. 14) noch Schätzungen und Überlegungen zum enormen Ausmaß der verdeckten Arbeitslosigkeit inkludiert, so ist die

tatsächliche Arbeitsproduktivität zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz so stark eingebrochen, wie es die Berechnung aus den offiziellen Daten darstellt. Parallel dazu muss angenommen werden, dass die Produktivität bei einem gleichzeitigen Rückgang des Zwangsurlaubes konstant weiter sank und nach den eingerechneten Schätzungen sogar erst am Ende des Jahrzehnts – nach der Bombardierung durch die NATO – den absolut niedrigsten Stand erreicht hatte (Abb. 14).

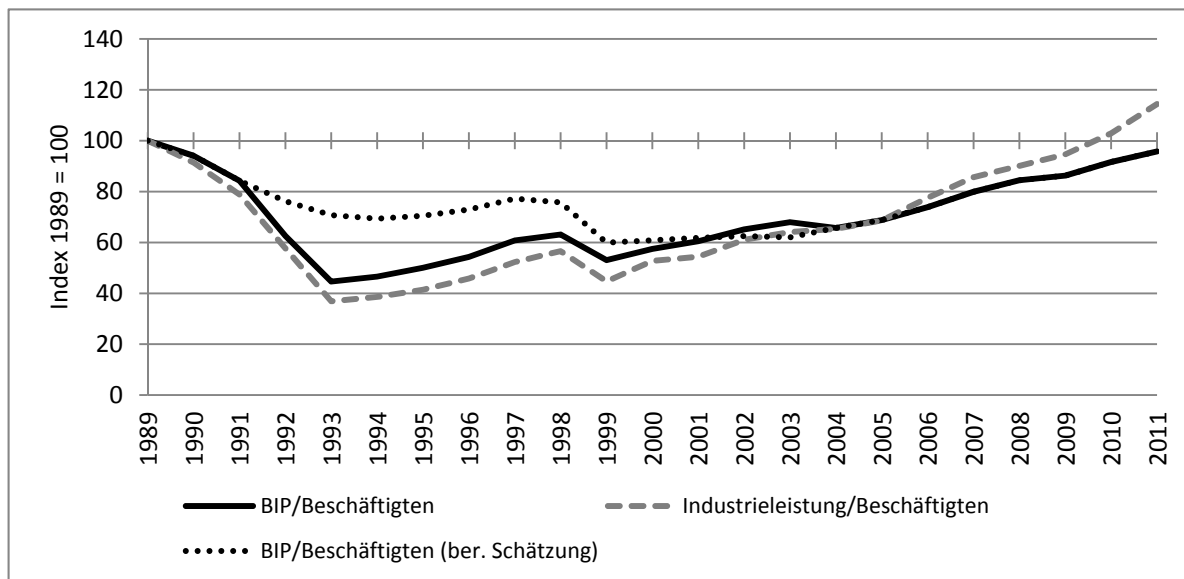


Abb. 14: Arbeitsproduktivität in Serbien (nach Beschäftigtenzahlen und realem BIP zu konstanten Preisen). Bereinigte Schätzung beinhaltet Annahmen zur verdeckten Arbeitslosigkeit (Daten: EBDR 2013; Opštine u Srbiji 1990-2012; SORS Database)

Die anschließend konstanten Wachstumsraten Serbiens waren bis zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit nicht in der Lage den substantiellen Einbruch der 1990er Jahre zu kompensieren. Im Jahr 2013 lag das BIP in Serbien bei einer Annahme von konstanten Preisen in etwa auf 70% des BIP von 1989. Nach den Prognosen des Internationalen Währungsfonds erreicht Serbien bis 2018 rund 80% des 1989er-Niveaus (IMF World Economic Outlook Database). Unter den ehemaligen jugoslawischen Republiken und den postsozialistischen Ländern Südosteuropas hat Serbien damit den schlechtesten Wert aller Staaten, d.h. also den niedrigsten Stand der Wirtschaftskraft im Vergleich zu vor-transformatorischer Zeit. Lediglich Bosnien-Herzegowina und Montenegro haben im Jahr 2013 ebenfalls nicht ihr Niveau von 1989 erreicht. Slowenien erreichte als erster aus dieser Staatengruppe 1998 wieder die Wirtschaftsleistung von 1989. Nach Polen durchschritt Slowenien sogar unter allen post-sozialistischen Staaten Europas das Transformationstal am schnellsten. Ungarn

und Albanien überschritten ihr Ausgangsniveau beide im Jahr 2000.³⁷ Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Makedonien folgten dann erst 2005 bis 2006 bzw. 2008 (Anhang Abb. 1).

Die Arbeitsproduktivität in Serbien konnte ihr 1989er-Ausgangsniveau in jüngerer Zeit hingegen wieder erreichen; möglich wurde dies durch die kontinuierliche wirtschaftliche Erholung parallel zur weiter sinkenden Beschäftigung (Abb. 14). Insgesamt offenbart der Indikator der Produktivität am deutlichsten die unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen. Die 1990er Jahre kennzeichnen einen langen und kontinuierlichen Einbruch der Produktivität bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigung, während die Zeit nach 2000/2001 durch eine stetige Zunahme der Arbeitsproduktivität bei anhaltendem Rückgang der Beschäftigung charakterisiert ist.

Reformen

Für Wirtschaftsreformen war im verlorenen Jahrzehnt kaum Raum und es fehlte hierfür der politischer Wille.³⁸ Den wenigen Transformationsreformen wohnte immer der Geist aus sozialistisch-jugoslawischer Zeit inne. Wirtschaftskulturell zeigt sich dies in der engen Verschmelzung von Politik und Wirtschaft und konkret an rechtlichen Ordnungen wie dem Insider-Privatisierungsgesetz von 1997 (Kap. B.2.1). So hatte die serbische Volkswirtschaft im Jahr 2000 noch immer sehr viele Ähnlichkeiten mit dem Wirtschaftssystem vor 1989 und lag beim institutionellen Umbau weit hinter den meisten anderen Transformationsstaaten zurück.³⁹ Ein wirklicher Transformationsprozess blieb demnach bis zum demokratischen Umsturz aus.

³⁷ Ungarn ging aufgrund einer „sanften“ Transformation, umfassenden Reformen in den 1980er Jahren und einer stärkeren Marktorientierung („Gulaschkommunismus“) (MEUSBURGER 2001) schnell durch das Transformationstal. Bei Albanien müssen für das schnelle Erreichen des 1989-Niveaus der niedrige Ausgangswert und Rücküberweisungen von Migranten in ihr Heimatland in die Überlegungen mit einbezogen werden.

³⁸ Die wirtschaftliche Situation in Montenegro stellte sich durch die gegenseitige ökonomische Abhängigkeit innerhalb der BRJ sehr ähnlich dar wie in Serbien. Die hohe politische Autonomie erlaubte es der Teilrepublik Montenegro jedoch bereits vor 2000 ein etwas reformfreundliches Umfeld zu schaffen und sich stärker in Richtung ausländischer Kapitalgeber zu orientieren (BÜSCHENFELD 1999a: 31f.).

³⁹ Nach der Rangliste des *Transition Reports* der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBDR: 2001: 19) lag die BRJ bei der Beurteilung des Reformfortschrittes weit zurück. Im Vergleich mit 27 anderen Transformationsstaaten belegte Serbien 2001 in der Kategorie *insitutional developments* den 24sten Rang; nur Tadschikistan, Weißrussland und Turkmenistan lagen dabei noch hinter Serbien.

Eigentlich konnte Serbien durch diesen verzögerten Umbruch bereits auf die Blaupause der Transformation der anderen Staaten blicken und deren Fehler im Reformprozess versuchen zu vermeiden. Auf der anderen Seite hatte Serbien durch das verlorene Jahrzehnt aber limitierte Optionen. Die ökonomische Situation des Landes und die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung engten den Raum für Manöver extrem ein. So waren die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die nach 2000 eingeleitet wurden, stark beeinflusst von der Abhängigkeit gegenüber ausländischer finanzieller Unterstützung. Die neue Regierung arbeitete bei den Ausgestaltungen der Transformationsstrategie eng mit dem IWF und der Weltbank zusammen, da dies die Tür für weitere Unterstützung von anderen Geldgebern öffnete (UVALIĆ 2010: 129f.). Man verfolgte dabei in der Zeit unmittelbar nach dem demokratischen Umbruch einen schnellen bzw. radikalen Weg der Reformen, insbesondere wenn diese für in-diskutabel, logisch und unzweifelhaft gehalten wurden – wie dies bei der Umsetzung eines neuen Privatisierungsgesetzes der Fall war. Etwas langsamer ging der Staat z.B. bei der Reformierung der Finanzmärkte und Versicherungen vor.

Schon bald nahm die Reformgeschwindigkeit rapide ab. Einige Gründe hierfür wurden bereits genannt: Der Verlust einer außerordentlichen Reformerpersönlichkeit, die Kompetenzstreitigkeit zwischen Serbien und Montenegro innerhalb des Staatsgefüges, parteipolitische Grabenkämpfe oder die Machtinteressen der Tycoons. Des Weiteren blieben die Spielräume extern durch die nur schrittweise voranschreitende Normalisierung internationaler Beziehungen weiterhin limitiert; intern begrenzten die ineffizienten Verwaltungsstrukturen⁴⁰ den Reformprozess. In den Werten und Normen – seien diese formalisiert durch Gesetze oder nicht – manifestieren sich am deutlichsten die Pfadabhängigkeiten der Milošević- und sozialistisch-jugoslawischen Zeit. So ging der institutionelle Umbau des Landes wesentlich langsamer vonstatten, als die makroökonomische Stabilisierung. Zusammengefasst wurde nach 2000 also einen radikaler Zugang verfolgt, der sich am Anfang in radikalen Umbrüchen zeigte, aber aufgrund verschiedener institutioneller Limitierungen im Folgenden eher gradualistisch bzw. stockend ablief.

Typologie der Transformationsperioden

Wie alle anderen europäischen Transformationsstaaten erfuhr Serbien einen Einbruch der Wirtschaftskraft in den frühen 1990er Jahren. Während in den

⁴⁰ Die Verwaltung befand sich nach der Revolution in einem schlechten Zustand. Zum einen lag dies an vernachlässigten Verwaltungsreformen und einer von Nepotismus und Korruption durchsetzten Verwaltungskultur; zum anderen wurde ein Großteil der Bürokraten aus politischen Gründen ausgetauscht und durch Personen aus Wissenschaft und Privatwirtschaft ersetzt, die wenig Erfahrung in administrativen Prozessen hatten.

meisten anderen Staaten diese Rezession einer mitunter krisenhaften Restrukturierung geschuldet war, war dies in Serbien auf eine Degradierung der Ökonomie zurückzuführen. In verschiedenen verfügbaren Datenreihen wird dabei der Umfang dieses Niedergangs offenkundig. Daneben versuchen einige Studien das Ausmaß, dass die verschiedensten Effekte der 1990er auf die Wirtschaft und die Gesellschaft der BRJ hatten, zu quantifizieren (vgl. POŠARAC 1996; PETROVIĆ 1996; ONELLI 2001, BABIĆ 2001; OSCE 2005). Dabei handelt es sich bisweilen um Schätzungen. Die tatsächlichen Schäden, die direkt oder indirekt durch die Zerfallskriege, die Sanktionen und die NATO-Kampagne entstanden, sind nur schwer zu beziffern. Annahmen zu Schattenwirtschaft und Schmuggel, um abzuschätzen in welchem Ausmaß internationale Sanktionen nicht respektiert wurden, sind ebenso nur vage. Zudem ist es nahezu unmöglich die relative Bedeutung der einzelnen Schocks – der Verlust des Marktes, die militärischen Konflikte und die verschiedenen Sanktionen – am Einbruch des BIP zu bemessen. Genauso sind die endogenen Folgen durch Wirtschaftskriminalität und das Milošević-Wirtschaftssystem nicht in auswertbaren Zahlen zu fassen. Dies gilt umso mehr, wenn die Wirkung dieser einzelnen Ereignisse auf die Entwicklung regionaler Ungleichheiten bezogen wird.

Tab. 4: Typologie der serbischen Transformationsphasen

	1991-2000	ab 2000
Makroökonomische Entwicklung	Rezession Einbruch des BIP und der Produktivität, Rückgang von Beschäftigung, Einbruch und Differenzierung von Löhnen	Expansion Erholung und Wachstum des BIP und der Produktivität, Rückgang von Beschäftigung, Steigerung und Formalisierung von Löhnen
Exogene Faktoren	Desintegration externe Handelsbarrieren (Sanktionen, Embargos), Strukturelle Veränderung und Einbruch des Außenhandels, illegaler Handel, keine ausländischen Investoren	Integration Aufhebung von Handelsbarrieren (Liberalisierung, Freihandelsabkommen, EU-Orientierung), Erholung des Außenhandels, Ausländische Investoren,
Endogene Faktoren	Sozialistisches Erbe Insider-Privatisierung, interne Handels- und Investitionsbarrieren, Protektionistische Arbeitsgesetzgebung	Bruch mit der Vergangenheit Offene Privatisierungen, Sozialdemokratische Arbeitsgesetzgebung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes
	Unregulierter Kapitalismus Herausbildung einer serbischen Oligarchie (Tycoons), soziale Stratifikation und Ausbeutung	Regulierungsbestrebungen Festigung der Macht der Tycoons, Subventions- und Steuerpolitik, Rückkehr des Wohlfahrtsstaats

Die abschließende Beurteilung einzelner Ereignisse und deren Effekte auf räumliche Differenzierungen ist jedoch ohnehin nicht das Ziel dieser Untersuchung. Vielmehr wurde herausgearbeitet, dass für Serbien die Zeitphase der 1990er – in Abgrenzung zur Phase nach der Bulldozer-Revolution im Herbst 2000 – grundlegend andere, systemimmanente Merkmale aufweist. Diese in den vorangegangenen Kapiteln erarbeitete Abgrenzung der beiden serbischen

Transformationsperioden ist hinsichtlich ihrer wirtschaftsstrukturellen und wirtschaftskulturellen Merkmale in Tabelle 4 typologisierend gegenüber gestellt.

Die Entwicklungsrichtung der Ökonomie der BRJ in den 1990er war eindeutig der Weg einer außenwirtschaftlichen Desintegration, obgleich eine vollständige internationale Isolation nie bestand bzw. bestehen konnte und sollte. Der Export des verarbeitenden Gewerbes brach völlig ein und es kam zu einer Strukturveränderung der Produktpalette und einer internationalen Neugewichtung der Außenhandelspartnerschaften. Der Einbruch des Außenhandels schlug sich – zusammen mit dem Rückgang der Binnennachfrage – in einer tiefen Rezession und Depression mit kurzen Erholungsphasen und einem konstanten Einbruch der Arbeitsproduktivität nieder. Flankiert wurden diese Entwicklungen nicht zuletzt von dem Aufkommen eines neuen „wilden“ und unregulierten Kapitalismus, der vor allem der herrschenden Wirtschaftselite zur Kapitalakkumulation diente. Dieses Kapital wurde dabei dem volkswirtschaftlichen Kreislauf entzogen und nicht wieder investiert. Möglich wurde dies durch die rechtliche Beibehaltung sozialistischer Institutionen bzw. sogar durch die wesentlich rigidere Neuinterpretation des jugoslawischen Systems. Dies zeigte sich deutlich in der strengen Arbeitsmarktgesetzgebung, die Kündigungen erschwerte bzw. formal unmöglich machte und im gewählten Privatisierungsmodell, welches das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung einzubinden versuchte.

Im Gegensatz dazu ist die Zeit nach der Revolution im Herbst 2000 durch eine Integration und Rückkehr in die internationale Marktgesellschaft gekennzeichnet. Traditionelle Außenhandelspartner, wie die Staaten der EU, wurden wieder bedeutender, während jedoch die Strukturveränderungen des vorangegangenen Jahrzehnts weiterhin prägend blieben. Es kam zu einer Erholung bzw. zu wirtschaftlichem Wachstum. Dieses war getrieben von einer Erhöhung des Außenhandels, der Binnennachfrage und von ausländischen Investitionen. Das Wachstum schlug sich in einer Formalisierung und Steigerung der Löhne, in einer Erhöhung der Produktivität, aber nicht im Ausbau der Beschäftigung nieder. Hier war weiter ein großes Potential für Rationalisierungen – insbesondere durch eine neue Arbeitsgesetzgebung und ein neues Privatisierungsgesetz.

1.4.2 Bevölkerungsentwicklung im Konnex der Migrationsbewegungen

Die demographische Entwicklung Serbiens kann als ebenso turbulent wie die Wirtschaftliche gelten. Insgesamt ist die jüngere demographische Entwicklung charakterisiert durch niedrige Geburtenraten, eine alternde Bevölkerung und starke interne wie externe Wanderungsbewegungen (Kap. A.1.2). Abbildung 15 zeigt die Bevölkerungsentwicklungen zwischen den Zensusjahren 1991, 2002

und 2011 nach Agglomerationsräumen und serbischen Regionen. Die hohen Dynamiken und die Unterschiede zwischen den Regionen sind nur durch die unterschiedlichen Binnenmigrationstendenzen in diesen Zeitphasen zu erklären. Der insgesamt hohe Bevölkerungsverlust ist der negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklungen geschuldet und den hohen Emigrationszahlen aus Serbien.

Außenmigration

BUBALO-ŽIVKOVIĆ et al. (2010: 4) geben an, dass zwischen den Zensusjahren 1991 und 2002 im Wanderungssaldo rund 213.000 Serben das Land verlassen haben. Dieser Wert ist umso bemerkenswerter vor dem Hintergrund der enormen Einwanderungswelle von Flüchtlingen aus anderen jugoslawischen Republiken Mitte der 1990er Jahren. Nach UVALIĆ (2010: 49) gab es Ende der 1990er Jahre rund 600.000 Vertriebene und Flüchtlinge in Serbien. Die gleichzeitig stattfindende Emigration aus Serbien dürfte demnach deutlich über 800.000 Personen betragen haben. Darunter waren viele Familien und junge Männer, die dem Militärdienst entgehen wollten. Zudem musste das Land einen drastischen Verlust von hochqualifizierten Arbeitskräften – Wissenschaftlern und Ingenieuren – hinnehmen (BABIĆ 2001: 106). Auch nach dem Abkommen von Dayton, Ende 1995, und dem vorläufigen Ende der gewaltsamen Konflikte in Jugoslawien blieb die Abwanderung aufgrund der problematischen ökonomischen Lage auf einem hohen Niveau. Die Rückkehr von Arbeitsmigranten blieb das gesamte Jahrzehnt hindurch marginal (SIMEUNOVIĆ 1997: 292).

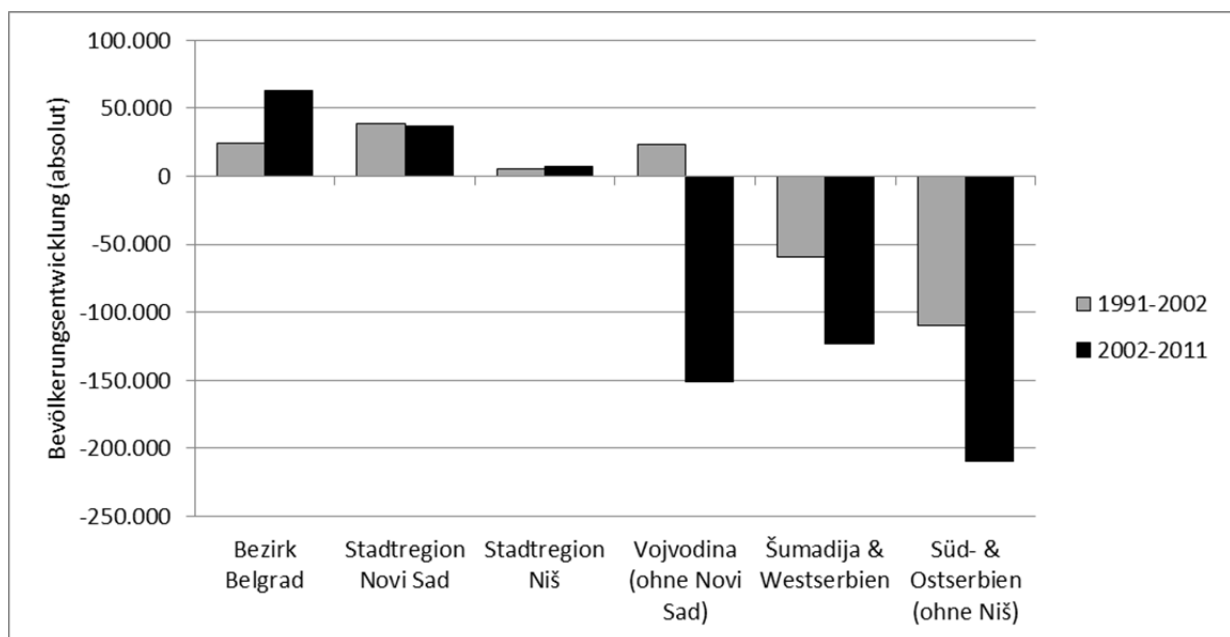


Abb. 15: Bevölkerungsentwicklungen zwischen den drei Zensusjahren 1991, 2002 und 2011 nach Agglomerationsräumen und Regionen (Daten: Census 2002 Book 9; Census 2011)

Demographisch profitierten vom Zustrom durch Flüchtlinge viele serbische Städte, insbesondere Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern; regional gesehen vor allem Orte im westlichen Teil der Vojvodina (PEJIN-STOKIĆ & GREČIĆ 2012: 81). Diese Tendenzen spiegeln sich in Abbildung 15 in der Bevölkerungsentwicklung der 1990er Jahre wider. Belgrad und die Stadt Novi Sad, genauso wie die Vojvodina (ohne Novi Sad) konnten an Bevölkerung gewinnen. Die Flüchtlinge waren zwar oft benachteiligt hinsichtlich ihrer Bildung und Ausbildung; doch in der Tendenz handelte es sich bei den Flüchtlingen vorwiegend um Menschen im beschäftigungsfähigen Alter mit Kindern (SIMEUNOVIĆ 1997: 291ff.). Dies wirkt sich nachhaltig positiv auf die Bevölkerungsstruktur solcher Ort aus.

Nach der demokratischen Revolution ging die Auswanderung deutlich zurück, blieb jedoch unter der weiter angespannten ökonomischen Situation auf einem hohen Niveau. Laut eigenen Schätzungen bedeutete die Zeit von 2002 bis 2011 im Wanderungssaldo einen weiteren Nettoverlust von rund 80.000 Personen. Dabei leisteten die „Auslands-Serben“ durch Remissen einen kontinuierlich substantiellen Beitrag zur Volkswirtschaft des Landes. Dieser belief sich Mitte der 2000er Jahre sogar auf etwa 14 bis 19% des BIP (Anhang Tab. 2). Jedoch ist die Rückwanderungstendenz, insbesondere unter gut Ausgebildeten, äußerst gering. Neben adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten verhindern institutionelle Hindernisse, wie Anerkennung von Zertifikaten und auf Nepotismus beruhenden Arbeitswelten, ein signifikante freiwillige Rückwanderung qualifizierter Kräfte (PEJIN-STOKIĆ & GREČIĆ 2012: 7f.).

Binnenmigration

Neben der Emigration und der negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung spiegeln die Zahlen aus Abbildung 15 die dynamische Binnenmigration von ländlichen Regionen zu den Zentren wider. Diese Tendenz war zwischen 2002 und 2011 gegenüber der vorangegangenen Periode wesentlich stärker ausgeprägt. Besonders deutlich wird dies in der Bevölkerungsentwicklung der Provinz Vojvodina (ohne Novi Sad). Verwertbare direkte Zahlen zum Umfang der Land-Stadt-Wanderungen liegen jedoch nicht vor. Indirekt lässt sich jedoch der Umfang der Wanderungen aus den jeweiligen Gemeindegebieten identifizieren (Abb. 16). Hierfür werden die Bevölkerungsentwicklungen zwischen den beiden Zensusjahren 2002 und 2011, der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, bestehend aus Sterbe- und Geburtenziffern, gegenübergestellt. Die sich daraus ergebende Differenz aus der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bildet den Wanderungssaldo der Kommune ab. Um diese Zahlen zwischen den Gemeinden vergleichbar zu machen, wurden sie in Relation zur ursprünglichen 2002-Zensus-Bevölkerung gesetzt.

Da sowohl Zensusdaten, wie Sterbe- und Geburtenziffern reliable Datenquellen darstellen, ist der hier errechnete Wert ein zuverlässiges Maß für die durch Migration gewonnene oder verlorene Bevölkerung. Dies beinhaltet sowohl Emigrations- und Immigrationsbewegungen über die Staatsgrenze hinweg, als auch Binnenwanderungen zwischen den Kommunen. Die kommunale Wanderungsrate ist damit ein indirektes Maß für die Attraktivität als Wohnort. Gleichzeitig ist mit der räumlichen Verteilung in Abbildung 16 hauptsächlich die Binnenmigration abgebildet, da erstens trotz hoher Emigrationszahlen, die Binnenmigration einen deutlich größeren Umfang hat, und zweitens die Außenmigration *per se* nicht so klare räumliche Tendenzen zeigt, wie die Binnenmigration.

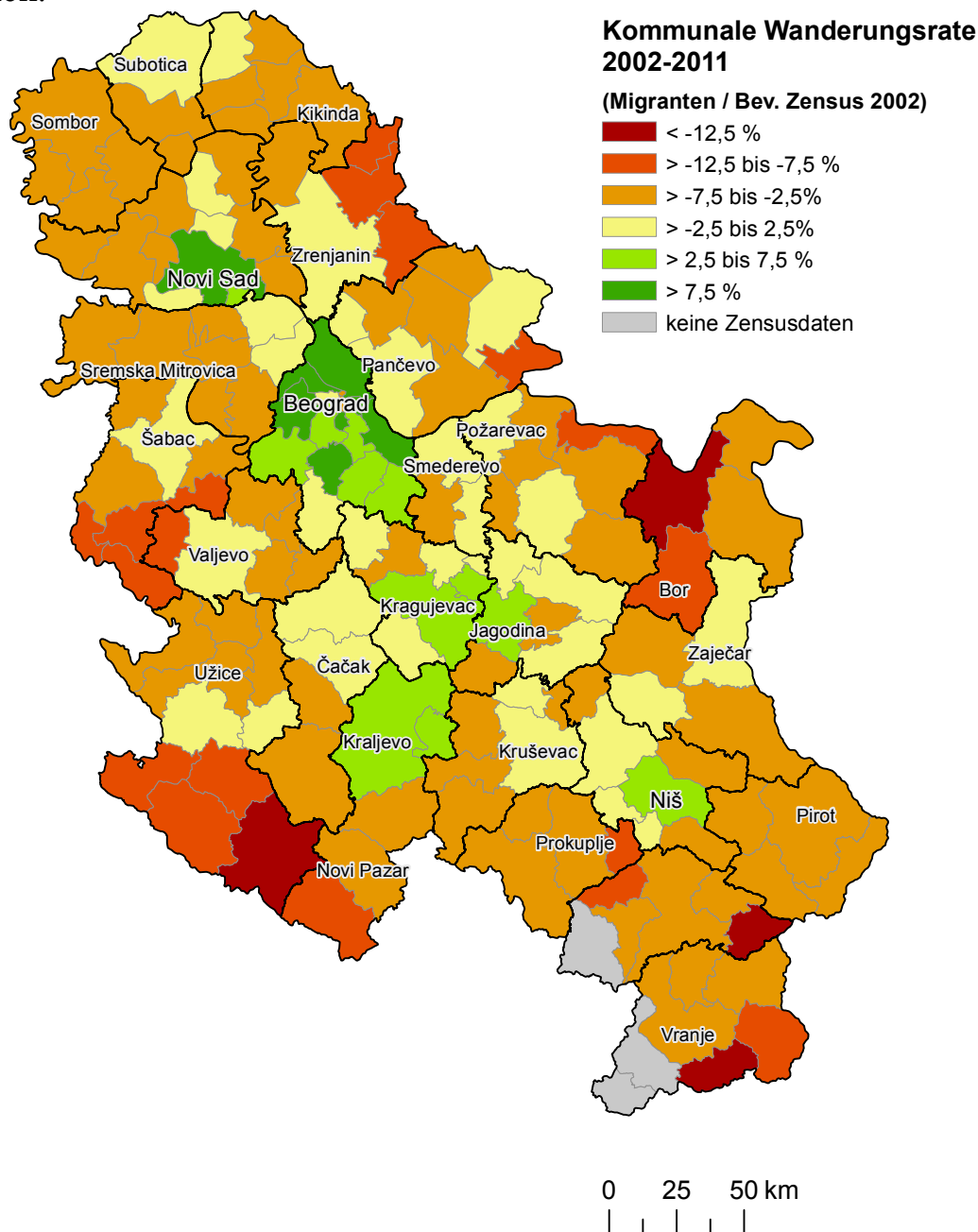


Abb. 16: Wanderungsrate zwischen den Zensusjahren 2002 und 2011 (Daten: Census 2002, 2011; Opštine u Srbiji 2003-2012)

Insbesondere ländliche Gebiete und dabei besonders die Grenzgebiete zeigen die höchsten Abwanderungsraten zwischen den Jahren 2002 und 2011 auf. Einige Grenzkommunen weisen mitunter extreme Abwanderungstendenzen auf. Insbesondere problematisch wird dies, wenn die dortigen Wanderungsverluste mit ohnehin negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklungen und kritischen Altersstrukturen zusammenkommen. Jedoch zeigen ebenso einige Kommunen im Süden des Landes, bei relativ hohen Geburtenraten, hohe Abwanderungsraten. Deutlich profitieren konnten von der Binnenmigration nur die Agglomeration Belgrad, die Stadt Novi Sad und wenige andere städtische Zentren in zentraler Lage. Im Südosten hatte nur die Stadt Niš als regionales Zentrum eine positive Wanderungsrate mit einem Umfang über 2,5% seiner 2002er-Bevölkerung (Abb. 16).

Die Motivation für diese anhaltende Wanderungsbewegung vom Land in die Zentren ist vorwiegend in den schlechten lokalen Arbeitsmarktsituationen oder mangelnden Ausbildungsmöglichkeiten begründet. Es ist wenig überraschend, dass vor allem die arbeitsfähigen Bevölkerungsteile und dabei besonders deutlich die jüngeren Alterskohorten besonders hohen Migrationsraten aufweisen. Die Gruppe der 15- bis 34-jährigen machte nach den neuesten Zahlen zur serbischen Binnenmigration unter allen registrierten Migranten der Jahre 2010 und 2011 rund 48% aus; während sie in der Gesamtbevölkerung nur einem Anteil von 25% entsprechen. Wie in vielen anderen europäischen Gesellschaften sind dabei die Frauen deutlich migrationsfreudiger; an allen Binnenmigranten ist ihr Anteil in diesen Jahren 56% (SORS Database).

Der Mobilität von Arbeitskräften und Humankapital kommt in sozioökonomischen Überlegungen stets eine wichtige Rolle zu. Zum einen eröffnen sich dem Einzelnen durch Mobilität bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, zum anderen profitieren die Zielländer, -regionen oder -orte von dem Zustrom an Humankapital. Aufgrund solcher Arbeitskräfteverluste können regionale Disparitäten verstärkt und regionale Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt werden. Zudem ist eine mobile Gesellschaft bzw. Arbeitskräftemobilität mitunter eine Grundvoraussetzung für die im folgenden Kapitel beschriebenen Allokationstendenzen und gilt in makroökonomischen Modellen oft als Maß für die Effizienz der Arbeitsmärkte.

1.4.3 Räumlich-zeitliche Analyse der Beschäftigung

Für die serbische postjugoslawische Transformation seit dem Zerfall der SFRJ sind – so wurde bisher gezeigt – zwei Transformationsphasen, mit jeweils anders gearteten ökonomischen Dynamiken, deutlich voneinander abzugrenzen. Diese brachten regional verschiedene sozioökonomische Differenzierungen innerhalb des Landes zum Vorschein. In den beiden folgenden Kapiteln B.1.4.3

und B.1.4.4 werden die sozioökonomische Indikatoren Löhne und Beschäftigung hinsichtlich ihrer räumlichen Verschiebungen in diesen Zeiträumen analysiert. Als Bezugsebene dient erneut die Kommune. Bei der statistischen Auswertung der Beschäftigungsveränderungen wird auf Daten zu formaler Beschäftigung in rechtlichen Einheiten aus den Gemeindejahrbüchern Bezug genommen. Diese formale Beschäftigung beinhaltet alle registrierten Beschäftigten in Unternehmen, Institutionen, Kooperativen und anderen Organisationen. Dadurch ist ein Großteil der Gesamtbeschäftigung abgedeckt und insbesondere der Teil der Gesamtbeschäftigtenzahlen, welcher die fundamentale Basis einer funktionierenden lokalen Ökonomie wiedergibt.⁴¹

Dabei konzentriert sich die Raumanalyse auf zeitliche Veränderungen gegenüber einem Ausgangswert. Zu diesem Zweck wurde ein einfacher Index der Beschäftigungsveränderung erstellt.

$$\text{Beschäftigungsveränderungs-Index: } B_i = \frac{x_{i,t_2}}{x_{i,t_1}} * 100$$

x = Beschäftigung in rechtlichen Einheiten der jeweiligen Gemeinde (i) und zum jeweiligen Zeitpunkt (t_1 und t_2)

Diese Kennziffer misst die Veränderung der Beschäftigungszahlen einer jeden Gemeinde innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, wobei der der Ausgangswert des Anfangsjahres mit dem Wert 100 indexiert wird. Der Index misst demnach, ob sich die Zahl der registrierten lokal Beschäftigten eines bestimmten Jahres gegenüber einem früheren Ausgangsjahr erhöht oder verringert hat. Abbildung 17 zeigt diese Beschäftigungsindizes bzw. Beschäftigungsveränderungen für die Zeiträume 1990 bis 2000 und 2001 bis 2011, die sich mit den beschriebenen Transformationsperioden decken. Erhebungsmethodik und Datenzuschnitt blieben über diese lange Zeiträume gleich (Opštine u Srbiji 1991-2012), so dass sich die Entwicklungen miteinander vergleichen lassen. Das Phänomen des Zwangsurlaubs (Kap. B.1.2.2; Kap. C.2.1.1) führt in dieser Analyse des Zeitraum von 1990 bis 2000 ebenfalls nicht zu größeren Verzerrungen, da 1990 diese Form der versteckten Arbeitslosigkeit in der SFRJ noch nicht in Erscheinung trat und im Jahre 2000 bei weitem nicht mehr das Ausmaß hatte, wie Mitte der 1990er Jahre, als bis zu einem Drittel aller registrierten Beschäftigten *de facto* arbeitslos waren.

⁴¹ Selbstständig Beschäftigte und deren Mitarbeiter sind dadurch nicht erfasst. Insbesondere in Transformationsländern ist diese Art der Beschäftigung, genauso wie informelle Tätigkeit, oft auf den Mangel alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten zurückzuführen. Diese Beschäftigungsform wird aus dieser räumlichen Analyse ausgeschlossen, auch wenn damit erfolgreiches unabhängiges Kleinstunternehmertum ebenfalls nicht erfasst wird.

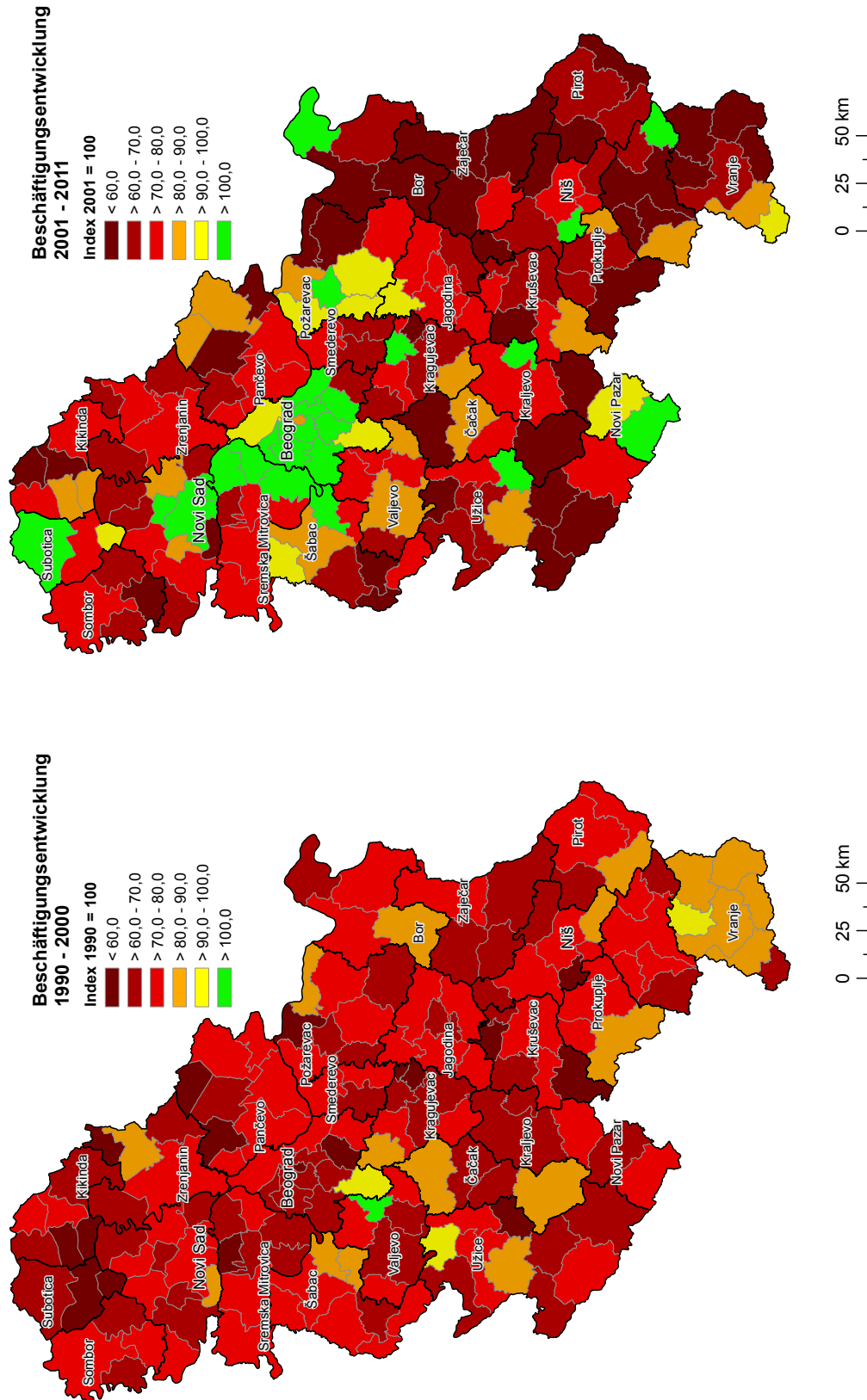


Abb. 17: Beschäftigungsentwicklungen (in rechtlichen Einheiten) in den serbischen Gemeinden für die Jahren 1990 bis 2000 und 2001 bis 2011 (Ausgangsjahr Index = 100) (Daten: Opštine u Srbiji 1991-2012)

Analyse der Karten

Die Karte zur Beschäftigungsentwicklung von 1990 bis 2000 (Abb. 17) zeigt keine klare räumliche Differenzierung. Es lässt sich für diesen Zeitraum nicht konstatieren, dass traditionell periphere Regionen besonders an Beschäftigung eingebüßt hätten, wie dies typischerweise in andern Transformationskontexten nach dem Wegfall sozialistischer Ausgleichsplanung der Fall war (u.a. GORZELAK 1996; GÖLER 2005; MEUSBURGER 2001). Traditionell bevorteilte Regionen, wie die autonome Provinz Vojvodina im Norden, und Belgrad als wirtschaftliches Zentrum und Hauptstadt der SFRJ verlieren sogar besonders deutlich. Insgesamt verlieren aber so gut wie alle Gemeinden an Beschäftigung. Lediglich eine einzige kleinere Gemeinde – die Gemeinde Lajkovac – kann an Beschäftigungszahlen gegenüber 1990 zulegen. Abgesehen von dieser Kommune lagen die Beschäftigungswerte der Gemeinden im Jahr 2000 zwischen 93,7% bis lediglich 40,2% des Ausgangswertes von 1990. Die 16 Veränderungsindizes, die hierbei am stärksten verloren und dabei unter einem Indexwert von 60 bzw., anders formuliert, unter 60% des Ausgangswertes lagen, sind Kommunen aller Landesteile zuzuordnen. Zwei Gemeinden hiervon liegen im Bezirk Belgrad, sieben in der Vojvodina, drei in zentraler Lage im restlichen Serbien und vier in eher peripheren Gebieten im übrigen Serbien. Das räumliche Entwicklungsmuster deutet hier sogar eine stärkere Krisenwirkung von Orten in zentraler Lage an.

Die Karte der Beschäftigungsentwicklung nach dem politischen Umbruch von 2001 bis 2011 (Abb. 17) beschreibt hingegen eine äußerst klare räumliche Differenzierung. Nicht nur, dass sich hier ein klares regionales Muster erkennen lässt, ebenso sind die Unterschiede zwischen den Munizipalitäten enorm. Die Gemeinde Merošina bei Niš, die in der vorangegangenen Periode noch zu den deutlichsten Verlierern zählte, konnte ihre formale Beschäftigung verdoppeln, bei einem Veränderungsindex von 199,1. Am anderen Ende der Skala findet sich die Kommune Lebane, deren Beschäftigungsniveau 2011 nur 34,0 beträgt. Am deutlichsten verlieren Gemeinden in peripheren Regionen. Bis auf die Čoka befinden sich alle 17 Kommunen mit einem Beschäftigungsindex weniger 50 außerhalb der Autonomen Provinz Vojvodina und dem Bezirk Belgrad und dabei besonders in den traditionell unterentwickelten Gebieten, wie im Osten, Südosten und äußersten Südwesten des Landes. Zu den 28 serbischen Kommunen, die dem Zeitraum ihre Beschäftigtenzahlen ausbauen konnten, gehören allein 12 der insgesamt 17 Kommunen des Bezirks Belgrad. Die übrigen 16 Munizipalitäten mit einer positiven Entwicklung verteilen sich wie folgt: 7 Kommunen in der Vojvodina (Novi Sad und Subotica und in geographischer Nähe zu größeren Zentren), 9 Gemeinden in Zentralserbien (hier von 4 zentralerer und 5 in peripherer Lage).

Konzentrationstendenzen – Grad der Peripherisierung

Schon allein die Betrachtung der Karte zur Beschäftigungsentwicklung seit 2001 (Abb. 17) zeigt sehr deutlich die Konzentrationstendenz des Arbeitskräfteangebots in dieser Zeit. Die Agglomeration der Beschäftigung geht dabei einher mit einer deutlich gestiegenen und konstant ausgeprägten Binnenmigration vom Land in die Stadt (Kap. B.1.4.2). Eine hohe Mobilität des Faktors Arbeit ist gleichermaßen Folge, wie Grundlage, für die Agglomeration von Beschäftigung und Beschäftigungsmöglichkeiten. Belgrad als dominantes Wirtschaftszentrum und mitunter Novi Sad bilden Wachstumsmotoren, deren Ausbreitungseffekte sich darüber hinaus in den umliegenden Gemeinden in Arbeitsplätzen niederschlagen. Zusätzlich findet sich Wachstum noch in einzelnen Kommunen entlang der zentralen Nord-Südost-Verkehrsachse, dem Korridor 10 (Kap. B.2.2.2). In peripheren Standorten gibt es demgegenüber nur vereinzelte Beispiele positiver oder stabiler Arbeitsmarktentwicklungen.

Um diese räumliche Konzentrationstendenzen statistisch nachzuweisen, wurden die Beschäftigungsentwicklungen mit einem weiteren, eigens erstellten Index, dem Peripherie-Index, korreliert.

$$\text{Peripherie-Index: } P_i = \frac{x_i/\max\{x_1;\dots;x_n\}+y_i/\max\{y_1;\dots;y_n\}+z_i/\max\{z_1;\dots;z_n\}}{3} * 100$$

x_i , y_i und z_i = jeweilige Entfernung des Verwaltungssitz der Gemeinde zum nächsten Zentrum im jeweiligen Entfernungsinde. Wenn die Gemeinde selbst das Zentrum ist gilt der Wert 0.

Dieser Index charakterisiert das bestehende Siedlungssystem zentraler Orte anhand einer einzelnen Kennzahl pro Kommune. Diese ergibt sich aus der Verkehrsanbindung der Gemeinde zu relevanten Zentren und Agglomerationen. Der Peripherie-Index errechnet sich aus dem Mittelwert dreier auf 0 bis 100 normierter Entfernungsinde. Diese errechnen sich jeweils aus der Entfernung in Autokilometern des kommunalen Verwaltungssitzes nach Belgrad, zu den Wirtschaftszentren Belgrad, Novi Sad oder Niš, und zu Städten mit über 50.000 Einwohner bzw. relevanten Verwaltungszentren in Serbien sowie jenseits der Staatsgrenzen (Anhang Abb. 3). Dieser Index beschreibt demnach die verkehrsinfrastrukturelle Distanz und Konnektivität einer Gemeinde zu Agglomerationsräumen und wirtschaftlichen Zentren. Der Peripherie-Index lässt sich genauso für die Zeit vor dem jugoslawischen Staatszerfalls wie aktuell anwenden, da die Siedlungsstruktur als persistent angesehen werden kann. Siedlungsstrukturelle Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte in Serbien führten nicht zu entscheidenden Verschiebungen innerhalb eines Systems zentraler Orte.

Die Korrelation des Peripherie-Index und der Beschäftigungsentwicklung zeigt an, ob es einen linearen statistischen Zusammenhang zwischen diesen beiden Merkmalen gibt; d.h. ob also ein Zusammenhang zwischen zentralen

Orten und Agglomerationen (Zentralität) und positiven bzw. negativen Arbeitsmarktentwicklungen (Ballung wirtschaftlicher Aktivität) besteht. Als Korrelationskoeffizient dient hierbei die Produkt-Moment-Korrelation nach Pearson (HARTUNG et al. 2002: 546ff.; CLAUß et al. 1999: 64ff.) Selbstredend kann durch den Nachweis eines signifikanten Zusammenhangs nicht ausgesagt werden, dass eine unvorteilhafte Beschäftigungsentwicklung nur aus einer geographischen Entlegenheit resultiert, oder, dass Beschäftigungswachstum nur an Orten gewisser Zentralität stattfinden kann. Eine Ursache-Wirkungs-Beziehung kann ohnehin nicht durch einen Korrelationskoeffizienten untersucht werden. Vielmehr ist dies als Hinweis für die Wirkung der Marktkräfte zu verstehen; und zwar in dem Sinne, dass eine starke Korrelation einen Hinweis auf marktradikale Bedingungen und auf die daraus resultierende räumliche Selektivität und Ballung von wirtschaftlicher Aktivität gibt, bei der interdependente Standortwahl, Skaleneffekte und andere Agglomerationsvorteile entscheidend sind.

Die Korrelation der Beschäftigungsindizes aller Gemeinden der Periode 2001 bis 2011 (abhängige Variable) mit den kommunalen Peripherieindizes (unabhängige Variable) ist negativ und beträgt $-0,457$.⁴² Durch eine Bereinigung der Korrelationsrechnung um einen Extremwert, ergibt sich eine Korrelation von $-0,478$. Die Interpretation von r ist dabei in erheblichem Maße vom untersuchten Problem abhängig und an dieses anzupassen (CLAUß et al. 1999: 81ff., 273f.). Bei derart unterschiedlich angelegten Primärdaten der Indizes – Entfernungen in Kilometer und Entwicklung der Beschäftigtenzahlen – sind aus methodischer genauso wie aus theoretischer Hinsicht keine allzu starken Zusammenhänge zu erwarten. Besonders hohe Korrelationswerte würden bedeuten, dass sich fast ausschließlich anhand der geographischen Lage die Beschäftigungsentwicklung projizieren lassen würde. Daher ist mit dem hier errechneten Wert eine signifikante Korrelation beschrieben. Es besteht ein substantieller negativer Zusammenhang zwischen zentraler bzw. peripherer geographischer Lage und Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in rechtlichen Einheiten. In der Entwicklung der Erwerbstätigkeit lassen sich also nach dem

⁴² Der Korrelationskoeffizient (r) nach Pearson nimmt Werte zwischen -1 und $+1$ an. Ist $r = 0$, besteht absolut kein linearer Zusammenhang; nimmt $r = -1$ oder $+1$ an, besteht ein vollkommen linearer Zusammenhang.

serbischen Umbruch von 2000 statistisch eindeutige regionale Konzentrations-tendenzen hin zu den zentralen Orten und Agglomerationen feststellen.⁴³

Insbesondere im Vergleich mit den vorangegangenen Tendenzen der 1990er Jahre ist diese Korrelation als signifikant zu beurteilen. Die statistische Zusammenhangsrechnung der Beschäftigungsentwicklung von 1990 bis 2000 mit dem Peripherie-Index ergibt einen Koeffizienten von 0,139. Dieser ist damit nicht signifikant und sogar leicht positiv. Statistisch lässt sich lediglich sagen, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen Lage und Beschäftigungs-veränderung in diesem Zeitraum gibt. Räumliche Akkumulationstendenzen hin zu den bestehenden Zentren spielen demnach in der Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen in den 1990er Jahren in Serbien kaum eine Rolle. Diese Zeit ist geprägt von der Desintegration der Volkswirtschaft und Stratifikation der Gesellschaft, die sich in regionaler Hinsicht in einer Fragmentierung und nicht in einer Polarisierung bzw. Agglomeration hin zu den Zentren zeigt.

Die räumliche Beschäftigungsentwicklung der 1990er Jahre führte somit zu einem nahezu flächendeckenden bzw. dispers verteilten Rückgang der formalen Erwerbsmöglichkeiten. Da der Beschäftigungsrückgang hierbei in räumlicher Hinsicht weniger wirksam war, konnte sich nach 2000 die einsetzende Erholung und Ressourcenakkumulation im Zentrum noch deutlicher abzeichnen, während die Peripherie nicht den Weg zurück in die Marktgesellschaft fand und weiter abgekoppelt wurde.

1.4.4 Räumliche-zeitliche Analyse von privaten Einkommen

Die Daten aus den serbischen Gemeindejahrenbüchern zu formalen Löhnen und Gehältern sind genauso wie Zahlen zur Beschäftigung über längere Zeiträume verfügbar und vergleichbar. Die Zahlen beschreiben das monatliche Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers, das in den Arbeitsplätzen einer Kommune erwirtschaftet wird; errechnet aus allen Löhnen und Gehältern der Beschäftigten in rechtlichen Einheiten (Unternehmen, Institutionen, Kooperativen und anderen Organisationen). Wie bei den Zahlen zu Beschäftigung wurden die Zahlen nach dem Arbeitsortprinzip erhoben. Gemessen ist damit, an welchem Ort die Löhne und Gehälter erwirtschaftet werden und nicht über

⁴³ Es kann fast von „Glück“ gesprochen werden, dass dieser Korrelationskoeffizient nicht noch klarer ausfällt. Ein allzu starker negativ-linearer Zusammenhang würde bedeuten, dass lokale Beschäftigungsentwicklungen in einer Weise mit dem Peripherieindex, also der Anbindung und Nähe zu den Zentren, korrelieren, dass sich allein aus der geographischen Lage die Entwicklung der Beschäftigung beschreiben lassen würde. Regionalpolitische und lokalpolitische Maßnahmen zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft und Arbeitsplatzsicherung wären in der Logik dieses hypothetischen Falls schlichtweg wirkungslos, da lokale Akteure annehmen müssten, dass nur die Lage der eigenen Kommune determinierend wäre.

welches Einkommen die Bewohner der jeweiligen Gemeinde verfügen. Pendlerströme und Einkommenstransfer in andere Kommunen sind damit nicht erfasst.

Die durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgelte sind ein Indikator für den erreichten Lebensstandard, da sie Hauptbestandteil der verfügbaren privaten Haushalteinkommen sind. Einkommensdisparitäten sind dabei geeignet um weitere anders gelagerte regionale Strukturschwächen abseits von Migrations- (Kap. B.1.4.2) und Beschäftigungsentwicklungen (Kap. B.1.4.3) zu identifizieren. Das Lohnniveau sowie die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen können ein Motor für langanhaltende Wanderungsbewegungen sein. Jedoch gehen höhere effektiv gezahlte Löhne oft nicht einher mit einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Steigen die Löhne stärker als die lokal generierte Wertschöpfung und Produktivität sind sogar negative Auswirkungen auf die Beschäftigung zu erwarten.⁴⁴

Die untersuchten Einkommensdisparitäten spiegeln dabei nicht nur die regional ungleichen Lebensbedingungen wider (z.B. JAKOBY 1990: 76ff.), sondern ebenso die regional-sektorale Lohnstruktur, da hier nicht nach branchenspezifischen regionalen Lohnunterschieden unterschieden wird. Die Ursachen regionaler Einkommensunterschiede sind damit vorwiegend in der Heterogenität der Qualifikationsanforderungen zu suchen (JAKOBY 1990: 68f.). Zudem kann insbesondere der lokale Beschäftigungsanteil im öffentlichen Sektor, der in Serbien stets überdurchschnittliche Löhne bereitstellt (Opštine u Srbiji verschiedene Jahrgänge), eine Ursache für regionale Lohnunterschiede sein.

Einkünfte aus privater Landwirtschaft sind in den Daten überhaupt nicht enthalten, ebenso wie Einkünfte aus informeller Tätigkeit. Diese beiden Einkommensquellen gewinnen in Krisen an Bedeutung als subsistenzwirtschaftliche Basis um Versorgungsdefizite auszugleichen. Trotz ihrer ausgleichenden Wirkung sind sie dennoch Anzeichen für strukturelle Probleme und Engpässe und grenzen sich damit klar von formellen Einkommensmöglichkeiten ab. Dass diese Werte nicht in den offiziellen Lohnerhebungen enthalten sind, stellt

⁴⁴ Die Wechselwirkung zwischen Löhnen und Beschäftigung wird wissenschaftlich seit langem kontrovers diskutiert. Theoretische wie auch empirische Arbeiten bringen ein hohes Lohnniveau (unter Beachtung der Arbeitsproduktivität) sogar unmittelbar mit höherer Arbeitslosigkeit in Verbindung (FRANZ et al. 2003). Lohnelastizitäten (bzw. anpassungsfähige institutionelle Regelungen) werden, dieser Logik folgend, als positiv für den Arbeitsmarkt beurteilt (u.a. BLANCHARD & WOLFERS 2000; BERTOLA et al. 2001). Trotz dieses in empirisch-makroökonomischen Analysen oft negativ identifizierten Zusammenhangs, sind unter Bedingungen einer Rezession keine positiven Beschäftigungseffekte durch Reallohnsenkungen zu erwarten (FRANZ et al. 2003: 408).

demnach für die Interpretation der Daten kein Problem dar, muss aber in die Beurteilung mit einbezogen werden.

Lohn-Diskrepanzen

Eine Beurteilung der regionalen Lohn-Verschiebungen muss dabei stets die enorme Veränderung des gesamtserbischen Lohnniveaus mit in Betracht ziehen. Im Jahr 1989 betrug das mittlere Monatseinkommen in Serbien im Schnitt etwa 1.200 US-Dollar, nach der einfachen nominalen Umrechnung der damaligen Wechselkurse. Nach wirtschaftlichem Niedergang und Hyperinflation lag dieses 2001 nur noch bei rund 225 US-Dollar nominal. Aufgrund von Wachstum und erneuter Formalisierung von Lohnzahlungen verdoppelte sich das Durchschnittseinkommen bis 2011 dann wieder auf 515 US-Dollar (Tab. 5). Mit Bezug auf die tatsächliche Kaufkraft der formalen Löhne – auf die preisbereinigten Realeinkommen – ist der Unterschied zwischen den Jahrzehnten noch wesentlich ausgeprägter. Nach den historischen Preissteigerungsraten ist davon auszugehen, dass das 2011-Durchschnittseinkommen preisbereinigt nur noch etwa einem Viertel der Kaufkraft von 1989 entspricht.

Nicht nur der enorme Kaufkraftverlust nach 1989 verringerte die Lebensstandards; auch der Wegfall der vielen Vergünstigungen bei Grundbedürfnissen, wie Wohnungsmieten, und die Reduzierung von Sozialleistungen, begrenzten nach dem jugoslawischen Staatszerfall die finanziellen Spielräume der Bevölkerung zusätzlich.

Tab. 5: Ausmaß der regionalen Einkommens-Differenzierungen (Daten: Opštine u Srbiji verschiedene Jahrgänge)

	1989	2001	2011
Monatliches Landesmitteleinkommen (SRB = 100), in US-Dollar (nominal, zu historischen Wechselkursen)	1200 \$	225 \$	515 \$
Diskrepanz zwischen einkommens-schwächster und -stärkster Kommune	1:2,5	1:5,9	1:2,7
Korrelation des regionalen Einkommensniveaus mit dem Peripherie-Index	-0,531	-0,415	-0,454
Anzahl der Kommunen unter 60 (SRB = 100)	1	19	2
Anzahl der Kommunen unter 80 (SRB = 100)	50	67	82
Anzahl der Kommunen über 120 (SRB = 100)	9	18	9
Anzahl der Kommunen über 140 (SRB = 100)	1	5	4

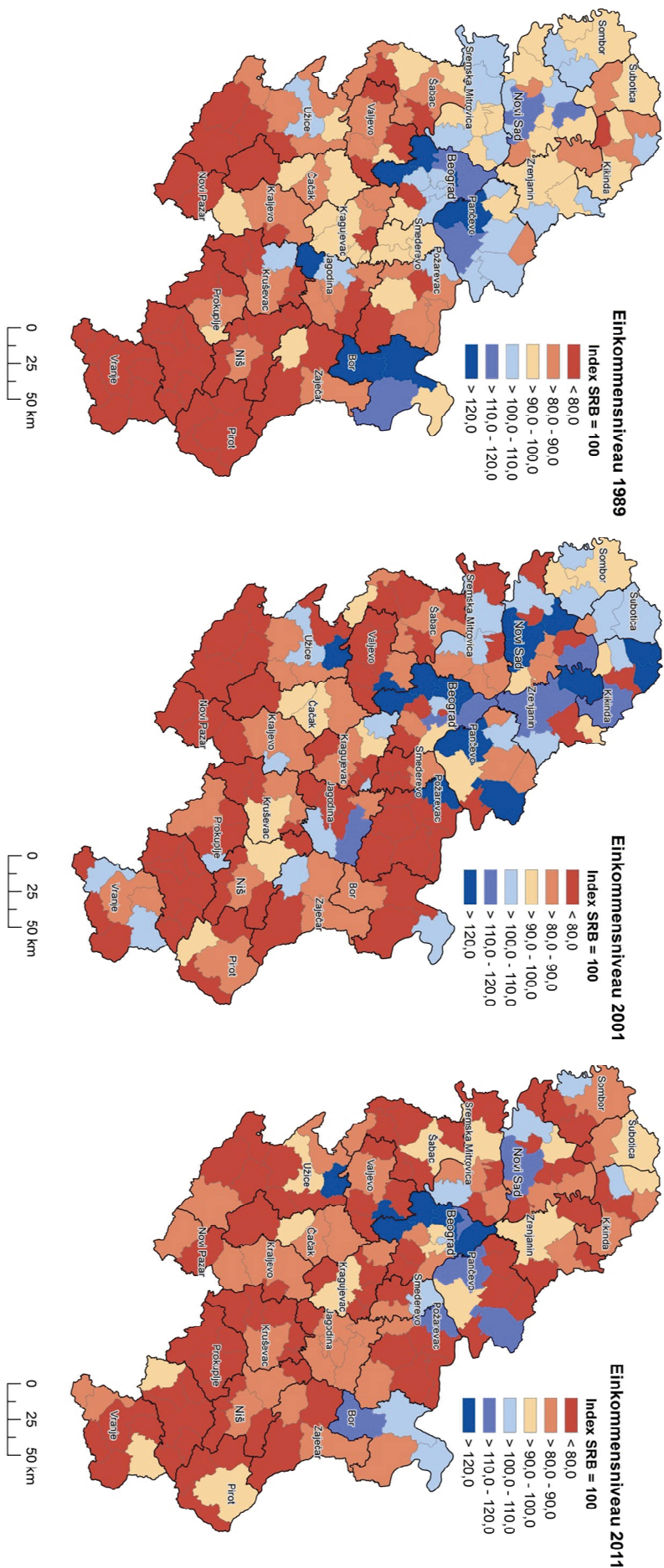


Abb. 18: Durchschnittliches Einkommensniveau (Löhne und Gehälter) in den serbischen Gemeinden im Vergleich zum gesamtserbischen durchschnittlichen Monatseinkommen der Jahre 1989, 2001 und 2011 (Index Gesamtserbien = 100) (Daten: Opštine u Srbiji 1990-2012)

Die Lohnniveaus von 1989, 2001 und 2011

Um regional unterschiedliche Einkommensmöglichkeiten zwischen den Gemeinden zu analysieren, wurden für jede Kommune die durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgelte in Verhältnis zum gesamtstaatlichen Lohndurchschnitt, der auf 100 normiert wurde, gesetzt.

$$\text{Index des Lohnniveaus: } L_i = \frac{x_i}{x_{SRB}} * 100$$

x = Durchschnittliche monatliche Löhne und Gehälter in der jeweiligen Gemeinde (i) gegenüber den durchschnittlichen Monatsentgelten für Gesamtserbien (SRB)

Das so erhaltene kommunale Lohnniveau liegt demnach bei einem Wert von mehr als 100 über dem landesweiten Durchschnitt und bei einem Wert weniger als 100, darunter. Abbildung 18 gibt diese Berechnungen in Kartenform für die Jahre 1989, 2001 und 2011 wider. Durch die Interpretation dieser Karten lassen sich regionale Veränderungen in den beschriebenen Zeiträumen identifizieren.⁴⁵

Der Niedergang der Löhne der 1990er Jahre, einhergehend mit einer sozialen Stratifikation durch massiv verstärkte gesellschaftliche Einkommensungleichheiten, schlägt sich ebenso in einer räumlichen Differenzierung zwischen den Gemeinden nieder. Während es 1989 nur eine Gemeinde gab, bei der der Durchschnittslohn der Beschäftigten unter dem 60%-Schnitt Gesamtserbiens lag, waren es 2001 sogar 19 Gemeinden. Über einem Indexwert von 140 lag 1989 ebenfalls nur eine Gemeinde; im Jahr 2001 fünf Kommunen (Tab. 5).

Die regional unterschiedlichen Lohnniveaus geben die traditionellen räumlichen Differenzierungen des Landes wider. Der Vergleich der Löhne zum Jahr 1989 offenbart klare Divergenzen zwischen dem Norden und Süden. Genauso deutlich ist die Konzentration auf Belgrad und Novi Sad zu erkennen. Ebenfalls hohe Löhne und Gehälter werden in bestimmten Industriezweigen erzielt; auf der Karte sind damit einige „Einsprengsel“ jugoslawischer industrieller Erfolgsgeschichten identifiziert. Besonders hoch war das Einkommen in den großen Kupferbergbau-Standorten Bor und Majdanpek. Überdurchschnittlich konnte 1989 zudem in der Stadt Pančevo nahe Belgrad verdient werden. Nur an diesem

⁴⁵ Ein Vergleich in Form eines Veränderungsindizes, wie dies in Kapitel B.1.4.3 vorgenommen wurden, ist hier aufgrund der enormen Veränderungen der mittleren Lohnniveaus (Tab. 5) und der massiven Geldentwertung in den 1990er Jahren statistisch zwar möglich, doch methodisch fragwürdig und wenig aussagekräftig. Ein regionaler Vergleich besserer und schlechter Einkommensmöglichkeiten zu verschiedenen Zeitpunkten eignet sich hier wesentlich besser für die Interpretation von Veränderungen.

Standort der Petrochemie und des Maschinenbaus lagen die Durchschnittslöhne über 140% des Landesmittels.

Die fünf Gemeinden die 2001 über einem Indexwert von 140 liegen⁴⁶, befinden sich ebenfalls in traditionell bevorteilten Regionen – zwei Kommunen nahe Belgrad und drei in der Provinz Vojvodina – jedoch durchgehend außerhalb der großen Zentren. Einzelne städtische Kommunen Belgrads ordnen 2001 sogar deutlich unter dem Landesmittel ein. Die schwächsten Kommunen liegen allerdings weiterhin in peripheren Regionen. Von den 19 Gemeinden unter einem Wert von 60 befinden sich allein 13 im Osten und Südosten des Landes, fünf im Westen und eine etwas zentraler. In der Vojvodina und Bezirk Belgrad liegt keine dieser Gemeinden. Die lokale Differenzierung von formalen Einkommensmöglichkeiten hat mit dem Ende der 1990er Jahre ein extremes Ausmaß erreicht. In der einkommensstärksten Kommune können die Beschäftigten im Schnitt mit fast sechsmal so hohen Löhnen rechnen wie in der einkommensschwächsten Kommune (Tab. 5).

Während Abbildung 18 zum Einkommensniveau von 1989 deutlich die traditionellen regionalen Disparitäten wiedergibt, differenziert sich diese Bild für 2001 etwas. Die Entwicklung der 1990er Jahre lässt eine massive Verstärkung von Lohnungleichheiten zwischen den Kommunen erkennen; aber keine klaren räumlichen Entwicklungen. Die von POŠARAC (1996), ĐURIĆ-KUZMANOVIĆ & ZARKOV (1999), UVALIĆ (2010) und anderen beschriebene gesellschaftliche Einkommensstratifikation schlägt sich demnach in gleicher Weise regional in einer relativen Vergrößerung von divergenten Einkommensmöglichkeiten zwischen den Gemeinden nieder.

Im bereits lohnstärkeren Norden konnten Löhne und Gehälter auf niedrigem Niveau besser stabilisiert werden als dies in den einkommensschwachen Regionen der Fall war. In Relation zum Rest des Landes boten Regionen im Norden nach den 1990er Jahren demnach noch vergleichsweise bessere Einkommensmöglichkeiten. Ob die Löhne innerhalb einer Gemeinde in den 90er Jahren, jeweils in Relation zum Landesschnitt, gestiegen oder gefallen sind, lässt sich nicht direkt mit den Agglomerationsräumen des Landes zusammen bringen. Auch wenn statistisch nahe der Zentren stets höhere Einkommen erzielt werden konnten, so fällt doch auf, dass einzelne Belgrader Innenstadtmunizipalitäten, wie Vračar, Zvezdara, Čukarica und insbesondere Rakovica, relativ zu den anderen Kommunen deutlich beim Einkommensniveau verloren haben. Letzgenannte Stadtgemeinde lag 1989 bei den durchschnittlich erzielten Einkommen noch klar über dem Landesschnitt. 2001 betrug das formale Einkommen der Kommune nur noch drei Viertel des Landesschnitts.

⁴⁶ Diese Kommunen sind Beočin, Lazarevac, Kanjiža, Lajkovac und Vrsac.

Insgesamt können sehr unterschiedliche Entwicklungen in regionaler Hinsicht parallel ablaufen. So kann die 1990er-Entwicklung der formalen Lohnniveaus, genauso wie die Beschäftigungsentwicklung (Kap. B.1.4.3), als räumliche Fragmentierung ohne Ballungstendenzen bezeichnet werden. Das Jahrzehnt kennzeichnet sich durch eine enorme soziale Stratifikation, einhergehend mit einer starken Erhöhung von Ungleichheiten zwischen den Kommunen, ohne dass dabei eine klare räumliche Konzentration erkennbar wäre. Eine klare Ausdifferenzierung von niedrigeren stabilen Lohnniveaus wäre ohnehin nur in einem geregelten und funktionierenden Arbeitsmarkt zu erwarten gewesen.⁴⁷ Trotz fehlender räumlichen Schwerpunktverschiebungen muss die Bevölkerung der großen Städte als deutlicherer Verlierer dieser Zeit gesehen werden. Denn innerhalb der Städte kam es gegenüber ländlichen Regionen bereits zu Beginn der 1990er Jahre zu wesentlich stärkeren Auseinanderentwicklungen in der Verteilung von Einkommen zwischen den Bevölkerungsschichten. Eine dünne Elite von Krisenprofiteuren stand einer breiten Masse von Haushalten knapp über oder unter der Armutsgrenze gegenüber (POŠARAC 1996). Der Niedergang der formalen Löhne und Einkommensmöglichkeiten, verspätete oder ausbleibende Lohnzahlungen, in Verbindung mit geringeren Möglichkeiten in der Stadt fehlendes Bargeld-Einkommen durch Selbstversorgung auszugleichen, führten zur Verarmung großer Teile der städtischen Bevölkerung in den 1990er Jahren.

Als Folge des Wachstums des BIP und regelmäßiger gezahlter Löhne wuchs das Einkommen der Bevölkerung nach 2001 wieder. Dies spiegelt sich auch in den relativen Ungleichheiten zwischen den Gemeinden wider. Im Jahr 2011 liegen nur noch zwei Gemeinden des Südostens – Gadžin Han und Bela Palanka – unter einem Indexwert von 60. Vier Gemeinden – zwei Stadtkommunen Belgrads und zwei Kommunen nahe Belgrad⁴⁸ – rangieren

⁴⁷ Nach (BLANCHARD & WOLFERS 2000: C2f.) kann eine schnelle Anpassung der Löhne an eine niedrigere Produktivität, infolge von ökonomischen Schocks, Arbeitslosigkeit abmildern. Hierfür sind Institutionen notwendig, die eine gute Koordination des Lohnaushandlungsprozesses ermöglichen. Andere Institutionen, wie ein hoher Mindestlohn, starke Gewerkschaften, hohe Lohnsteuern und Beschäftigungsschutz können jedoch Lohnelastizität verhindern und dadurch die negativen Effekte auf die Beschäftigung erhöhen und andauern lassen (BLANCHARD & WOLFERS 2000: C2f., C12). Im serbischen Fall kann der Niedergang der Löhne in den 1990er Jahren keinesfalls auf institutionelle Anpassungs- bzw. Aushandlungsprozesse zurückgeführt werden, sondern schlicht auf den Einbruch der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitigem Schutz der Arbeitsplätze. Ein bestimmtes lokales Lohnniveau muss in dieser Zeit somit vorwiegend auf die örtliche Branchen- und Betriebsgrößenstruktur und deren Produktivitätsniveaus in Zeiten der Krise zurückgeführt werden.

⁴⁸ Die vier Kommunen sind Lajkovac, Surčin, Lazarevac und Novi Beograd.

über dem 140er-Niveau. Die Einkommensdiskrepanz zwischen den besten und schlechtesten Verdienstmöglichkeiten normalisierte sich deutlich, ist aber weiterhin sehr hoch. In der Gemeinde mit den besten Möglichkeiten sind die Durchschnittslöhne immer noch 2,7mal so hoch wie in der Kommune mit den geringsten Einkommen (Tab. 5).⁴⁹ Diese Verringerung der Einkommensdiskrepanzen ist in erster Linie einer gewissen Formalisierung der vorher degradierten Löhne geschuldet.

Die räumlichen Konzentrationstendenzen ab 2001 sind auf schrittweise Rückkehr zu einem auf Angebot und Nachfrage basierenden Arbeitsmarkt zurückzuführen. Hier lässt sich bei den Löhnen eine Allokationstendenz zu den Zentren feststellen: Nicht mehr die gesamte Vojvodina und Belgrad stellen die stärksten Lohn-Regionen dar, sondern allein die Stadtregionen Belgrad und Novi Sad. Die agroindustrielle Ausrichtung der Vojvodina, die in Zeiten der Krise eine strategische Bedeutung besaß, bescherte den Kommunen in den 1990er Jahren noch vergleichsweise bessere Löhne. Die zu Tage tretenden strukturellen Probleme des agroindustriellen Sektors nach 2000 und allgemeine Konzentrationstendenzen verschoben dieses Verhältnis ab 2001 zugunsten Belgrads.

1.4.5 Typologie der räumlichen Entwicklungen

Aus den bisherigen Analysen lassen sich die räumlichen Entwicklungstendenzen Serbiens seit 1991 generalisieren und typologisieren. Anhand der beschriebenen Raummuster einzelner aussagekräftiger Indikatoren (Kap. B.1.4.2, B.1.4.3 & B.1.4.4), in Verbindung mit der vorangegangenen Makro- und Literaturanalyse (Kap. B.1.2, B.1.3 & B.1.4.1) nach volkswirtschaftlichen und regionalen Aspekten, lassen sich abstrahierte Entwicklungstendenzen herausarbeiten und in den postsozialistischen Kontext Europas einordnen.

In den meisten Transformationsstaaten Europas waren die ersten Jahre nach deren Wende durch einen deutlichen Rückgang der Produktion und Wirtschaftskraft und eine Erhöhung der Armut gekennzeichnet. Für staatliche Maßnahmen zur sozialen Sicherheit standen, genauso wie für Maßnahmen der Regionalpolitik, kaum Ressourcen zur Verfügung. Eine nationale und volkswirtschaftliche Konsolidierung, sowie eine politische und ökonomische Liberalisierung hatten Vorrang. Es kommt zur Herausbildung und Verstärkung von regionalen Ungleichheiten, da gerade die Peripherie – meist im krassen Gegen-

⁴⁹ In absoluten Werten sind die Unterschiede zwischen den Kommunen sogar angewachsen. Das Lohnniveau der Gemeinden lag 2001 umgerechnet nach dem nominalen Wechselkurs zwischen 72 und 422 US-Dollar; 2011 zwischen 292 und 787 US-Dollar.

satz zur Hauptstadt – wesentlich ausgeprägtere Produktions-, Beschäftigungs- und Einkommenseinschnitte zu verzeichnen hatte.

Solche starken Polarisations- und Akkumulationstendenzen, in Verbindung mit einer Vergrößerung sozioökonomischer Disparitäten, sind im Kontext der postsozialistischen Transformationen wohl bekannt und umfangreich belegt. Das Schrifttum der letzten Jahrzehnte zur wachsenden Bedeutung der Hauptstädte und großen Städte gegenüber peripheren und ländlichen Regionen in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern ist viel zu umfangreich um es hier zu zitieren. Ein umfassender Blick auf Arbeiten, die mit Hilfe quantitativer Methoden die regionalen Differenzierungen und Entwicklungen der innerstaatlichen Ungleichheiten interpretieren, ermöglicht eine kontextuale Einordnung der hier erarbeiteten Ergebnisse. Insbesondere sei hier auf folgende Untersuchungen verwiesen: zu Ungarn vgl. MEUSBURGER (1995, 2001), DÖVÉNYI (2001) und ENYEDI (1994); zu Polen vgl. SZLACHTA (1995) und GORZELAK (1994); zur Tschechischen Republik vgl. MCMASTER (2004); zu Bulgarien vgl. MONASTIRIOTIS (2008); zu Slowenien vgl. BANERJEE et al. (2012) und zu den Staaten Mittel- und Osteuropas im Allgemeinen siehe GORZELAK (1996), CCET (1996) und DUNFORD (2000). All diese Studien untermauern für diese Länder die beschriebenen Polarisierungstendenzen. Langanhaltende Phasen einer starken Fragmentierung und Krise des Zentrums, wie in Serbien, finden sich hier jedoch nicht. Ganz allgemein zeigen diese Studien zur postsozialistischen regionalen Entwicklung der MOE-Staaten, dass sich die in sozialistischer Zeit bereits angelegten regionalen Disparitäten nach der jeweiligen Wende weiter verstärken; die wirtschaftlichen Zentren gewannen dabei immer. Selbst in den Staaten, die eine längere und ökonomisch schwierigere Transformation durchliefen, wie z.B. Bulgarien, war die räumliche Differenzierung von Beginn an auf Polarisierung ausgerichtet.

Profunde quantitativ-analytische Arbeiten zur regionalen sozioökonomischen Differenzierung in Serbien sind selten, und wenn vorhanden, so haben sie in ihrer statistischen Analyse entweder das momentan beobachtbare Bild räumlicher Differenzierungen im Blick (MIJAČIĆ & PAUNOVIĆ 2011; MANIĆ et al. 2012; WINKLER 2013), ohne dabei explizit deren Entwicklung zu untersuchen, oder es werden nur kürzere Zeiträume der langen serbischen Transformation untersucht (GÖLER et al. 2007). Eine Typisierung und Kontextualisierung der räumlichen Differenzierungen der gesamten serbischen Transformation, wie in dieser Arbeit, wurde bisher nicht vorgenommen. GÖLER et al. (2007) verweisen jedoch bereits auf die räumlichen Fragmentierungsmuster in den industriellen Entwicklungen.

Ursachen räumlicher Fragmentierung in den 1990er Jahren

Serbiens regionale Entwicklungstendenzen fallen im Vergleich mit den anderen europäischen Transformationsstaaten somit aus dem Rahmen. Hier traten die typischen sozioökonomischen Gravitationen zu den Zentren durch die verspätete Transformation auch erst verzögert in Erscheinung. In Serbien hatte nach 1991 zwar genauso, eher noch stärker, wie in anderen postsozialistischen Staaten nationale Fragen absolute Priorität; eine politische wie ökonomische Liberalisierung und eine makroökonomische Konsolidierung fand jedoch im kompletten „verlorenen Jahrzehnt“ nicht statt. Nach dem Zerfall Jugoslawiens kam es bei der Beschäftigung nicht zu einer deutlichen regionalen Ausdifferenzierung. Die prä-transformatorisch bereits vorhandenen, langhaltenden Konzentrationstendenzen hin zu den Städten und Zentren wurden in den 1990er Jahren damit gestoppt.

Als Gründe für die fehlenden räumlichen Konzentrationen müssen sowohl die exogenen wie endogenen Faktoren mit einbezogen werden. Die Bedingungen der Desintegration trafen die Volkswirtschaft als Ganzes. Unternehmen der Peripherie waren genauso wie Betriebe des Zentrums vom jugoslawischen Markt und dem internationalen Markt abhängig. In der Tendenz hatten die Zentren – mit international stärker verflochtenen Betrieben – sogar deutlicher unter Beschäftigungsrückgang zu leiden. Zudem waren die Möglichkeiten für Entlassungen während der Zeit des Embargos beschränkt und das Regime hielt eine sozialistische Arbeits- und Wirtschaftspolitik das gesamte Jahrzehnt aufrecht, was eine regionale Ausdifferenzierung nach freien Marktbedürfnissen ebenfalls limitierte. In theoretischer Hinsicht kann dies als Beschreibung eines umgekehrten Fall des KRUGMANSchen Modells (Kap. A.2.1.2) gesehen werden. Es kam zu einer schnellen Vergrößerung der Handelshemmnisse, einer massiven Verschlechterung der *terms of trade* und einem Einbruch des Absatzes sowie der Produktivität, was die Bedeutung von Skaleneffekten minimierte. Dies führte zu einer räumlichen „Nicht-Konzentration“ von Kapital und Arbeit bzw. zu den beschriebenen Fragmentierungsmustern.

Zudem war es einer politisch gut vernetzten Wirtschaftselite durch Formen eines degradierten oder unregulierten Kapitalismus ermöglicht, sich am Vermögen der Betriebe und an den Löhnen der Belegschaften zu bereichern. Diese abgezogenen Mittel wurden jedoch nicht reinvestiert. Gleichzeitig flossen auch keine ausländischen Investitionsmittel in die serbische Volkswirtschaft (Kap. B.2.2). Es gab somit im kleptokratischen Serbien schlicht kein Kapital, das sich in Form von Investitionen lokalisieren und sich daraus resultierenden Beschäftigung stärker hätte räumlich konzentrieren können.

Bei der Entwicklung der Löhne und Gehälter in den 1990er Jahren sind simultan zu einem Niedergang formaler Einkommensmöglichkeiten unterschiedliche regionale Verschiebungen feststellbar. Die traditionell wirtschaftlich stärkere und landwirtschaftlich geprägte Vojvodina erwies sich in Teilen als etwas krisenfester, bzw. brach nicht in dem Umfang zusammen, wie überwiegend industriell geprägte Regionen. Gerade industriell geprägte Kommunen waren am stärksten vom Niedergang der formalen Arbeitsentgelte betroffen. Der dortige Einbruch der industriellen Produktivität wurde vorwiegend durch Lohndezimierungen und nicht durch den Abbau der Beschäftigung – wie in anderen Transformationsstaaten – ausgeglichen (Kap. B.1.4.1). Beim Verlust von Arbeitsplätzen waren in den 1990er Jahren stark industriell geprägte Kommunen somit oft nicht unter denen mit den schlechtesten Entwicklungen. Während das Regime durch eine rigide Arbeitsgesetzgebung die Beschäftigung schützte, wurde die Reduzierung und Einbehaltung von Löhnen und Gehältern geduldet.

Eine Beschäftigung in den produzierenden Großbetrieben bot keine Lebensgrundlage mehr. Eine bereits in sozialistisch-jugoslawischer Zeit begonnene Verarmung und Abkopplung großer Teile städtischer Bevölkerungen setzte sich fort. Die Versorgungsengpässe der Städte sind dabei nicht allein in den Löhnen und Gehältern erfasst. Auch die Tatsache, dass Subsistenz und Eigenproduktion aus privater Landwirtschaft in den 1990ern wieder sehr deutlich an Bedeutung gewannen, verschlechtert die Situation der großen Städte gegenüber den ländlichen Regionen weiter. Die 1990er Jahre waren demnach in Serbien in stärkerem Maße eine sozioökonomische Krise des Zentrums denn der Peripherie. Die gesellschaftliche Stratifikation, zwischen Krisen- und Kriegsprofiteuren und großen Teilen einer verarmten Bevölkerung, spiegelte sich im Bild der räumlichen Entwicklungen wider. Diese lässt sich am treffendsten als Fragmentierung bezeichnen; ohne räumliche Gravitationsrichtung kam es zu einem Niedergang aller Regionen bei gleichzeitiger Vergrößerung der Unterschiede zwischen den Kommunen und einzelnen Orten sowie innerhalb der Bevölkerung dieser Städte und Gemeinden. Diese räumliche Fragmentierung, als Phänomen einer kontinuierlichen politischen und makroökonomischen

Krisensituation, stellt im europäischen Transformationskontext ein besonderes Merkmal der Republik Serbien dar.⁵⁰

Tab. 6: Typologie der serbischen Transformationsphasen und deren räumliche Ergebnisse

	1991-2000	ab 2000
Makroökonomische Entwicklung	Rezession	Expansion
Exogene Faktoren	Desintegration	Integration
Endogene Faktoren	Sozialistisches Erbe	Bruch mit der Vergangenheit
	Unregulierter Kapitalismus	Regulierungsbestrebungen
Räumliche Entwicklungsmuster	<i>Fragmentierung</i> Krise des Zentrums „Geography doesn't matter“	<i>Polarisation, Agglomeration</i> Krise der Peripherie „Geography matters“

Ursachen räumlicher Agglomeration nach 2000

Die wirtschaftliche Talsohle wurde in Serbien bereits vor Beginn der echten Systemtransformation erreicht. Ein weiterer Einbruch der ohnehin darniederliegenden Ökonomie blieb aus. Das BIP verzeichnete – im Gegensatz zu den meisten anderen Transformationsstaaten – direkt nach dem Systemumbruch stetige Wachstumsraten. Industrielle Produktion und Produktivität stiegen wieder an und die Löhne wuchsen demgegenüber sogar überproportional. Hierin unterscheidet sich der serbische Transformationspfad ebenfalls deutlich von anderen postsozialistischen Staaten.

Genau wie in anderen Transformationsstaaten kam es aber nach dem Umbruch zu sozialen wie ökonomisch-räumlichen Polarisierungen, die sich in der Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten in den Zentren zeigt. Sowohl die Entwicklung der Lohnniveaus, wie auch die Entwicklung der Beschäftigung zeigen dabei die gleichen Tendenzen an. Die wenigen Wachstumspole waren die Motoren der sich erholenden Volkswirtschaft; demgegenüber steht die weitergehende Peripherisierung ganzer Regionen. Am deutlichsten wird dies in der

⁵⁰ GÖLER (2003, 2005, 2007) identifiziert ähnliche Fragmentierungsprozesse anhand peripherer Großregionen im sibirischen-fernöstlichen Norden Russlands. Das dortige Aufkommen neuer wirtschaftlicher Prosperitäten in einer Situation des generellen Rückzugs des Staates, der Wirtschaft und der Bevölkerung ist ein Hinweis dafür, dass periphere Transformationen bis zu einem gewissen Grad periphere Fragmentierungen beinhalten. Langanhaltende Fragmentierungsprozesse auf gesamtstaatlicher Ebene, wie im Serbien der 1990er Jahre, wären abgesehen von Montenegro im postsozialistischen Transformationskontext noch am ehesten in Albanien und Bosnien-Herzegowina zu erwarten. Bei Albanien ist zu vermuten, dass die Ereignisse infolge des „Lotterieraufstandes“ von 1997 die Zentren mehr als periphere Standorte erschütterten. Bei BiH sind, durch die kontinuierliche Situation eines *failed state* und eines nicht-funktionsfähigen Gesamtstaat, ebenfalls räumliche Differenzierungen abseits klassischer Polarisationsmuster zu vermuten.

Schaffung bzw. dem Erhalt von Beschäftigungsmöglichkeiten in den Zentren sowie im Abbau von Beschäftigung und mangelnden Engagement der Privatwirtschaft in der Peripherie.

In volkswirtschaftlicher Hinsicht waren die starken Wachstumsraten nur durch das vorangegangene Rezessionsjahrzehnt möglich; und in räumlicher Hinsicht waren die deutlichen Akkumulationstendenzen nur durch die vorherige Fragmentierung möglich. Es bestanden nach der demokratischen Revolution im Herbst 2000 somit optimale Voraussetzungen für die Beobachtung von räumlicher Konzentration nach dem KRUGMANSchen Modell. Mit der Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft und mit der Beseitigung der schwerwiegenden Handelshemmnisse, kam es in Serbien zu einer Verbesserung der Außenhandelsbedingungen und zu einer stetigen Steigerung von Skaleneffekten sowie Produktivität (Kap. B.1.4.1). Zudem wurden nach 2000 die für räumliche Agglomeration entscheidenden Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – wieder mobiler. Die arbeitsmarktinduzierte Binnenmigration nahm zu (Kap. B.1.4.2), bei gleichzeitiger Konzentration von Beschäftigungs- (Kap. B.1.4.3) und Verdienstmöglichkeiten (Kap. B.1.4.4). Diese sozioökonomischen Akkumulationstendenzen sind dabei angetrieben durch die räumliche Konzentration von Kapitalzuflüssen. Es kam, wie im folgenden Kapitel B.2 ausführlich behandelt, zum Anstieg von Investitionen in den privaten Sektor.

In Serbien ist die regionale Entwicklung nach 2000 vor allem durch Allokationstendenzen geprägt. Diese zeigt sich in deutlich überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten in und um Belgrad und Novi Sad, in einem erneuten Anstieg der Arbeitsplätze in diesen Regionen und in der Binnenmigration vom Rest des Landes in die Hauptstadt. Die Vojvodina, außerhalb von Novi Sad, konnte dabei insgesamt die besseren Ausgangsvoraussetzungen nicht zum Vorteil nutzen. Ein generelles dynamisches Wachstum aufgrund des Entwicklungsvorsprungs vor der demokratischen Wende kann nicht festgestellt werden; ganz im Gegenteil hat die Region diesen Vorsprung, sichtbar in der problematischen Entwicklung vieler Kommunen sogar eingebüßt.

2 Privatisierung, Direktinvestitionen und regionale Entwicklung

Die beschriebenen räumlichen Entwicklungen (Kap. B.1.4), insbesondere bei der Beschäftigungsentwicklung, sind zu einem Großteil auf die Privatisierung gemeinschaftlicher Unternehmen und auf ausländische Direktinvestitionen zum Zweck der Unternehmensneugründung zurückzuführen. Im Folgenden werden nun beide – sowohl Privatisierung (Kap. B.2.1) als auch ADI (Kap. B.2.2) – als treibenden Kräfte für den Ausbau der Privatwirtschaft näher untersucht. Aus der umfangreichen Literatur zu den postsozialistischen Transformationen lässt sich explizit sowie implizit entnehmen, dass der Ausbau des privaten Sektors den wichtigsten Gradmesser für den Fortschritt eines ökonomischen Transformationsprozesses darstellt (z.B. ANDREFF 1993; CSÁKI 1995; BOERI 1997; LASKI 1998; FRYDMAN et al. 1999; PICKLES 2002; RAINNIE et al. 2002; GÖTZ 2003). Die relative Fähigkeit des privaten Sektors die massiven Personalrationalisierungen aus der Transformation des öffentlichen Sektor teilweise zu absorbieren, ist in dieser Argumentation der entscheidende Faktor, der den Erfolg oder Misserfolg des Transformationsprozesses bestimmt (insbes. BOERI 1997; RAINNIE et al. 2002). Die Privatisierung gesellschaftlicher oder staatlicher Unternehmen beinhaltet meist ein signifikantes Maß an Beschäftigungsrückgang, während Beschäftigungswachstum vorwiegend mit Neugründungen und dem Ausbau der Privatwirtschaft in Verbindung gebracht wird. Dabei treten räumlich unterschiedliche Beschäftigungseffekte zu Tage, welche die bereits geführte Argumentation zu den räumlichen Tendenzen der Fragmentierung und Polarisierung aus Kapitel B.1.4 zusätzlich untermauern.

2.1 Andere Privatisierungsstrategie – andere regionale Auswirkungen

Zwar hatte ein Großteil der serbischen Unternehmen – egal welchen Eigentums – in den letzten 25 Jahren einen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen; doch ist dieser Rückgang besonders ausgeprägt nach einer Privatisierung eines Unternehmens. Ein von der staatlichen serbischen Privatisierungsagentur in Auftrag gegebenes Gutachten zeigt, dass zwischen 1998 und 2004 – dem Hauptzeitraum des serbischen Privatisierungsprozesses – die Gesamtheit der serbischen Unternehmen ihre Beschäftigtenzahlen um 21% reduziert hatte. Die Beschäftigung in privatisierten Unternehmen des nicht-finanziellen Sektors⁵¹ ging im gleichen Zeitraum um 35% zurück (PA 2005: 162). Insbesondere Industrieunternehmen hatten dabei einen hohen Rationalisierungsdruck. Bei

⁵¹ Der nicht-finanzielle Sektor klammert die öffentlich Verwaltung und den Finanz- und Bankensektor aus. Die Daten aus dem zitierten Gutachten beinhalten damit keine Privatisierungen von Banken und Versicherungen (PA 2005: 14, 22f.).

allen privatisierten Unternehmen in allen Produktionszweigen des verarbeitenden Sektors sind sehr deutliche Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Diese sind in allen Zweigen stets umfangreicher als in den nicht-privatisierten Unternehmen der gleichen Sparte. In den privatisierten Unternehmen der Textilbranche beträgt der Aderlass an Beschäftigten sogar 47% (PA 2005: 41ff.).⁵²

Dieses Kapitel beschäftigt sich nun mit der Frage, welchen Einfluss die Privatisierung von Unternehmen auf die regionalen sozioökonomischen Entwicklungen in Serbien hatte. Eine Reduktion der internationalen Debatte auf ihre zentralen Aussagen zur Wirkungsweise von Privatisierungsprozessen – ob postsozialistisch oder nicht – ergibt, dass Privatisierung zwar einen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum und dem Wohlstand eines Landes leisten kann, sich jedoch dabei soziale und räumliche Ungleichheiten verstärken (u.a. HAN & PANNELL 1999; PICKLES 2002; RAINNIE et al. 2002; O'NEILL 2009). Während in den westlichen Staaten Privatisierung eine systemimmanente Stärkung des Privatbesitzes darstellt, hat sie im Postsozialismus eine systemverändernde Aufgabe. Grundsätzlich wurde in den früheren sozialistischen Staaten, ausgenommen den Sonderfall Ostdeutschlands, nach zwei Strategien privatisiert: Nach dem Modell der reinen Coupon-Privatisierungen und nach gemischten Methoden (SÁRKÖZY 1998). In der Transformation Serbiens finden sich beide Zugänge zur Privatisierung wieder.

Zum serbischen Privatisierungsprozess gibt es zwar einige Untersuchungen, die diesen chronologisch und auf dessen makroökonomischen Aspekte hin beleuchten (u.a. HADŽIĆ 2002; FILIPOVIĆ & HADŽIĆ 2005; CEROVIĆ 2006; UVALIĆ 2010; VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011); jedoch finden sich keinerlei substantielle empirische Analysen zu dessen regionalen Auswirkungen. Dies ist schon darin begründet, dass in der serbischen Statistik kaum regional bezogene Daten zu Entlassungen oder Löhnen in privatisierten Einheiten, zum Stand der Privatisierung oder zum Umfang des privaten Sektors zu bestimmten Jahren zu finden sind. Lediglich die erwähnten Erhebungen innerhalb des Gutachtens der Privatisierungsagentur (PA 2005) beinhalten vereinzelt regionale Daten. Es wird dennoch gezeigt, dass der serbische Privatisierungsprozess zu unterschiedlichen Zeitabschnitten und unter verschiedenen Modellen regional uneinheitlich vorangetrieben wurde. Verschiedene Privatisierungsmethoden führen zu unterschiedlichen Restrukturierungen und betrieblichen Effizienzsteigerungen

⁵² Im Gegensatz zu den Industriebranchen gab es z.B. beim Handel zwischen 1998 und 2004 insgesamt einen Beschäftigungsgewinn (PA 2005: 41ff.). Dieser Zugewinn ist in erster Linie großen Neuinvestitionen und der Kleinstunternehmerschaft in diesen Sektor zuzuschreiben; in den privatisierten Handelsunternehmen gab es ebenfalls einen deutlichen Beschäftigungsrückgang.

und ebenso zu jeweils anderen Beschäftigungsentwicklungen (vgl. AGHION & BLANCHARD 1998; FILIPOVIĆ 2006; SPRENGER 2011).

Im folgenden Unterkapitel B.2.1.1 wird der serbische Privatisierungsprozess chronologisch nachgezeichnet. Dies erlaubt Rückschlüsse zu unterschiedlichen zeitlichen Privatisierungswirkungen. In Kapitel B.2.1.2 werden dann die räumlichen Einflüsse der einzelnen Privatisierungsphasen interpretiert.

2.1.1 Der serbische Privatisierungsprozess

In den Privatisierungsmodellen und -strategien lässt sich das Erbe des jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltungsprinzips erkennen, genauso wie die „besonderen“ Rahmenbedingungen der serbischen Transformation. Im Gegensatz zu anderen postsozialistischen Staaten hatte Serbien als ehemalige Teilrepublik der SFRJ Erfahrung mit Mischformen von staatlichem und privatem Unternehmenseigentum vor den 1990er Jahren. Jedoch fiel Serbien (und Montenegro) durch die Stagnation und politische Isolation der 1990er Jahren weit hinter die anderen Transformationsstaaten in Bezug auf die Privatisierung zurück. Im Jahr 2013 gehörte die serbische mit zu den letzten postsozialistischen Volkswirtschaften mit einem immer noch hoch aktiven Privatisierungsprozess, insbesondere aufgrund der großen Anzahl an annullierten Privatisierungsverträgen.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und staatlichen Strategien wurden im Verlauf der serbischen Privatisierungen stets angepasst bzw. grundlegend verändert. Generell lassen sich zwei zeitlich klar abgegrenzte Phasen umfangreicher Privatisierungen unterscheiden. Eine Phase der *Insider-Privatisierungen* (von 1997 bis 2001) und eine Phase der *Verkaufs-Privatisierungen* (ab 2001), die nach den demokratischen Umwälzungen im Herbst 2000 eingeleitet wurde.

Das jugoslawische Erbe

In der SFRJ wurde über Jahre eine Form des Marktsozialismus praktiziert, mit besonderer Bedeutung des sogenannten gesellschaftlichen Eigentums und der Arbeiterselbstverwaltung. Innerhalb dieses jugoslawischen „dritten Weges“ (GUMPEL 1975: 199) war, wie in der sowjetischen Planwirtschaft, staatliches Eigentum in strategisch wichtigen Sektoren vorherrschend, allerdings wurde der Anteil anderer Formen unternehmerischen Eigentums stetig ausgebaut. In Serbien, wie im restlichen Jugoslawien, gab es grundsätzlich vier Eigentumsarten für Unternehmen: gesellschaftliches, staatliches, kooperatives und privates Eigentum (KORNAI 1995: 531). Die Form des gesellschaftlichen oder gemeinschaftlichen Eigentums, eine Sonderform des Kollektiveigentums, war absolut dominant. Diese rechtlich schwer fassbare Eigentumsform wird in der jugoslawischen Verfassung von 1974 negativ definiert. Demnach sei niemand, weder

eine Gebietskörperschaft, noch eine Organisation von Arbeitern, Träger der Eigentumsrechte an gesellschaftlichen Produktionsmitteln (ROGGEMANN 1980: 175f.).

Aus diesem rechtlichen Vakuum ergeben sich später, unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Probleme bei der Privatisierung von Unternehmen. Durch zwei unterschiedliche Methoden kann dieses überwunden werden: erstens indirekt, indem zunächst gesellschaftliches Eigentum als staatliches Eigentum bezeichnet wird um es dann als Kapitalanteile durch staatliche Fonds zu privatisieren; und zweitens direkt, indem die Kapitalanteile nach der Umwandlung des Unternehmens in eine Kapitalgesellschaft verkauft werden (FILIPOVIĆ & HADŽIĆ 2005: 102f.).

Das Gesellschaftseigentum war hierbei eng mit der Arbeiterselbstverwaltung verbunden. Das gemeinschaftliche Betriebseigentum war dabei Ausdruck der Vereinigung der Arbeiter mit den Produktionsmitteln. Es bot, in diesem Verständnis, den Arbeitern für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses das Recht auf Arbeit und Nutzung der betrieblichen Mittel (DOBIAS et al. 2000: 67f.; KORNAI 1995: 537). Die Beschäftigten eines Unternehmens wählten in der Selbstverwaltung ihre Direktoren selbst. Sie entschieden über Investitionen, Löhne und Produktionsplanung; allerdings innerhalb eines festgelegten Rahmens, der die Ausplünderung des Betriebs verhindern sollte. Praktisch bedeutete dies dennoch, dass in Zeiten des Gewinns ein Unternehmen mit Arbeiterselbstverwaltung die Überschüsse in Form von Löhnen und Gehältern an die Beschäftigten weiter gab – wie bei Kollektivunternehmen – und in Zeiten von Verlust die Regierung um finanzielle Zuschüsse gebeten wurde – wie bei Staatsunternehmen (Kap. B.1.1.2; KORNAI 1995: 515ff.).

Insider-Privatisierung

Bereits 1989, deutlich vor dem Staatszerfall, ermöglichten gesetzliche Änderungen der SFRJ sogenannte Insider-Privatisierungen oder Coupon-Privatisierungen⁵³. Derzeitige oder ehemalige Beschäftigte konnten Anteile von

⁵³ Während Gutscheine-Privatisierungen und Mitarbeiter-Privatisierung mitunter der gleichen Privatisierungsart zugerechnet werden (vgl. SARKÖZY 1998), wird oft auch zwischen diesen beiden Formen unterschieden. Eine Coupon-Privatisierung wird, dieser Unterscheidung folgend, durch die Verteilung von Gutscheinen an die Bevölkerung vorgenommen; der Staat kann hieraus keine Einkünfte generieren und es gibt eine breite Streuung der Eigentümer. Eine Insider-Privatisierung stützt sich hingegen auf die Anteilskäufe der ehemaligen oder aktuellen Mitarbeiter der Firmen; wobei der Staat zwar Einkünfte generieren kann, jedoch die Insider nicht über genügend Kapital für eine effiziente Restrukturierung verfügen (AGHION & BLANCHARD 1998). Im serbischen Fall handelt es sich nach dieser Unterscheidung eindeutig um eine Insider-Privatisierung.

Unternehmen zu einem Grundrabatt von 30% erwerben. Jedes Jahr Beschäftigung im Betrieb brachte den Arbeitern noch einmal zusätzlich 1% Rabatt, bis zu einem maximalen Rabatt von 70% (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 91). Trotz der aufkommenden politischen Spannungen, die in Krieg und internationale Sanktionen mündeten, leiteten 1.220 serbische Unternehmen, was einem Drittel aller gemeinschaftlichen Unternehmen entsprach, diesen Prozess ein (BABIĆ 2001: 88; UVALIĆ 2010: 65). Mit dem Zerfall der jugoslawischen Föderation schlugen alle Republiken ihre eigenen Privatisierungspfade ein und verabschiedeten ihre eigenen Gesetze. Unterschiedliche Formen bzw. einzelne Elemente der Mitarbeiterbeteiligung gab es in allen ehemaligen jugoslawischen Republiken und mitunter auch in den Staaten Mittel- und Osteuropas (LOWITSCH 2000; SÁRKÖZY 1998).

1991 erließ Serbien ein Gesetz zu den Bedingungen und Verfahren um gesellschaftliches Eigentum in andere Formen von Eigentum zu überführen. Die Privatisierung war hierbei nicht verpflichtend. Diese Regelung hielt am Prinzip der Insider- bzw. Arbeitnehmer-Privatisierung fest, allerdings unter restriktiveren Bedingungen und unter strenger staatlicher Kontrolle. Von August 1991, als dieses Gesetz implementiert wurde, bis zum Frühjahr 1994 leiteten nur 688 Unternehmen in Serbien ihren Privatisierungsprozess ein (UVALIĆ 2010: 65). Die Trägheit des Privatisierungsprozesses Anfang der 1990er Jahre lag nach BABIĆ (2001: 88f.) nicht nur an der Staatskrise, sondern ebenso an langen Genehmigungsverfahren der Privatisierungsagentur und an unrealistischen Schätzungen zu gemeinschaftlichen Vermögenswerten. Der große Transformationsbruch kam dann 1994 mit dem sogenannten „Neubewertungsgesetz“. Durch dieses Gesetz wurde die Privatisierung gänzlich gestoppt und sogar zurückgeschraubt. Alle bisherigen Transformationsmaßnahmen wurden zur Disposition gestellt. Durch die Neubewertung aller bisher transformierten Werte, konnte sich die Regierung in Zeiten der Hyperinflation durch billige Anteilskäufe an der neuen Privatwirtschaft bereichern. Die internationalen Sanktionen dienten dabei als willkommenes externes Alibi (BABIĆ 2001: 88ff.). *De facto* kam es das erste Mal seit den frühen 1950er Jahren wieder zur Nationalisierung von Eigentum. Zwischen 1994 und 1996 wurden 436 vorher privatisierte Unternehmen in staatlichen Besitz zurückgeführt (PA 2005: 12f.). Der Anteil an privatem und anteilseigenem Kapital wurde dabei von 43% auf 3% bis 5% (*sic!*) gedrückt (FILIPOVIĆ & HADŽIĆ 2005: 107f.). Dadurch kontrollierten die Autoritäten einen Großteil der Beschäftigten und stärkten so die Machtposition des Regimes (BABIĆ 2001: 90).

Dieser Bruch des Transformationspfades führte in der Gesellschaft nicht nur zu Entmutigung und Vorbehalten gegenüber dem Privatisierungsprozess (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 92), sondern wird von vielen Ökonomen auch als ein

entscheidender Verlust von einigen transformatorischen Vorteilen der ehemaligen jugoslawischen Staaten beurteilt (UVALIĆ 2010: 67). Nach dem Vertrag von Dayton und gelockerten internationalen Sanktionen wollte die Regierung die Privatisierung erneut antreiben und verabschiedete 1997 ein neues Privatisierungsgesetz. Laut diesem Gesetz zur Eigentumstransformation (*zakon o svojinjskoj transformaciji*) (PA 2011) sollten aktuelle und ehemalige Beschäftigte Anteile in Höhe von 400 DM pro Beschäftigungsjahr, bis zu einer Grenze von insgesamt 6.000 DM mit einer zinslosen Rückzahlungsfrist von sechs Jahren, erhalten. Insgesamt waren die Insider-Anteile limitiert auf 60% des Gesamtkapitals des Unternehmens. Wenn diese Grenze nicht erreicht wurde, konnte jeder andere Bürger Anteile zu gleichen Konditionen erwerben. Nur etwa 400 Unternehmen starteten ihre Privatisierung unter der 1997er-Gesetzgebung. Der Grund für die niedrige Zahl kann im erschütterten Vertrauen in den Privatisierungsprozess gesehen werden sowie in der Beschränkung der Verkaufsanteile und in den Wechselkursen. Die Markt-Wechselkurse lagen mehrfach über dem offiziellen Kurs; gleichzeitig wurden Bewertungen der Unternehmen mit dem Marktkurs vorgenommen. Somit hatten die Arbeiter wenig Interesse die Privatisierung auf eigene Initiative voranzutreiben (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 92ff.).

Die Initialzündung für eine umfassende Privatisierung stellte die demokratische Revolution mit der Konsolidierung der Interims-Regierung im Oktober 2000 dar. In dem kurzen Zeitfenster von Oktober 2000 bis zur Bildung der neuen Regierung im Januar 2001 folgten allein 350 Unternehmen dem Aufruf zum Eintritt in den Privatisierungsprozess (UVALIĆ 2010: 97). Der wichtigste Grund hierfür ist wiederum in den Wechselkursen zu sehen. Diese wurden angepasst und der Dinar deutlich abgewertet. Zudem herrschte eine große Unsicherheit, wie die neue Privatisierungsgesetzgebung aussehen werde. VUJAČIĆ & VUJAČIĆ (2011: 93) nehmen folgerichtig an, dass die Beschäftigten und Manager vorausahnten, dass eine neue Gesetzgebung zur Privatisierung ihre bisherigen Privilegien und Vorteile beim Kauf von Anteilen beschränken würde. Somit bildeten der zu diesem Zeitpunkt noch bestehende gesetzliche Rahmen zusammen mit einem korrigierten Wechselkurs, der einen angemessenen Anteil am Firmenwert garantiert, einen deutlichen Anreiz für die Beschäftigten von einigermaßen soliden gemeinschaftlichen Unternehmen den Privatisierungsprozess einzuleiten.

Verkaufs-Privatisierung bzw. gemischte Privatisierung

Die Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes von 2001 (*zakon o privatizaciji*) (PA 2011) stellt die rechtlich klare Grenze zur vorangegangenen Insider-Privatisierung dar. Bei der Beurteilung des Privatisierungsprozess wurde die politische Umwälzung als Gelegenheit für einen klaren Bruch mit dem voran-

gegangen, als ungeeignet beurteilten, Systems verstanden. Die neue Strategie beruht auf kommerziellen Verkäufen, wie von den Experten der Weltbank vorgeschlagen, und rechtfertigt die Verkäufe eher durch Argumente der ökonomischen Effizienz als durch Argumente sozialer Gerechtigkeit, die in früheren Privatisierungen herangezogen wurden (UVALIĆ 2010). Vor dem Hintergrund einer brachliegenden Wirtschaft am Rande eines Staatsbankrotts wurde dieser Zugang, basierend auf Ausverkäufen, als Möglichkeit zur Gesundung des Staatsbudgets gesehen und als Quelle möglicher Investitionen in Infrastruktur und soziale Dienste (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 94).

Es gab zwei Möglichkeiten der Verkaufs-Privatisierung: öffentliche Ausschreibungen (Tender) und Versteigerungen (Auktionen). Ausschreibungen sollten auf große Unternehmen angewandt werden mit der Hoffnung auf Angebote von ausländischen strategischen Investoren, die gleichzeitig Knowhow, effizienteres Management und Zugang zu Exportmärkten mit ins Land bringen. Kleinere und mittlere Unternehmen sollten hingegen in Auktionen versteigert werden (PA 2005: 14). In einem Tender-Prozess ist der angebotene Kaufpreis nicht allein der bestimmende Faktor, denn hier werden auch zukünftige Investitionen und der angebotene Beitrag zum Sozial- und Umweltprogramm mit beurteilt. Die Erfüllung dieser zusätzlich festgelegten Verpflichtungen muss durch die Privatisierungsagentur evaluiert und überwacht werden. Das Sozialprogramm sollte entweder die Kompensationen für den Verlust der Arbeitsplätze oder die Weiterbeschäftigung der Arbeiter für eine bestimmte Zeit bereitstellen und sollte somit der Massenarbeitslosigkeit in Folge von Restrukturierungsmaßnahmen nach der Privatisierung entgegenwirken. Die Zuschläge für Auktionen hingegen sind allein durch den Preis bestimmt. Diese sollten vollkommen transparent ablaufen in der Hoffnung, dass „Insider“ nicht den Großteil der Bieter darstellen (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 95). Die Gesetzgebung verbot damit natürlich nicht die Teilnahme von Mitarbeitern am Prozess, machte aber – im Gegensatz zu den Modellen der 1990er Jahre – den Privatisierungsprozess nun für die Teilhabe von „Outsidern“ offen und für nahezu alle gemeinschaftlichen Unternehmen verpflichtend.

Dennoch lässt sich in dem neuen Gesetz von 2001 weiterhin der Pfad der Mitarbeiterbeteiligung erkennen, was den Widerstand gegen das neue Gesetz befrieden und den Beschäftigten einen Anteil an den privatisierten Unternehmen sichern sollte. Grundsätzlich wurde das Kapital, das versteigert werden sollte, in einen entgeltlichen und unentgeltlichen Teil aufgeteilt. Der entgeltliche wurde Investoren angeboten, während der unentgeltliche den Mitarbeitern, ehemaligen Beschäftigten und der Öffentlichkeit überlassen wurde. Dieser Mitarbeiteranteil konnte laut Gesetz allerdings nur noch bis zu 30% des Unternehmenswertes betragen und nicht 60% wie in der vorangegangenen Gesetz-

gebung. Jeder Beschäftigte oder ehemalige Beschäftigte konnte demnach Anteile im Wert von 400 DM pro Beschäftigungsjahr bis zu einer Obergrenze von 14.000 DM erwerben, unter der Voraussetzung, dass der Verkauf zu 70% abgeschlossen war. Übrig gebliebene Anteile sollten über einen Fond und unter der Aufsicht der Privatisierungsagentur entweder an der Börse oder durch Auktionen innerhalb von sechs Jahren verkauft werden (UVALIĆ 2010: 159ff.).

In den ersten zwei Jahren nach dem neuen Gesetz – zwischen 2002 und 2003 – wurden vor allem renommierte staatliche und gemeinschaftliche Unternehmen privatisiert. Die ersten Interessenten in Tendern waren daher oft ausländische Unternehmen die bereits während des Milošević-Regimes Interesse bekundeten und nun ihre Gelegenheit gekommen sahen. Die Anwerbung von renommierten ausländischen Unternehmen sollte überdies ein Zeichen sein, dass Serbien jetzt ein geschäftsfreundliches Umfeld darstellt, wodurch weitere Investoren angelockt werden konnten (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 96). Der absolute Höhepunkt im Privatisierungsprozess wurde im Jahr 2003 erreicht, als 19 Unternehmen im Tendersverfahren und 680 Unternehmen bei Auktionen innerhalb eines Jahres verkauft wurden. In den folgenden Jahren geriet der Prozess erneut ins Stocken. Bis 2008 wurden jeweils immer zwischen 200 bis 300 Unternehmen pro Jahr privatisiert (UVALIĆ 2010: 162; PA 2005: 14).

Institutionelle Probleme der 2001er-Privatisierung

Ein Vorteil bei der Formulierung des neuen Privatisierungsgesetzes von 2001 hätte – wie bereits erwähnt – eigentlich sein sollen, dass hier auf zahlreiche operationale sowie normative Erfahrungen anderer Transformationsländer während der Neunziger zurückgegriffen werden konnte. Dennoch war das auf Verkauf basierende Privatisierungsmodell in Serbien stark anfällig für wirtschaftskriminelle Aktivitäten. Zusätzlich war das Modell laut VUJAČIĆ & VUJAČIĆ (2011: 95f.) von seiner Natur aus unvereinbar mit seinen Zielen. Die grundsätzlichen Fehler lägen schon im Prinzip der Auktionen und Tender. Modelle, die auf Verkauf basieren, brauchen per Definition eine starke Nachfrage. Und diese war sowohl bei heimischen wie bei internationalen Investoren, spätestens nach dem technologischen Rückschritt der 1990er Jahre, begrenzt.

Da der serbischen Regierung der Privatisierungsprozess nicht rasch genug voranging, wurde das Verfahren bereits im August 2002 beschleunigt. Die Versteigerungsmethode wurde verändert und der Auktions-Startpreis der Unternehmen wurde nicht mehr von externen Gutachtern festgesetzt, sondern durch einen korrigierten Bilanzwert bestimmt. Diese Umstellung externer Bewertung auf den Bilanzwert bevorzugte erneut die Insider – hauptsächlich im höheren Management – da sie den tatsächlichen Wert des Unternehmens besser abschätzen konnten. Genau solche Bevorteilungen der Insider sollte eigentlich

durch das neue Privatisierungsmodell vermieden werden. Außerdem eliminierte der Mangel an Bewertung der Unternehmen die *Due-Diligence*-Prüfung vor einem Verkauf. Der tatsächliche Zustand der Anlagen und Maschinen konnte ebenso verschleiert werden wie mögliche Umweltprobleme (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 97). Solche Probleme kamen oft erst nach Abschluss der Privatisierungsverträge zum Vorschein – ein weiterer Grund für die hohe Zahl annullierter Verträge.

Zudem konnten Personen, die sich selbst durch ihre Beziehungen mit dem Milošević-Regime und/oder durch kriminelle Handlungen bereicherten, in dem neuen System weiter ihre Vermögenswerte rein waschen. Direkt oder über Strohleute mit tadellosem Register, konnten sie ihren Reichtum und Einfluss nutzen um Firmen zu kaufen und dadurch Gewinne aus illegalen Geschäften, wie Drogengeschäften, in legale Geldwerte zu verwandeln (DOJČINOVIĆ 04.11.2011). Erleichtert wurde dies dadurch, dass Einzelpersonen im Gegensatz zu juristischen Personen bei einer Auktion faktisch bevorteilt wurden, denn diese konnten den Kaufpreis in Raten bis zu 6 Jahren abbezahlen und mussten nicht unmittelbar für die volle Summe aufkommen. Dies erleichterte wohlhabenden Geschäftsmännern, die nicht öffentlich in Erscheinung treten wollten, über Strohleute die Möglichkeit für typische Betrugsverläufe.

Das neu erworbene Unternehmen wurde dabei als Sicherheit verwendet um sich mehr Kredite zu beschaffen und neue Privatisierungsankäufe zu tätigen. Danach konnte die Privatisierung des ersten Unternehmens schlicht durch Vernachlässigung der nächsten Zahlungsrate annulliert werden. In der Zwischenzeit wurde allerdings aus dem ersten Unternehmen ein Großteil der greifbaren Vermögenswerte abgezogen bzw. ausgeplündert. Über einen gewissen Zeitraum konnten sich so einige Kriminelle im Stil der vielzitierten „Heuschrecke“ an serbischen Unternehmensbeständen bereichern, in erster Linie zu Lasten der dortigen Mitarbeiter. Eine andere Methode ist, das Unternehmen als juristische Person zu verwenden um ein weiteres Unternehmen zu kaufen. Das zweite Unternehmen wird dann wieder dazu verwendet Kredite zu akquirieren, die dann dazu genutzt werden, um entweder die Schulden des ersten Unternehmens zu begleichen oder um weitere zu Firmen aufzukaufen. Insbesondere in den Jahren 2002 und 2003, innerhalb des schnell fortschreitenden Privatisierungsprozesses, führte dies zur Ausbildung von Konglomeraten in der Art eines Schneeballsystems (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 100). Einzelne Geschäftsmänner konnten zu „Tycoons“ oder Magnaten aufsteigen, mit weitverzweigten Unternehmensgeflechten – tief verankert in der serbischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Ihr wirtschaftliches Handeln unterscheidet sich grundlegend von dem ausländischer strategischer Investoren. Laut EHRKE (2010) sind die Tycoons „keine Agenten der Re-Industrialisierung des Landes“.

Sie dominieren in Sektoren, die nicht so stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, wie im Einzelhandel, im Immobiliensektor und in geschützten Teilen des Finanzsektors. Ihr Geld verdienen diese auch mit Importlizenzen für ausländische Produkte. „Daher sind sie an niedrigen Importpreisen und einem hohen Außenwert des Dinars interessiert – nicht aber an dem notwendigen Übergang zu einem exportorientierten Wachstum“ (EHRKE 2010: 1).

Einige Beispiele fehlgeleiteter Privatisierungen lassen vermuten, dass mitunter nur die erstklassigen städtischen Flächen der Grund für den Ankauf von Unternehmen waren. Nach VUJAČIĆ & VUJAČIĆ (2011: 98f.) wäre die Wirtschaftlichkeit und Zukunft des Betriebes in solchen Fällen gezielt vernachlässigt worden. Privatisierungskäufe würden dabei nur getätigt, um extrem günstig an die begehrten Flächen zu gelangen und dort Immobilien mit großem Gewinn zu errichten.

Typologie der Privatisierungsphasen

Die exogenen und endogenen Bedingungen des „verlorenen Jahrzehnts“ charakterisieren den Privatisierungsprozess dieser Zeit und sind als Teil der verzögerten Transformation Serbiens in dem bis heute hinterherhinkenden Privatisierungsfortschritt des Landes spürbar. Noch Anfang der 1990er Jahre bestand unter den Insidern ein großer Enthusiasmus Anteile an ihren Unternehmen zu erwerben. Dieser eingeleitete Pfad der Insider-Privatisierung wurde Mitte der 1990er Jahre wieder radikal umgekehrt. Nachhaltig zerstörten diese Nationalisierungen das Vertrauen der möglichen Insider-Privatisierer und der Kapitalgeber, in den serbischen Privatisierungsprozess. Innerhalb des neuen Insider-Privatisierungsgesetzes von 1997 blieb damit, und aufgrund der anhaltend schwierigen makroökonomischen Situation, der Anreiz für Privatisierung überschaubar.

Das Insider-Modell wird im postsozialistischen Kontext typischerweise aufgrund politischer Einschränkungen gewählt. In den ehemaligen Jugoslawischen Republiken war das Modell zudem ein Zugeständnis für den Machtverlust der Selbstverwaltungsorgane (LOWITSCH 2000: 21). Die Insider-Privatisierung stütze sich dabei auf die interne Initiative von (ehemaligen) Mitarbeitern und damit auf inländische Unternehmenskäufe und Investitionen. Der Zufluss ausländischen Kapitals blieb somit marginal. Führende Kräfte hinter diesen Privatisierungen waren meist die ehemaligen Manager der gemeinschaftlichen Unternehmen, die dann oft in gleicher Funktion im privatisierten Betrieb tätig blieben. Eine Pflicht, die staatlichen und gesellschaftlichen Betriebe des Landes zu privatisieren, gab es dabei nicht.

Tab. 7: Typologie der Unternehmensprivatisierungs-Modelle in Serbien

Modelle	Chronologie	Merkmale
Insider-Privatisierung (1989-2001)	<ul style="list-style-type: none"> • Seit 1989 in der SFRJ möglich • 1994-1996: „Neubewertungsgesetz“ • 1997-2001: „Gesetz zur Eigentums-transformation“ • Privatisierungswelle nach dem Oktober 2000 	<ul style="list-style-type: none"> • Zerrüttetes Vertrauen in den Privatisierungsprozess • Ehem. Beschäftigte (Insider) privatisieren • Keine Privatisierungspflicht
Verkaufs-Privatisierung (ab 2001)	<ul style="list-style-type: none"> • Seit 2001: „Gesetz zur Privatisierung“ • 2002-2003: hauptsächlich profitable Unternehmen werden privatisiert • Ab 2004: Verlangsamung der Privatisierung • Stetiger Rückfluss annullierter Privatisierungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Suche nach strategischen Investoren • Insider bleiben bevorzugt • Verpflichtende Verkäufe

Als politisches Zugeständnis an die Beschäftigten beinhaltete das neue liberale Privatisierungsgesetz nach 2001 weiterhin Elemente der Coupon-Privatisierung und Insider-Bevorzugung. Die entscheidende Unterschiede zu der vorangegangenen Privatisierungsphase ist jedoch, dass die Privatisierung aller Gesellschaftsunternehmen nun verpflichtend und offen für alle Investoren war. Es fand ein ideologischer Strategiewechsel – von einer bevorzugten unternehmensinternen zu einer externen Eigentumstransformation – statt. Die neugeschaffene Privatisierungsagentur war explizit mit dem Auftrag ausgestattet worden nach strategischen inländischen und vor allem ausländischen Investoren zu suchen.

Entwicklung der Privatwirtschaft ab 2002

Ab 2002 nahm die serbische Privatisierung unter dem neuen Gesetz an Fahrt auf. Deutlich wird dies mit einer leichten zeitlichen Verzögerung in der Analyse der Daten zu den Unternehmen im nicht-finanziellen Sektor (Tab. 8). Zwischen 2002 und 2004 schrumpfte der Anteil des gesellschaftlichen Sektors beträchtlich. Lag der Anteil der Bruttowertschöpfung an allen Unternehmen des nicht-finanziellen Sektors 2002 noch bei 30,7%, waren es 2004 nur 12,5%. Die Beschäftigung hatte sich in diesem Zeitraum in den Betrieben im gesellschaftlichen Eigentum mehr als halbiert (Tab. 8). Die Beschäftigungsgewinne im privaten Sektor konnten dies jedoch nicht ausgleichen; obgleich sie konstant weiter anstiegen. Zusätzlich schrumpfte der Anteil des gesellschaftlichen Sektors auch dadurch, dass Unternehmen in Staatsunternehmen umgewandelt wurden, um sie auf deren Privatisierung vorzubereiten. Insgesamt wurde der Anteil des gesellschaftlichen Sektors bis 2007 auf 3,4% gedrückt und der des privaten Sektors auf 64,3% ausgebaut (Tab. 8). Neben der Privatisierung, trugen

die Transformation gemischter Eigentumsformen und Neuinvestitionen der Privatwirtschaft zu dieser Entwicklung bei.

Tab. 8: Unternehmen im nicht-finanziellen Sektor nach Eigentumsformen von 2002 bis 2007 (UVALIČ 2010: 214f.)

Eigentumssektoren	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl der Firmen						
Gesellschaftlich	3.885	3.210	2.737	2.050	2.763	2.751
Private	57.182	64.198	66.411	68.495	69.808	77.867
Kooperative	2.384	2.686	2.755	2.433	1.898	1.814
Gemischt	2.977	3.177	3.119	1.967	1.190	1.095
Staatlich	450	559	455	485	575	586
Insgesamt	66.878	73.830	75.477	75.430	76.234	84.113
Anzahl der Beschäftigten						
Gesellschaftlich	473.284	300.246	222.700	143.965	145.653	93.466
Private	263.340	328.061	407.700	607.030	607.763	685.913
Kooperative	18.633	16.639	18.070	13.498	12.861	10.127
Gemischt	429.359	403.874	371.566	170.323	148.570	132.659
Staatlich	108.663	160.862	162.908	183.076	181.735	175.748
Insgesamt	1.293.279	1.209.682	1.182.944	1.117.892	1.096.582	1.097.913
Bruttowertschöpfung (in %)						
Gesellschaftlich	30,7	17,7	12,5	9,0	8,1	3,4
Private	21,5	28,0	35,5	57,6	59,5	64,3
Kooperative	0,8	0,8	1,2	1,0	0,9	0,8
Gemischt	36,3	34,6	31,3	12,9	12,5	10,7
Staatlich	10,7	18,9	19,5	19,5	19,0	20,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Bei der Entwicklung der Beschäftigung in allen Unternehmen und Organisationen, also auch inklusive der Finanzunternehmen und der staatlichen Verwaltung, ist der Übergang hin zur Privatwirtschaft ebenfalls ersichtlich; wengleich nicht ganz so eindeutig (Abb. 19). Der in relativen Beschäftigungsanteilen sichtbare Rückgang des gesellschaftlichen Sektors geht dabei einher mit einem Anstieg der Privatwirtschaft und des staatlichen Sektors. Der Ausbau der öffentlichen Verwaltung wurde vom Staat als politisches Instrument genutzt den in der Privatisierung inhärenten Beschäftigungsrückgang abzufedern und zur Sicherung des sozialen Friedens beizutragen.

Zwischen den Jahren 2009 und 2011, mit den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, waren die Beschäftigtenzahlen in der Privatwirtschaft zum ersten Mal seit dem „Neubewertungsgesetz“ Mitte der 1990er Jahre wieder rückläufig. Bei einem weiterhin aufgeblähten öffentlichen Sektor verlor die Privatwirtschaft damit sogar wieder an Anteilen. Im Jahr 2012 waren so 53,3% der Beschäftigten in rechtlichen Einheiten in der Privatwirtschaft

beschäftigt. Der Anteil des staatlichen Sektors lag bei 44,7%. Der gesellschaftliche Sektor spielt kaum mehr eine Rolle. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der serbische Privatisierungsprozess abgeschlossen ist.

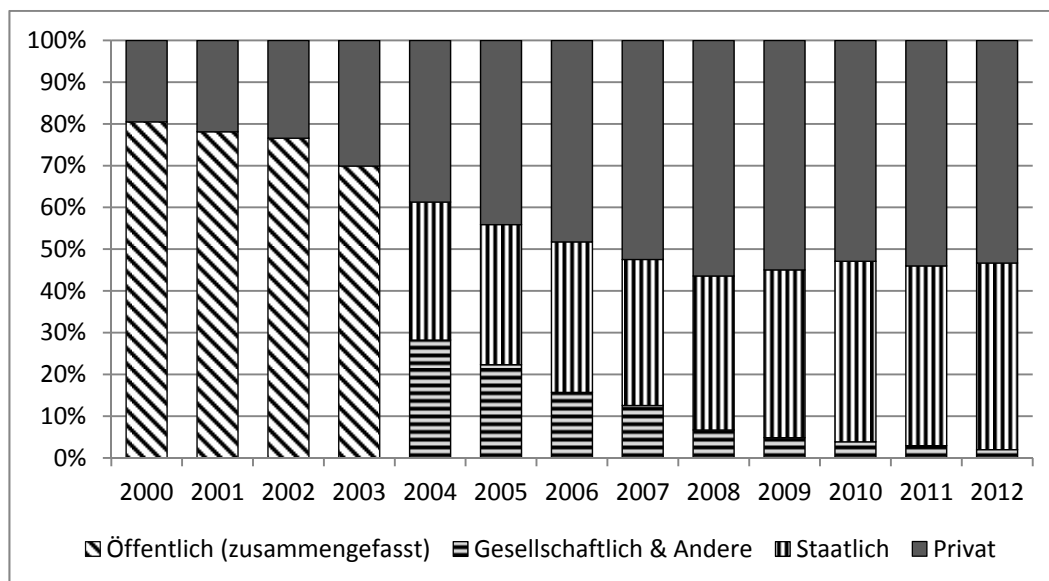


Abb. 19: Anteil der Beschäftigten (in rechtlichen Einheiten) nach Eigentumsform in Serbien (Daten: Statistički godišnjak Srbije verschiedene Jahrgänge; SORS Labour Force Surveys verschiedene Jahrgänge)

Die ursprünglich im Gesetz von 2001 festgesetzte Deadline für den Abschluss der Privatisierungen wurde mit dem Ende des Jahres 2005 angegeben. Die Frist für den Abschluss des Privatisierungsprozesses wurde regelmäßig nach hinten gesetzt. So kann die Privatisierungsphase bis heute (2013) in Serbien noch immer nicht als „abgeschlossen“ gelten. Laut den Zahlen der serbischen Privatisierungsagentur wurden bis September 2011 insgesamt 1.638 Unternehmen privatisiert. Allein bis Ende 2004 wurden in Serbien bereits insgesamt 1.169 Unternehmen auf Basis des Gesetzes von 2001 privatisiert (UVALIĆ 2010: 162). Dabei ist allerdings zu bedenken, dass viele Unternehmen nach annullierten Privatisierungsverträgen erneut verkauft wurden und werden; oft jedoch dann als staatliches und nicht als gesellschaftliches Eigentum. Dieser Prozess setzt sich weiter fort. Im September 2011 befanden sich noch 537 in Restrukturierung oder wurden noch nicht verkauft (PA 2011). Gerade in Fällen fehlgeschlagener Privatisierungen oder bei großen strategischen Staatsunternehmen (Energie, Infrastruktur etc.) besteht weiterhin noch Potential für Personalfreisetzung.

2.1.2 Analyse regionaler Privatisierungswirkungen

Generell müssen gerade stark industriell geprägte Regionen der Peripherie als Verlierer des Privatisierungsprozesses gelten, da hier viele staatliche und gesellschaftliche Großbetriebe, auch Zweigbetriebe, nur schwer veräußerbar waren,

billigst an unzuverlässige Investoren verkauft oder komplett geschlossen wurden. Schon allein aufgrund der geographisch deutlich ungleich verteilten Anzahl, Größe und Produktivität von Unternehmen ergeben sich regionale Unterschiede im Privatisierungsprozess. Interessant wird der regionale Vergleich bei Hinzunahme der zeitlichen Komponente. Wann und unter welchem Privatisierungsgesetz wurde jeweils in regionaler Hinsicht umfassender privatisiert? Es lässt sich eindeutig feststellen, dass die beiden gewählten Privatisierungsstrategien zu jeweils unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten in der Unternehmensprivatisierung führten und damit zu den jeweiligen Zeiträumen unterschiedliche Wirkung auf die räumliche sozioökonomische Entwicklung des Landes haben.

Tabelle 9 und Abbildung 20 zeigen einen regionalen Vergleich der vorgenommenen Privatisierungen unter dem Gesetz von 1997 und unter dem Gesetz von 2001 bis zum Ende des Jahres 2004. Die Daten entstammen der erwähnten Veröffentlichung der serbischen Privatisierungsagentur von 2005 (PA 2005). Die zeitliche Begrenzung bis 2004 ist sinnvoll, da insbesondere die hohe Dynamik in der Anfangsphase der 2001er-Privatisierung in regionaler Hinsicht deutliche Unterschiede gegenüber der vorangegangenen Privatisierung aufzeigen kann.

In Tabelle 9 sind sechs strategisch wichtige Bezirke (von insgesamt 25 serbischen Bezirken) hinsichtlich der Anzahl von Privatisierungen und der hierdurch betroffenen Beschäftigten aufgeführt. Diese sechs Regionen repräsentieren 55% aller Privatisierungen unter dem 1997er-Gesetz und 44% des 2001er-Gesetzes bis Ende 2004. Schon rein in der Anzahl der Privatisierungen zeigt sich die Wichtigkeit der Bezirke Belgrad und Süd-Bačka mit der Stadt Novi Sad. Dies ist wenig überraschend, da sich hier die wirtschaftlichen Zentren des Landes mit einer hohen Zahl an Unternehmen befinden. Interessanter ist die zeitliche Veränderung im Vergleich mit den anderen Auswahlregionen. Unter dem Gesetz von 1997 wurde in Relation gesehen wesentlich umfangreicher in den wirtschaftlichen Zentren privatisiert als in peripheren Regionen. 349 der 775 privatisierten Unternehmen, also 45% aller serbischen Privatisierungen, waren unter diesem Modell in den Bezirken Belgrad und Süd-Bačka verortet.

Tab. 9: Privatisierungen des nicht-finanziellen Sektors nach den Privatisierungsgesetzen von 1997 und 2001, bis Ende 2004, nach ausgewählten Bezirken (Daten: PA 2005: 15 & 101)

Bezirk	Unter dem Gesetz von 1997		Unter dem Gesetz von 2001 (bis 2004)			
	Anzahl der Unternehmen	Beschäftigte (Zeitpunkt der Priv.)	Anzahl der Unternehmen – Gesamt	Beschäftigte (Zeitpunkt der Priv.)	Anzahl der Unternehmen – Auktionen	Anzahl der Unternehmen – Tender
Belgrad	229	61.405	219	19.100	216	3
Süd-Bačka	120	23.957	114	12.674	110	4
West-Bačka	38	7.114	53	5.920	51	2
Mačva	13	2.427	53	5.873	52	1
Moravica	19	12.571	39	6.684	36	3
Nišava	9	1.285	42	8.819	37	5
Die 6 Be-	428	110.882	520	59.070	502	18
Gesamt	775	198.632	1.169	143.299	1.129	40

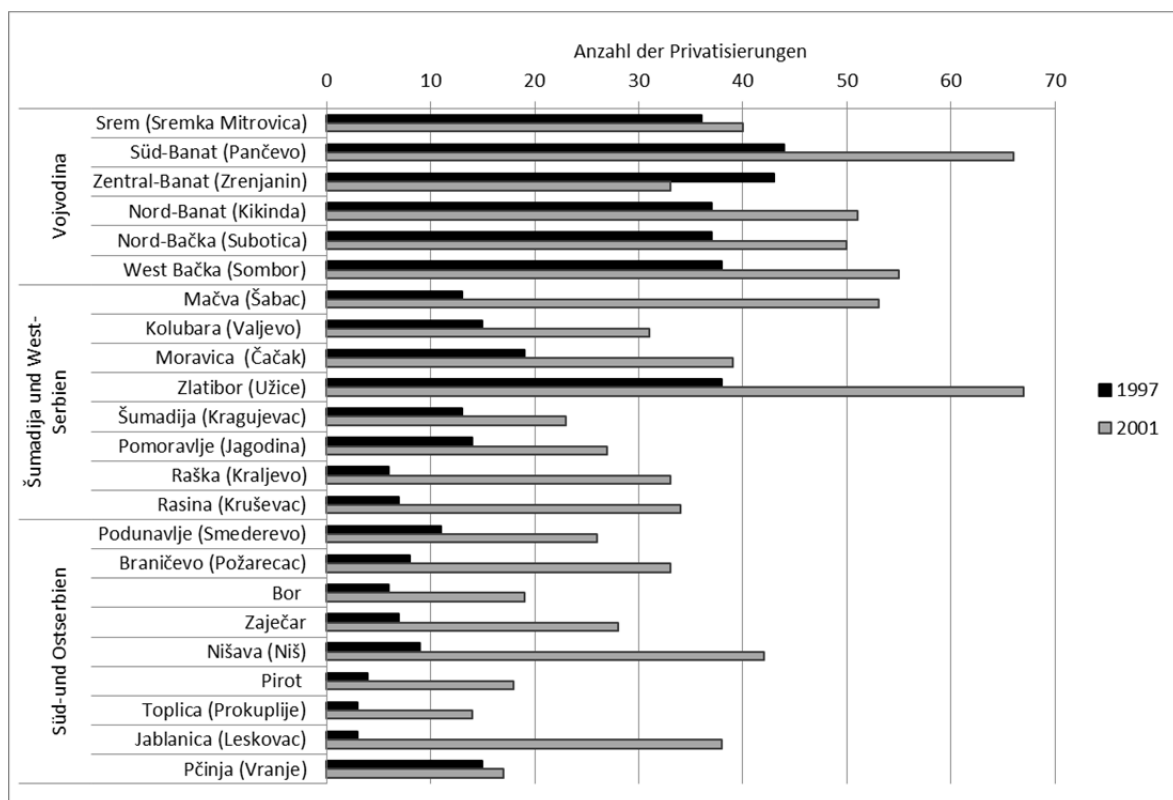


Abb. 20: Unternehmensprivatisierungen (Privatisierungsgesetzen 1997 und 2001) bis Ende 2004 nach Bezirken (ohne Belgrad und Süd-Bačka) (Daten: PA 2005: 15)

Unter dem 2001er-Gesetz wird dann deutlich verstärkt in peripheren Regionen privatisiert. Allerdings war zu Beginn dieser Phase das Interesse ausländischer Investoren weiterhin sehr schwach und, wenn vorhanden, vor allem auf Unter-

nehmen gerichtet, auf welche die Investoren bereits in der Milošević-Zeit ein Auge geworfen hatten. Dies waren Firmen, die global und regional besser integriert waren oder integriert werden konnten, was wiederum den frühen Fokus dieser Phase auf Belgrad und Novi Sad legte (FILIPOVIĆ et al. 2006: 223ff.; UVALIĆ 2010: 162). Ab spätestens 2003 lässt sich dann eine weitere Verstärkung der Privatisierung in eher unterentwickelten Regionen feststellen. Oft handelt es sich um jahrelange Ausschreibungen, bei denen zunächst kein strategischer Investor gefunden werden konnte und um Versteigerungen bei denen die Unternehmen aufgrund mangelnder Angebote besonders günstig veräußert wurden.

Im Bezirk Nišava, der mit der Stadt Niš immerhin die drittgrößte Stadt Serbiens und das regionale Zentrum des Südostens beherbergt, wurden auf Grundlage des Gesetzes von 1997 nur neun Unternehmen privatisiert, während es zwischen 2001 bis 2004 bereits 42 waren. Bemerkenswert sind die fünf Tenderverfahren, mit denen in der Regel renommierte Großunternehmen veräußert werden. Bei den durch die Privatisierungen betroffenen Beschäftigten ist die Situation simultan. Während in Belgrad und dem Bezirk Süd-Bačka deutlich mehr Beschäftigte in privatisierten Betrieben unter dem Gesetz von 1997 als unter dem Gesetz von 2001 zu verzeichnen sind, ist die Situation z.B. im Nišava-Okrug genau umgekehrt (Tab. 9). Insgesamt lässt sich eine Nord-Süd-Differenzierung feststellen. In Belgrad und allen Bezirken der Provinz Vojvodina wird die 1997er-Privatisierung bereits deutlich vorangetrieben; während sie sich im Rest des Landes, und dabei insbesondere in Ost- und Südost-Serbien, erst mit dem Gesetz von 2001 durchsetzt (Abb. 20).

Ursachen regionaler Privatisierungsschwerpunkte

Die regional unterschiedlichen Schwerpunkte der Privatisierungsphasen, sind durch die Ausgestaltung des jeweiligen Privatisierungsmodells zu erklären. Schlicht die Tatsache, dass Privatisierung von Unternehmen nach dem Gesetz von 1997 nicht verpflichtend war, führte dazu, dass sich Mitarbeiter natürlich nur Anteile an ihren Unternehmen sichern wollten, wenn sie selbst von deren Wert überzeugt waren oder in ausreichender Form am Unternehmen beteiligt werden konnten. Die 1997er-Privatisierung brachte dadurch wenig Privatisierungsanreize in periphereren Standorten und kaum Anreize für die Transformation der industriellen Kombinate. Die etwa 900 Großunternehmen der BRJ machten zwar nur etwas über 1% aller Firmen aus, beschäftigten gegen Ende der 1990er Jahre jedoch noch rund 52% aller Arbeitskräfte und waren für 82% aller Verluste verantwortlich (BÜSCHENFELD 1999a: 30). Deren Überleben hing an einer permanenten Subventionierung durch den Staat und machte sie damit für eine freiwillige Privatisierung vollkommen uninteressant.

Doch auch abseits der Großbetriebe blieb die Privatisierung nach dem Gesetz von 1997 zunächst sehr schwach. In der kurzen finalen Insider-Privatisierungswelle nach der demokratischen Revolution im Herbst 2000 bis zu einer neuen Privatisierungsgesetzgebung im Jahr 2001 leiteten hauptsächlich viele kleine und mittlere Unternehmen ihre Privatisierung ein (HADŽIĆ 2002: 10ff.). Die Mitarbeiter fürchteten, dass sie sich unter dem neuen Privatisierungsgesetz nicht mehr ausreichend und zu den gleichen Konditionen an ihren Unternehmen beteiligen konnten. Größere Unternehmen wurden in dieser Phase kaum privatisiert, da die Anteile pro Arbeiter und Manager bis zu einem Höchstwert limitiert waren (Kap. B.2.1.1; UVALIĆ 2010: 97). Privatisierer konnten sich also in einem größeren Unternehmen kaum Anteile sichern.

Ab 2001 war der Privatisierungsprozess verpflichtend, wodurch nun auch Unternehmen mit geringerer Performance, mehr überflüssiger Beschäftigung, hoher Verschuldung oder an uninteressanteren Standorten – tendenziell im Süden des Landes und außerhalb der beiden wirtschaftlichen Zentren – teilweise billigst versteigert werden konnten oder mussten. So hatte das 2001er-Gesetz nun wirklich landesweite Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Sektor. Zusätzlich wurden zur Koordinierung regionale Privatisierungsagenturen etabliert, die – mit Sicherheit – ebenfalls einen gewissen Beitrag zur regionalen Ausweitung des Prozesses leisteten.

Unterschiedliche Sozioökonomische Effekte der beiden Privatisierungsmodelle

Dass die beiden Privatisierungsmodelle in Serbien unterschiedliche ökonomische und soziale Auswirkungen hatten, liegt in erster Linie an den jeweils beteiligten Privatisierungsakteuren. Nach FRYDMAN et al. (1999) leistet die post-sozialistische Unternehmensprivatisierung einen Beitrag zur Produktivität und Wachstum, wenn „Outsider“ und nicht die „Insider“ beteiligt sind. Jedoch profitieren am diesem Wachstum durch Outsider-Privatisierung nicht die Beschäftigtenzahlen. Diese, am Beispiel von privatisierten und nicht-privatisierten Firmen in den mittel- und osteuropäischen Staaten erarbeiteten, Ergebnisse von FRYDMAN et al. (1999) spiegeln damit exakt die Annahmen im serbischen Fall wider. Die Insider privatisierte Unternehmen sind weniger geneigt zu restrukturieren und zu rationalisieren, während Verkaufsprivatisierungen durch strategische – oft ausländische – Investoren ein höheres Maß an Modernisierung versprechen (PA 2005: 34f.).

So hatten serbische Unternehmen, die unter dem Gesetz von 1997 privatisiert wurden, im Vergleich zu den nicht-privatisierten Unternehmen, keine stärkeren negativen Effekte auf den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung ging prozentual in privatisierten Unternehmen zwischen 1998 und 2001 gleichermaßen zurück wie in nicht-privatisierten Unternehmen (Tab. 10). Dies ist ein typisches

Merkmal einer Insider-Privatisierung, bei der überflüssige Beschäftigung nach der Privatisierung geschützt blieb und schmerzhaftes Rationalisierungsmaßnahmen nicht eingeleitet wurden. Das 1997er-Modell hat damit keine besondere oder gegenüber den allgemeinen Trends abweichende Wirkung auf die Beschäftigung. Trotz regional stark unterschiedlicher Privatisierungsbestrebungen (Abb. 20; Tab. 9) lassen sich so keine klaren räumlichen Beschäftigungseffekte ableiten.

Tab. 10: Beschäftigungsentwicklungen in privatisierten Unternehmen und allen Unternehmen des nicht-finanziellen Sektors (PA 2005: 162; UVALIĆ 2010: 214)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Beschäftigte (alle Unternehmen)	1.506.070	1.441.650	1.394.071	1.360.037	1.293.279	1.209.682	1.182.944
<i>Entwicklung</i>		-4,3%	-3,3%	-2,4%	-4,9%	-6,5%	-2,2%
Beschäftigte (privatisierte Unternehmen)	393.880	379.106	365.975	356.935	328.877	299.935	257.391
<i>Entwicklung</i>		-3,8%	-3,5%	-2,5%	-7,9%	-8,8%	-14,2%

Die finanzielle Situation von Unternehmen unter dem 1997er-Gesetz hat sich nach deren Privatisierung jedoch in den meisten Fällen verschlechtert (PA 2005: 28ff.). Dies ergibt sich aus der schwierigen makroökonomischen Situation, stagnierenden bzw. verschlechterten Produktionszahlen und der Tatsache, dass die neuen privaten Unternehmen im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Unternehmen nicht auf finanzielle Hilfe des Staates hoffen konnten; aber gleichzeitig, wie erwähnt, unzureichende oder keine Restrukturierungsmaßnahmen bei der Beschäftigung einleiteten. Genauso hatte sich die Zahlung von Löhnen in Unternehmen von 1997 nach ihrer Privatisierung nicht verbessert. Dies ist eigentlich entgegen der Annahmen zu Mitarbeiterprivatisierungen; erklärt sich aber aus den relativ niedrigen Profitabilitätssteigerungen dieser Unternehmen. Außerdem wurden viele Löhne in Unternehmen der 1997er-Privatisierung überhaupt nicht ausgezahlt, was ebenfalls die schwierige finanzielle Situation dieser Unternehmen aufzeigt. Zwei Jahre nach ihrer Privatisierung wurden 10 bis 17% der Löhne nicht ausbezahlt (PA 2005: 38).

Das wirtschaftsliberale Privatisierungsmodell nach 2001 führte zu wesentlich stärkeren Personalrationalisierungen. Zwischen 2002 und 2004 war der Beschäftigungsrückgang in privatisierten Unternehmen wesentlich ausgeprägter als im Durchschnitt aller Unternehmen (Tab. 10). Hiervon betroffen waren vor allem die großen staatlichen und gesellschaftlichen Firmen. Im Restrukturierungsprozess verloren diese eine hohe Zahl ihrer Mitarbeiter oder wurden gänzlich geschlossen (JOVIĆIĆ 2006: 52ff.). Da unter dem Modell von 2001 stärker in der Peripherie bzw. außerhalb der Zentren privatisiert wurde (Tab. 9) und gleichzeitig unter diesem Modell negative Beschäftigungseffekte schneller

und deutlicher spürbar waren, hatte die 2001er-Privatisierung einen signifikanten Anteil an den räumlichen Polarisierungstendenzen dieser Zeit. Auf der anderen Seite wuchsen die Löhne für die weiterhin Beschäftigten der durch das 2001er-Gesetz privatisierten Unternehmen im Schnitt stärker als für Beschäftigte anderer Betriebe. Die Löhne in nach 2001 transformierten Unternehmen stiegen zudem, im Gegensatz zur 1997er Privatisierung, unmittelbar nach der Privatisierung und nicht erst mit einer deutlichen Verzögerung (PA 2005: 36f.). Dies ist jedoch hauptsächlich der allgemeinen Lohnentwicklung (Kap. B.1.3.3) geschuldet.

Räumlich-zeitliche Analyse der industriellen Beschäftigung im Kontext unterschiedlicher Privatisierungsmodelle

Die im Folgenden vorgenommene Interpretation der industriellen Beschäftigungsentwicklung innerhalb der Phasen umfangreicher Privatisierungen dient als weiterer indirekter Hinweis auf die soeben beschriebenen regionalen Privatisierungstendenzen. Wie erwähnt, mangelt es der serbischen Statistik an zuverlässigen regionalen Daten zur Privatisierung. Gerade die Entwicklung der industriellen Beschäftigung ist jedoch ein Indikator, der wesentlich von der Unternehmensprivatisierung beeinflusst wird, da diese, besonders unter dem Privatisierungsmodell nach 2001, deutliche Arbeitsrationalisierungen beinhaltet.

Dargestellt ist in Abbildung 21 die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im produzierenden Sektor zwischen 1997 und 2001 und 2002 und 2006. In der ersten Zeitspanne wurde unter dem Modell der Insider-Privatisierung transformiert; die zweite Phase beschreibt die Anfangszeit umfangreicher Privatisierung nach der Verkaufs-Methode. Damit sind die Zeiträume beschrieben, in denen die industrielle Beschäftigungsentwicklung stark von der Privatisierung geprägt war (PA 2005). In diesen Phasen hochaktiver Privatisierungsprozesse, bei gleichzeitig schwach ausgeprägter Gründungsaktivität, spiegelt der regional abweichende Rückgang der industriellen Beschäftigung indirekt den lokal / regionalen Umfang von Rationalisierungen wider.

Dabei muss die Beurteilung der industriellen Beschäftigungsentwicklungen zur diesen Zeitphasen natürlich die gleichen Schocks, politischen Umstände und makroökonomischen Prozesse mit in Betracht ziehen, die schon in Kapitel B.1 ausführlich behandelt wurden.

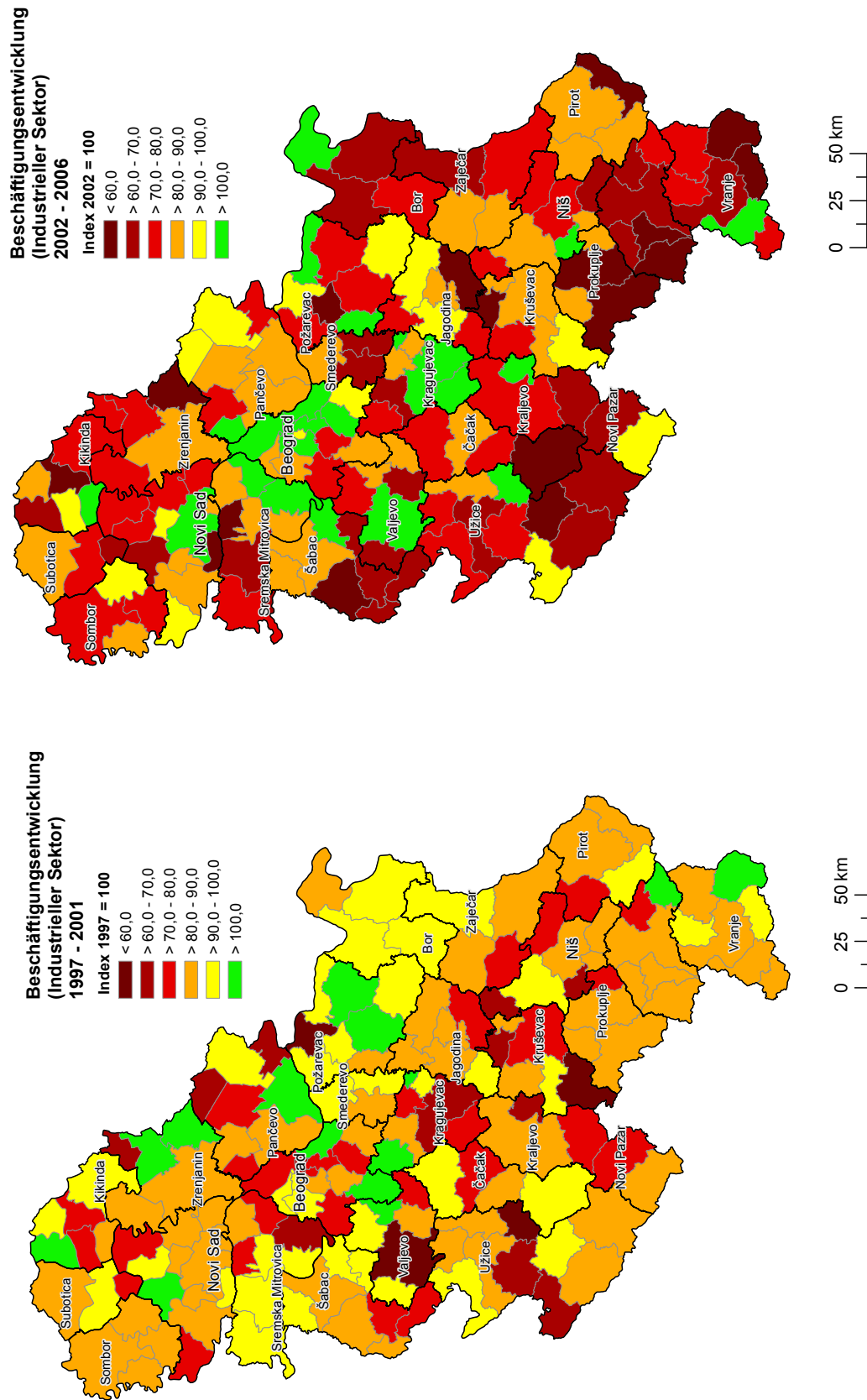


Abb. 21: Industrie-Beschäftigungsentwicklung (in rechtlichen Einheiten) in den serbischen Gemeinden für die Jahren 1997 bis 2001 und 2002 bis 2006 (Ausgangsjahr Index = 100) (Daten: Opštine u Srbiji 1998-2007)

1997-2001: Die Beschäftigungseffekte durch Unternehmensprivatisierung sind in dieser Phase eher gering (vorwiegend aufgrund geringer Rationalisierungsanreize im Modell der Mitarbeiterbeteiligung). Industrieller Niedergang und der Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten sind vor dem Hintergrund der erneuten internationalen Isolierung und Handelsembargos infolge des Kosovo-Konfliktes und auf direkten Kriegszerstörungen zu beurteilen. Standorte nahe Belgrad und zentral gelegene, wichtige Industriestandorte wie Kragujevac, Čačak und Kruševac verlieren nicht nur absolut sondern auch prozentual besonders deutlich. Kragujevac hatte stark unter der NATO-Intervention zu leiden. Der renommierte Industriebetrieb und größte Arbeitgeber der Stadt, der jugoslawische Autohersteller *Zastava* war Ziel von Bombardierungen der NATO (MITRIĆ 2000: 69f.).⁵⁴

2002-2006: Gerade Orte, die in der vorangegangenen Phase deutlich Industriebeschäftigte verloren hatten, wie Kommunen nahe Belgrad und die Stadtkommunen Novi Sad, Kragujevac und Valjevo, konnten ihre Industriebeschäftigung sichern bzw. erneut ausbauen. Wiederaufbau, schnellere Überwindung der privatisierungsbedingten Arbeitsfreisetzungen und stärkeres Engagement des privaten Sektors können hierfür als Gründe genannt werden. Die Entwicklung der Industriebeschäftigung zwischen 2002 und 2006 zeigt dabei die bekannten räumlichen Tendenzen nach dem Systemwechsel. Die veränderte Privatisierungsstrategie hatte nun eine andere Wirkung auf die regional/lokal unterschiedliche Branchen- und Betriebsgrößenstruktur des Landes. Die Beschäftigungseinschnitte nach 2001 sind besonders hoch in peripheren und von großen Industrieunternehmen des gesellschaftlichen Sektors geprägten Regionen (Abb. 21).

Besonders problematisch für industrieabhängige Standorte ist zudem die hohe Zahl an fehlgeschlagenen Privatisierungen. Rund 30 Prozent (DOJČINOVIĆ 04.11.2011) der bisher getätigten Privatisierungsverträge wurden bis Ende des Jahres 2011 für ungültig erklärt, da die neuen Eigentümer ihre Vertragsverpflichtungen nicht erfüllten, indem sie unter anderem die Produktion einstellten, Vermögensbestände verkauften oder Mitarbeiter nicht bezahlten. Dieses Problem ist eng verbunden mit der Teilhabe von Kriminellen am Privatisierungsprozess (DOJČINOVIĆ 04.11.2011), mit dem Problem der serbischen

⁵⁴ Ein weiteres Beispiel für die verheerenden Folgen der NATO-Bombardierungen ist die Stadt Valjevo, deren industrielle Beschäftigung allein von 1999 bis 2001 um über 40% (*sic!*) zurückging (Opštine u Srbiji mehrere Jahrgänge). Während der NATO-Kampagne wurde die Stadt aufgrund der strategisch wichtigen Waffenfabrik Krušik, die über 8.000 Personen beschäftigte, über Wochen hinweg mehrfach bombardiert (VUKMIROVIĆ et al. 177f.). Dies führt neben Zerstörungen der örtlichen Infrastruktur zur fast vollständigen Zerstörung der Werksanlagen.

Tycoons (EHRKE 2010) und mit den institutionellen Fehlern, die Missbräuche, wie Geldwäsche durch Unternehmensankäufe, möglich machen (VUJAČIĆ & VUJAČIĆ 2011: 95ff.).

Privatisierung und räumliche Entwicklung in Serbien – Ein Fazit

Sich verändernde globale und nationale Rahmenbedingungen beeinflussen zwar schon ganz allgemein die Entwicklung innerstaatlicher räumlicher Ungleichheiten. Nach KRUGMAN (1991) führt die Verstärkung von Marktkräften, die er hauptsächlich im Handel und in Skaleneffekten sieht, zu Allokation bzw. Agglomeration. Privatisierung ist *per se* darauf angelegt Marktkräfte freizusetzen und Skaleneffekte zu erhöhen. Es ist also wenig überraschend, dass Privatisierung zur Vergrößerung von Ungleichheiten innerhalb eines sich im Reformprozess befindlichen Landes führt. Die Kausalität lässt sich dabei beliebig umkehren. Periphere Lage bringt für die lokalen Unternehmen Nachteile im Privatisierungsprozess und der Privatisierungsprozess benachteiligt die Peripherie. Interessant ist dabei jedoch, dass bereits allein die Ausgestaltung der jeweiligen Privatisierungsmodelle unterschiedliche Auswirkungen auf die regionale Entwicklung Serbiens hatten. Beide Modelle boten je nach Unternehmensgröße und Branchenstruktur, genauso wie in regionaler Hinsicht, unterschiedliche Anreize zur Privatisierung und unterstützten dabei die Herausbildung von Fragmentierungstendenzen vor 2001 und Polarisierungstendenzen nach 2001. Gewählt wurden die beiden Zugänge zur Unternehmensprivatisierung aufgrund der jeweiligen politischen Situation des Landes. Die endogenen wie exogenen Faktoren, die das Land in den unterschiedlichen Transformationsphasen geprägt haben, werden in besonderer Weise evident in den gewählten Privatisierungsmodellen.

Das Modell der Insider-Privatisierung spiegelt die wirtschaftspolitische Ausrichtung seiner Zeit wider: Abschottung nach außen durch erschwerter Teilhabe ausländischer Investoren, Förderung einer neuen serbischen Wirtschaftselite, Fortführung des sozialistischen Erbes und die protektionistische Arbeitsgesetzgebung. Dabei war das Modell nur eine eher zaghafte Annäherung in Richtung Liberalisierung der Wirtschaft, da Privatisierung als Möglichkeit bestand, aber nicht zwingend erforderlich war. Da die privatisierten Betriebe weiterhin nach den Strukturen der Arbeiterselbstverwaltung funktionierten, waren Personalrationalisierungen in privatisierten Betrieben nicht umfangreicher als in nicht-privatisierten Unternehmen. Dies entspricht den typischen Annahmen zu einer Mitarbeiterprivatisierung. Klare räumliche Beschäftigungseffekte lassen sich somit nicht aus dem 1997er-Modell identifizieren (Tab. 11).

Tab. 11: Typologie der räumlichen Entwicklungen nach den serbischen Privatisierungsmodellen

	1997er-Modell	2001er-Modell
Privatisierungsschwerpunkte	Weniger Privatisierung außerhalb der Zentren	Landesweite Privatisierung
Sozioökonomische Folgen	Wenig Personalrationalisierungen, schwache Lohnentwicklung	Umfassendere Personalrationalisierungen, Lohngewinne
Räumliche Entwicklungsmuster	Keine klare räumliche Tendenz	Agglomeration

Das auf Verkauf basierende neue Privatisierungsgesetz von 2001 machte die Privatisierung nun verpflichtend und offen für ausländische Investoren. Es sollte ein klarer Bruch mit dem vorangegangenen System ersichtlich sein. Das neue Privatisierungsmodell diente dazu, sich nach dem politischen Umbruch auch wirtschaftlich wieder in die Weltgemeinschaft zu integrieren. Durch die Privatisierungsverpflichtung wurden nun nicht mehr nur die klein- und mittelständischen „Rosinen“ aus den Zentren Belgrad und Novi Sad herausgepickt. Der Transformationsprozess erreicht nun auch periphere Regionen in stärkerem Maß. Aufgrund der anders gelagerten Motivationen der beteiligten Investoren waren die Restrukturierungs- und Personalrationalisierungsmaßnahmen unter dem 2001er-Modell wesentlich umfangreicher. Die Beschäftigung sinkt, während die Löhne der übriggebliebenen Beschäftigten steigen. Dies entspricht ebenfalls den zu erwartenden Annahmen einer Verkaufs-Privatisierung.

Zudem konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Zentren besser durch neu geschaffene Arbeitsplätze kompensiert werden. Neue Beschäftigung entstand durch einen Ausbau der öffentlichen Verwaltung, ausländische Direktinvestitionen in Betriebsgründungen sowie durch endogene Neugründungen. Das Wachstum des privaten Sektors durch Betriebsgründungen war dabei gerade in peripheren Regionen viel zu schwach (Kap. B.2.2).

2.1.3 Fallstudie *Privatisierung*: Das Textilkombinat NITEX

Das Beispiel des ehemaligen Textilkombinats⁵⁵ NITEX aus Niš stellt einen typischen Verlauf einer problematischen Privatisierung eines großen gesellschaftlichen Industrieunternehmens nach dem Privatisierungsgesetz von 2001 dar.

Eine erste Privatisierung des Kombinats, mit dem Ziel der Fortführung der rechtlichen Einheit und der operativen Geschäfte des Unternehmens scheiterte dabei an einer fragwürdigen Geschäftsstrategie der neuen Eigentümer und an

⁵⁵ Zum Begriff des Kombinats findet sich keine einheitliche Definition oder rechtlich festgelegte Terminologie. Meist ist damit der horizontale und/oder vertikale Zusammenschluss mehrere Unternehmen oder Betriebe unter einem Direktorium gemeint.

nicht nachgekommenen Verpflichtungen innerhalb des vereinbarten Privatisierungsvertrages. Nach dem Scheitern dieser Privatisierung war das ehemalige Kombinat finanziell und materiell „ausgeblutet“ und fiel erneut unter die Verwaltung der staatlichen Privatisierungsagentur. Mit Hilfe umfangreicher finanzieller Anreize und Subventionen konnte daraufhin ein strategischer ausländischer Investor der Textilbranche für die dortige Industriebranche und den Aufbau eines neuen Werkes gefunden werden.

Erst 1987 wurde das Unternehmen von staatlichem Eigentum in ein Unternehmen in vorwiegendem gesellschaftlichem Eigentum – der speziellen Eigentumsform des jugoslawischen Sozialismus – überführt. Noch Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre wurden im Unternehmen umfangreiche Modernisierungsinvestitionen getätigt (MLADENović 1997: 66f.). Laut einem ehemaligen technischen Direktor des Unternehmens, der in den 90ern im Werk Verantwortung hatte, brachten dann die Bedingungen der Wirtschaftssanktionen das Unternehmen in enorme Schwierigkeiten. Durch den fehlenden Import von Baumwolle und dem Wegfall wichtiger Exportmärkte sei die Produktion fast völlig zum Erliegen gekommen. Zusätzlich sei die schwierige Lage durch schlechtes Management in dieser Situation verschärft worden (Interview UN 03). Von diesen Krisen konnte sich das Kombinat nie ausreichend erholen. Bis zu seiner Privatisierung im Jahr 2006 wuchsen die Schulden bis auf nahezu 15 Mio. Euro an (Dil Inženjering Konsalting 2006: 12). NITEX war das einzige Textilunternehmen in Serbien und Montenegro mit einem vollintegrierten Produktionszyklus. Das heißt, dass dort vom Garn, über die Textilien, bis hin zu den fertigen Kleidungsstücken alle Produktionsschritte im Unternehmenskomplex stattfanden. An diesem Modell, das innerhalb eines arbeitsteiligen globalisierten Marktes klare Ineffizienzen aufweist, wurde auch nach der Privatisierung festgehalten.

In einem Ausschreibungsverfahren (Tender) bekam ein Unternehmenskonsortium, bestehend aus zwei Unternehmen und einer Privatperson, im November 2006 den Zuschlag. Die serbische Investment-Holdinggesellschaft *Irva Investicije* des Tycoons Đorđije Nicović mit Sitz in Belgrad war dabei Hauptanteilseigner (PA 13.11.2006). *Irva Investment* ist in unterschiedlichen Geschäftsfeldern tätig. Die Holding hatte im serbischen Privatisierungsprozess eine ganze Reihe von Immobilien und Unternehmen unterschiedlicher Branchen aufgekauft – unter anderem auch das in Kapitel C.2.2.2 behandelte Agro-Industrie-Kombinat PIK Bečej.

Bereits im Mai 2010 wurde der mit der serbischen Privatisierungsagentur geschlossene Privatisierungsvertrag wieder annulliert. Nach Angaben der Privatisierungsagentur lag der Grund hierfür in nicht erfüllten Vertragsverpflicht-

ungen hinsichtlich weiterer Investitionen in das Werk (Interview AA 01). Laut einem ehemaligen Verwaltungsangestellten von NITEX seien bestehendes Equipment und ganze Produktionslinien aus dem Betrieb verkauft worden, ohne dass adäquat nachgerüstet wurde. Neue Maschinen seien lediglich angemietet worden – was gegen die Investitionsauflagen des Privatisierungsvertrages verstieß (Interview AA 01) – und zudem nie in Betrieb genommen worden. Gleichzeitig hätten die neuen Eigentümer Unternehmensgewinne und bestehendes Finanzkapital aus dem Unternehmen abgezogen und nach Auskunft dieses Verwaltungsangestellten für den Kauf weiterer Unternehmen durch die Investment Holding verwendet (Interview UN 01). Lohnzahlungen an die Beschäftigten wurden dabei über viele Monate hinweg nicht getätigt, worauf diese mit anhaltenden Streiks reagierten (Interviews AA 01, UN 01 & UN 02).



Abb. 22: Streikende Arbeiter vor dem NITEX-Werk in Niš (MIC 18.04.2011)

Nach der Aufhebung des Privatisierungsvertrages befand sich NITEX erneut in der Restrukturierung und unter der Verwaltung der Privatisierungsagentur und damit *de jure* wieder im staatlichen Eigentum. Diese prüfte dann, welche beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerte im Unternehmen noch vorhanden waren und welche Verbindlichkeiten und Forderungen noch ausstanden. Laut der Senior Project Managerin der Privatisierungsagentur, die für die Restrukturierung von NITEX hauptverantwortlich zuständig war, habe die Zustandsprüfung ergeben, dass ein weiterer Verkauf des Unternehmens als rechtliche Einheit aufgrund der enormen Schuldenlast und nötigen Investitionen unmöglich sei. Somit entschied sich die Agentur die bestehenden Vermögenswerte aufgeteilt nach verschiedenen Gruppen einzeln zu versteigern.

Generell sei, so die Mitarbeiterin der Privatisierungsagentur, eine solche Prüfung nach einer fehlgeschlagenen Privatisierung äußerst deprimierend. Letztlich könne die Agentur bei einem solchen Fall zu einer Restrukturierung oder nur zu einer direkten Liquidation des Unternehmens entscheiden (Interview AA 01).

Im Juni 2010, einen Monat nach der Annullierung des Privatisierungsvertrages, wurde bereits bekannt, dass der italienische Bekleidungshersteller Benetton Interesse an dem Standort Niš und der Industriebranche des Kernwerkes von NITEX hatte (serbia-business.eu 28.06.2010). Für die Wiederbelebung des Textilstandorts hatte sich die Privatisierungsagentur in Zusammenarbeit mit der Agentur für Investitions- und Exportförderung (SIEPA) nach einem strategischen Investor der Textilbranche umgesehen. Bestandteil einer neuen Ausschreibung waren dabei die Industriebrachen und das Gelände des Kernwerkes sowie verschiedene staatliche und lokale Investitionsanreize und Subventionen. Dieses Angebot wurde nicht in einer standardisierten Auktion oder einem Tender ausgeschrieben, sondern direkt mit dem Investor Benetton ausgehandelt, der dann bei der offiziellen Auktion im Mai 2011 auch der einzige Bieter war (MIC 18.04.2011; Interview AA 01). Der Kaufpreis für die NITEX-Produktionsanlagen betrug dabei 3 Mio. Euro. Bereits im Vorfeld hatte Benetton angegeben in den nächsten vier Jahren dort weitere 43,2 Mio. Euro in eine neue Textilfabrik zu investieren und 2.700 Arbeitsplätze zu schaffen. Unterstützt wird dies durch umfassende staatliche Subventionen. Für jeden geschaffenen Arbeitsplatz erhält das Unternehmen Zuwendungen in Höhe von 9.000 Euro (FILIPOVIĆ 13.05.2011; balkaninsight.com 01.06.2011). In Relation zu den in der Textilbranche im Süden Serbiens üblichen Lohnkosten – die mitunter zu den niedrigsten im europäischen Vergleich zählen – kann Benetton durch diese Subventionen über rund zwei Jahre lang eigentlich „lohnkostenneutral“ produzieren.

Letztendlich werden in den neu gebauten Industrieanlagen von Benetton kaum ehemaligen Arbeiter von NITEX beschäftigt sein; sondern neue Leute unternehmensintern ausgebildet. Von den ehemaligen 654 Arbeitern von NITEX, hätten sich lediglich 89 von Benetton für eine mögliche Übernahme testen lassen. Dies seien ausschließlich jüngere Arbeitskräfte. Neben 23 Eintritten in das Rentenalter würde der überwiegende Rest der ehemaligen NITEX-Beschäftigten sich abfinden lassen oder ihre Abfindung dazu nutzen um Leistung in die Pensionskassen vorzuschießen und damit ebenfalls in Rente zu gehen (Interviews AA 01 & UN 01). Im Rahmen des staatlichen Sozialprogramms erhalten die ehemaligen Mitarbeiter Abfindungen in Höhe von 300 Euro pro Jahr der Betriebszugehörigkeit bis zu einem gewissen Höchstwert (MIC 18.04.2011; Interview AA 01). Bis zur vollständigen Abwicklung der recht-

lichen Einheit NITEX, erhalten die Arbeiter noch weiterhin ihre Löhne, finanziert durch den Verkauf der Kapitalmasse des Unternehmens und durch das staatliche Sozialprogramm (Interview UN 01).

Von der Betriebsgründung von Benetton wird erwartet, dass diese weitere Zulieferfirmen in die Region zieht, gerade da es ein mittel- bis langfristiges Ziel von Benetton in Niš sei, dort ein neue regionales Produktionszentrum auf dem Westbalkan zu errichten (Interview AA 01). Sollte dies umgesetzt werden, kann erwartet werden, dass es zu Produktionsverlagerungen aus den Benetton-Werken in Kroatien, Rumänien und Ungarn kommt. Jedoch besteht genauso die Gefahr, dass der Konzern bereits nach wenigen Jahren seine Produktion wieder aus Serbien in kostengünstigere Regionen verlagert. Insgesamt zeigt dieses Beispiel, welche enormen staatlichen Anstrengungen nach gescheiterten Privatisierungen von Großindustriebetrieben unternommen werden, um die lokale oder regionale Branchenstruktur samt ihrer Arbeitsplätze zu erhalten.

2.2 Ausländische Direktinvestitionen: Struktur und Verteilung

Ausländische Direktinvestitionen (ADI) werden gemeinhin als Möglichkeit gesehen, wodurch periphere Länder und Regionen an den globalen Kapitalströmen teilhaben können. Die besondere Kapitalmangel-Situation der postsozialistischen Länder macht dabei den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen für politische Akteure, genauso wie für viele Vertreter der Wissenschaft, zu einem Gradmesser der Transformation. In diesem Denkstil sind deren Volkswirtschaften notwendigerweise auf ausländische Investitionen angewiesen, da diese harte Währungen ins Land bringen und durch Spill-Over-Prozesse Technologie, Management und die Wirtschaftskultur des Landes modernisieren (vgl. LAGENDIJK & HENDRIKX 2009: 247ff.; KUTTENKEULER 2007: 43ff; TREIER & WENZEL 1999: 11f.; OECD 1995: 18). Die ausländischen Investoren werden damit, ob bewusst oder nicht, zu Agenten der Transformation. Blindes Vertrauen in ausländisches Kapital als Heilsbringer der Restrukturierung ist jedoch keinesfalls angebracht (u.a. SMITH & PAVLÍNEK 2000). Die Frage, welchen Beitrag eingehende Direktinvestitionen für die Transformation und das Wachstum von Ländern und Regionen tatsächlich haben und haben können ist stark umstritten (siehe KOGUT 1996; MEYER 1998; LASKI 1998; SMITH & PAVLÍNEK 2000).

Positive Effekte auf den lokalen Arbeitsmarkt durch Direktinvestitionen, soweit es sich um Greenfield-Investitionen handelt, sind hingegen weniger

anzuzweifeln und auch viel zu offensichtlich.⁵⁶ Greenfield-Investitionen sind oft mit Produktionsverlagerungen oder dem Ausbau der Unternehmensbeschäftigung verbunden und haben damit Auswirkungen auf den lokalen Arbeitsmarkt. Indirekt können solche Investitionen nach Zulieferprodukten und Dienstleistungen verlangen und dadurch weitere Beschäftigungs-, Kapital- und Technologieeffekte erzielen, und so zur Bildung von Clustern führen (LAGENDIJK & HENDRIKX 2009: 247ff.). Direktinvestitionen zum Zweck eines Privatisierungskaufes oder einer Unternehmensübernahme bzw. -beteiligung sind hingegen meist als beschäftigungsneutral oder -negativ einzustufen. Jedoch können selbst solche Vorgänge als positiv für die Arbeitsmarktsituation beurteilt werden, wenn durch die ausländische Beteiligung eine teilweise Arbeitsplatzsicherung stattfindet, in Fällen in denen es sonst zu einer Unternehmensschließung gekommen wäre.

Nicht jede ADI führt zu Produktionsverlagerungen und der Sicherung bzw. Schaffung von (vielen) Arbeitsplätzen. Oft ist der Zugang zum Absatzmarkt, die Nähe zu Zulieferern, oder eine Mitnahme von staatlicher Investitionsförderung der entscheidende Investitionsfaktor. Die Motive einer Lokalisierung sind damit durch die übergeordneten Rahmenbedingungen des Landes und der Orte (STORPER & WALKER 1989 folgend) derart determiniert, dass deren Investitionsentscheidungen schlicht diese Bedingungen widerspiegeln. Gleichermäßen stellt BEYER (2001) in einer multivariaten Untersuchung zu ADI in den post-sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas fest, dass der generelle Transformationserfolg als Gradmesser für die Attraktivität als Investitionsstandort gelten muss. Staatliche Anreize und Fördermaßnahmen, wie Subventionsvergaben und Steuerbefreiungen, können demgegenüber wenig auf Direktinvestitionsentwicklung einwirken.

Im Folgenden werden der Umfang und die Struktur der einfließenden Direktinvestitionen nach Serbien (Kap. B.2.2.1) untersucht. Hierfür werden unterschiedliche frei verfügbare Datenquellen herangezogen. Auf Gemeindeebene erhebt die offizielle Statistik in Serbien keine Daten zu ADI. Allerdings erhebt und verwaltet die serbische Agentur für Investitions- und Exportförderung, SIEPA, solche Daten in einer internen Datenbank. Diese Daten wurden für die Beschreibung der räumlichen Verteilung (Kap. B.2.2.2) zur Verfügung gestellt. Genaue Beschäftigungseffekte lassen sich dabei aus den Zahlen zu Direktinvestitionen ableiten.

⁵⁶ Die Diskussion ob Direktinvestitionen auch im sendenden Land beschäftigungsgenerierende Effekte haben können, wird dem gegenüber kontrovers geführt (vgl. BLOMSTRÖM et al. 1997; ZAOH 1998; HOPPE 2012). Eine Bejahung beinhaltet implizit die fragwürdige Annahme, dass Globalisierung schon allein durch freien Kapitalverkehr und mehr Wettbewerb *per se* zu mehr Beschäftigung führt.

titionen sogar im Einzelfall oft nur schwer quantifizieren, da sich diese Effekte nicht von anderen makroökonomischen Wirkungen auf die Beschäftigung und politischer Steuerung trennen lassen.

2.2.1 Direktinvestitionstätigkeit in Serbien im Überblick

Serbiens Wirtschaftswachstum nach der demokratischen Wende wurde außergewöhnlich stark vom privaten Konsum und ausländischen Direktinvestitionen getragen. Der private Konsum war in vielen Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas ein entscheidender Faktor für Wachstum. Dies war in Serbien nach dem demokratischen Umbruch aufgrund einer darniederliegenden Produktion und eines zurückhinkenden Exportes (Kap. B.1.3.2) sowie durch stark steigende Realeinkommen (Kap. B.1.3.3) besonders der Fall. Zudem war in Serbien das Wachstum – vor allem ab 2003 – in stärkerem Maße, als in anderen Transformationsstaaten, von ausländischen Direktinvestitionen abhängig (EBRD 2012: 28).

Tab. 12: Netto-Zufluss von ADI nach Zeitphasen in die Länder Südosteuropas (bis 2000 Serbien und Montenegro zusammen) (Daten: World DataBank)

Land	1997-2000		2001-2004		2005-2008		2009-2011	
	In Mio. US-\$	% des BIP	In Mio. US-\$	% des BIP	In Mio. US-\$	% des BIP	In Mio. US-\$	% des BIP
Serbien	1.017	1,7%	2.978	4,3%	11.887	8,4%	5.976	5,0%
Montenegro	k.A.	k.A.	201	3,2%	2.536	19,3%	2.864	22,4%
Bosnien-Herzegowina	390	2,2%	1.478	4,8%	4.279	7,5%	1.052	2,0%
Kroatien	4.044	4,3%	5.810	4,7%	16.308	7,3%	5.476	3,0%
Slowenien	793	0,9%	3.296	3,1%	5.370	3,0%	1.097	0,7%
Makedonien	470	3,2%	993	5,7%	1.918	6,3%	1.055	3,6%
Albanien	277	2,3%	862	4,0%	2.481	6,0%	3.801	10,3%
Moldawien	320	5,3%	300	3,9%	1.712	10,2%	613	3,4%
Bulgarien	2.862	5,8%	6.476	8,5%	36.145	23,2%	7.887	5,3%
Rumänien	5.324	3,5%	10.588	4,8%	42.456	7,1%	10.687	2,1%
Ungarn	13.576	7,2%	13.416	4,4%	172.807	33,7%	-14.558	-3,7%

Tab. 13: Netto-Zufluss von ADI nach Serbien (bis 2000 Serbien und Montenegro) (EBRD verschiedene Jahrgänge; World DataBank)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
In Mio. US-\$	126	96	63	45	0	740	113	112	52	167
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
In Mio. US-\$	483	1.361	965	1.577	4.819	2.494	2.996	1.936	1.340	2.700

ADI im Vergleich

Generell haben Transformationsstaaten – relativ zum BIP gemessen – hohe ADI-Anteile und starke Zuwachsraten. Die hohen ADI-Anteile erklären sich aus der schwachen Produktion und traditionell geringen Exportorientierung der Staaten. Die enormen Zuwachsraten an ADI sind in den postsozialistischen Staaten vor dem Hintergrund neuer Investitionsmöglichkeiten innerhalb der sich öffnender Volkswirtschaften zu sehen. Nichtsdestotrotz zeigen die Staaten klare Unterschiede im Zeitverlauf; ersichtlich im Ländervergleich in Tabelle 12. Alle Transformationsstaaten Südosteuropas offenbaren bis zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009 einen stetigen Zuwachs an ADI. Ab 2002 ist der Anstieg besonders deutlich in Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Ungarn und Bulgarien, weniger Slowenien und Rumänien, konnten im Vorfeld oder im Zuge ihrer EU-Beitritte die deutlichsten Zugewinne an ADI verzeichnen. Im Vergleich Serbiens mit den jugoslawischen Nachfolgestaaten waren ADI in Prozent des nominellen BIP – mit Ausnahme Montenegros – erst ab Mitte der 2000er höher als in den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken. Während im Zuge der EU-Krise die Netto-Zuflüsse in den EU-Ländern stark zurückgingen, blieb in Serbien die Investitionstätigkeit noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau (Tab. 12).

Investitionsverlauf Serbien

Der Netto-Zufluss an ausländischen Investitionen (Tab. 13) spiegelt dabei den serbischen Transformationspfad wider. Nach einer marginalen Investitionstätigkeit zur Zeit der Zerfallskriege und strengen Sanktionen gewannen ADI ab dem neuen Privatisierungsgesetz im Jahr 1997 sowie begleitenden wirtschaftlichen Reformen wieder an Bedeutung. Die Kosovo-Krise ließ das ausländische Interesse wiederholt jäh einbrechen und die nachfolgende politische Instabilität der demokratischen Umbruchphase hielt Investitionen gering. Erst mit deutlicher Verzögerung zur wirtschaftlichen Neuausrichtung des Landes und dem wiedergewonnenen Vertrauen ausländischer Investoren stieg der Netto-Zufluss an ADI konstant an. Auch für die neue serbische Regierung bedeutet die Zunahme an ADI eine Beseitigung der politischen, wie wirtschaftlichen Isolation und die Wiederherstellung der internationalen Reputation. Der Direktinvestitionsverlauf zeigt somit zwar eine sehr deutliche Steigerung; jedoch ist dieser Zuwachs an ausländischen Engagements, vor dem Hintergrund des ursprünglich sehr geringen Auslandskapitalstock vor der demokratischen Revolutionen, als gemäßigt zu beurteilen. Andererseits blieb das Wachstum der bestehenden Wirtschaft hinter den Erwartungen zurück, was die Abhängigkeit von ausländischem Kapital hoch hielt.

Von der Privatisierungsakquise auf die grüne Wiese

Die Art der Direktinvestitionen und deren Entwicklung veränderten sich entsprechend der Erfahrungen aus anderen Transformationsstaaten und zeitlich äquivalent zu den bereits beschriebenen Ausführungen zum Privatisierungsprozess (Kap. B.2.1.1). Zu Beginn der Transformationsphase nach 2000 nehmen Privatisierungen einen großen Raum bei den ADI ein und Investitionen auf der grünen Wiese spielen zunächst eine untergeordnete Rolle (FILIPOVIĆ et al. 2006: 228ff.; BEGOVIĆ et al. 2008: 17ff.). Auch hier zeigt sich der verzögerte Transformationsprozess Serbiens. Bis 2000 spielten ausländische *Greenfield*-Investitionen faktisch keinerlei Rolle und ausländische Investitionen in Privatisierungen waren aufgrund des Insider-Modells extrem limitiert (UVALIĆ 2001: 7f.).

Größtenteils waren in den ersten Jahren nach dem neuen Privatisierungsgesetz von 2001 die Investitionen weiterhin auf Privatisierungskäufe zurückzuführen.⁵⁷ Besonders hohe Einzelinvestitionen waren dabei fast immer Aufkäufe großer gesellschaftlicher oder staatlicher Unternehmen; besonders hoch war die Investition bei staatlichen Monopolbetrieben. Meist handelt es sich dabei um Privatisierungen von Versorgungsunternehmen der öffentlichen Infrastruktur (Telekommunikations- und Energieunternehmen) und von Finanzinstituten (Banken und Versicherungen) (Tab. 15).

Im zeitlichen Verlauf kommt es dann vermehrt zu Investitionen mit dem Ziel einer Betriebsgründung. Nach den Daten der *National Alliance for Local Economic Development* (NALED) gab es zwischen 2001 und 2004 in Serbien lediglich 18 relevante Investitionen dieser Art. Zwischen den Jahren 2005 und 2008 gab es dann schon 40 ausländische *Greenfield*-Investitionen. Zwischen 2009 und 2012 kamen nochmals 47 weitere Projekte hinzu (NALED Investment Database). Ab Mitte der 2000er Jahre wird damit auch endlich Serbien zu einem in Südosteuropa bedeutenden Ziel für ausländische Industrie-Investitionen (CRNOBRNJA & SAVIĆ 2012: 44ff.).

Herkunftsländer und sektorale Struktur der Direktinvestitionen

Italien hat eine herausgehobene Bedeutung bei den Direktinvestitionen nach Serbien. Weitere Staaten mit hohen Investitionssummen sind Österreich, Grie-

⁵⁷ In den Jahren zuvor, unter den Bedingungen der 1997er-Insiderprivatisierung, waren nicht nur Neuinvestitionen, sondern genauso Investitionen zur Modernisierung und Restrukturierung wesentlich geringer, als in der nachfolgenden Privatisierungsphase (PA 2005: 34f.). Dies ist wenig überraschend, da die Insider-Privatisierung keine Anteilseigner mit den großen finanziellen Mitteln wie ausländische Investoren bringt.

chenland, die USA, Norwegen⁵⁸, Deutschland, Russland und Slowenien (Tab. 14). Wie beim Außenhandel (Kap. B.1.3.2) zeigt sich bei den einfließenden Direktinvestitionen, dass deutsche Firmen insgesamt um ein Vielfaches aktiver in Serbien sind, als zum Beispiel britische oder französische Firmen. Nach der Anzahl der realisierten Investitionsprojekte liegt Deutschland auf Platz zwei hinter Italien. Eine regelmäßige Investitionstätigkeit in unterschiedlichen Branchen weisen daneben noch Österreich und Slowenien auf.

Tab. 14: ADI in Serbien nach den wichtigsten Herkunftsländern zwischen 2001 und Juni 2013 (Daten: SIEPA Investment Database)

	Investitionen in Mio. Euro	Anteil an allen Investitionen	Anzahl der Investitionsprojekte
Italien	3.156	15,3%	60
Österreich	2.614	12,7%	43
Griechenland	1.933	9,4%	16
USA	1.705	8,3%	17
Norwegen	1.608	7,8%	3
Deutschland	1.430	6,9%	45
Russland	1.177	5,7%	7
Slowenien	1.039	5,0%	35

Tab. 15: ADI in Serbien nach den wichtigsten Sektoren zwischen 2001 und Juni 2013 (Daten: SIEPA Investment Database)

	Investitionen in Mio. Euro	Anteil an allen Investitionen	Anzahl der Investitionsprojekte	Geschaffene Arbeitsplätze
Finanzen	4.101	19,9%	16	16.932
Lebensmittel	2.696	13,1%	36	21.226
Telekommunikation	2.245	10,9%	3	1.900
Einzel-/Großhandel	1.921	9,3%	14	20.104
Automobilindustrie	1.683	8,2%	54	23.281
Öl und Gas	1.524	7,4%	7	16.010
Immobilien	1.191	5,8%	18	20.104
Textilien und Bekleidung	246	1,2%	28	10.587

Auch innerhalb des Landes zeigen sich in regionaler Hinsicht länderspezifische Unterschiede der einfließenden Direktinvestitionen. Deutsche Firmen sind verstärkt in der Vojvodina präsent, während im südlicheren Serbien z.B. italienische Bekleidungsfirmen wesentlich aktiver agieren (NALED Investment

⁵⁸ Bei Norwegen beschränkt sich das Engagement fast ausschließlich auf den 1,5 Mrd. US-Dollar schweren Verkauf des staatlichen Telekommunikationsanbieters Mobi63 an Telenor im Jahr 2006. Und bei Russland ist insbesondere die 400-Mio.-Euro-Übernahme des staatlichen Ölkonzern NIS durch Gazprom im Jahr 2009 zu nennen.

Database). Dies liegt an den jeweiligen traditionellen Industriestrukturen in den serbischen Regionen und den Herkunftsländern der Investitionen. Es muss allerdings ebenso, BANDELJ (2002) folgend, die geographische und kulturelle Nähe der Vojvodina zu Deutschland mitgedacht werden.

Hinsichtlich einer sektoralen Unterscheidung (Tab. 15) weisen die Finanz- und Telekommunikationsbranche hohe Investitionssummen, jedoch weniger Investitionsprojekte und geringere Beschäftigungseffekte auf. Dabei sind diese Investitionen – wenig überraschend – fast ausschließlich auf Belgrad und Novi Sad beschränkt (NALED Investment Database). Außerhalb der Zentren werden Investitionen in den produzierenden Sektor bedeutsamer. Im verarbeitenden Bereich sind Investitionen vorwiegend in die Lebensmittelindustrie, dem wichtigsten Exportzweig Serbiens (Kap. B.1.3.2), die Automobil- sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie geflossen. Der Ausbau der Zuliefererindustrie im Automobilbereich war besonders stark von ADI abhängig. Investitionen in diesen Bereich waren zunächst geprägt von Privatisierungen (z.B.: die französischen Unternehmen Michelin und LeBelier sowie Cimos aus Slowenien) und im weiteren Verlauf durch eine ganze Reihe von Greenfield-Investitionen (SIEPA 2012: 8f.). Diese Engagements sind dabei im Zulieferbereich klar exportorientiert und durch die kostengünstigen Produktionsbedingungen zu erklären.

2.2.2 Räumliche Verteilung ausländischer Direktinvestitionen

In Abbildung 23 sind die Gesamtsummen der ADI von 2001 bis Juni 2013 nach Kommunen dargestellt. Zusätzlich wird die Investitionshöhe in Relation zur lokalen Beschäftigung (durchschnittliche Beschäftigung im Zeitraum) gesetzt. Die grauen Linien stellen die serbischen Hauptverkehrsachsen, die Verbindungen des paneuropäischen Korridors 10, dar.

Lokalisierungsschwerpunkte

Bei der räumlichen Verteilung ausländischer Direktinvestitionen lässt sich erneut ein räumliches Muster der Zentren-Konzentration erkennen. Die erweiterte Agglomerationsraum Belgrad und Novi Sad sticht besonders hervor. Generell profitiert der Norden stärker von ADI als der Süden. In grenznahen Gebieten in Ost- sowie Westserbien finden sich verstärkt Kommunen gänzlich ohne nennenswerte Direktinvestition. Auch scheint eine Nähe zu den Hauptverkehrsachsen eine Rolle zu spielen – insbesondere bei Industrie-Lokalisierungen. Hier zeigt sich die hohe Abhängigkeit von standortspezifischen Merkmalen des produzierenden Sektors beim Akquirieren von ADI.

In absoluten Zahlen flossen mit Abstand am meisten Investitionen in die Zentren Belgrad und Novi Sad: Auf die drei Stadtkommunen Belgrads entfallen

allein 8,8 Mrd. Euro und auf die Stadtkommune Novi Sad 3,5 Mrd. Euro. Im Vergleich mit diesen Investitionssummen hat das Zentrum Südostserbiens Niš, mit einem ähnlichen großen Arbeitsmarkt wie Novi Sad, mit 890 Mio. Euro einen eher bescheidenen Wert. Ebenfalls herausragende Werte hat die Stadt Kragujevac mit 1,2 Mrd. Euro. Diese Investitionssumme steht zum Großteil in Verbindung mit dem Engagement von Fiat. Der italienische Autokonzern hat dort im Jahr 2008 die Anlagen des ehemaligen jugoslawischen Automobilherstellers Zastava übernommen und in neue Werksanlagen investiert. Hiervon verspricht sich der serbische Staat starke Clustereffekte und Spill-Over-Dynamiken. In der Tat können in der Folge dieses Engagements eine ganze Reihe weiterer Investitionen von Zuliefererfirmen nach Serbien, sowie konzentriert in und um Kragujevac, festgestellt werden.

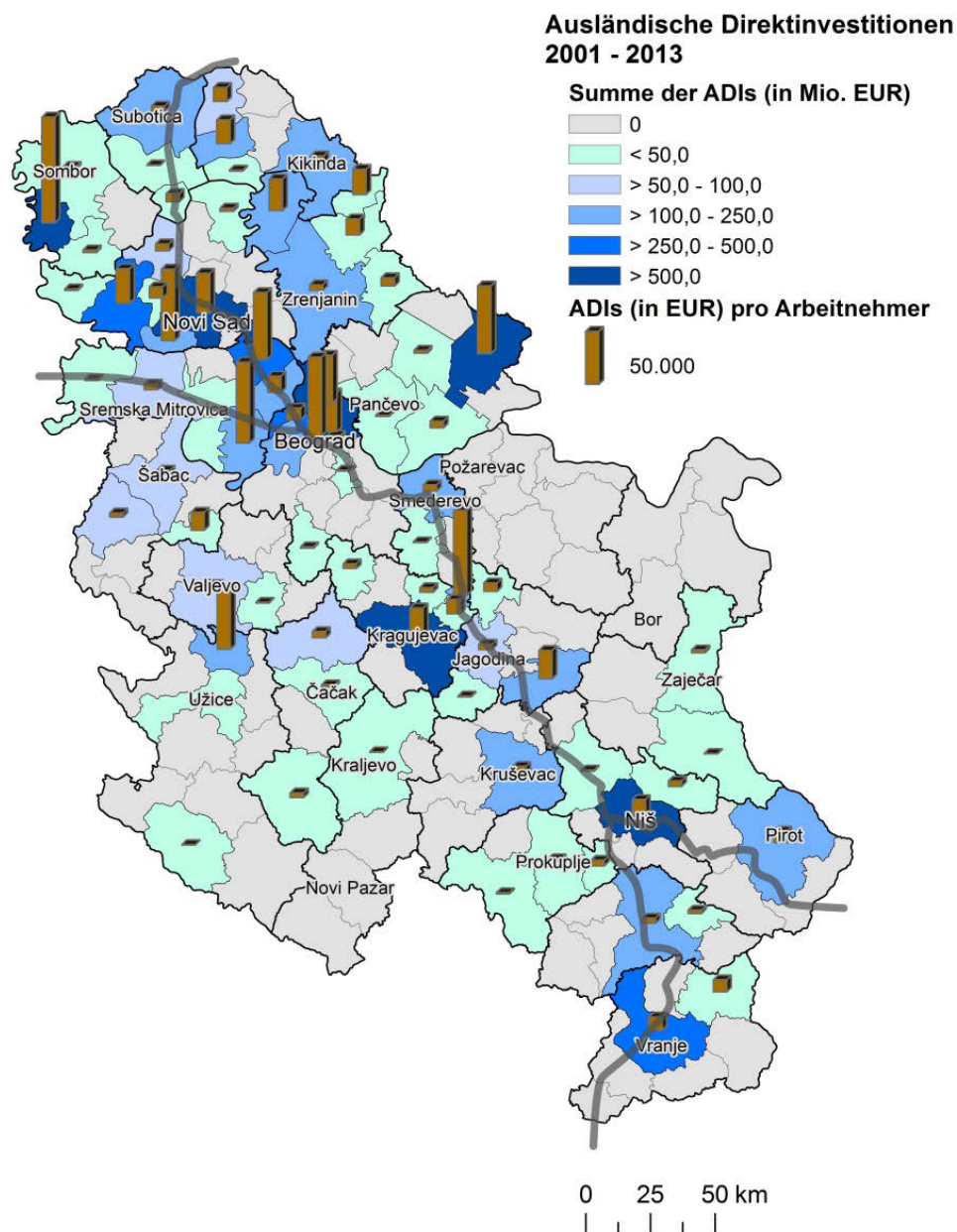


Abb. 23: ADI von 2001 bis Juni 2013 nach Zielgemeinden (inkl. Darstellung der zentralen Verkehrsachsen) (Daten: SIEPA Investment Database; VIP)

Unter den Städten mittlerer Größe fallen besonders Vršac und Apatin, Indija und Bačka Palanka auf. Alle vier befinden sich in der Provinz Vojvodina. Die Investitionssumme von Vršac ergibt sich zu einem überwiegenden Teil aus der 475 Mio. Euro teuren Privatisierung des Pharmaunternehmens *Hemofarm* durch die deutsche *Stada AG*. Bei Apatin ist dies fast allein auf den 430 Mio. Euro Kauf bzw. Wiedererrichtung der ansässigen Brauerei durch *Anheuser-Busch InBev* zurückzuführen. Bei Indija erklärt sich die sehr hohe Investitionssumme – in Bezug zu den Beschäftigtenzahlen vor Ort – durch eine ganze Reihe unterschiedlichster Investitionen (Kap. C.2.3.2). Weitere kleinere Städte mit hohen Investitionssummen sind Pećinci bei Belgrad, Beočin bei Novi Sad und Lapovo.

Greenfield-Investitionen

Bei der ausschließlichen Betrachtung der Investitionen auf der grünen Wiese zeigt sich eine ähnliche regionale Verteilung. Die Zentren Belgrad und Novi Sad haben zwar keine besonders hohe Zahl an Investition auf der grünen Wiese vorzuweisen; jedoch ist die Gesamtsumme dieser Investitionen doch deutlich am höchsten (Tab. 16 & Tab. 17). Bei Greenfield-Investition in den Zentren handelt es sich oft um Großprojekte mit besonders hohem Investitionsvolumen.

Von den 44 Kommunen der Vojvodina (ohne Novi Sad) konnten lediglich fünf Kommunen über 80% aller Greenfield-Investitionsprojekte der Vojvodina auf sich vereinen. Allein 17 der insgesamt 48 Investitionsprojekte sind in der Kommune Indija zu finden. Subotica mit 7, Pećinci mit 6 und Zrenjanin und Stara Pazova mit jeweils 5 Greenfield-Investitionen sind ebenfalls stark vertreten. Die Zahlen für die NUTS2-Regionen West- und Zentralserbien und Ost- und Südostserbien sind sowohl bezüglich der Anzahl von Investitionsprojekten wie der Gesamtsumme der Investitionen wesentlich niedriger (Tab. 16). Besonders gering ist das Investitionsinteresse in Ost- und Südostserbien außerhalb der Zentren: 6 der 12 Investitionsprojekte dieser Region sind in der Stadt Niš verortet und allein 3 weitere Investitionen beziehen sich auf das Engagement des Reifenherstellers Michelin in Pirot. Nur etwa 21 Mio. Euro der gesamten 525 Mio. Euro wurden in Ost- und Südostserbien außerhalb dieser beiden Städte investiert.

Neben der Tendenz zu höheren Investitionsvolumina findet sich eine zeitliche Komponente, welche die Zentren bevorzugt. Sowohl bei der Anzahl der Projekte, als auch bei den Investitionssummen hatten die Zentren Belgrad und Novi Sad bereits zwischen 2004 und 2006 die höchsten Werte. In den anderen Landesteilen waren die Werte zu diesem Zeitpunkt noch vergleichsweise gering und steigerten sich bis in jüngerer Zeit. In den Randbereichen der Agglomera-

tionen genauso wie in entlegeneren Standorten wird, der Logik der Ausbreitungseffekte entsprechend, erst verspätet investiert. Deutlich verspätet ist hierbei erneut Ost- und Südostserbien (Tab. 17).

Tab. 16: Anzahl von Greenfield-Investitionsprojekten (mind. 1 Mio. EUR) nach Region und Zeitraum (Daten: NALED Investment Database)

	2001-2003	2004-2006	2007-2009	2010-2012	Gesamt
Belgrad und Novi Sad	5	8	5	3	21
Vojvodina (ohne Novi Sad)	6	8	12	22	48
West- und Zentralserbien	1	2	5	7	15
Ost- und Südostserbien	1	2	1	8	12

Tab. 17: Gesamtsumme der Greenfield-Investitionsprojekte (mind. 1 Mio. EUR) nach Region und Zeitraum (Daten: NALED Investment Database)

	2001-2003	2004-2006	2007-2009	2010-2012	Gesamt
Belgrad und Novi Sad	617 Mio. €	923 Mio. €	389 Mio. €	64 Mio. €	1.993 Mio. €
Vojvodina (ohne Novi Sad)	136 Mio. €	144 Mio. €	173 Mio. €	439 Mio. €	892 Mio. €
West- und Zentralserbien	4 Mio. €	13 Mio. €	342 Mio. €	80 Mio. €	439 Mio. €
Ost- und Südostserbien	50 Mio. €	200 Mio. €	15 Mio. €	260 Mio. €	525 Mio. €

Zusammenfassung

Der Investitionsverlauf, die sektorale Struktur und die räumlich Verteilung von ADI in Serbien entsprechen typischen Tendenzen einfließender Direktinvestitionen im Kontext der postsozialistischen Transformation Europas und vor dem Hintergrund der ökonomisch-peripheren Lage dieser Staaten. Die Bedeutung von ausländischen Investitionen in die Privatisierung staatlicher Betriebe hat stetig abgenommen, während sich der Anteil von Investitionen auf der grünen Wiese dementsprechend erhöht hat. Diese nutzen vor allem die verfügbaren günstigen Produktionsbedingungen. Agglomerationsvorteile liegen für sie vorwiegend in der Verfügbarkeit von Arbeitskräften.

So ballen sich in Serbien die ausländischen Direktinvestitionen in den Zentren und entlang der zentralen Verkehrsachsen. Diese Tendenz ist zwar zu erwarten; jedoch überrascht das allzu deutliche räumliche Muster mit der vollständigen Abkopplung weiter peripherer Gebiete. Dadurch ist immer noch ein regionales Verteilungsmuster eines eher frühtransformatorischen Stadiums beschrieben. Innerhalb eines institutionell, infrastrukturell und industriell besser entwickelten Staates wären auch peripherere Regionen durch ihre Kostenvorteile interessant für Industrielokalisierungen.

Die Investitionen in den verarbeitenden Sektor finden sich in Serbien zwar außerhalb der Zentren; eine Orientierung der Produktionsbetriebe in die Peripherie ist jedoch nicht im Ansatz festzustellen. Nach SMITH & PAVLÍNEK (2000:

237) kann auch wenig getan werden, um die strukturschwachen Regionen innerhalb der postsozialistischen Staaten mit in den Kapitalfluss der ADI einzubinden. Ebenso können staatliche Anreize der Regionalförderung hier, nach BEYER (2001), kaum auf die Lokalisierungsentscheidungen der ausländischen Unternehmen einwirken. Letztlich können nur ein weitergehender gesamtstaatlicher Transformationsfortschritt und eine stabile makroökonomische Situation die nötigen Impulse für Ausbreitungseffekte bereitstellen.

3 Zwischenfazit: Räumliche Entwicklungen

Schon seit vor-sozialistischer Zeit gelten die Agglomeration Belgrad und weite Teile der autonomen Provinz Vojvodina als wirtschaftliche bevorteilt gegenüber dem restlichen heutigen Serbien. Auch aktuell bestehen in Serbien sozioökonomische räumliche Ungleichheiten zwischen Norden und Süden, Zentrum und Peripherie sowie städtischen und ländlichen Gebieten. Somit finden sich die am stärksten benachteiligten Orte in den ländlichen Gemeinden des Südens, insbesondere im Südosten und in einigen Grenzgebieten.

Trotz konstanter Ungleichheiten haben die Transformationsprozesse seit mehr als zwei Jahrzehnten tiefgreifende Verschiebungen der sozioökonomischen räumlichen Muster des Landes hervorgebracht. Diese lassen sich auf drei Entwicklungsrichtungen zusammenfassen:

- Einhergehend mit einer unklarerer bzw. fragmentierten Einteilung der Entwicklungsstände von Regionen verstärken sich innerregionale bzw. kleinräumliche Disparitäten.
- Zentripetale Kräfte gewinnen an Bedeutung. Diese zeigen sich in einer stark zunehmenden Polarisierung zwischen den Agglomerationen Belgrad und Novi Sad auf der einen Seite und dem Rest des Landes auf der anderen Seite.
- Überlagert werden diese Prozesse von generellen langanhaltenden Gravitationen von ländlichen Gebieten zu städtischen Regionen, welche schon weit in vor-transformatorischer Zeit eingesetzt haben.

Insgesamt werden in Serbien durch die verzögerte Transformation typische postsozialistische Raumentwicklungen der Polarisierung und Agglomeration in den Zentren auch erst verspätet festgestellt. Diese Prozesse führten zur Peripherisierung und Marginalisierung weiter Gebiete und ebenso zur Verschiebung der regionalen Ungleichheiten. Die traditionelle regionale Nord-Süd-Gravitation besteht weiterhin, hat aber an Bedeutung verloren. Die Vojvodina

als Großregion sollte nicht mehr im Ganzen als „besser gestellt“ beurteilt werden. Zudem offenbart die hier vorgenommene Beschreibung Serbiens, mit Bezug zur kommunalen Ebene, die steigende Bedeutung kleinräumlicher und lokaler Differenzierung. Lokale Entwicklungsstände weichen heute weit stärker vom regionalen Kontext ab, als dies noch in jugoslawischer Zeit der Fall war.

4 Fallauswahl: Warum Indija, Bečej und Knjaževac?

Die in diesem Kapitel aus der Makroperspektive beschriebenen Prozesse bilden in räumlicher Perspektive die Grundlage dieser Arbeit. Im Sinne einer stringenten Deduktion von der Makroebene auf die Mikroebene werden im nachfolgenden Kapitel C die Entwicklungspfade ausgewählter Gemeinden nachgezeichnet. Diese beinhalten die bereits beschriebenen typischen Merkmale ihrer regionalen Einordnung und der jeweiligen Transformationsphasen. Jedoch erweitert der Blick auf die lokale Ebene das Spektrum um weitere zugrunde liegende Prozesse räumlicher Entwicklungen und auf Besonderheiten im Lokalen.

Die Auswahl möglicher zu untersuchender Kommunen wird dabei auf klein- und mittelstädtische Gemeinden beschränkt. Zum einen hat dies konzeptionelle Gründe. Durch einen Perspektivwechsel hin zu Orten abseits der Agglomerationsräume und außerhalb rein ländlicher Prägung lassen sich Ergebnisse neben dem bekannten Zentrum-Peripherie-Paradigma erwarten. Damit ist auch einem absoluten Forschungsdesiderat im Kontext der postsozialistischen Transformationen Europas genüge getan (Kap. A.1.1.2). Orte kleinerer und mittlerer Größe werden oft bewusst oder unbewusst in den Vorstellungen zu räumlicher Entwicklung ausgeklammert.

Die Untersuchung aller oder einer großen Zahl an serbischen Klein- und Mittelstädten wäre aus wissenschaftstheoretischer Sicht eine geeignete Methode um treffende Aussagen über deren Bedeutung in der stark vom Zentrum-Peripherie-Gefälle geprägten Regionalentwicklung Serbiens zu treffen. Dies ist aber im gegebenen Rahmen nicht zu leisten und wenig zielführend. Der Untersuchungstiefe wird im Folgenden gegenüber dem Untersuchungsumfang der Vorzug gegeben. Eine kleinräumlichere Zuordnung erlaubt zudem die umfassendere Anwendung qualitativer Herangehensweisen. Dabei eignet sich die serbische *Opština* als Untersuchungseinheit. Aufgrund des Prinzips der lokalen Selbstverwaltung und der hohen lokalen Autonomie (Kap. A.1.1.2), können Tendenzen in den lokalen Entwicklungspfaden mitunter auch auf lokale Entscheidungen zurückgeführt werden.

Unabhängige Größen

Die zu untersuchenden Städte bzw. Gemeinden sollen sich strukturell in einigen Aspekten möglichst ähnlich sein, sich in anderen Punkten jedoch unterscheiden. Dieses Vorgehen ist dem *Most Similar Cases Design* entlehnt, wobei sich die zu vergleichenden Fälle bezüglich der interessierenden abhängigen Variablen unterscheiden, in anderen unabhängigen Variablen jedoch sehr deckungsgleich sind. Dies geht zurück auf die Methode der Differenz nach JOHN STUART MILL (1843: 454f.). Auf den konkreten Kontext angewandt heißt das, dass sich die ausgewählten Kommunen bezüglich ihrer ökonomischen Entwicklung unterscheiden und hinsichtlich ihrer Bevölkerungsdeterminanten sowie der funktionalen Bedeutung ihrer administrative Zentren sehr ähnlich sind.

Insbesondere die Siedlungsgröße und Siedlungsstruktur soll ähnlich sein und somit größtenteils aus der Analyse ausgeklammert werden können. Die weitgefasste Definition nach Bevölkerungsgröße von Klein- und Mittelstädten rangiert von 5.000 bis 100.000 Einwohnern. Für die Vorauswahl wurden mögliche Untersuchungsgemeinde zunächst weiter eingeschränkt auf Kommunen, in denen das Verwaltungszentrum zwischen 15.000 bis 50.000 Einwohner umfasst (Tab. 18). Innerhalb der Großgemeinden hat das Verwaltungszentrum eine klare funktionale Primatstellung und dient meist als alleiniges Zentrum des lokalen Arbeitsmarktes. Diese allgemeinen Merkmale eines „klassischen“ regionalen Zentrums sollen für die ausgewählten Kommunen sichergestellt werden. Die Auswahl wird daher noch weiter eingeschränkt auf Gemeinden, bei welchen mehr als 50% der Gesamtbevölkerung im Verwaltungszentrum leben.

Abhängige Größen

Durch diese Vorauswahl hat sich die Zahl der 30 serbischen Klein- und Mittelstädte zwischen 15.000 bis unter 50.000 Einwohner auf 14 mögliche Fälle eingeschränkt. Die letztliche Auswahl von drei Gemeinden erfolgt nun auf der Basis der abhängigen Dimension, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Untersuchungsfeld dieser Arbeit. Im Gegensatz zu den unabhängigen Größen sollen sich die ausgewählten Kommunen in dieser Dimension durchaus unterscheiden, um damit die Bandbreite der Entwicklungsrichtungen abbilden zu können. Als Indikatoren für die ökonomische Entwicklung wurden die Entwicklung der Beschäftigung von 2001 bis 2011 (wie in Abb. 17), die ausländischen Direktinvestitionen pro Arbeitnehmer von 2001 bis 2013 (wie in Abb. 23) und die durchschnittlichen kommunalen Einnahmen per capita der Jahre 2010 bis 2012 herangezogen (Tab. 18).

Tab. 18: Fallauswahl aus den serbischen Städten zwischen 15.000 bis 50.000 Einwohner, mit siedlungsstrukturellen und wirtschaftlichen Indikatoren; grau hinterlegt sind die Kommunen, die durch die Vorauswahl ausgeschlossen wurden (Daten: Census 2011; Opštine u Srbiji 2010-2012)

Stadt	Unabhängige Indikatoren			Abhängige Indikatoren		
	Bevölkerung d. Stadt 2011	Bevölkerung d. Gemeinde 2011	Anteil d. Stadt a.d. Gemeinde	Entwicklung d. Beschäftigung (2001-2011, IX 2001= 100)	ADI (in €) pro Arbeitnehmer (2001-2013)	Lfd. komm. Einnahmen per capita (Ø 2010-2012)
Sombor	47.485	85.569	55,5%	71,3	2.103	16.552
Požarevac	42.963	74.070	58,0%	91,7	-	23.218
Zaječar	42.916	58.547	73,3%	55,3	2.729	16.151
Pirot	38.432	57.911	66,4%	68,9	11.092	14.963
Kikinda	37.676	59.329	63,5%	73,4	8.599	21.031
Sr. Mitrovica	37.586	79.773	47,1%	71,4	5.431	16.404
Jagodina	36.092	71.195	50,7%	73,8	5.102	21.807
Vršac	35.701	51.217	69,7%	83,4	64.001	23.867
Bor	33.328	48.155	69,2%	54,8	-	15.861
Ruma	29.969	54.141	55,4%	78,2	5.074	14.996
Bačka Palanka	27.924	55.361	50,4%	78,9	32.557	16.970
Prokuplje	27.163	43.631	62,3%	67,0	1.929	12.881
Indija	25.988	47.204	55,1%	101,1	63.410	25.077
BG-Lazarevac	25.526	58.224	43,8%	96,3	1.237	16.694
Arandelovac	24.580	46.079	53,3%	61,6	4.369	14.374
Paraćin	24.573	54.267	45,3%	67,1	26.825	14.498
BG-Obrenovac	24.568	71.419	34,4%	100,9	-	26.811
Gr. Milanovac	24.048	44.438	54,1%	55,0	5.924	17.305
Vrbas	23.910	41.950	57,0%	70,1	6.506	19.381
Bečej	23.817	37.209	64,0%	69,3	3.135	14.827
Mladenovac	23.314	53.050	43,9%	64,4	-	12.070
Smed. Palanka	23.152	50.078	46,2%	68,4	32.557	11.302
Temerin	19.613	28.227	69,5%	110,7	-	15.406
Čuprija	19.380	30.020	64,6%	77,4	-	13.484
Loznica	18.714	78.788	23,8%	63,0	3.935	12.711
Stara Pazova	18.429	65.508	28,1%	154,3	15.589	17.416
Senta	18.397	22.961	80,1%	88,2	22.491	20.259
Knjaževac	18.089	30.902	58,5%	50,2	314	13.881
Kula	17.973	43.162	41,6%	69,9	-	15.523
BG-Surčin	17.356	42.012	41,3%	116,2	6.825	18.659
Apatin	17.352	28.654	60,6%	65,5	100.091	26.088
Negotin	16.716	36.879	45,3%	60,9	-	16.856
Aleksinac	16.420	51.462	31,9%	62,5	1.023	11.394
Velika Plana	16.078	40.578	39,6%	69,6	-	12.342
Vlasotinca	15.830	29.669	53,4%	69,6	3.208	11.143
Trstenik	15.329	42.989	35,7%	52,4	-	12.261

Neben der ökonomischen Bandbreite unterscheiden sich die ausgewählten Kommunen hinsichtlich ihrer regionalen Gravitationsbereiche; also hinsichtlich der Einordnung innerhalb von Großregionen und ihrer Proximität zu Agglomerationsräumen. Durch eine solche Auswahl ist sowohl dem räumlichen Entwicklungsgefälle Serbiens zwischen Zentrum und Peripherie sowie zwischen Norden und Süden Genüge getan, als auch der Bandbreite ökonomischer Entwicklungen. Damit lassen sich Ergebnisse erwarten, welche die lokalen vor dem Hintergrund der regionalen Entwicklungsmöglichkeiten erklären können.

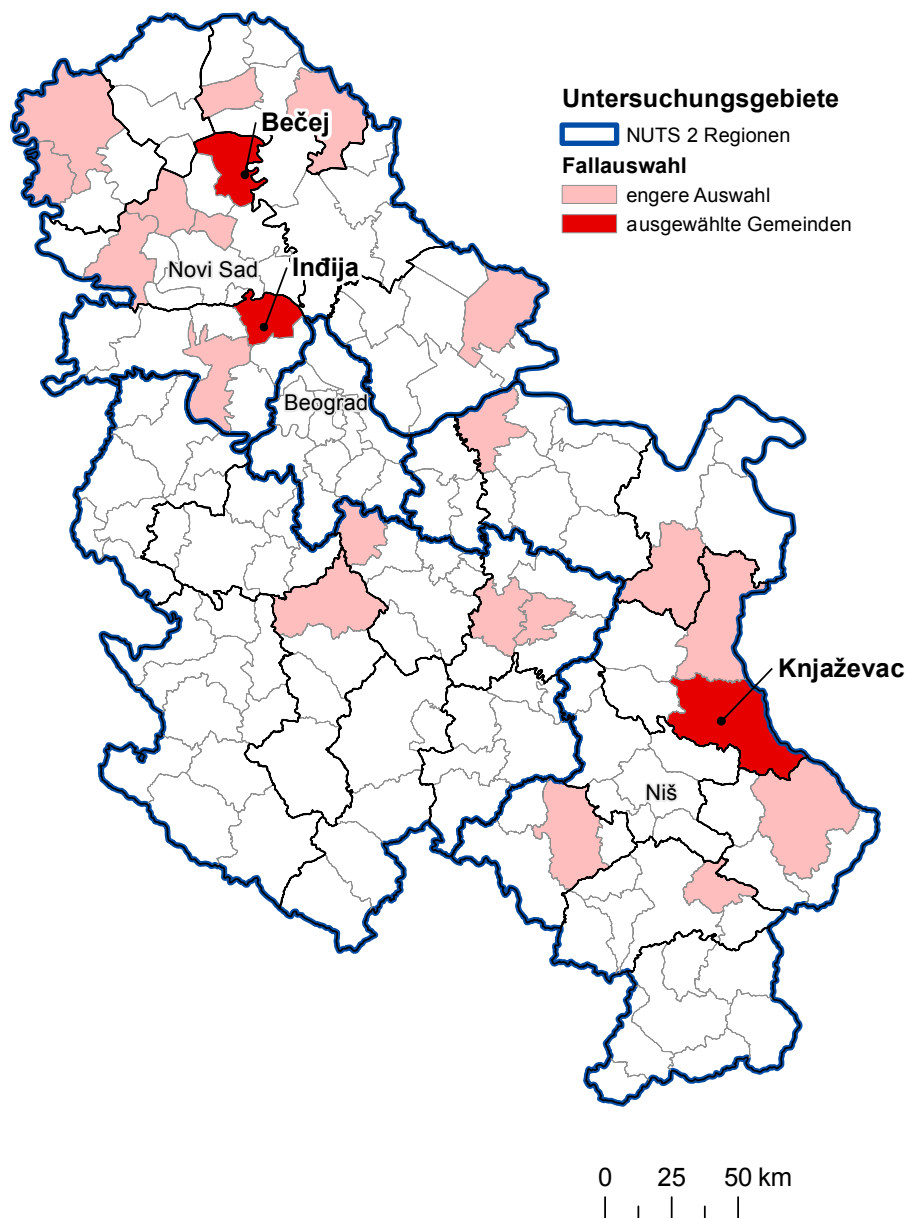


Abb. 24: Karte der ausgewählten lokalen Beispiele

Indija, Bečej und Knjaževac

Aus diesen Indikatoren und Überlegungen ergibt sich letztendlich die Auswahl der Gemeinden Indija, Bečej und Knjaževac (Abb. 24). Die Gemeinde Knjaževac steht beispielhaft für die südöstliche Peripherie Serbiens mit schlechter Erreichbarkeit und geringen ökonomischen Möglichkeiten. Indija hat demgegenüber sehr vorteilhafte Wirtschaftszahlen und eine zentrale Position zwischen den Wirtschaftszentren Belgrad und Novi Sad. Bečej hat ebenfalls eine gute infrastrukturelle Erreichbarkeit und entstammt dem traditionell entwicklungsbevorzugten Norden Serbiens; dennoch verzeichnet die Gemeinde schwache Wirtschaftszahlen.

Im folgenden Kapitel C werden durch quantitative sowie qualitative Methoden die divergenten Entwicklungspfade dieser Kommunen eingehend untersucht. Ebenso wie in Kapitel B stehen dabei die Transformationsvorgänge seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens im Fokus. Vorab liefert jedoch ein Blick in die lokale Wirtschaftsgeschichte der Gemeinden notwendige Annahmen über langfristige Pfadabhängigkeiten und unterschiedliche lokale Entwicklungsstände sowie Voraussetzungen vor dem Zusammenbruch des jugoslawischen Sozialismus und ermöglicht somit erst eine sinnvolle Beurteilung der lokalen Transformationspfade ab diesem Zeitpunkt.

C Meso- und Mikroanalyse – Aspekte lokaler Transformationen und Pfadabhängigkeiten

1 Wirtschafts- und Industriegeschichte bis 1991

Die Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften Europas zeigt, dass die verspätete Herausbildung von industriellen Strukturen in den peripheren Ländern des Kontinents nicht notwendigerweise zu einem Prozess der nachholenden Entwicklung führte. Dies gilt für Länder und Regionen, kann aber genauso auf einzelne Orte übertragen werden. Sozialgeschichtliche Arbeiten konnten Argumente aufzeigen, wie die vorindustrielle Rückständigkeit der Länder Südosteuropas (LAMPE & JACKSON 1982; CALIC 1994; BEREND & CSATÓ 2001) bis in deren sozialistische Zeit hinein eine Perpetuierung des Entwicklungsdefizits zur Folge hatte. Diesem konnte in Jugoslawien erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durch große Industrialisierungsanstrengungen entgegen gesteuert werden und somit letztlich eine verspätete nachholenden Entwicklung erreicht werden.

1.1 Perpetuierung von Rückständigkeit – Industriegeschichte bis 1941

Die folgenden Erläuterungen dienen in erster Linie der vorsozialistischen Einordnung der gewerblichen und gesellschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen der untersuchten Gemeinden: Bečej, Indija und Knjaževac.⁵⁹ Zum einen waren die Orte im 19. Jahrhundert eingebunden in das im Zerfall begriffene Osmanische Reich, beziehungsweise dem sich daraus neu konsolidierenden unabhängige serbischen Nationalstaat. Zum anderen waren sie Teil des wirtschaftlich aufstrebenden Habsburger Reiches. Erst ab 1918, mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Gründung des ersten Jugoslawiens, waren alle drei Untersuchungskommunen Teil eines gemeinsamen Staates.

⁵⁹ In diesem ersten Unterkapitel werden die komplexen historischen Zusammenhänge der protoindustriellen (Kap. C.1.1.1) und frühindustriellen (Kap. C.1.1.2 & C.1.1.3) Entwicklung der historischen Regionen, die das heutige Serbien bilden, stark vereinfacht dargestellt. Zum tiefergehenden Verständnis der Sozialgeschichte des engeren Serbien empfiehlt sich insbesondere die Lektüre von CALIC (1994) und SUNDHAUSEN (2007).

Bis zu diesem Zeitpunkt lagen Inđija als Ort Slawoniens und Bečej als Ort Südungarns, auf dem Gebiet der späteren Vojvodina⁶⁰, im Randgebiet des Herrschaftsbereichs der österreichisch-ungarischen k.-u.-k.-Monarchie. Die Stadt Knjaževac lag zunächst auf dem Territorium des osmanischen Reiches. Nach der nationalrevolutionären serbischen Erhebung zwischen 1815 und 1817 und der 1830 urkundlich anerkannten Autonomie vom osmanischen Reich (SUNDHAUSSEN 2007: 65ff.), wurde der Ort Teil eines sich konstituierenden Fürstentums, dem späteren Königreich Serbien.

1.1.1 Vor- und protoindustrielle Rahmenbedingungen

Im Vergleich mit den anderen Ländern und Regionen Mittel- und Osteuropas verzeichnete das Königreich Ungarn bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein enormes wirtschaftlichen Wachstum; obgleich dieses gegenüber Westeuropa doch stark verzögert erfolgte (BEREND 2001: 121). Dabei verschob sich innerhalb Ungarns der wirtschaftliche und kulturelle Schwerpunkt stetig nach Westen, was zur Folge hatte, dass sich trotz des wirtschaftlichen Vorankommens große Teile Ungarns peripherisierten und zunehmend den direkten Kontakt zur westlichen Welt verloren (FARAGÓ 2002: 256f.). Im gleichen Zeitraum war das unabhängige Serbien einer der infrastrukturell, sozial und wirtschaftlich schwächsten Staaten Europas (SUNDHAUSSEN 2007: 143ff.). Die Region war über Jahrhunderte hinweg Durchmarschgebiet fremder Truppen und selbst nach der Gründung des serbischen Fürstentums Schauplatz mehrerer Scharmützel.⁶¹

Obgleich sich Ungarn und Serbien wirtschaftlich stark unterschieden, waren beide Gesellschaften zutiefst von der Landwirtschaft geprägt. Im jungen serbischen Staat waren noch zur Wende ins 20. Jahrhundert 66% der registrierten Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig (SUNDHAUSSEN 1989: 183). Beim Anteil der direkt von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung, ergibt sich für 1900 sogar ein Wert von 84% für Serbien (SUNDHAUSSEN 1989: 180). Auch die Gebiete des ungarischen Königreichs waren außerhalb von Pest und Buda eine

⁶⁰ Der Begriff Vojvodina wird erstmals 1848 im Rahmen der Proklamation der Serbischen Vojvodina erwähnt. Damals noch als Teil des Königreichs Ungarn, war dies eine serbisch-nationale Antwort auf die ungarische Erhebung gegen die Habsburger im gleichen Jahr. Der Name Vojvodina entlehnt sich aus dem serbokroatischen Wort *Vojvode* für Heerführer (SCHMIDT 2011). Inđija gehörte zum damaligen Zeitpunkt der Gespannschaft Srijem (ungar.: Szerém; dt. Syrmien) im der ungarischen Krone untergeordneten Königreich Kroatien und Slawonien an und Bečej dem Komitat Bačko-Bodroška (ungar.: Bács-Bodrog) in Südungarn.

⁶¹ Dies gilt insbesondere für die Region um Knjaževac. Für die Stadt, damals noch Gurgusovac, und die umliegenden Gebiete ist eine Vielzahl an Kampfhandlungen bereits aus der Zeit im osmanischen Pašaluk Vidinski dokumentiert (SIBINOVIĆ 2012).

dominant bäuerlich geprägte Gesellschaft. Nach der offiziellen Statistik waren 1869 76% der ungarischen Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig; 1900 waren dies immer noch 69%⁶² (BEREND 2001: 123; SUNDHAUSSEN 1989: 183). Allerdings war diese Landwirtschaft schon wesentlich stärker nach kapitalistischen Bedingungen ausgerichtet, als jenseits der Landesgrenze in Serbien. Bereits im 18. Jahrhundert hatten sich die Gebiete der späteren Provinz Vojvodina zu einer Agrarexportregion entwickelt (FARAGÓ 2002: 260).

Südosteuropa war zu dieser Zeit tief gespalten in eine ländliche und eine städtische Bevölkerung. In der neuen serbischen Hauptstadt Belgrad hatte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine relativ wohlhabende Schicht von Staatsdienern, Politikern, Unternehmern und im Ausland geschulten Intellektuellen herausgebildet. Dieser stand die große Mehrheit einer vormodernen halbalphabetisierten oder analphabetischen Landbevölkerung gegenüber (SUNDHAUSSEN 2007: 182ff.). Das schnell wachsende Belgrad⁶³ zementierte in dieser Zeit seine regionale Bedeutung, während Pest und Buda schon ab dem 18. Jahrhundert einen rasanten Bevölkerungsanstieg erlebten und eine vergleichbare Stellung innerhalb Ungarns innehatten.

Gewerbliche und landwirtschaftliche Voraussetzungen

Die entscheidenden Faktoren einer Frühindustrialisierung werden in den westeuropäischen Gesellschaften im Wandel des gewerblichen Handwerks gesehen. Eine Protoindustrie, die als Keimzelle der Industrialisierung nötig war, kennzeichnet sich durch eine beginnende Massenproduktion mit Hilfe von Arbeitsteilung in Werkstätten und Manufakturen, der Zunahme der ländlichen Heimarbeit und der Herausbildung eines Verlagssystems, also der Trennung von Produktion und Handel (CERMAN & OGILVIE 1994).

Zur Herausbildung einer Protoindustrie gab es zwischen Habsburgischen Gebieten und Serbien unterschiedliche Voraussetzungen. So eröffneten erst die Befreiungskriege ab 1804 und die Anerkennung des Fürstentums Serbiens durch die Osmanen 1830 der einfachen Stadt- und Landbevölkerung Serbiens den Zugang zum städtischen Handwerk. Vorher war dies fast ausschließlich in türkischer Hand (IANEVA 2002). Eine Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land existierte faktisch nicht und eine gewerbliche Marktproduktion war unter der

⁶² In Deutschland lag der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft zur gleichen Zeit (1895) bei 38%. In Großbritannien (1901) sogar nur bei 8% (SUNDHAUSSEN 1989: 183).

⁶³ Die damals größte Stadt der späteren Vojvodina, Subotica, hatte mit rund 90.000 Einwohnern zur Jahrhundertwende zwar etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Belgrad, hatte aber nach BEREND (2001: 126f.) eher den Charakter eines überwachsenen Dorfes als eines wichtigen regionalen Zentrums. Novi Sad hatte mit rund 30.000 Einwohnern eine eher überschaubare Größe.

serbischen Bevölkerung nahezu unbekannt (SUNDHAUSSEN 2007: 182ff.). Diese neuen gewerblichen Freiheiten konnten von der serbischen Bevölkerung aber nur bedingt genutzt werden, da der serbische Staat eine rigide Zunftordnung installierte und eine mit Einschränkungen und Verboten gespickte Handelsgesetzgebung verfolgte (CALIC 1994: 97ff.). Auch wenn dadurch die Entwicklung des ländlichen Handwerks erschwert wurde, so wurde sie dennoch nicht völlig aufgehalten. Gerade in den ärmeren und wenig fruchtbaren Regionen, in denen die landwirtschaftliche Produktion kaum ausreichte um die Bevölkerung zu ernähren, bildete das Heimgewerbe eine Alternative zum landwirtschaftlichen Broterwerb. Aus SAVIĆ (1922) und PALAIRET (1997: 166) lassen sich einige neue entstehende Gewerberegionen im serbischen Königreich benennen. Unter anderem findet dort Knjaževac für seine Teppichherstellung Erwähnung. Detaillierter zeigt die Statistik SUNDHAUSSENS (1989: 185) für das Jahr 1866, dass 71,2% der städtischen Bevölkerung Knjaževacs von nicht-landwirtschaftlicher Arbeit lebten. Im Vergleich mit serbischen Städten ähnlicher Größe und Bedeutung befindet sich Knjaževac zwar deutlich hinter Kruševac (93,3%) und Užice (90,0%), aber insgesamt im mittleren Wertebereich.

Während in Serbien das Handwerk bis zu einer gesetzlichen Neuregelung im Jahr 1910 einer Zunftordnung unterlag, die der mittelalterlich europäischen Ordnung ähnelte und die Berufswahl, den freien Wettbewerb und die berufliche Qualifikation stark einschränkte (CALIC 1994), setzte der Verfall des Zunftsystems in Ungarn wesentlich früher bereits ab 1849 ein (FARAGÓ 2002: 258f.). Bis dahin gelten für Ungarn die gleichen Entwicklungshemmnisse bei der Entstehung einer Protoindustrie: wenig bestehende Produktion im Verlagsystem, geringe Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und keine zufriedenstellenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Sowohl in Südungarn, bzw. der Vojvodina, als auch im serbischen Staat kam es zu einer verzögerten Protoindustrialisierung. Trotz der früheren Auflösung der Zünfte in den ungarischen Gebieten entwickelten sich genauso in der Vojvodina Gewerbe nur langsam. Dies hatte aber im Gegensatz zu Serbien keine rechtlichen Gründe, sondern lag in erster Linie an der profitablen Landwirtschaft einer naturräumlichen Gunstregion,⁶⁴ die eine alternative Erwerbs-

⁶⁴ Das pannonische Tiefland bietet in Südosteuropa die vorteilhaftesten natürlichen Produktionsbedingungen hinsichtlich der Relief-, Klima- und Bodengegebenheiten. Das Territorium der heutigen Gemeinde Indija und der Gemeinde Bečej ist hierbei geomorphologisch einem Lößplateau zuzuordnen. Hydromeliorative Eingriffe konnten zusätzlich die jährlichen Überschwemmungen eindämmen und Nutzflächen gewinnen und stetig verbessern (BÜSCHENFELD 1981: 107ff.). FARAGÓ (2002) führt für das Gebiet noch für Ende des 19. Jahrhunderts einige dokumentierte Fälle an, in denen das Handwerk zugunsten der ertragreicheren Landwirtschaft aufgegeben wurde.

möglichkeit nicht notwendig machte (FARAGÓ 2002). Im Königreich Serbien waren es gerade die landwirtschaftlich unprofitablen Bergregionen, die die Arbeitskräfte für eine entstehende dezentrale und arbeitsteilige Produktion bereitstellten. Um die Wende zum 20. Jahrhundert wies Serbien mit Ausnahme Norwegens den niedrigsten Anteil an produktivem Boden an der jeweiligen Gesamtfläche aus, was nicht allein mit den naturräumlichen Bedingungen zu erklären ist. Zur Begründung für diese ineffektiven Nutzung des Bodens müssen als weitere hemmende Faktoren die unzureichenden Agrarreformen, mangelnder Einsatz von Produktionsmitteln und traditionelle Lebensweisen herangezogen werden (CALIC 1994). Am anderen Ende der europäischen Skala befindet sich das Königreich Ungarn mit dem – abgesehen von Luxemburg – höchsten Anteil an produktiv landwirtschaftlich genutztem Boden. Die ungarische Landwirtschaft war wesentlich diversifizierter in ihrer Nutzung und hatte in allen Anbaukulturen deutlich höhere Hektarerträge als die serbische (SUNDHAUSSEN 1989: 251ff.).

Aus heutiger Sicht waren damit die naturräumlichen Bedingungen, neben der Einbindung in zwei unterschiedliche Staatsgefüge, die entscheidenden unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen der Vojvodina und den anderen Gebieten des heutigen Serbien. Für die untersuchten Orte Bečej und Inđija⁶⁵ ergibt sich daraus, dass die ertragreiche Landwirtschaft einerseits den ökonomischen Anreiz für den Ausbau gewerblicher Tätigkeit und einer Protoindustrie beschränkte; andererseits waren die rechtlichen und soziostrukturellen Rahmenbedingungen für eine Frühindustrialisierung dieser Orte gesetzt und der primäre Sektor bildete aufgrund seiner steigenden Marktorientierung hierfür die Grundlage. Im Königreich Serbien, außerhalb Belgrads, waren es hingegen fehlende strukturelle Voraussetzungen und mangelnde gesellschaftliche Reformen, die die Entstehung einer Protoindustrie mit dezentralen Produktionen sowie dazugehörigen Verlagssystemen behinderten.

1.1.2 Frühindustrielle Ansätze bis zum Ersten Weltkrieg

Auf dem Gebiet der heutigen Provinz Vojvodina war der Übergang von einer Protoindustrie zu einer Frühindustrie insgesamt wesentlich stärker spürbar, als im restlichen heutigen Serbien außerhalb Belgrads. Für die Entwicklung der Industrie im neuen serbischen Königreich gab es, trotz der Verfügbarkeit von Arbeitskräften, lange Zeit kaum ausbaufähige Voraussetzungen. Es gab eine

⁶⁵ Für den Ort Inđija lässt sich im ausgehenden 19. Jahrhundert aus den verfügbaren Quellen, neben der Landwirtschaft, insbesondere eine Tradition in der Teppichherstellung und im Schreiner- und Zimmererhandwerk extrahieren; letzteres lag insbesondere in den Händen der lokal ansässigen deutschen Bevölkerung (DAVIDOVIĆ 1988: 127ff.; Révai nagy lexikona 1916a: 559).

schwache Kapitalakkumulation und das vorhandene kumulierte sich hauptsächlich in den Händen einer kaufmännischen städtischen Oberschicht, die am Handel ihr Geld verdiente, aber selbst kaum Anreize für Investitionen in die Industrie hatte. Zusätzlich war das entstehende Bankensystem bei der Kreditvergabe sehr zurückhaltend (SUNDHAUSSEN 2007: 185).

Weiterhin fehlten im serbischen Königreich nach den Analysen von CALIC (1994) und SUNDHAUSSEN (2007: 143ff.) einige wichtige gesetzgeberische Reformprozesse, eine Loslösung von quasifeudalen Wirtschaftsverhältnissen und der Aufbau eines funktionierenden Bildungssystems. Diese Faktoren begrenzte das Entstehen einer disziplinierten und gut ausgebildeten Arbeiterschaft, unternehmerischer Talente und technischer Kenntnisse, die den Nachbau importierter Maschinen möglich gemacht hätten, wie dies in höher entwickelten Nachzüglerländern der industriellen Revolution üblich war. Mangelnde Binnen- nachfrage, die Abhängigkeit im Außenhandel von Österreich-Ungarn und Konkurrenz ausländischer Produkte verminderten ebenfalls den Anreiz für industrielle Unternehmerschaft im serbischen Königreich.

Das ungarische Königreich hatte demgegenüber einen deutlichen Entwicklungsvorsprung und baute diesen in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg weiter aus. So nahm die industrielle Entwicklung Ungarns nach der Revolution von 1848/1849⁶⁶ zunächst zwar nur langsam Fahrt auf. Die Modernisierung wurde weiterhin durch das absolutistische System und reaktionäre Kräfte gebremst. Die Entstehung einer Zivilgesellschaft und die rechtlichen Möglichkeiten, diese zu schützen, schufen aber die Grundvoraussetzungen für Kapitalakkumulationen und unternehmerische Investitionen.

Erst nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 begann für Ungarn nun tatsächlich ein flächendeckender Ausbau der Industrie und es entstanden auch Industriebetriebe außerhalb von Pest und Buda. Unterbrochen von wirtschaftlichen Krisen entwickelte sich die Industrie hauptsächlich in den Sektoren und an den Orten, wo das Rohstoffangebot oder die Nachfrage am größten waren. Das am meisten entwickelte Gewerbe war hierbei die Nahrungsmittelindustrie, und dabei insbesondere die flächendeckende Ausbreitung dampfbetriebener Mühlen (CSATÓ 2001).

⁶⁶ Die niedergeschlagene Revolution brachte dem Land jedoch die Bauernbefreiung, eine formelle Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und wirtschaftliche die Durchsetzung des Kapitalismus. Erst mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 erhielt das Königreich Ungarn seine verfassungsmäßigen Staatsrechte zurück. Von der damit verbundenen neuen öffentlich-rechtliche Stabilität und der gemeinsamen Wirtschaftspolitik konnte innerhalb der Doppelmonarchie Ungarn stärker profitieren als Österreich (BALOGH 2008).

Infrastruktur

Auch beim infrastrukturellen Ausbau hinkte Serbien dem südlichen Ungarn hinterher. Die infrastrukturellen Defizite Serbiens waren sowohl Ursache als Folge der Schwäche des sekundären Sektors. Neben einem vollkommen unterentwickelten Straßennetz, lag Serbien nach der Statistik SUNDHAUSSENS (1989: 507ff.) für das Jahr 1910 beim damaligen Schienennetzausbau im europäischen Vergleich hinter nahezu allen europäischen Staaten, obwohl sich Serbien mit der Unterzeichnung des Berliner Vertrages von 1878 für das Orientbahn-Projekt und damit zum Ausbau seines Eisenbahnnetzes verpflichtet hatte. Die erste und zentrale Eisenbahnstrecke in Serbien, von der österreichisch-ungarischen Grenze nahe Belgrad bis nach Niš, konnte innerhalb dieser Verpflichtung erst im Herbst 1884 eröffnet werden (CALIC 1994: 121ff.; SUNDHAUSSEN 2007: 139).

Ein Jahr zuvor wurden jenseits der Grenze im südlichen Ungarn und Slawonien die wichtigsten Verbindungslinien vollständig fertiggestellt. Speziell der untersuchte Ort Indija bildete hierbei einen wichtigen Streckenknotenpunkt: Richtung Westen führte eine Strecke Richtung Zagreb, nach Norden Richtung Subotica und nach Süden fand der Streckenanschluss nach Serbien und Belgrad statt. Die Stadt Bečej wurde im Jahr 1889 durch eine Anbindung nach Senta ans Schienennetz genommen. Zehn Jahre später erfolgten dort zwei direkte Verbindung an die Hauptachse zwischen Belgrad und Subotica. Der serbische Ort Knjaževac hatte hingegen erst ab 1915 über eine Verbindung nach Zaječar Anschluss an das europäische Eisenbahnnetz. Diese Verbindungsstrecke war in Serbien eine der letzten in der Zeit des großen Schienenausbaus (NIKOLIĆ 1980; DAVIDOVIĆ 1988: 56ff.; SUNDHAUSSEN 1989: 512f.).

Die Situation in den ausgewählten Standorten

Eine Betrachtung der frühindustriellen Lokalisierungen in den drei untersuchten Orten spiegelt die regionalen Entwicklungswege der Vojvodina und des ländlichen Serbien wider. Die Gemeinde Bečej hatte im Jahr 1890 eine von Manufakturen geprägte Frühindustrie vorzuweisen, die besonders stark in der Lebensmittelverarbeitung war.⁶⁷ Verkehrs-infrastrukturell war Bečej über einen Bahnanschluss und über den *Großen Batschka-Kanal* des Donau-Theiß-Donau Kanalsystems, über das hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte vertrieben wurden, angebunden (PAL 1997: 180ff.; Révai nagy lexikona 1916b: 627). Insgesamt

⁶⁷ Neben sieben Dampfmühlen, waren in der Stadt zwei Sägewerke, zwei Brauereien und eine Seidenraupenzucht mit 147 Beschäftigten ansässig; erste öffentliche Banken siedelten sich ab 1871 im Ort an. Bis 1910 kamen noch drei Ziegeleien und eine Eisengießerei hinzu (PAL 1997: 180ff.; Révai nagy lexikona 1916b: 627).

samt hatte unter allen Wirtschaftszweigen die Landwirtschaft, insbesondere die Schweinemast und die Gemüseproduktion in der Theiß-Aue, eine absolute Vorrangstellung (PAL 1997).

Im syrmischen Indija begann sich bis zum Ersten Weltkrieg bereits eine diversifizierte gewerbliche Struktur herauszubilden⁶⁸ und die Schreiner- und Zimmerertradition manifestierte sich in Möbelmanufakturen. Zudem ist Indijas frühe industrielle Entwicklung eng mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und seiner Lage an einem Knotenpunkt verknüpft. Ab 1911 etablierte sich in Indija ein Betrieb zur Reparatur von Lokomotiven. Aus diesem Unternehmen ging das jugoslawische Kombinat *IMI Panonija* – ebenfalls ein wichtiger Arbeitgeber der Gemeinde im sozialistischen Jugoslawien – hervor (Révai nagy lexikona 1916a: 559; DAVIDOVIĆ 1988: 111ff.). Diese Gewerbestruktur ist durchaus bemerkenswert, wenn sie in den historisch-regionalen Kontext und in Relation zur geringen Bevölkerungsgröße des Ortes gesetzt wird. Noch um die Jahrhundertwende hatte die Stadt Indija nur rund 6.000 Einwohner, was nur etwa einem Drittel der Größe von Bečej entsprach.

Auf dem heutigen Gebiet der Gemeinde Knjaževac lassen sich bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges aus den amtlichen Aufzeichnungen nur lediglich zwei im Jahr 1885 in Betrieb genommene Kohle-Bergwerke belegen (MILIĆ 2005: 36). Die Förderung von Steinkohle blieb bis in die 1960er Jahre hinein der einzige nennenswerte Industriezweig innerhalb dieser Kommune (Kap. C.1.2.2). Das örtliche Teppich- und Wollgewerbe kam nie über den protoindustriellen Zustand hinaus.

An der Wende zum 20. Jahrhundert, einer Zeit, in der sich die Industrialisierung auch in den Staaten außerhalb Westeuropas zur vollen Blüte entwickelte, konnte das serbische Königreich nicht Schritt halten. Dennoch verzeichnete Serbien zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg ein deutliches Wirtschaftswachstum (SUNDHAUSSEN 1989: 310ff.). Möglich wurde dies durch eine gezielt wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung und durch geänderte Rahmenbedingungen, wie der Schaffung eines Kreditmarktes, dem Anschluss Serbiens an das europäische Eisenbahnnetz und der Einführung von Schutzzöllen. In den nachfolgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg nahm der industrielle Aufschwung dann auch in Serbien durch die günstige internationale Konjunktur und zunehmendes Engagement ausländischer Investoren noch

⁶⁸ Im Jahr 1890 wurde eine Dampfmühle eines Budapester Unternehmens in Betrieb genommen und in den drauffolgenden Jahren öffneten mehrere kleine Ziegelfabriken. In 1897 wurde eine erste Bank gegründet. Auch die Pelzfabrik *Jugoslovenska Krznarska Industrija*, einer der wichtigsten lokalen Arbeitgeber in sozialistischer Zeit, wurde 1898 gegründet und hatte bis zum Krieg bereits 120 Beschäftigte.

mehr Fahrt auf (CALIC 1994: 121ff.). Welche Bedeutung dieser vor der fast vollständigen Zerstörung im Ersten Weltkrieg hatte, lässt sich nicht eindeutig feststellen (vgl. LAMPE & JACKSON 1982: 238ff.; CALIC 1994: 121ff.). An entlegenen Standorten, wie z.B. Knjaževac, kam der verspätete kurze Aufschwung Serbiens ohnehin nicht an.

1.1.3 Stagnation in der Zwischenkriegszeit

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde eine nationale Neuordnung des Donau-Balkan-Raumes vollzogen. Aus Serbien, dem ebenfalls unabhängigen Montenegro und den größten Teilen der südslawisch besiedelten Gebiete des Habsburger Reiches entstand 1918 das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Ab 1929 benannte sich der SHS-Staat⁶⁹ in Königreich Jugoslawien um (SUNDHAUSSEN 2007: 231ff.). Innerhalb des Ersten Jugoslawien hatten dabei die ehemaligen Gebiete des Königreichs Serbien in den 1912 einsetzenden Balkankriegen und dem unmittelbar folgenden Ersten Weltkrieg eine exzessive Zerstörung erfahren müssen.⁷⁰ Im Verhältnis dazu war die Bevölkerung, Industrie und Infrastruktur in den zu Österreich-Ungarn gehörenden Gebieten des neuen jugoslawischen Staats glimpflich davon gekommen.

Entwicklungsstagnation zwischen den Kriegen

In der Zwischenkriegszeit blieb der SHS-Staat zu großen Teilen ein Agrarstaat, geprägt von kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft. Die allgemeine Verstädterung schritt nur schleppend voran. So ging der Anteil der Landbevölkerung von

⁶⁹ Die geläufige Abkürzung SHS-Staat ergibt sich aus der serbokroatischen Bezeichnung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen: *Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca*

⁷⁰ Der erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 mit den beiden vorangegangenen Balkankriegen von 1912 und 1913 warfen Serbien in seiner Entwicklung um Jahrzehnte zurück. Unter allen Kriegsteilnehmern hatte das Königreich Serbien gemessen an der Gesamtbevölkerung die größten Menschenverluste zu beklagen. Mit 1,2 Millionen Kriegstoten verlor Serbien etwa 28% seiner Gesamtbevölkerung (SUNDHAUSSEN 2007: 228). Das wirtschaftliche Leben war in Serbien während der sechsjährigen Kriegszeit vollkommen paralysiert, Industrie und Bergbau mussten durch die Kriegshandlungen massive Schäden hinnehmen. Die materiellen Folgen unterliegen zwar stark abweichenden Schätzungen, waren aber ohne jeden Zweifel ebenfalls enorm. Vor allem durch Demontage und mutwillige Zerstörung bei Abzug der Besatzer wurden im Engeren Serbien laut Schätzungen rund 30% der Fabrikgebäude und 57% des Equipments zerstört. Von der serbischen Regierung wurden die Schäden der sechs Kriegsjahre auf die Hälfte des gesamten Volksvermögens beziffert; der Viehbestand wurde nach diesen Angaben sogar um 70% dezimiert (CALIC 1994: 214ff.). Auch die Untersuchungskommune Knjaževac dient als Beispiel großer Kriegsleiden. Die Stadt erfuhr bereits im zweiten Balkankrieg nach einer bulgarischen Invasion massive Zerstörung und fiel im anschließenden Weltkrieg mehrfach hinter die bulgarische Frontlinie (STOJADINOVIĆ 1985).

1918 bis 1941 nur ca. 4 Prozentpunkte auf rund 76% zurück. Im Gegensatz dazu erfuhr die Hauptstadt des neuen Staats, Belgrad, von 1910 bis 1941 ein exponentielles Wachstum um das Dreifache seiner Bevölkerung. Die geringe Verstädterung außerhalb Belgrads ergibt sich mitunter aus der schwachen industriellen Entwicklung Jugoslawiens nach dem Ersten Weltkrieg. Ende der 1930er Jahre gab es in SHS-Staat lediglich 55.000 industrielle Lohnarbeiter, die meist noch einen kleinbäuerlichen Nebenerwerb betrieben (SUNDHAUSSEN 2007: 270ff.). Der mangelnde industrielle Ausbau in den Städten konnte damit die frei werdenden ländlichen Arbeitskräfte nicht kompensieren. Mit der einsetzenden Weltwirtschaftskrise führte die ohnehin chronische Unterbeschäftigung auf dem Land dann unmittelbar zu Massenarbeitslosigkeit. Schätzungen gehen für Mitte der 1930er Jahre von bis zu 62% überflüssiger Arbeitskräfte in der jugoslawischen Landwirtschaft aus (SUNDHAUSSEN 2007: 276).

Während es in vielen europäischen Staaten, verstärkt durch die Weltwirtschaftskrise, zu Konzentrationstendenzen in der Industrie kam, kann für Jugoslawien kaum eine Herausbildung von finanz- und personalstarken Industriebetriebe beobachtet werden. Wenn, dann fanden sich Kartelle, Firmen und Betriebe mit hoher Arbeitsplatzzahl und hohem Kapitalaufkommen insbesondere in Slowenien und Kroatien, wo die Wirtschaft enger mit den mitteleuropäischen Großbanken verflochten war (CALIC 1994: 358ff.). Höhere Konzentrationstendenzen und Großbetriebe fanden sich lediglich im Kohlebergbau und in der Papierindustrie. Das Wirtschaftswachstum blieb schwach und linear, während die Bevölkerung verlangsamt, aber weiterhin exponentiell anwuchs. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Sozialproduktes Jugoslawiens betrug zwischen 1923 und 1939, trotz des niedrigen Ausgangsniveaus, nur rund 1,8%. Unter diesen Umständen war die Zwischenkriegszeit eher eine Phase der Stagnation, denn der Entwicklung. Das reale Pro-Kopf-Einkommen vergrößerte sich von 57,5 US-Dollar pro Jahr auf gerade einmal 67 US-Dollar (SUNDHAUSSEN 2007: 272).

Regionale Unterschiede

Gleichzeit gab es erhebliche räumliche Ungleichheiten hinsichtlich des Lohnniveaus. Die niedrigsten Verdienstmöglichkeiten im SHS-Staat bestanden in Ost- und Südserbien aber auch in der Vojvodina. Die regionalen Lohnschwankungen ergaben sich nicht nur aus den unterschiedlichen Preisniveaus und dem Angebot an Arbeitskräften. Genauso schlug sich die regionale Branchenstruktur auf die Löhne nieder. Am besten verdienten die Arbeiter in der Druck-, Papier-, Metall-, und Bauindustrie; also dort wo höhere Qualifikationsanforderungen bestanden (CALIC 1994: 321ff.). Auch bei der Kapital- und Maschinenausstattung war die Frühindustrie der Vojvodina vergleichsweise schwach. Der nied-

rige Einsatz von Kapital und Maschinen im Vergleich zum Einsatz von Arbeitern in der Vojvodina erklären sich in erster Linie durch den hohen Anteil der industriellen Lebensmittelverarbeitung; jedoch auch dadurch, dass kapitalstarke Unternehmen vorwiegend in den Zentren zu finden sind (Statistika Industrije 1941: 66f.).

Nichtsdestotrotz war die Vojvodina, wie erwähnt, bereits gewerblich besser ausgestattet und diese Frühindustrialisierung wurde in der Zwischenkriegszeit durch Betriebsgründungen weiter vorangetrieben. Im engeren Serbien außerhalb Belgrads gab es ab 1918 nun erst, einen im Vergleich zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stärkeren Anstieg an Unternehmensneugründungen. Die südlicheren und östlicheren Gebiete Serbiens waren hiervon allerdings erneut abgekoppelt. Nach den Daten des königlich jugoslawischen Amtes für Statistik war in der Morava Banschaft, zu der Knjaževac gehörte, die Gründungsaktivität in der Zwischenkriegszeit insgesamt äußerst gering⁷¹ (Statistika Industrije 1941: 66f.). Zusätzlich kam es zu einer wirtschaftlichen Auseinanderentwicklung zwischen den Regionen durch die Tatsache, dass die bestehenden Unternehmen schneller wuchsen, finanzkapital- und personalstärker waren, und bessere maschinelle Ausstattungen hatten als Neugründungen (CALIC 1994: 223).

Lokale Branchenstrukturen

Eine einfache Auflistung der industriellen Betriebsausstattung der drei untersuchten Gemeinden kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs (Tab. 19) spiegelt die regionalen Annahmen zu typischen Branchenstrukturen wider. Bei der Anzahl der Betriebe mit industriellem Charakter grenzten sich zu dieser Zeit Bečej und Indija durch ihre stärkere Industrialisierung und ökonomische Diversifizierung deutlich von Knjaževac ab. Bei letztgenannter Gemeinde konzentrierte sich das industrielle Wirtschaften auf die Steinkohleförderung, hauptsächlich in den beiden Ortschaften Vina und Podvis. Diese industrielle Ausrichtung, in Verbindung mit den Umständen der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre, dem Verfall des Kohlepreises und mehrere Streiks über Lohnzahlungen im Bergbau, machte in der Zwischenkriegszeit eine Entwicklung der dortigen lokalen Wirtschaft schwierig. Die insgesamt problematischer werdende finanzielle Situation der Bevölkerung der Gemeinde Knjaževac forcierte dabei Auswanderungsbewegungen und viele fanden Arbeit jenseits der Staatsgrenze in der rumänischen Landwirtschaft (MILIĆ 2005: 36f.).

⁷¹ Hierbei waren zwischen 1919 bis 1938 nur 94 industrielle Betriebsgründungen in der Banschaft Morava dokumentiert. Auf die anderen acht Banschaften des Königreichs Jugoslawien entfielen zusammen 2.099 Gründungen. Allein 510 auf die Banschaft Donau, die Belgrad und die Gebiete der Vojvodina umfasste (Statistika Industrije 1941: 66).

In Bečej und Indija prägten, dem regionalen Wirtschaften entsprechend, Betriebe der Lebensmittelproduktion das Bild der ökonomischen Landschaft. Während in den Orten der heutigen Gemeinde Indija von den neun Betrieben allein sieben Getreidemühlen darstellten, hatte bei Bečej die Herausbildung einer diversifizierten agroindustrielle Struktur, die sich in sozialistischer Zeit in Form eines riesigen Landwirtschafts-Kombinats manifestieren sollte, bereits konkrete Formen angenommen. Neben sechs industriellen Getreidemühlen gab es 1938 in Bečej und den umliegenden Orten eine Brauerei, zwei Kühlhäuser, zwei Geflügelbetriebe mit angeschlossener Schlachtung und Eier-Verarbeitung und eine Paprikamühle. Betriebe, die außerhalb der Lebensmittelproduktion tätig waren, konnten oft mit dieser in Verbindung gebracht werden. Insbesondere zwei als industrieller Betriebe erfasste Werkstätten für landwirtschaftliche Geräte, Maschinen oder Kraftfahrzeuge sind hier für Bečej zu nennen (Statistika Industrije 1941; SAVIĆ 1922: 347). Indija kennzeichnete, neben der agroindustriellen Ausrichtung, ein Schwerpunkt auf die Bekleidungsindustrie. Besonders zu nennen ist hier die Pelzfabrik *Jugoslovenska krznarska industrija a.d.*, dem zum damaligen Zeitpunkt einzigen Aktienunternehmen an den Untersuchungsstandorten und einem der größten lokalen Arbeitgeber.

Tab. 19: Branchenstruktur der lokalen Industriebetriebe im Jahr 1938, nach heutigem Gemeindegebiet (Statistika Industrije 1941; DAVIDOVIĆ 1988 & MILIĆ 2005)

In den Orten der heutigen Gemeinde	Anzahl der Betriebe mit industriellem Charakter nach Branche						
	Bergbau	Baumaterialien (inkl. Möbel)	Lebensmittel	Textilien und Leder	Kraftwerke	Weitere	Insgesamt
Bečej	-	5	12	1	2	4	24
Indija	-	2	9	4	1	2	17
Knjaževac	3	-	4	1	1	-	9

Stand der Entwicklung

Das Königreich Jugoslawien hatte in der Zwischenkriegszeit mit den gleichen volkswirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die schon die Entwicklung der Vorgängerstaaten hemmte. Chronische Kapitalarmut der Investoren und Unternehmen, ein starke ausländische Konkurrenz, der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und deren präindustrielle Arbeitsethik sowie eine beschränkte Nachfrage auf dem Binnenmarkt können hier als Determinanten für diese Entwicklung genannt werden (CALIC 1994).

Trotz der regional unterschiedlichen frühindustriellen Entwicklungen des Landes, wie dies die Untersuchungsbeispiele widerspiegeln, kann für die beiden im Vergleich besser gestellten Fallstudien in der Vojvodina in der Zwischenkriegszeit nicht von einem „Entwicklungsschub“ oder „Gründerboom“ gesprochen werden. Dies verhinderte schon deren vorwiegende Branchenstruk-

tur der Lebensmittel- und Textilindustrie, die sich durch geringe Qualifikationsanforderungen und ein geringes Lohnniveau kennzeichnete.

Generell waren in der Zwischenkriegszeit die entlegenen Regionen Jugoslawiens nicht in der Lage die anfänglichen Entwicklungsunterschiede zu reduzieren und die Industrialisierung voranzutreiben. Speziell die Gebiete des engeren Serbiens hatten hier mit den Entwicklungsdefiziten gegenüber den ehemaligen Donaumonarchie-Gebieten und den massiven Folgen des Ersten Weltkrieges zu kämpfen. So ging z.B. an Knjaževac, der Untersuchungskommune im Südosten Serbiens, die Gründerzeit nahezu spurlos vorüber.

Während eines insgesamt schwachen wirtschaftlichen Vorankommens perpetuierten sich damit grundlegende regionale und lokale Voraussetzungen, auf welche die Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg in unterschiedlicher Weise aufgebaut werden konnte.

1.2 Industrialisierung im sozialistischen Jugoslawien

Eine umfassende Industrialisierung – wie sie nahezu ein Jahrhundert früher in den West- und Zentraleuropäischen Staaten eingesetzt hatte – fand auf dem Gebiet des heutigen Serbiens erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Zweiten Jugoslawien statt. Die für diesen Investitionsschub nötigen internationalen Kredite konnten für die sozialistische Föderation nach dem Austritt aus dem Kominform 1948 auf dem internationalen Finanzmarkt akquiriert werden (Kap. B.1.1.1). Die Industrialisierung des Landes besaß stets absolute Priorität in der Investitionssteuerung der Fünfjahrespläne der jungen sozialistischen Republik. Dabei wurden zunächst frühindustrielle Lokalisationspunkte bevorzugt, was sich aus rein praktischen Gründen ergab. Neue Großbetriebe entstanden in dieser Startphase noch meist in den Zentren und in den nördlichen Landesteilen (BÜSCHENFELD 1981: 82f.). Nach dem Krieg sollte möglichst schnell ein industrielles Rückgrat des neuen Staates entstehen und in den höher entwickelten Landesteilen bestanden hierfür schlicht bessere Voraussetzungen. Das traditionelle industrielle Verteilungsmuster wurde dadurch bereits in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weiter verstärkt, auch wenn diese Bevorzugung ideologisch nicht gewollt war (KIEFER 1979).

Generell war die Industrialisierung schon unmittelbar nach dem Krieg zentraler politischer Bestandteil des regionalen Ausgleichs. Durch gezielte staatliche Aktivierungsprogramme wurden periphere und industriell unterentwickelte Regionen des Staates stärker in die volkswirtschaftliche Wertschöpfung eingebunden. Die rückständigen Landesteile der Föderation wurden, vorwiegend in den ersten Nachkriegsjahren, mit strategisch wichtigen Betrieben der Rohstoffförderung und Schwerindustrie ausgestattet. Zudem sah die Investitions-

planung eine polyzentrische Betriebsansiedlung in unterschiedlichen Branchen vor. Neben den Mittelstädten konnten so auch kleinere Städte und Ortschaften ländlicher Prägung durch Neugründungen und Ansiedlungen von Zweigwerken, der in den regionalen Zentren ansässigen Stammbetriebe, vom Industrieausbau profitieren (BÜSCHENFELD 1981: 82ff., 210ff.).

Trotz der tatsächlichen Erfolge bei der Ausweitung der Industrialisierung in unterentwickelte und ländliche Gebiete, vergrößerten sich die relativen regionalen Ungleichheiten zunehmend (Kap. B.1.1.1 & B.1.1.2). Zudem zeichneten sich immer deutlicher unterschiedliche industrielle Schwerpunkte und Spezialisierungen einzelner Landesteile und Orte ab; eine Entwicklung, die sich ebenso für die drei untersuchten Kommunen feststellen lässt. Prototypisch stehen dabei die untersuchten Gemeinden für verschiedene Ausprägung des jugoslawischen Wirtschaftssystems. Die Kommune Bečej steht beispielhaft für die sozialistisch-planwirtschaftliche Ausstattung von Orten mit Großbetrieben (Kap. C.1.2.1), wie sie auch in der Planwirtschaft sowjetischen Typs üblich war. Die Gemeinde Knjaževac steht exemplarisch für eine Investitionsplanung in peripheren Gebieten mit dem Zweck des Ausgleichs durch Industrieansiedlungen (Kap. C.1.2.2). Strukturelle und privatwirtschaftlichen Besonderheiten des jugoslawischen Wirtschaftssystems werden durch die Kommune Indija repräsentiert (Kap. C.1.2.3).

1.2.1 Ausstattung mit Großbetrieben: Konservendosen und Autoteile in Bečej

In der Kommune Bečej dominierten, einer landwirtschaftlichen Gunstregion entsprechend, in vorsozialistischer Zeit Betriebe der Lebensmittelproduktion und mit dieser in Verbindung stehende Dienstleistungen. Die staatlich gesteuerte wirtschaftliche Planung stützte sich bei der gesellschaftlichen Zusammenlegung neuer Großbetriebe folgerichtig auf diese Vorbedingungen – die Manufaktur- bzw. Handwerkstradition der Kommune. Zwei Industrieunternehmen hatten im Falle Bečejs dominante Bedeutung, da sie mit Abstand die größten Arbeitgeber der Gemeinde waren: das Agroindustriunternehmen *PIK-Bečej* und der Autozulieferer *Fadip*. Beide wurden 1959 gegründet, womit dieses Jahr den Beginn der intensiven Industrialisierung des Ortes nach planwirtschaftlichem Modell markiert.

Der Autozulieferer Fadip

Das Unternehmen *Fadip* entstand aus dem Zusammenschluss dreier Kfz-Werkstätten um sich als Zulieferbetrieb der Versorgung der nationalen und später auch internationalen Motoren- und Autoindustrie zuzuwenden. Auch wenn das Unternehmen als Auto-Zulieferer ökonomisch nicht direkt mit der lokalen Lebensmittelindustrie in Verbindung stand, so lässt sich dessen plan-

wirtschaftliche Ansiedlung zu einem Teil aus dieser erklären. So standen die Werkstätten mit ihrem Fachwissen im Bereich der Automechanik vor ihrer Vergesellschaftung in direktem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der örtlichen Landwirtschaft – der Wartung ihrer Fahrzeuge, Geräte und Maschinen.

Das Unternehmen *Fadip* löste sich dann allerdings von dieser Ausrichtung und spezialisierte sich auf die Produktion von flexiblen Gummischläuchen, Stoßstangen, diversem Autozubehör und weiteren ähnlichen Zulieferprodukten. Die hohe Reputation des Unternehmens in diesem Bereich kann an einem erfolgreichen Joint Venture mit dem *Dunlop*-Konzern festgemacht werden. Der britische Reifenhersteller hatte über knapp dreißig Jahre (1971-1990) eine aktive Kooperation mit *Fadip*. Neben der Qualität der Produkte kann ein weiterer Grund für dieses Engagement im Zugang Jugoslawiens zu den Märkten des Ostblocks vermutet werden. Zu den Kunden des Unternehmens zählte unter anderem das russische Militär.⁷² Das Joint Venture mit Dunlop bestand bis Anfang der 1990er Jahre; danach machten die politischen Umstände eine weitere Zusammenarbeit schlichtweg unmöglich (Deloitte 2006a: 2, Interviews UB 03, AB 02 & AB 01).

Das Agro-Industrie-Kombinat PIK Bečej

Für die Kommune wirtschaftlich noch wichtiger als *Fadip* war das Agro-Industrie-Kombinat *PIK-Bečej*. Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Gemeinden, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine für den jugoslawischen Weg des Sozialismus typische Ausdifferenzierung der Wirtschaft erfuhren, hat die Gemeinde Bečej mit diesem Kombinat eine prädominante Unternehmensstruktur entwickelt. Seit der Gründung des Kombinats und bis in die heutige Zeit ist mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens auch die ökonomische Entwicklung der gesamten Gemeinde verknüpft. Die Lage inmitten der pannischen Tiefebene, der „Kornkammer Jugoslawiens“, bestimmte dabei den Ausbau der Lebensmittelindustrie zum vorherrschenden Leitbild für die Gemeinde Bečej. So entstand offiziell am 1. Januar 1959 das Agro-Industrie-Kombinat (*poljoprivredno industrijski kombinat*) *PIK Bečej* aus der Zusammenlegung zweier Industrieunternehmen: der Brauerei *Patrizanka* und dem Wollfabrikant *Tisa* sowie dreier größerer landwirtschaftlicher Betriebe – *Bratstvo i jedinstvo*, *Sonja Marinkovic* und *Partizan*. Nach und nach schlossen sich weitere 27 Landwirt-

⁷² Anfang der 1980er Jahre erreichte das Unternehmen seine Blütezeit mit Spitzenumsätzen von über 55 Mio. US-Dollar und einer Netto-Gewinnmarge von 20% bei über 1.800 Beschäftigten. 70% der Produktion ging dabei in den Export, hauptsächlich in die Länder des ehemaligen Ostblocks (Deloitte 2006a: 2).

schaftsbetriebe und landwirtschaftliche Genossenschaften (*zadruga*) dem Kombinat an (Deloitte 2006b; Interview UB 02).

Einschub: Vergesellschaftung der Landwirtschaft in der SFRJ

Der Versuch der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde vom jugoslawischen Staat wesentlich behutsamer vorangetrieben als die Vergesellschaftung der Industrie. Ebenso agierte Jugoslawien gegenüber den Bauern generell zurückhaltender als andere sozialistische Staaten des sowjetischen Typs. Die privaten Landwirte durften ihr Land behalten, wurden aber gedrängt sich den sozialistischen Genossenschaften anzuschließen. Bereits 1951 wurde der Versuch aufgegeben, die gesamte jugoslawische Landwirtschaft mit dieser Methode zu kollektivieren. So wurden in der FVJ bzw. SFRJ immer durchweg mehr als die Hälfte der Ackerflächen von privaten Kleinbauern bewirtschaftet (BÜSCHENFELD 1981: 115ff.).

Tab. 20: Landwirtschaftliche Nutzflächen nach Eigentumsformen 1960 und 1990 in Hektar (Popis Poljoprivrede 1967: 58; Opštine u Srbiji 1990/1991: 122ff.)

Eigentumsform	1960		1990	
	Serbien (ohne AP)	Vojvodina	Serbien (ohne AP)	Vojvodina
Genossenschaften (SRZ, OZZ) u.a.	101.881 ha	282.491 ha		
Kombinate	89.051 ha	237.905 ha		
Gesellschaftlich (gesamt)	190.932 ha	520.396 ha	471.189 ha	820.827 ha
Privat	3.259.091 ha	1.082.451 ha	2.879.487 ha	959.078 ha
Insgesamt	3.450.023 ha	1.602.847 ha	3.350.676 ha	1.779.905 ha

Damit blieb die Vergesellschaftung der Landwirtschaft in Jugoslawien weit hinter den staatlichen Erwartungen zurück. Die private Landwirtschaft war nicht nur nach den Betriebszahlen, sondern auch flächenmäßig stets das vorherrschende Wirtschaften. Hierbei gab es gleichermaßen große regionale Unterschiede, insbesondere zwischen der Vojvodina und dem engeren Serbien, hinsichtlich des Grads von vergesellschaftetem Land (Tab. 20). Während sich in Zentralserbien – ohne die autonomen Provinzen – 1990 nur 14% der landwirtschaftlichen Nutzflächen in gesellschaftlichem Eigentum befand, waren es in der Vojvodina doch 46%. Im Jahr 1960 waren es in Zentralserbien noch nicht einmal 6%, und in der Vojvodina bereits 32%. Der stets höhere Vergesellschaftungsgrad der Vojvodina ist vor allem auf die großen Agro-Kombinate und größeren Genossenschaften zurückzuführen. Die staatliche Planung siedelte diese verstärkt in den agrarischen Gunsträumen an.

Nach den frühen gescheiterten Versuchen größere Teile der Landwirtschaft zu kollektivieren, setzte der jugoslawische Staat zunehmend auf enge Kooperationen zwischen den Privatbauern und den Genossenschaften. Dabei wurden Arbeits- und Eigentumsbeziehungen nicht miteinander verknüpft. Private Flächen konnten so kollektiv genutzt werden und ideologisch konnte dadurch das Nebeneinander des gesellschaftlichen und privaten Sektors gerechtfertigt werden (BÜSCHENFELD 1981: 115ff.). Dieses duale Agrarsystem – von privater und gesellschaftlich betriebener Landwirtschaft – war also in der SFRJ stets durch einen besonders hohen Anteil des privaten Bereichs gekennzeichnet. Im Vergleich dazu war das private Wirt-

schaften im sekundären Sektor durch Einzel- und Kleinbetriebe wesentlich geringer ausgeprägt.

Doch nicht nur die Genossenschaften waren stark von der privaten Landwirtschaft abhängig, auch die großen Agro-Industrie-Kombinate erhielten indirekt über die Genossenschaften oder direkt durch die Individualbetriebe einen großen Teil ihrer Agrar-Rohstoffe. Im Gegenzug erhielten die privaten Betriebe unterschiedliche Dienstleistungen, technische Unterstützung und Vorleistungsgüter durch den gesellschaftlichen Sektor (DUBEY 1975: 157). Für Gesamtjugoslawien beträgt der Anteil der privaten Betriebe, die mit einem Agro-Kombinat kooperieren, im Jahr 1966 bereits 51,1%. 1960 waren es noch lediglich 32,4% (United Nations 1970: 28). Für die Provinz Vojvodina muss aufgrund der stärkeren Professionalisierung der Landwirtschaft sogar ein weit höherer Kooperationswert angenommen werden.

Dass sich die großen Agro-Kombinate in Jugoslawien im Vergleich zu den sozialistischen Ländern sowjetischen Typs erst etwas später herausbildeten, lag zum einen am von Beginn an vollzogenen marktsozialistischen Prinzip des dualen Agrarsystems zwischen privater und gesellschaftlicher Landwirtschaft, zum anderen sind die landwirtschaftlichen Industriekombinate auch als Folge der gescheiterten Kollektivierungsversuche der jugoslawischen Bauernschaft zu verstehen. Im Gegensatz zu Kooperativen, spielten Agro-Industrie-Kombinate nicht nur eine rein landwirtschaftliche Rolle. Sie entsprechen, wie der Name bereits andeutet, dem Wunsch landwirtschaftliche Produktion mit der Lebensmittelindustrie zu vereinen. Ziel der Agro-Kombinate war demnach im Vergleich zur privaten kleinbäuerlichen Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine integrierte, ökonomischere und profitablere Erzeugung hochwertiger Agrarprodukte unter Beachtung der Marktbedingungen. Rationelle Betriebsorganisation, Kapitalintensität und eine technisierte, industrieähnliche Produktionsweise auf Großflächen stellen die weiteren Merkmale dieser Kombinate dar (BÜSCHENFELD 1981: 118ff.).

PIK Bečej gliederte sich, wie andere Kombinate dieser Art, in mehrere Produktionseinheiten, wobei nach der Verfassungsreform von 1974 ein großer Teil dieser als betrieblich eigenständig ausgewiesen werden konnte. Seit dieser Auslagerung einiger Produktionsbereiche blieb die Grundorganisationsstruktur von *PIK* weitgehend unverändert (für die aktuelle Organisationsstruktur des Nachfolgeunternehmens des Kombinats siehe Abb. 27). BÜSCHENFELD (1981: 118) deutet darauf hin, dass ausgelagerte Produktionseinheiten nur nominell als selbständig aufgeführt wurden, während in der Praxis die wirtschaftlichen Verbindungen stets äußerst eng blieben, so dass nicht von einer echten Eigenständigkeit ausgegangen werden kann. Neben dem Kernkombinat *PIK-Bečej Poljoprivreda* mit seinen verschiedenen Geschäftszweigen, bestand der Unternehmens-Komplex aus einer Brauerei (*PIK-Bečej-Pivara*), aus einem Futtermittelunternehmen (*PIK-Bečej-Bečejka*) und einer Müllerei mit angeschlossener

Bäckerei (*PIK-Bečej-Mlinska-Industrija*).⁷³ Die Nahrungsmittelproduktion des Kernkombinats (*PIK Bečej Poljoprivreda*) umfassten dabei Arbeitseinheiten für Ackerbau, Schweine-, Rinder- und Karpfenzucht und Verarbeitungsanlagen von Obst und Gemüse. Am beschäftigungsstärksten ist dabei der Bereich für Ackerbau, die im agro-industriellen Wertschöpfungsprozess eine Schlüsselrolle innehat. (Interviews UB 02 & AB 01; Deloitte 2006b: 2).

Eine ausgefeilte Betriebsorganisation auf der Grundlage eines Zyklusdiagramms sicherte im gesamten Produktionsprozess einen gleichmäßigen Ablauf vom Anbau bis zur Verarbeitung (United Nations 1970: 34ff.). Neben der schlichten Größe, den Eigentumsverhältnissen, der internen Organisationsstruktur und der flächenhaften, einheitlichen Produktionsweise, unterschieden sich die Agro-Kombinate von größeren landwirtschaftlichen Genossenschaften durch den hohen Industrialisierungsgrad bei der Weiterverarbeitung der Produkte. Nach einem Interview mit einem langjährigen Produktionsmanagers von *PIK-Bečej* war sowohl in sozialistischer Zeit, wie im heutigen privatisierten Nachfolgeunternehmen neben der Schweinemast, und dem Getreideanbau, die Verarbeitung von Gemüse – insbesondere gefrorene und konservierte Erbsen, Mais und grünen Bohnen – eine der wesentlichen Einnahmequellen. Diese Produkte wurden nicht nur auf dem Inlandsmarkt vertrieben, sondern zu einem großen Teil in die Länder des ehemaligen Ostblocks exportiert (Interview UB 02).

Zusammengenommen hatte das Agro-Industrie-Kombinat, mit dem Zentralkombinat *PIK-Bečej Poljoprivreda* und *PIK-Bečej-Pivara*, *PIK-Bečej-Bečejka* und *PIK-Bečej-Mlinska-Industrija* geschätzt etwa 5.000 Beschäftigte, was rund einem Drittel aller Beschäftigten der Gemeinde entsprach. Außerdem waren eine nicht unerhebliche Zahl privater landwirtschaftlicher Betriebe von der Abnahme ihrer Agrarrohstoffe durch *PIK Bečej* abhängig. Es kann angenommen werden, dass nahezu alle privaten Landwirte der Gemeinde in irgendeiner Form mit dem Kombinat kooperierten.

1.2.2 Anschluss der Peripherie: Knjaževacs Weg zur Industriestadt

Neben der Landwirtschaft und dem Handwerk war die lokale Ökonomie in Knjaževac und den umliegenden Siedlungen seit der Zwischenkriegszeit vom

⁷³ Zudem unterstehen dem Kombinat zwei weitere Dienstleistungsabteilungen: ein Baubetrieb und Einzel- und Großhandel. Nicht untypisch für Agro-Industrie-Kombinate dieser Größe ist die Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf weitere Bereiche außerhalb der Lebensmittelindustrie. So gehörte und gehört zum *PIK-Bečej-Komplex* auch eine Hotel und Restaurant, das Schloss „Fantast“, und ein Bauunternehmen, welches organisatorisch allerdings lediglich eine Arbeitseinheit darstellte (Poslovni Plan „*PIK-Bečej*“ 2013; Interview UB 02).

Steinkohle- und Lignit-Bergbau, geprägt.⁷⁴ Nach der ersten Phase der industriellen Konsolidierung durch Grundstoffsicherung setzte in Jugoslawien insgesamt eine Zeit des Gründerbooms und der branchenübergreifenden Industrialisierung ein, einhergehend mit stark steigenden Realeinkommen (CALIC 2010: 222ff.). Zu dieser Zeit blieb die Förderung von Kohle jedoch der dominante Industriezweig auf dem Territorium der Kommune Knjaževac. Erst gegen Ende der 1960er Jahre kam es dort verstärkt zu staatlichen und gemeinschaftlichen Investitionen in Unternehmenszusammenschlüsse bzw. Unternehmensgründungen im verarbeitenden Gewerbe.

Diese, sogar im jugoslawischen Vergleich, verzögerte Ausdifferenzierung industrieller Produktion lässt sich zum einen durch die wenig ausbaufähigen wirtschaftlichen Voraussetzungen vor Ort erklären; zum anderen muss diese verspätete Entwicklung der Gemeinde vor dem Hintergrund gesamtstaatlicher und internationaler Einflussfaktoren beurteilt werden. In diesem Kapitel wird nun dieser Entwicklungspfad Knjaževacs von einem Bergbaustandort zu einer Industriestadt beschrieben.

Der langsame Niedergang des lokalen Bergbaus

Entsprechend der planwirtschaftlichen Schwerpunktsetzung hatte die Rohstoffsicherung im Nachkriegs-Jugoslawien absolute Priorität. So wurden, wo solche Potentiale vorhanden waren, diese direkt nach dem Krieg ausgebaut. Gleiches geschah in Knjaževac mit der ökonomischen Konzentration auf die dortigen Minen. Diese waren jedoch wenig ertragreich und kaum ausbaufähig. Auf dem Gemeindegebiet gab es insgesamt sieben Minen, von denen nur zwei nennenswerte Fördermengen vorzuweisen hatten (SIBINOVIĆ 2008⁷⁵). Auch die produktivste Mine auf dem Gemeindegebiet, *dobra sreća* beim Ort Vina, hatte im Vergleich mit Minen anderer Kommunen der Region eine eher überschaubare Förderung vorzuweisen (JOVANOVIĆ 1995). In den benachbarten Gemeinden Sokobanja und Aleksinac, wie in der Region um Zaječar wurden zu dieser Zeit weit höhere Mengen gefördert (SIBINOVIĆ 2008: 78ff.; JP PEU Resavica: <http://www.jppeu.rs>).

⁷⁴ Nach den Zensusdaten von 1961 verdienten 1.866 Beschäftigte in den örtlichen Minen der Gemeinde ihr Einkommen. Allein 303 Beschäftigte hatten nach den Zensusangaben von 1961 ihren Wohnsitz im Bergbaudorf Podvis und 262 in Vina, dem zweiten größeren Förderstandort der Gemeinde (Popis 1961). In späteren Zensusjahren wurden die Beschäftigten im Bergbau mit denen der Industrie zusammengefasst und können daher nicht mehr separat aufgeführt werden.

⁷⁵ Bei der Arbeit SIBINOVIĆ (2008) handelt es sich um eine publizierte Diplomarbeit (geographische Fakultät der Universität Belgrad) zur Wirtschaftsgeschichte der Gemeinde Knjaževac.

Ende der 1960er Jahre begann sich die Bergbauindustrie dann allerdings insgesamt zurückzuziehen. Teilweise waren die lokalen Lagerstätten schlicht aufgebraucht.⁷⁶ Trotz vorhandener Reserven wurde auch die Mine *dobra sreća* 1972 geschlossen, als letzte auf dem Gebiet der Kommune Knjaževac. Ebenso führte eine zwischenzeitliche experimentelle Förderung uranhaltiger Gesteine im Ort Kalna nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Diese wurde nach vierjähriger Testphase bereits 1961 wieder eingestellt (SIBINOVIĆ 2008: 82).

Diese sukzessive Einstellung der gesamten Bergbauindustrie in den 1960er Jahren führte in der Gemeinde zunächst zu einer Phase der wirtschaftlichen Rezension und Krise auf dem Arbeitsmarkt. Der Rückzug in die private Landwirtschaft, die das Gros der Bergbaubeschäftigten nie völlig aufgegeben hatte, und die Gründung von Werkstätten und kleineren privaten Betrieben war für die ehemaligen Kumpel oft die einzigen Möglichkeiten den individuellen sozio-ökonomischen Status zu halten. Die wenigen vergesellschafteten Betriebe waren zu klein um die frei werdenden Arbeitskräfte zum damaligen Zeitpunkt aufzunehmen.

Einschub: Investitionsplanung und unterentwickelte Gebiete

Die Industrialisierung des Landes war zentraler Bestandteil der sozialistisch-jugoslawischen Ideologie. Dabei war sie das Instrument, um unterentwickelte Regionen durch die gezielte Lokalisierung von Betrieben zu fördern. Die Produktion sollte dispers über das Land verteilt werden um so einen Entwicklungsausgleich herbeiführen. Folgerichtig wurde auch die Ansiedlung von Industrie in vielen kleineren Städten sowie rein ländlich geprägten Orten vorangetrieben (BÜSCHENFELD 1981: 82f., 211).

Nach der Phase des jugoslawischen Gründerbooms verlangsamte sich ab 1960 das industrielle Wachstum sehr deutlich. Als Reaktion darauf setzte der Staat auf eine Abkehr der staatlichen Direktivplanung bei der Industrieansiedlung (CALIC 2010: 227). Mit der bereits eingeleiteten sukzessiven Abkehr von einem strengen Zentralismus und nach der Wirtschaftsreform von 1965 wurden Prinzipien der entstaatlichten Investitionsplanung (mit Unternehmens- und Bankenbeteiligung) vorangetrieben. Auf Basis des Selbstverwaltungsprinzips sollten die Unternehmen selbst in neue Betriebe investieren. Gleichzeitig wurde mit den Joint-Ventures die Möglichkeit geschaffen ausländisches Kapital bis zu einer Grenze von 49% in die Betriebe zu holen (GUMPEL 1975; Kap B.1.1.1). Auffällig ist dabei das geringe Interesse ausländischer Unternehmen an Joint Ventures in den strukturschwächeren Regionen Jugoslawiens. Trotz vieler steuerlicher Anreize und sonstiger Subventionen blieben unterentwickelte Gebiete aufgrund ihrer Branchenstruktur, schlechter Infrastruktur und geringen Produktivität für ausländische Investoren uninteressant (KIEFER 1979: 36f., 64).

⁷⁶ Für eine der beiden Steinkohleminen beim Ort Podvis wurden 1966 die weiterhin förderbaren Reserven mit nur noch etwa 140.000 Tonnen angegeben, was einer weiteren Nutzung von nur rund 18 Monaten entsprach. Konsequenterweise stellte diese Mine im Jahr 1968 offiziell ihren Betrieb ein (JOVANOVIĆ 1995).

Jugoslawische Unternehmensinvestitionen aus den entwickelten Republiken, insbesondere Slowenien, in die unterentwickelten Gebiete blieben ebenfalls hinter den Erwartungen zurück. Auch erfolgreiche gesellschaftliche Unternehmen hatten für Investitionen aufgrund der staatlichen Zugriffe auf ihre Gewinne oft nicht das nötige Kapital und aufgrund der zu niedrigen Arbeitsproduktivität in den unterentwickelten Regionen kein Interesse. Trotz geringerer Lohnniveaus waren dort die durchschnittlichen Lohnkosten noch zu hoch um die niedrigere Produktivität auszugleichen (DUBEY 1975: 97). Außerdem bestanden aufgrund des Selbstverwaltungsprinzips für das investierende Unternehmen begrenzte Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Organisation, die Verwaltung und das Geschäftsgebaren im neu-finanzierten Betrieb, was den Anreiz für die Gründung von Zweigbetrieben ebenfalls minimierte (KIEFER 1979: 36f.; GUMPEL 1975: 220ff.). Das jugoslawische Prinzip der unternehmerischen Selbstverwaltung war hierbei nicht vollständig kompatibel mit der Umsetzung planwirtschaftlicher Vorgaben und der eigenen Ideologie einer weiteren industriellen Durchsetzung des ganzen Landes. Die Abkehr von der Direktivplanung bedeutete somit für unterentwickelte Gebiete, neben einer Beschneidung von Bundesmitteln, somit gleichzeitig mangelndes Investitionsinteresse jugoslawischer Unternehmen und marginales Interesse ausländischer Investoren.

Diesen Tendenzen wurde jedoch gezielt durch direkte Förderung für bestimmte Investitionsprojekte in zu entwickelten Kommunen entgegengewirkt. In der Tat konnte dies verhindern, dass periphere Gebiete nun wieder von der Investitionsplanung abgekoppelt worden wären, wie nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erwarten gewesen wäre (BÜSCHENFELD 1981: 211f.). Trotz der beschriebenen Restriktionen und der, bereits in Kapitel B.1.1.2 thematisierten Auseinanderentwicklung der Landesteile muss dem jugoslawischen System zu Gute gehalten werden, dass es wie kein anderes sozialistisches Land in der Lage war all seine Regionen in den industriellen Wertschöpfungsprozess mit einzubinden.

Entstehen einer Konsumgüterindustrie

Während des Planungsprimats der Rohstoffsicherung blieb die Kommune Knjaževac aufgrund seiner Kohlvorkommen und vorhandenen Minen außerhalb des Blicks der direktiven Industrieansiedlung. Angesichts der Marktferne und einer fehlenden gewerblichen Differenzierung, die keine Beteiligungsmöglichkeiten bot, blieb Knjaževac dann nicht nur lange Zeit uninteressant für Investitionen jugoslawischer Unternehmen, sondern völlig uninteressant für Engagements ausländischer Unternehmen.

Erst ab Mitte der 1960er Jahre setzte der Wegfall der ökonomischen Basis der Gemeinde – die Förderung von Kohle – und die damit verbundene Arbeitslosigkeit die staatliche Planung unter einen hohen Handlungsdruck. Durch gezielte staatliche Planung und Förderungen wurden neue Industriewerke zusammengelegt und mit umfangreichen Investitionsmitteln ausgestattet. Basis der Betriebskollektivierungen und Nationalisierungen bildeten mitunter kleinere private Betriebe. In einigen Fällen waren dies Werkstätten ehemaliger Kumpel, wie z.B. im Fall der Gründungsgeschichten der Unternehmen *IMT* und *Šukom*.

So konnte eine Ausfächerung der lokalen Branchenstruktur hin zu einer Konsumgüterindustrie entstehen. Bis zum Ende der 1960er Jahre erfolgte ein zügiger Aufbau neuer Großbetriebe: die Schuhfabrik *Leda*, der Textilhersteller *Branka Dinić*, der Landwirtschaftsmaschinenbauer *IMT*, der Möbelproduzenten *Tina* und das Agro-Kombinat *Džervin*. Insbesondere diese Unternehmen bescherten der Kommune in ihrer nächsten Entwicklungsphase eine gegenüber ihrem Ausgangsniveau rasante Entwicklung und eine gesicherte Arbeitssituation. Trotz der weltwirtschaftlichen Turbulenzen nach der Ölkrise von 1973 und der internationalen Absatzprobleme des produzierenden Sektors verzeichnete die Industrie in Knjaževac durchweg einen stetigen Anstieg der Beschäftigten. Ohnehin blieb die Investitionsbereitschaft in ganz Jugoslawien während den globalen Störungen durch die Ölkrise extrem hoch. Wie auch aus der Geschichte anderer Volkswirtschaft bekannt, wurde hierbei durch die Aufnahme ausländischer Kredite künstlich eine nicht der Wirtschaftsleistung entsprechende Prosperität aufrechterhalten (CALIC 2010: 255ff.).

Der größte Arbeitgeber auf dem Gemeindegebiet war das Schuh- und Plastikunternehmen *Leda*. Eine vor-sozialistische Tradition in der Schuhherstellung gab es in Knjaževac – im Gegensatz zu vielen anderen Orten Südostserbiens – nicht (KARIĆ 1887: 884; SAVIĆ 1922). Der Ausbau dieses Industriezweiges war demnach eine rein planwirtschaftliche Entscheidung. Zu Beginn der Produktion, noch unter anderem Namen, aber bereits in gemeinschaftlichem Eigentum, fand die Herstellung der Produkte unter geringem Kapitaleinsatz, mit geringer maschineller und personeller Ausstattung⁷⁷ in unzureichenden, leerstehenden Gebäuden im Ortskern statt. 1969 wurde der Betrieb in die noch heute genutzten Produktionshallen am Stadtrand verlagert und damit deutlich vergrößert. Die Produktionsmethoden wurden umfassend modernisiert, auf die Herstellung von Kunststoffsohlen und Gummiabsätze spezialisiert und durch das Design eigener Schuhmodelle erweitert (SIBINOVIĆ 2008: 93). Genauso gehörte die Ansiedlung einer Berufsschule für Schuhmacher bereits einige Jahre früher zu diesem staatlichen Plan. Bis 1985 wurde die Beschäftigung auf bis zu 3.000 Arbeiter ausgebaut. Der statistische Anteil des Unternehmens am lokalen Volkseinkommen lag dabei bei 27,1% (Archiv der Gemeinde Knjaževac).

Einen hohen Bekanntheitsgrad genoss Knjaževac in jugoslawischer Zeit auch durch die Herstellung von Mini-Traktoren und Kultivatoren durch das Unternehmen *IMT Fabrika Motokultivatora i Motora*. Die Nationalisierungsbasis des Unternehmens bildeten Werkstätten zur Instandhaltung und Reparatur land-

⁷⁷ Noch 1961 hatte der Betrieb nur 28 Beschäftigte (SIBINOVIĆ 2008). Doch bildete dieser Betrieb die rechtliche Basis der staatlich gelenkten stufenweisen Erweiterung des Unternehmens *Leda*.

wirtschaftlicher Geräte und Maschinen. Als Zweigbetrieb von IMT-Belgrad gegründet, operierte das Unternehmen ab 1970 als eigenständige Geschäftseinheit mit 315 Beschäftigten. Nach weiteren Investitionen in die Produktion und dem Aufbau von lokalen Zweigstellen, wie dem Anschluss eines Werkzeugbetriebes im Dorf Kalna, wuchs die Zahl der Beschäftigten bis auf 1.500 Arbeiter im Jahr 1985 an (Archiv der Gemeinde Knjaževac). Auch mit Hilfe einer engen Kooperation mit dem deutschen Landmaschinenhersteller *Agria* war der Anteil der Exportproduktion stets sehr hoch. Hauptexportländer waren Westdeutschland, Bulgarien, Rumänien, Tschechoslowakei, die Maghreb-Staaten und der Iran (SIBINOVIĆ 2008: 91f.).

Insgesamt zeigt sich, dass der industrielle Ausbau in Knjaževac insbesondere in den 1970er Jahren stark vorangetrieben wurde.⁷⁸ Dies ging einher mit der stärkeren internationalen Exportorientierung der Betriebe. In den 1970er Jahren wurde die Industrie so zum führenden Wirtschaftsbereich der Kommune. Während es vor dem Zweiten Weltkrieg und noch im Jahr 1960 nur zwei industriell operierende Unternehmen gab (außer Bergbau und Getreidemühlen), waren es 1985 nunmehr 17 Industriebetriebe (Statistika Industrije 1941; SIBINOVIĆ 2008). Allein die vier größten Betriebe erwirtschafteten dabei rund 85% des lokal erwirtschafteten industriellen Volkseinkommens (Archiv der Gemeinde Knjaževac).

Obgleich verzögert, so brachte dieser Industrieausbau Knjaževac eine rasche und bemerkenswerte Entwicklung. Nach dem Output der industriellen Produktion und dem lokal erwirtschafteten Bruttonationaleinkommen (BNE) nimmt Knjaževac in der SFRJ Mitte der 1980er Jahre eine Mittelstellung ein. Dabei lag die Kommune beim BNE *per capita* sogar leicht über dem Durchschnitt der Teilrepublik Serbien, genauso wie über dem Durchschnitt Gesamtjugoslawiens (Opštine u Srbiji verschiedene Jahrgänge).

⁷⁸ Die großen Erweiterungsphasen, wie bei Leda und IMT finden sich gleichermaßen in den anderen Großbetrieben: Bei Branka Dinić wurde zwischen 1971 und 1975 im Rahmen eines größeren Investitionsprogramm der Ausbau der Produktionsräume vorangetrieben und der Vertrieb ebenfalls auf den internationalen Markt ausgerichtet; die Ziegelfabrik Tigar wurde durch Beschluss der Arbeiterverwaltung zwischen 1972 und 1978 um einen neuen Produktionsbetrieb auf dann über 300 Beschäftigte erweitert; und das Unternehmen TINA fusionierte 1976 mit einem weiteren Möbelfabrikanten und investierte gleichzeitig ein neues Betriebsgelände. Das Agro-Industrie-Kombinat Džervin entstand 1961 aus lokalen landwirtschaftlichen Genossenschaften, vorzugsweise aus dem Weinbau, und wurde bis 1975 um mehrere landwirtschaftliche Betriebe und Genossenschaften sowie um den Lebensmittelproduktionsbetrieb Timoflora und die Käserei Džersi erweitert (SIBINOVIĆ 2008: 96f.).

Gravitationswirkung der städtischen Industrie

Die verzögerte Industrialisierung der Stadt Knjaževac hatte eine enorme Magnetwirkung für die Landbevölkerung der umliegenden Dörfer. Boten die Kohleminen, insbesondere bei den Orten Podvis und Vina, der Landbevölkerung zunächst noch Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft, trieb die Menschen nach dem Rückzug der Bergbauindustrie die Aussicht auf Arbeit massenweise in die Stadt. Die neu erwachsene Industrie war fast völlig auf das Gebiet der Stadt Knjaževac konzentriert und vernachlässigte andere Siedlungen der Kommune. 1961 betrug die kommunale Bevölkerung in Siedlungen außerhalb des Verwaltungszentrum Knjaževac laut Zensus noch 51.997 Personen, während in der Stadt Knjaževac nur 7.448 Einwohner registriert waren.⁷⁹ Dies entspricht einem Anteil der ländlichen Bevölkerung von 87%. 1971 war dieser Anteil nur noch bei 78% und 1981 dann bei 66%. Simultan wuchs die Stadt Knjaževac zu einem lokalen Zentrum. Die Bevölkerung der Stadt hatte sich im Zeitraum von 1961 bis 1981 auf 16.665 Einwohner mehr als verdoppelt; die ländliche Bevölkerung der Kommune betrug nur noch 32.124 Einwohner. Allerdings konnte die neue städtische Industrie den enormen Andrang an zusätzlichen Arbeitskräften aus den Dörfern nicht ausreichend absorbieren. So war auch die Abwanderung aus der Kommune äußerst hoch. Die Gesamtbevölkerungszahl der Gemeinde reduzierte sich dadurch von 59.445 im Jahr 1961 auf 48.789 im Jahr 1981 (Anhang Abb. 4 & Abb. 5; Census 2002, Book 9: 82ff.).

Im Fall Knjaževac verbindet sich die Annahme einer Beschäftigung in der neuen städtischen Industrie mit der Abkehr vom Lande. Der Wohnsitz wird in die Stadt verlagert, während der ehemalige Wohnsitz auf dem Land unter Umständen als Zweitwohnsitz und zum Zweck der landwirtschaftlichen Subsistenz erhalten bleibt. Dadurch ist ein typisches Wanderungsverhalten in schwächer industrialisierte und oftmals entlegene, gebirgige und zersiedelte Regionen Jugoslawiens beschrieben. Im Gegensatz hierzu hatte im stärker industrialisierten Westen und Norden, wie in der Vojvodina, der Wechsel vom primären in den sekundären Arbeitssektor oft keinen Umzug vom Land in die Stadt zur Folge (BÜSCHENFELD 1981: 147ff.). Konsequenterweise zeichnen sich die ländlichen Bevölkerungszahlen in den Kommunen Bečej und Inđija im beschriebenen Zeitraum durch eine wesentlich höhere Stabilität aus als in Knjaževac (Anhang Abb. 5).

⁷⁹ Insgesamt gab es laut Zensus im Jahr 1961 in der Kommune 86 bewohnte Siedlungen. Darunter gab es allein 13 Ortschaften mit mehr als 1.000 Einwohnern (Popis 1961).

1.2.3 Industrielle Diversifizierung und Kleinbetriebe: Das Beispiel der Gemeinde Indija

Die Kommune Indija hatte im marktsozialistischen Jugoslawien, trotz ähnlicher Bevölkerungsgröße, nicht die Bedeutung als Industriestandort wie die beiden anderen Untersuchungsgemeinden Bečej und Knjaževac. Der Anteil der Industriebeschäftigten an allen Beschäftigten lag in Indija vor 1991 bei nur knapp über 30%. In Bečej lag der Wert bei etwa 40% und in Knjaževac bei knapp unter 60% (Opštine u Srbiji 1990 & 1991). Der vergleichsweise geringe Anteil in Indija, ergab sich zum einen aus der hohen Bedeutung der privaten Landwirtschaft und zum anderen aus der kleinbetrieblichen Handwerkstradition der Kommune.

Einschub: Privatwirtschaft in der SFRJ

Privatwirtschaftliche Aktivitäten waren in der SFRJ bis Ende der 1980er Jahre eingeschränkt auf die Bereiche Landwirtschaft, Gastgewerbe, Logistik und Handwerk. Privaten Kleinbauern war je nach Bodenqualität eine Größe von 10 bis 20 Hektar erlaubt (KUTLACA 2002: 160f.). Individuelle Bewirtschaftung, wie bereits erwähnt (Kap. C.1.2.1), blieb in der jugoslawischen Landwirtschaft stets dominant und wurde in hohem Umfang als Nebenerwerb betrieben.

Die Einordnung privater Tätigkeit in das Handwerk (serbokroatisch: *zanatstvo*)⁸⁰ konnte dabei weit interpretiert werden. In privaten Handwerksbetrieben konnten, je nach Mechanisierungsgrad und Branche, drei bis sieben Lohnarbeitskräften beschäftigt werden (BÜSCHENFELD 1981: 83).

Wie bei der Herausbildung eines „dualen Agrarsystems“ stellte es ebenso in den anderen Wirtschaftsbereichen eine ideologische Herausforderung dar, private Betriebe zu dulden, ohne dass davon die Idee des sozialistischen Wirtschaftssystems untergraben würde. Selbstständige Bauern, genauso wie private Handwerksbetriebe waren damit nicht Teil der „vereinigten Arbeit“ und bedienten sich nicht der „gesellschaftlichen Produktionsmittel“ (GUMPEL 1975: 228). Damit waren diese Betriebe zwar geduldet, jedoch ideologisch sowie materiell, z.B. bei der Rohstoffversorgung und der Kreditvergabe, schlechter gestellt. Es konnte aber ein Handwerker, sofern er mochte, jederzeit der „vereinigten Arbeit“ betreten und ebenso wieder austreten; wobei er sogar Anspruch auf die Erstattung seines eingebrachten Kapitals hatte. Damit war die Vorstellung verbunden, dass sich so die privaten Kleinbetriebe sukzessive dem jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus unterordnen würden (GUMPEL 1975: 228f.).

Jedoch blieben kleinste private Handwerksbetriebe stets zahlreich und hatten eine gewich-

⁸⁰ Der Begriff *zanatstvo* ist im serbokroatischen Sprachgebrauch mit der deutschen Bezeichnung *Handwerk* gleichzusetzen. Gemeint sind damit private Kleinstgewerbe, die von einer Person bzw. in Zusammenarbeit mit einigen wenigen Mitarbeitern ausgeübt werden. Der Betrieb kann hierbei in der Fertigung von Produkten (eventuelle als Zulieferer für die Industrie) oder im Dienstleistungssektor tätig sein. In einigen Erhebungen Jugoslawiens bzw. Serbiens werden unter der Bezeichnung *zanatstvo*, anders als im deutschsprachigen Raum, neben Handwerksbetrieben auch kleinere Gastronomie- und Logistikbetriebe erfasst.

tige Versorgungsfunktion im jugoslawischen Wirtschaftssystem. Die Betriebe waren dabei in klassischen Feldern des produzierenden oder dienstleistenden Handwerks angesiedelt, jedoch finden sich darunter auch Betriebe höheren Industrialisierungsgrades. Trotz ihrer geringen maschinellen und personellen Ausstattung steuerten sie, beispielhaft für die Jahre 1970 bis 1972, immerhin 5,1% zum Bruttonationaleinkommen bei (NEUBERGER & BROOK 1975: 238).

Kleinstbetriebe

Im besonderen Maße prägten in der Gemeinde Inđija Kleinstbetriebe des produzierenden Sektors die lokale Ökonomie. DAVIDOVIĆ (1988: 139) stellt für das Handwerk Ende der 1980er Jahre fest, dass jener Wirtschaftszweig in der Gemeinde die weitesten entwickelte Branche ist. Inđija konnte in sozialistischer Zeit trotz der beschriebenen Restriktionen bezüglich privater Wirtschaftstätigkeiten das private Handwerk weiter ausbauen. Während dort die Zahl solcher Betriebe stetig bis 1988 zunahm, stagnierte oder verringerte sich die Zahl von Kleinstbetriebe in anderen Gemeinden der Vojvodina. Laut der Erhebung von DAVIDOVIĆ (1988: 139) gab es auf dem Gebiet der Gemeinde Inđija im Jahr 1988 1.638 Handwerksbetriebe. Dabei beinhaltet diese Zahl auch 67 gastronomische Betriebe und 73 Logistikunternehmungen. In Bezug zu seiner Bevölkerungszahl war Inđija mit dieser Zahl an privaten Kleinstbetrieben zusammen mit der Nachbargemeinde Stara Pazova unter den bestentwickeltsten Gemeinden in ganz Serbien. Gleichzeitig waren damit die Kleinstbetriebe in ihrer Gesamtheit der mit Abstand wichtigste Arbeitgeber der Gemeinde. Neben Dienstleistung und klassischen Handwerkssparten muss besonders auf die Branchenausrichtung der Metallbearbeitung und -verarbeitung dieser Betriebe hingewiesen werden. Plastikproduktion war ebenfalls ein wichtiger Zweig der lokalen kleinen Betriebe, obgleich die Nachbargemeinde Stara Pazova für seine Tradition in der Plastikproduktion bekannter war (Interview AI 02).

Industrielle Diversifizierung

Die lokale Produktion fußte somit einerseits auf den privaten Kleinstbetrieben, andererseits auf einer im gemeinschaftlichen Eigentum und in Selbstverwaltung organisierten Industrie. Dabei handelt es sich vorwiegend um Betriebe kleinerer und mittlerer Größe. Die Großindustrie hatte in Inđija nicht die Bedeutung wie in vielen anderen Orten der SFRJ oder respektive auch in den anderen untersuchten Kommunen. Vergleichbar dominante Großbetriebe, wie in Bečej und Knjaževac finden sich hier nicht.

Zudem zeichnet sich die entstandene Industriestruktur in Inđija durch eine für eine kleine Mittelstadt beachtliche Bandbreite der Branchenskala aus. Neben der Lebensmittelindustrie, fanden sich größere Betriebe in der Textil-, Leder-, Gummi- und Werkstoffherstellung sowie der Holz- und Metallverarbeitung und

im Bereich des Maschinenbaus. Die dortigen gesellschaftlichen Industriebetriebe gingen dabei – wie überall in der Vojvodina – aus lokalen Gewerben, die in Verbindung mit der Landwirtschaft standen, hervor, und außerdem aus Werkstätten für Landmaschinen oder Eisenbahnen, Schreinereien, Gerbereien, Druckerei etc. (DAVIDOVIĆ 1988; Tab. 21).

Tab. 21: Industriebetriebe (über 100 Beschäftigte) in der Kommune Indija Ende der 1980er Jahre (DAVIDOVIĆ 1988: 111ff.)

Unternehmen	Produktion	Beschäftigte (1987)
Jug. Krznarska Industrija	Pelz- und Lederherstellung	793
Trikopred	Bekleidung (Strickwaren)	425
IMI Panonija	Metallbau (Stahlkonstruktionen)	412
Gumaplast	Gummiproduktion (Automobilzulieferer)	337
Srem	Möbelproduktion	250
Mlin i Pekara Srem	Mühle und Bäckerei	220
Bruno	Landwirtschaftliche Maschinen	185
Graficar	Druckerei	120
Juvitana	Lebensmittel (Babynahrung)	104

Einige der wichtigsten Unternehmen der Kommune, insbesondere *Jugoslovenska Krznarska Industrija*, *Gumaplast*, *Srem* und *Juvitana*, waren dabei stark am Export orientiert (DAVIDOVIĆ 1988). Neben den aufgelisteten Industriebetrieben (Tab. 21) war das Landwirtschaftskombinat *Agrounija* noch einer der großen Arbeitgeber.

1.3 Zwischenfazit

Das marktsozialistische Jugoslawien hatte in wirtschaftlicher Hinsicht einige Erfolge vorzuweisen und brachte eine stark industrialisierte Gesellschaft hervor. Stärker als in anderen sozialistischen Staaten entwickelten sich in der SFRJ auch in räumlicher Hinsicht branchenspezifische Ausdifferenzierungen und Spezialisierungen. So lässt sich in allen drei untersuchten Kommunen ein umfassender industrieller Ausbau nachweisen, der jeweils sehr unterschiedliche Unternehmenslandschaften und sektorale Schwerpunkte ausbildete.

Jedoch schaffte es die Ausgleichsplanung nie die großen regionalen Ungleichheiten des Landes abzubauen. Die relativen Unterschiede zwischen den Teilrepubliken und autonomen Provinzen vergrößerten sich sogar weiter. Dies erscheint umso problematischer, wenn die bereits massiven Ungleichheiten frühindustrieller bzw. vorindustrieller Zeit mit in Betracht gezogen werden. In der Teilrepublik Serbien grenzt sich weiterhin der Norden des Landes, die autonome Provinz Vojvodina, und Belgrad von den südlichen Teilen des Landes, insbesondere dem Kosovo, ab. Durch einen Wechsel der Betrachtungsebene wird dieses Bild jedoch differenzierter. Das jugoslawische System war

sowohl in seiner Verwaltung, als bei den Zielen industrieller Entwicklung polyzentrisch ausgelegt. So lassen sich in generell als benachteiligt geltenden Landesteilen punktuelle – teilweise rasante – lokale Prosperitäten auch in Orten kleinerer bis mittlerer Größe finden. Diese gehen dann auf günstige natürliche Voraussetzungen, wie z.B. bei den Bergbauindustrien, oder auf einzelne gezielte Investitionsentscheidungen in die Konsumgüterindustrie zurück.

Knjaževac kann durchaus als lokales Beispiel für einen Ort gelten, der aus seiner Rückständigkeit heraus den Anschluss zum Rest des Landes fand und dabei gleichzeitig einen deutlichen Bedeutungszuwachs als lokales Zentrum erfuhr. Dabei gelang Knjaževac nicht in der Zeit des jugoslawischen Gründerbooms der industrielle Anschluss, sondern in einer Zeit, in der sich der industrielle Ausbau gesamtstaatlich deutlich verlangsamt hatte. Diese verspätete Industrialisierung lässt sich aus der geringeren Ausstattung mit Gewerben erklären. Lange Zeit fehlten hier schlicht ausbaufähige Voraussetzungen, die es der sozialistischen Planung möglich gemacht hätte durch Betriebszusammenlegungen rasch eine lokale Industrie aufzubauen. Obgleich auch im jugoslawischen Kontext verzögert, so konnte dennoch durch umfassende Investitionsmittel die Kommune in sozialistischer Zeit erfolgreich ins industrielle Zeitalter geführt werden. Dies ging einher mit einem beachtlichen Entwicklungsschritt sowie sozialer Absicherung durch stabile Löhne und Beschäftigung.

Die anderen beiden untersuchten Kommunen auf dem Gebiet der Vojvodina hatten durch ihre vor- und frühindustriellen Lokalisierungen deutliche bessere Voraussetzungen innerhalb der Industrialisierung. Der gewerbliche Entwicklungsstand dieser Orte war in der Habsburger Zeit noch von geringerer Bedeutung, da die genannten Orte und die Provinz Vojvodina insgesamt noch in die wirtschaftlich aufstrebenden Verbund der Länder der Donaumonarchie eingebunden waren. Mit der Konstituierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen hatte die stärkere gewerbliche Ausrichtung der ehemaligen Habsburger Gebiete innerhalb des neuen Staates und im Gegensatz zu den anderen Landesteilen plötzlich ein vollständig verändertes Gewicht (BÜSCHENFELD 1981: 82f.). Dennoch konnten in Bečej und Indija die lokalen Gewerbe bis zum Zweiten Weltkrieg wenig als Motor einer echten Industrialisierung dienen. Die Industrialisierung in Jugoslawien ging in der Zwischenkriegszeit ohnehin gesamtstaatlich nur sehr schleppend voran. Die treibenden Zentren einer Frühindustrialisierung und gewerbliche Konzentration waren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nur die großen Städte – insbesondere Ljubljana, Zagreb und Belgrad.

Ab dem Zweiten Weltkrieg konnten in Orten, wie Indija und Bečej, dann die dortigen gewerblichen Vorteile nutzbar gemacht werden und als Basis der

lokalen Industrialisierungen dienen. Laut amtlichen Daten fand die wirtschaftlich stärkste Wertschöpfung unter den drei Gemeinden in Bečej statt. Eine deutliche Schwerpunktsetzung lag dabei auf der Lebensmittelproduktion und dabei insbesondere auf dem örtlichen Agro-Industrie-Kombinat. Während in Bečej die frühindustriellen Lokalisationsansätze zur Industriekonzentration und Spezialisierung genutzt wurden, kam es in Inđija zu einer weiter ausgefächerten Branchenstruktur, vorwiegend in der Verbrauchs- und Produktionsgüterindustrie. Rein nach den ökonomischen Zahlen war Inđija nicht so stark aufgestellt wie Bečej. Diese offiziellen Werte vernachlässigen aber in einem erheblichen Maß die Wertschöpfung durch die sehr hohe Zahl an privaten Kleinstbetrieben. In Inđija war stets ein besonders hoher Anteil der Beschäftigten selbständig tätig.

2 Zwischen Persistenz und Wandel – Aspekte divergenter Transformationspfade

Der lange Weg der Industrialisierung schuf jeweils verschieden persistente oder resiliente bzw. anpassungsfähige lokale Wirtschaftsstrukturen. Diese wurden in unterschiedlichem Umfang von den einsetzenden krisenhaften Ereignissen ab dem jugoslawischen Staatszerfall getroffen (Kap. C.2.1). Der Erhalt der lokalen Wirtschaftsstrukturen konnte nur sehr bedingt und unter bestimmten Voraussetzungen gelingen. Die untersuchten Kommunen weisen somit unterschiedlich ausgeprägte Persistenzen und Pfadabhängigkeiten in ihren lokalen Strukturen auf (Kap. C.2.2). Zudem kam es – wie bereits in Teil B herausgearbeitet – gerade in der Zeit nach 2000, unter den Bedingungen einer makroökonomischen Konsolidierung sowie einer politischen wie ökonomischen Neuordnung, zu einer verstärkten regionalen sowie lokalen Auseinanderentwicklung. Unterschiedliche lokale Reorganisationen und divergente Anpassungsmöglichkeiten hinsichtlich des transformatorischen Niedergangs der Industrie kennzeichnen die untersuchten Kommunen (Kap. C.2.3).

2.1 Zusammenbruch: Niedergang der ökonomischen Landschaften

Im Krisenjahrzehnt der 1990er Jahre wurde das jugoslawische Wirtschaftssystem zwar in rechtlichen Grundzügen aufrechterhalten. Jedoch prägten eine Degradierung des bestehenden Systems, ökonomische Zerstörungen und andere, weniger krisenhafte, strukturellen Langzeitveränderungen diese Zeit.

In lokaler Hinsicht ist dabei auf die besonderen Merkmale der jeweiligen ökonomischen Landschaften einzugehen. Die Gründe für den unterschiedlich starken Strukturwandel (Kap. C.2.1.1) und Niedergang der lokalen Industrie (Kap. C.2.1.2) sind dabei weniger in regionalen oder raumstrukturellen Aspekten zu finden, als in den lokalen Wirtschaftsstrukturen – wie der Konzentration auf bestimmte Industrien und Branchen, den vorhandenen Betriebs- und Eigentumsformen sowie im Allgemeinen ökonomischen Niedergang und dem Verfall der Wirtschaftskultur.

2.1.1 Sektoraler Strukturwandel in den 1990er Jahren

Im diesem Unterkapitel werden die sektoralen sowie wirtschaftsstrukturellen Veränderungen der 1990er Jahre, vor dem Hintergrund des allgemeinen industriellen Niedergangs, anhand einiger amtlicher Daten aufgezeigt. Ein Über-

blick zu Beschäftigtenzahlen und Bruttonationaleinkommen⁸¹ der Jahre 1989 und 2001 in den drei untersuchten Kommunen (Tab. 22, Tab. 23 & Tab. 24) spiegelt dabei die bereits in Kapitel C.1.2 beschriebenen, industriell-sektoralen Strukturen der Kommunen wider. Zudem lassen sich hieraus die prägenden sektoralen Verschiebungen in den 1990er Jahren herausarbeiten.

Tab. 22: Vergleich der Beschäftigtenzahlen der Jahre 1989 und 2001 (Opštine u Srbiji 1990 & 2002)

Gebiet	Anzahl der Beschäftigten		Beschäftigte in rechtl. Einheiten (Unternehmen, Institutionen, andere Organisationen)		
			Gesamtzahl	Anteil in %	
	Gesamt	individuelle Tätigkeit			Industrieunternehmen
1989					
Serbien (ohne KO)	2.378.548	46.628	2.331.920	40,7	4,9
Bečej	14.373	314	14.059	43,8	18,2
Indija	10.214	1.294	8.920	38,0	15,1
Knjaževac	14.105	173	13.932	58,6	2,9
2001					
Serbien (ohne KO)	1.904.477	349.442	1.555.035	39,0	5,0
Bečej	10.545	1.776	8.759	47,8	20,8
Indija	9.374	3.674	5.700	33,2	15,6
Knjaževac	9.557	953	8.604	60,7	5,0

Alle drei Untersuchungsgemeinden weisen – dem nationalen Trend folgend – in den 1990er Jahren einen deutlichen Rückgang der registrierten Beschäftigung auf (Tab. 22). Die industrielle Beschäftigung ist davon besonders stark betroffen, auch wenn alle Sektoren unter Arbeitsplatzabbau zu leiden hatten. Indija hatte zwischen 1989 und 2001 von allen drei Gemeinden mit 8,2% den schwächsten Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen. Deutlicher war dieser in Bečej mit 26,6% und in Knjaževac mit 32,2%. Der Durchschnittswert

⁸¹ Der Wert des Bruttonationaleinkommens (BNE) errechnet sich aus Erhebungen der Geschäftsberichte rechtlicher Einheiten und Erhebungen und Annahmen zu privater Landwirtschaft und Kleinstunternehmerschaft. Das BNE folgt dabei einem strikten territorialen Prinzip der erwirtschafteten Leistung. Aktivitäten zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen werden direkt dem Ort zugeordnet, unabhängig vom Hauptsitz des Unternehmens, was die Werte für diese Analyse besonders adäquat macht. Mitte der 1990er Jahren erscheint die Reliabilität dieses Wertes – insbesondere aufgrund der Hyperinflation – fragwürdig. Daher bietet sich zur Beurteilung der 1990er Jahre ein Vorher-Nachher-Vergleich mit den Jahren 1989 und 2001 an (Tab. 22, Tab. 23 & Tab. 24). Das BNE wurde in der serbischen Statistik für das Jahr 2005 zum letzten Mal veröffentlicht. Gemäß der internationalen Empfehlung zur Berechnung makroökonomischer Kennzahlen wurde dieser statistische Wert, der nach dem Konzept der materiellen Produktion errechnet wird, danach nicht mehr erhoben (Opštine u Srbiji 2006: 328).

für ganz Serbien (ohne Kosovo) lag bei 19,9% (Anteile nach den Zahlen aus Tab. 22).

Tab. 23: Vergleich der Bruttonationaleinkommen der Jahre 1989 und 2001 (Opštine u Srbiji 1990 & 2002)

Gebiet	BNE gesamt in Mio. Dinar	BNE <i>per capita</i> in Dinar	BNE <i>per capita</i> ; Index SRB = 100	Anteil der Privatwirtschaft am BNE in %
1989				
Serbien (mit KO)	717.099.732	72.625.000	100,0	13,6
Bečej	5.915.357	136.613.000	188,1	12,0
Indija	3.622.689	79.971.000	110,1	22,3
Knjaževac	3.624.843	79.667.000	109,7	16,2
2001				
Serbien (ohne KO)	445.282	57.627	100,0	48,4
Bečej	5.049	125.596	218,0	30,0
Indija	2.266	50.465	87,6	53,5
Knjaževac	1.824	47.014	81,6	66,3

Tab. 24: Struktur des Bruttonationaleinkommens nach Aktivität für die Jahre 1989 und 2001 (Opštine u Srbiji 1990 & 2002)

Gebiet	Anteil des Sektors am BNE in %								
	Total	Industrie	Landwirtschaft		Bau	Verkehr & Kommunikation	Handel	Tourismus & Gastgewerbe	Sons-tige
			Gesamt	<i>Davon privat</i>					
1989									
SRB (mit KO)	100,0	47,7	16,2	9,9	6,2	4,8	15,5	1,9	7,7
Bečej	100,0	59,1	28,7	10,3	2,3	3,0	3,5	0,5	2,9
Indija	100,0	40,9	26,2	8,7	5,5	2,6	11,4	0,7	4,9
Knjaževac	100,0	56,6	15,4	15,1	3,0	1,5	10,0	0,4	4,1
2001									
SRB (ohne KO)	100,0	31,4	27,9	<i>k.A.</i>	5,4	6,9	16,0	2,2	10,2
Bečej	100,0	46,7	38,7	<i>k.A.</i>	1,0	1,7	6,3	0,5	5,0
Indija	100,0	20,7	47,0	<i>k.A.</i>	3,5	3,0	14,8	1,0	10,1
Knjaževac	100,0	24,7	50,3	<i>k.A.</i>	2,8	3,7	10,6	1,7	6,2

Knjaževac war vor dem Staatszerfall ein dominant industriell geprägter Standort. 58,6% aller Beschäftigten in rechtlichen Einheiten arbeiteten in Unternehmen der Industrie (Tab. 22) und erwirtschafteten dabei 56,6% des lokalen BNE (Tab. 24). In Bečej war die Großindustrie ebenfalls dominant. Bečej als Standort der Autozuliefererindustrie zeichnete sich besonders durch eine hohe industrielle Produktivität und Wertschöpfung aus. In Bečej arbeiteten 43,8% der Unternehmensbeschäftigten in der Industrie und erwirtschafteten dabei fast 59,1%

des lokalen BNE. Zudem hatte dort, wie in anderen Orten der pannonischen Tiefebene, die genossenschaftliche organisierte und industriell-vergemeinschaftete Landwirtschaft eine herausgehobene Stellung.

Zusammenbruch der Industrie

Aussagekräftiger ist die Betrachtung des sektoralen Wandels in den 1990er Jahren. Für Gesamtserbien sank der Anteil der Industrie am BNE deutlich von 47,7 auf 31,4%. Noch deutlich stärker als im Landesschnitt fiel der Rückgang in Knjaževac und in Inđija aus (Tab. 24).

In Knjaževac war dieser Rückgang vor allem einem massiven Einbruch der industriellen Produktivität geschuldet. Dieser industrielle Niedergang ist das strukturell deutlichste Merkmal, das die Entwicklung der Kommune Knjaževac seit Anfang der 1990er Jahre kennzeichnet. Hier, wie in vielen Produktionsstandorten Serbiens, war ein Großteil der Industrieunternehmen gezwungen seine Produktion teilweise oder völlig einzustellen. Fehlende Rohstoffe, Zulieferprodukte, Ausrüstung und Ersatzteile machten eine Fortführung des operativen Geschäfts mitunter genauso unmöglich wie der Wegfall der Absatzmöglichkeiten (Kap. C.2.1.2). Während in Knjaževac die Industrie 1989 noch 56,6% zum BNE beigesteuerte hatte, waren es 2001 nur 24,7%; obwohl weiterhin etwa 60% der lokalen Beschäftigten offiziell in der Industrie angestellt waren.

Durch den massiven Einbruch der industriellen Produktivität gewann die Landwirtschaft relativ an Bedeutung. 50,3% des lokalen BNE entstammten zum Jahr 2001 der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig stieg der Anteil privater Tätigkeit an. Dieser Anstieg privat Beschäftigter war in Knjaževac ebenfalls der Landwirtschaft und dabei individueller Subsistenzlandwirtschaft geschuldet. Genossenschaftliche organisierte Landwirtschaft spielte hier – im Gegensatz zu den beiden anderen Kommunen – traditionell nur eine untergeordnete Rolle.

Erhöhte Resilienz durch die Privatwirtschaft

Der sektorale Wandel sowie der Zusammenbruch der gemeinschaftlichen industriellen Betriebe vollzogen sich wesentlich schneller als der Ausbau der Privatwirtschaft. Der tatsächliche Ausbau privater Tätigkeit war viel zu schwach. Ausländische Direktinvestitionen leisten in den 1990er Jahren hierzu keinen Beitrag (Kap. B.2.2) und die Insider-Privatisierungen in zu geringem Maße (Kap. B.2.1). So war der Ausbau des privaten Sektors (Tab. 23) besonders auf private Einzelunternehmer zurückzuführen (siehe Kap. C.2.2.3).

In den Kommunen Knjaževac und Bečej konnte die Privatwirtschaft die Deindustrialisierungserscheinungen kaum kompensieren. Die Gemeinde Indija hingegen besaß aufgrund der schon traditionell hohen Zahl an Einzelunternehmern (Kap. C.1.2.3) bessere Voraussetzungen und damit eine höhere Resilienz gegenüber den Krisenerscheinungen. Indija zeigte wie die anderen Kommunen einen starken Einbruch industrieller Produktivität. Gleichzeitig stieg in der Kommune die schon traditionelle hohe Zahl der Beschäftigten in individueller Tätigkeit (Tab. 22) und das privat erwirtschaftete BNE (Tab. 23) an.

Erhöhte Resilienz durch die Lebensmittelindustrie

Im Vergleich mit den anderen Auswahlkommunen und dem landesweiten Durchschnitt zeigt die Kommune Bečej in den 1990er Jahren einen unterdurchschnittlichen Einbruch der lokalen Wirtschaftsleistung und Arbeitsproduktivität. Dies obwohl der örtliche Automobilzulieferer Fadip – aufgrund der Bedeutung des Joint Ventures mit Dunlop – in die Krise geriet und seinen Betrieb einstellen musste (Kap. C.2.2.1). Auch der strukturelle Wandel fiel in Bečej deutlich schwächer aus. 2001 hatte die Gemeinde immer noch einen schwachen privaten Sektor. 30,0% des lokalen BNE entstammten 2001 aus privater Tätigkeit, während es im Landesschnitt 48,4% waren.

Der Anteil der Industrie am BNE ging ebenfalls weniger deutlich zurück als an anderen Orten. Dies begründet sich aus der relativ gesehen höheren Stabilität der Lebensmittelindustrie gegenüber anderen Branchen zur Zeit der Sanktionen (BABIĆ 2001: 81f.). Zu einem großen Teil ist damit in Bečej die gesamtwirtschaftliche und strategische Bedeutung des großen Arbeitgebers der Gemeinde – *PIK Bečej* – beschrieben (Kap. C.2.2.2). Unter den Bedingungen der Desintegration konnten die Agro-Industrie-Kombinate noch vergleichsweise besser funktionieren als Unternehmen, die völlig auf den internationalen Handel und überregionale Zulieferprodukte angewiesen waren. Zudem konnten sich die Agro-Kombinate auf einen sicheren nationalen Absatz stützen, wodurch solche Unternehmenskomplexe eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen die krisenhaften Umstände der 1990er Jahre hatten.

Nichtdestotrotz sah sich der Agrarsektor in den 1990er Jahren ebenso massiver technologischen Probleme und Engpässe ausgesetzt. Die Handelsembargos führten zu Verknappung und Verteuerung von Betriebsmitteln, wie Saatgut und Pestiziden. Treibstoffe waren nur noch auf dem Schwarzmarkt zu bekommen und Mineraldünger wurden aufgrund fehlenden Erdgases nicht mehr in Serbien hergestellt (BÜSCHENFELD 1995: 16). Folge war ein Einbruch der Erträge und ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um weit über 40% (SIBINOVIĆ et al. 2014). Die vergleichsweise etwas höhere Krisenfestigkeit des

Agrarsektor und der Lebensmittelindustrie liegt somit in erster Linie in der noch stärkeren Krise der anderen Wirtschaftsbereiche begründet.

Fazit

Die beschriebenen divergenten Entwicklungen der Kommunen zeigen sich in den absoluten Zahlen zur lokalen Wirtschaftsleistung – dem gesamten BNE und dem BNE *per capita*. Bečej lag beim BNE *per capita* schon 1989 sehr deutlich über dem Landesschnitt bei 188,1 (SRB = 100). Bis 2001 stieg die Wirtschaftsleistung in Relation zum Landesschnitt sogar noch weiter an auf 218,0. Indija und Knjaževac die 1989 etwas über dem Landesschnitt lagen (110,1 und 109,7) rutschten bis 2001 jeweils darunter (87,1 und 81,6) (Tab. 23).

2.1.2 Niedergang eines Industriestandortes: Beispiel Knjaževac

Wie bereits allgemein in Kapitel B.1.2 herausgearbeitet, entwickelte sich die bereits schwelenden strukturellen Krise des produzierenden Sektors ab Anfang der 1990er zu einer nicht mehr aufzuhaltenden Abwärtsspirale. Bestimmte Wirtschaftszweige und die Großbetriebe waren hiervon besonders deutlich betroffen. Auslöser sind im Wegfall von Absatz- und Zuliefermärkten, mangelnden Investitionen in Technologie und Modernisierung sowie der politischen und ökonomischen Isolation des Landes zu suchen. Exemplarisch lassen sich solche Phänomene insbesondere in der untersuchten Kommune Knjaževac und der Entwicklung der dortigen lokalen Industrie nachweisen. Unternehmensdaten, retrospektive Interviews und eine Veröffentlichung zur lokalen Ökonomie liefern in diesem Unterkapitel Hinweise auf die Entwicklungsgeschichte einzelner Werke, welche beispielhaft für mögliche Auslöser von Unternehmenskrisen stehen können.

Tab. 25: Anteil der Knjaževacer Unternehmen am lokalen Bruttonationaleinkommen aus industrieller Tätigkeit (Archiv der Gemeinde)

Unternehmen	1985.	1995.	2005.
Leda / Falc East (<i>Schuhproduktion</i>)	27,1%	19,7%	23,7%
Džervin (<i>Agro-Kombinat</i>)	25,4%	18,3%	6,8%
IMT Knjaževac (<i>Landmaschinenbau</i>)	19,8%	14,2%	3,1%
Branka Dinić (<i>Bekleidungsherstellung</i>)	12,2%	4,2%	-
Tina (<i>Möbelproduktion</i>)	3,1%	8,5%	9,2%
Tigar (<i>Ziegelproduktion</i>)	2,8%	0,7%	-
Andere Unternehmen	9,6%	34,4%	57,2%
<i>Summe</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Gerade die großen Unternehmen büßten ihre relative Bedeutung für die lokale Bruttowertschöpfung ein. Mitte der 1980er Jahre vereinigten die sechs größten Unternehmen der Gemeinde über 90% des lokal erwirtschafteten BNE auf sich;

im Jahr 2005 lediglich noch knapp über 40% (Tab. 25). Zwei dieser Betriebe waren bereits vollständig inaktiv und zwei weitere hatten kaum noch Anteile am lokalen BNE. Letztere sollten kurze Zeit später ebenfalls insolvent sein. Lediglich ein Unternehmen konnte gegenüber 1985 seine relative Bedeutung ausbauen – der Möbelhersteller *TINA*. Dieser war in den 1990er Jahre zumindest in der Lage den Betrieb auf niedriger Kapazität konstant weiter laufen zu lassen (SIBINOVIĆ 2008: 96) und vergleichsweise wenige Arbeiter in die Arbeitslosigkeit oder in den Zwangsurlaub zu entlassen. Erst in jüngerer Zeit, im Jahr 2012, hatte dieses Unternehmen Konkurs anmelden müssen (SBRA Register).

Der Schuhhersteller Leda

Die Firma *Leda* bzw. *Falc East* (nach der Privatisierung von 2004, Kap. C.2.2.1) ist das einzige dieser großen sozialistischen Unternehmen Knjaževacs, das durchgehend bis heute aktiv ist. *Falc East* ist aktuell (Stand 2014) der größte Arbeitgeber der Kommune und war dies schon Mitte der 1980er Jahre, als der Schuhhersteller über 3.000 Beschäftigte hatte. *Leda* produzierte für den jugoslawischen sowie internationalen Markt und dabei in nicht unerheblichem Maße für den Export nach Westeuropa und Nordamerika. Damit war das Unternehmen direkt von einem Zuliefer- und Absatzeinbruch durch die Wirtschaftssanktionen nach 1992 betroffen. Es fand in der Folge lediglich ein deutlich reduzierter Export über andere ehemalige jugoslawische Republiken nach Russland und Italien statt (SIBINOVIĆ 2008: 93f.; Interview UK 02). Die Stammebelegschaft wurde nicht durch echte Entlassung, sondern durch Freistellungen in den Zwangsurlaub massiv reduziert (Abb. 25). Nach den gelockerten Sanktionen und der Einstellung der unrentablen Plastikproduktionssparte, erholte sich die Produktion auf niedrigem Niveau (SIBINOVIĆ 2008: 94). Nach den demokratischen Umwälzungen im Herbst 2000 leitete das Unternehmen weitere Restrukturierungsmaßnahmen ein und reduzierte deutlich die offizielle Zahl der Beschäftigten von etwa 1.900 auf knapp über 1.000 Beschäftigte. Die Unternehmenskrise von *Leda* ist somit ein typisches Beispiel für die Wirkung des Wegfalls des jugoslawischen Binnenmarktes und internationaler Absatzmärkte.

IMT – „Dobro došli u grad malih traktora“⁸²

Der Niedergang des Traktorenhersteller *IMT Fabrika Motokultivatora i Motora* ist demgegenüber vorwiegend dem Einbruch der heimischen Nachfrage und erst in zweiter Linie den Wegfall der jugoslawischen und internationalen

⁸² Auf einem großen Schild am Ortseingang von Knjaževac wurden Besucher lange Zeit mit dem Satz „Dobro došli u grad malih traktora [Willkommen in der Stadt der kleinen Traktoren]“ begrüßt.

Absatzmöglichkeiten geschuldet. Traditionell waren für das Unternehmen die jugoslawischen Agro-Industrie-Kombinate und Genossenschaften die wichtigsten Kunden. In Zeiten der Krise und des Kapitalmangels stellten diese Neuinvestitionen in ihre technische und maschinelle Ausstattung ein und beschränkten sich auf die Instandhaltung ihrer Fuhrparks. In dieser Folge reduzierte der Traktorenhersteller seine operative Tätigkeit auf eine minimale Kapazität und lediglich auf eine kleine Produktion von Ersatzteilen für Traktoren (Interview AK 03; SIBINOVIĆ 2008: 92).

Zudem konnte sich *IMT* durch die Sanktionen keine alternativen Absatzmärkte erschließen und nicht weiter von der Unternehmenskooperation mit dem deutschen Unternehmen *Agria* profitieren (Interviews UK 10, UK 11 & AK 03). Der Einbruch der heimischen Nachfrage, der Verlust des gesamtjugoslawischen Absatzmarktes, mangelnde Möglichkeiten der Restrukturierung und fehlende technologische Weiterentwicklungen und Modernisierungen in den 1990er Jahren hatten das Unternehmen nachhaltig geschädigt. Nach dem demokratischen Umbruch wurde nach einem strategischen Investor gesucht, der allerdings bis heute (Stand Feb/2014) nicht gefunden werden konnte (Interview AK 03). Der Betrieb wurde mit geringer Beschäftigtenzahl viele Jahre als gemeinschaftliches Unternehmen weiter geführt. Das operative Geschäft umfasste allerdings nur noch Reparatur- und Instandhaltung von landwirtschaftlichem Gerät und die Produktion von Ersatzteilen für den heimischen Agrarsektor. Gegen Ende des Jahrzehnts wurde der Betrieb vollständig eingestellt. Rechtlich gesehen befindet sich das Unternehmen weiterhin im Insolvenzverfahren (Stand Feb/2014).

Weitere Beispiele

- *Das Textilkombinat Branka Dinić*: Für den Zusammenbruch des Kombinars können ebenfalls der Wegfall der Märkte und Misswirtschaft identifiziert werden. Mit Ausnahme von Exporten nach Makedonien war der Export vollständig ausgesetzt (SIBINOVIĆ 2008: 93). Nach dem Regimewechsel wurde für das Unternehmen kein Investor gefunden, die Produktion wurde 2004 eingestellt und seitdem wird die Konkursmasse von der lokalen Administration und der serbischen Privatisierungsagentur verwaltet (Kap. C.2.1.3).
- *Der Ziegelherstellers Tigar*: Für den Betrieb kam der Konkurs bereits während der 1990er Jahre. Ursachen sind in der mangelnden Versorgung mit Betriebsmitteln zu suchen. Für das Unternehmen war es unmöglich entsprechende Ersatzteile für ihre Maschinen zu bekommen und eine ausreichende Kraftstoffversorgung konnte nicht mehr gewährleistet werden.

2001 gab es einen Versuch die Produktion erneut aufzunehmen, was allerdings scheiterte (SIBINOVIC 2008: 95).

Zwangsurlaub – Die Beschäftigungskrise der 1990er Jahre am Beispiel der lokalen Ökonomie Knjaževacs

Auf der Höhe des Handelsembargos Mitte der 1990er Jahre wurde in vielen Betrieben die Produktion derart zurückgefahren, dass ein Großteil der Arbeit *de facto* in den Werken nicht mehr benötigt wurde. Das Regime hielt allerdings, aus Gründen des sozialen Friedens, seine schützende Hand über der Arbeiterschaft. Beschäftigte blieben rein *pro forma* am Unternehmen beschäftigt um weiterhin staatlichen Krankenversicherungsschutz zu erhalten. Entlassungen waren offiziell per Gesetz unterbunden. Stattdessen wurden die Arbeiter massenweise in den unbezahlten oder nur teilweise bezahlten Zwangsurlaub entlassen (Kap. B.1.2.2).

Das Phänomen des Zwangsurlaubes lässt sich nicht genau in Zahlen beziffern; ebenso nicht der erneute Rückgang des Phänomens. Die offizielle Statistik kann hier keine zuverlässigen Daten liefern. Jedoch lässt sich zumindest der Verlauf mit Hilfe der Daten des serbischen Handelsregisters abschätzen.⁸³ Nach diesen Zahlen ist das Phänomen des Zwangsurlaubes Mitte der 1990er Jahre in den führenden Betrieben der Kommune Knjaževac sehr deutlich vertreten (Abb. 25). Der rasche erneute Anstieg der Beschäftigung nach 1994 ist zwar ein klares Zeichen einer gewissen Normalisierung. Es bedeutet jedoch nicht, dass sich das Phänomen des Zwangsurlaubes wieder vollständig bereinigt hätte. Es bestand weiterhin eine geringe Kapazitätsauslastung und niedrige Arbeitsproduktivität. Die Regelmäßigkeit der Lohnzahlungen blieb ebenso problematisch wie verdeckte Arbeitslosigkeit, obgleich dies die Zahlen nicht darstellen können.

Ein erneut deutlicher Rückgang zeigt sich nach dem politischen Umbruch im Herbst 2000. Die großen gesellschaftlichen Betriebe – die künstlich durch den Staat am Leben erhalten wurden – waren aufgefordert sich der überflüssi-

⁸³ Die Daten des serbischen Handelsregisters sind direkt den Jahresabschlüssen der Unternehmen entnommen und unterscheiden sich dadurch von den offiziellen Beschäftigungszahlen des Statistischen Büros Serbiens. Da das Statistische Büro die Beschäftigtenzahlen auf Gemeindeebene von der staatlichen Erfassung der Krankenversicherung extrahiert, verschleiern deren Beschäftigungszahlen die enorme versteckte Arbeitslosigkeit Mitte der 1990er Jahre. Denn alle Angestellten eines Betriebes, ob im Zwangsurlaub oder nicht, wurden weiterhin der staatlichen Krankversicherung gemeldet. Die Beschäftigtenzahlen der Unternehmensbilanzen (SBRA Register) berechneten sich hingegen aus der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.

gen Beschäftigten zu entledigen. Meist schlugen Restrukturierungsversuche jedoch völlig fehl.

Nach den Handelsregisterzahlen waren in der Kommune Knjaževac im Jahr 2000 noch über 6.200 Beschäftigte in Betrieben mit mindestens 20 Mitarbeitern beschäftigt. Ein Jahr später waren es nur noch knapp 4.100. Bis 2011 nahm die Zahl stetig bis auf 1.650 Beschäftigte ab (SBRA Register). Allein 1.022 Arbeiter entfallen dabei auf *Falc East* (Abb. 25).

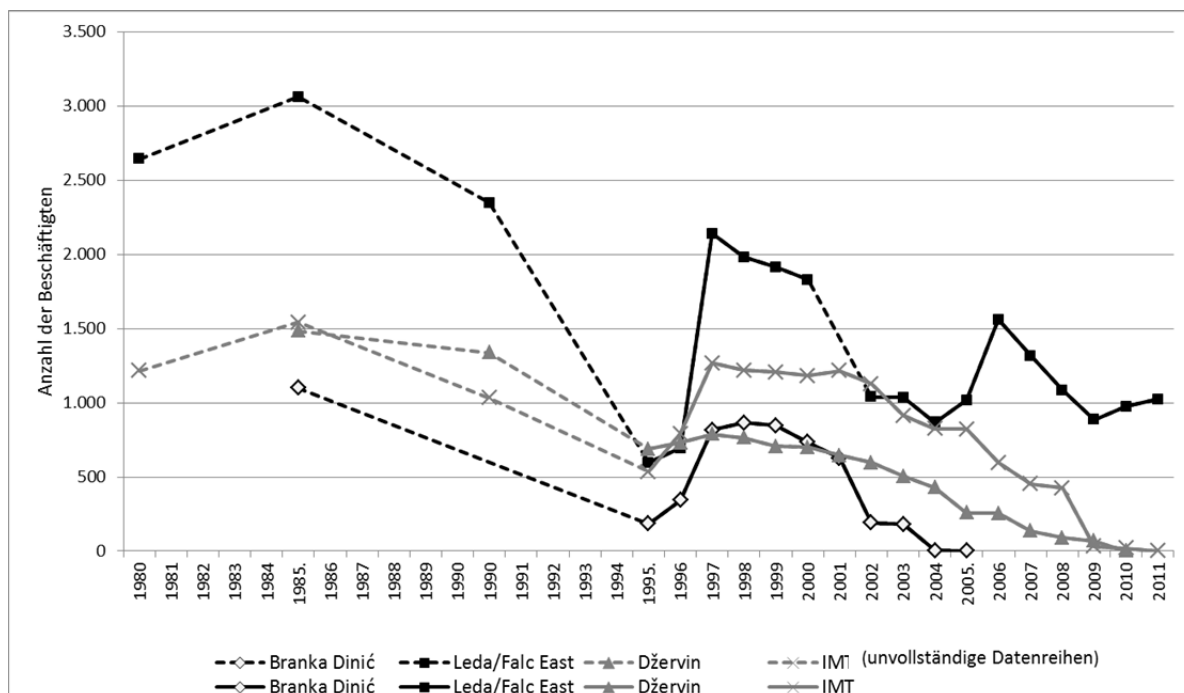


Abb. 25: Beschäftigtenzahlen in den vier größten Unternehmen der Kommune Knjaževac (SBRA Register; Archiv der Gemeinde Knjaževac)

Einschub: Verfall der Wirtschaftskultur

Insgesamt führen Anfang bis Mitte der 1990er Jahre so gut wie alle Industriebetriebe ihre Produktion zurück und arbeiteten auf niedriger Kapazitätsauslastung weiter. Unternehmen, deren Produkte in Zeiten der Krise gebraucht wurden und die traditionell auf eine lokal begrenzte Wertschöpfung ausgerichtet waren, hatten allerdings weniger durch die wirtschaftlichen Einschnitte zu leiden. Genauso hatten Unternehmen, deren Waren oder Zulieferprodukte einfacher geschmuggelt werden konnten, noch bessere Absatz- oder Importmöglichkeiten. Die neuen Wirtschaftseliten konnten zusammen mit den Betrieben ihre ehemaligen jugoslawische Kontakte nutzen um vielfältigen Aktivitäten des Schmuggels nachzugehen und weiterhin trotz strenger Handelsembargos zumindest einen Teil der produzierten Waren in oder über andere ehemalige jugoslawische Republiken – insbesondere Makedonien und Bosnien-Herzegowina – auszuführen.

Dies geschah bis zu einem Ausmaß, dass in der Retrospektive die Zeit der Handelsanktionen von Unternehmern sogar als die erfolgreichste Geschäftszeit beurteilt wird. Als Beispiel können hier die Aussagen einer Geschäftsführerin eines bereits in sozialistischer Zeit privaten

kleinen Textilunternehmens für Baby- und Kinderkleidung gelten. Sie gibt ausdrücklich an, dass sie von der Mangelwirtschaft der 1990er profitiert hätten. Gerade aufgrund der Sanktionen und den Zerfallskriegen war Kleidung Mangelware. Neben dem einheimischen Markt hätten sie zur Zeit der Sanktionen nach Bosnien exportiert und gut verdient. Die negativen Geschäftsfolgen aus dieser Zeit seien erst nach den 1990er Jahren offensichtlich geworden. Denn langfristig hatte das Unternehmen alle früheren Absatzmärkte außerhalb der ehemaligen jugoslawischen Republiken verloren und sah sich ab 2001 gleichzeitig einer zunehmenden Konkurrenz aus dem Ausland gegenüber (Interview UK 06).

Ganz allgemein war das Jahrzehnt, wie beschrieben (Kap. B.1.2) geprägt von einem Verfall wirtschaftskultureller Werte und Normen. Grenzen zwischen Politik und Privatwirtschaft verschwammen. Die Ausbeutung der gemeinschaftlichen Betriebe nahm unterschiedlichste Formen an. Auf lokaler Ebene konnten die von der Partei eingesetzten Direktoren und Manager – teilweise mit Rückendeckung des Regimes – die gesellschaftlichen Betriebe ausplündern.

Eine typische Betrugsmöglichkeit zur Zeit der Hyperinflation war die verspätete Auszahlung von Löhnen. Das Betriebsdirektorium hielt dabei die zentral zugewiesenen Löhne bewusst für einige Zeit zurück, um sich durch die massive Geldentwertung auf Kosten der Beschäftigten zu bereichern. Die zugewiesenen Löhne wurden dabei möglichst rasch in harte Währungen umgetauscht. Die Mitarbeiter wurden ihrer Einkommen vertröstet und nach einer gewissen Zeit in Dinar – in Höhe des ursprünglichen Lohnbetrages – ausgezahlt. Bei Inflationsraten von bis zu 60 Prozent pro Tag (Kap. B.1.2.1) waren die versprochenen Löhne innerhalb kürzester Zeit faktisch fast vollständig entwertet.

Fazit

Insgesamt geben diese Beispiele aus der Gemeinde Knjaževac eine Bandbreite von Ursachen und Folgen von Unternehmenskrisen dieser Zeit wider. Hauptsächlich kam es zu Produktions- und Exporteinbrüchen aufgrund des Wegfalls von Absatzmärkten – insbesondere des jugoslawischen Marktes. Unterversorgung mit Rohmaterialien, Betriebsmitteln und Zulieferprodukten verringerte ebenfalls die Kapazitätsauslastungen der Unternehmen. Die geringe Auslastung wurde an die Beschäftigten durch die Einbehaltung von Löhnen und Zwangsurlaub weitergegeben. Es kam jedoch nicht, wie in funktionierenden Arbeitsmärkten, zu einer echten Rationalisierung und Produktivitätsanpassung der Beschäftigtenzahlen.

Langfristige strukturelle Schwierigkeiten in den Betrieben entstanden durch Abkopplung von technischer Weiterentwicklung, mangelnder Modernisierungen und gleichzeitig hohen Schuldenaufnahmen. Als Folge daraus fehlte nach 2001 das Interesse von strategisch interessierten Investoren an Privatisierungskäufen dieser Betriebe.

Das Problem mangelnder technologischer Standards bei der Überführung der ehemals sozialistischen Betriebe in die Privatwirtschaft ist hinlänglich aus allen Transformationsstaaten bekannt. Dies war in Jugoslawien nicht anders.

Jedoch wird angenommen, dass der vor-transformatorische Standard der jugoslawischen Betriebe in vielen Bereichen den Betrieben anderer mittel- und osteuropäischer Staaten überlegen war (u.a. BÜSCHENFELD 1995; GÖLER et al. 2007). Diesen industriell-technologischen Vorsprung büßten Serbien und anderen die ehemaligen Staaten der SFRJ, mit Ausnahme Sloweniens, durch die Ereignisse der 1990er Jahre ein. Die ehemaligen Republiken Serbien und Montenegro verloren dabei sogar ein ganzes Jahrzehnt industrieller Modernisierung und damit vollständig diese vergleichsweise vorteilhafteren Transformationsvoraussetzungen.⁸⁴

2.1.3 Fallstudie *Niedergang*: Das ehemalige Textilkombinats Branka Dinić in Knjaževac

Der Fall des ehemaligen Textilkombinats *Branka Dinić* in Knjaževac ist ein illustrierendes Beispiel für den problematischen Umgang mit Altindustrieflächen nach Unternehmenspleiten, für das Verschwimmen des formellen und informellen Sektors und den Niedergang der Wirtschaftskultur. Zugleich ist dieser Fall auch in Serbien aufgrund der besonderen eigentumsrechtlichen Situation und der Nutzung der Industriebranche ein Sonderfall. Rechtliche Grauzonen, fehlende oder nicht gewollte behördliche Regulierung führten dazu, dass sich in den ehemaligen Produktionshallen des Kombinats eine ganze Reihe von Unternehmen, ohne eigentumsrechtliche Ansprüche, niedergelassen hat.

Zu den besten Zeiten Mitte der 1980er Jahre produzierte das Kombinat *Branka Dinić* mit über 1.000 Beschäftigten Männerhemden und Damenblusen. Vom Missmanagement und dem Einbruch des Absatzes in den 1990er Jahren konnte sich das Unternehmen nie erholen (Kap. C.2.1.2). Ein Investor konnte in mehreren Privatisierungsversuchen nicht gefunden werden und das Unternehmen blieb in gesellschaftlichem Eigentum. Ab dem Jahr 2004 befand sich das Unternehmen im Konkursverfahren. Seit 22.01.2010 ist es offiziell aus dem serbischen Unternehmensregister gelöscht (SBRA Register) und hat damit auch rechtlich aufgehört zu existieren. Während des Konkursverfahrens waren die größten ausstehenden Verbindlichkeiten nicht gezahlte Löhne der ehemaligen Mitarbeiter (Interview AK 03).

Laut richterlichem Beschluss des Handelsgerichts in Zaječar (DIMITRIJEVIĆ 31.03.2013) wurde das verbleibende Betriebsvermögen des Unternehmens, das hauptsächlich noch aus den bestehenden Gebäuden und Hallen des Kombinats

⁸⁴ Für Bosnien-Herzegowina muss diese Analyse sogar noch negativer ausfallen. Durch die politische Blockade eines „failed state“ fehlen dort bis heute grundlegende Ansätze für Direktinvestitionen und damit für eine industriell-technologische Modernisierung der brachliegenden Ökonomie des Landes.

bestand, unter den Gläubigern aufgeteilt. Je nach den festgestellten ausstehenden Forderungen wurde das noch vorhandene Vermögen – die 7.500m² an Produktionsflächen – den ehemaligen Mitarbeitern, der Pensionskasse, der Arbeitslosenversicherung und Kreditgebern zuerkannt. Durch diesen Beschluss gingen die ehemaligen Immobilien von *Branka Dinić* mehrheitlich in der Eigentümerschaft von 840 ehemaligen Mitarbeitern über (Tab. 26).

Tab. 26: Eigentumsverhältnisse an der Konkursmasse des ehemaligen Textilkombinats Branka Dinić (Agencija za razvoj opštine Knjaževac 06.05.2010)

Eigentümer	Anzahl	Anteil am Gesamtwert
Einzelpersonen (ehem. Mitarbeiter)	840	62,4%
Zulieferer (Serbien)	39	2,1%
Zulieferer (Ausland)	2	3,6%
Banken	3	5,5%
Finanzministerium	-	1,5%
Pensionskasse und Arbeitslosenversicherung	-	14,7%
Staatl. Krankenkasse	-	10,2%



Abb. 26: Auf dem Betriebsgelände des Textilkombinats Branka Dinić (eigene Aufnahme 22.02.2014)

Da das Unternehmen als Gesellschaftsform *de jure* aufgehört hat zu existieren, kann das frühere Direktorium des Unternehmens nicht die verschiedenen Eigentümer in Fragen der Verwaltung des Anlagevermögens nach außen vertreten. Nach den serbischen Gesetzen zu grundlegenden Eigentumsbeziehungen (insbes. službeni glasnik RS br. 115/2005) wird die vollständige Zustimmung aller Eigentümer benötigt, um Flächen zu verkaufen oder verpachten zu können. Laut dem Direktor der lokalen Entwicklungsagentur sei es schlicht

unmöglich die Unterschriften aller Eigentümer einzuholen. Um Flächen vermieten zu können sei die Situation etwas anders. Hierbei würden Eigentümer mit über 50% der Anteile ausreichen um zumindest einen gerichtlichen Beschluss einzufordern, der dann eine Vermietung erlaube. Die Verhandlungswirklichkeit habe jedoch gezeigt, dass es unmöglich sei auch diese einfache Mehrheit zu bekommen (Agencija za razvoj opštine Knjaževac 06.05.2010; Interview AK 03).

Unter diesen Bedingungen ist die Suche nach Investoren für das Gesamtgelände unmöglich. Gleichzeitig haben die ehemaligen Mitarbeiter keine Möglichkeit ihre Anteile zu veräußern. Was diesen Fall noch komplizierter macht, ist das klare Interesse lokaler Akteure an dem bestehenden *status quo* nichts zu ändern. In den Produktionsräumen des ehemaligen Kombinats befindet sich eine selbst von der Verwaltung nicht genau zu beziffernde Zahl von Betrieben (Interviews AK 01 & AK 03). Laut einem Geschäftsführer eines dieser Unternehmen seien außer ihm 12 weitere Betriebe hier angesiedelt (Stand Sept/2012). Fast alle diese Unternehmen arbeiten saisonal als Textilizulieferer, um Unterkapazitäten ihrer Kunden auszugleichen. Nach eigener Auskunft produziert sein Betrieb ausschließlich Männerhemden für europäische Marken (Interview UK 07). Der befragte Unternehmer ist selbst ein ehemaliger Manager des Textilkombinats *Branka Dinić* und war dort bis zum Konkurs 2004 aktiv.

Viele der Unternehmen auf dem Gelände hatten ihre Produktionsräume bereits direkt von der Firma *Branka Dinić* angemietet, als diese noch im Konkursverwaltungsprozess war. Nach der Auflösung des Unternehmens und den neuen Eigentumsverhältnisse nutzten diese das rechtliche Vakuum und blieben in ihren angemieteten Produktionsräumen. Somit befinden sie sich nun informell auf dem Gelände, da die Rechtsform, mit der sie den Mietvertrag abgeschlossen hatten, nicht weiter existiert. Miete wird von ihnen seither nicht mehr eingezogen. Ohnehin gibt es keine Körperschaft, an welche sie ihre Mietschuld überweisen könnten. Für Elektrizität würden die Unternehmen gegenüber der Kommune aufkommen (Interview AK 03).

Die Lokalverwaltung hat dabei kein Interesse an dieser Situation etwas zu ändern. Immerhin seien hier Menschen in Beschäftigung und zusätzlich könnten dort weitere Betriebe entstehen (Interviews AK 02 & AK 03). Auch habe die Kommune kein Entwicklungskonzept für das Areal und somit kein Interesse diese Thema auf die Agenda der Gemeindeversammlung zu bringen (Interview AK 03). Abgesehen von zu vermutenden Beziehungen zwischen den dortigen Unternehmern und der Lokalverwaltung, hat die Kommune nicht die finanziellen Möglichkeiten, die für ein tragfähiges zukünftiges Nutzungskonzept notwendig wären. Die dortigen Gewerbeimmobilien sind teilweise in einem

desolaten Zustand. In einer öffentlichen Ausschreibung könnte die Gemeinde nur einen deutlich unter der gerichtlichen Gutachterschätzung liegenden Preis anbieten, zu welchem eine Zustimmung der Eigentümer ausgeschlossen sei (Interview AK 03).

Angemerkt sei noch, dass sich seit Oktober 2012 Vertreter der serbischen Regierung und der staatliche Antikorruptionsbehörde mit dem Fall beschäftigen (PAVLOVIĆ 16.10.2012; DIMITRIJEVIĆ 31.03.2013).

Die unterschiedlichen Aspekte und Ausprägungen dieses Falles spiegeln somit eine ganze Bandbreite von typischen und gleichermaßen aus anderen Kontexten bekannten Transformationsproblemen wider. Der sozioökonomische Niedergang der Kommune ist verknüpft mit dem Zusammenbruch der lokalen industriellen Kombinate, wie *Branka Dinić*. Dessen ehemalige Beschäftigte blieben mit ausstehenden Lohnforderungen in der Arbeitslosigkeit zurück. Durch den Rückzug des Rechtsstaates konnten andererseits einzelne gut vernetzte lokale Akteure von dieser Unternehmenskrise profitieren. Deren Aktivitäten sind bis heute rechtlich ungeklärt, obgleich sie einen Beitrag zur lokalen Wertschöpfung leisten. Dabei fehlen der Lokalverwaltung die Kapazität und der Wille, um in dieser Situation wieder Rechtssicherheit für die neu entstandenen Betriebe und deren Beschäftigte herzustellen.

2.2 Persistenz: strukturelle Hinterlassenschaften

Im Zentrum dieses Kapitel steht die Identifizierung persistenter langanhaltender Strukturen, die sich in marktsozialistischer Zeit ausbildeten und heute noch die untersuchten Kommunen prägen. Solche persistenten Merkmale der lokalen Wirtschaftsstruktur finden sich in den privatisierten, ehemals gemeinschaftlichen Betrieben (Kap. C.2.2.1), in langanhaltenden problematischen Unternehmenstransformationen (Kap. C.2.2.2) und in der Fortführung sozialistisch-jugoslawischer Privatwirtschaft (Kap. C.2.2.3).

2.2.1 Privatisierungen und Restrukturierungen

Eines der wesentlichen Ziele jeglicher postsozialistischer Transformationspolitik ist es die staatlichen bzw. vergemeinschafteten Unternehmen durch die Überführung in die Privatwirtschaft und die Teilhabe vertrauenswürdiger Investoren langfristig zu erhalten. Bei der Umwandlung öffentlicher Unternehmenswerte in privates Eigentum gab es im postjugoslawischen Serbien ähnliche Probleme wie in anderen postsozialistischen Staaten. Neben übergeordneten rechtlichen und systemischen Faktoren (Kap. B.2.1), sind unternehmensinterne Faktoren entscheidend für den nachhaltigen Erfolg einer Privatisierung. Das größte Problem ist in vielen Fällen in der technologischen

Ausstattung des Betriebes zu sehen, sodass eine Investitionsentscheidung mit dem Ziel das operative Geschäft weiter zu betreiben aufgrund der zu leistenden anschließenden Modernisierungsinvestitionen nicht rentabel erscheint. Auch hohe und intransparenten Verbindlichkeiten schrecken Investoren ab. Selbst nach der Überführung in die Privatwirtschaft sind die ehemaligen gemeinschaftlichen Unternehmen für gewöhnlich hochverschuldet und damit nicht kreditwürdig, was damit die Möglichkeiten für Neuinvestitionen limitiert (u.a. PA 2005: 150, 173ff.; CEROVIĆ & DRAGUTINOVIĆ-MITROVIĆ 2006: 10f.; BEGOVIĆ & PAUNOVIĆ 2009: 16). Zudem blieb das Investitionsklima, trotz der makroökonomischen Stabilisierung nach 2000, schwierig. Verantwortlich hierfür waren die Erfahrungen der Hyperinflation, der Niedergang der Unternehmen, das verlorene Vertrauen in den Finanzsektor, anhaltend hohen Zinsen und die als weiterhin instabil beurteilte politische Lage (Kap. B.1.3.2; ZELIĆ 2005: 198).

Die Privatisierung gesellschaftlicher Betriebe stand somit unter schwierigen Voraussetzungen. Zudem waren auch erfolgreiche Unternehmensprivatisierungen meist mit umfangreichen Restrukturierungs-, Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen verbunden. Im Folgenden werden anhand von Unternehmensdaten und Interviews die Privatisierungen und Restrukturierungsversuche in den untersuchten Kommunen nachgezeichnet. In erster Linie ist hierbei von Interesse, welche Industriebetriebe aus jugoslawischer Zeit heute noch die jeweilige Kommune prägen.

Denn die großen Industriebetriebe bildeten – insbesondere außerhalb der traditionell schon stärker dienstleistungsorientierten Zentren – das unter große Anstrengung erworbene substantielle wirtschaftliche Rückgrat. Die Betriebe waren gleichzeitig die Basis der lokalen Wertschöpfung, der Gemeindehaushalte, der lokalen Arbeitsmärkte und damit der sozialen Sicherheit. Zudem engagierten sich diese gemeinschaftlichen Betriebe im gesellschaftlichen Leben der Kommunen durch Unterstützung von Sportvereinen, Kulturveranstaltungen etc.

Indija

Im Vergleich der Kommunen hatte Indija die geringsten Belastungen des lokalen Arbeitsmarktes durch Unternehmensrestrukturierungen zu ertragen. Auf dem Gebiet der Gemeinde Indija gab es weniger Großbetriebe und Kombinate des verarbeitenden Sektors. Jedoch lassen sich hier genauso typische Privatisierungsschwierigkeiten und Unternehmenspleiten finden. Der größte Arbeitgeber der Kommune, der Pelzfabrikant *Jugoslovenska Krznarska Industrija* stellte bereits 2002 noch als Unternehmen in gemeinschaftlichem Eigentum und nach gescheiterter Restrukturierung seinen Betrieb ein (SBRA Register). Lokale Unternehmen, die unter dem Gesetz von 2001 privatisiert wurden, haben durch-

weg deutlich an Mitarbeitern verloren, befinden sich im Insolvenzverfahren oder wurden liquidiert (Anhang Tab. 6; SBRA Register). Am schmerzlichsten war hierbei wohl der Konkurs von *Gumaplast*⁸⁵, einem Herstellers von Gummidichtungen für die Automobilindustrie, aus dem Jahr 2009.

Knjaževac

In der Kommune Knjaževac sind (Stand Okt/2013) fast alle der großen Arbeitgeber aus jugoslawischer Zeit Bankrott, inaktiv oder bereits vollständig abgewickelt. Die lokalen Unternehmen *IMT*, *Branka Dinić* und *Tigar* wurden nie privatisiert und haben ihre Geschäftstätigkeit eingestellt (Kap. C.2.1.2). Deren Industriebranchen und die mögliche Umnutzung beschäftigen die Kommune aber weiterhin (Interviews AK 01 & AK 03). Dabei ist gerade die Anwerbung von Investoren für eine Nutzung der Industriebranche des ehemaligen Traktorenhersteller *IMT* im Rahmen eines Business Inkubators ein lokalpolitisches und planerisches Thema (Kap. C.3.3).

Der Schuhhersteller *Leda*, heute *Falc East*, ist der einzige gemeinschaftliche Großbetrieb der Kommune, der durchgehend bis heute seinen Betrieb aufrechterhalten konnte (Kap. C.2.1.2). Im Jahr 2004 wurde das Werk durch Erwerb aus der Insolvenz vom damaligen italienischen Geschäftspartner *Falc* privatisiert. Vor dem Hintergrund, dass seit dieser Privatisierung die Beschäftigtenzahlen relativ stabil blieben und das Unternehmen bis 2008 durchgehend Netto-Gewinne erwirtschaftete (SBRA Register), kann diese Privatisierung als gelungen bezeichnet werden. Das multinationale Unternehmen *Falc* hat hier mit *Falc East* sein regionales Produktionszentrum errichtet und über die Jahre beträchtlich in die Modernisierung des Werkes investiert. Fast die gesamte Produktion ist, über den Vertriebsweg des italienischen Mutterkonzerns, für den europäischen und weltweiten Export bestimmt. Zusätzlich arbeiten dem Werk in Knjaževac einzelne Betriebe der Region – auch grenzüberschreitend in Bulgarien – als Subunternehmen zu (Interview UK 02). Aktuell sind rund 1.000 Mitarbeiter für *Falc East* in Knjaževac tätig (SBRA Register) und die Unternehmenstätigkeit erscheint als relativ stabil. Dies ist jedoch keinerlei Garantie für ein dauerhaftes Engagement von *Falc East*. Eine mittelfristige Abwanderung des Investors erscheint aufgrund weiter steigender Löhne in Serbien als durchaus realistisches Szenario. Auch eine Abwanderung ins benachbarte Bulgarien, mit einem niedrigeren Lohnniveau, ist aufgrund der dort bereits bestehenden

⁸⁵ Zum Zeitpunkt der Privatisierung im Jahr 2003 hatte das Unternehmen 370 Mitarbeiter (SBRA Register).

Subunternehmen genauso denkbar, wie eine weitere Auslagerung der Produktion nach Fernost.⁸⁶

Als weitere Hinterlassenschaft prägt das Landwirtschaftskombinat *Džervin* die Unternehmenslandschaft der Kommune. In der Krise der 1990er Jahren hatte sich das Kombinat stark verschuldet. Bei der Privatisierung des Kombinats im Jahr 2005⁸⁷ entstanden dann, wie bei anderen Kombinaten dieser Art, typische Probleme. Insbesondere gab es ungeklärte Verbindlichkeiten sowie unklare Beziehungen der einzelnen Unternehmenssparten sowie angeschlossener Zweigbetriebe, wie dem Käsehersteller *Džersi* (SIBINOVIĆ 2008: 98). In einem Ausschreibungsverfahren wurde das Kombinat an ein serbisches Unternehmenskonsortium verkauft. Nur zwei Monate später, am 22.09.2005, wurde dieser Privatisierungsvertrag aufgrund fehlgeschlagener Bankgarantien und ausgebliebenen Zahlungen annulliert. Erst Anfang 2007 wurde über einen Verkauf auf dem Kapitalmarkt ein neuer Investor gefunden. Der Buchwert des Unternehmens wurde dabei mit nur etwa einem Viertel des Wertes von vor zwei Jahren angegeben (Anhang Tab. 7). Genauso führte dieser Verkauf nicht zu einer erfolgreichen Fortführung des Unternehmens. Von lokalen Akteuren wird die Verantwortung hierfür den neuen Investoren zugeschrieben, die nicht am ursprünglichen operativen Geschäft des Unternehmens interessierte gewesen wären. Stattdessen hätten die neuen Eigentümer, die aus einem anderen Geschäftsfeld kamen, die Produktion zurückgefahren und industrielles Equipment veräußert (Interviews AK 01 & AK 03). Im Februar 2013 wurde *Džervin* nach elf erfolglosen Auktionen erneut verkauft – an das in Novi Sad ansässige Unternehmen *Agro-procesing* (eKapija 01.03.2013).

Bečej

In der Kommune Bečej sind insbesondere die Privatisierungsverläufe und Restrukturierung von drei Unternehmen relevant: *Sojaprotein*, *Fadip* und *PIK Bečej*⁸⁸. Gleichzeitig ist mit diesen drei Fällen das Spektrum erfolgreicher, fehlgeschlagener sowie ungeklärter Unternehmensrestrukturierung abgedeckt.

Sojaprotein, ein Hersteller von Ölen und Fetten, ist dabei ein Fall von erfolgreicher Privatisierung. Schon in den Jahren vor der Umwandlung in privates Eigentum erwirtschaftete das Unternehmen stets Profite (SBRA Register). So

⁸⁶ Außer in Serbien hat Falc lediglich in China noch weitere Produktionswerke (Interview UK 02).

⁸⁷ Zum damaligen Zeitpunkt hatte das Unternehmen nur noch etwa 260 Mitarbeiter (SBRA Register), auch wenn von Seiten der Privatisierungsagentur die Beschäftigtenzahl mit 624 angegeben wurde (Anhang Tab. 7).

⁸⁸ Auf den Fall von PIK Bečej wird im nächsten Kapitel C.2.2.2 explizit eingegangen.

lag der Kaufpreis bei der Privatisierung durch den Kapitalmarkt deutlich über dem Buchwert. Dies war gleichzeitig der mit Abstand höchste Kaufpreis in allen Verkaufsprivatisierungen der Kommune (Anhang Tab. 5). Die Aktiengesellschaft *Sojaprotein a.d.*, nun Mitglied der serbischen *Victoria Group*, hatte nach der Privatisierung im Jahr 2002 ihre Belegschaft von rund 580 auf etwa 380 Mitarbeiter reduziert (SBRA Register). Das Unternehmen ist spezialisiert in der industriellen Verarbeitung des Agrar-Rohstoffs Soja. In einer Zeit, in der der Weltmarktpreis von Soja und Sojaprodukten kontinuierlich anstieg, machte die Aktiengesellschaft gute Gewinne; bis über 20 Mio. US-Dollar Nettoprofit im Jahr 2007 bei einem Umsatz von fast 240 Mio. US-Dollar (SBRA Register). Die Preisentwicklung von Soja und die agroindustrielle Spezialisierung auf eine global nachgefragte Produktgruppe sicherten bislang die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Dem gegenüber steht der Fall des Autozulieferers *Fadip*. Anfang der 1980er Jahre hatte das Unternehmen seine besten Geschäftsjahre mit hohen Exportanteilen in die Länder des Ostblocks – insbesondere Russland (Kap. C.1.2.1). Mit den Reduzierungen militärischer Ausgaben der Sowjetunion und der russischen Perestroika bis hin zur Wende brach *Fadip* ein großer Teil der Geschäftsgrundlage weg. Mit dem einsetzenden jugoslawischen Staatszerfall und den Sanktionen der internationalen Gemeinschaft brachen die Exportmöglichkeiten völlig ein. Zwar kooperierte der Betrieb auch mit jugoslawischen bzw. serbischen Unternehmen wie dem Autohersteller *Zastava* in Kragujevac, doch allein rund 70% der Produktion gingen in den Export. Bereits in den 1990er Jahren wurde das operative Geschäft eingestellt. Hinzu kamen fehlende Modernisierungsinvestitionen und ein technischer Rückschritt in den 1990er Jahren. Versuche, den Betrieb wieder aufzunehmen, scheiterten zunächst. Erst 2007⁸⁹ wurde *Fadip* in einem Ausschreibungsverfahren an einen russischen Investor und ehemaligen Geschäftspartner verkauft. Nur zwei Jahre nach der Privatisierung von 2007 schlitterte das Unternehmen bereits in die Insolvenz. Am 09.04.2009 wurde der Privatisierungsvertrag offiziell aufgekündigt. Als Begründung wird von der serbischen Privatisierungsagentur die Nicht-Fortführung der eigentlichen Geschäftstätigkeit angegeben (Anhang Tab. 5). In Bečej kursieren unterschiedliche Gerüchte über die Gründe des Scheiterns. Diese beinhalten schlechtes Management, Abwanderung qualifizierter Fachkräfte sowie mangelndes Interesse des neuen Investors am eigentlichen Geschäft und Veruntreuung durch den Investor. Zudem wurden Lohnzahlung und Zahlung an die Pensionskasse vor der Insolvenz für mehrere Monate ausgesetzt. Mit Einleitung des Konkursverfahrens blieb dann nur noch die

⁸⁹ Die Beschäftigtenzahlen beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf rund 390 Mitarbeitern; in den 1980er Jahren waren dies noch 1.800 (SBRA Register; Anhang Tab. 5).

Abwicklung und der Ausverkauf des noch zu veräußernden Equipments und der Immobilien (Anhang Tab. 5; Interviews AB 01, AB 02 & UB 03).

Fazit

Die Wirtschaftsstruktur Indija ist heute im Vergleich mit den anderen Kommunen weit weniger von der Hinterlassenschaft ehemaliger jugoslawischer Großbetriebe geprägt. Neben der traditionell schwächeren Bedeutung großer Industrieunternehmen, bei gleichzeitiger relativer Stärke von KMU und Selbständigkeit, waren relevante Privatisierungen in der Gemeinde Indija zudem bereits mit dem Verkauf und Umwandlung in eine Aktiengesellschaft des lokalen Agro-Kombinats *Agrounija* im Jahr 2005 abgeschlossen (Anhang Tab. 6). Das Thema Privatisierung und Restrukturierung der bestehenden Unternehmenslandschaft spielt in der kommunalen Planung und im lokalen Alltag kaum noch eine Rolle (Interviews AI 01 & AI 02).

Ganz im Gegensatz zu den Kommunen Bečej und Knjaževac. Dort blieben mögliche Unternehmensverkäufe und die Suche nach geeigneten Investoren für fehlgeschlagene Privatisierungen weiterhin von Bedeutung; auch nach mehr als einem Jahrzehnt möglicher Verkaufsprivatisierungen nach dem 2001er-Modell (Interviews AK 02, AK 03, AB 01 & AB 02). Der Niedergang der großen industriellen Arbeitgeber zog sich in diesen beiden Kommunen über einen langen Zeitraum hinweg und ist überdies noch nicht abgeschlossen, wie die folgende Fallstudie zeigt.

2.2.2 Fallstudie *Persistenz*: Das Agro-Industrie-Kombinats PIK Bečej

Die lokale Entwicklung der Gemeinde Bečej ist seit früher sozialistischer Zeit mit dem Agro-Industries-Kombinat *PIK Bečej Poljoprivreda* verknüpft (Kap. C.1.2.1). Dem Erhalt dieses Kombinates wurde im lokalen Transformationskontext verständlicherweise stets absolute Priorität beigemessen. *PIK Bečej* hat weiterhin eine enorme lokalökonomische Bedeutung,⁹⁰ woran auch die langanhaltende problematische Unternehmenstransformation des Kombinats nichts geändert hat. Nach Unternehmensangaben (Stand Sept/2012) würden jahresbilanziert etwa 5 Mio. Euro an Nettolöhnen für Arbeiter vor Ort ausgezahlt; rund 3 Mio. Euro würden an lokale private und unternehmensexterne Zulieferer geleistet und etwa 1 Mio. Euro würden als Steuern (hauptsächlich Einkom-

⁹⁰ Nach einem Abgleich der vorliegenden Daten waren Mitte der 1990er in der Kommune Bečej etwa über einem Drittel aller Unternehmens-Beschäftigten in einem der Produktionseinheiten des Agro-Industrie-Kombinats *PIK Bečej* beschäftigt (insbes. SBRA Register). Darin enthalten sind noch nicht die hohe Zahl an privaten Landwirtschaftsbetrieben und die Beschäftigten in kleineren Genossenschaften, die ebenfalls unmittelbar als Zulieferer für PIK Bečej fungieren.

menssteuern) dem Gemeindebudget zugeführt (Interview UB 02). Wirtschaftliche Multiplikationseffekte sind dabei selbstredend noch nicht eingerechnet. Ein Vertreter der Lokalverwaltung fasste die Bedeutung des Unternehmens kurz und plakativ wie folgt zusammen: „*PIK is Bečej and Bečej is PIK*“ (Interview AB 01). Aufgrund der hohen Beschäftigtenzahlen des Kombinats, dessen lokaler Verknüpfung mit kleineren und mittleren Betrieben der Landwirtschaft⁹¹ und anderer Branchen sowie aufgrund der Bedeutung für den Gemeindehaushalts hätte ein Konkurs bzw. eine Zerschlagung des Kombinats schwerwiegende ökonomische und soziale Folgen für die Kommune. In den Interviews und Gesprächen vor Ort wird stets der soziale Kollaps betont, den ein zukünftiger Zusammenbruch des Kombinats zur Folge hätte (Interviews AB 01, AB 02 & UB 02). Die Transformationsgeschichte des Agro-Industrie-Kombinats *PIK Bečej* ist gekennzeichnet von typischen Merkmalen fehlgeschlagener Privatisierungen und von Argumenten der Kategorie „*too big to fail*“. Letzteres äußert sich im langanhaltenden und schwebenden Insolvenzverfahren des Unternehmens.

Das Unternehmen *PIK Bečej Poljoprivreda* wurde bereits im Jahr 1997 nach dem damaligen Insider-Privatisierungsgesetz privatisiert. Die Holding *Irva Investicije*⁹² des serbischen Tycoons Đordije Nicović erhielt dabei den Zuschlag. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte sich *PIK* in einer finanziellen Schieflage befunden. So wäre nach Angaben eines Unternehmensmanagers⁹³ der damalige Kaufpreis viel zu hoch gewesen (Interview UB 02). *Irva* hatte im serbischen Privatisierungsprozess eine Vielzahl von Unternehmen unterschiedlichster Branchen aufgekauft. Unternehmen wurden hierbei, wie schon in Kapitel B.2.1.3 beim Fall *NITEX* beschrieben, als Sicherheit verwendet um durch Kredite weitere Unternehmen aufzukaufen (Interviews AB 02, UB 02, UN 01 & AA 01).

Die entscheidenden Gründe für die sich weiter verschärfende finanzielle Schieflage und letztliche Insolvenz des Unternehmens können hier nicht eindeutig identifiziert werden. Jedoch lassen sich eine ganze Reihe möglicher Faktoren benennen. Zum einen belastete das zügellose Geschäftsmodell von *Irva*

⁹¹ Hierbei muss angemerkt werden, dass Kooperationen des Kombinats mit der lokalen privaten und genossenschaftlichen Landwirtschaft in sozialistischer Zeit noch weitaus ausgeprägter waren. Im Privatisierungsprozess und durch nachfolgende strukturelle Veränderungen gingen diese Kooperationsbeziehungen jedoch teilweise verloren (Interview UB 02).

⁹² Es handelt sich dabei um den gleichen Konzern, der auch bei der in Kapitel B.2.1.3 beschriebenen fehlgeschlagenen Privatisierung des Bekleidungsherstellers *NITEX* in Niš beteiligt war. Ein Großteil der Privatisierungskäufe von *Irva* wurden bisher durch die Privatisierungsagentur wieder aufgekündigt (BRKIĆ 16.05.2011; Interview AA 01 & UB 02).

⁹³ Der interviewte Unternehmensmanager war bereits in jugoslawischer Zeit in der Führungsebene des Unternehmens aktiv.

Investicije, mit dem Hauptziel der Erweiterung des Unternehmensportfolios, das Unternehmen mit weiteren Hypotheken der Holding und machte damit die Entwicklung einer eigenständigen Unternehmensstrategie schwer möglich. Bereits in großen finanziellen Schwierigkeiten wurde 2007 eine umfassende Umwandlung der Anteilseignerstruktur der Aktiengesellschaft vorgenommen, die ebenso die finanziellen Probleme nicht lösen konnte (Anhang Tab. 5; Interview UB 02). Neben dieser zweifelhaften strategischen Ausrichtung des Investors, gibt es eine Reihe von unternehmensstrukturellen Problemen, die zu der Insolvenz von PIK geführt haben können. Mit der Privatisierung von 1997 verlor das Kombinat eine Reihe von Landnutzungsrechten staatlicher Ackerflächen. Es kam zu einer Reduzierung der Anbauflächen. Gleichzeitig mussten viele der ehemaligen staatlichen Flächen nun gepachtet werden. Einhergehend mit der Reduzierung der Hektarzahlen wurden allerdings weitere wichtige Rationalisierungsmaßnahmen verpasst. Die Mitarbeiterzahlen wurden zwar um etwa ein Drittel reduziert. Dies sei aber nach Unternehmensangaben nicht ausreichend gewesen. Als Erbe der sozialistischen Zeit verfügt das Kombinat über eine aufgeblähte Verwaltung. Immer noch rund ein Drittel aller Beschäftigten sind in administrativen Funktionen tätig. Unternehmensintern wird dieses Missverhältnis als Hauptgrund für das kontinuierliche Anwachsen der hohen Verschuldung gesehen (BRKIĆ 16.05.2011; Interviews UB 02 & AB 02; Deloitte 2006b).

Zudem ist das aus sozialistischer Zeit in den Grundzügen fortgeführte Geschäftsmodell eines Agro-Industrie-Kombinats an die Bedingungen eines freien Weltmarktes schwer anzupassen. Stärkere globale Handelsnetzungen und internationale Preisbildung von Agrarrohstoffen verschaffen auf einzelne Agrarprodukte spezialisierte Unternehmen unbestrittene Wettbewerbsvorteile gegenüber einem vertikal integrierten Großbetrieb mit unterschiedlichen Arbeitseinheiten (Abb. 27). Hinzu kommen Makrofaktoren, welche die Situation des Agrarsektors in Serbien generell nicht einfacher machen. Der serbische Staat fährt seit längerem die ohnehin niedrigen Agrar-Subventionen zurück (PEJOVIĆ & JOVANOVIĆ 2013: 381f.), während gleichzeitig der Konkurrenzdruck durch subventionierte ausländische Agrarprodukte – insbesondere aus den Ländern der EU – anwächst.

Anfang 2011 geriet das Unternehmen dann in die Insolvenz. Der rechtliche Status von PIK Bečej ist als Insolvenzverfahren bei laufendem Geschäftsbetrieb (*radni stečaj*) zu bezeichnen. Über die Höhe der angehäuften Schulden gibt es unterschiedliche Angaben. Meist ist jedoch von einem Betrag über 50 Mio. Euro die Rede (u.a. Interview UB 02; SIMOVIĆ 14.05.2013; RTV 23.12.2012). Zusätzlich verschärften Ernteauffälle infolge einer Dürre im Jahr 2012 die Schulden-situation des Kombinats weiter. Solche Auffälle müssen zwar einkalkuliert

werden, doch in einer Situation der Zahlungsunfähigkeit sei es, nach Aussagen des Unternehmensmanagers, äußerst schwierig diese Neuverschuldung gegenüber Gläubigern als „unverschuldet“ zu kommunizieren.

In dem weiter anhaltenden Konkursverfahren bei gleichzeitiger Fortführung des operativen Geschäftsbetriebs bleiben alle Vermögenswerte des Unternehmens eingefroren (Interviews UB 02 & AB 01). Der zukünftige Weg der Restrukturierung ist weiterhin unklar (Stand Mrz/2014). Letztlich befindet sich das Unternehmen seit nunmehr drei Jahren in den Händen der Gläubigerbanken und Insolvenzverwalter. Zwar kann das operative Geschäft unter diesen Bedingungen weiter gehen. Das Unternehmen verliert aber weiter den Anschluss, da wichtige Investitionen aufgrund der eingefrorenen Finanzmittel nicht getätigt werden können. Auch die Suche nach neuen strategischen Investoren liegt damit nicht in der Kompetenz des Unternehmens (Interview UB 02).

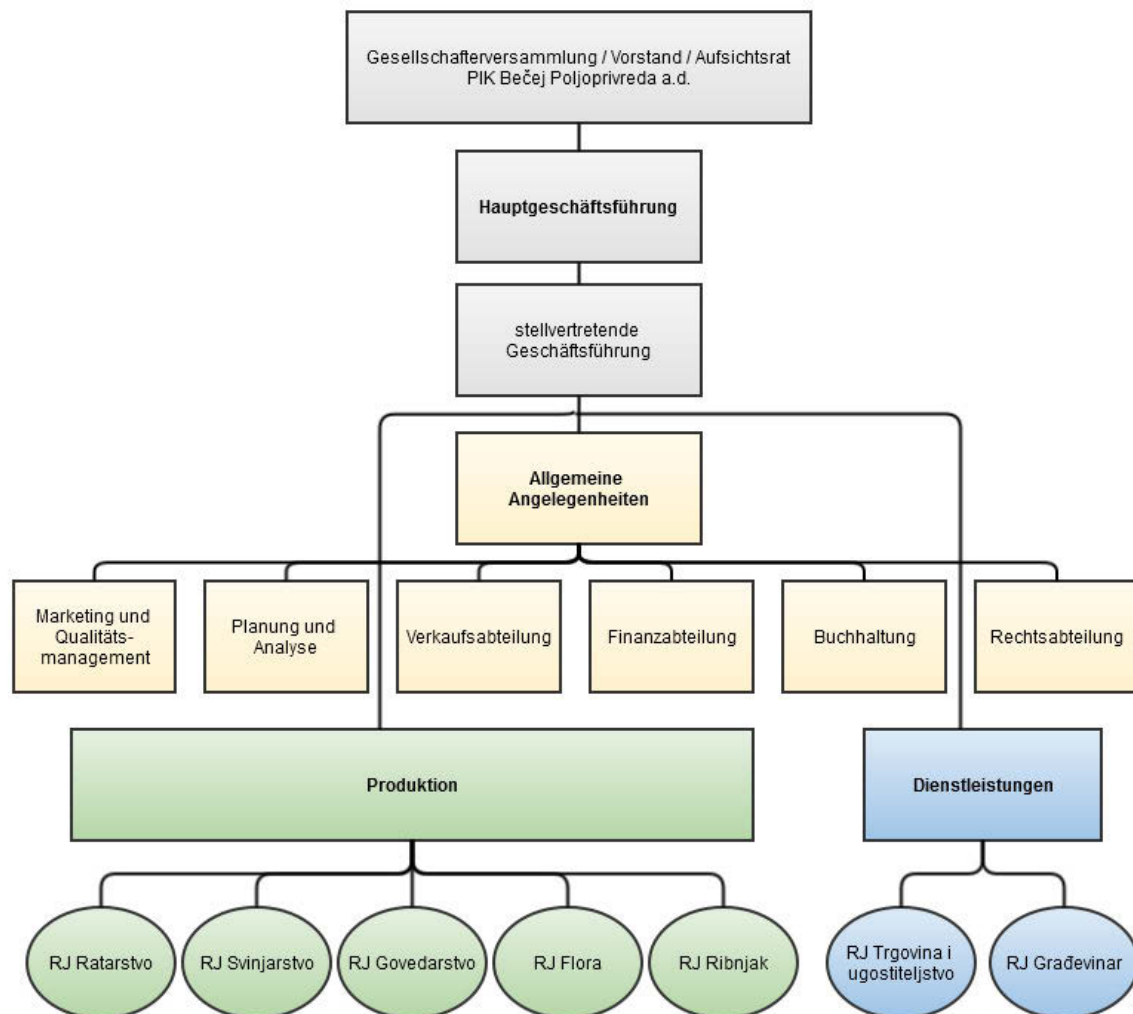


Abb. 27: Organisationsstruktur des Agro-Industriekombinats PIK Bečej Poljoprivreda a.d. nach dessen Überführung in eine Aktiengesellschaft (Stand 2006) (eigene Darstellung nach Deloitte 2006b: 4).

Trotz der enormen Bedeutung für die Kommune hat in der aktuellen Situation die Lokalverwaltung und das Unternehmen selbst kaum Einfluss auf den Aushandlungsprozess zu dessen Restrukturierung. Der Weg des ehemaligen Kombinats ist von Abmachungen auf zentralstaatlicher bzw. überlokaler Ebene zwischen Insolvenzverwalter, Gläubigern, Investoren und einflussreichen Politikern abhängig. Auf lokaler Ebene können Akteure lediglich versuchen ihren Einfluss auf diese Schlüsselakteure geltend zu machen. Der Interviewpartner sah hierbei vor allem ein Problem in Regierungswechseln – sowohl lokal, wie national. Für das Unternehmen seien, in dem momentan schwebenden Status, bindende Zusagen zwischen Akteuren der unterschiedlichen Ebenen essentiell für die Fortführung des operativen Geschäftes sowie für die Umsetzung notwendiger Restrukturierungsmaßnahmen (Interview UB 02).

Solange die Insolvenz des Unternehmens sich noch im laufenden Verfahren befindet, bleibt die zukünftige Entwicklung dieses Falls ungewiss. Priorität wird wohl weiterhin die Suche nach einem großen strategischen Investor des Landwirtschafts- bzw. Lebensmittelbereichs sein, welcher bereit ist, das Unternehmen – nach Klärung der Schuldenfragen – als komplette Einheit zu übernehmen. Der Erfolg hierfür erscheint jedoch fraglich. Möglich wäre daneben eine Zerschlagung und Verkauf von einzelnen Unternehmenssparten innerhalb einer staatlich gelenkten Restrukturierung. Profitable Geschäftsbereiche könnten somit leichter einen Käufer finden. Dies könnte aber tiefgreifende Störungen für den lokalen Arbeitsmarkt bedeuten. Nicht nur aufgrund der zu erwartenden Rationalisierungsmaßnahmen, auch angesichts der Tatsache, dass die einzelnen Arbeitseinheiten des ehemaligen Kombinats weiterhin organisatorisch eng miteinander verwoben sind, würde es aller Wahrscheinlichkeit zu hohen Arbeitsplatzverlusten kommen. Noch nicht erwähnt sind dabei die vielen klein- und mittelgroßen Unternehmen, Genossenschaften und individuellen Landwirtschaftsbetriebe, die ebenfalls intensive Geschäftsbeziehungen zu *PIK Bečej* führen. Zudem besteht die Gefahr, dass ein neuer Investor nur an den Agrar-Rohstoffen und den lokalen Zulieferbeziehungen interessiert sein könnte, ohne die Wertschöpfungskette vor Ort erhalten zu wollen.

Die starke horizontale, wie vertikale Integration der Lebensmittel-Produktionskette innerhalb eines Unternehmens ist die bestimmende Hinterlassenschaft sozialistischer Planung in der Kommune Bečej und Hauptelement der strukturellen Schwäche des Ortes. Dieser Fall ist daher wesentlich Bestandteil der theoretischer Konzeptualisierung und Typologie der Entwicklung des Ortes (Kap. D.1).

2.2.3 Selbstständigkeit und Kleinstbetriebe

Im Gegensatz zu anderen Transformationsstaaten gab es in Jugoslawien bereits eine vergleichsweise ausgeprägte Erfahrung mit marktwirtschaftlichen Mechanismen und privater Unternehmerschaft (siehe Kap. C.1.2.3). Dass es im Transformationskontext zum Ausbau privater Tätigkeit insbesondere durch Neugründungen von kleinen und kleinsten Betrieben kommt ist hinlänglich bekannt und beschrieben (u.a. MCMILLAN & WOODRUFF 2002; NICHOLSON 2004; ESTRIN et al. 2006; GÖLER 2007b). Dabei schafft typischerweise das Wachstum dieser Betriebe wesentlich mehr Beschäftigung als privatisierte Betriebe (MCMILLAN & WOODRUFF 2002: 166; vgl. Kap. B.2.1). In Kapitel C.2.3.4 wird noch explizit auf endogene Unternehmensgründungen Bezug genommen. Im Folgenden wird lediglich kurz dargestellt in welcher Form sich die divergente Entwicklung von Selbstständigkeit und Mikrounternehmerschaft in den untersuchten Kommunen auf persistente bzw. pfadabhängige Strukturen zurückverfolgen lassen.

Selbstständigkeit und Kleinstunternehmerschaft in der Transformation

Abbildung 28 zeigt die Beschäftigungsrate in Kleinstbetrieben⁹⁴ an der jeweiligen arbeitsfähigen Bevölkerungskohorte. Die Rate gleicht gegenüber absoluten Zahlen den demographischen Effekt aus. In allen untersuchten Kommunen, wie im Durchschnitt für ganz Serbien, steigt diese Quote bis 2008 kontinuierlich an. Besonders deutlich ist der Anstieg des serbischen Durchschnittswertes in den drei Jahren nach dem demokratischen Umsturz im Jahr 2000. Dieser Anstieg ist im transformatorischen Kontext wenig überraschend. Eine starke Gründungsaktivität in transformierenden Gesellschaften kann sowohl Zeichen

⁹⁴ Die serbische Statistik unterscheidet zwischen Beschäftigten in rechtlichen Einheiten (Unternehmen, Kooperativen, private und öffentliche Institutionen und andere Organisationen) und privaten eingetragenen Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Selbstständige und deren Beschäftigte). Die Zahl der Selbstständigen und ihrer Mitarbeiter wird vom Statistischen Büro Serbiens durch die Meldung zur staatlichen Krankversicherung erhoben (Opštine u Srbiji 2011: 309). Die Zahlen beinhalten damit lediglich Beschäftigte, die beim staatlichen Institut für Krankenversicherung gemeldet sind. Nicht erhoben sind damit z.B. Teilzeit-Beschäftigte, die über andere reguläre Anstellungen krankenversicherungspflichtig gemeldet sind oder informell Beschäftigte. Diese Gruppe hat einen besonders hohen Anteil unter den Selbstständigen und deren Beschäftigten. Insbesondere in den 1990er Jahren kann angenommen werden, dass insgesamt im privaten Sektor – sei es in Kleinstbetrieben oder in größeren Unternehmen – noch deutlich mehr Personen beschäftigt waren, als dies die Daten zeigen. Zum einen waren viele Beschäftigten aufgrund der überhöhten Lohnsteuern für die Privatwirtschaft nicht registriert (BABIĆ 2001: 90f.); zum anderen gingen die Beschäftigten, die zwar im gesellschaftlichen Sektor registriert waren, aber sich im Zwangsurlaub befanden, aufgrund mangelnder Einkommen mitunter informellen Tätigkeiten in der Privatwirtschaft nach (POŠARAC 1996: 185f.).

einer wieder wachsenden Wirtschaft, als auch Ausdruck mangelnder alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten sein (ESTRIN et al. 2006: 697f.; GÖLER 2007b). Kleinstunternehmerschaft – formell oder informell – kann zu einem bestimmten Grad die Massenarbeitslosigkeit im Zuge der Deindustrialisierung ausgleichen. Selbständigkeit und Mikrounternehmerschaft ist damit im Transformationskontext ein Zeichen für eine gewisse Anpassungsfähigkeit der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.

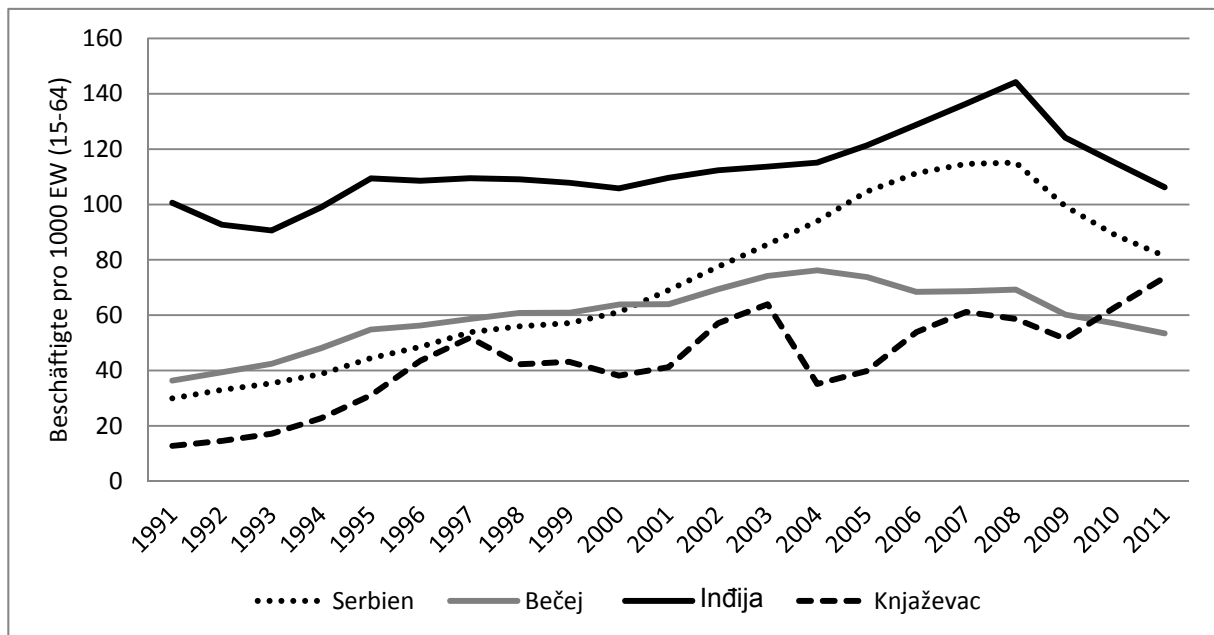


Abb. 28: Anteil der Beschäftigten in Selbständigkeit (plus deren Mitarbeiter) an der arbeitsfähigen Bevölkerung (15-64 Jahre) (Daten: Opštine u Srbiji 1992-2012)

Die Entwicklung von Mikrounternehmen in den drei Gemeinden stützte sich auf unterschiedliche Voraussetzungen. Auch deren Bedeutung für die Lokalökonomie ist jeweils sehr verschieden. Ganz allgemein hat sich in Serbien seit 1991 transformationstypisch die Selbstständigkeit im Handel- und Dienstleistungsbereich stark erhöht (GÖLER 2007b: 182). In Indija lässt sich hingegen – neben dem Anstieg von Dienstleistungstätigkeit – die überdurchschnittliche Beschäftigung aus der Handwerkstradition heraus erklären. Diese ist getragen von Familien- bzw. Kleinstbetrieben im metallverarbeitenden und plastikproduzierenden Sektor (Interview AI 02; DAVIDOVIĆ 1988). In den 1990er Krisen Jahren dienten diese produzierenden Kleinstbetriebe in Indija als konstante Stabilisatoren des lokalen Arbeitsmarktes. Dies hat sich bis in heutige Zeit erhalten und ist auch im Ortsbild durch eine Vielzahl an Firmenschilder in den Wohnvierteln der Stadt erkennbar.

Somit war private Tätigkeit in Indija traditionell nicht nur auf landwirtschaftliche Aktivitäten beschränkt. Die lokale Ökonomie fußte, im Gegensatz zu den anderen Untersuchungskommunen, weniger auf dem Wohl einzelner Unter-

nehmen, sondern auf der Vielzahl an Betrieben. In der Transformation waren damit Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der großen Unternehmen in kleinen privaten Betrieben sowohl Kompensierung von Arbeitslosigkeit, als auch ein gewachsener und traditionell wichtiger Teil der lokalen Ökonomie Indijas.⁹⁵

Umfang selbständiger Tätigkeit

In Gesamtserbien betrug 1991 der Anteil der Einzelunternehmer und deren Mitarbeiter noch nur rund 3% an der arbeitsfähigen Bevölkerung; in Indija ist diese Rate bei 10%. Insgesamt erreicht der Wert in der Kommune teilweise über 14%.

Knjaževac hatte in den frühen 1990er Jahren eine weit unterdurchschnittliche Rate, was sich aus der dortigen vorangegangenen industriellen Vollbeschäftigung erklärt. Der folgende Anstieg der Rate in Knjaževac bis zur Mitte der 1990er Jahre steht direkt in Verbindung mit dem Niedergang des Industriestandortes. Auch die weitere Steigerung der Selbständigenquote nach 2000 steht in Verbindung mit der fortschreitenden Deindustrialisierung der Kommune und ist damit Ausdruck einer transformationsbedingter Anpassung aufgrund mangelnder Alternativen auf dem Arbeitsmarkt.

Am schwächsten fiel die Dynamik dieser Quote in Bečej aus. Dies ist, neben dem vergleichsweise geringen Umfang des sektoralen Wandels (Kap. C.2.1.1) und der Dominanz des ehemaligen lokalen Agro-Industrie-Kombinats (Kap. C.2.2.2) ein weiteres Indiz für die starke Verhaftung der lokalen Ökonomie in den Strukturen aus sozialistischer Zeit.

Fazit

Während in der Kommune Indija die hohe Bedeutung von Mikrounternehmen als persistentes Merkmal des produzierenden Sektors identifiziert werden kann, ist der Anstieg von Selbständigkeit in den beiden anderen Kommunen als transformatorische Anpassung und Reorganisation zu beurteilen. In den beiden Gemeinden Bečej und Knjaževac waren private Kleinstbetriebe bereits in jugoslawischer Zeit durchschnittlich bzw. unterdurchschnittlich ausgeprägt. In Knjaževac gewann dieser Bereich erst nach dem demokratischen Umsturz an Bedeutung. Die Insolvenz der großen lokalen Industriebetriebe ließ vielen Arbeitnehmern schlicht keine andere Wahl als ihr Glück in der Selbständigkeit zu suchen. Dies soll aber nicht bedeuten, dass aus solchen Notgründungen

⁹⁵ Anmerkung zu den in Abbildung 28 zugrundeliegenden absoluten Zahlen: Im Jahr 2011 waren in Indija 3.520 Selbständige und deren Mitarbeiter erfasst; in Bečej waren es 1.386 und in Knjaževac 1.440 (Opštine u Srbiji 1992-2012).

keine erfolgreichen Geschäftstätigkeiten entstehen können. Einige erfolgreiche Beispiele werden in Kapitel C.2.3.4 näher untersucht.

2.3 Reorganisation: Reformen, Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen

Grundlegender Bestandteil der postsozialistischen Transformation ist die Installierung und Konsolidierung des neuen demokratischen und stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten Systems. Rechtliche Rahmenbedingungen und Institutionen werden in Erwartung makroökonomischer Stabilisierung und privatwirtschaftlichem Wachstum neu geordnet.

Der lokalen Ebene kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Nach DALLAGO (2013) hat gerade lokale Entwicklung die Möglichkeit die Transformation sowie das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Idealerweise geht dies einher mit einem Paradigmenwechsel von staatlichen Eingriffen zu stärkerer lokaler Selbstbestimmung (BARTLETT 2013: 6ff.) und lokaler Reformverwaltung (ŠEVIĆ 2005). In Anbetracht des hohen Reformbedarfs und der begrenzten Mittel serbischer Kommunen bedient sich die lokale Ebene mitunter nationaler und internationaler Unterstützung beim Umbau ihrer Administrationen (Kap. C.2.3.1). Sofern empfindliche Reformen überhaupt durchgeführt werden, versprechen sich die Akteure hiervon vorrangig bessere Möglichkeiten von der wirtschaftlichen Erholung zu profitieren. Ziel ist es sich möglichst gut zu positionieren, um am Zustrom ausländischer Direktinvestitionen teilhaben zu können (Kap. C.2.3.2).

Aktuelle Zugänge betonen zudem die Notwendigkeit endogene Potentiale, wie Unternehmertum, zu fördern (z.B. PIKE et al. 2010). Im Transformationskontext sind jedoch endogene Unternehmensgründungen (Kap. C.2.3.4) weit weniger von rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen abhängig, sondern wesentlich stärker von sozialen lokalen Netzwerken. Nichtsdestotrotz sind sie Teil neu entstehender ökonomischer Strukturen, elementarer Bestandteil des Ausbaus der Privatwirtschaft und damit Träger der Markttransformation (ESTRIN et al. 2006).

2.3.1 Internationale Zusammenarbeit, Verwaltungsreformen und Außendarstellung

Im Zentrum dieses Kapitels steht die Entwicklung der Kommune Indija, die im serbischen sowie südosteuropäischen Kontext als Ausnahmebeispiel für eine gelungen Reorganisation und Anpassung der kommunalen Arbeit und des lokalen Geschäftsklimas stehen kann. Die Gemeinde Indija gilt in der öffentlichen Wahrnehmung als Vorzeigemodell für eine positive lokale Entwicklung. Dies wird sowohl von Akteuren der Kommune (Interviews AI 01 & AI 02), als

auch von Planern und Akteuren der Wirtschaftsförderung außerhalb der Kommune (Interviews AA 02, AA 04, AA 05 & AA 07) und von serbischen Medien (z.B. GEDOŠEVIĆ 16.07.2012) so beurteilt. Gemein ist all diesen Ausführungen, dass immer auf die funktionierende und proaktive Gemeindeverwaltung hingewiesen wird.

In der Tat haben die Vertreter der Gemeinderegierung seit den demokratischen Umwälzungen vom Herbst 2000 beachtliche institutionelle und organisatorische Verwaltungsreformen vorgenommen. Dieser Reformpfad kann dabei mit der Teilnahme an verschiedenen Programmen der internationalen Zusammenarbeit und direkt mit einem Schlüsselakteur in Verbindung gebracht werden. Nach einer Kommunalwahl im September 2000 wurde dort eine neue Gemeinderegierung gewählt, die kontinuierlich die Neuausrichtung der Lokalverwaltung vorantrieb. In Gesprächen und Interviews wird insbesondere die Rolle des neuen Bürgermeisters, Goran Ješić⁹⁶, im institutionellen Reformprozess der Munizipalität betont (Interviews AA 05, AA 07, AI 01 & AI 02).

Zudem kann hier einem kommunal ausgerichteten Programm der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, im Sinne der Identifizierung von *critical junctures*, eine in Gang setzende Wirkung zugeschrieben werden. Generell lässt sich aus der Literatur entnehmen, dass internationale Kooperationsprojekte und -programme durch einleitende Lernprozesse bei einzelnen Akteuren den Anstoß geben können für institutionelle Veränderungen und *good governance* (SIMON 2001: 154f.; FÜRST 2001: 376). Jedoch sind die folgenden Ausführungen keinesfalls als genereller Hinweis für den Erfolg von Projekten der internationalen Zusammenarbeit zu verstehen. Vielmehr offenbart dies das große Engagement der Kommune und zeigt, wie die Gemeinde sich innerhalb ihrer beschränkten Möglichkeiten und innerhalb eines schwierigen politischen wie ökonomischen Umfeldes nach der dem demokratischen Umsturz im Oktober 2000 aktiv zu positionieren versuchte. In erster Linie ist der Wille und die Aktivität der Gemeinderegierungen Voraussetzung sowohl für Kooperationen im Rahmen internationaler Zusammenarbeit, wie für einschneidende institutionelle Reformen in der eigenen Verwaltung.

Serbian Local Government Reform Program

Kurz nach seiner Wahl ergriffen Ješić und seine Gemeinderegierung die Möglichkeit innerhalb eines von der US-amerikanischen Entwicklungsbehörde

⁹⁶ Goran Ješić wurde im September 2000 als jüngster Bürgermeister Serbiens mit 26 Jahren in sein Amt als Präsident der *Opština* Indija gewählt. Er war von 2000 bis Juli 2012 Bürgermeister der Gemeinde Indija und wurde in dieser Zeit zweimal wiedergewählt. Danach wechselte er in die Provinzregierung der Vojvodina als stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft, Wasser und Forstwirtschaft.

(USAID) finanzierten Entwicklungsprogramms Förderungen zu erhalten. Laut einem ehemaligen Projektleiter innerhalb dieses Programms (*Serbian Local Government Reform Program, kurz SLGRP*) sei Indija eine der ersten Gemeinden gewesen, die nicht nur offiziell Kooperationspartner war, sondern wirklich aktiv wurde und ernsthaft an den Möglichkeiten des Programms partizipiert hätte. Der neue Bürgermeister Indijas sei offen für Kooperationen gewesen und gewillt alle Bedingungen des Programms zu erfüllen (Interview AA 07). Dies ist insbesondere vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund bemerkenswert. Hatten doch zwei Jahre vor dem Start dieses Programms US-amerikanische Kampfflugzeuge unter NATO-Mandat Ziele in Serbien bombardiert. Trotz der Aussicht auf finanzielle Unterstützungen wurde eine Kooperation mit der US-Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit von den allermeisten Gemeindevertretern zum damaligen Zeitpunkt zumindest skeptisch beurteilt bzw. konnte vor der eigenen Wählerschaft nicht gerechtfertigt werden.

Von Top-Down zu Bottom-Up

Nach Aussagen des Interviewpartners habe Indija in allen Programmbereichen von *SLGRP*⁹⁷, mit Hilfe der angebotenen materiellen und technischen Unterstützung, Reformen eingeleitet. (Interview AA 07). Hervorzuheben ist vor allem in welchem Umfang die Kommune öffentliche Dienstleistungsangebote und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung⁹⁸ umsetzte. Dabei wird der damalige Bürgermeister der Gemeinde in der Retrospektive als die treibende Kraft der sich verändernden Verwaltungskultur gesehen. Von unterschiedlichen Seiten werden ihm Attribute wie „Disziplin“, „Autorität“ und „Offenheit“ attestiert, die ihm ermöglichten Ineffizienzen zu beseitigen und die Kommunikationswege zu verbessern. Dabei nahm er unbequeme Entscheidungen, wie die Entlassung von langgedienten Verwaltungsangestellten in Kauf (Interviews AA02, AA 05, AI 02 & AI 03). Gerade im lokalen Kontext, in dem soziale Kontakte und Bin-

⁹⁷ Laut den Programmleitlinien bot das *SLGRP* Unterstützung in Fragen des Finanzmanagements, der IT-Verwaltung, der Ausbildung des Verwaltungspersonals, der Bürgerbeteiligung, der Modernisierung der kommunalen/öffentlichen Unternehmen und der Implementierung von lokalen Reformgesetzen. Zudem sollte der Einfluss der Lokalregierungen auf die nationale Ebene in Kooperation mit der ständigen Konferenz der Städte und Gemeinden (*Stalna konferencija gradova i opštine, SKGO*) gestärkt werden (DAI 2003).

⁹⁸ Erwähnenswert ist hier ein online-gestütztes System zu Rechenschaftspflicht der Kommunalverwaltung („*Sistem 48*“). Über eine Eingabemaske auf dem Webauftritt der Gemeinde oder per Telefon können Bürger Fragen, Beschwerden oder Aufträge an die Gemeindeverwaltung weiterleiten. Diese werden mit dem Versprechen, die Bearbeitungszeit von 48 Stunden nicht zu überschreiten, beantwortet. Laut Gesprächen mit Vertretern der Gemeindeverwaltung (u.a. Interviews AA 07 & AI 02) würde dieses Angebot von den Bürgern rege wahrgenommen. Die Kommunalverwaltung sei dadurch auf einige Probleme erst aufmerksam gemacht worden und habe so weitere Reformen anstoßen können.

dungen stärker zum Tragen kommen, sind solche Entscheidung besonders unbequem, da solche Mitarbeiter meist aufgrund ihres Alters faktisch in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Der Wille zu Reformen in einem schwierigen politischen Umfeld in Verbindung mit externer Unterstützung markiert demnach einen vergleichsweise frühzeitigen Paradigmenwechsel in der Verwaltungsarbeit der Gemeinde: einem Wechsel von einer traditionellen Amtsführung des *Top-Down* zu einem *Bottom-Up*. Idealerweise ist damit eine Veränderung des Selbstverständnisses der Gemeinderegierung verbunden. Diese soll sich nicht mehr als verlängerter Arm der Partei oder Zentralregierung verstehen, sondern als Dienstleister für ihre Bürger vor Ort. Traditionell traten Gemeinderegierungen eher als „lokale Patriarchen“ auf. Zudem war der Staatsdienst in Jugoslawien immer stark bürokratisch und legalistisch ausgeprägt, wobei die vorrangige Wichtigkeit darin bestand das Gesetz zu befolgen, selbst wenn das Gesetz ineffizient und unpassend war. Es wurde erwartet, dass die öffentliche Verwaltung die Gesetze vollstreckt ohne ihre Fehler zu hinterfragen (ŠEVIĆ 2005: 595). Die Prozesse und Abläufe die in öffentlichen Einrichtungen seit vielen Jahren angewandt werden, werden oft als funktionierend und passend angesehen, auch wenn sie deutlich Ausmaße von Ineffizienz zeigen. Generell sind politische und wirtschaftsrechtliche Umbrüche ohnehin schneller zu vollziehen als eine Veränderung der Verwaltungs- und Wirtschaftskultur (u.a. STANISZKIS 1995; ONDRČKA 2000; SCHRADER 2003). Zudem kann angenommen werden, dass im öffentlichen Sektor kulturelle Faktoren sogar persistenter sind und sich noch deutlicher zeigen als in privaten Organisationen (ŠEVIĆ 2001, 2005: 590). So ist z.B. die feste Implementierung von Bürgerbeteiligung in das Tagesgeschäft einer Gemeinde, im Kontext des erst kürzlich eingeleiteten demokratischen Umbruchs und der generellen politischen Lage des Landes, durchaus bemerkenswert.

Success story Indija

Die Gemeinde wurde in der Folge nicht nur durch *SLGRP* gefördert. Bei seinen kommunalen Reformen wurde Indija mehrfach durch verschiedene Entwicklungsprogramme unterstützt (USAID 2008b, 2010, 2011; MISP 2008). Wiederholt spielte hierbei die US-amerikanische Entwicklungsbehörde eine besondere Rolle. Die ersten Erfolge innerhalb des *SLGR*-Programms wurden medial als „*success story*“ verbreitet (z.B. USAID 2005: 5) und ebenso intern zwischen den regionalen Büros von USAID als Erfolgsgeschichte kommuniziert. Besonderer Bezug wurde dabei auf die unkomplizierte und aktive Zusammenarbeit mit Indija genommen (Interview AA 07). Aufgrund von Evaluations- und Monitoring-Verpflichtungen besteht unter den Leitern von Entwicklungsprojekten ein besonderes Interesse nach Projektabschluss Erfolgsschichten vermelden zu

können. Mit einer Aufnahme von Inđija als Kooperationspartner ließ sich dieses Ziel einfacher realisieren (Interview AA 07). *Success stories* sind dabei nicht nur Beweis für eine fruchtbare Arbeit, sondern Rechtfertigung für die Akquirierung neuer Aufträge. Im Fall der Gemeinde Inđija bestanden demnach bei vielen Projektmanagern berechtigte Hoffnungen, zeigen zu können, dass ihre Methoden zu messbaren positiven Entwicklungen führen und veranlasste sie jeweils die Kommune für eine Kooperation anzufragen.

Die umfangreiche und mehrfache Entwicklungsförderung⁹⁹ von Inđija erklärt sich somit nicht einfach durch die hohe Zahl an möglichen Förderprogrammen der internationalen Zusammenarbeit. Das Gros der anderen serbischen Kommunen – genauso wie Bečej und Knjaževac – weisen bei Weitem keine so umfassenden Programmteilnahmen auf. Im Fall von Inđija ist dies durch die Logik der Auftragsvergabe von Entwicklungsprojekten und durch die andauernde aktive Kooperationsbereitschaft der Gemeinderegierung zu erklären. Angetrieben durch Schlüsselakteure war die Kommune stets bereit sich aktiv an externen Unterstützungsmöglichkeiten zu beteiligen.

Standortmarketing

Die vergleichsweise frühzeitige Ausrichtung der Gemeinde an internationale Standort-Märkte stellt im zeitlichen sowie regionalen Bezugsrahmen und vor dem Hintergrund des sozialistischen Erbes ebenfalls eine Besonderheit dar. Die Bewerbung des Standortes richtete sich dabei vorwiegend auf die Gewinnung von ansiedlungswilligen Unternehmen. Das lokale Wirtschaftsentwicklungsbüro macht einen aktiven und materiell sehr gut ausgestatteten Eindruck. Die gute Kommunikation des Büros mit den lokal bereits ansässigen Unternehmen sowie die multimediale und fast übermäßige Verbreitung von Standortwerbung sind hierbei augenscheinlich. Schon GÖLER (2007b: 34) bezeichnete das dortige kommunale Standortmarketing in einer Untersuchung zum regionalen Gründungsgeschehen als „aktiv bis aggressiv“ – insbesondere bei der Bewerbung neu ausgewiesener Gewerbeflächen (Kap. C.3.3).

⁹⁹ Weitere von USAID unterstützte Programme bei denen die Gemeinde Inđija auch Kooperationspartner war, waren die Programme *Municipal Economic Growth Activity (MEGA)* (USAID 2011; The Urban Institute 2013; ICMA International 17.02.2009) und die Zertifizierung als „*Business Friendly Municipality*“. Letzteres hatte durchaus nachhaltigen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung und für das eigene Marketing der Kommune. Loznica, Kragujevac und Inđija waren dabei die ersten serbischen Gemeinden die mit diesem neuen Zertifikat im September 2008 durch die *National Alliance for Local Economic Development (NALED)* ausgezeichnet wurden. Neben der Nutzung zur eigenen Vermarktung, kann dieses Zertifikat Kommunen als Leitfaden für den Aufbau einer effizienteren und transparenteren Verwaltung dienen und durch die regelmäßige Evaluierung ein kostenloses externes Monitoring bereitstellen (NALED 2011, USAID 2008b, 2011).

TOP 25 MOST ATTRACTIVE FOR FDI			TOP 10 REGIONS COST EFFECTIVENESS		
RANK	CITY/REGION	COUNTRY	RANK	REGION	COUNTRY
1	London	UK	1	Bucharest-Ilfov	Romania
2	Flanders	Belgium	2	Indjija	Serbia
3	Paris	France	3	Sremska Mitrovica	Serbia
4	Leipzig	Germany	4	Vojvodina	Serbia
5	Wallonia	Belgium	5	Shumsk	Ukraine
6	Tallinn	Estonia	6	Ternopil	Ukraine
7	Cardiff	UK	7	Mohyliv-Podilskyi	Ukraine
8	Bristol	UK	8	Transcarpathia	Ukraine
9	Berlin	Germany	9	Lviv region	Ukraine
10	Scotland	UK	10	Kharkiv region	Ukraine
11	Ostersund	Sweden			
12	Valencia Region	Spain			
13	Dundee	UK			
14	Luxembourg	Luxembourg			
15	Waterford City	Ireland			
16	Miskolc	Hungary			
17	Copenhagen	Denmark			
18	Indjija	Serbia			
19	Razgrad	Bulgaria			
20	Northern Ireland	UK			
21	Amsterdam	Netherlands			
22	Warsaw	Poland			
23	Flensburg	Germany			
24	Madrid	Spain			
25=	Frankfurt (Oder)	Germany			
25=	Budapest	Hungary			



Abb. 29 (links): Indijas Auszeichnung im *fDi Magazine February/March 2008* (www.fDiIntelligence.com);

Abb. 30 (rechts oben): Indijas Auszeichnung im *fDi Magazine February/March 2012* (www.fDiIntelligence.com);

Abb. 31 (rechts unten): Eine Werbetafel am Ortseingang von Indija (eigene Aufnahme 13.09.2012).

Sehr nützlich für die kommunale Eigenwerbung war zudem die Erwähnung von Indija durch das *fDi Magazine* der *Financial Times Ltd* bei ihren Auszeichnung zu *European Cities & Regions of the Future 2008/09*. In der Kategorie „*Top 25 Most Attractive for FDI*“ fand Indija auf Platz 18 Erwähnung neben Regionen oder Stadtregionen wie Schottland, Flandern, London, Amsterdam, Leipzig und anderen (Abb. 29). Im Jahr 2012 erneuerte das *fDi Magazine* seine Anerkennung für die Kommune innerhalb der Veröffentlichung *European Cities and Regions of the Future 2012/13* mit der Auszeichnung in der Kategorie „kosteneffiziente Regionen“. Indija erreichte dabei die zweitbeste Platzierung, hinter der prosperierenden rumänischen Wirtschaftsregion Bukarest-Ilfov und vor der serbischen Kommune Sremska Mitrovica und der Vojvodina als Gesamtregion (Abb. 30). Solch eine zweifache Anerkennung durch ein international renommiertes Wirtschaftsmagazin, zu dessen Leserschaft potentielle ausländische Investoren gehören, ist für eine kleine Kommune der europäischen Peripherie ein besonderer Glücksfall und ein probates Mittel in der Eigenwerbung als Wirtschafts-

standort. Konsequenterweise wird diese Auszeichnung in der eigenen Außerdarstellung, z.B. auf der Webseite der Kommune, auf Werbetafeln (Abb. 31), in Informationsbroschüren, in Präsentationen etc., stets hervorgehoben.

Vergleich der Kommunen

Die Gemeinde Indija stellt zumindest in dem Ausmaß wie hier institutionelle Veränderungen in der Gemeindefarbeit mit internationaler Unterstützung angegangen wurden, in Serbien eine absolute Ausnahme dar. Es passt ins Bild, dass sich die Gemeinden Knjaževac und Bečej dementsprechend auch erst zeitlich verzögert bzw. wenn überhaupt an einzelnen Programmen der internationalen Zusammenarbeit beteiligt hatten. In Knjaževac finden sich einzelne Kooperationen in der internationalen Zusammenarbeit¹⁰⁰ sowie staatliche Förderprojekte; in Bečej herrscht hier eine fast vollständige Teilnahmslosigkeit. In Interviews und Gesprächen mit Gemeindevertretern wurde jedoch deutlich, dass alle Kommunen große Hoffnungen auf die zukünftigen Fördertöpfe der EU setzen (Interviews AI 02, AB 02 & AK 03). Insbesondere die Programme des Instruments für Heranführungshilfe (kurz IPA) bieten Möglichkeiten den Ausbau der lokalen Infrastruktur voranzutreiben.

Ansätze wirkungsvoller institutioneller Verwaltungsreformen sind – obgleich dies kein originärer Untersuchungsgegenstand war – in Knjaževac und Bečej kaum bis gar nicht zu erkennen. Aus den Gesprächen und Interviews mit behördlichen Vertretern dieser beiden Kommunen ergibt sich eher der Eindruck von trägen und starren Verwaltungen. Im Gegensatz zum Fall Indija und entsprechend weitergehender Untersuchungen (inbes. ŠEVIĆ 2005 und MIJAČIĆ 2011a¹⁰¹), stellen Knjaževac und Bečej keine Sonderfälle dar. Es scheint noch nach über einem Jahrzehnt Transformation eher die Regel zu sein, die Verantwortung für lokale Entwicklung an Zentralregierungsorgane weiterzureichen. Angebote der internationalen Zusammenarbeit werden bis zu einem gewissen Grad gerne angenommen, ohne dabei unangenehme Reformen und Ein-

¹⁰⁰ Nennenswert sind hier Kooperationen in jüngerer Zeit, wie die Teilnahme am Programm *Municipal Economic Development in the Danube Region* der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Im Projektzeitraum von 2007 bis 2012 wurden in diesem Programm – wie beim USAID-geförderten Programm MEGA – vorwiegend die neuen LED Büros unterstützt und ausgebildet (Interview AK 03).

¹⁰¹ Die empirischen Ergebnisse zu kommunaler Reformverwaltung von ŠEVIĆ (2005) identifizieren insbesondere eine generelle Trägheit serbischer Lokalverwaltungen bei der Implementierung von strukturellen Veränderungen. In seiner Analyse zur strategischen Planung lokaler Wirtschaftsentwicklung in der Vojvodina zeigt MIJAČIĆ (2011a), dass partizipative Ansätze zwischen der Privatwirtschaft und Vertretern der lokalen Selbstverwaltung stark unterrepräsentiert sind. Dies führt er zurück auf mangelndes Vertrauen beider Seiten und auf die starren Verfahren auf lokaler Ebene.

schnitte vorzunehmen. Verstärkt wird dies durch Nepotismus, Parteinetzwerke und mangelndes Management. Jene Phänomene prägen noch viele Verwaltungsstrukturen serbischer Kommunen.

Bečej und Knjaževac können somit als Beispiele für das Gros der weniger aktiven und „reformscheuen“ serbischen Kommunen gelten. Öffentliche Organisationen sind ohnehin traditionell hierarchischer und resistenter gegenüber Veränderungen. Dies gilt noch deutlicher für lokale Verwaltungen und gilt nach ŠEVIĆ (2005: 590) insbesondere für den Informationsaustausch in den öffentlichen Verwaltungen. Als Teil des sozialistischen Erbes gibt es mancherorts noch kaum eine Kultur der internen gemeindlichen Kommunikation. Die Aussage eines Interviewpartners in Bečej kann hierfür exemplarisch stehen. Obwohl er im lokalen Büro für wirtschaftliche Entwicklung angestellt sei, würden er und seine drei Kollegen des Büros über wirtschaftliche Entwicklungen in der Gemeinde meist über Bekannte oder die Lokalzeitung erfahren. Der Bürgermeister und sein Büro würden Informationen, z.B. über Investoreninteressen, bewusst aus wahlkampfaktischen Gründen zurückhalten (Interview AB 01).

2.3.2 Ausländische Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen

Die beschriebenen institutionellen Fortschritte der Kommune Indija gingen einher mit einem lokal begrenzten außergewöhnlichen ökonomischen Wachstum. Dieses war vorwiegend getragen von ausländischem Kapital und Direktinvestitionen mit dem Ziel der Unternehmensgründung. Diese Investitionsentwicklung wird im Folgenden dargelegt und den anderen untersuchten Kommunen gegenübergestellt.

Im Ringen um ausländisches Kapital und im Hinblick auf die interregionale Konkurrenz zu anderen Orten ist für kleinere und mittlere Städte und Kommunen die Anwerbung eines namhaften Investors oft oberstes Ziel der politischen Agenda. Schon allein die Präsenz eines transnationalen Konzerns kann zu veränderten Rahmenbedingungen vor Ort und verbesserten raumökonomischen Gründungsvoraussetzungen führen (z.B. KUTTENKEULER 2007). Zudem wird erwartet, dass solche Investoren weitere Engagements folgen lassen. Ganz allgemein reagieren wirtschaftliche Akteure bei ihren Standortentscheidungen interdependent auf andere Akteure und tendieren deshalb in vielen Fällen zur räumlichen Agglomeration (BRAUN & SCHULZ 2012: 57ff.; siehe auch Kap. B.2.2.2); obgleich Direktinvestitionsentscheidungen stets individuelle Unternehmensentscheidungen sind, die aus unterschiedlichsten Motivationen heraus getroffen werden können. Investoren handeln interdependent, da sie bestimmte Zeitpläne erfüllen wollen oder müssen. Ein Nachvollziehen bereits getätigter Investitionen renommierter Unternehmen erleichtert somit die Standortwahl. Gleichmaßen können ebenso, VAN DE LAAR & DE NEUBOURG

(2005) folgend, persönliche Eindrücke den Evaluations- und Suchaufwand erleichtern.

Überblick zur Investitionstätigkeit in den Kommunen

Die aktuelle Unternehmenslandschaft der Gemeinde Indija ist vorwiegend geprägt durch neue Engagements ausländischer Firmen und deren Gründungen von Tochtergesellschaften. Ausländische Direktinvestitionen flossen in jüngerer Zeit in den Neubau von Produktionswerken, sei es im Zuliefererbereich der Automobil-Industrie, in der chemischen Herstellung synthetischer Materialien oder in der Nahrungsmittelindustrie (Anhang Tab. 9). Zwischen den Jahren 2000 bis 2013 lassen sich insgesamt 26 relevante Direktinvestitionen¹⁰² aus unterschiedlichen Ländern nach Indija identifizieren. In 19 Fällen handelt es sich hierbei um Kapital zur Gründung neuer Unternehmen oder Produktionswerke an neuen Standorten (Greenfield-Investitionen), in zwei Fällen um Betriebsgründungen in der Industriebranche (Brownfield-Investitionen) und in vier Fällen um Reinvestitionen oder Rekapitalisierungen. Demgegenüber steht nur ein Unternehmenskauf im Rahmen einer Privatisierung. Insgesamt wurden – auf Grundlage der verfügbaren Daten – 356,5 Mio. Euro in der Gemeinde investiert. Was die Anzahl der hierdurch neugeschaffenen Arbeitsplätze und die Höhe der Investitionen angeht, ist Deutschland das wichtigste Herkunftsland dieser Geldflüsse. Allein 94,1 Mio. Euro der von 2000 bis 2013 eingehenden ADI stehen im Zusammenhang mit deutschen Firmen (Anhang Tab. 9).

Die beiden anderen Gemeinden waren im Vergleich dazu kaum im Fokus ausländischer Investoren. Im gleichen Zeitraum zog die Gemeinde Bečej lediglich 24 Mio. Euro Direktinvestitionen an. Allein 18 Mio. Euro entfielen dabei auf ein einzelnes Engagement. Neben dem Zufluss ausländischen Kapitals durch eine Privatisierung, gab es lediglich vier weitere nennenswerte Betriebsgründungen durch ADI – zwei davon auf der grünen Wiese und zwei in der Industriebranche (Anhang Tab. 8.). In der Gemeinde Knjaževac gab es seit 2000 überhaupt nur eine einzige ausländische Unternehmensgründung (eine Brownfield-Investition) und eine ausländische Übernahme durch Privatisierung (Kap. C.2.2.1; Anhang Tab. 10).

¹⁰² Die hier genannten Direktinvestitionen liegen entweder über einer Höhe von 0,5 Mio. Euro oder haben für die lokale Beschäftigung eine signifikante Bedeutung. Bei der Zusammenstellung der Direktinvestitionen wurden unterschiedliche Quellen zusammengeführt (Anhang Tab. 9).

Einschub: Standortwahl eines internationalen Investors in Serbien

Ein typischer Verlauf einer Standortwahl eines ausländischen Investors in Serbien (Abb. 32) bzw. die Beschreibung des Verfahrens von der ersten Kontaktaufnahme zur letztlichen Investitionsentscheidung an einem bestimmten Ort kann aufzeigen, an welchem Punkt die lokale Ebene überhaupt in der Lage ist auf eine Standortentscheidung eines großen transnationalen Konzerns einzuwirken.

Nach einem allgemeinen Screening verschiedener makroökonomischer Faktoren könnten für den interessierten Investor mehrere Länder in Südosteuropa in Frage kommen. Um sich über Investitions- und Standortmöglichkeiten in Serbien zu informieren, nimmt das Unternehmen entweder direkt mit Zentralorganen der serbischen Regierung Kontakt auf oder mit Vertretungen des eigenen Landes in Serbien, wie Botschaften oder Handelskammern. Letztlich werden all diese Anfragen an eine der beiden staatlichen Behörden für Investitionsförderung (*Serbia Investment and Export Promotion Agency*, kurz SIEPA, sowie *Vojvodina Investment Promotion*, kurz VIP) weitergeleitet. Sollten die Agenturen bereits mit dem Investor zusammengearbeitet oder eventuell über einen Messekontakt o.ä. bekannt sein, ist eine direkte Kontaktaufnahme denkbar. Nur in Einzelfällen bei bereits bestehenden Kontakten durch Unternehmenskooperationen etc. ist eine direkte Kontaktaufnahme eines international agierenden Unternehmens mit den lokalen Akteuren möglich, ohne den Umweg einer zwischengeschalteten staatlichen Agentur.

SIEPA ist dabei als Dienstleister für Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit in Serbien aufbauen bzw. ausbauen wollen, zu verstehen. Neben der Bereitstellung von Datenmaterial und der Unterstützung bei der rechtlichen Dokumentation gehören der Vorschlag und die Kontaktvermittlung zu potentiellen Standorten zu den Aufgaben der Behörde. Hierfür wird die hauseigene Datenbank aller Brownfield- und Greenfield-Investitionsmöglichkeiten genutzt. VIP hat, im Bereich der Investitionsförderung, als regionale Parallelagentur *de facto* die gleichen Zuständigkeiten und Betätigungsfelder, untersteht hierbei aber direkt der Provinzregierung der Vojvodina.

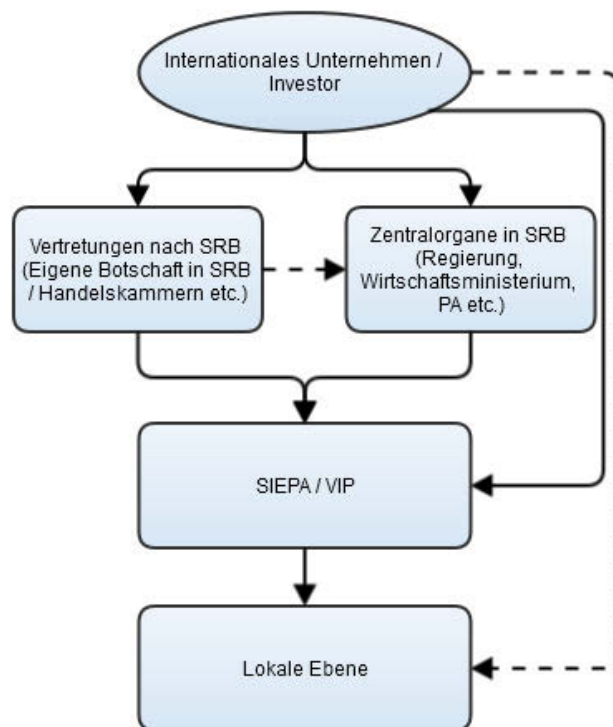


Abb. 32: Verlauf einer Kontaktaufnahme eines ausländischen Investors

SIEPA und VIP als staatliche Dienstleister befinden sich somit zum Zeitpunkt des Vorschlags von einzelnen Standorten meist noch im internationalen Wettbewerb um die Anwerbung des Investors. Der Investor soll in erster Linie nach Serbien geholt werden und dafür muss er mit guten Argumenten und Standortfaktoren überzeugt werden. Die Akteure der Agenturen geraten hierbei von Seiten lokaler Autoritäten erwartungsgemäß unter

Druck (Interview AA 02). Eine nicht nach den Anforderungskriterien des Investors ausgerichtete Bevorzugung bestimmter Standorte bei den Vorschlägen der Agentur ist dennoch nicht zu erwarten und auch wenig zielführend. Für die Agentur zählt letztlich nur das Zustandekommen einer Vermittlung zwischen dem Investor und einem Standort in Serbien. Nicht alle Kommunen hätten dabei Interesse mit den Investitionsförderungsagenturen zusammenzuarbeiten, so eine Mitarbeiterin der VIP (Interview AA 02). Die lokale Ebene ist im Verteilungskampf um Investoren in der Bringschuld und muss sich gegenüber den staatlichen Agenturen geschickt positionieren. Einige Gemeindevertreter trauen der Agentur hierbei keine faire Repräsentation ihres Standortes zu.

Nach den Aussagen zweier *FDI Advisor*, jeweils von VIP und SIEPA, seien Investitionsstandorte in der Gemeinde Indija deshalb besonders häufig Investoren vorgeschlagen worden, da es dort, neben der guten infrastrukturellen Ausstattung des Gewerbegebietes und der Nähe zum Korridor 10, eine proaktive Administration gab (Interviews AA 02 & AA 04). Noch deutlicher kommt der Vorteil einer effizienteren Verwaltung und einer aktiven Vermarktung zum Tragen, wenn der Standort in den direkten Wettbewerb mit anderen Standorten innerhalb des Landes tritt. Mit Hilfe der Vorschläge von SIEPA oder VIP wird – dem schematischen Beispiel folgend – der potentielle Investor einzelne Standorte zur Begutachtung vor Ort auswählen. Harte Standortfaktoren können hier ebenso den Ausschlag geben, wie persönliche Eindrücke des Investors.

„Die [VIP] haben innerhalb kürzester Zeit einige Standorte im Land angeboten. Unter anderem war Indija dabei. Nicht der günstigste Standort [...] Es gab auch Regionen in denen es eine höhere Arbeitslosenquote gab und wahrscheinlich auch die Personalkosten niedriger sein würden, als in Indija. Aber es gab dort auch einen Bürgermeister, der recht progressiv war. Auch die Datenleitungen und die gesamte infrastrukturelle Ausstattung konnte dort sehr schnell aufgebaut werden, beziehungsweise war zum Teil schon vorhanden“ (Interview UI 01).

Diese Aussage von Josef Hilmer, Geschäftsführer des deutschen Autozulieferers *IG Bauerhin*, dem größten Arbeitgeber in der Gemeinde Indija (Stand 2013), verdeutlicht die essentielle Bedeutung von persönlichen Eindrücken bei der letztendlichen Standortwahl. Innerhalb der stark limitierten Handlungsmöglichkeiten im „Verteilungskampf“ um Investoren sind diese weichen Faktoren für die Kommune einer der wenigen Ansatzpunkte. Glaubwürdige Zusagen zur infrastrukturellen Ausstattung gaben, genauso wie die Außendarstellung der Gemeinde, den Vorzug gegenüber anderen kostengünstigeren Standorten Serbiens.

„Investitions-Mekka“ Indija

In Interviews wurde die Investition des weltweit tätigen deutschen Unternehmens *Henkel* im Jahr 2006 für die prosperierende Investitionsentwicklung der Kommune besonders hervorgehoben (Interviews AI 01 & AI 02).

Die Investition von Henkel

Henkel war zwar nicht die erste ausländische Unternehmensgründung nach der demokratischen Wende. Im Jahr 2005 hatte bereits ein deutscher Zulieferer für *McDonalds*, der Fleischproduzent *Esca Food Solutions*, in Indija ein Werk

gegründet. Für die Gemeinde war das Engagement von *Henkel* aber von enormer Bedeutung und eine Initialzündung für den weiteren Weg zu einem lokalen „Investitions-Mekka“. Dies lag zum einen an der Höhe der Investition von über 50 Mio. Euro; zum anderen war *Henkel* die erste Neugründung, die sich im neuen Gewerbegebiet außerhalb der Stadt ansiedelte. Vermittelt wurde diese Investition durch VIP (damals noch VIP Fond). In der Gemeinde Indija sind sich die Akteure bewusst, dass die beste Werbung für den Investitionsstandort, die bereits ansässigen Unternehmen sind. Im Wettbewerb mit anderen serbischen Standorten um ausländische Engagements sei dies, gegenüber anderen von VIP oder SIEPA vorgeschlagenen Standorten, wichtig um sich abzugrenzen und dem Investor Sicherheit zu geben. Alle Detailfragen zu Genehmigungen und Dokumentation seien zunächst einmal sekundär (Interview AI 02). Für den lokalen Arbeitsmarkt hat *Henkel* allerdings in Indija nur eine geringe Bedeutung und beschäftigte bis zum Jahr 2012 durchgehend weniger als 50 Mitarbeiter am Standort. Bereits seit 2002 mit dem Kauf des Unternehmens *Merima* in Kruševac produzierte *Henkel* in Serbien. Der Grund für dieses ursprüngliche Engagement von *Henkel* in Serbien muss vorwiegend im Zugang zum serbischen Markt gesehen werden, da das aufgekaufte Unternehmen regionaler Marktführer bei der Waschmittelproduktion war. Mit der Investition in Indija im Jahr 2006 erweiterte *Henkel* seine Sparte in Serbien um technische Klebstoffe. Dabei wurden dem Konzern, neben staatlichen Anreizen, deutliche Vergünstigungen bei lokalen Steuern und dem Erwerb von Grund zugesprochen, die in diesem Umfang kommenden Investoren nicht gewährt wurden (Interview AI 02).¹⁰³

Die Investition von IG Bauerhin

Nach Investitionen in die Bauindustrie (*Martini Gradnja*, Italien), in den Stahlbau (*ThyssenKrupp*, Deutschland) und den Einzelhandel (*Merkator*, Slowenien) konnte mit *IG Bauerhin* im Jahr 2007 der erste Investor angelockt werden, der in größerem Umfang in Arbeitsplätze investierte. Der deutsche Automobilzulieferer *IG Bauerhin* produziert vor Ort Heizungssystemen für Kraftfahrzeugsitze

¹⁰³ Was hierbei die entscheidenden Faktoren für die Wahl des Standortes Indija gegenüber anderen südosteuropäischen oder serbischen Standorten waren, kann nur vermutet werden. Das Unternehmen war leider trotz mehrfacher Anfragen im Rahmen dieser Arbeit zu keinem Interview bereit.

in Form einer passiven Veredelung.¹⁰⁴ Dadurch kann ein Zugang zum serbischen Markt oder ein Zugang über Serbien zu anderen Märkten, wie Russland, nicht als Grund dieser Standortentscheidung gesehen werden. Steuerliche Vergünstigungen sowohl von staatlicher wie lokaler Seite spielten auf Nachfrage zu der Standortentscheidung von *IG Bauerhin* ebenfalls keine Rolle. Genauso habe die Tatsache, dass bereits renommierte Unternehmen – wie *Henkel* – vor Ort aktiv waren, die Entscheidung nicht entscheidend beeinflusst. Zudem sei der Standort unter der Vorauswahl der VIP nicht der kostengünstigste Standort gewesen (Interview UI 02).

Andererseits erwähnt der Geschäftsführer von *IG Bauerhin* im Interview explizit den positiven Eindruck, den er von der Gemeindeverwaltung und der lokalen Infrastruktur hatte. Maßgeblich für die Standortentscheidung sei zudem gewesen, dass in Inđija adäquate Produktionshallen bereits zur Verfügung standen. Das ursprüngliche Engagement von *IG Bauerhin* war eine Brownfield-Investition im ehemaligen Komplex des Textilkombinats *INTEX* im Ortsteil Beška. Zweck dieser ersten Investition war die zeitnahe Lösung von Kapazitätsproblemen aus den anderen osteuropäischen Werken von *IG Bauerhin*. Dem Unternehmen sei dabei eine reibungslose und schnelle Abwicklung bürokratischer Hürden glaubhaft versichert worden. (Interview UI 02). Diese erste Investition des Unternehmens diene somit der schnellen Entlastung von Unterkapazitäten an einem Standort mit kostengünstigen Bedingungen für eine arbeitsintensive Produktion. Sie war keinem langen internen Prüfverfahren unterworfen und demzufolge stark von persönlichen Eindrücken geprägt.

Ursprünglich war eine spätere Greenfield-Investition noch nicht geplant. Die spätere Entscheidung die Produktion in Inđija auszubauen und auf die grüne Wiese zu verlagern, wurde dann aufgrund der weiteren Zufriedenheit mit dem Standort, insbesondere hinsichtlich des Personals, der infrastrukturellen Ausstattung des Gewerbegebietes und der überregionalen Verkehrsanbindung, getroffen (Interview UI 01). Zu den bereits bestehenden rund 300 Beschäftigten des Unternehmens kamen durch die Greenfield-Investition im Jahr 2011 weitere 200 Mitarbeiter hinzu. Damit ist das Unternehmen der mit Abstand größte industrielle Arbeitgeber der Gemeinde Inđija (SBRA Register). *IG Bauerhin* ist dabei eine deutliche Entlastung für den lokalen Arbeitsmarkt. Ein Großteil der Beschäftigten sind ehemals erwerbslose Frauen mittleren Alters, die sonst

¹⁰⁴ Bei einem bilateralen Vertrag zur passiven Veredelung, kann das Unternehmen seine Ausgangsmaterialien in das Produktionsland (in diesem Fall Serbien) zollfrei liefern, dort fertigen/veredeln lassen und diese Produkt dann wieder zollfrei in das Ursprungsland einführen (KELLER et al. 2007: 372ff.). Das in Serbien gefertigte Produkt von *IG Bauerhin* wird somit von Deutschland aus verkauft und exportiert. Durch die passive Veredelung profitiert das Unternehmen in erster Linie von den niedrigen Produktionskosten Serbiens.

kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten (Interview AI 02). Beschäftigungsmöglichkeiten für höher qualifizierte Arbeiter sollen durch weitere Produktionsverlagerungen an den Standort noch folgen (Interview UI 01). Zusammengefasst wurde dieses Unternehmen durch das Engagement der VIP, dadurch, dass Indija sich bei dieser Agentur günstig im Portfolio positionierte, und durch die gute Außendarstellung der Kommune an den Standort „gelockt“. Dass *IG Bauerhin* seinen Produktionsstandort dort weiter ausbaute, ist durch die hervorragende Standortbedingungen zu erklären.¹⁰⁵

Weitere Investitionstätigkeit

In der Zwischenzeit war die Investitionstätigkeit in der Kommune unvermittelt weiter gegangen und der Pilgerstrom von Investoren riss in den kommenden Jahren nicht ab. Letzteres war auch nicht festzustellen, als ab 2008 im Zuge der weltweiten Finanzkrise und der europäischen Wirtschaftskrise die Investitionstätigkeit in Serbien insgesamt ins Stocken geriet (u.a. ŠABIĆ et al. 2012). Allein 17 größere ausländische Unternehmensgründungen sind für die Jahre 2007 bis 2012 dokumentiert (Anhang Tab. 9). Der Großteil der Investitionen nach Indija ging weiterhin in spezialisierte industrielle Produktionswerke¹⁰⁶ und bleibt gleichermaßen die vorwiegende Ausrichtung der kommunalen Investitionsanwerbung. Besonders zu erwähnende Investitionen der letzten Jahre – außerhalb der Industrieproduktion – sind der Bau eines Fashion Outlet Center, dem ersten seiner Art in Serbien, und die Planung und Errichtung eines IT-Parks (Kap. C.2.3.3).

Eine branchenspezifische Konzentration ist bei der Analyse aller einfließenden ADI der Kommune nicht festzustellen. Lokale Netzwerke von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern waren für die Investitionsentscheidung nicht von Bedeutung, so dass hier von keinem lokalen Cluster o.ä. gesprochen werden kann. Der Fall Indija zeichnet den Weg einer reinen Investitions-Destination nach, bei der die Standortbedingungen der Kosten und des Marktes, in Verbindung mit der Außendarstellung der Kommune und den „Verheißungen“

¹⁰⁵ Auf nicht-fallbezogene harte Standortvorteile, wie die Lage, die infrastrukturelle Anbindung und Grundstückspreise, wird in Kapitel C.3 noch eingegangen; ebenso auf lokale Anreize, wie Steuern, Subventionen und schnelle Genehmigungsverfahren.

¹⁰⁶ Im Mai 2013 eröffnete der dänische Industriepumpenhersteller *Grundfos* in der Kommune ein Werk mit geplanten 600 Arbeitskräften (Interview AI 02). Die zyprische Lebensmittelfirma *Kostas A Zacharia* errichtet auf der Industriebrache des ehemaligen Unternehmens *Ukus* seit September 2013 ein neues Werk. Hier ist ein weiterer Ausbau auf der grünen Wiese geplant (Indjija.net 05.09.2013). Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit war die Ankündigung, dass der indonesische Lebensmittelhersteller *Indofood* im Oktober 2013 Land für den Bau eines neuen Werkes gekauft hatte, die aktuellste Investitionsankündigung (eKapija 16.10.2013; Indjija.net 17.10.2013).

Teil einer zeitlich begrenzten ökonomischen Möglichkeit zu sein, den Ausschlag bei den Investitionsentscheidungen geben.

Bečej

Eine derartige Entwicklung bei den Auslands-Investitionen ist in den anderen beiden untersuchten Kommunen nicht einmal in Ansätzen zu erkennen. In Bečej zeigt sich dies nicht nur durch die geringere Zahl an ADI, sondern gerade in der Art der wenigen durch Direktinvestitionen getätigten Unternehmensgründungen bzw. -erweiterungen. In den letzten 10 Jahren flossen nach Bečej keine ausländischen Gelder aufgrund von Investitionsentscheidungen, die von SIEPA oder VIP vermittelt wurden und in denen lokale Faktoren wie administrative Abläufe, persönliche Eindrücke von der Effektivität der lokalen Verwaltung, verfügbare Industrieflächen oder die Infrastruktur eine besondere Rolle spielten. Konkret sind hier nur zwei ausländische Engagements zu nennen, die sich beide aus anderen Motiven heraus erklären lassen: das der *Linde AG* aus Deutschland und das von *Knott Autoflex* aus Ungarn (Anhang Tab. 8).

Die Investition von Linde

Die *Linde Gruppe* produziert in Bečej verschiedene technische Gase mit rund 90 Mitarbeitern (Stand 2012). Das Engagement des Konzerns begann bereits kurz nach der Marktöffnung im Jahr 2001 durch ein Joint Venture mit einem lokalen Gasunternehmen. Im weiteren Verlauf sicherte sich Linde weitere Anteile, bis sie Hauptanteilseigner dieses Unternehmens wurden. Gleichzeitig investierte das Unternehmen in den Ausbau des Standortes und konnte so den Umsatz zwischen 2004 und 2011 mehr als verdoppeln (SBRA Register; Interview UB 01). Die Marktposition sei für Linde zum Zeitpunkt der ersten Direktinvestitionsentscheidung schwierig gewesen, so der Interviewpartner. Das deutsche Konkurrenzunternehmen *Messer* hatte sich bereits während der Milošević-Zeit an dem staatlichen jugoslawischen Gasanbieter *Technogas* beteiligt und hatte damit fast eine Monopolstellung in Serbien inne. *Linde* strebte bei seiner Investition vorrangig die Präsenz auf dem serbischen Markt an. Dass sie hierbei nach Bečej gingen, lag nach Auskunft des derzeitigen Direktors von *Linde Gas Serbia* – auch wenn dieser in die ursprüngliche Standortentscheidung nicht involviert war – hauptsächlich an der lokal bereits vorhandenen CO₂-Anlage (Interview UB 01). Eine solche, rein marktorientierte horizontale Direktinvestition ist auf eine räumliche Dezentralisierung der Produktion und der Distribution angelegt, während die lokale Produktionseinheit weiter unmittelbar dem deutschen Mutterkonzern unterstellt bleibt.

Die Investition von Knott Autoflex

Die Gründung des serbischen Ablegers von *Knott Autoflex* in Bečej ist aus persönlichen Kontakten innerhalb des ehemaligen großen Autozulieferers vor Ort, dem Unternehmen *Fadip* (Kap. C.1.2.1), zu erklären. Der Produzent von Anhängern für Kraftfahrzeuge *Knott Autoflex*, Mitglied der deutschen *Knott Gruppe*, hat seinen Hauptsitz im ungarischen Kecskemét. Das Unternehmen in Bečej startete zunächst als reines Handelsunternehmen. Ein Mitarbeiter des Kombinats *Fadip* hatte schon in den späten 1980er Jahren über einen Bekannten bei *Autoflex*, den er über Geschäftsbeziehungen durch *Fadip* kannte, Handelsbeziehung mit der ungarischen Firma aufgebaut. Aus diesem Handelsunternehmen ging dann letztlich die Greenfield-Investition von *Autoflex* im Jahr 2003 und der Start einer eigenen Produktion hervor (Interview UB 03). Das Unternehmen hat am Standort Bečej reinvestiert, seine Produktion weiter ausgebaut und das ortsansässige Unternehmen *Motorflex-Remont*, eine Kfz-Werkstatt, aufgekauft. Im Jahr 2011 waren in den beiden Betrieben zusammengenommen rund 220 Mitarbeiter beschäftigt (SBRA Register). Einige dieser Mitarbeiter sind nach Unternehmensauskunft ehemalige Mitarbeiter von *Fadip*. Bei *Knott Autoflex* würden zwar andere Produkte hergestellt, man sei aber in der gleichen Branche und könne die Fähigkeiten und Erfahrungen diese Arbeitskräfte nutzen (Interview UB 03). Dieses Engagement ist demnach auf persönliche Bindungen aus jugoslawisch-sozialistischer Zeit, Erfahrungen in der Autozuliefererbranche und auf die Verfügbarkeit von ausgebildeten Arbeitskräften zurückzuführen.

Knjaževac

Neben der Privatisierung der Schuhfabrik *Leda* durch den italienischen Hersteller *Falc* im Jahr 2004 (Kap. C.2.2.1), gibt es in der Gemeinde Knjaževac seit 2000 nur eine einzige nennenswerte ADI und damit nur eine ausländische Investition mit dem Ziel der industriellen Unternehmensgründung. In einer ehemaligen Anlage des Kombinats *Tina* produziert die slowenische Firma *Peko*

seit Ende 2011 Schuhe.¹⁰⁷ Nach Unternehmensangaben ist geplant, dort rund 300 Mitarbeiter zu beschäftigen (Interview UK 04).

Einordnung der Investitionsentwicklungen

In den ersten Jahren nach dem politischen Umbruch 2000 war die ausländische Investitionstätigkeit zur Unternehmensgründung in Serbien vorwiegend auf die Zentren beschränkt. Klein- und Mittelstädte konnten erst mit einer gewissen Verzögerung das Interesse ausländischer Investoren anziehen (Kap. B.2.2). In der Folge findet sich eine klare Aufteilung der Gemeinden in „attraktive“ und „unattraktive“ ökonomische Möglichkeiten. Dies ist generell nicht überraschend; in dem tatsächlichen Ausmaß allerdings bemerkenswert.

Gerade im Hinblick der Zahl an Investitionen ist die Gemeinde Indija in Serbien ein absoluter Sonderfall.¹⁰⁸ Dennoch muss festgehalten werden, dass die Investitionsanwerbungen in Indija nicht die gewünschten Beschäftigungseffekte erzielten. Gegenüber den einfließenden Investitionen, dem Wachstum des Gemeindebudgets (Kap. C.3.2) und der allgemeinen Lohnsteigerung blieb der Zuwachs an Beschäftigung deutlich zurück. Im Jahr 2012 beschäftigten neben *IG Bauerhin* alle anderen ausländischen Unternehmen vor Ort jeweils unter 100 Mitarbeiter (SBRA Register). Vorwiegend dient den Unternehmen Indija als Standort um den regionalen oder überregionalen Markt mit spezialisierten Produkten und Vorleistungsprodukten zu beliefern.

2.3.3 Fallstudie *Reorganisation*: Programmierer für Indija

Seit Mitte der 2000er Jahre hatte die Gemeinde Indija erfolgreich Investitionen im produzierenden Sektor angeworben. Diese Entwicklung hält weiter an. Hinzu kamen in jüngerer Zeit verstärkt Direktinvestitionen in den tertiären bzw.

¹⁰⁷ Besonders brisant an diesem Fall ist, dass sich das slowenische Mutterunternehmen selbst in lang bekannten finanziellen Schwierigkeiten befindet (The Slovenia Times 21.04.2013). Letztlich könnten diese Probleme den erneuten Abzug des Investors zur Folge haben; genauso könnten aber aus Kostengründen weitere Produktionskapazitäten nach Knjaževac verlagert werden. Auch wenn die Eröffnung des neuen *Peko*-Werkes von Seiten der Planer, Politiker und Akteure der internationalen Zusammenarbeit naturgemäß als *success story* verkauft wird (Interview AK 03; GIZ 2012), sollte diese Direktinvestition vor dem Hintergrund einer drohenden Insolvenz des Investors kritisch beurteilt werden, insbesondere im Hinblick auf die staatliche Subventionen mit der die Unternehmung vom serbischen Staat – trotz großer Unsicherheiten – gefördert wird.

¹⁰⁸ Ähnliche Entwicklungen wie in Indija lassen sich unter den kleineren und mittleren Städten Serbiens am ehesten noch in Pećinci finden (Kap. B.2.2.2). Die insgesamt nur knapp 20.000 Einwohner zählende Gemeinde nahe Belgrad konnte seit 2002 etwa 130 Mio. Euro ADI durch sechs ausländische Investitionen verbuchen (NALED Investment Database).

quartären Bereich. Explizit sind hier zwei „Leuchtturmprojekte“ zu nennen: Zum einen gibt es dort seit 2012 das erste und einzige Factory-Outlet-Center in Serbien; zum anderen entsteht dort der erste IT-Park Serbiens. Letzterer ist sogar der erste Technologie-Park dieser Art auf dem gesamten Westbalkan und zudem das erste Engagement des Investors in Europa.

Ziel des IT-Park-Konzeptes ist es, nach eigenen Angaben, wissensbasierten Unternehmen hochspezialisierte Büroflächen anzubieten und ein förderliches Umfeld für Technologieentwicklung und Innovation zu schaffen (Embassy Techzones: www.embassytechzones.rs). Der Investor, die indische *Embassy Group*, ist hierbei Projektentwickler, Bauträger und Immobilienunternehmen.¹⁰⁹

Die Standortfindung von *Embassy* lässt sich vereinfacht folgendermaßen darstellen. Die Immobiliengesellschaft trat im Rahmen ihrer strategischen Investitions-Vorüberlegungen an SIEPA heran. Auf Grundlage der eingegrenzten Standortkriterien wurden für eine mögliche Investition fünf Kommunen¹¹⁰ von der Agentur vorgeschlagen. Dies zeigt erneut die Bedeutung für die lokale Ebene sich bei der nationalen Agentur für Investitionsförderung günstig im Portfolio zu positionieren.

Laut dem leitenden Manager dieser Projektentwicklung habe sich Indija gegenüber den anderen vorgeschlagenen Gemeinden besser präsentieren können (Interview UI 02). Wiederum ist hierin die Proaktivität und das hervorragende Standortmarketing Indijas zu erkennen. Dass der Investitionsstandort durch die *Financial Times* gewürdigt wurde, habe zudem das Interesse an diesem Standort verstärkt und der Investor habe das Gefühl bekommen hier an einer großen ökonomischen Möglichkeit partizipieren zu können (Interview UI 02).

Die letzte Investitionsentscheidung erfolgte zugleich aufgrund umfassender Prüfungen weiterer Markt- und Standortkriterien. Mit der Lage zwischen Belgrad und Novi Sad befinden sich viele mögliche Klienten des IT-Sektors sowie qualifizierte Arbeitskräfte in unmittelbarer Erreichbarkeit. Beide Städte besitzen gut aufgestellte technische Universitäten und andere Ausbil-

¹⁰⁹ Bei ähnlichen Projekten dieser Art sind in wirtschaftlich besser gestellten Kontexten oftmals öffentliche Träger direkt oder in einer öffentlich-privaten Partnerschaft an den ausführenden Immobiliengesellschaften beteiligt. Die Entwicklung solcher Projekte wird somit stark subventioniert. Beispiele aus Deutschland sind der IT-Park Saarland und das Technologie- und Gründerzentrum *aiti-Park* in Augsburg. Im vorliegenden Fall des IT-Parks Indija handelt es sich hingegen um eine reine strategische ADI der *Embassy Group*.

¹¹⁰ Diese waren Indija, Sremska Mitrovica (ebenfalls in der Nähe von Belgrad und Novi Sad), Subotica (an der Grenze zu Ungarn) und zwei Standorte in Ost- bzw. Südostserbien, Vranje und Zaječar (Interview UI 02).

dungsinstitute mit denen Kooperationen im Rahmen von Ausbildungsprogrammen angestrebt würden (Interview UI 02). Zudem sind weitergehende Produktionsverlagerungen multinationaler Konzernen im IT-Bereich, durch die vorteilhafte Kombination von qualifizierten Fachkräften und niedrigen Löhnen, zur erwarten. Vom Projektentwickler *Embassy Group* werden vor Ort zwar selbst kaum Arbeitskräfte geschaffen, strategische Überlegungen zur Qualität und Quantität des Arbeitskräfteangebots spielen für das Unternehmen jedoch eine wesentliche Rolle, da sich daraus potentielle Engagements ihrer Klienten ableiten lassen.



Abb. 33: Ansicht des ersten Gebäudekomplexes des IT-Parks Indija (eigene Aufnahme 22.11.2013)

Neben der Außendarstellung der Verwaltung, der Nähe zu Kunden und Fachkräften und der verkehrsinfrastrukturellen Anbindung durch die Autobahn und den Flughafen Belgrad, war die Energieversorgung ein weiterer entscheidender Faktor dieser Investition. Indija konnte, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen in Serbien und Südosteuropa, eine sehr gute infrastrukturelle Ausstattung seines Gewerbegebietes vorweisen sowie hohe Energiesicherheit bieten und damit den konstanten Energiebedarf des Parks garantieren (Interview UI 02). Die serbischen Energiekosten liegen dabei im europaweiten Vergleich aufgrund umfassender staatlicher Subventionierung am unteren Ende der Skala (World Bank 2014: 12; BDEW 26.11.2013). Laut dem Interviewpartner seien diese Kosten bei einer solch energieintensiven Unternehmung maßgeblicher für die Standortwahl als das vor Ort übliche Lohnniveau (Interview UI 02).

Zum Ende des Jahre 2013 wurde der erste Gebäudekomplex des IT-Parks fertiggestellt (Abb. 33). Die Pläne für den weiteren Ausbau des IT-Parks sind äußerst ambitioniert und bis weit in Zukunft bereits skizziert (Abb. 34). Die

Entwicklung soll in mehreren Phasen stattfinden. Die Flächen für schrittweise Erweiterungen sind hierbei bereits durch die Kommune übereignet (Interview UI 02). In der vollständigen Form könnte sich dort als IT-Knotenpunkt Südosteuropas eine „Cyber-City“ entwickeln. Der Langzeitplan der Immobilienfirma sieht einen Ausbau auf bis zu 25.000 Arbeitsplätze auf einer Bürofläche von etwa 250.000m² vor. In den derzeitig errichteten Immobilien (Stand Nov/2013) können nach dem vollständigen Innenausbau rund 2.000 Personen eine Beschäftigung auf einer Bürofläche von 25.000m² finden (Interview UI 02). Zukünftige Investitionserweiterungen sind allein von der Marktentwicklung und Nachfrage abhängig und dies wird so auch offen von Investorensseite vermittelt. Nach dem Generaldirektor der *Embassy Group*, Abteilung Techzones IT-Parks, werde zunächst der erste Gebäudekomplex in Betrieb genommen und erst dann weitere Investitionsentscheidungen getroffen (eKapija 22.11.2013). Erste Mieter werden dort im März 2014 erwartet. Allein ein einzelner Kunde – ein multinationaler Konzern mit einer Dependence in Novi Sad – würde planen in den nächsten fünf bis acht Jahren zwischen 10.000 bis 15.000 Arbeiter am IT-Park zu beschäftigen. Dieses Unternehmen ist nach der Inbetriebnahme der größte Kunde am Standort und gleichzeitig eine mögliche treibende Kraft für einen Ausbau des Parks (eKapija, 22.11.2013; Interview UI 02).

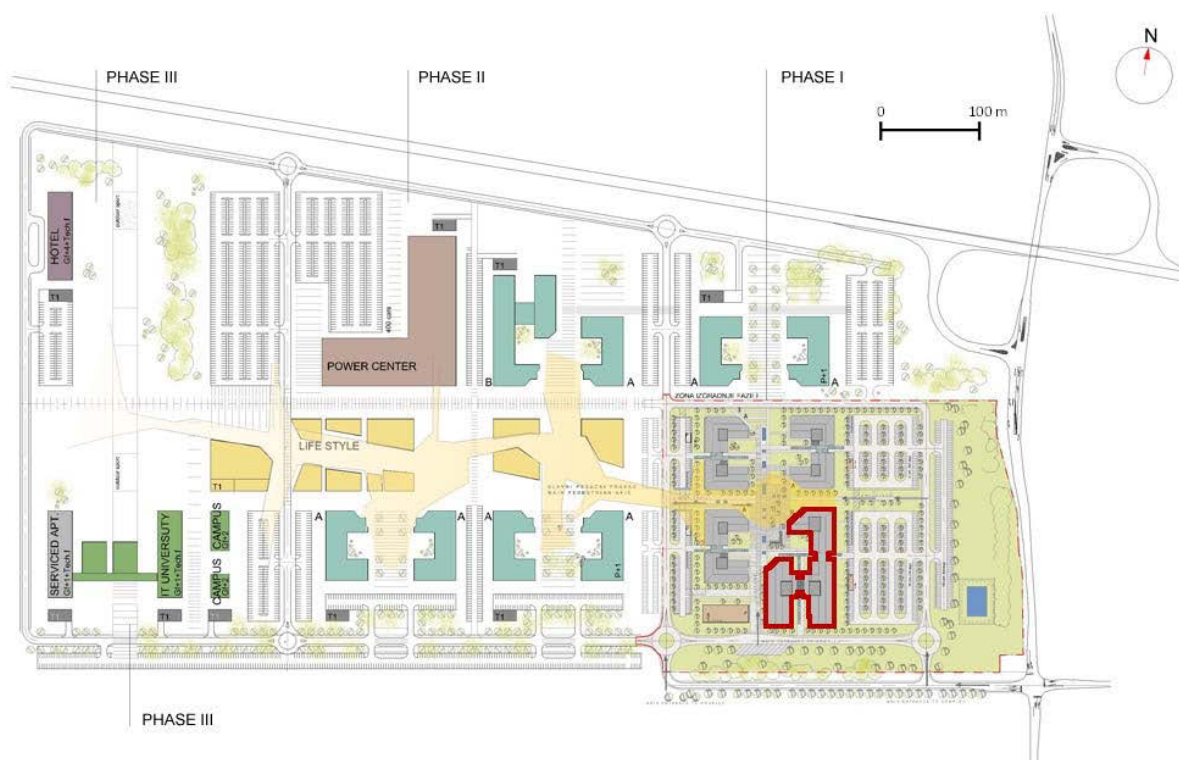


Abb. 34: Planungseinteilung in Bauphasen; markiert ist der Ende 2013 fertiggestellte erste Gebäudekomplex der ersten Phase (verändert nach <http://www.embassytechzones.rs/it-business-park-indjija/phasing/>)

Der Erfolg des IT-Parks Indija würde einen weiteren Entwicklungsschub für die Kommune bedeuten und die wirtschaftliche Marschrichtung von einer Investitionsdestination des verarbeitenden Sektors hin zu einem Standort von hochspezialisierten Dienstleistungen vorgeben. Die Zeichen hierfür stehen aufgrund der Geschäftsbedingungen der Kommune, seiner Lage zwischen Novi Sad und Belgrad und aufgrund globaler Trends äußerst gut. Dass wissensbasierte Wirtschaftsbereiche in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und Südosteuropas zunehmend an Bedeutung gewinnen, erscheint vollkommen logisch und wird von unterschiedlicher Seite schon länger so formuliert (z.B.: RADENKOVIĆ et al. 2014; BURDACK & LANGE 2011; ŠVOB-ĐOKIĆ 2005). Konkrete Untersuchungen oder Daten zu diesem Trend finden sich jedoch insgesamt wenig und für Serbien so gut wie gar nicht. Wie überall konzentrieren sich Arbeitsplätze dieser Branchen in den großen Städten.¹¹¹ Die Stadt Indija, obwohl nicht im administrativen Bezirk Belgrad, kann durch ihre Nähe zur Hauptstadt von diesem Arbeitskräfteangebot profitieren (Interview UI 02).

Anfang des Jahres 2014 wurde bekannt, dass der Bau eines IT-Park ähnlicher Größenordnung in Zagreb beschlossen wurde (eKapija, 15.01.2014). Dies könnte den Wunsch der indischen Betreiber untergraben Indija zu dem Knotenpunkt der IT-Branche in Südosteuropa auszubauen. Grundsätzlich spricht jedoch die Tatsache, dass nun in anderen Orten und Ländern der Region ebenfalls ähnliche Projekte verwirklicht werden eher für die positive Entwicklung und das hohe Potential des IT-Sektors auf dem Westbalkan, als für eine Verschärfung der Konkurrenz oder gar einen unreflektierten Aktionismus der Akteure.

Solche Investitionen sind darüber hinaus vor dem Hintergrund des globalen Trends des Offshoring und Offshore-Outsourcing von IT-Aufgaben zu beurteilen. Durch die Standardisierung vieler IT-Prozesse und den weltweiten Zugang zu Breitbandtechnologien sind im IT-Bereich umfassende Betriebsauslagerungen möglich. Der Fachkräftemangel dieser Branche, das hohe Lohnniveau und die hohen Energiekosten in den westlichen Staaten lassen sich durch Auslagerungen in Regionen wie Südosteuropa umgehen. Auch von planerischer und amtlicher serbischer Seite ist dieses Potential erkannt. Die serbischen Investitionsförderungsagenturen haben die Informations- und Kommunikationstechnologie-Branche explizit als eine der Investitions-Schlüsselindustrien aufgenommen. Nach Stand September 2012 hat die Vojvodina Investment Promotion Agency, VIP, neben der Landwirtschaft, und der Automobilindustrie

¹¹¹ In Serbien entfielen zum Jahr 2012 etwa ein Drittel aller in rechtlichen Einheiten beschäftigten Personen auf den Bezirk Belgrad; im Informations- und Kommunikationssektor waren es sogar 58% aller serbischen Beschäftigten (SORS Database).

lediglich den IT-Sektor als weiteren strategischen Zielsektor ausgewiesen (Interview AA 02).

2.3.4 Endogene Unternehmensgründungen

Die transformatorischen und post-transformatorischen Wachstumsdynamiken des privatwirtschaftlichen Sektors, die sich aus ausländischer Direktinvestitionstätigkeit ergeben, sind nur auf wenige attraktive Orte beschränkt. Räumliche Selektivität kommt hier voll zum Tragen. Im Gegensatz hierzu ist das privatwirtschaftliche Wachstum aus endogenen Unternehmensgründungen wesentlich weniger von einer Einteilung in regional und lokal divergente ökonomische Möglichkeiten abhängig. Die Motive für die Gründung können hier ganz anders gelagert sein.

Oft ist Arbeitslosigkeit und der Mangel an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten die ausschlaggebende Motivation (Kap. C.2.2.3). Ebenso kann eine günstige Gelegenheit mit begrenztem Kapital etwas aufzubauen und hierbei seine woanders erworbenen Fähigkeiten oder Kontakte zu nutzen, die Gründungsentscheidung positiv beeinflussen (GÖLER 2007b, 2012). Insbesondere reduzieren jedoch die sozio-institutionelle lokale Eingebundenheit (*embeddedness*) des Gründers (GRANOVETTER 2001; BATHOLT & GLÜCKLER 2012: 230ff.) bzw. dessen lokalen Netzwerkbeziehungen (GRABHER & STARK 1997: 68f.) Unsicherheiten und Risiken der Gründung.

Einschub: Verlauf der Gründungsdynamik im Transformationskontext

Nach ESTRIN et al. (2006: 699f., 708ff.) beeinflusst schon allein der Verlauf der Transformation die Gründungsdynamik. Generell kann eine hohe Gründungstätigkeit sowohl Zeichen einer prosperierenden, als auch Zeichen einer degradierenden Volkswirtschaft bzw. eines ökonomischen Umbruchs sein. In einem idealtypischen Transformationsverlauf (Abb. 36) schnellte die Zahl der Unternehmen, und dabei insbesondere der privaten Kleinunternehmen, mit dem Wegfall der planwirtschaftlichen Schranken zügig in die Höhe und pendelt sich dann, nach einer gewissen Ausdünnung nicht-erfolgreicher Unternehmenskonzepte, auf einem deutlich niedrigeren Niveau ein. Erst nach einer gewissen Zeit der Stabilisierung und makroökonomischen Konsolidierung setzt erneut ein Anstieg der Unternehmenszahlen ein (GÖLER 2007b: 26ff.).

In Serbien stellt sich die Situation etwas anders dar, was wiederum auf die besonderen Ausgangsbedingungen und die verzögerte Transformation Serbiens zurückzuführen ist. Zum einen bestand in jugoslawischer Zeit – wie schon mehrfach erläutert – die Möglichkeit privatwirtschaftlicher Tätigkeit nachzugehen. Die Initialzündung einer plötzlichen marktwirtschaftlichen Freiheit, wie in anderen post-sozialistischen Staaten, fehlt demnach. Ein starker Anstieg der Gründungsintensität und der Selbstständigkeit war somit noch nicht unmittelbar mit dem Zerfall des Staates im Jahre 1991 feststellbar, sondern erst in den Jahren 1992/93 (Abb. 35). Diese Dynamik ist in Serbien mit den krisenhaften Umständen dieser Zeit, mit den internationalen Sanktionen, dem Einbruch der Beschäftigung und dem Mangel an alternativen

Erwerbsmöglichkeiten verbunden und damit in erster Linie nicht mit neuen rechtlichen Möglichkeiten. Die Embargos der internationalen Gemeinschaft trieben Gründungen gerade in den Bereichen des Handels an. Die mangelnde Versorgungssicherheit wurde durch eine Vielzahl an Einzel- und Kleinunternehmen bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen. Zu diesem registrierten Anstieg der Unternehmungen gesellte sich noch eine nicht zu beziffernde Zahl an informell tätigen „Quasi-Unternehmer“, die durch Schmuggel und ähnliche Tätigkeiten ebenfalls Versorgungsengpässe ausgleichen.

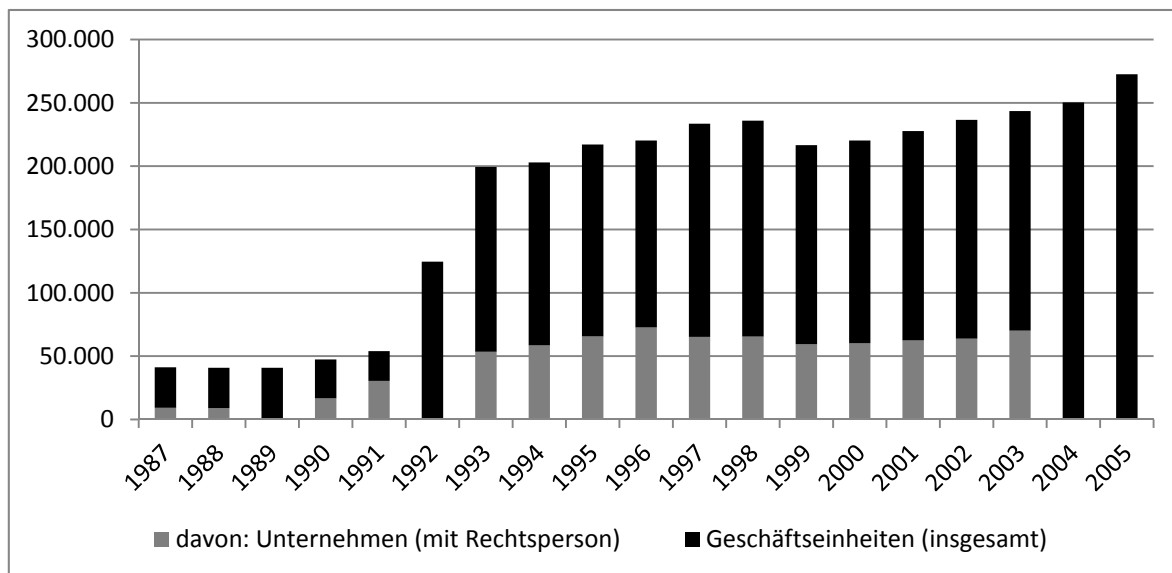


Abb. 35: Anzahl aller registrierten Geschäftseinheiten (Unternehmen mit einer Rechtspersönlichkeit und Einzelunternehmer/Selbständige) (Daten: Statistički godišnjak SR Srbije / Srbije verschiedene Jahrgänge)

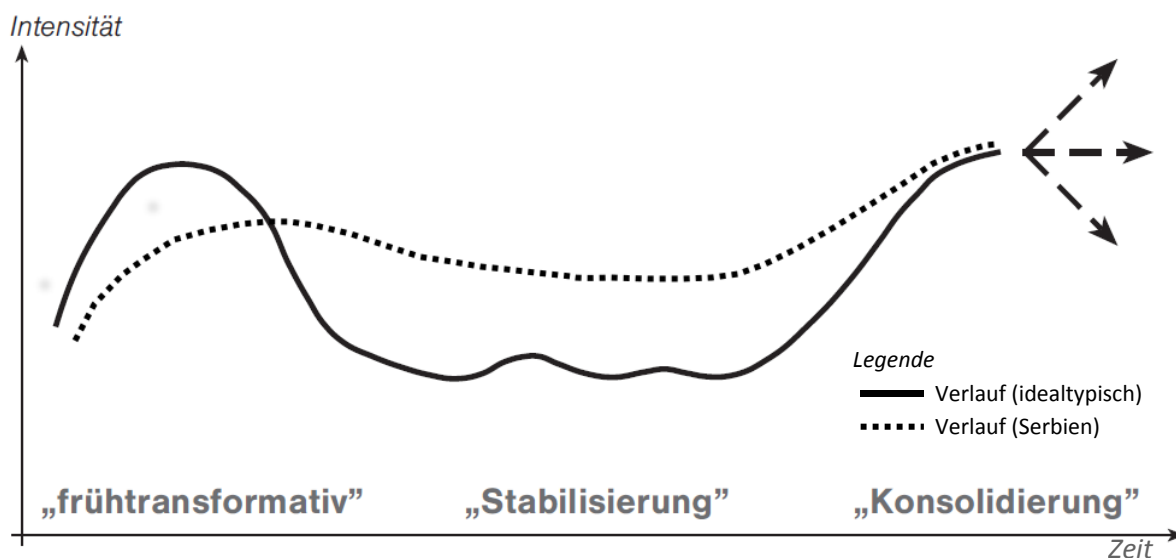


Abb. 36: Idealtypische Darstellung der postsozialistischen Gründungsdynamik und schematisch für den serbischen Fall (verändert nach GÖLER 2007b: 27).

Die Zahl der Unternehmer nahm in Serbien im Zeitverlauf aber nicht wieder ab, wie dies typischerweise zu erwarten wäre (Abb. 36). Die strukturell langanhaltende Krise hielt den Anreiz für Kleinunternehmenschaft das ganze Jahrzehnt der 1990er konstant aufrecht. Selbst wenn in dieser Zeit Geschäfte aufgrund mangelnden Erfolges aufgegeben wurden, kam eine

mindestens genauso hohe Zahl neugegründeter Unternehmungen hinzu. Ebenfalls nicht unüblich war, gerade in den frühen 1990er Jahren, die Gründung gleich mehrerer Unternehmen durch eine Person. Die Gründungstätigkeit blieb so im frühtransformativen Stadium stecken. Der anhaltende ökonomische Niedergang des Landes wirkte dabei als stetige Erneuerung der Gründungsanreize. So fand eine Stabilisierung der Unternehmerzahlen in Serbien auf einem höheren Niveau statt.

Nach dem demokratischen Umsturz im Herbst 2000 zog dann die Zahl der Betriebsgründungen noch einmal deutlich an. Dieser Anstieg war erneut deutlich auf Einzelunternehmer zurückzuführen (Abb. 35). Mit Verzögerung stiegen dann ebenso die Zahlen von Unternehmen mit Rechtspersönlichkeit. 2003 gab es in Serbien noch lediglich 70.178 Unternehmen (ohne Einzelunternehmer); 2007 waren es 77.464 und 2011 schon 84.690 Unternehmen (SORS Database). Seit 2008 sind dabei erstmals die Zahlen der Einzelunternehmer, und nicht die der Unternehmen, wieder leicht rückläufig (Kap. C.2.2.3; Abb. 28). Dies kann – wenngleich stark verzögert – als Konsolidierungseffekt der Unternehmenslandschaft gesehen werden. Insgesamt hat sich so die transformatorische Gründungsdynamik in Serbien über einen wesentlich längeren Zeitraum vollzogen, als in anderen Transformationsverläufen Europas.

Standortwahl und Gründertypen

Die Standortfindungen endogener Unternehmensgründungen folgen grundsätzlich einer anderen Logik als Unternehmensgründungen durch ausländische Direktinvestitionen. Als Standort der Gründung wird bevorzugt ein Ort ausgewählt, an welchem der Gründer ein persönliches und institutionelles Netzwerk besitzt (nach BATHOLT & GLÜCKLER 2012: 230ff.). Meist ist dies der Herkunftsort des Gründers. Oft spielen zudem die Erfahrungen und beruflichen Qualifikationen und eine eventuell vorgeschaltete Migrationsgeschichte des Gründers eine wichtige Rolle (u.a. NICHOLSON 2004: 881f.; GÖLER 2011). Das heißt allerdings nicht, dass eine solche Standortwahl nicht ein sorgfältiger unternehmerischer Entscheidungsprozess anhand klassischer Standortkriterien vorangeht (GÖLER 2007b: 34). Aufgrund der anders gelagerten Gewichtung von Standortfaktoren eines endogenen Gründers im Vergleich mit einem ausländischen Investor fällt der Vergleich der Untersuchungskommunen hier deutlich anders aus.

Endogene Gründungen bzw. Ausgründungen können auf den Qualifikationen und Erfahrungen beruhen, die in den großen lokalen Kombinatn dieser Branchen erworbenen wurden. Genauso wurden institutionelle Netzwerke und Sozialkapital aus der Zeit vor 1991 und aus der Zeit der 1990er-Jahre genutzt. Leitende Angestellte der ehemaligen lokalen Kombinate können so ihre transnationale Vertriebs- und Vermarktungsnetzwerke, nach dem Zusammenbruch der lokalen Industrie, in einen neuen Kontext stellen und erhalten dadurch eine re-kombinierte Kapitalbasis ihrer Neugründung. Solche Gründungen tragen nach der Typisierung von GÖLER (2007b: 185) die Merkmale des Gründertyps des „Übernehmers und „Re-Kombinierers“ (in Anlehnung an STARK 1994). Sie

stehen dabei in Verbindung zu einer transformationsbedingten Neubewertung des vorhandenen Geld- oder Sozialkapitals.

Weitere typische Gründertypen, die auch in den untersuchten Gemeinden identifiziert wurden, sind „primäre Gründer“ und „kumulative Gründer“. Primäre Gründungen sind meist Neugründungen mit wenigen Mitarbeitern, begrenzten Ressourcen und hohem Risikoeinsatz. Bei kumulativen Gründern ist der Erfolg der ersten Unternehmung die Basis für weitere Unternehmungen; häufig in völlig unterschiedlichen Branchen (GÖLER 2007b: 185).

Fallstudien aus Knjaževac

Besonders interessant ist die Entwicklung des KMU-Sektors in der Gemeinde Knjaževac. Bei gleichzeitigem Mangel an ausländischen Investitionen und ausländischen Unternehmensgründungen, haben sich hier eine ganze Reihe endogener Existenzgründungen im Bereich der Textil- und insbesondere der Schuhindustrie vollzogen. Die neue Herausbildung eines lokalen KMU-Sektors stellt das Spezifikum der transformatorischen Anpassung der Kommune Knjaževac dar. Diese Ausrichtung der kleineren und mittleren Unternehmen in Knjaževac wird im Folgenden durch Fallstudien verdeutlicht.

Fallstudie: Vom Re-Kombinierer zum kumulativen Gründer

Das erste Beispiel bezieht sich auf einen typischen Fall von Re-Kombinierung individueller Ressourcen einer lokalen Unternehmerfamilie, deren Mitglieder zwei mittelgroße Unternehmen (mit jeweils rund 130 Mitarbeitern) in der Kommune aufgebaut haben. Der Vater dieser Familie war bereits in jugoslawischer Zeit im Management des Schuhkombinats *Leda* tätig gewesen. Mit Beginn der Handelsembargos 1992 arbeitete dieser nun für westlich Firmen, die vor den Sanktionen in Makedonien und Serbien produziert hatten (Interview UK 01). Mit dem aus diesen Tätigkeiten erworbenes Kapital eröffnete er bereits 1998 zusammen mit einem lokalen Geschäftspartner ein Möbelunternehmen, das heute vorwiegend Holzstühle produziert. Der Standort Knjaževac hätte, laut Angaben des Unternehmers, schlicht aus „Heimatverbundenheit“ gegenüber anderen Standorten den Ausschlag gegeben (Interview UK 03).

Im Jahr 2004 gründete der Unternehmer, zusammen mit dem gleichen Geschäftspartner, einen Betrieb in der Schuhherstellung, dem ursprünglichen Feld seiner beruflichen Qualifikation. Nur wenige Zeit später übertrug er die Eigentümerschaft und die Geschäftsführung an seinem Sohn (Interview UK 01). Die lokale Einbettung war zwar auch hier der ausschlaggebende Faktor der Investitionsentscheidung. Dennoch lässt sich daraus nicht schließen, dass der Gründung nicht eine ausreichende Prüfung der Standortkriterien voranging. Für Knjaževac habe gesprochen, dass das Lohnniveau hier – gerade im gesamt-

serbischen Vergleich – relativ niedrig sei und dass der Ort eine lange Tradition in dieser Branche habe und damit grundlegende Produktions- und Arbeitsabläufe bekannt seien (Interview UK 01).

Dieser Fall zeigt Merkmale eines Re-Kombinierers, der im weiteren Verlauf mit dem Erfolg und der finanziellen Absicherung des ersten Geschäftsmodells zu einem kumulativen Gründer (nach GÖLER 2007b) wurde. Durchweg spielten dabei das lokale Netzwerk und die Herkunft des Gründers eine Rolle. Eine vorgeschaltete Emigration war, durch das hierbei erworbenes Kapital und Wissen, ebenso ein wichtiger Faktor für die Existenzgründung. Dabei handelte es sich nicht um eine typische Migrationsgeschichte eines Gastarbeiters oder um ein Beispiel eines primären Gründers, der mit begrenzten Mitteln eine Gelegenheit für eine kleine Existenzgründung wahrnahm. Der Gründer konnte auf umfangreiches Sozial- und Geldkapital zurückgreifen und dadurch von Anfang an eine Unternehmung in größerem Umfang starten.

Zulieferer für Falc East

Insgesamt hat sich in Knjaževac eine lokal begrenzte und branchenspezifische Ballung einer arbeitsintensiven Fertigung, der Schuhherstellung, herausgebildet. In diesem „Mikro-Cluster“ kommt dem Unternehmen *Falc East* eine zentrale Netzwerkposition zu. Der lokale Großbetrieb der Schuhherstellung bezieht Teile seine Unterkapazitäten von kleineren Zuliefererbetrieben aus der unmittelbaren und erweiterten Region (Interview UK 02). Insbesondere entstanden auf dem Gelände des ehemaligen Kombinats Leda, das größtenteils vom Nachfolgebetrieb *Falc East* übernommen wurde, in den dortigen industriellen Brachflächen neue kleinere und mittlere Schuhproduzenten. Diese agieren einerseits als Subunternehmer für *Falc East* und andererseits beliefern diese direkt internationale Markenhersteller (Interviews UK 02 & UK 05).

Beispielhaft kann hier der Fall einer primären Existenzgründung aufgeführt werden. Dieses Start-Up steht weniger in Verbindung mit einer transformationsbedingten Neuausrichtung, sondern zeigt die hohe Risikoakzeptanz und das unternehmerische Geschick des Jungunternehmers innerhalb seiner limitierten Ressourcen. Zu Beginn startete dieser mit geringer maschineller Ausstattung und nur vier Mitarbeitern. Mittlerweile und nach nur wenigen Jahren nach der Gründung sind mehr als einhundert Mitarbeiter dort beschäftigt. Die technische Ausstattung des Betriebes kann für die Branche als modern beschrieben werden. Neben der Zulieferung an *Falc East*, ist der Betrieb hauptsächlich als Subunternehmer für einen Zulieferer an eine italienische Luxusmarke tätig. Dieser betreibt eine arbeitsintensive Lohnfertigung, bei der alle Rohmaterialien vom Auftraggeber zugeliefert werden und nur die Endfertigung vor Ort stattfindet. Durch die zwischengeschalteten Subunternehmen ist die Gewinnmarge

des Unternehmens zusätzlich sehr beschränkt. Dennoch könne man, so der Unternehmer, in einem solchen Lohngeschäft durch die Spezialisierung auf Schuhe des Hochpreissegments wesentlich bessere Margen erzielen, als bei einer Standardproduktion (Interview UK 05).

Textilproduzenten

Zudem finden sich in Knjaževac noch einige Beispiele kleinerer Textilproduzenten (Interviews UK 06, UK 07 & UK 08; siehe auch Kap. C.2.1.3). Diese scheinen jedoch lokal untereinander weniger vernetzt und organisiert zu sein. Hier fehlt, im Gegensatz zu den Schuhherstellern, die Zugkraft eines lokalen Großbetriebes.

Situation der KMUs in Indija

Aus der privatwirtschaftlichen Tradition Indijas (Kap. C.1.2.3 & C.2.2.3) ergeben sich dort ausreichend Gründungsanreize für Unternehmen kleinerer und mittlerer Größe. Die positive Entwicklung der Gemeinde Indija, die getragen wird durch die hohe Summe an Auslandsinvestitionen (Kap. C.2.3.2), wird durch endogene Gründungen, sowie Spin-offs anderer serbischer Unternehmen, unterstützt. Die lokalen Beispiele im KMU-Sektor reflektieren dabei die lokale bzw. regionale Tradition in der Metall- und Plastikproduktion. Industrielle Neugründungen ohne ausländische Beteiligungen sind dabei vorwiegend in Geschäftsfeldern tätig, die von dieser Vergangenheit profitieren können. Zu ihren Produkten gehören z.B. spezialisierte Gummi- und Plastikteile, Verpackungen, Geräte und Systeme der Energieversorgung, Aluminiumfassaden, andere Produkte der Metallverarbeitung und Produkte der Lebensmittelindustrie.

Fazit

Insgesamt können die Gemeinden Knjaževac und Indija einen im regionalen Kontext, und im Gegensatz zur Kommune Bečej¹¹², durchaus entwickelten KMU-Sektor vorweisen. In Knjaževac ist die Entstehung dieser Unternehmen als ein neues Phänomen der transformatorischen Periode zu verstehen. In Indija steht das Vorhandensein kleinerer und mittlerer Unternehmen nicht nur in Verbindung mit transformatorischen und post-transformatorischen Veränderung, sondern ist mitunter als Fortsetzung des lokalen Wirtschaftens aus vor-transformatorischer Zeit zu verstehen. Auch in der Branchenstruktur der KMU unterscheiden sich die beiden Kommunen völlig. In Indija führt eine ver-

¹¹² In der Kommune Bečej finden sich abgesehen von der Gründungsgeschichte des Unternehmens Knott Autoflex (Kap. C.2.3.2) keine relevanten Beispiele endogener industrieller Unternehmensgründungen.

gleichsweise spezialisierte Produktion zu einer weitaus höheren lokalen Wertschöpfung und Lohngenerierung.

In der Schuh- und Bekleidungsherstellung in Knjaževac betreiben viele Unternehmen als Subunternehmer reine Lohngeschäfte; teilweise arbeiten diese nur saisonal um Unterkapazitäten ihrer Auftraggeber auszugleichen. Das Lohnniveau ist dort niedrig und trotz einer arbeitsintensiven Produktion haben diese Unternehmen eine zu schwache Wirkung auf die lokale Beschäftigung. Zudem sind solche Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Arbeitnehmer trotz massiver Jugendarbeitslosigkeit kaum interessant und kein Faktor um die Abwanderung junger Arbeitskräfte aus der Kommune zu stoppen. Nichtsdestotrotz sollte der Kompensationseffekt des lokalen KMU-Sektors nach dem Niedergang der Großbetriebe nicht zu gering eingeschätzt werden.

2.4 Zwischenfazit

Die Krise der 1990er Jahre führte in allen Kommunen zu Degradierungserscheinungen. Besonders umfassend traf es jedoch die lokale Industrie in Knjaževac. Obwohl die endgültige Schließung der meisten örtlichen Kombinate erst nach 2000 erfolgte, so ist deren Niedergang doch direkte Folge des vorangegangenen „Ausblutens“ der Betriebe, der Modernisierungsversäumnisse und des Verlustes der Absatzmärkte. Im Vergleich der drei Untersuchungsgemeinden war die Industriestruktur in Bečej noch vergleichsweise widerstandsfähig gegenüber den Schocks und strukturellen Krisen dieser Zeit. Die lokale Agro-Industrie hatte strategische Bedeutung hinsichtlich der Versorgungssicherheit und konnte sich gleichzeitig auf den serbischen Absatzmarkt konzentrieren.

Die Deindustrialisierung einhergehend mit dem Anstieg von Arbeitslosigkeit bzw. Zwangsurlaub und ausbleibenden Löhnen ließen zudem in allen Kommunen die Bedeutung der individuellen privaten Tätigkeit anwachsen. In Knjaževac bedeutete dies oftmals – vor allem in den 1990er Jahren – ein Rückzug in die private Landwirtschaft, die früher eventuell nur als Nebenerwerb betrieben wurde. Bei Inđija war dies häufiger ein Rückzug in Kleinstunternehmenschaft im Handwerk oder dem Dienstleistungsbereich.

Traditionelle Wirtschaftsmuster und unterschiedliche transformatorische Veränderungen führten gleichermaßen zu unterschiedliche Voraussetzungen für das lokale Gründungsgeschehen. Betriebsgründungen einheimischer Unternehmer waren in Inđija in Bereichen angesiedelt in denen berufliche Qualifikationen, technisches Wissen und Innovationen den Erfolg der Unternehmung bestimmten. Der lokale KMU-Sektor konnte dabei auf eine lange vor-transformatorische Tradition privatwirtschaftlicher Tätigkeit im Handwerk und produzierenden Bereich aufbauen. In Knjaževac ist die Branchenausrichtung

der Gründungen ebenfalls durch die Vorprägungen aus sozialistischer Zeit erklärbar. Doch die Verlagerung weg von den großen gemeinschaftlichen Kombinat hin zu kleinen und mittleren Unternehmen ist hier klar als transformatorisches und post-transformatorisches Phänomen zu sehen. Private Tätigkeit in kleinen Betrieben gehörte dort nicht zu den Merkmalen der marktsozialistischen lokalen Betriebsgrößenstruktur und trat erst mit dem Niedergang der dortigen Großbetriebe auf. Die Schuhherstellung ist im KMU-Bereich in Knjaževac dominant und lokal produktionsorganisatorisch vernetzt.

In der Gemeinde Bečej sind gegenüber den anderen beiden Kommunen wenig kleinere und mittlere Unternehmen des produzierenden Sektors angesiedelt. Schon traditionell war dort private Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft wenig bedeutend. Zudem war und blieb das Wirtschaften vom Unternehmensgeflecht des lokalen Agro-Industrie-Kombinats geprägt. Insgesamt zeigt Bečej somit die geringsten strukturellen Veränderungen (in der Art der Unternehmen, wie in der Branchenstruktur) der drei ausgewählten Kommunen.

Die Auseinanderentwicklung der Gemeinden offenbart sich am deutlichsten in Betriebsgründungen durch ausländische Direktinvestitionen. Während sich Indija in jüngerer Zeit zu einer der erfolgreichsten serbischen Investitions-Destinationen entwickelte, blieben die anderen untersuchten Gemeinden bei der Anwerbung von ADI – wie die große Masse der serbischen Gemeinden – weit zurück. Diese Investitionsentwicklung war nur durch das positive Zusammenspiel einer ganzen Reihe von Faktoren möglich. Sie lässt sich auf individuelle Akteure als treibende Kräfte, auf den proaktiven Zugang der Gemeindeverwaltung, auf ein offensives Standortmarketing und auf nicht von der Gemeinde zu beeinflussende „glückliche“ Investitionsentscheidungen zurückführen. Vorteilhaft für die Kommune war überdies, dass es vor Ort durch viele Erfahrungen in der Privatwirtschaft eine ausgeprägte Wirtschaftskultur gab und, dass lokalpolitisch, weniger und nicht so lange als in anderen Gemeinden, die Hinterlassenschaften aus fehlgeschlagenen Privatisierungen Vorrang hatten.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung von Indija ist zudem nur unter der Voraussetzung der günstigen Standortbedingungen sowie der geographischen Lage im Gravitationsfeld Belgrads denkbar. Solche Faktoren liegen auf der Hand und wurden im Laufe dieser Arbeit schon mehrfach direkt oder indirekt erwähnt. Das folgende Kapitel 3 fasst verschiedenartigen lokalen Standortfaktoren, wie Geschäftsklimata und lokale Infrastruktur zusammen.

3 Mikrostandorte

Die Ausführungen dieses Kapitels verzichten auf historische Entwicklungsbegründungen, die bereits Hauptbestandteil der vorangegangenen Ausführungen waren. Vielmehr werden die spezifischen lokalen Standortbedingungen der Untersuchungsorte analysiert.

3.1 Geschäftsklima

Die Entwicklungen seit der demokratischen Revolution 2000 führten in Serbien ganz allgemein zu deutlichen Verbesserungen des unternehmerischen Geschäftsumfeldes (Kap. B.1.3.2). Die Standortwahl eines strategischen Investors stützt sich zudem, neben makroökonomische Faktoren, auf das lokale Geschäftsklima des möglichen Standortes. Durch gutes Marketing, kommunale Dienstleistungen und vertrauenswürdige Zusagen kann sich eine Kommune gegenüber anderen besser positionieren. Außerdem können direkte und indirekte finanzielle Investitionsanreize von Seiten der Kommune den letztlich Ausschlag geben. So erhalten viele Investoren neben den staatlichen Subventionen zusätzlich Vergünstigungen auf der lokalen Ebene. Viele Kommunen gewähren Nachlässe auf die lokal zu entrichtenden Unternehmenssteuern, meist in Form von Steuerbefreiungen für eine bestimmte Zahl an Jahren. Was Unternehmen an lokalen Investitionsanreizen ausschlagen können, ist jedoch weniger von lokalen Faktoren abhängig, sondern von Fall zu Fall unterschiedlich und spielt sich im direkten Aushandlungsprozess zwischen der Kommune und dem Investor ab.

*Mikroumfelder*¹¹³

Eine aktive Unterstützung durch die Kommunen wird hingegen von den Unternehmensgründern – insbesondere ausländischen Investoren – stets erwartet. Der Fall der Kommune Indija konnte zeigen, dass neben der Verfügbarkeit von Flächen und der Bereitstellung der benötigten Infrastruktur, insbesondere die schnelle und effektive Verwaltung als positives Merkmal des lokalen Geschäftsumfeldes gesehen wurde (Kap. C.2.3.1 & C.2.3.2).

In Serbien können sich gerade Baugenehmigungsverfahren enorm in die Länge ziehen. International agierende Investoren, die schnell auf Marktverän-

¹¹³ Die hier vorgenommene qualitative Beurteilung der Mikroumfelder der drei Untersuchungskommunen ist als eigene Einschätzung zu verstehen. Diese stützt sich, neben den bereits beschriebenen Ergebnissen, auf weitere Interviewaussagen und auf Antworten von Unternehmensvertretern aus einem Fragebogen. In statistischer Hinsicht lassen sich die einzelnen Punkte des Fragebogens aufgrund geringer Fallzahlen nicht auswerten. Hinweise zu den lokalen Geschäftsumfeldern lassen sich daraus jedoch entnehmen bzw. bestätigen die eigene Beurteilung.

derungen reagieren müssen, schrecken solche Bedingungen ab. Laut Daten der Weltbank sind in Serbien 18 Verfahren für den Bau einer Lagerhalle abzuwickeln; die durchschnittliche Zeit diese zu errichten betrug 269 Tage. Mit diesem Wert liegt Serbien auf Rang 153 von insgesamt 182 untersuchten Staaten¹¹⁴ (Stand 2012, World DataBank). Grundsätzlich sind natürlich die rechtlichen Rahmenbedingungen in Indija die gleichen wie in anderen serbischen Kommunen. Jedoch schöpft die Kommune die eigenen Möglichkeiten bei der Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren voll aus. Anträge werden dort von der Verwaltung bereits vorgefertigt bzw. dem Investor als kommunale Dienstleistung abgenommen (Interview AA 07 & AI 02). Um Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, würden nach Aussagen von Akteuren der lokalen Verwaltung, mitunter unkonventionelle Wege eingeschlagen. So würden z.B. auf der Adresse des Wirtschaftsentwicklungsbüros neue Unternehmen registriert – noch bevor diese ein Grundstück und Anlage auf dem Gemeindegebiet hätten – um bereits nächste Verfahrensschritte einleiten zu können (Interviews AI 01 & AI 02).

Ähnlich verhält es sich bei der Bereitstellung infrastruktureller Grunddienste an Unternehmensgründer. Durch ein gut ausgestattetes Gewerbegebiet kann Indija die nötigen Anschlüsse entweder direkt bereitstellen oder eine schnelle Einrichtung garantieren (Interview UI 02; Abb. 40). Die Bereitstellung solcher Grunddienste ist andernorts oft noch ein Entwicklungshemmnis. Stromausfälle, starke Spannungsschwankungen und der Anschluss ans Stromnetz stellen in einigen serbischen Orten immer noch ein generelles Problem dar (World Bank 2014: 12). Nach den Daten der Weltbank beträgt die durchschnittliche Zeit für einen Anschluss an die elektrische Versorgung in Serbien 131 Tage; damit liegt das Land auf Rang 134 von 184¹¹⁵ (Stand 2012, World DataBank). Ein Unternehmer in Knjaževac nahm explizit auf die instabile Stromversorgung vor Ort Bezug. Dies würde ihn davon abhalten weiter in die Modernisierung und Technisierung seines Werkes zu investieren (Interview UK 01). Im krassen Gegensatz hierzu steht das Beispiel des IT-Parks in Indija (Kap. C.2.3.3). Ein Hauptgrund für die Standortwahl der indischen *Embassy Group* war, dass die Kommune die hohen Anforderungen der Energieversorgungssicherheit garantieren konnte.

¹¹⁴ Zum Vergleich: Deutschland liegt hier mit 97 Tagen auf Rang 33. Von den Transformationsstaaten Südosteuropas lagen Rumänien, Moldawien und Kroatien noch hinter dem serbischen Wert.

¹¹⁵ Zum Vergleich: Deutschland liegt hier mit 17 Tagen auf Platz 1. Einige südosteuropäische postsozialistische Länder liegen hier sogar noch hinter Serbien; nämlich Moldawien, Makedonien, Albanien, Rumänien und Ungarn.

Gerade im Kontext eines europäischen Staates, wie Serbien, der beim Ausbau und der Pflege seiner Straßen- und Schienennetzes erheblichen Entwicklungsrückstand hat, spielt zudem die verkehrsinfrastrukturelle Anbindung eine zentrale Rolle. Die wenigen gut ausgebauten Verbindungsstrecken sind dabei umso mehr von Bedeutung; während schlechte infrastrukturelle Anbindung die Peripherität eines Ortes unterstreicht. Die Stadt Indija liegt geographisch-strategisch günstig zwischen Novi Sad und Belgrad an den beiden Hauptverbindungsachsen des Landes – den Autobahnen E75¹¹⁶ und E70¹¹⁷. Die Stadt Bečej hat über die Staatstraße 3 ebenfalls einen gut ausgebauten Zugang zur Autobahn E75 (in 27km Entfernung) und damit zum europäischen Straßennetz. Die verkehrsinfrastrukturelle Anbindung von Knjaževac grenzt sich von den anderen untersuchten Kommunen ab. Aufgrund der gebirgigen Topographie und dem Zustand der Straßen muss hier allein für die Anbindung nach Niš und an die Autobahn E75 eine Fahrzeit von mehr als einer Stunde in Kauf genommen werden.

Meinungsbild lokaler Unternehmer zum Geschäftsumfeld

Die beschriebenen Faktoren prägen das lokale Geschäftsklima und die diesbezügliche Beurteilung der Akteure. Anhand einer Fragebogenerhebung im Rahmen der vorliegenden Studie lässt sich das Meinungsbild der lokalen Unternehmensvertreter zum Geschäftsumfeld analysieren (Abb. 37). Politische und institutionelle Rahmenbedingungen für das Wirtschaften der Unternehmen standen dabei im Zentrum der Befragung. Bewertet wurde dabei das Geschäftsumfeld in der jeweiligen Kommune und in Serbien insgesamt. Die in dieser Netzgrafik dargestellten Werte sind aufgrund der niedrigen Zahl an auswertbaren Fragebögen (n) als Hinweise zum Meinungsbild der lokalen Unternehmerschaft zu verstehen. Diese decken sich jedoch exakt mit denen aus Interviews gewonnenen Erkenntnissen.

¹¹⁶ Diese ist Teil der transnationalen Verkehrsrouten des paneuropäischen Korridors 10, der Mitteleuropa über Südosteuropa mit dem Vorderen Orient verbindet. Die strategische Bedeutung dieser Verbindung wird stets von offizieller Seite betont und deren wirtschaftliche Bedeutung zeigt sich insbesondere an den einfließenden ausländischen Direktinvestitionen (Kap. B.2.2.2). Zudem befindet sich Indija an der zentralen Eisenbahnverbindung des Landes (*SEETO Rail Corridor 10*), die sich am paneuropäischen Korridor 10 orientiert. Insgesamt leidet das serbische Schienennetz jedoch unter lange verpassten Instandhaltungen und Modernisierungen, was zusätzlich die Bedeutung der zentralen Straßenverbindungen erhöht.

¹¹⁷ Die Autobahn E70 gilt ebenfalls als Zweig des Paneuropäischen Korridor 10. Diese Achse trifft aus Kroatien kommend nahe Belgrad auf die E75.

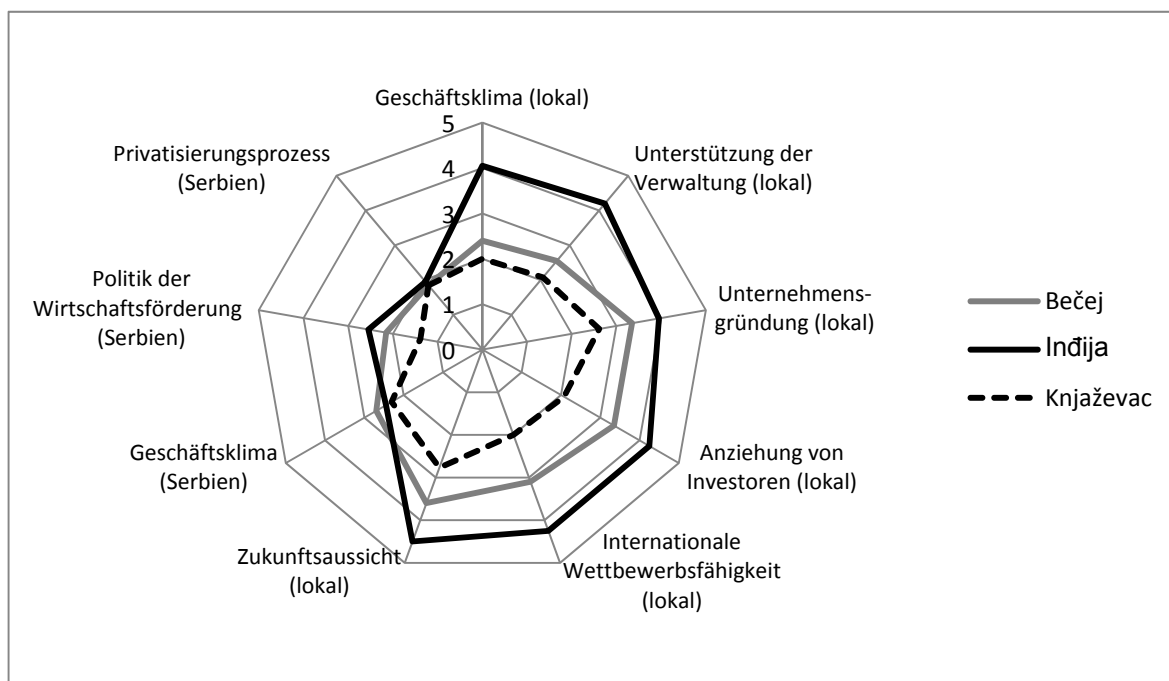


Abb. 37: Bewertungen des Geschäftsklimas (lokal und national) durch die jeweiligen Vertreter der lokalen Unternehmen in den drei Untersuchungsgemeinden (Bečej n=10; Inđija n=20; Knjaževac n=13).

Vertreter lokaler Unternehmen waren aufgefordert verschiedene Fragen zum lokalen Geschäftsklima vor Ort und zum Geschäftsumfeld in ganz Serbien auf einer Skala von 1 bis 5 zu bewerten, wobei 5 die beste Bewertung darstellt.¹¹⁸ Bewertet wurde (1.) das Geschäftsklima in der Kommune allgemein, (2.) die Unterstützung der kommunalen Verwaltung in allgemeinen Geschäftsangelegenheiten, (3.) die lokalen Rahmenbedingungen zum Zweck einer Unternehmensgründung, (4.) die Fähigkeiten der Kommune ausländische Investoren anzuwerben, (5.) die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Geschäftsstandortes, (6.) die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven der Kommune, (7.) das Geschäftsklima in Serbien allgemein, (8.) die Wirtschaftsförderungspolitik des serbischen Staates seit 2002 und (9.) der serbische Privatisierungsprozess seit 2002.

Das aus diesen Bewertungen entstehende Meinungsbild offenbart zwei Tendenzen. Erstens wird bei der Beurteilung klar zwischen der lokalen und der nationalen Ebene unterschieden; zweitens werden die lokalen Geschäftsumfelder je nach Standort deutlich anders beurteilt. Die Befragten differenzieren demnach deutlich zwischen den lokalen Bedingungen sowie Möglichkeiten und der gesamtstaatlichen wirtschaftlichen Marschrichtung. Dies ist zwar in seiner Tendenz wenig überraschend, die Klarheit mit der die Unternehmer bei diesen

¹¹⁸ Diese Bewertungsskala orientiert sich an dem serbischen Schulnotensystem.

Fragen differenziert haben hingegen schon. Dies zeigt eine hohe Reflexion der Akteure hinsichtlich der Beurteilung der lokalen Situation.

Die Bewertungen der gesamtstaatlichen Faktoren sind in allen Kommunen deckungsgleich. Die nationale Situation wird unabhängig vom Standort sehr ähnlich wahrgenommen. Nur bei der Frage der staatlichen Wirtschaftsförderung weicht das Meinungsbild zwischen den lokalen Unternehmern etwas ab. In Knjaževac wird dieser Punkt schlechter bewertet als in den anderen beiden Gemeinden.¹¹⁹

In Knjaževac ist zudem, im Gegensatz zu den anderen Standorten, keine so eindeutig unterschiedliche Beurteilung der staatlichen und lokalen Ebene erkennbar. Es wäre zu vermuten gewesen, dass die Unternehmen das Geschäftsumfeld in Knjaževac, einem peripheren Standort, sogar geringer einschätzen als auf gesamtstaatlicher Ebene. Doch muss hierbei bedacht werden, dass dieses Meinungsbild auch die generelle Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen widerspiegelt. Dieses Misstrauen ist in Serbien durch den vielfachen Missbrauch staatlicher Gewalt und die Degradierung wirtschaftlicher Normen in den letzten Jahrzehnten besonders ausgeprägt.

In den Kommunen Indija und Bečej wird die lokale Situation tendenziell besser eingeschätzt als die nationale Wirtschaftspolitik bzw. Rahmenbedingungen. In Indija ist diese Tendenz sogar sehr deutlich gegeben. Hier wird die lokale Situation als wesentlich vorteilhafter wahrgenommen als das gesamtstaatliche Umfeld und deutlich positiver bewertet als in den anderen Kommunen. Am stärksten klaffen die Beurteilungen zwischen Indija und den beiden anderen Kommunen bei den Fragen nach dem allgemeinen Geschäftsklima und der Unterstützung durch die Verwaltung auseinander. Generell wurde in Interviews und Gesprächen in allen Kommunen mehrfach die Bedeutung von funktionierenden Lokalverwaltungen für die wirtschaftliche Entwicklung betont. Die Akteure sind sich der kommunalen Aufgabe der Wirtschaftsförderung also durchaus bewusst und bewerten diesen Punkt dementsprechend differenziert.

Deutliche Unterschiede zwischen allen drei Kommunen herrschen ferner bei den Fragen zur Internationalität der Kommunen. Hier ist ebenfalls Indija deutlich vorne; bereits belegt durch die vielen ausländischen Handelspartner und ausländische Investoren, die vor Ort aktiv sind. In Relation zu den anderen jeweilig abgegebenen Bewertungen wurden in Knjaževac und Bečej die lokalen

¹¹⁹ Diese Tendenz lässt sich dadurch erklären, dass peripherere Regionen sich generell von staatlichen Fördermaßnahmen vernachlässigt „fühlen“ bzw. in wirtschaftlichen Aufholprozessen tatsächlich vernachlässigt werden.

Voraussetzungen für Unternehmensgründungen eher positiv gesehen. Diese Tendenz zeigt die in Kapitel C.2.3.4 beschriebenen transformationstypischen Gründungsanreize an.

Ebenso sollte nicht unerwähnt bleiben, dass in allen Kommunen die wirtschaftliche lokale Zukunftsperspektive die beste Bewertung aller Fragen bekam. Auch in Knjaževac, wo insgesamt die Situation eher negativ beurteilt wird, wurden die Entwicklungsaussichten der Kommune immerhin mit einer 2,8 bewertet. In Gesprächen und Interviews war in Knjaževac oftmals eine gewisse Aufbruchsstimmung zu spüren. Nach jahrzehntelanger stetiger Marginalisierung und vor dem Hintergrund der Entwicklung des lokalen KMU-Sektors besteht dort die Hoffnung, dass die ökonomische Talsohle erreicht wurde.

3.2 Divergente Entwicklungen der Gemeindebudgets

Letztlich ist zu erwarten, dass sich ein insgesamt positiv bewertetes Geschäftsumfeld in gewissem Umfang auf den Zustrom von Investitionen, auf Unternehmensgründungen und die wirtschaftliche Lage insgesamt auswirkt, wie dies bei Indija der Fall war. Da Einkommenssteuern durchweg den wichtigsten Posten der kommunalen Budgets darstellten (Word Bank 2013: 23f.), wirkt sich die Arbeitsmarktsituation unmittelbar und deutlich auf die kommunalen Haushalte bzw. die Entwicklung der Pro-Kopf-Gemeindeeinnahmen aus (Abb. 38). Generell spiegelt die Entwicklung der kommunalen Budgets dabei die wirtschaftliche Erholung des Landes wider. Hauptquelle der Steigerungen ist die Zunahme von Einkommenssteuern durch gestiegene Löhne.

Auseinanderentwicklung finanzieller Möglichkeiten

Die laufenden jährlichen Gemeindeeinnahmen offenbaren die Auseinanderentwicklung der untersuchten Kommunen. In den 1990er Jahren lagen die Pro-Kopf-Gemeindeeinnahmen von Indija auf niedrigem Niveau noch hinter Bečej und nur knapp über dem von Knjaževac. Nach 2003 begannen die Einnahmen deutlich stärker zu wachsen als in den anderen beiden Kommunen. Zwischen 2002 und 2008 stiegen die kommunalen Einnahmen nach umgerechnetem nominalen Dollar-Wechselkurs in Indija um das nahezu 5-fache; in Knjaževac und Bečej fielen die Zugewinne mit einer nur knapp mehr als 3-fachen Steigerung wesentlich moderater aus. Diese Zeitspanne beschreibt die Phase in der Indija bereits seine Verbesserungen der lokalen Gewerbestruktur und des Arbeitsmarktes realisieren konnte. Zudem hat Indija durch seine ohnehin hohe und in diesem Zeitraum ansteigende Zahl an selbständig Beschäftigten (Abb. 28) einen besser aufgestellten Haushalt. Einkommensbesteuerungen aus Selbständigkeit werden im Gegensatz zu Lohnsteuern aus Angestelltenverhältnissen in vollem Umfang dem kommunalen Haushalt

zugeführt (World Bank 2013: 16). Dass sich Inđija, als klein- bis mittelstädtisch geprägte Kommune, auf dem durchschnittlichen Niveau von Serbien bewegt, ist durchaus bemerkenswert.¹²⁰

Nach 2008 verzeichnen alle Kommunen einen starken Rückgang der Einnahmen.¹²¹ Dieser ist dabei auf steigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen geringeren Einkommenssteuern, auf die geringere Nachfrage nach kommunalen Dienstleistungen und auf einen Rückgang bzw. Stagnation anderer lokaler Sätze wie Grundsteuer und Landnutzungsgebühren zurückzuführen. Hauptsächlich resultieren die Einschnitte aber aus den reduzierten Schlüsselzuweisungen des Staates. Die serbischen Autoritäten reagierten schnell auf die Finanzkrise in Form eines fiskalen Anpassungspaketes, das vom IWF unterstützt wurde und ab 2009 Kürzungen der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen beinhaltete¹²² (World Bank 2013: 11, 17).

Kumulative Verstärkung

Die Finanzen der Kommunen befinden sich in einer starken Abhängigkeit von den in der Kommune erwirtschafteten Einkommen. Nach einer Gesetzesänderung von 2011 ist diese Bedeutung noch einmal deutlich angestiegen. Der kommunale Anteil der zentralstaatlich erhobenen Lohnsteuer wurde dabei von 40 auf 80% erhöht. Ausgeglichen wurde dieser Zugewinn erneut durch Kürzungen bei den Schlüsselzuweisungen (World Bank 2013: 25). Die Pro-Kopf-Einnahmen für 2011 (Abb. 38) deuten bereits an, dass durch diese Änderungen insgesamt mehr Geld an die Kommunen ausgeschüttet wird. Andererseits dürfte diese Änderung die Ungleichheit unter den kommunalen Haushalten

¹²⁰ Belgrad als wirtschaftliches und administratives Zentrum verzerrt den Durchschnittswert für Gesamtserbien enorm. Durchweg über einem Drittel aller serbischen kommunalen Einnahmen sind auf den Distrikt Belgrad konzentriert, während dieser nur zwischen einem Fünftel bis einem Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Gemeindeeinnahmen des gesamten Bezirks Belgrad, inkl. dem speziellen Status der Stadt Belgrad mit eigenem Budget und seinen städtischen und ländlichen Kommunen, liegen dabei mehr als doppelt so hoch wie im restlichen Serbien (Opštine u Srbiji 1997-2012).

¹²¹ Diese Einschnitte im Zuge der weltweiten Finanzkrise zeichnen sich in der Grafik durch die Wechselkursumrechnung in US-Dollar besonders prononciert ab, da die Auswirkungen der Finanzkrise in Serbien zusätzlich durch eine deutliche Geldentwertung spürbar waren.

¹²² Die Zuweisungen wurden dabei im Jahr 2009 nicht mehr nach dem bestehenden gesetzlichen Schlüssel vorgenommen, sondern fallbezogen gekürzt. Dadurch sollten reichere Verwaltungseinheiten stärker von den Kürzungen betroffen sein als ärmere. Die Praxis dieser Kürzungen wurde in den Jahren 2010, 2011 und 2012 wiederholt angewandt. Dabei wurden die Kriterien dieser Kürzungen nie klar offen gelegt. Im Jahr 2013 war geplant die Schlüsselzuweisungen wieder im vollen Umfang vorzunehmen (World Bank 2013: 17f.).

erhöhen, da wirtschaftlich stärker Kommunen durch Erhöhung des Lohnsteueranteils profitieren. Zudem sind – auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlich weiterhin schwierigen Situation des Landes und der anhaltenden europäischen Krise – die Gemeindeeinnahmen immer noch viel zu niedrig, gemessen an den kommunalen Aufgaben. Im Jahr 2011 standen der Kommune Indjia umgerechnet nur knapp 370 US-Dollar pro Einwohner zur Verfügung, in Bečej und Knjaževac waren es jeweils sogar nur rund 240 US-Dollar.

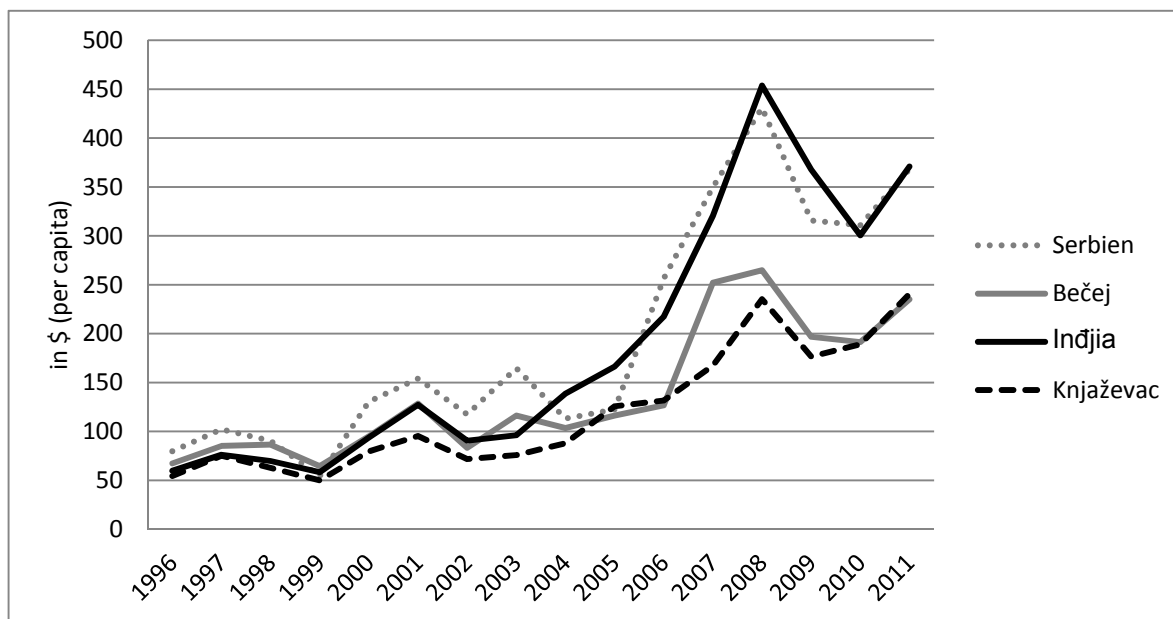


Abb. 38: Laufende jährliche Pro-Kopf-Einnahmen der Kommunen (in US-Dollar, zu nominalen Wechselkursen) (Daten: Opštine u Srbiji 1997-2012; Oanda historische Wechselkurse)

Darunter leiden, insbesondere in den schlechter gestellten Kommunen, die dringend benötigten Investitionen in die Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen. Zusätzlich schränkt dies die Möglichkeiten ein, lokale Subventionen für Unternehmen anzubieten und erschwert damit insgesamt Investoren adäquate Rahmenbedingungen vor Ort anzubieten bzw. diese anzuwerben. Eine stagnierende lokale Unternehmenslandschaft wird kaum positive Effekte auf den lokalen Arbeitsmarkt haben können. Damit werden zugleich kommunale Mehreinnahmen aus Einkommenssteuern ausbleiben, was wiederum den Ausbau der lokalen Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen limitiert. So werden diese Kommunen in einem zirkulär-kumulativen Prozess weiter von anderen besser gestellten Kommunen abgehängt werden; es sei denn der Staat ändert die Verteilung seiner Schlüsselzuweisungen in Richtung einer echten Ausgleichsfinanzierung.

3.3 Kartierungen der ökonomischen Landschaft

Die Abbildungen 39, 40 und 41 zeigen die Verteilung gewerblich genutzter Flächen auf dem jeweiligen Stadtgebiet. Im Fokus steht dabei die Ausstattung sowie Entwicklung der Gewerbegebiete der Städte. Es ist das Ziel, die in Kapitel C beschriebenen Entwicklungen sowie die aktuelle Situation der lokalen Wirtschaft auf einer Karte sichtbar zu machen. Die ökonomische Entwicklung der Kommunen wird dabei physisch durch die Veränderung der lokalen ökonomischen Landschaft sichtbar.

In allen drei untersuchten Gemeinden stellt der Hauptort der Kommune das Verwaltungszentrum sowie das Zentrum des lokalen Arbeitsmarktes. Nahezu alle großen Arbeitgeber befinden sich in der jeweiligen Stadt, wodurch ein Großteil der lokalen Industriebetriebe durch die Kartendarstellungen erfasst ist. Ihre Arbeitskräfte beziehen die Betriebe der Städte vorwiegend aus dem jeweiligen Gemeindegebiet. Pendelbewegungen von außerhalb sind in allen Orten relativ gering. In Knjaževac haben nahezu alle Beschäftigten ihren Wohnsitz in der Kommune. In Indija werden im Vergleich noch am ehesten Arbeitskräfte von außerhalb bezogen. Die lokalen Unternehmen haben hier Zugang zum Arbeitskräfteangebot aus den Agglomerationsräumen Belgrad und Novi Sad und damit unter anderem auf höher qualifiziertes Fachpersonal. Periphere Standorte, wie Knjaževac, wo seit vielen Jahren junge, gut ausgebildete Bevölkerungsteile in die Zentren abgewanderten, haben bei diesem Standortfaktor schlicht keine Chance.

Gewerbegebiete

Industriegebiete haben für die kommunale Planung eine Schlüsselrolle um ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Standorten auszubauen. Die Niederlassung in einem kommunalen Gewerbegebiet bedeutet für einen Unternehmer Rechtssicherheit. In vielen Fällen besteht in Serbien in den Flächennutzungsplänen noch Unsicherheit bezüglich der Eigentümerschaft der Grundstücke und den genauen Grenzverläufen der Parzellen. Darüber hinaus verliert ein Investor Zeit, wenn für seine geplante Investition in einem vorangehenden Schritt erst Land durch die Kommune aufgekauft werden muss.

Potentiellen Betriebsgründern zusammenhängende Flächen im Gemeindeeigentum präsentieren zu können, ist somit ein entscheidender Standortvorteil. Im Kontext knapper Gemeindebudgets, zahlreicher industrieller Brachflächen und vor dem Hintergrund geringer Aussichten auf das Interesse finanzstarker Gründer, ist der Ankauf großer Gewerbeflächen und deren infrastruktureller Ausstattung wegen des finanziell hohen Risikos nur schwer lokalpolitisch zu vertreten. Nur Indija kann von den drei ausgewählten Gemeinden potentiellen

Investoren ein weitläufiges voll ausgestattetes Gewerbegebiet präsentieren. In Bečej und Knjaževac sind zwar genauso einige Planflächen für die gewerbliche Nutzung vorgesehen, doch diese sind nur bedingt infrastrukturell erschlossen und stellen keine zusammenhängenden Investitionszonen dar (Stand Mrz/2014).

Die Fokussierung auf die Entwicklung von Gewerbegebieten verdrängt dabei oft eine sinnvolle Beschäftigung mit der Inwertsetzung bzw. Revitalisierung der zahlreich vorhandenen Industriebrachflächen. Das dies durchaus sinnvoll gelingen kann, zeigen einige wenige Beispiele aus dieser Arbeit. Prominentestes Beispiel in Serbien ist die umfangreiche Revitalisierung von industriellen Anlagen des ehemaligen *Zastava*-Automobilwerkes in Kragujevac (Kap. B.2.2.2) durch *Fiat*.

Grundstückspreise

Die Grundstückspreise für gewerblich bzw. industriell nutzbare Flächen in den drei Kommunen unterscheiden sich konsequenterweise hinsichtlich der Position der Gemeinde. Im Stadtgebiet Knjaževac werden 4 bis 10 Euro pro Quadratmeter fällig; je nach Lage und verfügbarer kommunaler Infrastruktur. In entlegenen Orten der Kommune sind auch Preis von 1 bis 5 Euro möglich (Stand 2010; Agencija za razvoj opštine Knjaževac: 3). In Bečej liegt der Preis für freigegebene größere Industrieflächen am südlichen Stadtrand (Abb. 39), bemessen an einer öffentlichen Ausschreibungen des Jahres 2010, bei festgesetzten und kommunal niedrig gehaltenen 3,3 Euro pro Quadratmeter; für kleinere Gewerbeflächen direkt im Stadtgebiet außerhalb dieser Zone liegt der Preis zwischen 5 und 10 Euro (Direkcija za izgradnju Bečej 21.07.2011). In den beiden großflächigen Industriegebieten in Indija liegen die Preise folgerichtig mit 13 bis 18 Euro zwar höher (u.a. Sremska Privredna Komora: 4f.), jedoch weiterhin und unter Berücksichtigung der guten infrastrukturellen Ausstattung in einem moderaten Rahmen. Trotz der prosperierenden Entwicklung erhält sich die Kommune hier einen anhaltenden Kostenvorteil. Bei gleichzeitiger Nähe zu Belgrad und Novi Sad und guter Anbindung bleiben die Grundstückspreise aktuellen noch niedrig. Industriell nutzbare Flächen näher an Belgrad oder in Vororten Belgrads liegen bei infrastruktureller Ausstattung meist bei ca. 30 Euro pro Quadratmeter und darüber.

Bei diesen Preisangaben handelt es sich indes um offizielle Veranschlagungen. Gerade wenn die gewerblich nutzbaren Planflächen im Eigentum der Kommune sind, hängt der Verkaufspreis letztlich vom Aushandlungsprozess zwischen Investor und Verwaltung ab; und kann so ebenso von der Gemeinde als indirektes Subventionsmittel eingesetzt werden.

Kartierung der ökonomischen Landschaft

Die Karten der drei Städte (Abb. 39, Abb. 40 & Abb. 41) zeigen die gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung. Sie wurden auf Grundlage der Flächennutzungspläne der Kommunen und unterschiedlichen Datenquellen zu den lokalen Unternehmen erstellt sowie Vertretern der Kommunalverwaltungen zu Überprüfung vorgelegt. Zweck der Karten ist es, die jeweilige ökonomische Dynamik darzustellen. Es wird nach Flächen unterschieden, die bereits seit der Zeit vor 2001 in gewerblicher Nutzung sind und nach Flächen, die erst im Verlauf ab 2001 in gewerblich Wert gesetzt wurden. Flächen werden ebenfalls als „Neu-Industrieflächen (Nutzungserweiterung ab 2001)“ ausgewiesen, wenn diese zwar schon vor 2001 gewerblich genutzt wurden, die darauf befindlichen Anlagen jedoch vollständig erneuert wurden. Insgesamt sagt diese Flächenunterteilung allein noch nichts über den Zustand der darauf befindlichen Anlagen aus; genauso wenig wie über den Status des darauf befindlichen Unternehmens. Ein als „Alt-Industriefläche (in Nutzung schon vor 2001)“ markiertes Areal kann eine weiterhin aktive und mitunter modernisierte Produktionsanlage, aber auch eine Industriebrache beschreiben.

Dadurch verdeutlichen die Karten allein die in der ökonomischen Landschaft sichtbare Dynamik bzw. Stagnation wirtschaftlich genutzter Flächen. Abgebildet sind damit die gewerbliche Prägung aus der Zeit vor 2001 und eine eventuelle Expansion von gewerblichen Flächen ab 2001.

Des Weiteren zeigen die Karten die in den Flächennutzungsplänen freigegebenen gewerblichen Planflächen. Die Ausweisung als Planfläche ermöglicht dabei noch keine Aussagen zur infrastrukturellen Ausstattung als Gewerbefläche.

Indija

Die hohe Zahl an Greenfield-Investitionen in Indija spiegelt sich auf der Karte in neu genutzten Flächen wider (Abb. 40). Ab Mitte der 2000er Jahre siedelten sich in den dortigen beiden Gewerbegebieten viele neue Betriebe an. In der kleineren südlichen Industriezone siedelten sich hauptsächlich Zweigbetriebe serbische Unternehmen oder lokal-endogene Betriebsgründungen an. Einige dieser Unternehmen hatten sich bereits vor dem Investitionsboom dort niedergelassen, teilweise bereits in den 1990er Jahren oder den frühen 2000er Jahren.

Das große zusammenhängende Gewerbegebiet im Osten und Norden der Stadt war dann die planerisch logische Erweiterung zur Anwerbung finanzstarker ausländischer Produzenten. Hier waren nahe der tangierenden Autobahn und in direkter Anbindung zu dieser weite Flächen ohne topographische Hindernisse verfügbar. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche wurde von der

Gemeinde von privaten Eigentümern aufgekauft und als zusammenhängendes Gewerbegebiet entwickelt (Interview AI 02). Eine schnelle infrastrukturelle Grundausstattung des Gebietes mit Wasser-, Gas-, Strom-, und Datenanschlüssen wird aktiv von der Kommune weiter vorangetrieben (Interviews AI 02 & AA 07). Das nord-östliche Gewerbegebiet Indijas war das Lokalisierungsziel der vielen internationalen Investitionen in die Kommune. Es ist anzunehmen, dass hier bei weitem noch nicht das Ende dieser in der ökonomischen Landschaft sichtbaren Dynamik erreicht ist. Weitere Grundstückskäufe von Investoren sind bereits bekannt. Der umfassende Ausbau des IT-Parks Indija im Norden des Gewerbegebietes wird als Planungsziel vorgegeben (Kap. C.2.3.2 & C.2.3.3).

Gewerbliche Flächen, die bereits vor dem demokratischen Umsturz in Nutzung waren, finden sich einerseits entlang der Eisenbahngleise und andererseits bildeten diese den Kern der heutigen Industriegebiete. Die Anlagen der Betriebe *Ukus* und *Jugoslovenska Krznarska Industrija* entlang der Gleise, sind dabei genauso stillgelegt wie die Produktion von *Gumplast* im nordöstlichen Industriegebiet. Einige ältere Betriebe in den beiden Industriegebieten, wie *Agrounija* und *Juvitana*, sind unter neuen Namen weiterhin aktiv.

Der Vergleich der Karte von Indija mit den Karten der beiden anderen Städten (Abb. 39 & Abb. 41) offenbart am deutlichsten die räumliche Dynamik des Investitionsboom in Indija. In Knjaževac gab es demgegenüber seit 2001 keine einzige Greenfield-Investition. In Bečej ist mit *Knott-Autoflex* nur ein einzelner vollständiger Neubau eines Produktionsbetriebes zu nennen.

Knjaževac

In Knjaževac handelt sich bei den markierten Alt-Industrieflächen zu einem großen Teil um Industriebrachen. Insbesondere sind hier die großflächigen brachliegenden Anlagen der ehemaligen Betriebe von *IMT* und *Tina* zu nennen. Einige Anlagen von *IMT* werden schon seit 2005 mit staatlicher Unterstützung als „Business Inkubator“ ausgewiesen. Lokale Unternehmensansiedlungen sollen dort durch vereinfachten rechtlichen Bedingungen, infrastrukturelle Ausstattung und mit zusätzlichen Beratungsangeboten angeworben werden (MIJAČIĆ 2011b: 13f.). Die Ergebnisse dieses Projekts sind allerdings überschaubar: In den acht Jahren seit Knjaževac seinen Business Inkubator bewirbt, wurde dort kein einziges Unternehmen untergebracht (Interviews AK 03 & UK 01). Die größten Flächen, die aktuell industriell genutzt werden, beschreiben das ehemalige Gelände des Schuhherstellers *Leda*. Hauptsächlich ist dort das Nachfolgeunternehmen *Falc East* ansässig, zudem weitere kleine und mittlere Unternehmen der Schuhherstellung.

Die Kommune besitzt kein erschlossenes Gewerbegebiet. Die auf der Karte dargestellten Planflächen sind lediglich für die wirtschaftliche Inwertsetzung im Nutzungsplan vorgesehen. Zusätzlich verfügt die Kommune über ehemalige Militärf Flächen. Das große Areal im Nordosten der Stadt würde von der Kommune gerne in Verbindung mit dem Gelände von *IMT* und angrenzenden Planflächen als zusammenhängendes Industriegebiet ausgewiesen. Problem sei jedoch, dass der Staat weiterhin Eigentümer des Areals sei. Lokalpolitisch herrsche zudem Uneinigkeit ob dieses überhaupt aufgekauft werden solle oder ob ein Modell, bei dem die Gemeinde für einen an dieser Fläche interessierten Investor die Kreditbürgschaft übernehme, nicht ausreiche (Interview AK 03).

Bečej

Die Unternehmenslandschaft von Bečej ist gegenüber der von Knjaževac nicht so stark von Industriebranchen geprägt. Viele alte Anlagen sind dort teilweise modernisiert und werden weiterhin genutzt; allen voran Produktionsanlagen von *Sojaprotein* und *PIK Bečej*.¹²³ Der größte Leerstand in der Stadt ist das ehemalige Werk von *Fadip*.

Bečej kann ebenso keine zusammenhängende erschlossene Industriezone vorweisen. Die Planflächen im Süden der Stadt sind nur teilweise infrastrukturell ausgestattet. Einzelne Parzellen werden hier als Greenfield-Flächen im Internet auf www.becej.rs angepriesen. Zusätzlich wird explizit eine Planfläche für einen möglichen Spa-Komplex ausgewiesen. Die Lokalregierung setzt in ihrer planerischen Ausrichtung neben der Landwirtschaft große Hoffnungen auf die Inwertsetzung ihrer Thermalquellen und den Ausbau des Bäder-Tourismus. Letztlich sind sich die lokalen Akteure jedoch darüber im Klaren, dass dieses Projekt nur ein Baustein der wirtschaftlichen Entwicklung wäre und momentan hierfür eher unwahrscheinlich ein Investor gefunden werde (Interviews AA 03, AB 01 & AB 02).

¹²³ Die großen Anlagen der Schweinemast, Rinderproduktion und Fischzucht von *PIK Bečej* befinden sich außerhalb des Kartenausschnitts.

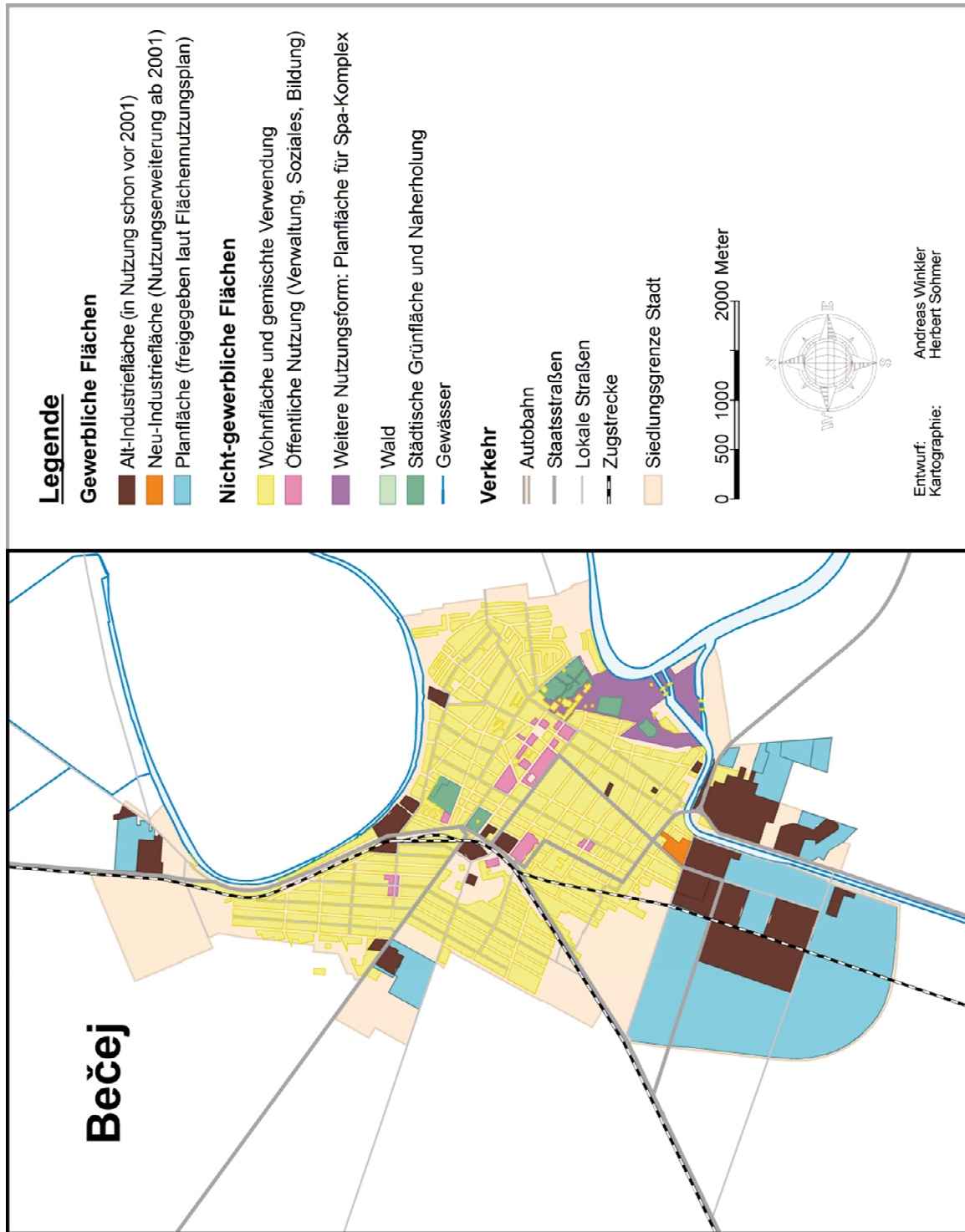


Abb. 39: Gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung auf dem Gebiet der Stadt Bečej



Abb. 40: Gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung auf dem Gebiet der Stadt Indija

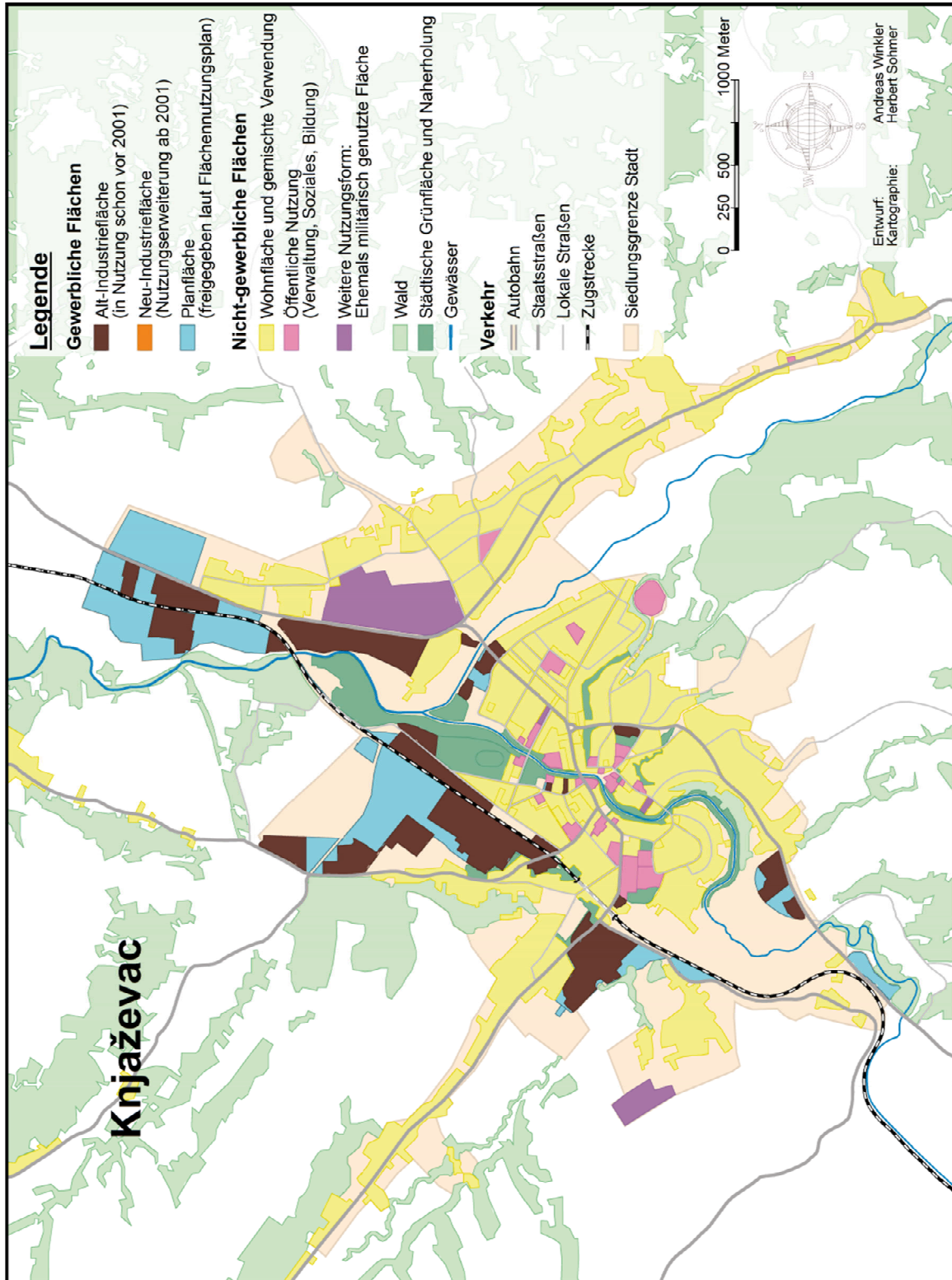


Abb. 41: Gewerbliche und nicht-gewerbliche Flächennutzung auf dem Gebiet der Stadt Knjaževac

D Synthese und Einordnung der Ergebnisse

1 Divergente Entwicklungspfade

Bereits in sozialistisch-jugoslawischer Zeit wiesen die drei untersuchten Kommunen unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen auf. Die lokale Branchenausrichtung und die Art der Betriebe sind zurückzuführen auf die natürlichen Ressourcen vor Ort, gewerbliche Traditionen und deren weiteren Ausbau durch die staatliche Planung der SFRJ. Zudem wurden durch gezielte ausgleichspolitische Investitionsentscheidungen einzelne Orte schnell industriell entwickelt. Die ökonomischen Hinterlassenschaften dieser Wirtschaftspolitik bestimmen bis heute die Entwicklungsverläufe der Kommunen, sowohl hinsichtlich der dortigen strukturellen Krisen als auch der Entwicklungspotentiale.

Trotz struktureller Unterschiede lagen der Entwicklungsstand und die Wirtschaftsleistung der untersuchten Gemeinden auf einem ähnlichen vor-transformatorischen Niveau. Im Verlauf der serbischen Transformation seit 1991 schlugen diese dann aber divergente Entwicklungsrichtungen ein. Die Gemeinde Knjaževac ist dabei aus heutiger Perspektive ein typisches Beispiel eines „Transformationsverlierers“. Durch den Niedergang der lokalen Industrie und den damit einhergehenden Bedeutungsverlust für die regionale sowie gesamtstaatliche Ökonomie wurde der Ort marginalisiert. Die Kommune Bečej war ebenso nicht in der Lage, sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Gemeinden blieb der Ort dabei wesentlich stärker in der ökonomischen Struktur aus marktsozialistischer Zeit verhaftet und ist damit stärker von Persistenz geprägt. Die Kommune Indija ist heute hingegen ein Beispiel für einen Ort, der in einem schwierigen Umfeld durch gute Ausgangsvoraussetzungen, Neuorientierung und Anpassungsfähigkeit in der Lage war, wirtschaftlich zu prosperieren.

In dieser Untersuchung stand die Frage im Zentrum, zu welchen Phasen in dem langwierigen und schwierigen Transformationsprozess und durch welche Faktoren es zu diesen Auseinanderentwicklungen kam. Im zeitlichen Verlauf waren die Kommunen dabei jeweils unterschiedlich resilient gegenüber den Krisen und verschieden anpassungsfähig gegenüber den Veränderungen auf nationaler und globaler Ebene. Generell wurde in dieser Arbeit der Transformationspfad Serbiens in zwei klar voneinander zu trennende Zeitspannen typologisiert: (1) eine Phase der Rezession und Desintegration ab dem Einsetzen des jugoslawischen Staatszerfalls 1991; (2) eine Zeit der Integration und wirtschaftlichen Regeneration nach dem demokratischen Umbruch im Herbst 2000. Die Entwicklungstendenzen dieser nationalen Transformationsphasen spiegeln sich im Verlauf der lokalen Entwicklungen wider.

Die Frage der divergenten lokalen Entwicklungen wurde zusätzlich mit der Frage der geographischen Lage der Orte innerhalb des Landes verknüpft. Mit Indija wurde eine Kommune ausgewählt, die sich im Einzugsbereich der Wachstumspole und Agglomerationsräume des Landes, Belgrad und Novi Sad, befindet. Die Gemeinde Bečej hat keine derart zentrale Position, ist aber ebenfalls infrastrukturell gut angebunden und liegt im historisch entwicklungsbevorzugten Norden Serbiens. Die Kommune Knjaževac steht demgegenüber beispielhaft für einen peripheren Standort mit schlechter Erreichbarkeit und größerer Entfernung zu den wirtschaftlichen Zentren des Landes. Dadurch spiegelt diese Aufteilung ebenso die räumlichen Tendenzen innerhalb des Landes wider.

Ein zentrales Ergebnis von Kapitel B war, dass die beiden Transformationsphasen unterschiedliche räumliche Entwicklungstendenzen hervorbrachten. In den 1990er Jahren, der Zeit der Rezession und Desintegration, findet sich in den sozioökonomischen Indikatoren eine diffuse räumliche Differenzierung von Entwicklungsunterschieden, die als Fragmentierung konzeptualisiert wurde. Die Phase der wirtschaftlichen Erholung und Integration nach 2000 ging einher mit einer räumlichen Konzentration von Arbeit, Lohnniveau und Bevölkerung hin zu den Zentren, die als Polarisierung und Agglomeration skizziert wurde.

Im Sinne einer stringenten Deduktion ist somit durch diese Auswahl an Kommunen die tatsächliche Bandbreite von räumlichen Ausprägungen der serbischen Transformation beschrieben. Im Folgenden werden die lokalen Entwicklungspfade daher stets im Kontext der makro- und regionalökonomischen Entwicklungstendenzen skizziert. Am augenscheinlichsten offenbaren sich die divergenten Entwicklungen sowie die Resilienz bzw. Anpassungsfähigkeit der Kommunen in den Beschäftigungsentwicklungen (Abb. 42 & Abb. 43). Die Zahlen zur Beschäftigung in rechtlichen Einheiten, d.h. der Beschäftigung in Unternehmen, Kooperativen, Institutionen und anderen Organisationen (Abb. 42) klammert lediglich selbstständig Beschäftigte und deren Mitarbeiter aus. Die indexierten Werte zur Gesamtbeschäftigung (Abb. 43) beinhalten alle registrierten Beschäftigtenzahlen, inklusive der Selbstständigen.

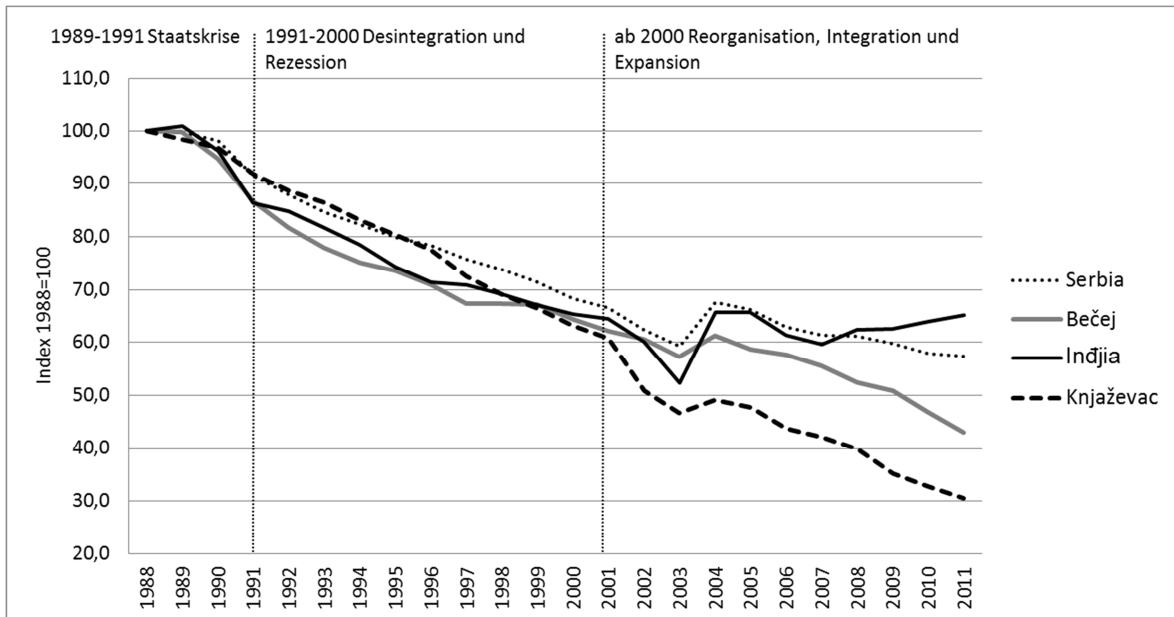


Abb. 42: Transformationspfade der Beschäftigung (in rechtlichen Einheiten) (Daten: Opštine u Srbiji 1989-2012)

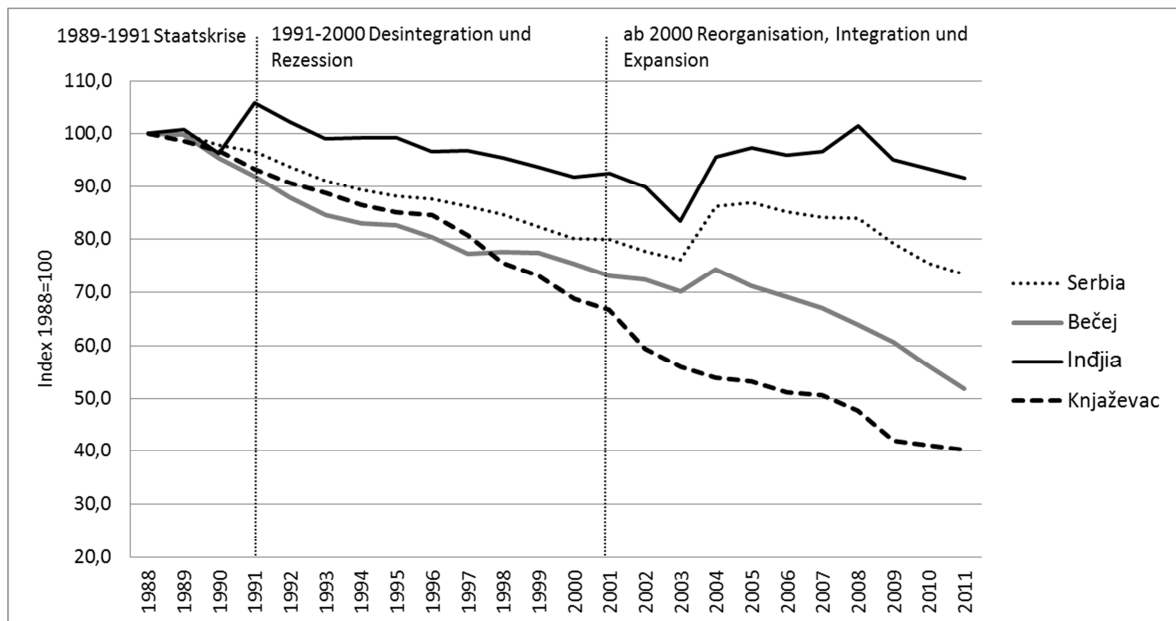


Abb. 43: Transformationspfade der Beschäftigung (gesamt) (Daten: Opštine u Srbiji 1989-2012)

1.1 Das Krisenjahrzehnt der 1990er Jahre – Niedergang und Resilienzen in einer fragmentierenden Entwicklungsphase

In der langen Rezession der 1990er Jahre hatte die Unternehmensbeschäftigung (Abb. 42) im serbischen Mittel und in allen Gemeinden gleichermaßen und kontinuierlich abgenommen. Jedoch wäre dieser Rückgang noch weitaus einschneidender ausgefallen, wäre die Beschäftigung nicht durch eine rigide Arbeitsgesetzgebung vor Entlassung geschützt gewesen. Insbesondere direkt nach dem jugoslawischen Staatszerfall in den Jahren 1991 bis 1993 kam es zu

einem erdrutschartigen Einbruch des BIP und der Arbeitsproduktivität, der jedoch nur sehr eingeschränkt durch Beschäftigungsrückgang ausgeglichen wurde (Kap. B.1.4.1).

Gleichzeitig entwickelte sich Serbien zu einer Kleptokratie mit einem degradierenden Wirtschaftssystem, mangelnder Regulierung, kriminellen sowie informellen Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Schichten und weiteren Ausprägungen eines *failed state*. Dies führte zu einer gesellschaftlichen Stratifikation, in der eine aufkommende ökonomisch-politische Elite eine zentrale Rolle spielte. In räumlicher Hinsicht, genauso wie in gesamtgesellschaftlicher Betrachtung, sind hier bruchhafte sozioökonomische Sonderungen und keine räumlichen Polarisierungen erkennbar. Diese Ausprägungen wurden in dieser Arbeit als Fragmentierungsprozesse konzeptualisiert (insbes. Kap. B.1.4.5). Aufgrund des enormen sozioökonomischen sowie institutionellen Niedergangs und der ökonomischen Abkopplung Serbiens in den 1990er Jahren ist die Anwendung des Konzeptes der fragmentierenden Entwicklung (SCHOLZ 2000, 2004), welches auf Annahmen aus der Entwicklungsländerforschung beruht, durchaus adäquat. Die internationale Isolation Serbiens im Kontext einer sich weiter globalisierenden Welt machte den Staat als Ganzes zur „neuen Peripherie“ (SCHOLZ 2004: 228f.). Ohne Möglichkeiten, an den Vorteilen des globalen Wettbewerbs partizipieren zu können, spielte Serbien als Konsument international keine Rolle, die Erzeugnisse des Landes wurden nicht gehandelt bzw. konnten nicht gehandelt werden. Damit war auch die serbische Arbeitskraft, global gesehen, überflüssig. Einzelne serbische Orte waren somit in hohem Maße auf ihre eigenen lokalen Ressourcen, Strukturen, Anpassungsmöglichkeiten und Bewältigungsstrategien angewiesen. Gerade das ökonomische Zentrum Belgrad, die traditionell einzig wirklich globalisierte Region des Landes, litt unter der internationalen Isolation besonders stark.

Dadurch ist zu erklären, dass es in den 1990er Jahren zwischen den untersuchten Kommunen zu keiner räumlich bedingten Auseinanderentwicklung kam. Divergente Resilienzen im Jahrzehnt der permanenten Rezession erklären sich nicht aus der geographischen Lage der Orte, sondern sind auf die vorherrschenden lokalen Wirtschafts- bzw. Industriestrukturen zurückzuführen. Stark industrialisierte Orte litten in der Krise der 1990er Jahre in besonderer Weise. Dies zeigt sich in den verschärfenden strukturellen und technologischen Krisen der Großbetriebe, die letztlich zu deren vielfachen Zusammenbruch nach 2000 führten. In den Beschäftigungsdaten spiegeln sich derlei strukturelle Krisenphänomene lediglich teilweise wider, da die einbrechende Produktivität nicht vorwiegend, wie in funktionierenden Arbeitsmärkten, durch Arbeitsplatz-einsparungen ausgeglichen wurde, sondern durch Einbruch und Einhalten der Löhne. Die real existierende Arbeitslosigkeit, sei es durch Zwangsurlaub

oder den tatsächlichen Verlust des Arbeitsplatzes, wurde durch informelle – teilweise auch registrierte – Tätigkeiten in der privaten Landwirtschaft, im legalen sowie illegalen Handel oder in Kleinstbetrieben kompensiert. Dies war in den 1990er Jahren nicht nur Ausdruck von mangelnden Alternativen, sondern ebenso notwendig, um die Versorgungsengepässe in den Zeiten internationaler Sanktionen auszugleichen.

Insbesondere die Kommune Inđija zeigte sich etwas resilienter und anpassungsfähiger gegenüber der Krise der 1990er Jahre, obgleich diese Zeit dort natürlich genauso wie überall in Serbien einen wirtschaftlichen Niedergang bedeutete. Die lokale Wirtschaftsstruktur in Inđija war traditionell geprägt vom produzierenden Handwerk und nicht so deutlich wie in anderen Kommunen von einigen wenigen Industriebetrieben, die unmittelbar vom jugoslawischen und internationalen Markt abhängig waren. Die steigende Arbeitslosigkeit konnte so umfangreicher als andernorts durch private Einzel- und Kleinstunternehmenschaft ausgeglichen werden (Kap. C.2.2.3). Zum einen bestanden lokale Erfahrungen im Unternehmertum und damit geringere Hürden für Existenzgründungen, zum anderen gab es schlicht schon mehr Kleinstbetriebe, an denen sich Arbeitssuchende als Mitarbeiter beteiligen konnten. Der Rückgang der Gesamtbeschäftigung (Abb. 43) blieb so in den 1990er Jahren in Inđija vergleichsweise gering. Der Rückgang der Beschäftigung in rechtlichen Einheiten (Abb. 42), der insbesondere die Probleme der gesellschaftlichen Betriebe widerspiegelt, ging hier genauso wie andernorts zurück.

Die Beschäftigung in der Kommune Bečej verzeichnete im Krisenjahrzehnt einen durchschnittlichen Rückgang. Jedoch zeigen diese Daten nicht, dass sich die Kommune durch die lokalökonomische Konzentration auf den Agrarsektor noch ein gewisses Maß an Stabilität bewahrt hatte. Trotz der großen technologischen Probleme und Engpässe bei Betriebsmitteln hatten die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie im Vergleich zu anderen Industriebranchen bessere Kapazitätsauslastungen und damit eine höhere Wertschöpfung (Kap. C.2.1.1). In der Gemeinde Knjaževac kündigte sich in den 1990er Jahren der spätere fast völlige Zusammenbruch der lokalen Industrie bereits an. Anzeichen waren das enorme Ausmaß der versteckten Arbeitslosigkeit, die tatsächlichen Produktionseinbrüche, sowie fehlende Instandhaltungen und Modernisierungen der industriellen Anlagen (Kap. C.2.1.2). Ebenso ist die kommende Deindustrialisierung des Ortes bereits aus dem überdurchschnittlichen Rückgang der registrierten Beschäftigung (Abb. 42 & Abb. 43) zu erahnen. Die dortigen Großbetriebe der Verbrauchs- und Investitionsgüterindustrie hatten sich durch große etatische Anstrengungen erst verspätet herausgebildet und der Kommune eine beachtliche ökonomische Entwicklung beschert. Diese Konsumgüterindustrie war besonders stark von überregionalen Absatzmärkten

abhängig. Der Verlust des jugoslawischen und internationalen Marktes hatte so, in Verbindung mit Missmanagement, einen fast vollständigen Einbruch der Produktionstätigkeit zur Folge.

1.2 Divergente Entwicklungen nach 2000

Mit dem demokratischen Umbruch im Herbst 2000 erfuhr Serbien bis 2003 zunächst einen weiteren transformationsbedingten Einbruch der Beschäftigtenzahlen (Abb. 42 & Abb. 43). Aufgrund des vorangegangenen, langandauernden „Aderlasses“ fiel dieser Transformationsschock jedoch überall in Serbien kürzer und geringer aus als bei der Wende anderer europäischer Transformationsländer. Dennoch offenbarte diese Zäsur unterschiedliche Resilienzen der lokalen Arbeitsmärkte. Während sich Indija von diesem neuerlichen Arbeitsmarktschock schnell erholte, leitete dieser in Knjaževac den nun fast vollständigen Einbruch des lokalen Arbeitsmarktes ein.

Bei den Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Leistung hatte der politische Umbruch sogar keinerlei weitere Einschnitte zur Folge und die Erholung setzte hier in Serbien unmittelbar ein (Kap. B.1.3.2 & B.1.4.1). Nach einer kurzen Zeit der Erholung der Beschäftigtenzahlen war die Zeit ab 2005 für das Land dann geprägt von anhaltendem wirtschaftlichem Wachstum, bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigung. Ab 2009 nahmen die Beschäftigtenzahlen, angetrieben durch die Rezession infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, weiter und noch deutlicher ab.

1.2.1 Räumliche Polarisation – *geography matters*

Die liberalen Wirtschaftsreformen und die Rückkehr in die internationale Marktgemeinschaft nach der demokratischen Wende im Herbst 2000 gingen einher mit einer graduellen Normalisierung des Außenhandels, wirtschaftlicher Erholung, Produktivitätssteigerungen und der Rückkehr ausländischer Investoren. In dieser Phase kam es zu einer zunehmenden räumlichen Allokation von Kapital, Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätzen. In ihrer räumlichen Tendenz wurden diese Ballungen als Polarisation oder Agglomeration hin zu den Zentren konzeptualisiert (insbes. Kap. B.1.4.5). Der *Geographical Economics* folgend (KRUGMAN 1991; FUJITA et al. 2001) sind diese hier wirkenden zentripetalen Kräfte auf steigende Skalenerträge und auf fallende Transportkosten bzw., im serbischen Fall, auf den Abbau der Handelsembargos zurückzuführen. Die erneute Freisetzung der Marktkräfte in Serbien, wie die Revitalisierung des internationalen Handels und die Rückkehr ausländischer Kapitalzuflüsse, lässt somit solche Allokationstendenzen schon erwarten. Die realen beobachtbaren Abläufe hinter den räumlichen Tendenzen lassen sich jedoch besser durch die Annahmen der Polarisationstheoretiker beschreiben.

Anfängliche Ereignisse nach dem Umbruch, wie die sich weiter verschärfende Deindustrialisierung einerseits oder ausländischer Investitionszufluss andererseits, konnten dabei nach MYRDAL (1974) kumulative Prozesse in Gang setzen, die zu regionaler oder lokaler Polarisierung führen.

Zusehends entfaltet sich so in den ökonomischen Zentren des Landes, insbesondere in Belgrad, eine positive, sich selbst verstärkende Entwicklung bzw. Polarisierung, da dort Investitionsbereitschaft, Nachfrage und qualifizierte Arbeitskraft ansteigen und dort das notwendige Kapital bereit steht oder angeworben werden kann. Auch das Erstarken einer neuen politisch stark vernetzten Wirtschaftselite führt zu Akkumulation von Macht- und Kapitalressourcen in Belgrad (vgl. GRABHER & STARK 1997; EHRKE 2010). Gleichzeitig wirken dabei starke Entzugseffekte in den peripheren Regionen Serbiens. Zu nennen sind hier z.B. der Rückzug staatlicher Zuschüsse an die Industrie, Umorientierung der Industrie des Zentrums auf neue internationale Zulieferer und der Verlust von Humankapital durch Abwanderung. Erst im weiteren Verlauf sind dann, obgleich wesentlich schwächer, auch Ausbreitungseffekte festzustellen. Vereinzelt neue Industrieansiedlungen im Einzugsbereich der Metropole deuten dies an.

Diese räumlich bedingte Ausdifferenzierung, durch Entzugs- und Ausbreitungseffekte, spiegelt sich gleichermaßen in den untersuchten Kommunen wider. Besonders deutlich wird dies in der räumlichen Selektivität ausländischer Kapitalzuflüsse. Nachdem die Zeit der internationalen Desintegration von einer fast vollständigen Abwesenheit ausländischer Direktinvestitionen nach Serbien geprägt war, kam es mit dem demokratischen Umbruch zur Rückkehr solcher Kapitalzuflüsse. ADI als wesentliche Träger privatwirtschaftlicher Markttransformation sind dabei in besonders hohem Maße ortsabhängig. Gerade für ein Land, das hohe verkehrsinfrastrukturelle Defizite aufweist, sind dabei die zentralen, besser ausgebauten und überregionalen Verkehrsverbindungen wesentliche Standortfaktoren. Jene sind vorwiegend Bestandteil des verkehrsinfrastrukturellen Erbes der jugoslawischen Zeit. Nach 2000 konzentrierte sich dann aufgrund knapper Mittel die Instandhaltung bzw. der weitere Ausbau des Verkehrsnetzes auf die zentralen europäischen Anbindungen, bei gleichzeitiger Vernachlässigung des übrigen Straßennetzes. Die gezielte Allokation finanzieller Ressourcen auf wenige, infrastrukturelle Projekte stellt somit eine politisch-planerisch produzierte Verstärkung des Zentrum-Peripherie-Musters dar. So ist in Serbien eine besonders deutliche räumliche Konzentration der ADI entlang der Hauptverbindungen des Landes, den Achsen des paneuropäischen Korridors 10 festzustellen (Kap. B.2.2.2).

Von den untersuchten Gemeinden hat hierbei Inđija, durch seine unmittelbare Lage an diesem Verkehrskorridor und der Position zwischen Belgrad und Novi Sad, die günstigsten Standortbedingungen. Diese einfache Tatsache ist eine der Grundvoraussetzungen der außergewöhnlich hohen Zahl an ausländischen Direktinvestitionen in die Kommune (Kap. C.2.3.2) und damit Grundlage der besseren Beschäftigungsentwicklung gegenüber den anderen Kommunen Bečej und Knjaževac.

1.2.2 Wirtschaftsstrukturelle Hinterlassenschaften – *history matters*

Weitere Ursachen der divergenten Beschäftigungsentwicklungen sind in den wirtschaftsstrukturellen *legacies* zu identifizieren. Pfadabhängige Entwicklungen erklären sich aus den ortsspezifischen Charakteristika (MARTIN & SUNLEY 2006). Diese sind zum Zeitpunkt der demokratischen Wende 2000, nach über einem Jahrzehnt nach dem Staatszerfall der SFRJ, noch fast vollständig von der sozialistisch-jugoslawischen Branchen- und Betriebsgrößenstruktur geprägt. Die strukturellen Hinterlassenschaften determinieren im weiteren Verlauf dann sowohl den Privatisierungsprozess vor Ort, als auch die endogene Entwicklung der Unternehmenslandschaft und damit die Entwicklung von Arbeitsplätzen.

Deindustrialisierung und strukturelle lock-ins

Viele der jugoslawischen Industriebetriebe erfuhren durch den Verlust der Zulieferer- und Absatzmärkte sowie die technologischen Degradierungserscheinungen der 1990er Jahre bereits einen unumkehrbaren Niedergang. Die tatsächliche Schließung der Werke erfolgte jedoch meist erst nach 2000. Motor der weiter um sich greifenden Deindustrialisierung war das Privatisierungsgesetz von 2001 (Kap. B.2.1.1), das zum Verkauf der gesellschaftlichen Betriebe gesetzlich verpflichtete. Gerade periphere Regionen und altindustrielle Standorte konnten dabei weniger die Aufmerksamkeit von finanzstarken Investoren auf sich ziehen. Zudem konnten die unrentablen Großindustriebetriebe nach der Privatisierung ihre Verluste nicht mehr durch etatische Zuflüsse ausgleichen. *De facto* bedeutete dies, dass eine Vielzahl der Unternehmen aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, hoher Schulden und Missmanagement schon bald nach deren Privatisierung in den Konkurs schlitterten. Die Beschäftigungswirkung dieser Entwicklungen war in peripheren Regionen zum einen durch die wirtschaftsliberale Ausgestaltung des neuen Privatisierungsgesetzes, zum anderen durch das gleichzeitig mangelnde Wachstum der Privatwirtschaft besonders verheerend (Kap. B.2.1.2).

In allen untersuchten Kommunen sind umfangreiche Störungen des Arbeitsmarktes als Folge von fehlgeschlagenen Privatisierungen und Unternehmenskonkursen festzustellen (Kap. C.2.2.1). In Inđija sind diese jedoch in

geringerem Umfang zu beobachten. Dies ist erneut auf die dortige Unternehmenslandschaft zurückzuführen. Ein großer Handwerkssektor mit einer Vielzahl an funktionierenden Familienbetrieben hatte, aus planwirtschaftlicher Sicht, eine umfassende Ansiedlung von Industriebetrieben zur Arbeitsplatzsicherung weitgehend unnötig gemacht (Kap. C.1.2.3). So hatte sich in Indija schon zur Zeit der SFRJ keine allzu starke Konzentration auf Großbetriebe herausgebildet, wodurch die negativen Beschäftigungswirkungen aus Privatisierungen und Unternehmenspleiten hier nicht so stark ausgeprägt waren.

In der Kommune Knjaževac hatte die sozialistische Investitionsplanung hingegen den lokalen Arbeitsmarkt nach dem Niedergang des dortigen Kohlebergbaus umfassend reorganisiert und vollständig von einigen Großbetrieben der Konsumgüterindustrie abhängig gemacht. Der in den 1990er Jahren eingeleitete Niedergang der lokalen Großindustrie schlug dann in den Jahren nach 2000 in eine schrittweise und umfassende Deindustrialisierung des Ortes um (Kap. C.2.1.2), mit entsprechend schwerwiegenden Folgen für den lokalen Arbeitsmarkt.

In der Gemeinde Bečej ist die Situation ähnlich. Auch hier verursachten Unternehmenskonkurse hohe Beschäftigungsverluste und die Deindustrialisierung des Standortes. Jedoch besteht in der Kommune nach mehr als zwei Jahrzehnten nach dem jugoslawischen Staatszerfall und nach mehr als einem Jahrzehnt nach dem demokratischen Umbruch noch weiterhin ein enormes transformationsbedingtes Potential für Beschäftigungsrückgang. Als Hinterlassenschaft zentralistischer Planung wurde der landwirtschaftlich geprägten Kommune Bečej mit einem horizontal ausgefächerten Agro-Industrie-Kombinat ein prädominanter lokaler Großbetrieb hinterlassen. Nach der Privatisierung und Eigentümerumstrukturierungen befindet sich das Unternehmen in einem schwebenden Insolvenzverfahren (Stand April 2014) und in vollkommener Abhängigkeit von externen Entscheidungen (Kap. C.2.2.2). Aufgrund der hohen Zahl an Beschäftigten, die direkt oder indirekt von diesem Unternehmenskomplex abhängig sind, würde ein Konkurs einen „sozialen Kollaps“ für die Gemeinde Bečej bedeuten. Unter planwirtschaftlichen bzw. marktsozialistischen Bedingungen bestanden aus dem hohen Integrationsgrad des Agro-Industrie-Kombinats noch eine Reihe von Vorteilen hinsichtlich der Produktionssteuerung, des Vertriebs und der staatlichen Steuerung der Versorgungssicherheit. Diese übergeordnete, persistente und starre Konzernstruktur wurde nach der Privatisierung beibehalten und ist innerhalb des sich veränderten Transformations- und Globalisierungskontextes kaum anpassungsfähig. Die lokalen, starken Bindungen und Verflechtungen zwischen den einzelnen Unternehmensbereichen, den örtlichen Landwirtschaftsbetrieben und der Kommune, führen somit nach GRABHER (1994) zur

heutigen Schwäche. Diese offenbart sich in einem lokal begrenzten, strukturellen *lock-in* bzw. nach SIMMIE & MARTIN (2010) in einer fragilen lokalen Resilienz. Die radikale Auflösung dieses Pfades bzw. der Ausbruch aus dem *lock-in* scheint aufgrund der enormen sozialen Folgen und dem Mangel an Neuorientierungsmöglichkeiten keine Option zu sein. Andererseits ist eine Reorganisation des Pfades fast unvermeidlich. Dabei wird diese Umgestaltung, sei es durch einen neuen Investor oder staatliche Restrukturierung, trotzdem mit hohen sozialen Kosten verbunden sein.

Ökonomisches Erbe und transformationsbedingte Reorganisation im KMU-Sektor

Der Niedergang der Industrie führte in allen Kommunen zu einer hohen Zahl an geringqualifizierten Arbeitslosen auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Dabei hatten diesen in den untersuchten Gemeinden jeweils unterschiedliche Möglichkeiten für neue Beschäftigung durch Selbständigkeit oder im lokalen KMU-Sektor. Die endogene Entwicklung der Unternehmenslandschaft erklärt sich ebenfalls aus den historisch gewachsenen unterschiedlichen Arten von lokalen Unternehmen bzw. der lokalen Betriebsgrößenstruktur.

In der Kommune Indija war die kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur ein anhaltender Stabilisator für den lokalen Arbeitsmarkt. Zudem bildete dieses ökonomische Erbe die Grundlage für die Gründung weiterer kleinerer und mittlerer Unternehmen nach 2000. Getragen von der kleinbetrieblichen Vergangenheit in metall- und plastikverarbeitenden Produktionen findet sich in der Kommune eine ganze Reihe von Neugründungen in verwandten Produktionsbereichen. Im Vergleich sind diese Betriebe spezialisierter und generieren eine höhere lokale Wertschöpfung und höhere Löhne, als z.B. die Unternehmen kleinerer und mittlerer Größe in Knjaževac.

In Knjaževac betreiben viele Unternehmen als Subunternehmer reine Lohngeschäfte in der Schuh- und Bekleidungsherstellung (Kap. C.2.3.4). Das Entstehen eines KMU-Sektors ist dort, im Gegensatz zu Indija, stärker als ein transformatorisches Anpassungsphänomen zu verstehen. Die Motive für Unternehmensgründungen liegen dort weniger in ökonomischen Chancen und dem lokalen Wissen begründet. Vorwiegend stehen sie in Verbindung mit einer Re-Kombinierung des vorhandenen Geld- oder Sozialkapitals früherer Mitarbeiter der ehemaligen lokalen Großbetriebe sowie mit der sozio-institutionelle Eingebundenheit und den lokalen Netzwerken der Gründer. Die Konzentration auf die Schuhherstellung hängt dabei unmittelbar mit der erfolgreichen Privatisierung des lokalen Schuhkombinats zusammen, während alle anderen Großbetriebe der Kommune entweder in langwierigen Insolvenzverfahren gefangen sind oder liquidiert wurden. Von diesem verbleibenden Großunternehmen können die kleineren Betriebe der Schuhfertigung durch Arbeitsteilung bzw.

Zulieferaufträge profitieren; genauso wie durch positive externe Effekte, wie z.B. der Bewerbung der Stadt als Ort der Schuhproduktion. Trotz einer lohn-schwachen und arbeitsintensiven Produktion haben die lokalen kleineren und mittleren Unternehmen noch eine zu geringe Wirkung auf die lokale Beschäftigung. Dennoch sollte der Kompensationseffekt für den lokalen Arbeitsmarkt nach dem Niedergang der Großbetriebe nicht zu gering eingeschätzt werden. Durch Unternehmensgründungen und das Entstehen eines KMU-Sektors konnte die Abwärtsspirale in Knjaževac in den letzten Jahren zumindest abgeschwächt werden. Sichtbar ist dies in dem nachlassenden Beschäftigungsrückgang.

In der Gemeinde Bečej kam es nach 2000 gegenüber den anderen Kommunen kaum zu einer dynamischen Entwicklung von kleineren und mittleren Unternehmen des produzierenden Sektors. Schon traditionell war dort der KMU-Sektor kaum entwickelt; private Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft war unbedeutend; und die lokale Ökonomie war fast vollständig von zwei industriellen Großbetrieben – einem Agro-Industrie-Kombinat und einem Automobilzulieferer – abhängig.

1.2.3 Institutionelle Anpassungen – *institutions matter*

Die vergleichsweise positive Beschäftigungsentwicklung der Kommune Indija (Abb. 42) ist in erster Linie auf die außergewöhnliche Geschichte des Ortes als Investitionsdestination zurückzuführen. Vor dem Hintergrund des hohen Umfangs und der Anzahl an ADI, seit Mitte der 2000er Jahre, fielen die Beschäftigungsgewinne jedoch eher moderat aus. Die Effekte der einfließenden Investitionen wirkten sich aber deutlicher auf das Wachstum des Gemeindebudgets (Kap. C.3.2) und die allgemeine Lohnsteigerung aus. Vorwiegend dient den Unternehmen Indija als Standort, um den regionalen oder überregionalen Markt mit spezialisierten Produkten und Vorleistungsprodukten zu beliefern. Erst in zweiter Linie betrachten die Investoren Indija als Standort, der günstige Lohnbedingungen für arbeitsintensive Produktionen bietet.

Indija war im Zuge seiner Deindustrialisierung in der Lage, eine umfassende Reorganisation der lokalen Ökonomie vorzunehmen. Bečej und Knjaževac fanden auf ihre Deindustrialisierung hingegen keine adäquate Antwort. Die Entwicklungsgeschichte der Kommune Indija stellt insgesamt unter den serbischen Kommunen einen Sonderfall dar, der nicht allein durch die günstige geographische Position und die vergleichsweise vorteilhaften wirtschaftsstrukturellen Transformationsvoraussetzungen zu erklären ist. Nicht zuletzt sind die umfangreichen institutionellen und organisatorischen Anpassungen der Gemeindeverwaltung sowie die Schaffung eines investitionsfreundlichen Geschäftsklimas Teil des Erfolges der Kommune. Im KMU-Sektor waren

Unternehmensgründungen, wie im vorangegangenen Kapitel erläutert, oft endogener Art. Hauptsächlich waren Gründungen jedoch auf ADI zurückzuführen (Kap. C.2.3.2), ohne dass es dabei zu einer spezifischen Branchenkonzentration kam. Der sich selbst verstärkende Prozess liegt demnach in der Bekanntheit als investitionsfreundlicher und vorteilhafter Standort sowie der zeitlich begrenzten ökonomische Möglichkeit begründet.

Der Reformpfad der Kommune Indija

Bei der Identifizierung von *critical junctures* im Pfad der institutionellen Anpassungen Indijas muss dabei insbesondere auf die Rolle zweier Schlüsselakteure Bezug genommen werden: Auf die im Jahre 2000 neu gewählte Gemeinderegierung; und auf die Rolle einer Organisation für internationale Zusammenarbeit, die US-amerikanische Entwicklungsbehörde USAID (Kap. C.2.3.1).

Die Wahl einer neuen, reformorientierten Gemeindeführung war die entscheidende Weichenstellung in der Neuausrichtung der kommunalen Arbeit. Angetrieben von einem jungen Bürgermeister und mit internationaler Unterstützung wurde in der Kommune Indija ein Prozess eingeleitet, der festgefahrene Verwaltungsabläufe sowie „verkrustete“ Organisationsstrukturen aufzubrechen suchte. Dies zeigte sich in Entlassungen, Umstrukturierungen, einer stärkeren Dienstleistungsorientierung der Verwaltung und einer Stärkung der Kompetenzen des lokalen Wirtschaftsentwicklungsbüros. Im Reformpfad und dem proaktiven Zugang der Kommune ist dabei früh erkennbar, dass die Verwaltung einen entscheidenden Paradigmenwechsel bei der Anwerbung von ausländischen Investoren vollzog.

Möglichkeiten der lokalen Wirtschaftsförderung gehören ohnehin zu den neuen Kompetenzen serbischer Kommunen. Schon traditionell besaßen die Gemeinden in der SFRJ und in den Nachfolgestaaten des Milošević-Regimes – durch das Prinzip der lokalen Selbstverwaltung – weitergehende Kompetenzen als die lokale Ebene in den anderen sozialistischen und zentralistischen Staaten Europas. Die Investitionsplanung lag jedoch in den Händen des jugoslawischen Staates und der Republiken (KIEFER 1979; Kap. C.1.2.2). Bei der Ausstattung mit Industriebetrieben und Arbeitsplätzen mussten Kommunen traditionell auf die Zentralorgane vertrauen und sahen sich auch nicht in der Pflicht, ihren Standort zu bewerben. Indija erkannte jedoch zu einem Zeitpunkt, als sich Serbien noch in einer unmittelbaren Umbruchphase befand, die Bedeutung der Verwaltung für die lokale Ökonomie und die Schaffung eines geschäftsfreundlichen Umfeldes durch infrastrukturelle Ausstattung, kommunale Dienste und Marketing. Die Unterstützung, welche die Kommune hierbei von außen durch die aktive Teilnahme an mehreren Programmen der internationalen Zusammenarbeit erhielt, konnte für die durchgeführten lokalen Reformen lediglich als

„Werkzeugkasten“ dienen. Letztlich war der Wille der Akteure institutionelle *lock-ins* aufzubrechen die entscheidende Weichenstellung.

In den beiden anderen untersuchten Kommunen sind Reformen und der Wille zu derart institutionellen Reorganisationen nicht festzustellen. Hier schwankt die Einstellung gegenüber den eigenen Reform- und Anpassungsmöglichkeiten in Richtung einer Förderung der lokalen Wirtschaft zwischen Passivität, Konzeptlosigkeit und absoluter Hilflosigkeit gegenüber der aktuellen lokalen Situation. Im Gegensatz zum Fall Indija stellen Knjaževac und Bečej keine Sonderfälle dar. Es scheint noch nach über einem Jahrzehnt nach dem demokratischen Umbruch eher die Regel zu sein, die Verantwortung für lokale Entwicklung an Zentralregierungsorgane weiterzureichen. Verstärkt wird dies durch den Nepotismus, die Parteinetzwerke und mangelndes Management, die noch viele Verwaltungsstrukturen serbischer Kommunen prägen (siehe auch ŠEVIĆ 2005; PEŠIĆ 2007).

Geschäftsumfeld

Insgesamt konnte die Gemeinde dadurch mit Hilfe internationaler Organisationen entscheidende Verbesserungen des lokalen Geschäftsumfeldes erreichen (Kap. C.3.1). Potentiellen Investoren kann Indija neben öffentlichen Dienstleistungen große Flächen in einem infrastrukturell gut ausgestatteten und zusammenhängenden Gewerbegebiet anbieten (Kap. C.3.3). Insbesondere die schwache Haushaltslage (Kap. C.3.2) ermöglicht es den anderen Kommunen schlicht nicht, hier umfassende Verbesserungen vorzunehmen.

Neben harten Standortfaktoren wird von Investorensseite vor allem der positive Eindruck gegenüber der Verwaltung für die Standortentscheidung zu Gunsten Indijas hervorgehoben. Genauso können sichere Zusagen zur zukünftigen infrastrukturelle Entwicklung und zu beschleunigten Genehmigungsverfahren den Ausschlag geben. Unterstützt wird dies durch ein offensives Standortmarketing und eine gute Positionierung der Kommune im Portfolio der nationalen sowie regionalen Agenturen zur Investitionsförderung, SIEPA und VIP. Bei Standortvorschlägen an potentielle Investoren verweisen diese Agenturen gerne auf den proaktiven Zugang Indijas (Kap. C.2.3.2).

Zudem war beim institutionellen Reformpfad und der Reorganisation des lokalen Geschäftsklimas erneut das marktsozialistische, institutionelle Erbe der Kommune von Vorteil. Durch die vergleichsweise ausgeprägtere Erfahrung mit Privatwirtschaft gab es dort eine tiefergehende, institutionell verankerte Geschäftskultur. Wie beschrieben, war die politische Agenda in Indija auch früher als in anderen Gemeinden nicht mehr von dem Erhalt der jugosla-

wischen Großbetriebe geprägt, wodurch sich die Verwaltungsarbeit früher neu orientieren konnte.

In den Kommunen Bečej und Knjaževac herrscht hingegen immer noch ein *institutionelles lock-in* hinsichtlich einer ererbten Kultur, bei der auf die staatliche Intervention bei der Ausgestaltung der lokalen Ökonomie gesetzt wird. Die Gemeinden Bečej und Knjaževac zeigen damit im krassen Gegensatz zu Inđija, dass gerade auf lokaler Ebene Transformationsprozesse nicht mit Institutionentransfer abgeschlossen sind. Die sozioökonomischen Krisen und die problematische Transformation Serbiens ließen dabei, frei nach CHAVANCE (1995: 28f.), den ererbten Routinen und Beziehungen aus marktsozialistischer Zeit bei der Herausbildung neuer Regeln und Normen viel Raum. Es kam somit auf lokaler Ebene nicht zu einer schlichten Übernahme der auf nationalstaatlicher Ebene ausgehandelten Regeln und Normen, während sich gleichzeitig neue Verhaltensweisen und Netzwerke im lokalen Geschäftsgebaren herausbildeten, die GRABHER & STARK (1997) folgend, schlicht notwendig sind, um sich den neuen transformativen Rahmenbedingungen anzupassen. Nach einer rechtlich-politischen und marktstrukturellen Umgestaltung kommt daher einer institutionellen Transformation, die bis auf die lokale Ebene durchdringt, weiterhin entscheidende Bedeutung für die lokale Entwicklung zu.

1.3 Typologie der Entwicklungspfade

Diese Untersuchung hat gezeigt, dass lokale Wirtschaftsentwicklungen in erster Linie von nationalen sowie globalen Kontexten und generellen räumlichen Entwicklungen determiniert werden. Die letztendlichen Entwicklungspfade innerhalb dieses Kontextes sind jedoch durch die lokale Geschichte vorbestimmt, und können bis zu einem gewissen Grad von den kommunalen Einheiten mitgestaltet werden.

Nicht nur in ökonomischen Schocks, sondern auch in langanhaltenden makroökonomischen Krisen offenbaren sich dabei die Prinzipien der regionalen und lokalen Resilienz. Persistente ökonomische Strukturen und wirtschaftskulturelle Faktoren, die sich auf *economic legacies* und *collective memories* (HERRSCHEL 2007: 4) zurückführen lassen, beeinflussen unter den permanenten Krisenbedingungen stets die Prozesse der Anpassung und der Persistenz in den untersuchten Gemeinden. Pfadabhängige Prozesse zeigen im lokal-nationalen Entwicklungsnexus eine hohe Erklärungskraft, da sich daraus sowie aus der räumlichen Einordnung empirisch wohlbegründete Erklärungen für lokale Entwicklungen ergeben. Zusammen mit den räumlichen Ergebnissen zu wachsenden, wirtschaftlichen Zentren und zurückbleibenden Peripherien lassen sich die untersuchten Kommunen typologisieren.

Die Unterscheidung nach Peripherisierung, Marginalisierung und Zentralisierung wird hier weniger auf strukturelle Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bezogen. Vielmehr ergeben sich die Entwicklungsrichtungen der drei Kommunen aus dem Zusammenspiel und der unterschiedlich starken Gewichtung der geographischen, historischen und institutionellen Faktoren. Aus dieser Verknüpfung von Theorien der räumlichen Entwicklung und dem Ansatz der Pfadabhängigkeit lassen sich die Entwicklungen der drei Kommunen klar voneinander unterscheiden, die übergeordneten räumlichen Verschiebungen Serbiens nachvollziehen und die zugrundeliegende systemische Natur des jeweiligen Pfades entschlüsseln. Die Gemeinde Indija hat einen Zentralisierungsprozess durchlebt, während die Entwicklung von Bečej als Peripherisierung skizziert wird und die von Knjaževac als Marginalisierung konzeptualisiert wird. kann.

Zentralisierung – Indija

Ab etwa Mitte der 2000er Jahre lassen sich in der Kommune Indija positive Ausbreitungseffekten der naheliegenden wirtschaftlichen Zentren, Belgrads und Novi Sad, feststellen. Die Kommune konnte Agglomerationsvorteile, wie Arbeitskräfteangebot, Humankapital und einen großen regionalen Markt, für sich nutzen. Gleichzeitig sind dort Gewerbeflächen verfügbar sowie günstiger, und die Belastung der Infrastruktur ist geringer als in Belgrad. Die Entwicklung von Indija ist damit Teil des übergeordneten Zentralisierungs- und Metropolierungsprozesses des Landes. Diese vorteilhafte, räumliche Einordnung konnte die Kommune durch umfassende Reorganisationsprozesse – besser als andere Gemeinden der unmittelbaren Region – für sich nutzbar machen. Bei der Revitalisierung ausländischer Direktinvestitionen nach Serbien infolge des demokratischen Umbruchs nutzte die Kommune dieses zeitlich begrenzte Fenster der Möglichkeiten optimal, um sich bei den Investoren bekannt zu machen.

Erste finanzstarke Investoren brachten Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in die Kommune. Ein besser aufgestellter Haushalt ermöglicht der Kommune die eigene Infrastruktur und kommunale Dienstleistungen voranzutreiben und damit die lokalen Rahmenbedingungen weiter anzupassen, um somit interessanter für weitere Investitionen zu sein. Die „Leuchtturmprojekte“ des Factory Outlet Centers und des IT Park Indija zeigen, dass die Kommune ebenso außerhalb des produzierenden Sektors das Interesse von finanzstarken Investoren weckt. Trotz der Gefahr, dass in globalen Krisenzeiten ausländische Investoren Kapital abziehen könnten, besitzt Indija mit dieser weiteren Diversifizierung mittlerweile eine durchaus resiliente ökonomische Landschaft.

Zudem zeigt sich gerade bei ADI räumliche Selektivität nach „attraktiven“ und „unattraktiven“ ökonomischen Möglichkeiten besonders deutlich und we-

sentlich ausgeprägter als bei endogenen Unternehmensgründungen. Andererseits sind von einer positiven endogenen Entwicklung stärkere Resilienzen gegenüber zukünftigen globalen Wirtschaftskrisen zu erwarten als von ADI. Es ist demnach als besonders positiv zu bewerten, dass die Geschichte der Kommune als Investitionsdestination von einer substantiellen endogenen Entwicklung der Unternehmenslandschaft flankiert wird.

Peripherisierung – Bečej

Die Kommune Bečej befindet sich im traditionell bevorteilten nördlichen Landesteil Serbiens: der Provinz Vojvodina. Im sozialistischen Jugoslawien wurde in dieser Region durchweg eine höhere Bruttowertschöpfung erzielt als in den südlicheren Landesteilen der serbischen Teilrepublik. Verkehrsinfrastrukturell hat der Ort durch die Anbindung an das europäische Verkehrsnetz und die Nähe zur Europäischen Union ebenso gute Voraussetzungen. Im Zuge der prononcierten Polarisierung in Richtung der Zentren haben die Vojvodina, insbesondere die dortigen ländlich geprägte Gebiete, teilweise ihren guten Entwicklungsstand der Vergangenheit eingebüßt. Die Gemeinde Bečej ist damit Teil von räumlichen Entzugseffekten und damit ein Beispiel für die neue Peripherie Serbiens.

Noch mehr als die räumlichen Verschiebungen führte jedoch der lokale strukturelle *lock-in* der Agro-Industrie zur Peripherisierung des Standortes. Die Gemeinde ist ein typisches Beispiel für Probleme die aus der planwirtschaftlichen Hinterlassenschaft eines dominierenden „Mammutbetriebes“ entstehen. Nach dem demokratischen Umbruch war das lokale Agro-Industrie-Kombinat *PIK Bečej* nicht in der Lage, sich den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Da dieser Betrieb für den Standort unter die Kategorie „*too-big-to-fail*“ fällt, wird er durch staatliche Eingriffe künstlich am Leben erhalten und hemmt dadurch gleichzeitig eine endogene Entwicklung.

Die Gemeinde hat einen äußerst schwachen KMU-Sektor und kann kaum ausländische Direktinvestitionen vorweisen. Der strukturelle *lock-in*, die fehlende ökonomische Differenzierung und die mangelnden Anreize für Unternehmensgründungen zeigen somit die starke Fremdbestimmtheit und Verwundbarkeit der lokalen Wirtschaft. Die lokale Administration hat unter diesen Bedingungen zudem kaum eigene Möglichkeiten der Reorganisation, um sich auf eine eventuelle Verschärfung der lokalen Krise einzustellen.

Marginalisierung – Knjaževac

Die Gemeinde Knjaževac ist ein Beispiel für einen peripher gelegenen Standort, der durch gezielte planwirtschaftliche Investitionspolitik industriell entwickelt und in die gesamtstaatliche Wertschöpfung der SFRJ eingebunden wurde. Die

Planung hatte den lokalen Arbeitsmarkt dabei vollständig von einigen Großbetrieben abhängig gemacht. Die räumlichen Entzugseffekte nach der demokratischen Umwälzung trafen einen peripheren Standort wie Knjaževac dabei besonders.

Zudem hatte das Krisenjahrzehnt der 1990er Jahre mit den internationalen Wirtschaftssanktionen aufgrund der lokalen Ausrichtung auf eine Konsumgüterindustrie eine besonders destruktive Wirkung. Mit dem Wegfall der Absatz- und Zuliefermärkte kam es zu enormen Produktionseinbrüchen und in der Folge zu Ausbeutung der Betriebe sowie technologischer Rückständigkeit. Die lokale Ökonomie besaß dadurch nach dem demokratischen Umbruch und der Liberalisierung der serbischen Wirtschaft keine Möglichkeiten der Reorganisation mehr und brach fast vollständig zusammen. Zudem befand sich die Kommune im Zuge dieser Deindustrialisierung in einem institutionell-kulturellen *lock-in*. Der Ort hatte durch die staatlichen Zugriffe über Jahrzehnte hinweg einen hohen Entwicklungsstand, gute Löhne und soziale Sicherheit genossen. Lokale Anpassungen in der Verwaltungsarbeit zugunsten eines wirtschaftlich förderlichen Umfelds waren unter dieser Bedingung nicht notwendig gewesen. In der Folge, insbesondere nach dem demokratischen Umbruch, waren diese dann kaum mehr zu realisieren, da schlicht verinnerlichte Verhaltensmuster reproduziert wurden.

Der Pfad zeichnet demnach die Entwicklung von einem industrialisierten Standort zu einer erneuten Peripherisierung und hin zu einer fast vollständigen ökonomischen Abkopplung und Marginalisierung nach. Dies geht einher mit Schrumpfungsprozessen, vorwiegend durch die Abwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte und die Überalterung der lokalen Bevölkerung. Ausländische Investitionen sind aufgrund des Hemmnisses der schlechten infrastrukturellen Verkehrsanbindungen kaum zu erwarten und flossen bisher nur vereinzelt in die Schuhproduktion. Diese Tatsachen und die anhaltende Herausbildung bzw. Verstärkung von Zentralisierungs- und Polarisations-tendenzen in Serbien machen alles andere als eine weitere Marginalisierung des Ortes schlicht unwahrscheinlich.

Die Abwärtsspirale wird nur durch die endogene Unternehmensentwicklung im KMU-Sektor abgefedert. Die dortigen Gründungen sind dabei vorwiegend in der Schuhherstellung und im Textilsektor angesiedelt. Diese Ausrichtung macht den Standort zur reinen Lohnperipherie einer arbeitsintensiven Produktion und kaum interessant für junge Arbeitnehmer. Gleichzeitig besteht aber durch diese Gründungen die Hoffnung, dass dort nach dem jahrzehntelangen Niedergang die wirtschaftliche Talsohle erreicht sein könnte. Zukünftige Anpassungsprozesse werden jedoch um einen marginalisierten Wirtschafts-

bereich stattfinden und eher zur einstweiligen Stagnation führen. Jedoch ist damit keineswegs ein sich einstellendes Gleichgewicht zu erwarten. Denn schon kleine Veränderungen oder weitere Unternehmenskrisen könnten die fragile lokale Ökonomie erneut nach unten ziehen.

2 Schlussbemerkungen

In dieser Arbeit konnte die Bandbreite lokaler Entwicklungen innerhalb einer langanhaltenden makroökonomischen Krisensituation und einer verzögerten Transformation anhand dreier serbischer Kommunen aufgezeigt werden. Die Ergebnisse der Studie eröffnen dabei den Blick für weiteren Forschungsbedarf (Kap. D.2.1). Zudem ergeben sich aus den Ergebnissen Hinweise für die politische Steuerung (Kap. D.2.2), obgleich die politisch-planerische Seite der lokalen Ebene hier kein unmittelbarer Untersuchungsgegenstand war.

2.1 Diskussion und weitere Forschung

Der hier verwendete konzeptionelle Zugang leistet einen generellen Beitrag zum Forschungsfeld räumlich ungleicher Entwicklungen. Die theoretische Kombination zwischen regionaler Entwicklung und Pfadabhängigkeit und die zugrundeliegende Vorstellung von Transformation sind problemlos auf andere Kontexte in und außerhalb post-jugoslawischer und post-sozialistischer Entwicklungen übertragbar. Formen der ökonomischen Marginalisierung und Abkopplung sowie ökonomischer Selbstzerstörung durch retardierte Institutionen finden sich in vielen Ländern des globalen Südens, sowie in den berüchtigten *failed states*. Genauso finden sich wirtschaftliche Konsolidierungs- bzw. Aufholprozesse aufgrund vorangegangener, tiefgreifender und langanhaltender Krisen in unterschiedlichen globalen Kontexten. Letztlich lassen sich mit der Forschungsperspektive dieser Studie positive wie negative dynamische wirtschaftliche Entwicklungen einzelner Standorte fassen. Im Besonderen hat sich für die Beantwortung der Fragestellung der hier entwickelte Zugang mit Hilfe unterschiedlicher Theorien bewährt, um verschiedene Raumentwicklungen unter sich stark verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu fassen. Der serbische Sonderfall verdeutlicht hierbei hervorragend die räumlichen Folgen von verschiedenartigen makroökonomischen Krisen und Veränderungen sowie damit implizit von unterschiedlichen Globalisierungswirkungen.

Der theoretische Zugang dieser Arbeit wurde so konzipiert, dass damit übergeordnete räumliche Entwicklungen parallel mit konkreten lokalen Ausprägungen zu fassen sind. Diese Herangehensweise war aufgrund der Komplexität der

Fragestellung und dem Mangel eines adäquaten existierenden Analyserahmens notwendig. Diese Positionierung zwischen *geography matters*, *history matters* und *institutions matter* hat sich dabei als überaus fruchtbar erwiesen und sollte daher durch weitere empirische Untersuchungen und theoretische Konkretisierungen als Basis für eine neue Modellentwicklung, der Beziehung räumlicher und lokaler Entwicklungen, dienen.

Die dabei auf gesamtstaatlicher Ebene verwendeten quantitativen Indizes und die Berechnung von Konzentrationstendenzen (Kap. B.1.4) wurden der verfügbaren serbischen Datenlage angepasst. Diese Berechnungen können dennoch als allgemeiner Vorschlag für eine statistische Annäherung zum Thema der räumlichen Entwicklung verstanden werden, obgleich diese Vorgehensweise nicht mit übertragbaren und theoretisch eindeutig zu verortenden ökonomischen Modellen gleichzusetzten ist.

Es war ohnehin nicht das Ziel, Ergebnisse durch einzelne methodische oder theoretische Modelle zu erhalten, sondern multikausale Begründungszusammenhänge zu entwickeln. In einem solchen Erklärungsansatz löst sich der Gegensatz zwischen endogenen und exogenen Faktoren ein Stück weit auf. Dadurch lassen sich Transformationspfade realitätsnaher und genauer konzeptualisieren. Jedoch beinhaltet eine solche holistische Herangehensweise immer eine notwendige Reduktion der Erklärungen einzelner Aspekte des Untersuchungsgegenstandes. Durch die Fallauswahl konnte zwar eine Bandbreite an lokal-transformatorischen Phänomenen beschrieben werden; jedoch kann die Begrenzung auf drei Beispiele bei weitem nicht alle Ausprägungen erfassen. Sicherlich lohnend wäre es dabei – auf der Basis der vorwiegend qualitativen, lokalen Befunde und der vorgestellten Typologie (Kap. D.1.3) – eine formalisierte Klassifikation serbischer oder ex-jugoslawischer Gemeinden zu entwickeln.

Zudem vernachlässigen die Konzentration auf klein- und mittelstädtische Kommunen, einem absoluten Forschungsdesiderat der geographischen Transformationsforschung (vgl. BURDACK 2010), notwendigerweise rein ländlich oder großstädtische geprägte Wirtschaftsstrukturen sowie siedlungsstrukturellen Fragen insgesamt. Mit Bezug auf TATUR (2001) und BORSIG (2010) kommt in der Forschung zu kleineren Orten außerdem dem sozialen Kapital eine besondere Rolle zu. Für die Staaten Mittel- und Osteuropas existieren hierzu bereits einige empirische Arbeiten. Weitere empirische Arbeiten, speziell zu den Nachbarstaaten Jugoslawiens, wären lohnenswert, um besser zu verstehen, wie soziale Bindungen, Sozialstrukturen und gemeinschaftliche Arbeit gerade für die transformative Entwicklung kleinerer Städte von Bedeutung sind. Explizit wäre hier erneut auf das jugoslawische Selbstmanagementsystem einzugehen, da hieraus ein, historisch begründetes, stärkeres zivilgesellschaftliches Enga-

gement auf der lokalen Ebene zu erwarten ist. Zudem könnte danach gefragt werden – auch als Weiterentwicklung der hier präsentierten Studie – wie unterschiedliche ökonomische Entwicklungen im Lokalen mit Koevolutionen von sozialen Dienstleistungen und gemeinschaftlichem Engagement einhergehen.

Aus den hier analysierten räumlichen Entwicklungen Serbiens ergeben sich außerdem implizit Hinweise darauf, dass die staatliche Subventions- und Regionalpolitik keine wirksamen Instrumente hervorbringt, um den räumlichen Ungleichheiten entgegenzusteuern. Es ist offensichtlich, dass die serbische Politik der höheren Subventionsvergabe in periphere, unterentwickelte Regionen kaum Anreize für Investitionen schafft. Die Gründe hierfür sind im serbischen Fall durch umfassende Unternehmensbefragungen genauer zu überprüfen und äußerst kritisch vor dem Hintergrund der endogenen Unternehmensentwicklung zu beleuchten. Es ist zu vermuten, dass die Instrumente der serbischen Regionalförderung gegenüber der allgemein hohen Subventionsvergabe kaum zusätzliche Investitionsanreize bieten. Zudem werden Subventionen für Investitionen in unterentwickelte Gebiete die meisten Investoren nicht überzeugen können, allzu starke Einschränkungen bei Infrastruktur, Humankapital und anderen Standortfaktoren in Kauf zu nehmen.

2.2 Implikationen für die Politik

Gerne wird als Argument vorgebracht, dass Dezentralisierung bzw. die Stärkung lokaler Verantwortung und Zuständigkeiten endogenes Wachstum hervorbringt und damit simultan zu einem allgemeinen Wirtschaftswachstum des Landes führt (OATES 1993). Empirische Ergebnisse sind hierzu jedoch nicht eindeutig.¹²⁴ BARTLETT et al. (2013: 18) beurteilen, mit Bezug auf MONASTIRIOTIS (2013), Dezentralisierungsentwicklung der jüngeren Geschichte Serbiens als nicht verantwortlich für das Anwachsen räumlicher Ungleichheiten. Jedoch hätten diese auch nicht dazu geführt, dass der weniger entwickelte Süden des Landes sein endogenes Potential hätte besser ausschöpfen können.

Ganz unabhängig vom Grad der lokalen Selbstverwaltung konnten die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zu serbischen Kommunen zeigen, dass die Erfolgsgeschichte einer Gemeinde auf einer Vielzahl von gleichgerichteten Faktoren beruhte. Diese machte es dieser Kommune erst möglich, seine zur Verfügung stehende lokale Autonomie in sinnvoller Weise für die Förderung ihrer Wirtschaft zu nutzen. In den meisten serbischen Kommunen ist die

¹²⁴ RODRIGUEZ-POSE & KROIJER (2009) identifizierten im Transformationskontext in einer Untersuchung mittel- und osteuropäischer Staaten sogar einen negativen Zusammenhang zwischen Wachstum und Dezentralisierung.

Deindustrialisierung auf Restrukturierungstendenzen einzelner Sektoren und Unternehmenstypen und den allgemeinen Niedergang peripherer Regionen zurückzuführen und demnach weniger auf falsch gewählte lokale Entscheidungen.

Die *Success Story* und Eigendynamik einer der Fallstudien kann daher kaum „kopiert“ und auf andere Kommunen übertragen werden, in Erwartung ähnlicher prosperierender Entwicklungen. *Best Practices* können höchstens als Orientierungsmaterial dafür dienen, ob sie auch im konkreten Fall brauchbar sind (SIMON 2001: 154). Aufgrund des so klar polarisierten Raummusters sind in Serbien nur unter ähnlichen geographischen Standortvoraussetzungen wie in der genannten Fallstudie, und aufgrund der anhaltend ökonomisch fragilen Situation des ganzen Landes, derart prosperierende Entwicklungen denkbar.

Unabhängig von der Lage der Orte, ist deren lokale Entwicklung zudem durch wirtschaftsstrukturelle oder institutionelle Hinterlassenschaften eingeschränkt. Das Wissen um solche Pfadabhängigkeiten und deren systemische Wirkung muss die handelnden Akteure jedoch nicht entmutigen, in dem Sinne, dass Entwicklungen ohnehin vorgezeichnet sind. Vielmehr ist es wichtig, die eigene Geschichte zu kennen und zu verstehen, um daraus ein gewisses Spektrum an Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Durch Reorganisationsprozesse ist es durchaus denkbar, sich aus den „Fängen der Geschichte“ zu befreien. Dabei ist gerade die lokale Ebene auf Führungspersönlichkeiten mit klarem Profil angewiesen. Über ein Jahrzehnt nach der demokratischen Revolution ist immer noch das Aufbrechen verkrusteter Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen eine der wichtigsten Herausforderung der Kommunalverwaltungen. Derlei lokale Reorganisationen sind Schlüsselfaktoren, die einen sich veränderten nationalen institutionellen Rahmen begleiten. Gerade hinsichtlich des aktuellen EU-Annäherungsprozess und der damit verbundenen Möglichkeit, neue Fördermittel und Fonds zu akquirieren, beginnt für die serbischen Kommunen eine neue Phase der institutionellen Anpassung.

Das beschriebene Erfolgsbeispiel sollte in erster Linie andere Akteure ermutigen, empfindliche Reorganisationen der eigenen Lokalverwaltungen vorzunehmen. Die *Success Story* von Indija hat zudem, so der Eindruck aus vielen Gesprächen, schon viele lokale und nationale Akteure in Serbien ermutigt, sich mit hoher Energie auf die Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen zu fokussieren. Generell ist das reine Vertrauen auf externe Quellen wie ADI jedoch nur eine kurzzeitige Lösung und anfällig für globale Konjunkturschwankungen. Simultan kann die Dominanz von ausländischen Investitionen zur Blockade endogener Ressourcen und damit zu einer geringeren lokalen Resilienz führen (SIMMIE & MARTIN 2010: 42). So ist hier nur ein weiteres Mal

eindringlich auf die Bedeutung endogener Entwicklung und die Aktivierung eigener Potentiale (siehe HAHNE 1985) hinzuweisen.

Eine leistungsschwache und kapitalarme endogene Unternehmensentwicklung ist ohnehin ein generelles Kennzeichen der serbischen Wirtschaftsentwicklung seit 2000. Kleine und mittelständische Unternehmensgründer abseits der politisch gut vernetzten Wirtschaftselite stehen oft vor großen bürokratischen Hindernissen und werden so von Investitionen abgehalten. Außerdem haben einheimische Investoren einen erschwerten Zugang zu Krediten, da sie nicht in gleichem Maße wie transnationalen Konzerne Sicherheiten stellen können (vgl. KUTTENKEULER 2006: 112f.). Bereits SMITH & PAVLÍNEK (2000: 237f.) merken an, dass die wirtschaftsliberalen Rahmenbedingungen einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik in den mittelosteuropäischen Staaten den Spielraum zur Verbesserung der regionalen Leistung stark einschränken. Darunter leidet die endogene Entwicklung, jedoch ebenso die Integrierung von externen Investoren in regionale Versorgungs- und Produktionsnetze, und damit deren Zusammenarbeit mit den vorhandenen Betrieben.

Trotz dieser Hindernisse und mit Blick auf die enormen Aufgaben, die das Land und seine Kommunen erwarten, sollten diese Ausführung zu einer stärker kontextorientierten Planung und Politik ermutigen. In der serbischen Unternehmenslandschaft liegt ein beachtliches endogenes Potential, dessen Entwicklung weiterhin durch institutionelle und strukturelle *lock-ins* sowie eine neoliberale Wirtschaftspolitik behindert wird.

Literaturverzeichnis

- AGHION, P. & O. J. BLANCHARD (1998): On Privatization Methods in Eastern Europe and their Implications. *Economics of Transition* 6(1): 87–99.
- ALTVATER, E. (1998): Theoretical Deliberations on Time and Space in Post-socialist Transformation. *Regional Studies* 32(7): 591–605.
- ANDREFF, W. (1993): Internal and External Constraints of Privatisation in Eastern Europe. *History of European Ideas* 17(6): 715–723.
- ANDRUSZ, G. D.; HARLOE, M. & I. SZELÉNYI (Hrsg.) (1996): *Cities after Socialism. Urban and Regional Change and Conflict in Post-socialist Societies.* Oxford et al. (Blackwell).
- ARTHUR, W. B. (1989): Competing Technologies, Increasing Returns, and Lock-In by Historical Events. *The Economic Journal* 99(394): 116–131.
- ARTHUR, W. B. (1994): Industry Location Patterns and the Importance of History. In: ARTHUR, W. B. (Hrsg.): *Increasing Returns and Path Dependence in the Economy:* 49–67; Ann Arbor (Univ. of Michigan Press).
- BABIĆ, S. (2001): The Political Economy of Adjustment to Sanctions. The Case of Serbia. In: ZUCCONI, M. (Hrsg.): *The Effects of Economic Sanctions. The Case of Serbia:* 75–111; Milano (Franco Angeli).
- BACHTLER, J.; DOWNES, R. & G. GORZELAK (2000): Conclusions. In: BACHTLER, J., DOWNES, R. & G. GORZELAK (Hrsg.): *Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe:* 355–378; Aldershot, Burlington (Ashgate).
- BALOGH, J. (2008): Die gemeinsame Wirtschaftspolitik in der Doppelmonarchie. In: MEZEY, B. (Hrsg.): *Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867:* 7–20; Budapest (Rechtgeschichtliche Vorträge, 52).
- BANDELJ, N. (2002): Embedded Economies: Social Relations as Determinants of Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe. *Social Forces* 81(2): 411–444.
- BANERJEE, B.; JESENKO, M. & K. GRM (2012): Regional Disparities in Slovenia. *Zbirko Prikazi in Analize* 18(2).
- BARTLETT, W.; MALEKOVIĆ, S. & V. MONASTIRIOTIS (2013): Decentralization Paradigms in South East Europe. An Introduction. In: BARTLETT, W., MALEKOVIĆ, S. & V. MONASTIRIOTIS (Hrsg.): *Decentralization and Local Development in South East Europe:* 3–25; Houndmills et al. (Palgrave Macmillan).

- BATHELT, H. & J. GLÜCKLER (2012): *Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive*. 3. Auflage, Stuttgart (Ulmer UTB).
- BEGOVIĆ, B.; MIJATOVIĆ, B.; PAUNOVIĆ, M. & D. POPOVIĆ (2008): *Greenfield Foreign Direct Investments in Serbia*. Belgrade (Center for Liberal-Democratic Studies).
- BEGOVIĆ, B. & M. PAUNOVIĆ (2009): *Political Economy of Enterprise Restructuring and Election Results in Serbia*. CLDS Working Paper(0109).
- BEREND, I. T. (2001): *The Rate and Results of Economic Growth and its Effect on Modernization*. In: BEREND, I. T. & T. CSATÓ (Hrsg.): *Evolution of the Hungarian Economy 1848-1998. Volume I. One-and-a-Half Centuries of Semi-Successful Modernization 1848-1989*: 119–127; Boulder et al. (Columbia University Press).
- BEREND, I. T. & T. CSATÓ (Hrsg.) (2001): *Evolution of the Hungarian economy 1848-1998. Volume I. One-and-a-Half Centuries of Semi-Successful Modernization 1848-1989*, Boulder et al. (Columbia University Press).
- BERTOLA, G.; BLAU, F. D. & L. M. KAHN (2001): *Comparative Analysis of Labour Market Outcomes. Lessons for the US from International long-run Evidence*. London (Centre for Economic Policy Research).
- BEYER, J. (2001): *Ausländische Direktinvestitionen. Eine Herausforderung für die politische Steuerung der Transformation*. In: WIESENTHAL, H. (Hrsg.): *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*: 191–213; Wiesbaden (Westdt. Verlag).
- BILANDŽIĆ, D. & R. VUKADINOVIĆ (1973): *Osnovne društvene promjene u Jugoslaviji i svijetu nakon Drugoga Svjetskog Rata 1945-1973*. Zagreb (Školska Knjiga).
- BLANCHARD, O. & J. WOLFERS (2000): *The Role of Shocks and Institutions in the Rise of European Unemployment: The Aggregate Evidence*. *The Economic Journal* 110(462): C1.
- BLANUŠA, A. & A. GRBIĆ (2011): *Citizen Participation in Local Self-Government in the Republic of Serbia*. *Megatrend Review* 8(2): 555–572.
- BLOMSTRÖM, M.; FORS, G. & R. E. LIPSEY (1997): *Foreign Direct Investment and Employment. Home Country Experience in the United States and Sweden*. *The Economic Journal* 107(445): 1787–1797.

- BLOTEVOGEL, H. H. (1997): Bevölkerung, Wirtschaft und regionale Restrukturierung in Europa. In: Räumliche Disparitäten und Bevölkerungswanderungen in Europa. Regionale Antworten auf Herausforderungen der europäischen Raumentwicklung: 77–90; Hannover (ARL).
- BOERI, T. (1997): Heterogeneous Workers, Economic Transformation and the Stagnancy of Transitional Unemployment. *European Economic Review* 41: 905-914.
- BORÉN, T. & M. GENTILE (2007): Metropolitan Processes in Post-Communist States. An Introduction. *Geografiska Annaler B* 89(2): 95–110.
- BORSIG, A. (2010): Social Capital. The Missing Link in Small Town Research. In: BORSIG, A. (Hrsg.): *Small Towns in Eastern Europe. Local Networks and Urban Development*: 15–25; Leipzig (Leibniz-Institut für Länderkunde).
- BOSCHMA, R. A. & J. G. LAMBOOY (1999): Evolutionary Economics and Economic Geography. *Journal of Evolutionary Economics* 9: 412–429.
- BOSCHMA, R. & K. FRENKEN (2006): Why is Economic Geography not an Evolutionary Science?. Towards an Evolutionary Economic Geography. *Journal of Economic Geography* 6(3): 273–302.
- BOSCHMA, R. & K. FRENKEN (2007): Introduction. Applications of Evolutionary Economic Geography. In: FRENKEN, K. (Hrsg.): *Applied Evolutionary Economics and Economic Geography*: 1–24; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- BOSCHMA, R. & R. MARTIN (2010): The Aims and Scope of Evolutionary Economic Geography. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): *The Handbook of Evolutionary Economic Geography*: 3–39; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- BRADÉ, I.; HERFERT, G. & K. WIEST (2009): Recent Trends and Future Prospects of Socio-spatial Differentiation in Urban Regions of Central and East Europe. A Lull before the Storm?. *Cities* 26(5): 233–244.
- BRAUN, B. & C. SCHULZ (2012): *Wirtschaftsgeographie*. Stuttgart (Ulmer UTB).
- BREY, H. (2011): Serbiens mühsamer Weg in die EU. *Geographische Rundschau* 63(4): 20–26.
- BREY, T. (1993): *Die Logik des Wahnsinns. Jugoslawien - von Tätern und Opfern*. Freiburg im Breisgau et al. (Herder Spektrum).
- BRISTOW, G. (2010): Resilient Regions. Re-'place'ing Regional Competitiveness. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 3(1): 153–167.

- BRISTOW, G. & A. HEALY (2014): Regional Resilience. An Agency Perspective. *Regional Studies* 48(5): 923–935.
- BRUNS, B. & S. HENN (2014): Problem-centred Interviews in Sensitive Contexts. Researching Cigarette Smugglers and Diamond Traders. *SAGE-Handbook Research Methods Cases*. (<http://dx.doi.org/10.4135/978144627305013512941>, 04.05.2014).
- BTI (2014): Serbia Country Report. Bertelsmann Stiftung's Transformation Index (BTI). (http://www.bti-project.de/uploads/tx_itao_download/BTI_2014_Serbia.pdf, 22.09.2014).
- BUBALO-ŽIVKOVIĆ, M.; ĐERČAN, B.; LUKIĆ, T. & A. DRAGIN (2010): Emigrants from Serbia in the last 40 years. 4th International Conference of Balkans Demography, Budva, Montenegro, 13-15 May 2010. (http://www.demobalk.org/Demobalk_conferences_seminars/Docs/Demobalk_Conferences_Seminars_Doc_00080_gr.pdf, 10.04.2014).
- BUCHHOFER, E. (2003): Räumliche Polarisierungseffekte in der polnischen Industrie im Zuge der Transformation?. *Europa Regional* 11(1): 24–32.
- BURDACK, J. (2010): Small Town Research and Small Town Developments. An Introduction. In: BORSIG, A. (Hrsg.): *Small towns in Eastern Europe. Local Networks and Urban Development*: 7–14; Leipzig (Leibniz-Institut für Länderkunde).
- BURDACK, J. & B. LANGE (2011): Accommodating Creative Knowledge Workers?. Empirical Evidence from Metropolises in Central and Eastern Europe. In: MÜLLER, B. (Hrsg.): *German Annual of Spatial Research and Policy 2010*: 59–68; Berlin, Heidelberg (Springer).
- BÜSCHENFELD, H. (1981): *Jugoslawien*. Stuttgart (Klett).
- BÜSCHENFELD, H. (1995): Sozioökonomische Verwerfungen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. *Geographie und Schule* 17(2): 9–19.
- BÜSCHENFELD, H. (1999a): Wirtschaftliche Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. *Europa Regional* 7(4): 23–38.
- BÜSCHENFELD, H. (1999b): Makedonien. Probleme eines neuen Staates. *Europa Regional* 7(1): 13–21.
- CALIC, M.-J. (1994): *Sozialgeschichte Serbiens, 1815-1941. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung*. München (R. Oldenbourg).
- CALIC, M.-J. (2007): Gescheiterte Idee. Gründe für den Zerfall Jugoslawiens. In: KEßELRING, A. (Hrsg.): *Wegweiser zur Geschichte Bosnien-Herzegowina*: 136–145; Paderborn et al. (Schöningh).

-
- CALIC, M.-J. (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. Bonn (Bundeszentrale für Politische Bildung).
- CALIC, M.-J. (2011): Der Jugoslawienkrieg der 1990er Jahre. Theorie des ethnonationalistischen Krieges. In: JÄGER, T. & R. BECKMANN (Hrsg.): Handbuch Kriegstheorien: 448–456; Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften).
- CANTNER, U. & H. GRAF (2010): Growth, Development and Structural Change of Innovator Networks. The Case of Jena. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): The Handbook of Evolutionary Economic Geography: 370–387; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- CCET (1996): Transition at the Local Level. The Czech Republic, Hungary, Poland and the Slovak Republic. Paris (OECD Publication Service).
- CERMAN, M. & S. C. OGILVIE (1994): Einleitung: Theorien der Proto-Industrialisierung. In: CERMAN, M. & S. C. OGILVIE (Hrsg.): Proto-Industrialisierung in Europa. Industrielle Produktion vor dem Fabrikzeitalter: 9–23; Wien (Verlag für Gesellschaftskritik).
- CEROVIĆ, B. (Hrsg.) (2006): Privatisation in Serbia. Evidence and Analyses. Belgrade (Faculty of Economics Belgrade, Pub. Centre).
- CEROVIĆ, B. & R. DRAGUTINOVIĆ-MITROVIĆ (2006): Privatisation Effects. Evidence from Serbia. 9th Bi-Annual Conference of the European Association for Comparative Economics Studies (EACES), Brighton, September 2006.
- CHAVANCE, B. (1995): Hierarchical Forms and Coordination Problems in Socialist Systems. *Industrial and Corporate Change* 4(1): 271–291.
- CHINDEA, A.; MAJKOWSKA-TOMKIN, M.; MATTILA, H. & I. PASTOR (2008): Migration in Serbia. A Country Profile. Geneva (International Organization for Migration).
- CHRISTOPHERSON, S.; MICHIE, J. & P. TYLER (2010): Regional Resilience. Theoretical and Empirical Perspectives. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 3(1): 3–10.
- CLAUß, G.; EBNER, H. & M. RÖHR (1999): Statistik für Soziologen, Pädagogen, Psychologen und Mediziner. 3. Auflage, Thun et al. (Deutsch Harri).
- CONTI, S. & P. GIACCARIA (2009): Local Economic Development. In: KITCHIN, R. & N. J. THRIFT (Hrsg.): *International Encyclopedia of Human Geography*: 233–238; Amsterdam (Elsevier).

- COURTNEY, P. & A. ERRINGTON (2001): The Role of Small Towns in the Local Economy and Some Implications for Development Policy. *RLCE* 15(4): 280–301.
- CRNOBRNJA, M. & N. SAVĆ (2012): Economic Developments during Transition in Serbia. Belgrade (Faculty of Economics, Finance and Administration). (<http://www.fefa.edu.rs/files/pdf/StudijeIstrazivanja/sveska01TransitionInSerbiaHistoryAndProspects.pdf>, 03.02.2013).
- CSÁKI, G. (1995): Foreign Direct Investment in Hungary. In: ZLOCH-CHRISTY, I. (Hrsg.): Privatization and Foreign Investments in Eastern Europe: 107–129; Westport (Praeger).
- CSATÓ, T. (2001): The Emergence of Large-scale and Continued Importance of Small-scale Industry. In: BEREND, I. T. & T. CSATÓ (Hrsg.): Evolution of the Hungarian economy 1848-1998. Volume I. One-and-a-Half Centuries of Semi-Successful Modernization 1848-1989: 76–99; Boulder et al. (Columbia University Press).
- DALLAGO, B. (2013): Puzzles in Local Development and Transformation in South East Europe. In: BARTLETT, W., MALEKOVIĆ, S. & V. MONASTIRIOTIS (Hrsg.): Decentralization and Local Development in South East Europe: 29–50; Houndmills et al. (Palgrave Macmillan).
- DALLAGO, B. & M. UVALIĆ (1998): The Distributive Consequences of Nationalism. The Case of Former Yugoslavia. *Europe-Asia Studies* 50(1): 71–90.
- DAVID, P. A. (1985): Clio and the Economics of QWERTY. *The American Economic Review* 75(2): 332–337.
- DAVIDOVIĆ, R. (1988): Opština Indija. geografska monografija. Novi Sad (Institut za geografiju PMF).
- DOBIAS, P.; MEHIĆ, A. & A. ROHMANN (2000): Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien. Berlin (Duncker & Humblot).
- DOMAŃSKI, B. (2000): The Impact of Spatial and Social Qualities on the Reproduction of Local Economic Success. The Case of the Path Dependent Development of Gliwice. *Prace Geograficzne Uniwersytet Jagiellonski*(106): 35–53.
- DOMAŃSKI, B. (2004): Local and Regional Embeddedness of Foreign Industrial Investors in Poland. *Prace Geograficzne Uniwersytet Jagiellonski*(114): 37–54.

- DOMAŃSKI, B. (2011): Post-socialism and Transition. In: PIKE, A., RODRÍGUEZ-POSE, A. & J. TOMANEY (Hrsg.): Handbook of Local and Regional Development. London, New York (Routledge).
- DOMAŃSKI, B. & K. GWOSDZ (2010): Multiplier Effects in Local and Regional Development. *Quaestiones Geographicae* 29(2): 27–37.
- DÖVÉNYI, Z. (1995): Die strukturellen und territorialen Besonderheiten der Arbeitslosigkeit in Ungarn. In: MEUSBURGER, P. & A. KLINGER (Hrsg.): Vom Plan zum Markt. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns: 114–129; Heidelberg (Physica-Verlag).
- DÖVÉNYI, Z. (2001): Development and Spatial Disparities of Unemployment in Hungary. In: MEUSBURGER, P. & H. JÖNS (Hrsg.): Transformations in Hungary. Essays in economy and society: 207–224; Heidelberg, New York (Physica-Verlag).
- MLADENOVIĆ, D. (1997): Vek kao milenijum. Monografija niške industrije tekstila niteks. Niš (Niteks).
- DUBEY, V. (1975): Yugoslavia - Development with Decentralization. Report of a Mission Sent to Yugoslavia by the World Bank. Baltimore (The John Hopkins University Press).
- DUNFORD, M. (2000): Regional Disparities in the EU through the Lens of Official Statistics. In: PETRAKOS, G., MAIER, G. & G. GORZELAK (Hrsg.): Integration and Transition in Europe. The Economic Geography of Interaction: 69–99; London, New York (Routledge).
- DUNFORD, M. & A. SMITH (1998): Trajectories of Change in Europe's Regions. Cohesion, Divergence and Regional Performance. Working Papers in Contemporary European Studies 26(2).
- ĐURIĆ-KUZMANOVIĆ, T. & D. ZARKOV (1999): Poverty and Directed Non-Development in Serbia. SOYUZ Conference, Bloomington, April 1999.
- EHRKE, M. (2010): "Unanständiger Reichtum". Die Tycoons und die serbische Politik. Berlin (Friedrich-Ebert-Stiftung). (<http://library.fes.de/pdf-files/id/07387.pdf>, 12.09.2014).
- ENYEDI, G. (1994): Regional and Urban Development in Hungary until 2005. In: HAJDÚ, Z. & G. HORVÁTH (Hrsg.): European challenges and Hungarian Responses in Regional Policy: 239–253; Pécs (Centre for Regional Studies, Hungarian Academy of Science).

- ESTRIN, S.; MEYER, K. & M. BYTCHKOVA (2006): Entrepreneurship in Transition Economies. In: CASSON, M., YEUNG, B., BASU, A. & N. S. WADESON (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Entrepreneurship*: 693–725; Oxford (Oxford University Press).
- FARAGÓ, T. (2002): Das ungarische Zunftwesen im 18. Jahrhundert anhand quantitativer Zeugnisse. In: HAUPT, H.-G. (Hrsg.): *Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich*: 251–270; Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- FASSMANN, H. (1992): Phänomene der Transformation. Ökonomische Restrukturierung und Arbeitslosigkeit in Ost-Mitteleuropa. *Petermanns Geographische Mitteilungen* 136(1): 49–59.
- FASSMANN, H. (1999): Regionale Transformationsforschung. Konzepte, Modelle und empirische Befunde. In: PÜTZ, R. (Hrsg.): *Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation*: 11–20; Mainz (Geogr. Inst., Johannes-Gutenberg-Univ. Mainz).
- FAZEKAS, K. (2000): Regional Labour Market Differentials during Transition in Hungary. In: PETRAKOS, G., MAIER, G. & G. GORZELAK (Hrsg.): *Integration and Transition in Europe. The Economic Geography of Interaction*: 150–169; London, New York (Routledge).
- FEYERABEND, P. K. (1975): *Wider den Methodenzwang*. 4. Auflage, Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- FEYERABEND, P. K. (1981): *Erkenntnis für freie Menschen*. 2. Auflage, Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- FILIPOVIĆ, A. (2006): Impact of Privatization on Economic Growth. *Undergraduate Economic Review* 2(1): Article 7.
- FILIPOVIĆ, M. & M. HADŽIĆ (2005): Serbian Privatization. From Social toward Private Ownership and from Self-management toward Proper Governing. In: KUŠIĆ, S. (Hrsg.): *Path-dependent Development in the Western Balkans. The Impact of Privatization*: 101–122. Frankfurt am Main (Peter Lang).
- FILIPOVIĆ, M.; HADŽIĆ, M. & M. PAVIĆ (2006): Privatisation Process and the Role of Foreign Direct Investment (FDI) in Serbia-Montenegro. *Agora Without Frontiers* 12(2): 218–246.
- FLICK, U. (2008): *Triangulation. Eine Einführung*. 2. Auflage, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften).

-
- FLICK, U. (2010): Triangulation in der qualitativen Forschung. In: FLICK, U., KARDORFF, E. VON & I. STEINKE (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 8. Auflage: 309–331; Reinbek (Rowohlt-Taschenbuch-Verlag).
- FORNAHL, D.; HASSINK, R.; KLAERDING, C.; MOSSIG, I. & H. SCHRÖDER (2012): From the Old Path of Shipbuilding onto the New Path of Offshore Wind Energy?. The Case of Northern Germany. *European Planning Studies* 20(5): 835–855.
- FÖRSTER, H. (1999): Entwicklungsprobleme altindustrialisierter Gebiete im Transformationsprozeß. In: PÜTZ, R. (Hrsg.): *Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation*: 21–36; Mainz (Geogr. Inst., Johannes-Gutenberg-Univ. Mainz).
- FRANZ, W.; GERLACH, K. & O. HÜBLER (2003): Löhne und Beschäftigung. Was wissen wir mehr als vor 25 Jahren?. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 36(4): 399–410.
- FRENCH, R. A. & Hamilton, F. E. I. (Hrsg.) (1979): *The Socialist City. Spatial Structure in Soviet and East European Cities*. Chichester, New York (Wiley).
- FRENKEN, K.; VAN OORT, F. & T. VERBURG (2007): Related Variety, Unrelated Variety and Regional Economic Growth. *Regional Studies* 41(5): 685–697.
- FRYDMAN, R.; GRAY, C. W.; HESSEL, M. & A. RAPACZYNSKI (1999): When Does Privatization Work?. The Impact of Private Ownership on Corporate Performance in Transition Economies. *Quarterly Journal of Economics* 114(4): 1153–1191.
- FUJITA, M.; KRUGMAN, P. R. & A. VENABLES (2001): *The Spatial Economy. Cities, Regions and International Trade*. Cambridge (MIT Press).
- FÜRST, D. (2001): Regional Governance — ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften?. *Raumforschung und Raumordnung* 59(5-6): 370–380.
- GARNSEY, E. & P. HEFFERNAN (2007): The Cambridge High-tech Cluster. An Evolutionary Perspective. In: FRENKEN, K. (Hrsg.): *Applied Evolutionary Economics and Economic Geography*: 27–47; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- GAROFOLI, G. (2009): Local Development. In: KITCHIN, R. & N. J. THRIFT (Hrsg.): *International Encyclopedia of Human Geography*: 225–232. Amsterdam (Elsevier).

- GIBSON, B. & B. KELLEY (1994): A Classical Theory of the Informal Sector. *The Manchester School* 62(1): 81–96.
- GLÜCKLER, J. (2010): The Evolution of a Strategic Alliance Network. Exploring the Case of Stock Photography. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): *The Handbook of Evolutionary Economic Geography*: 298–315. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- GOEKE, P. (2007): *Transnationale Migrationen. Post-jugoslawische Biografien in der Weltgesellschaft*. Bielefeld (Transcript).
- GÖLER, D. (2003): Raumstruktureller Wandel im sibirisch-fernöstlichen Norden. Regionale Fragmentierung der nördlichen Peripherie Russlands. *Geographische Rundschau* 55(12): 26–33.
- GÖLER, D. (2005): Rückzug aus der nördlichen Peripherie Russlands?. Jüngere räumliche Entwicklungen im Hohen Norden Ostsibiriens und des Fernen Ostens. Ein Beitrag zur peripheren Transformationsforschung. Univ., Habil.-Schr.-Bamberg, 2004. Leipzig (Selbstverlag Leibniz-Institut für Länderkunde).
- GÖLER, D. (2007a): Russia's Northern Periphery in Transition. Regional Fragmentation of the Far North?. In: GILL, G. (Hrsg.): *Politics in the Russian regions*: 188–203. Basingstoke (Palgrave Macmillan).
- GÖLER, D. (2007b): Entrepreneurship im Transformationskontext. Eine Analyse des regionalen Gründungsgeschehens in Südosteuropa (mit Beispielen aus Albanien und Serbien). *Europa Regional* 15(1): 23–37.
- GÖLER, D. (2011): Returnee's Business in Südosteuropa. Remigration als Entwicklungspotential in Albanien?. In: BRUNNBAUER, U., NOVINSČAK, K. & C. VOß (Hrsg.): *Gesellschaften in Bewegung. Emigration aus und Immigration nach Südosteuropa in Vergangenheit und Gegenwart*: 205–218. München, Berlin (Südosteuropa-Jahrbuch, 38).
- GÖLER, D. (2012): Unternehmensgründungen und Entrepreneurship in den westlichen Balkanländern. Fallstudien aus Albanien, Bosnien-Herzegowina und Serbien. In: HUMEAU, J.-B. & M. LONG (Hrsg.): *Inventer de nouveaux territoires. Comparaisons européennes*: 322–349. Angers.
- GÖLER, D.; GRCIC, M. & I. RATKAJ (2007): Tendenzen der jüngeren industriellen Entwicklung in Serbien und ihre regionale Differenzierung. Untersucht mit einem quantitativen Analyseansatz. *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 149: 109–132.
- GÖLER, D. & H. LEHMEIER (2011): Balkanmetropolen. Urbane Entwicklungen in Belgrad, Bukarest und Sofia. *Geographische Rundschau* 63(4): 34–41.

- GORZELAK, G. (1994): The Regional Patterns of Polish Transformation. In: HAJDÚ, Z. & G. HORVÁTH (Hrsg.): *European Challenges and Hungarian Responses in Regional Policy*: 297–317. Pécs (Centre for Regional Studies, Hungarian Academy of Science).
- GORZELAK, G. (1996): *The Regional Dimension of Transformation in Central Europe*. London, Bristol (J. Kingsley, Regional Studies Association).
- GÖTZ, R. (2003): Die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in einem einfachen Modell. In: MEIER, C. & H. S. H.-H. PLEINES (Hrsg.): *Ökonomie - Kultur - Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa*. Festschrift für Hans-Hermann Höhmann: 34–46. Bremen (Edition Temmen).
- GRABHER, G. (1994): The Weakness of Strong Ties. The Lock-in of Regional Development in the Ruhr Area. In: GRABHER, G. (Hrsg.): *The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks*: 255–277. London (Routledge).
- GRABHER, G. & D. STARK (1997): Organizing Diversity: Evolutionary Theory, Network Analysis and Post-Socialism. In: GRABHER, G. & D. STARK (Hrsg.): *Restructuring Networks in Post-socialism. Legacies, Linkages, and Localities*: 1–32. Oxford, New York (Oxford University Press).
- GRANOVETTER, M. S. (1973): The Strength of Weak Ties. *American Journal of Sociology* 78(6): 1360–1380.
- GRANOVETTER, M. S. (2001): Economic Action and Economic Structure. The Problem of Embeddedness. In: GRANOVETTER, M. S. & R. SWEDBERG (Hrsg.): *The Sociology of Economic Life*. 2. Auflage: 51–76. Boulder (Westview Press).
- GRUBER, W. (2002): BR Jugoslawien. In: *Wachstum in schwierigem Umfeld. Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001/2002*: 73–82. München (Osteuropa-Institut München, Working Papers, 242).
- GUMPEL, W. (1975): Das Wirtschaftssystem. In: GROTHUSEN, K.-D. (Hrsg.): *Südosteuropa-Handbuch*. Band 1. Jugoslawien: 199–234. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- HADŽIĆ, M. (2002): Rethinking Privatization in Serbia. *Eastern European Economics* 40: 6–23.
- HAHNE, U. (1985): *Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. Zu den Chancen „endogener“ Entwicklungsstrategien*. München (Florentz).

- HAMILTON, F. E. I.; DIMITROVSKA ANDREWS, K. & N. PICHLER-MILANOVIĆ (Hrsg.) (2005): Transformation of Cities in Central and Eastern Europe. Towards Globalization. Tokyo, New York (United Nations University Press).
- HAN, S. S. & C. W. PANNELL (1999): The Geography of Privatization in China. 1978-1996. *Economic Geography* 75(3): 272–296.
- HANNEMANN, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag).
- HARTUNG, J.; ELPELT, B. & K.-H. KLÖSENER (2002): Statistik. Lehr- und Handbuch der angewandten Statistik. 13. Auflage, München, Wien (Oldenbourg).
- HARVEY, D. (2007): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg (VSA-Verlag).
- HASSINK, R. (2010a): Locked in Decline?. On the Role of Regional Lock-ins in Old Industrial Areas. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): The Handbook of Evolutionary Economic Geography: 450-468. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- HASSINK, R. (2010b): Regional Resilience. A Promising Concept to explain Differences in Regional Economic Adaptability?. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 3(1): 45-58.
- HELLER, W. (1999): Sozioökonomische Aspekte der Transformation im ländlichen Raum. Das Beispiel Rumänien. In: PÜTZ, R. (Hrsg.): Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation: 47–68. Mainz (Geogr. Inst., Johannes-Gutenberg-Univ. Mainz).
- HERBERT, G. (1992): Zu den aktuellen Ereignissen. In: SAMARY, C. (Hrsg.): Krieg in Jugoslawien. Vom titoistischen Sonderweg zum nationalistischen Exzeß: 116–131. Köln (Neuer Isp Verlag).
- Heritage Foundation (2013): 2013 Index of Economic Freedom. Promoting Economic Opportunity and Prosperity. The Wall Street Journal (Hrsg.). (<http://www.heritage.org/index/pdf/2013/countries/serbia.pdf>, 30.09.2014).
- HERRMANN-PILLATH, C. (2002): Grundriss der Evolutionsökonomik. München (Fink).
- HERRSCHEL, T. (2007): Global Geographies of Post-socialist Transition. Geographies, Societies, Policies. London, New York (Routledge).

-
- HEYMANN, H.-K. (2005): Sozialraumanalyse für die kommunale Jugendhilfeplanung in Köln. In: RIEGE, M. & H. SCHUBERT (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen - Methoden - Praxis. 2. Auflage: 241–260; Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften).
- HIRSCHMAN, A. O. (1967): Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart (Fischer).
- HIRT, S. (2008): Landscapes of Postmodernity. Changes in the Built Fabric of Belgrade and Sofia since the End of Socialism. *Urban Geography* 29(8): 785–810.
- HIRT, S. (2012): Iron curtains. Gates, Suburbs, and Privatization of Space in the Post-socialist City. Hoboken (Wiley & Sons).
- HOPPE, T. (2012): Job-Export. Auswirkungen der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik. Saarbrücken (AV Akademikerverlag).
- HUFBAUER, G. C.; SCOTT, J. J.; ELLIOT, K. A. & B. OEGG (2007): Economic Sanctions Reconsidered. 3. Auflage, Washington (Peterson Institute for International Economics).
- Human Rights Watch (2001): Under Orders. War Crimes in Kosovo. New York et al. (Library of Congress). (http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Under_Orders_En_Combined.pdf, 30.09.2014).
- IANEVA, S. (2002): Die Handwerker, die Zünfte und der ottomanische Staat auf dem Balkan zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: HAUPT, H.-G. (Hrsg.): Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich: 271–282. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- JAKOBY, H. (1990): Regionale Lohnstrukturen. Eine theoretische und empirische Analyse regionaler Lohnunterschiede. Frankfurt/Main, New York (Campus Verlag).
- JOVANOVIĆ, B. (1995): Privreda Timočke krajine. 1940 - 1990. Bor (Štamparija "Bakar" Bor).
- JOVIČIĆ, M. (2006): Unemployment as an Effect of the Privatisation and the Labour Market. In: CEROVIĆ, B. (Hrsg.): Privatisation in Serbia. Evidence and Analyses: 49–68; Belgrade (Faculty of Economics Belgrade, Pub. Centre).
- KACZMAREK, U. & B. KONECKA-SZYDŁOWSKA (2010): Small Town Development and Social Capital in Poland. The Cases Łobez and Słupca. In: BORSIG, A. (Hrsg.): Small Towns in Eastern Europe. Local Networks and Urban Development: 72–89; Leipzig (Leibniz-Institut für Länderkunde).

- KARGER, A. (1991): Jugoslawien. Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick. *Der Bürger im Staat* 41(3, Jugoslawien in der Zerreißprobe): 151–167.
- KARIĆ, V. (1887): *Opis zemlje, naroda i dražave*. Beograd (Kraljevsko-Srbsko dražna stamparija).
- KATZ, A. (1984): Growth and Regional Variations in Unemployment in Yugoslavia. 1965-80. *The Carl Beck Papers in Russian and East European Studies*(307).
- KELLE, U. & C. ERZBERGER (2010): Qualitative und quantitative Methoden. Kein Gegensatz. In: FLICK, U., KARDORFF, E. VON & I. STEINKE (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 8. Auflage: 299–309; Reinbek (Rowohlt-Taschenbuch-Verlag).
- KELLER, K.; LENTSCHESKI, C. & W. STEINEBRUNNER (2007): *Lexikon Zoll und Außenhandel. Know-how von A - Z*. Köln (Bundesanzeiger-Verlag).
- KIEFER, D. (1979): *Entwicklungspolitik in Jugoslawien. Ihre Zielsetzungen, Planungen und Ergebnisse*. München (Oldenbourg).
- KLEMENEČIĆ, M.; & M. ŽAGAR, M. (2004): *The Former Yugoslavia's Diverse Peoples. A Reference Sourcebook*. Santa Barbara (ABC-CLIO).
- KLEPPER, S. (2007): The Evolution of Geographic Structure in New Industries. In: FRENKEN, K. (Hrsg.): *Applied Evolutionary Economics and Economic Geography*: 69–92; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- KOGUT, B. (1996): Direct Investment, Experimentation and Corporate Governance in Transition Economies. In: FRYDMAN, R., GRAY, C. W. & A. RAPACZYNSKI (Hrsg.): *Corporate Governance in Central Europe and Russia. Banks, Funds, and Foreign Investors*: 293–332; Budapest (Central European University Press).
- KOLIN, M. (2013): The Role of the Third Sector in Providing Social Services at the Local Level in Transitional Serbia. In: BARTLETT, W., MALEKOVIĆ, S. & V. MONASTIRIOTIS (Hrsg.): *Decentralization and Local Development in South East Europe*: 164–178; Houndmills et al. (Palgrave Macmillan).
- KOMŠIĆ, J. (2009). Političko-institucionalni aspekti regionalnog razvoja Srbije u svetlu evropskih standarda. *Izazovi evropskih integracija. Časopis za pravo i ekonomiju evropskih integracija* 2(6): 73–101.
- KORNAI, J. (1995): *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*. Baden-Baden (Nomos-Verlag).
- KOVÁCS, Z. (1999): Cities from State-socialism to Global Capitalism. An Introduction. *GeoJournal* 49: 1–6.

-
- KRSTIĆ, G. & P. SANFEY (2010): Earnings Inequality and the Informal Economy. Evidence from Serbia. European Bank for Reconstruction and Development (working paper 114). (<http://www.ebrd.com/russian/downloads/research/economics/workingpapers/wp0114.pdf>, 22.01.2014).
- KRSTIĆ, G. & P. SANFEY (2011): Earnings Inequality and the Informal Economy. Evidence from Serbia. *Economics of Transition* 19(1): 179–199.
- KRUGMAN, P. R. (1991): *Geography and Trade*. Leuven et al. (Leuven University Press; The MIT Press).
- KRUGMAN, P. R. & M. OBSTFELD (2009): *International Economics. Theory and Policy*. 8. Auflage, Boston (Pearson Addison-Wesley).
- KRŪZMĒTRA, M.; BORSIG, A. & E. KNAPPE (2010): Small Towns in Latvia. Their Role in the Functioning of the Society and Prospects for their Development. The Examples Valka and Kuldīga. In: BORSIG, A. (Hrsg.): *Small Towns in Eastern Europe. Local Networks and Urban Development*: 46-58; Leipzig (Leibniz-Institut für Länderkunde).
- KUŠIĆ, S. (2005): Path Dependency in the Process of Privatization. In: KUŠIĆ, S. (Hrsg.): *Path-dependent Development in the Western Balkans. The Impact of Privatization*: 11–24; Frankfurt am Main (Peter Lang).
- KUTLACA, D. (2002): Small and Medium Sized Enterprises in Yugoslavia. A Driving Force in the Catching-Up Process. In: PFIRRMANN, O. & G. H. WALTER (Hrsg.): *Small Firms and Entrepreneurship in Central and Eastern Europe. A Socio-economic Perspective*: 157–178; Heidelberg (Physica-Verlag).
- KUTTENKEULER, D. (2007): *Gründungsverhalten und Direktinvestitionen. Eine theoretische und empirische Analyse*. Frankfurt am Main et al. (Peter Lang).
- LAGENDIJK, A. & B. HENDRIKX (2009): Foreign Direct Investment. In: KITCHIN, R. & N. J. THRIFT (Hrsg.): *International Encyclopedia of Human Geography*: 243–254; Amsterdam (Elsevier).
- LAMPE, J. R. & M. R. JACKSON (1982): *Balkan Economic History, 1550-1950. From Imperial Borderlands to Developing Nations*. Bloomington (Indiana University Press).
- LASKI, K. (1998): Introduction: EU Eastern Enlargement. Hopes and Problems Related to FDI. *MOST: Economic Policy in Transitional Economies* 8(2): 1-12.
- LEE, E. S. (1966): A Theory of Migration. *Demography* 5(1): 47–57.

- LIEFNER, I. & L. SCHÄTZL (2012): Theorien der Wirtschaftsgeographie. Band 1, 10. Auflage, Paderborn (Schöningh).
- LIPPERT, C. (2006): Zur Relevanz der ‚Neuen Wirtschaftsgeographie‘ für den deutschen Agrarsektor. In: BAHRS, E., VON CRAMON-TAUBADEL, S., SPILLER, A., THEUVSE, L. & M. ZELLER (Hrsg.): Unternehmen im Agrarbereich vor neuen Herausforderungen: 483–492; Münster-Hiltrup (Landwirtschaftsverlag).
- LOWITSCH, J. (2000): Privatisierungsmodelle in Mittelosteuropa. Berliner Osteuropa Info(14): 20-23.
- LUKAS, B.; SCHLÄGER-ZIRLIK, P. & Z. BOTTLIK (2003): Privatisierung von Industriebetrieben in Ungarn und ihre räumlichen Auswirkungen. Teilprojekt aus FOROST. Bayreuth (Universität Bayreuth).
- MA, M. & R. HASSINK (2014): Path Dependence and Tourism Area Development. The Case of Guilin, China. *Tourism Geographies: An International Journal of Tourism Space, Place and Environment* 2014: 1–18.
- MAHONEY, J. (2000): Path Dependence in Historical Sociology. *Theory and Society* 29(4): 507–548.
- MAIER, G. & T. ROSENMAYR (2000): The Iron Curtain in the Mind. A Comparison of Mental Maps of Business Students in Vienna and Bratislava. In: PETRAKOS, G., MAIER, G. & G. GORZELAK (Hrsg.): *Integration and Transition in Europe. The Economic Geography of Interaction*: 217–233; London, New York (Routledge).
- MALAČIĆ, J. (1977): Yugoslav Economists on Unemployment in Yugoslavia. *Eastern European Economics* 15(4): 60–72.
- MALAČIĆ, J. (1979): Unemployment in Yugoslavia from 1952 to 1975. *Eastern European Economics* 17(4): 85–109.
- MANIĆ, E.; POPOVIĆ, S. & D. MOLNAR (2012): Regional Disparities and Regional Development. The Case of Serbia. *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 154: 191–211.
- MARTIN, R. (2006): Pfadabhängigkeit und die ökonomische Landschaft. In: BERNDT, C. & J. GLÜCKLER (Hrsg.): *Denkanstöße zu einer anderen Geographie der Ökonomie*: 47–76; Bielefeld (Transcript).
- MARTIN, R. (2011): Regional Economic Resilience, Hysteresis and Recessionary Shocks. Plenary paper, Annual International Conference of the Regional Studies Association, Newcastle, 17-20 April, 2011.

-
- MARTIN, R. & P. SUNLEY (2001): Rethinking the "Economic" in Economic Geography. Broadening Our Vision of Losing Our Focus?. *Antipode* 33(2): 148–161.
- MARTIN, R. & P. SUNLEY (2006): Path Dependence and Regional Economic Evolution. *Journal of Economic Geography* 6(4): 395–437.
- MARTIN, R. & P. SUNLEY (2010): The Place of Path Dependence in an Evolutionary Perspective on the Economic Landscape. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): *The Handbook of Evolutionary Economic Geography*: 62–92. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- MATEI, L. & S. FLOGAITIS (Hrsg.) (2011): *Public Administration in the Balkans. From Weberian Bureaucracy to New Public Management. South-Eastern European Administrative Studies, o.A. (Editura Economica)*.
- MCMMASTER, I. (2004): *From Regional Deficit to Institutional Overload?. Regional Policy in the Czech Republic. European Policy Research Paper, 52, Glasgow (University of Strathclyde)*.
- MCMILLAN, J. & C. WOODRUFF (2002): The Central Role of Entrepreneurs in Transition Economies. *The Journal of Economic Perspectives* 16(3): 153–170.
- MEDJAK, V. (2008): *Introductoin of Nomenclature of Territorial Units for Statistics (NUTS) in Serbia. Centre for Strategic Economic Studies "Vojvodina CESS" 2008(January): 9–11.*
- MERKEL, W. (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2. Auflage, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften.)*.
- MEUSBURGER, P. (1995): *Zur Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit in Ungarn beim Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. In: MEUSBURGER, P. & A. KLINGER (Hrsg.): Vom Plan zum Markt. Eine Untersuchung am Beispiel Ungarns: 130–181; Heidelberg (Physica-Verlag)*.
- MEUSBURGER, P. (2001): *Spatial and Social Disparities of Employment and Income in Hungary in the 1990s. In: MEUSBURGER, P. & H. JÖNS (Hrsg.): Transformations in Hungary. Essays in Economy and Society: 173–206; Heidelberg, New York (Physica-Verlag)*.
- MEYER, K. (1998): *Direct Investment in Economies in Transition. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar)*.

- MIJAČIĆ, D. (2011a): Decentralisation, Power of Local Self-government and Multi-level Dynamics in Vojvodina. InTER, Belgrade. (<http://www.cespi.it/SEENET/report-2/8-decentramento-Vojvodina.pdf>, 30.09.2014).
- MIJAČIĆ, D. (2011b): Analysis of Business Support Infrastructure in the Republic of Serbia. Belgrade (National Agency for Regional Development). (<http://narr.gov.rs/index.php/content/download/1315/7235/file/>, 30.09.2014).
- MIJAČIĆ, D. & B. PAUNOVIĆ (2011): Regional Disparities in Serbia. *Ekonomika preduzeća* 59(7-8): 379–389.
- MIJATOVIĆ, B. (2005): General Overview of Transition in Serbia. In: BEGOVIĆ, B., BISIĆ, M., DJILAS, M. & B. E. A. MIJATOVIĆ (Hrsg.): Four Years of Transition in Serbia: 9–32; Belgrade (Center for Liberal Democratic Studies).
- MILIĆ, D. (2005): Privredni razvoj Timočke krajine posle 1833. godine. *Istorijski arhiv Negotin* 8(8): 32–43.
- MILJANOVIĆ, D.; MILETIĆ, R. & J. ĐORĐEVIĆ (2010): Regional Inequality in Serbia as a Development Problem. *Acta Geographica Slovenica* 50(2): 253–275.
- MILL, J. S. (1843): *A System of Logic, Ratiocinative and Inductive, Being a Connected View of the Principles of Evidence and the Methods of Scientific Investigation*. London (John W. Parker).
- MILOSAVLJEVIĆ, B. & J. JERINIĆ (2010): Analysis of Competences of Local Self-government Units in Serbia. Belgrade. (http://www.msp-ipa2007.org/ENG/download/cp3/Analysis_of_Responsibilities_of_LSG_in_Serbia.pdf, 10.09.2013).
- MITRIĆ, J. M. (2000): Cascading Human Consequences of NATO's War in the Balkans. *Mediterranean Quarterly* 11(2): 59–77.
- MONASTIRIOTIS, V. (2008): The Emergence of Regional Policy in Bulgaria. Regional Problems, EU influences and Domestic Constraints. *Hellenic Observatory Papers on Greece and Southeast Europe*(15). (<http://www.lse.ac.uk/europeanInstitute/research/hellenicObservatory/pdf/greese/greese15.pdf>, 30.09.2014).
- MONASTIRIOTIS, V. (2013): The Nature of Spatial Inequalities in South East Europe and the Scope for Decentralized Regional Policy. An Analysis of Bulgaria and Serbia. In: BARTLETT, W., MALEKOVIĆ, S. & V. MONASTIRIOTIS (Hrsg.): *Decentralization and Local Development in South East Europe*: 213–230; Houndmills et al. (Palgrave Macmillan).

- MYRDAL, G. (1974): *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Weltproblem Armut*. Frankfurt am Main (Fischer).
- NEUBERGER, E. & S. BROOK (1975): *Industry and Handicrafts*. In: GROTHUSEN, K.-D. (Hrsg.): *Südosteuropa-Handbuch*. Band 1. Jugoslawien: 235–253; Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- NICHOLSON, B. (2004): *The Tractor, the Shop and the Filling Station. Work Migration as Self-help Development in Albania*. *Europe-Asia Studies* 56(6): 877–890.
- NIEDERMEYER, M. (2000): *Regulationsweisen der Kleinstadtentwicklung. Eine Analyse peripherer Kleinstädte im Grenzraum von Südthüringen und Nord-Unterfranken*. In: NIEDERMEYER, M. (Hrsg.): *Kleinstadtentwicklung*: 47-375; Würzburg (Selbstverlag d. Geogr. Inst. d. Universität Würzburg).
- NIKOLIĆ, G. (2009). *Novi predlog za statističku regionalizaciju Srbije. Izazovi evropskih integracija*. *Časopis za pravo i ekonomiju evropskih integracija* 2 (6): 43-57.
- NIKOLIĆ, J. S. (1980): *Istorija železnica. Srbije, Vojvodine, Crne Gore i Kosova*. Beograd (Zavod za novinsko-izdavačku delatnost JŽ).
- NIKOLIĆ, M. (2002): *The Tragedy of Yugoslavia*. Baden-Baden (Nomos).
- NORTH, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge (Cambridge University Press).
- NORTH, D. C. (1991): *Institutions*. *Journal of Economic Perspectives* 5(1): 97–112.
- OATES, W. E. (1993): *Fiscal Decentralization and Economic Development*. *National Tax Journal* 46(2): 237–243.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (1995): *Taxation and Foreign Direct Investment. The Experience of the Economies in Transition*. Paris, Washington (OECD Publications and Information Centre).
- ONDRČKA, P. (2000): *Anmerkungen zur Transformation in der Slowakei und der Rolle wirtschaftskultureller Faktoren*. In: HÖHMANN, H.-H. (Hrsg.): *Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas. Konzeptionelle Entwicklungen, empirische Befunde*: 293–300; Bremen (Edition Temmen).
- O'NEILL, P. M. (2009): *Privatization*. In: KITCHIN, R. & N. J. THRIFT (Hrsg.): *International Encyclopedia of Human Geography*: 442–447; Amsterdam (Elsevier).

- ONELLI, S. (2001): Land Embargo: Choice for the International Community or just Utopia?. In: ZUCCONI, M. (Hrsg.): The Effects of Economic Sanctions. The Case of Serbia: 63–73; Milano (Franco Angeli).
- OSCE (Organization for Security and Co-operation in Europe) (2005): Policing the Economic Transition in Serbia. Assessment of the Serbian Police Service's Capacities to Fight Economic Crime. Organisation for Security and Co-Operation in Europe, Mission to Serbia and Montenegro. (<http://polis.osce.org/library/f/2917/1049/OSCE-SRB-RPT-2917-EN-1049>, 14.08.2013).
- PAL, T. (1997): Privredne prilike u starom Bečej 1849-1890. Zbornik Matice srpske za istoriju(56): 175–191.
- PALAIRET, M. R. (1997): The Balkan Economies c.1800-1914. Evolution Without Development. Cambridge, New York (Cambridge University Press).
- PEJIN-STOKIĆ, L. & V. GREČIĆ (2012): Social Impact of Emigration and Rural-Urban Migration in Central and Eastern Europe. Final Country Report Serbia. European Commission. (<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=1778&furtherNews=yes>, 10.04.2014).
- PEJOVIĆ, I. & V. JOVANOVIĆ (2013): New Fiscal Role of the Government in the Transition of the Agriculture in Serbia. *Economics of Agriculture* 60(2): 379–388.
- PELIZZARI, A. (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. New public management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste. Konstanz (UVK Verlagsgesellschaft).
- PENDALL, R.; FOSTER, K. A. & M. COWELL (2010): Resilience and Regions. Building Understanding of the Metaphor. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 3(1): 71–84.
- PERROUX, F. (1955): Note sur la notion de pôle de croissance. *Economic Appliquée* 7: 307–320.
- PEŠIĆ, V. (2007): State Capture and Widespread Corruption in Serbia. Brussels (CEPS working document, 262).
- PETRAKOS, G.; MAIER, G. & G. GORZELAK (2000): The New Economic Geography of Europe. In: PETRAKOS, G., MAIER, G. & G. GORZELAK (Hrsg.): Integration and Transition in Europe. The Economic Geography of Interaction: 1–37; London, New York (Routledge).

- PETROVIĆ, P. (1996): Sustainability of Economic Stabilization in FR Yugoslavia and Importance of Resumption of Foreign Trade. In: *The Cost of War in Former Yugoslavia. Papers and Reports Presented at the Economic Conference on South-Eastern Europe*: 169–178; Paris (Peace and Crises Management Foundation).
- PICKEL, A. (1998): Theorie, Strategie und Ideologie. Grundprobleme ökonomischer Transformation. In: MÜLLER, K. (Hrsg.): *Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde*: 113–131; Opladen (Leske + Budrich).
- PICKLES, J. (1998): Restructuring State Enterprises. *Industrial Geography and Eastern European Transitions*. In: PICKLES, J. & A. SMITH (Hrsg.): *Theorising Transition. The Political Economy of Communist Transformations*: 172–196; London, New York (Routledge).
- PICKLES, J. (2002): Gulag Europe?. Mass Unemployment, New Firm Creation, and Tight Labour Markets in the Bulgarian apparel Industry. In: RAINNIE, A., SMITH, A. & A. SWAIN (Hrsg.): *Work, Employment, and Transition. Restructuring Livelihoods in Post-communism*: 246–272; London, New York (Routledge).
- PIKE, A.; DAWLEY, S. & J. TOMANEY (2010): Resilience, Adaptation and Adaptability. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 3(1): 59–70.
- POKROVAC, Z. (2007): Sozialistische Reformen im Fall Jugoslawiens und sozialistische Konstruktion der Wirklichkeit. In: BOYER, C. (Hrsg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*: 123–140; Frankfurt am Main (Klostermann).
- POPOVIĆ, D. (2005): Economic Developments and Macroeconomic Policies in Transition. In: BEGOVIĆ, B., BISIC, M., DJILAS, M. & B. E. A. MIJATOVIĆ (Hrsg.): *Four Years of Transition in Serbia*: 33–116; Belgrade (Center for Liberal Democratic Studies).
- POŠARAC, A. (1996): The Social Consequences of Rejecting Transition. The Case of Serbia. In: *The Cost of War in Former Yugoslavia. Papers and Reports Presented at the Economic Conference on South-Eastern Europe*: 179–189; Paris (Peace and Crises Management Foundation).
- PA (Privatization Agency Republic of Serbia) (2005): *Impact Assessment of Privatisation in Serbia*. Belgrade. (http://www.priv.rs/upload/document/Impact_Assessment_of_Privatisation_Final.pdf, 30.09.2014).

- PA (Privatization Agency Republic of Serbia) (2011): Analiza Effekta Privatizacije u Srbiji. Belgrade. (<http://www.priv.rs/upload/document/analizaprivatizacijewide.pdf>, 30.09.2014).
- QUÉRÉ, M. (2007): Sophia-Antipolis as a 'Reverse' Science Park. From Exogenous to Endogenous Development. In: FRENKEN, K. (Hrsg.): Applied Evolutionary Economics and Economic Geography: 48–66; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- RADENKOVIĆ, B.; DESPOTOVIĆ-ZRAKIĆ, M.; BOGDANOVIĆ, Z.; BARAĆ, D. & A. LABUS (2014): IT Education as an Opportunity for Uprising of Serbian Economy. *ManageFon* 19(71): 57–72.
- RAINNIE, A.; SMITH, A. & A. SWAIN (2002): Employment and Work Restructuring in Transition. In: RAINNIE, A., SMITH, A. & A. SWAIN (Hrsg.): Work, Employment, and Transition. Restructuring Livelihoods in Post-communism: 7–34; London, New York (Routledge).
- RAUSCH, J. (2001): Lokale Restrukturierung in den neuen Bundesländern. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Standorte der Porzellanindustrie in Thüringen. Jena (Selbstverlag Friedrich-Schiller-Universität Jena).
- Révai nagy lexikona (1916a): Révai nagy lexikona. Az ismeretek enciklopédiája. 10. Kötet. Budapest (Magyar Elektronikus Könyvtár). (<http://mek.oszk.hu/06700/06758/pdf/>, 01.07.2013).
- Révai nagy lexikona (1916b): Révai nagy lexikona. Az ismeretek enciklopédiája. 14. Kötet. Budapest (Magyar Elektronikus Könyvtár) (<http://mek.oszk.hu/06700/06758/pdf/>, 01.07.2013).
- ROGGEMANN, H. (1980): Die Verfassung der SFR Jugoslawien. Berlin (Berlin Verlag).
- ROSENTHAL, G. & W. FISCHER-ROSENTHAL (2010): Analyse narrativ-biographischer Interviews. In: FLICK, U., KARDORFF, E. VON & I. STEINKE (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 8. Auflage: 456–468; Reinbek (Rowohlt-Taschenbuch-Verlag).
- ROWLAND, R. H. (1980): Recent Declining and Stagnant Towns of the USSR. *Soviet Geography* 21: 195–218.
- ŠABIĆ, D.; VUJADINOVIĆ, S.; MILINČIĆ, M.; GOLIĆ, R.; STOJKOVIĆ, S.; M. JOKSIMOVIĆ; D. FILIPOVIĆ & V. ŠEĆEROV (2012): The Impact of FDI on the Transitional Economy in Serbia. Changes and Challenges. *Acta Polytechnica Hungarica* 9(3): 65–84.
- SAILER-FLIEGE, U. (1999): Characteristics of Post-socialist Urban Transformation in East Central Europe. *GeoJournal* 49(1): 7–16.

-
- SÁRKÖZY, T. (1998): Die Modelle der Privatisierung in den ehemaligen sozialistischen Ländern. In: DROBNIG, U., BASEDOW, J., HOPT, K. J. & H. KÖTZ (Hrsg.): Festschrift für Ulrich Drobniq zum siebzigsten Geburtstag: 661–673; Tübingen (Mohr Siebeck).
- SAVIĆ, M. M. (1922): Naša Industrija i Zanati. njine osnovice, stanje, odnosi, važnost, putevi, prošlost i budućnost. Sarajevo (Zemaljska štamparija).
- SCHÄTZL, L. (1974): Zur Konzeption der Wirtschaftsgeographie. *Die Erde* 105(2): 124–134.
- SCHÄTZL, L. (2003): Wirtschaftsgeographie. 5. Auflage, Paderborn et al. (Schöningh).
- SCHEUPLEIN, C. (2009): Small models und die Methodologie der Wirtschaftsgeographie. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 53(4): 264–275.
- SCHMIDT, P. (2011): Bevölkerungsaustausch und Optionen nach dem Ersten Weltkrieg. In: HASELSTEINER, H. & D. WASTL-WALTER (Hrsg.): Mosaik Europas. Die Vojvodina: 75-92; Frankfurt am Main (Peter Lang).
- SCHOLZ, F. (2000): Perspektiven des „Südens“ im Zeitalter der Globalisierung. *Geographische Zeitschrift* 88(1): 1–20.
- SCHOLZ, F. (2002): Die Theorie der "fragmentierenden Entwicklung". *Geographische Rundschau* 54(10): 6–11.
- SCHOLZ, F. (2003): Ein neues Entwicklungsparadigma für die globalisierte Welt?. Nicht auf-/nachholende, sondern fragmentierende Entwicklung gilt in der Ära der Globalisierung!. Positionspapier f. d. Workshop des Beirats der Stiftung Entwicklung und Frieden am 24./25. Jan. in Bremen.
- SCHOLZ, F. (2004): Geographische Entwicklungsforschung. Methoden und Theorien. Berlin, Stuttgart (Borntraeger).
- SCHRADER, H. (2003): Vertrauen, Sozialkapital, Kapitalismen. Überlegungen zur Pfadabhängigkeit des Wirtschaftshandelns in Osteuropa. In: KOLLMORGEN, R. & H. SCHRADER (Hrsg.): Postsozialistische Transformation. Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur: 81–112; Würzburg (Ergon).
- ŠEVIĆ, Ž. (2001): Local Government in Yugoslavia. In: KANDEVA, E. (Hrsg.): Stabilization of Local Governments: 417–470; Budapest (Central European University Press).
- ŠEVIĆ, Ž. (2005): Measuring Performance on a Local Government Level in a Transitional Country. The Case of Serbia. *International Journal of Public Sector Management* 18(7): 582–603.

- SIBINOVIĆ, M. (2008): Faktori i faze ekonomsko-geografskog razvoja Knjaževca i okoline. Knjaževac (Narodna biblioteka „Njegoš”).
- SIBINOVIĆ, M. (2012): Geography of Knjaževac. Knjaževac (Narodna biblioteka "Njegoš").
- SIBINOVIĆ, M.; WINKLER, A. & M. GRČIĆ (2014): Agriculture in a Transitional Crisis Period. Crop Production in the Administrative Region of Belgrade from 1991 to 2002. *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 156: 294-310.
- SIMEUNOČEVIĆ, S. & B. MITROVIĆ (2011): Enhancing Competitiveness of Serbian Medium-Sized Cities in Global Urban Networks. In: SCHRENK, M. (Hrsg.): *Change for Stability. Lifecycles of Cities and Regions. The Role and Possibilities of Foresighted Planning in Transformation Processes.* 16th International Conference on Urban Planning, Regional Development and Information Society, 18-20 May 2011, Essen: 275–284; Schwechat-Rannersdorf (CORP).
- SIMEUNOVIĆ, D. (1997): Migration und sozioökonomische Transformation in Jugoslawien/Serbien. In: HELLER, W. (Hrsg.): *Migration und sozioökonomische Transformation in Südosteuropa*: 283–293; München (Südosteuropa-Gesellschaft).
- SIMMIE, J. & R. MARTIN (2010): The Economic Resilience of Regions. Towards and Evolutionary Approach. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 3(1): 27–43.
- SIMON, K. (2001): Local governance als Lernprozeß. Die Entwicklungszusammenarbeit vor postmodernen Tendenzen in Dezentralisierung und Verwaltungsreform. In: THOMI, W., STEINICH, M. & W. POLTE (Hrsg.): *Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Jüngere Ursachen, Ergebnisse und Perspektiven staatlicher Reformpolitik.* 1. Auflage: 151–171; Baden-Baden (Nomos).
- SMITH, A. (2000): Ethnicity, Economic Polarization and Regional Inequality in Southern Slovakia. *Growth and Change* 31(2): 151–178.
- SMITH, A. & P. PAVLÍNEK (2000): Inward Investment, Cohesion and the 'Wealth of Regions' in East-Central Europe. In: BACHTLER, J., DOWNES, R. & G. GORZELAK (Hrsg.): *Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe*: 227–242; Aldershot, Burlington (Ashgate).
- SPASIĆ, N. & J. PETRIĆ (2006): The Role and Development Perspectives of Small Towns in Central Serbia. *Spatium*(13-14): 8–15.

-
- SPRENGER, C. (2011): The Choice of Ownership Structure. Evidence from Russian Mass Privatization. *Journal of Comparative Economics* 39(2): 260–277.
- STADELBAUER, J. (2000): Räumliche Transformationsprozesse und Aufgaben geographischer Transformationsforschung. *Europa Regional* 8(3-4): 60–71.
- STADELBAUER, J. (2002): Kulturgeographische Transformationsforschung: Theoretische Fundierung – bisherige Ergebnisse – Defizite. In: HÖHMANN, H.-H. (Hrsg.): *Wirtschaft und Kultur im Transformationsprozeß. Wirkungen, Interdependenzen, Konflikte*: 222–238; Bremen (Ed. Temmen).
- STAM, E. (2010): Entrepreneurship, Evolution and Geography. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): *The Handbook of Evolutionary Economic Geography*: 139–161; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- STANILOV, K. (Hrsg.) (2007): *The Post-socialist City. Urban Form and Space Transformations in Central and Eastern Europe after Socialism*. Dordrecht (Springer).
- STANISZKIS, J. (1991): *The Dynamics of the Breakthrough in Eastern Europe. The Polish Experience*. Berkeley (University of California Press).
- STANISZKIS, J. (1995): In Search of a Paradigm of Transformation. In: WNUK-LIPIŃSKI, E. (Hrsg.): *After Communism. A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change*: 19–55; Warsaw (Polish Academy of Sciences).
- STANISZKIS, J. (1998): Postkommunismus. Versuch einer soziologischen Analyse. *PROKLA - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 28(112): 375–394.
- STARK, D. (1992a): The Great Transformation?. Social Change in Eastern Europe. *Contemporary Sociology* 21(3): 299–304.
- STARK, D. (1992b): Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe. *Eastern European Politics and Societies* 6(1): 17–51.
- STARK, D. (1994): Nicht nach Design. Rekombiniertes Eigentum im osteuropäischen Kapitalismus. *PROKLA - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 24(94): 127–142.
- STOJADINOVIĆ, B. (1985): *Kulturni razvoj Knjaževca i okoline. Čakovec*.
- STORPER, M. & R. WALKER (1989): *The Capitalist Imperative. Territory, Technology, and Industrial Growth*. Oxford, New York (Blackwell).

- STRAMBACH, S. (2010): Path-dependence and Path Plasticity. The Co-evolution of Institutions and Innovation. The German Customized Business Software Industry. In: BOSCHMA, R. A. & R. MARTIN (Hrsg.): *The Handbook of Evolutionary Economic Geography*: 406–431; Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).
- STRAUSS, A. & J. CORBIN (1999): *Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim (Beltz Psychologie Verlag-Union).
- SUNDHAUSSEN, H. (1989): *Historische Statistik Serbiens, 1834-1914. Mit europäischen Vergleichsdaten*. München (Oldenbourg).
- SUNDHAUSSEN, H. (1993): *Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall*. Mannheim (B.I.-Taschenbuchverlag).
- SUNDHAUSSEN, H. (1999): *Eine Klammer zerbricht. Bürgerkrieg in Jugoslawien*. In: Brockhaus Redaktion (Hrsg.): *Weltgeschichte*: 442–453; Leipzig, Mannheim (Brockhaus).
- SUNDHAUSSEN, H. (2007): *Geschichte Serbiens. 19. - 21. Jahrhundert*. Wien et al. (Böhlau).
- SUNDHAUSSEN, H. (2012): *Jugoslawien und seine Nachfolgerstaaten 1943 - 2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*. Wien et al. (Böhlau).
- ŠVOB-ĐOKIĆ, N. (Hrsg.) (2005): *The Emerging Cultural Industries in Southeastern Europe. Collection of Papers from the Course on "Managing Cultural Transitions. Southeastern Europe - The Impact of Creative Industries"*, Inter-University Centre, Dubrovnik, 8-15 May, 2005, Zagreb (Institute for International Relations).
- SWYNGEDOUW, E. A. (1992): *The Mammon Quest. "Glocalisation", Interspatial Competition of New Spatial Scales*. In: DUNFORD, M. & G. KAFKALAS (Hrsg.): *Cities and Regions in the New Europe. The Global-local Interplay and Spatial Development Strategies*: 39–67; London (Belhaven Press).
- SÝKORA, L. & S. BOUZAROVSKI (2011): *Multiple Transformations. Conceptualising the Post-communist Urban Transition*. *Urban Studies* 49(1): 43–60.
- SÝKORA, L. (1994): *Local Urban Restructuring as a Mirror of Globalisation Processes. Prague in the 1990s*. *Urban Studies* 31(7): 1149–1166.

- TATUR, M. (2001): Institutionenbildung und "Sozialkapital": Fallstudien zu lokalen Arrangements für regionale Entwicklungspolitik in Ostmitteleuropa. In: HÖHMANN, H.-H. (Hrsg.): Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas. Konzeptionelle Entwicklungen, empirische Befunde: 200–211; Bremen (Edition Temmen).
- TODOROVIĆ, M. & M. DROBNJAKOVIĆ (2010): Peripheral Rural Areas in Serbia. The Result of Unbalanced Regional development. *Geographica Timisiensis* 19(2): 207–219.
- TOŠIĆ, J. (2005): Jenseits des Scheindilemmas Nationalismus versus Reformdemokratie?. Globalisierung und Menschenrechte in der Transition Serbien-Montenegros. In: RIEGLER, J. (Hrsg.): Kulturelle Dynamik der Globalisierung. Ost- und Westeuropäische Transformationsprozesse aus sozialanthropologischer Perspektive: 121–152; Wien (Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften).
- TREIER, V. & H.-D. WENZEL (1999): Die Rolle des Staates in der Systemtransformation. In: WENZEL, H.-D. (Hrsg.): Integration und Transformation in Europa. Beiträge aus dem Forschungsschwerpunkt "Integration und Transformation in Europa (ITE)". Bamberg (<http://www.uni-bamberg.de/?id=48030>).
- United Nations (1970): Integrated Food Processing in Yugoslavia. Report of Seminar and Digest of Technical Papers. Vienna, New York (United Nations).
- UVALIĆ, M. (2001): Privatisation and Corporate Governance in Serbia (FR Yugoslavia). Project on Long-Term Development in Southeast Europe - Global Development Network for Southeast Europe. (<http://balkan-observatory.net/archive/uvalic.pdf>, 30.09.2014).
- UVALIĆ, M. (2007): How Different Is Serbia?. In: ESTRIN, S., KOŁODKO, G. W. & M. UVALIĆ (Hrsg.): Transition and beyond. Essays in honour of Mario Nuti: 174–190; New York (Palgrave Macmillan).
- UVALIĆ, M. (2010): Serbia's Transition. Towards a Better Future. Houndmills et al. (Palgrave Macmillan).
- VAISHAR, A.; KALABOVÁ, E. & B. TRÁVNÍČEK (2002): Der Strukturwandel der Kleinstädte in Mähren. *Europa Regional* 10(4): 166–176.
- VAN DE LAAR, M. & C. DE NEUBOURG (2006): Emotions and Foreign Direct Investment. A Theoretical and Empirical Exploration. *Management International Review* 46(2): 207-233.

- VAN ZON, H. (1998): The Mismanaged Integration of Zaporizhzhya with the World Economy. Implications for Regional Development in Peripheral Regions. *Regional Studies* 32(7): 607–618.
- VUJAČIĆ, I. & J. P. VUJAČIĆ (2011): Privatization in Serbia. Results and Institutional Failures. *Economic Annals* 56(191): 89–105.
- VUJOŠEVIĆ, M. & Z. NEDOVIĆ-BUDIĆ (2006): Planning and Societal Context. The Case of Belgrad, Serbia. In: TSENKOVA, S. & Z. NEDOVIĆ-BUDIĆ (Hrsg.): *The Urban Mosaic of Post-socialist Europe. Space, Institutions and Policy*: 275–294; Heidelberg (Physica-Verlag).
- VUJOŠEVIĆ, M.; ZEKOVIĆ, S. & T. MARIČIĆ (2010): Post-socialist Transition and Empirical Evaluation of the Future Spatial Development of Serbia. *WSEAS Transactions on Environment and Development* 6(9): 666–676.
- VUJOVIĆ, S. & M. PETROVIĆ (2007): Belgrade's Post-socialist Urban Evolution. Reflections by the Actors in the Development Process. In: STANILOV, K. (Hrsg.): *The Post-socialist City. Urban Form and Space Transformations in Central and Eastern Europe after Socialism*: 361–384; Dordrecht (Springer).
- VUKMIROVIĆ, Z.; UNKAŠEVIĆ, M. & I. TOŠIĆ (2009): Atmospheric Transport and Deposition of Persistent Organic Pollutants under Warfare Conditions. In: Kassim, Tarek A. T & D. BARCELÓ (Hrsg.): *Environmental Consequences of War and Aftermath*: 171–208; Berlin, Heidelberg (Springer).
- WEIBENBACHER, R. (2005): *Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration*. Wien (Promedia).
- WEITHMANN, M. W. (1997): *Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident*. Regensburg (Pustet).
- WERLE, R. (2007): Pfadabhängigkeit. In: BENZ, A., LÜTZ, S., SCHIMANK, U. & G. SIMONIS (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*: 119–131; Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften).
- WESSEL, K. (1996): *Empirisches Arbeiten in der Wirtschafts- und Sozialgeographie. Eine Einführung*. Paderborn et al. (Schöningh).
- WINK, R. (2011): Evolution regionaler Resilienz. Theoretischer Rahmen und Messkonzepte. In: DREGER, C. (Hrsg.): *Empirische Regionalforschung heute. Festschrift für Professor Dr. Hans-Friedrich Eckey*: 111–124; Wiesbaden (Gabler; Springer).

- WINKLER, A. (2012): An Index of Socio-Economic Pressure. A Quantitative Approach to Regional Disparities in Serbia. The International Scientific Meeting. Problems and Challenges of Contemporary Geographic Science and Teaching: 345–354; Beograd (Univerzitet u Beogradu, Geografski Fakultet).
- WINKLER, A. (2013): Measuring Regional Inequality: An Index of Socio-Economic Pressure for Serbia. Zbornik radova – Geografski Fakultet Univerziteta u Beogradu 60: 81–102.
- WOODWARD, S. L. (1995): Socialist Unemployment. The Political Economy of Yugoslavia, 1945-1990. Princeton (Princeton University Press).
- World Bank (2013): Serbia. Municipal Finance and Expenditure Review. Report No. 76855-YF, 17.04.2013. (http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2013/05/16/000333037_20130516101845/Rendered/PDF/768550ESW00P130R0May015020130update.pdf, 30.09.2014).
- World Bank (2014): Serbia Partnership Program Snapshot. April 2014. (<http://www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/eca/Serbia-Snapshot.pdf>, 30.09.2014).
- ZEKOVIĆ, S. (2006): Development and Spatial Pattern of Industry in Serbia. European Spatial Research and Policy 13(2): 161–180.
- ZELIĆ, J. (2005): The Performance of Serbian Enterprises after Five Waves of Privatisation. Zbornik Matice srpske za društvene nauke(118-119): 185–201.
- ZUCCONI, M. (2001): Introduction: Eight Years of Economic Sanctions against Serbia. In: ZUCCONI, M. (Hrsg.): The Effects of Economic Sanctions. The case of Serbia: 7–23; Milano (Franco Angeli).

Weitere Dokumente, graue Literatur, Medienberichte

- Agencija za razvoj opštine Knjaževac (2010): Predlog za prelazno rešenje statusa bivšeg preduzeća Branka Dinić Knjaževac, 06.05.2010. Knjaževac (intern).
- Agencija za razvoj opštine Knjaževac: Informacije o uslovima poslovanja i podsticajnim merama za investitore u opštini Knjaževac. (http://www.ark.rs/images/stories/download/info_za_investitore.pdf, 30.09.2014).

- AVAKUMOVIĆ, M. (2013): Ministarstvo privrede podnelo krivičnu prijavu protiv direktora SIEPA. Politika, 09.11.2013. (<http://www.politika.rs/rubrike/Ekonomija/Ministarstvo-privrede-podnelo-krivicnu-prijavu-protiv-direktora-SIEPA.lt.html>, 20.01.2014).
- balkaninsight.com (2011): Italy's Benetton Acquires Textile Maker in Serbia. Balkan Insight, 01.06.2011. (<http://www.balkaninsight.com/en/article/italy-s-benetton-acquires-textile-maker-in-serbia>, 17.09.2013).
- BDEW (2013): Europäischer Strompreisvergleich. 1. Halbjahr 2013, Berlin (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.). ([http://www.bdew.de/internet.nsf/id/39BAE817DA547139C125796B00460F4B/\\$file/2013_01_Europ%C3%A4ischer%20Strompreisvergleich_1.Hj.2013.pdf](http://www.bdew.de/internet.nsf/id/39BAE817DA547139C125796B00460F4B/$file/2013_01_Europ%C3%A4ischer%20Strompreisvergleich_1.Hj.2013.pdf), 17.07.2014).
- BRKIĆ, M. (2011): Nicović. Izgubio sam 400 miliona evra. Novi Magazin, 16.05.2011. (http://www.b92.net/biz/fokus/intervju.php?yyyy=2011&mm=05&nav_id=512427, 03.03.2014).
- DAI (2003): Serbia Local Government Reform Program. Reforming a Tradition is Our Plan for the Future, 05.03.2003, Development Alternatives, Inc., (<http://www.ige.hu/letolt/slgrp/SLGRPYear2.pdf>, 30.09.2014).
- Deloitte (2006a): Investment Opportunity. FADIP Bečej. Belgrade (Privatization Agency). (http://www.priv.rs/upload/company/document/e-teaser_16093.pdf, 22.03.2014).
- Deloitte (2006b): Investment Opportunity. PIK Bečej Poljoprivreda a.d. Bečej. Belgrade (Privatization Agency). (http://www.priv.rs/upload/company/document/e-teaser_21175.pdf, 22.03.2014).
- Dil Inženjering Konsalting (2006): Teaser. DP "Nitex" in Restructuring Niš. Belgrade (Dil Inženjering Konsalting).
- DIMITRIJEVIĆ, M. (2013): Imovina fabrike "Branka Dinić" u Knjaževcu pripala bivšim radnicima, Radio Televizija Bor, 31.03.2013. (<http://www.rtvbor.rs/ekonomija/8876-imovina-fabrike-branka-dinic-u-knjazevcu-pripala-bivsim-radnicima.html>, 05.04.2013).
- Direkcija za izgradnju Bečej (2011): Oglas. O prikupljanju ponuda radi otuđenja građevinskog zemljišta, 27.07.2011. (http://www.becej.rs/details/292-1_OGLAS1.pdf, 11.06.2014).
- DOJČINOVIĆ, S. (2011): Serbian Privatisation. Criminals still Cashing in. Balkan Insight, 04.11.2011. (<http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-privatisation-criminals-still-cashing-in>, 28.09.2012).

- eKapija (2013): Dzervin finally finds buyer. Knjazevac-based agribusiness sold to Agro-procesing for RSD 80.5 million, 01.03.2013. (<http://www.ekapija.com/website/en/page/694445/Dzervin-finally-finds-buyer-Knjazevac-based-agribusiness-sold-to-Agro-procesing-for-RSD-80-5-million>, 17.03.2014).
- eKapija (2013): Indonesische Instantsuppen und Spaghetti aus Indija. "Indofood" baut Produktionsstandort im Wert von 11 Mio. Euro ab Frühling 2014, 16.10.2013. (<http://www.ekapija.com/website/de/page/799749/Indonesische-Instantsuppen-und-Spaghetti-aus-In%C4%91ija-Indofood-baut-Produktionsstandort-im-Wert-von-11-Mio-Euro-ab-Fr%C3%BChling-2014>, 10.03.2014).
- eKapija (2013): Silicon Valley in Indjija. First stage of Embassy Techzones IT park construction totaling EUR 20 mil completed, 22.11.2013. (<http://www.ekapija.com/website/en/page/814981/Silicon-Valley-in-Indjija-First-stage-of-Embassy-Techzones-IT-park-construction-totaling-EUR-20-mil-completed>,10.03.2014).
- eKapija (2014): Serbia's California gets competition. Green light for Zagreb, Banjaluka negotiates IT park construction, 15.01.2014 (<http://www.ekapija.com/website/en/page/837020/Serbia-s-California-gets-competition-Green-light-for-Zagreb-Banjaluka-negotiates-IT-park-construction>, 10.03.2014).
- Embassy Techzones: IT Park Indjija. (<http://www.embassytechzones.rs/it-business-park-indjija/>, 12.09.2014).
- FILIPOVIĆ, G (2011): Benetton Buys Nitex Facilities to Set Up Production in Serbia, bloomberg.com, 13.05.2011. (<http://www.bloomberg.com/news/2011-05-13/benetton-buys-nitex-facilities-to-set-up-production-in-serbia.html>, 11.09.2012).
- fDi Intelligence (2008): European Cities and Regions of the Future 2008/2009. fDi Intelligence (February/March): 52–55. (<http://www.fdiintelligence.com/Rankings/European-Cities-Regions-of-the-Future-2008-09>, 24.06.2014).
- fDI Intelligence (2012): European Cities and Regions of the Future 2012/2013. Winners. fDi Intelligence(February/March): 50–82. (<http://www.fdiintelligence.com/Rankings/European-Cities-and-Regions-of-the-Future-2012-13>, 24.06.2014).
- GEDOŠEVIĆ, L. (2012): Investitore privukli brzim dozvolema. Pet najuspešnijih gradova u srbiji. BLIC, 16.07.2012: 8–9.

- ICMA International (2009): Promoting Local Economic Development Worldwide, 17.02.2009. (http://icma.org/en/Article/4358/Promoting_Local_Economic_Development_Worldwide, 05.06.2013).
- Indjija.net (2013): Cypriot company "Kostas A Zacharia " opened a factory in Indjija, 05.09.2013 (<http://www.indjija.net/News.aspx?Id=19162>, 10.03.2014).
- Indjija.net (2013): New greenfield investment in Indjija. The Indonesian company "Indofood" invest in Indjija, 17.10.2013 (<http://www.indjija.net/News.aspx?Id=19383>, 10.03.2014).
- JP PEU Resavica: Rudnici. RGP "Aleksinac" istorijat; RMU "Soko" istorijat. (<http://www.jppeu.rs>, 03.07.2013).
- LAKIĆ, S. (2013): Radulović. Konsultovao sam se sa Vladom oko ukidanja SIEPE. Blic online, 15.11.2013. (<http://www.blic.rs/Vesti/Ekonomija/420158/Radulovic-Konsultovao-sam-se-sa-Vladom-oko-ukidanja-SIEPE>, 20.01.2014).
- LAKIĆ, S. (2014): Neither Krstic knows the Number of People in Public Sector. Blic online, 07.03.2014. (<http://english.blic.rs/In-Focus/10256/Neither-Krstic-knows-the-number-of-people-in-public-sector>, 04.09.2014).
- MISP (Municipal Infrastructure Support Programme) (2008): Project Fact Sheet Indjija. Water Treatment Plant in Indjija and Replacement of Well Pumps. (<http://www.misp-serbia.rs/wp-content/uploads/2010/05/FS-Indjija-EN1.pdf>, 06.05.2013).
- NALED (National Alliance for Local Economic Development) (2011): Business Friendly Municipality. Certification Program. (<http://www.naled-serbia.org/documents/certification/NALED%20BFC%20brochure.pdf>, 12.04.2013).
- MIC (Medijski istraživački centar) (2011): „Srpsko hrvatski“ Beneton, 18.04.2011. (<http://www.mic.org.rs/2011/04/18/srpsko-hrvatski-beneton-2/comment-page-1/#comment-473>, 20.09.2012).
- PA (Privatization Agency Republic of Serbia) (2006): Potpisan ugovor o prodaji za DP Niška industrija tekstil "Ratko Pavlović – Nitkes u restrukturiranja, Niš, 13.11.2006. Beograd. (<http://www.priv.rs/upload/document/analizaprivatizacijewide.pdf>, 30.09.2014).
- PAVLOVIĆ, L. (2012): Traže pomoć predsednika Srbije. Knjazevacinfo, 16.10.2012. (<http://knjazevacinfo.rs/arhiva-vesti/privreda/4365-traze-pomoc-predsednika-srbije.html>, 05.04.2013).

- serbia-business.eu (2010): Benetton interested in Niteks, 28.06.2010. (<http://serbia-business.eu/benetton-interested-in-niteks/>, 20.09.2012).
- SIEPA (Serbian Import and Export Promotion Agency) (2012): Automotive Profile Serbia, June 2012. (<http://siepa.gov.rs/en/index-en/key-industries/automotive.html>, 12.08.2013).
- SIMOVIĆ, Đ. (2013): PIK Bečej: Odloženo proglašenje bankrota. Radio Televizija Vojvodine, 14.05.2013. (http://www.rtv.rs/sr_lat/vojvodina/becej/dan-odluke-za-buducnost-pik-becej_392105.html?utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+RtvPrivreda+%28RTV+Ekonomija%29, 03.03.2014).
- Službeni glasnik RS br. 115/2005: Zakon o hipoteci. (Republike Srbije). [*Hypothekengesetz*]
- Službeni glasnik RS br. 129/2007: Zakon o lokalnoj samoupravi. (Republike Srbije). [*Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung*]
- Službeni Glasnik RS br. 109/2009, 46/2010: Uredba o nomenklaturi statistički teritorijalnih jedinica. (Republike Srbije). [*Verordnung über die Einordnung der statistischen Gebietseinheiten*]
- Službeni glasnik RS br. 38/2001, 18/2003, 45/2005, 123/2007: zakon o privatizaciji. (Republike Srbije). [*Gesetz zur Privatisierung*]
- Službeni glasnik RS br. 21/2007: Strategiju regionalnog razvoja Republike Srbije za period od 2007. do 2012. godine. (http://narr.gov.rs/index.php/narr_en/About-regional-development/Legislative-and-Strategic-Framework-of-Regional-Development-Policy). [*Regionalentwicklungsstrategie der Republik Serbien für die Jahre 2007 bis 2012*]
- Sremska privredna komora: Baz braunfeld i ostalih investicionih lokacija u opštine Indija. Sremska Mitrovica (Sremska privredna komora). (<http://www.rpksrem.co.rs/down/braunfeldindj.pdf>, 02.10.2014).
- RTV (radio televizija Vojvodine) (2012): PIK Bečej u "radnom stečaju", 23.12.2012. (http://www.rtv.rs/sr_lat/vojvodina/pik-becej-u-radnom-stečaju_360089.html, 03.03.2014).
- The Slovenia Times (2013): Minister Questions Sale of Peko to Croatian Company. The Slovenia Times, 21.04.2013. (<http://www.sloveniatimes.com/minister-questions-sale-of-peko-to-croatian-company>, 19.06.2013).
- The Urban Institute (2013): IDG Project Description. Serbia – Municipal Economic Growth Activity (MEGA). (<http://www.urban.org/center/idg/projects/pdescrip.cfm?ProjectID=329>, 05.06.2013).

- USAID (2005): Program News Bulletin. USAID Serbia and Montenegro, Q3 2005. (http://serbia-montenegro.usaid.gov/upload/documents/Bulletin/USAID_Q3_2005.pdf, 06.06.2013).
- USAID (2008a): Serbian Local Government Reform (SLGRP). USAID Serbia. (<http://serbia.usaid.gov/usaids-programs/fueling-enterprise-development.80.html>, 06.06.2013).
- USAID (2008b): Serbia Receives its First Three Business Friendly Municipalities. USAID Serbia. (<http://serbia.usaid.gov/program-updates/latest-news-and-events/serbia.784.html>, 06.06.2013).
- USAID (2010): Secondary Materials and Waste Recycling Commercialization in Serbia 2009-2010. Part I Assessment, USAID Serbia, April 2010. (https://serbia.usaid.gov/upload/documents/SerbiaRecyclingAssessment_eng.pdf, 05.06.2013).
- USAID Serbia (2011): Municipal Economic Growth Activity (MEGA). USAID Serbia. (<http://serbia.usaid.gov/usaids-programs/sectors/developing-a-more-competitive-market-economy.76.html>, 05.06.2013).

Statistiken - Datenbanken

- Census 2002 (2004). Census of Population, Households and Dwellings. Book 9. Comparative Survey of Population 1948, 1953, 1961, 1971, 1981, 1991 and 2002. Data by localities. Belgrade. (Republic of Serbia, Statistical Office of the Republic of Serbia).
- Census 2011 (2011). Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of Serbia. First Results. Belgrade (Republic of Serbia, Statistical Office of the Republic of Serbia).
- Census 2011 (2012). Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of Serbia. Book 2. Age and Sex. Data by Settlements. Belgrade (Republic of Serbia, Statistical Office of the Republic of Serbia).
- Diva-gis. Free Spatial Data. (<http://www.diva-gis.org/gdata>, 01.10.2014).
- EBRD (1994-2012): Transition Report Archive. (<http://www.ebrd.com/pages/research/publications/flagships/transition/archive.shtml>, 01.10.2014).
- EBDR Economic Research and Data. Macro economic data. (<http://www.ebrd.com/pages/research/economics/data.shtml>, 01.10.2014).
- Eurostat: Datenbank. (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database, 01.10.2014).

- IMF World Economic Outlook Database. (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/index.aspx>, 01.10.2014).
- NALED Investment Database. (<http://www.naled-serbia.org/en/investments/index/Investment-database>, 11.03.2013).
- National Bank of Serbia: Statistics. (<http://www.nbs.rs/internet/english/80/index.html>, 02.10.2014).
- Oanda historische Wechselkurse. (<http://www.oanda.com/lang/de/currency/historical-rates/>, 01.10.2014).
- Opštine u Srbiji (1988-1991). Beograd (Socijalistička Republika Srbija, Republički zavod za statistiku). [*Gemeindejahrbücher der sozialistischen Republik Serbien in der SFRJ von 1988 bis 1991*]
- Opštine u Srbiji (1992-2012). Beograd (Republika Srbija, Republički zavod za statistiku). [*Gemeindejahrbücher der Republik Serbien von 1992 bis 2012*]
- PA. (Republic of Serbia, Privatization Agency). [*Privatisierungsdaten zu Bečej, Inđija und Knjaževac auf Anfrage*]
- Popis 1961: Popis stanovništva, domaćinstava i stanova. Nacionalni sastav stanovništva FNR Jugoslavije. Podaci po naseljima i opštinama. Beograd (Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija). [*Zensus der Bevölkerung in der SFRJ von 1961*]
- Popis 2002 (2005). Popis stanovništva, domaćinstava i stanova. Knjiga 20. Migranti. Podaci po opštinama. Beograd (Republika Srbija, Republički zavod za statistiku). [*Zensus 2002 der Republik Serbien zu Migration*]
- Popis Poljoprivrede 1960 (1967). Knjiga 2. Konačni rezultati popis društvenih i individualnih poljoprivrednih gazdnistava 1960. Beograd (Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija). [*Zensus der Landwirtschaft in der SFRJ von 1960*]
- SBRA Register. Companies. Financial Statements and Solvency. (Serbian Business Register Agency). [*Auszug zu Bečej, Inđija und Knjaževac aus dem serbischen Handelsregister auf Anfrage*]
- SIEPA Investment Database. Belgrade. (Republic of Serbia, Serbian Import and Export Promotion Agency). [*nicht frei verfügbar*]
- Statistički godišnjak SR Srbije (1985-1991). Beograd. (Socijalistička Republika Srbija, Republički zavod za statistiku). [*Statistische Jahrbücher der sozialistischen Republik Serbien in der SFRJ von 1985 bis 1991*]
- Statistički godišnjak Srbije (1992-2012). (Republika Srbija, Republički zavod za statistiku). [*Statistische Jahrbücher Serbiens in der BRJ, Serbien und Montenegros und der Republik Serbien von 1992 bis 2012*]

Statistika Industrije (1941). Statistika Industrije. Kraljevine Jugoslavije ca adresarom industriskih preduzeća. Beograd (Izdanje ministarstva trgovine i industrije). [*Gewerbestatistik des Königreich Jugoslawiens*]

SORS Database. (<http://webrzs.stat.gov.rs/WebSite/Public/ReportView.aspx>, 30.09.2014).

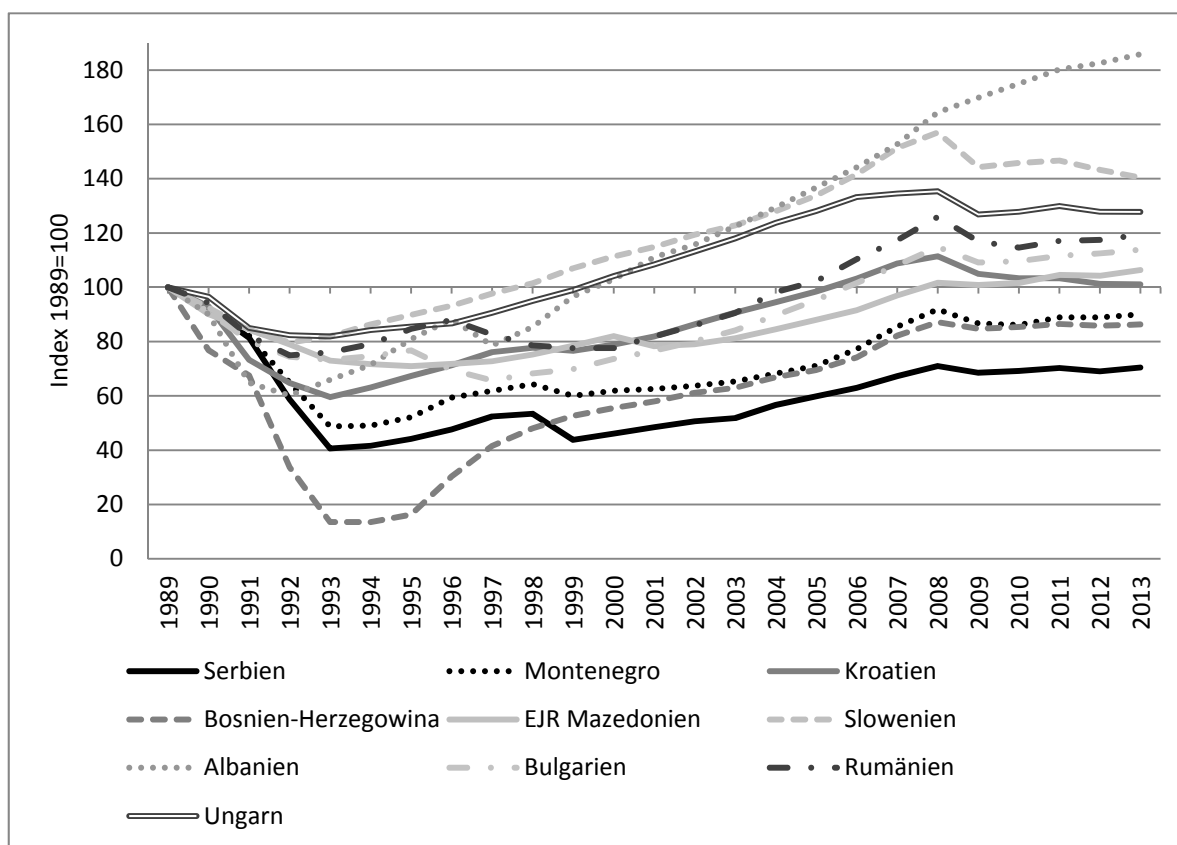
SORS Labour Force Surveys. Belgrade (Republic of Serbia, Statistical Office of the Republic of Serbia). (<http://webrzs.stat.gov.rs/WebSite/Public/PageView.aspx?pKey=3>, 30.09.2014).

VIP: FDI in Becej Municipality. Novi Sad (Republic of Serbia, Vojvodina Investment Promotion Agency). [*nicht frei verfügbar*]

VIP: FDI in Indija Municipality. Novi Sad (Republic of Serbia, Vojvodina Investment Promotion Agency). [*nicht frei verfügbar*]

World DataBank: World Development Indicators. (<http://databank.worldbank.org/data/home.aspx>, 01.10.2014).

Anhang



Anhang Abb. 1: Entwicklung des BIP in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas (Index 1989 = 100) (Daten: EBDR Economic Research and Data, IMF World Economic Outlook Database)

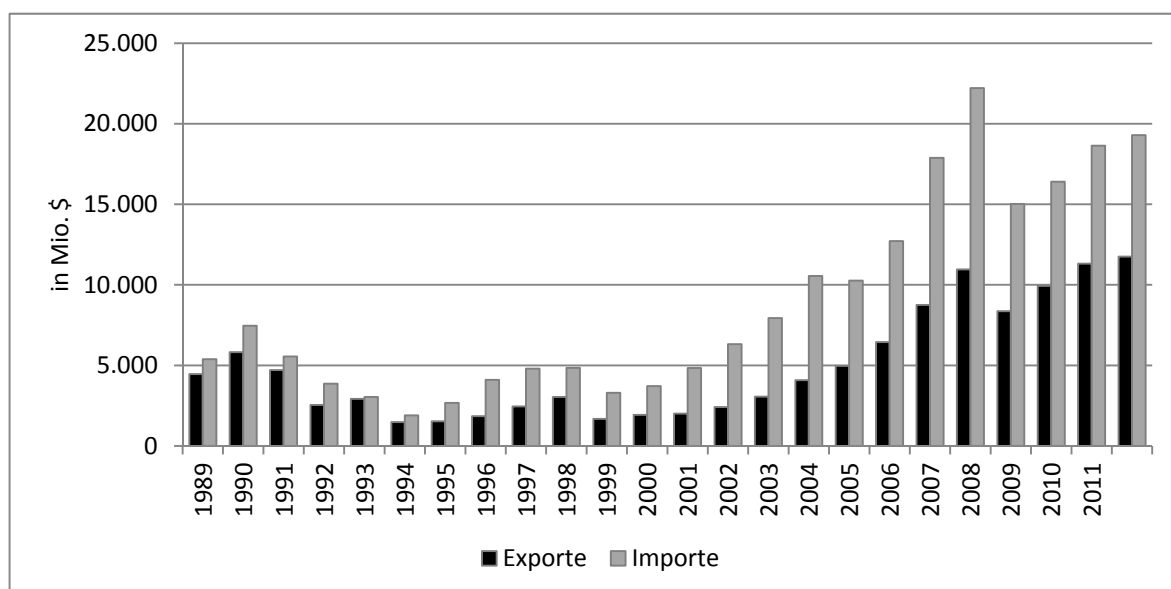
Anhang Tab. 1: BIP *per capita* (zu laufenden Preisen in US-Dollar) in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas, ausgewählte Jahre (Daten: IMF World Economic Outlook Database; EBDR Economic Research and Data)

Anmerkungen: * vorläufige Schätzungen; ** Der Wert beinhaltet das Kosovo und Montenegro

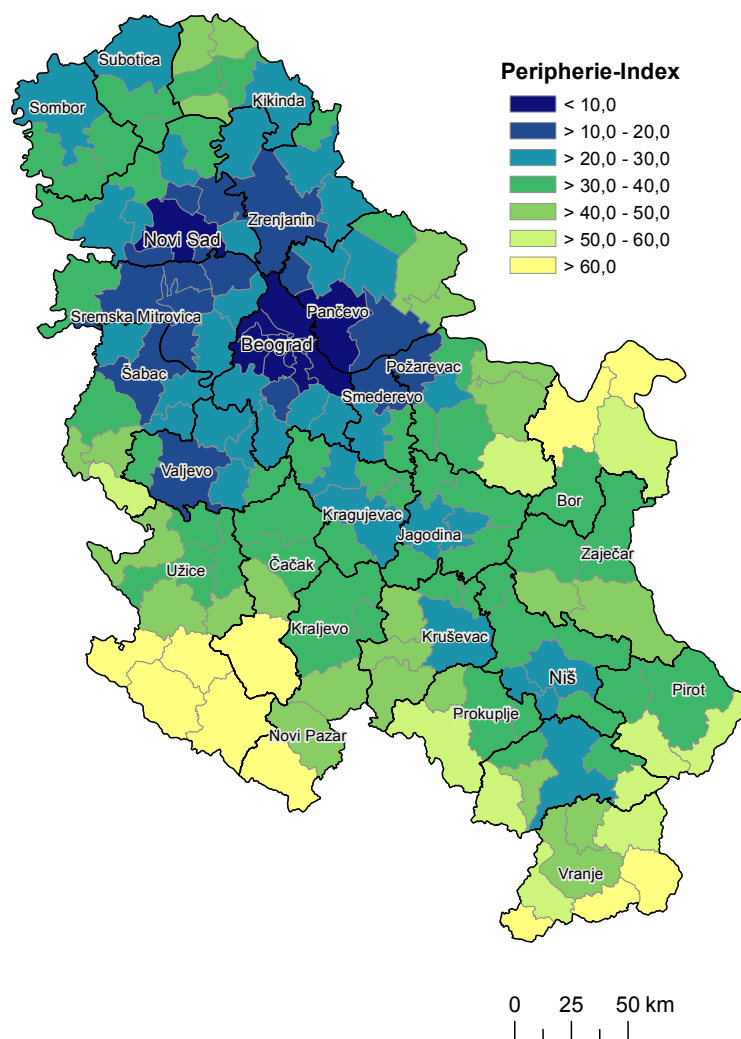
	1996	2001	2006	2011
Serbien	1.773**	1.478	3.957	5.725
Montenegro	k.A.	1.893	4.323	7.259
Bosnien-Herzegowina	819	1.523	3.191	4.690*
Kroatien	5.203	5.192	11.231	14.021*
EJR Makedonien	2.232	1.705	3.219	5.144
Slowenien	7.386	10.312	19.459	24.549
Albanien	984	1.323	2.860	4.019*
Bulgarien	1.187	1.758	4.329	7.312
Rumänien	1.579	1.818	5.687	8.540
Moldawien	391	407	949	1.971
Ungarn	4.517	5.169	11.167	13.916

Anhang Tab. 2: Rücküberweisungen nach Serbien und Anteil am BIP seit 2000 (IMF World Economic Outlook Database; World Bank Remittances Data; World Bank 2011)

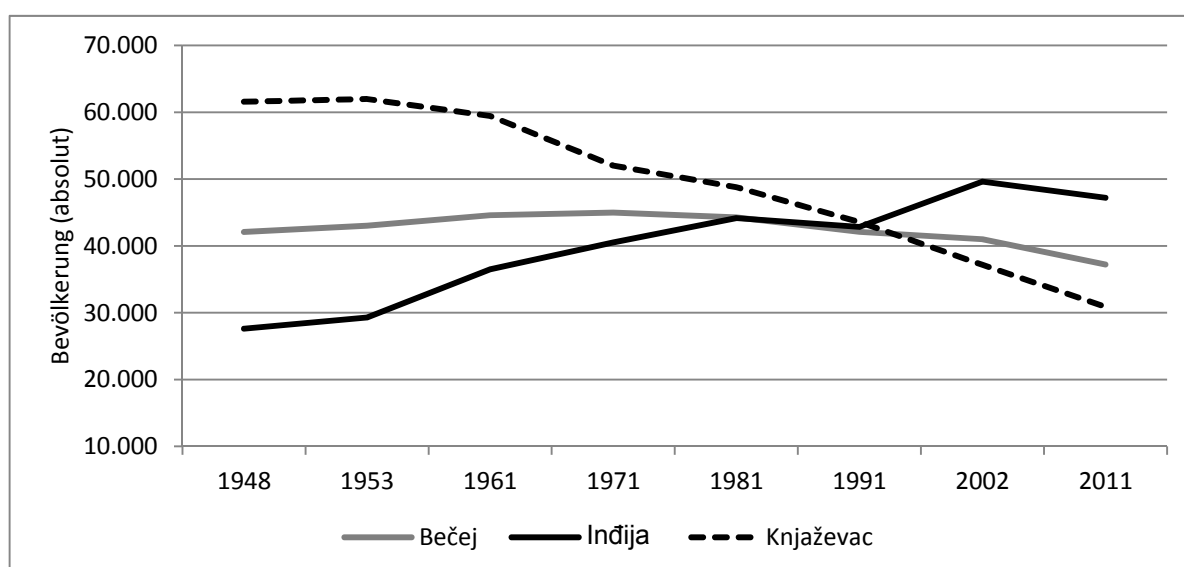
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Remissen in Mio. US\$ (<i>alte Methode</i> /neue Methode)	1.132	1.698	2.089	2.661	4.129	4.650	4.703
Anteil am BIP (<i>alte Methode</i> /neue Methode)	13,1%	14,9%	13,8%	13,6%	17,5%	18,6%	16,0%
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Remissen in Mio. US\$ (<i>alte Methode</i> /neue Methode)	5.377 / 3.062	5.538 / 2.708	5.406 / 3.933	3.349	3.271	2.763	
Anteil am BIP (<i>alte Methode</i> /neue Methode)	13,7% / 7,8%	11,6% / 5,7%	13,4% / 9,8%	9,1%	7,5%	7,3%	



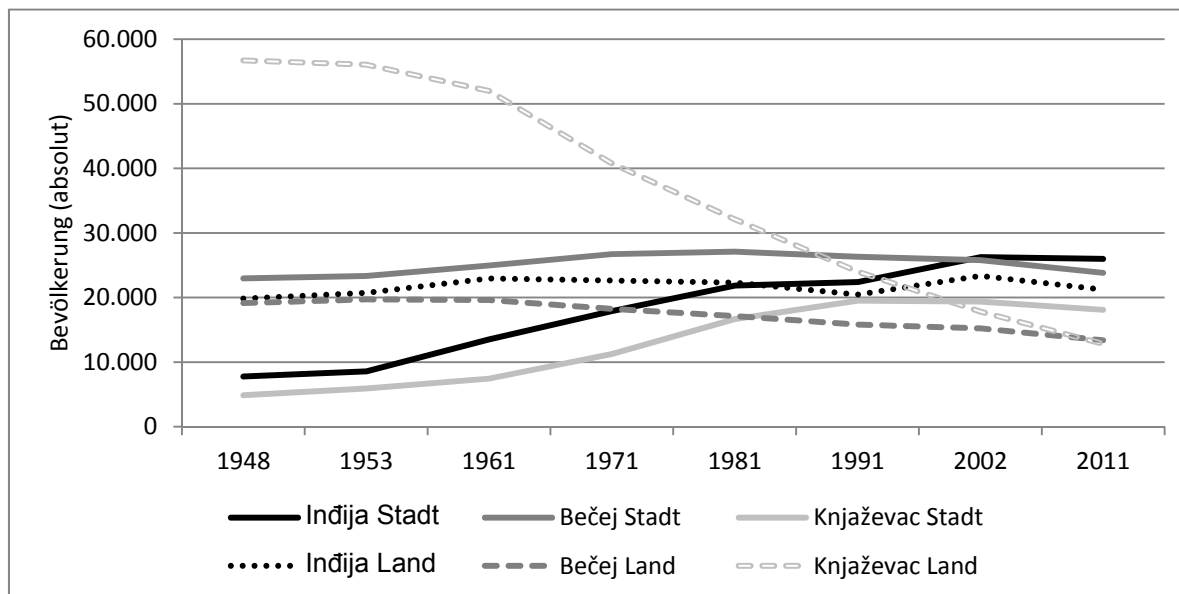
Anhang Abb. 2: Exporte und Importe der BRJ, Serbien und Montenegro bzw. der Republik Serbien (bis 2003 inkl. Montenegro) (Daten EBDR verschiedene Jahrgänge; National Bank of Serbia)



Anhang Abb. 3: Kartendarstellung des Index zur verkehrsinfrastrukturellen Konnektivität (Peripherie-Index) (eigene Berechnungen)



Anhang Abb. 4: Bevölkerungsentwicklungen der untersuchten Gemeinden nach den Zensus seit 1948 (Census 2002 Book 9; Census 2011)



Anhang Abb. 5: Bevölkerungsentwicklungen der untersuchten Gemeinden nach ländlichen Siedlungen und dem Verwaltungszentrum, nach den Zensus seit 1948 (Census 2002 Book 9; Census 2011)

Anhang Tab. 3: Interviews mit Administrationen, Agenturen und anderen Organisationen

Nummer	Person	Position	Agentur / Behörde	Datum
AA 01	Olivera Arandelović	Senior Project Manager	Privatisierungsagentur der Republik Serbien (PA), Belgrad	10.11.2011
AA 02	Sanda Emini	FDI Advisor	Vojvodina Investment Promotion Agency (VIP), Novi Sad	06.09.2012
AA 03	Maša Mitrović	Projektmanager	Regionale Entwicklungsagentur Bačka, Novi Sad	26.09.2012
AA 04	Danijela Čabarkapa	FDI Advisor	Serbische Agentur für Investitions- und Exportförderung (SIEPA), Belgrad	27.09.2012
AA 05	Alexander Grunauer	GIZ Projektleiter	GIZ Belgrad "Municipal Economic Development in the Danube Region"	27.09.2012
AA 06	Nikica Marinković	GIZ Projektmanager	GIZ Belgrad	28.09.2012
AA 07	Dragan Obrenović	Operations Officer	IFC Advisory Services, Weltbank Gruppe, Belgrad	28.09.2012
AB 01	Bojan Mandić	Mitarbeiter im Bereich Wirtschaft und Marketing	Lokales Wirtschaftsentwicklungsbüro (LEDO), Gemeinde Bečej	19.09.2012
AB 02	Miklós Gyurcsik	Mitarbeiter für regio. u. grenzübersch. Zusammenarbeit	Büro des Bürgermeisters, Gemeinde Bečej	26.09.2012
AI 01	Dragan Janković	Direktor	Lokales Wirtschaftsentwicklungsbüro (LEDO), Gemeinde Indija	12.09.2012
AI 02	Milivoje Simić	Stellvertretender Direktor	Bauamt, Gemeinde Indija	13.09.2012

AK 01	Maria Jelenković	Leitung	Wirtschaftsabteilung, Gemeinde Knjaževac	17.09.2012
AK 02	Miljan Randelović	Stellvertretender Bürgermeister	Gemeinde Knjaževac	17.09.2012
AK 03	Dragan Milutinović	Direktor	Lokale Entwicklungsagentur, Knjaževac	17.09. & 18.09.2012

Anhang Tab. 4: Interviews mit Mitarbeitern von Unternehmen; grau hinterlegt sind Kurzinterviews und Gesprächsnotizen

Nummer	Person	Position	Unternehmen	Datum
UN 01	Novica Stojković	Verwalter des Personalnachlasses	NITEKS d.p., Niš	15.11.2011
UN 02	Marko Smiljković	Journalist	Blic, Lokalredation Niš	15.11.2011
UN 03	k.A.	Ehemaliger technischer Direktor	NITEKS d.p., Niš	09.11.2011
UB 01	Zoran Popov	Generaldirektor und Vorstand	Linde Gas Serbia a.d., Bečej	27.09.2012
UB 02	Petar Maksimović	Stellvertretender Geschäftsführer Produktion und Vertrieb	PIK Bečej Poljoprivreda a.d., Bečej	27.09.2012
UB 03	Elizabet Dragicević	Technische Sekretärin	Knott Autoflex d.o.o., Bečej	27.09.2012
UI 01	Josef Hilmer	Geschäftsführer	I.G. Bauerhin d.o.o., Indija	19.03.2013
UI 02	Kaushik Haritha	Manager Business Development	Embassy Techzones d.o.o., Indija	22.11.2013
UK 01	Vladimir Rakodević	Eigentümer und Geschäftsführer	Serbina d.o.o., Knjaževac	15.09.2012
UK 02	Goran Popović	Leitender Manager der Einkaufsabteilung	Falc East d.o.o., Knjaževac	18.09.2012
UK 03	Lydia Rakodevic	Geschäftsführerin	S.C.S. Plus d.o.o., Knjaževac	17.09.2012
UK 04	k.A.	Sekretärin	Peko d.o.o., Knjaževac	18.09.2012
UK 05	k.A.	Geschäftsführer	Slide Group d.o.o., Knjaževac	18.09.2012
UK 06	k.A.	Geschäftsführerin	Beba Kids d.o.o., Knjaževac	18.09.2012
UK 07	Dejan Miljković	Geschäftsführer	SZR MDS d.o.o, Knjaževac	17.09.2012
UK 08	k.A.	Ehem. Geschäftsführer	Via Vai d.o.o. (ehem. Lantex d.o.o.)	18.09.2012
UK 09	k.A.	Sekretariat	Šukom d.o.o., Knjaževac	18.09.2012
UK 10	k.A.	Ehem. Mitarbeiter	IMT d.p., Knjaževac	16.09.2012
UK 11	k.A.	Ehem. Mitarbeiter	IMT d.p., Knjaževac	18.09.2012
UK 12	k.A.	Ehem. Mitarbeiter	Leda d.p., Knjaževac	15.09.2012
UK 13	k.A.	Ehem. Mitarbeiter	Leda d.p., Knjaževac	16.09.2012

Zeitpunkt	Unternehmen	Hauptaktivität	Käufer (Einzelpers. oder rechtl. Einheit)	Herkunft des Investors	Privatisierungsart	Anzahl der Beschäftigten	Buchwert (in Tsd. €)	Kaufpreis (in Tsd. €)	Investitionen (in Tsd. €)	Privatisierungsvertrag annulliert	Derzeitiger Status
2002	Remont	Kfz-Werkstatt	Rechtl. Einheit	Serbien	Auktion	80	374	126	35	nein	Aktiv (Motorflex- Remont)
2002	Sojaprotein	Herstellung von Ölen und Fetten	Rechtl. Einheit	Serbien	Kapitalmarkt	580	6.503	22.668	-	nein	Aktiv
2002	Ineks- Univerzal	Einzelhandel	Einzelperson	Serbien	Auktion	173	2.253	597	87	nein	Konkurs
2002	Jedinstvo	Herstellung von Bekleidung	Einzelperson	Serbien	Auktion	36	37	8	5	nein	Abgewickelt, Kapitalmarkt
2003	Diesel Centar Zedi	Kfz-Werkstatt	Einzelperson	Serbien	Auktion	26	103	100	31	nein	Aktiv
2003	Tisa	Herstellung von Bürsten	Einzelperson	Serbien	Auktion	79	221	23	31	nein	Inaktiv
2003	PIK Becej- Becejka	Herstellung von Futtermittel	Rechtl. Einheit	Serbien	Kapitalmarkt	238	1.146	642	-		Aktiv
2003	Trikoteks	Herstellung von Strickwaren	Einzelperson	Serbien	Auktion	110	1.294	72	365	nein	Konkurs
2003	FIT-Fasadna	Erzeugnisse aus Beton für die Bauindustrie	Rechtl. Einheit	Serbien	Auktion	218	1.716	815	385	nein	Aktiv
2005	PIK Becej Pivara	Brauerei	Einzelpers./ rechtl. Einheiten	Serbien	Einzelposten am Kapitalmarkt	289	11	8	-	nein	Abgewickelt, Kapitalmarkt
2005	PIK-Becej Mlinska Industrija	Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse	Einzelperson	Serbien	Auktion	230	1.460	744	203	nein	Aktiv (Becejka Pekara)
2005	Becejprevoz	Personenahverkehr	Einzelperson	Serbien	Kapitalmarkt	-	696	171	-	nein	Aktiv
2006	Zidar	Erzeugnisse aus Beton für die Bauindustrie	Einzelperson	Serbien	Auktion	6	674	370	14	nein	Aktiv
2007	8. Oktobar	Herstellung von Möbeln	Einzelperson	Serbien	Auktion	132	220	339	18	ja	Konkurs, Brownfield
2007	PIK Becej Pojojprivreda	Lebensmittelherstellung, Ackerbau	-	unklar	Kapitalmarkt (vorangeg. Priv.)	2.422	17.371	12.329	-	ja	Aktiv, Insolvenz
2007	Fadip Holding	Herstellung von Gummitellen	Rechtl. Einheit	Russland	Tender	698	1.631	135	-	Ja (Begründung der PA: „kontinuitet poslovanja“)	Konkurs
2009	BAG & DEKO	Verarbeitung und Konservierung von Früchten; Bekleidung für Kinder;	Rechtl. Einheit	Serbien	Auktion	102	5.351	5.017	371	nein	Lebensmittel- sparte BAG aktiv; DEKO abgewickelt
2009	Fadip Holding	Holding Aktivitäten	Rechtl. Einheit	Russland	Kapitalmarkt (nach annull. Priv.)	-	1.271	481	-	ja	Konkurs

Anhang Tab. 5: Privatisierungen (über 10 Beschäftigte oder Buchpreis über 100 Tsd. Euro) in der Kommune Becej unter dem Privatisierungsgesetz von 2001 (Stand Oktober 2012) (Daten: PA, SBRA Register, Auskunft der Kommune)

Zeitpunkt	Unternehmen	Hauptaktivität	Käufer (Einzelpers. oder rechtl. Einheit)	Herkunft des Investors	Privatisierungsart	Anzahl der Beschäftigten	Buchwert (in Tsd. €)	Kaufpreis (in Tsd. €)	Investitionen (in Tsd. €)	Privatisierungs- vertrag annulliert	Derzeitiger Status
2002	Vojvodina Produkt	Lebensmittelproduktion	Rechtl. Einheit	Serbien	Kapitalmarkt	62	487	469	-	nein	Aktiv (gekauft von Svisillon)
2002	Žitosrem	Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse	Einzelperson	Serbien	Kapitalmarkt	207	1.377	1.368	-	nein	Aktiv
2002	Bruno	Produktion von Metallbauteilen	Einzelperson	Serbien	Auktion	75	466	61	105	ja	Inaktiv (Jegra- Bruno)
2003	Gumaplast	Herstellung von Gummiwaren & Gummitteilen	Rechtl. Einheit	UK	Kapitalmarkt	370	1.952	1.185		nein	Konkurs
2003	Panonija	Produktion von Metalltüren & -fenster	Rechtl. Einheit	Serbien	Auktion	80	793	220	95	nein	Konkurs
2005	Agrounija	Lebensmittelleproduktion (Ackerbau)	Rechtl. Einheit	Serbien	Tender, Kapitalmarkt (vorangegangene Priv.)	540	12.254	2.500	5.090	nein	Aktiv
2006	Ukus	Einzelhandel	Einzelpersonen	Serbien	Einzelposten am Kapitalmarkt	120	364	138	-	nein	Aktiv
2008	Amtl. Veterinärstation	Veterinär	Einzelperson	Serbien	Auktion	22	13	376	7	ja	Aktiv

Anhang Tab. 6: Privatisierungen (über 10 Beschäftigte oder Buchpreis über 100 Tsd. Euro) in der Kommune Indija unter dem Privatisierungsgesetz von 2001 (Stand Oktober 2012) (Daten: PA, SBRA Register, Auskunft der Kommune)

Zeitpunkt	Unternehmen	Hauptaktivität	Käufer (Einzelpers. oder rechtl. Einheit)	Herkunft des Investors	Privatisierungsart	Anzahl der Beschäftigten	Buchwert (in Tsd. €)	Kaufpreis (in Tsd. €)	Investitionen (in Tsd. €)	Privatisierungsvertrag annulliert	Derzeitiger Status
2003	Timomed	Honigproduktion	Einzelperson	Serbien	Auktion	13	9	3	23	nein	Aktiv
2003	Nova Trgovina	Einzelhandel	Einzelperson	Serbien	Auktion	94	521	108	37	nein	Inaktiv
2003	NOTA	Verlag	Einzelperson	Serbien	Auktion	32	76	268	12	nein	Aktiv
2003	Timok	Druckerei	Einzelperson	Serbien	Auktion	22	16	7	15	nein	Aktiv
2004	Izbor	Einzelhandel	Einzelperson	Serbien	Auktion	34	87	9	6	nein	Inaktiv
2004	Leda / Falc East	Schuhherstellung	Rechtl. Einheit	Italien	Direktkauf	870	k.A.	k.A.	k.A.	nein	Aktiv
2004	Podvis term	Produktion von Heizsystemen	Einzelperson	Serbien	Auktion	133	293	142	81	nein	Aktiv
2005	Džervin PPK	Versch. Lebensmittelproduktion	Rechtl. Einheit	Serbien	Tender	624	4.051	80	2.540	ja	Konkurs
2006	Milipek	Mahl- und Schäl- und Schälenerzeugnisse	Rechtl. Einheit, Einzelpersonen	Serbien	Kapitalmarkt (nach annull. Priv.)	54	168	171	-	-	Abgewickelt, Kapitalmarkt
2006	KVARC	Herstellung von nicht-metallischen Mineralien	Einzelperson	Serbien	Kapitalmarkt	59	89	44	-	nein	Abgewickelt, Kapitalmarkt
2007	Džervin PPK	Versch. Lebensmittelproduktion	Einzelperson	Serbien	Kapitalmarkt (nach annull. Priv.)	-	1.035	44	-	-	Konkurs
2007	RGP – Inpos	Bauarbeiten	Einzelperson	Serbien	Auktion	35	49	159	43	ja	Inaktiv
2007	Industrosirovina	Recycling von Metall-Abfällen	Rechtl. Einheit	Serbien	Kapitalmarkt (nach annullierter Priv.)	194	0	23	-	-	Abgewickelt, Kapitalmarkt
2007	Road Company Knjaževac	Straßenbau	Einzelperson	Serbien	Auktion	92	183	149	3	ja	Abgewickelt
2007	Knjaževac RTV VG-4	TV-Anstalt	Einzelperson	Serbien	Auktion	24	34	71	27	ja	Abgewickelt
2008	Amtliche Veterinärstation	Veterinär	Einzelperson	Serbien	Auktion	21	22	111	11	ja	Inaktiv

Anhang Tab. 7: Privatisierungen (über 10 Beschäftigte oder Buchpreis über 100 Tsd. Euro) in der Kommune Knjaževac unter dem Privatisierungsgesetz von 2001 (Stand Oktober 2012) (Daten: PA, SBRA Register, Auskunft der Kommune)

Anhang Tab. 8: ADI in der Gemeinde Bečej von 2001 bis Juni 2013 (Daten: VIP, SIEPA, PA & SBRA Register)

Jahr der Investition	Unternehmen	Herkunftsland	Sektor	Investitionsart	Höhe Inv. (Mio. €)	Anzahl der Beschäftigten
2001	Linde Gas	Deutschland	Herstellung von technischen Gasen	Joint Venture	12	90
2003	Knott Autoflex	Ungarn	Herstellung von Komponente für Fahrgestelle und Bremssysteme	Greenfield	0,4	110
2004	Linde Gas	Deutschland	Herstellung von technischen Gasen	Reinvestition / neue Produktionslinie	4	0
2007	Fadip Holding	Russland	Herstellung von Gummikomponenten für Kraftfahrzeuge	Privatisierung	0,6	700
2009	Linde Gas	Deutschland	Herstellung von technischen Gasen	Reinvestition / Rekonstruktion	2	0
2010	Knott Autoflex	Ungarn	Herstellung von Komponente für Fahrgestelle und Bremssysteme	Reinvestition	1	24
2011	Delhaize	Belgien	Einzelhandel	Greenfield	3	40
2013	Quivogne	Frankreich	Landmaschinentechnik	Brownfield	1,5	30
2013	Mototrading	Tschech. Republik	Bau von Fahrrädern	Brownfield	k.A.	15

Anhang Tab. 9: ADI in der Gemeinde Indija von 2001 bis Juni 2013 (Daten VIP, SIEPA, NALED, PA & SBRA Register)

Jahr der Investition	Unternehmen	Herkunftsland	Sektor	Investitionsart	Höhe Inv. (Mio. €)	Anzahl der Beschäftigten
2003	Gumaplast	UK	Herstellung von Gummiwaren	Privatisierung	1,2	370
2005	Esca Food Solutions GmbH	Deutschland	Herstellung von Fleischprodukten	Greenfield	1,2	26
2006	OMV	Österreich	Herstellung und Verkauf von Erdöl und Erdgasprodukten	Greenfield	12	155
2006	Henkel	Deutschland	Herstellung von Klebstoffen	Greenfield	50	0
2006	Henkel	Deutschland	Herstellung von Klebstoffen	Reinvestition	6,6	37
2007	Martini gradnja	Italien	Bauindustrie, Produktion von Betonelementen	Greenfield	12	13
2007	Thyssen-Krupp	Deutschland	Stahlprofile und Vertrieb	Greenfield	12	42
2007	Merkator / Agrokor	Slowenien	Groß- und Einzelhandel	Reinvestition / Greenfield	6,5	100
2007	I.G. Bauerhin	Deutschland	Herstellung von Sitzheizungen für Kraftfahrzeuge	Brownfield	1,8	300
2007	Monbat	Bulgarien	Produktion und Recycling von Akkumulatoren	Greenfield	11	23
2008	Tradeunique Holding	Italien	Bau eines Gebäudekomplexes	Greenfield	40	k.A.
2008	RENERGIE Raiffeisen – Vetropark	Österreich	Energieversorgung	Greenfield	35	k.A.
2008	Izoterm Plama	Slowenien	Wärme- und Schalldämmung und Verpackungsmaterial	Greenfield	4	34
2008	Aha Plastic	Slowenien	Herstellung von Plastikprodukten	Greenfield	2,2	26
2008	Henkel	Deutschland	Herstellung von Klebstoffen	Reinvestition / Greenfield	k.A.	20
2010	Farmina Pet Foods Ltd.	Italien	Herstellung von Tiernahrung	Greenfield	8	50

2010	Cinkara Celje-Maksim grupa	Slowenien	Heiße Zinkbeschichtungen	Greenfield	21	50
2010	I.G. Bauerhin	Deutschland	Herstellung von Sitzheizungen für Kraftfahrzeuge	Greenfield / Rekapitalisierung	3,0	k.A.
2011	I.G. Bauerhin	Deutschland	Herstellung von Sitzheizungen für Kraftfahrzeuge	Reinvestition / neue Produktionsanlage	3,5	450
2011	Iteko partijer	Italien	Produktion synthetischer Garne für die Textilindustrie	Brownfield	k.A.	30
2011	Stirg metall	Österreich	Metallverarbeitung	Greenfield	3,5	k.A.
2012	Electrawinds Energo-Zelena	Belgien / Serbien	Sammlung von Abfällen	Greenfield	21	72
2012	Fashion house & Black oak	Serbien / UK	Outlet Center	Joint Venture / Greenfield	25	500
2012	Monbat	Bulgarien	Produktion und Recycling von Akkumulatoren	Reinvestition	k.A.	25
2013	Henkel	Deutschland	Herstellung von Klebstoffen	Reinvestition / Rekapitalisierung	15	k.A.
2013	Grundfos	Dänemark	Produktion von Industrie-Pumpen	Greenfield	50	5

Anhang Tab. 10: ADI in der Gemeinde Knjaževac von 2001 Juni 2013 (Daten SIEPA, PA & SBRA Register)

Jahr der Investition	Unternehmen	Herkunftsland	Sektor	Investitionsart	Höhe Inv. (Mio. €)	Anzahl der Beschäftigten
2004	Falc	Italien	Herstellung von Schuhen	Privatisierung	k.A.	870
2011	Peco	Slowenien	Herstellung von Schuhen	Brownfield	1,8	300

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von H. Becker, K. Garleff und W. Krings

- Band 1: HANS BECKER u. HORST KOPP [Hrsg.]
Resultate aktueller Jemen-Forschung - eine Zwischenbilanz. 1978. XII + 150 S.,
zahlr. Abb. u. (z.T. farbige) Photos.
Ladenpreis € 13,55
- Band 2: JOACHIM BURDACK
Entwicklungstendenzen der Raumstruktur in Metropolitan Areas der USA. 1985.
XII + 166 S., mit 45 Abb. und 54 Tab.
Ladenpreis € 17,28
- Band 3: JÖRG JANZEN
Die Nomaden Dhofars/Sultanat Oman. Traditionelle Lebensformen im Wandel.
1980. XXII + 314 S., 71 Abb., 35 Photos, 15 Tab.
Ladenpreis € 26,18
- Band 4: HANS BECKER [Hrsg.]
Kulturgeographische Prozeßforschung in Kanada - eine Bestandsaufnahme junger
Feldforschung. 1982. X + 329 S., reich illustriert.
Ladenpreis € 13,75
- Band 5: HELGA LIEBRICHT
Das Frostklima Islands seit dem Beginn der Instrumentenbeobachtung. 1983. XII
+ 110 S., 22 Tab., 47 Abb. im Text und als Beilage.
Ladenpreis € 15,65
- Band 6: RÜDIGER BEYER
Der ländliche Raum und seine Bewohner. Abgrenzung und Gliederung des
ländlichen Raumes, durchgeführt am Beispiel einer bevölkerungsgeographischen
Untersuchung des Umlandes von Bamberg und Bayreuth. 1986. XVIII + 182 S.,
21 Abb. und 37 Tab. im Text sowie 12 Karten als Beilage.
Ladenpreis € 20,96
- Band 7: K. GARLEFF; E.M.A. DE VAZQUEZ & H. WAHLE
Geomorphologische Karte 1: 100 000 'La Junta - Agua Nueva,
Mendoza/Argentinien'. Möglichkeiten und Ergebnisse geomorphologischer
Kartierungen und ihre einfarbige Darstellung. (Zweisprachige Ausgabe:
Deutsch/Spanisch). 1989. VII + 100 S., 9 Abb. im Text, 3 Karten als Beilage.
Ladenpreis € 19,22
- Band 8: FRANK SCHÄBITZ
Untersuchungen zum aktuellen Pollenniederschlag und zur holozänen Klima- und
Vegetationsentwicklung in den Anden Nord-Neuquéns, Argentinien. 1989. XII +
132 S., 40 Abb. im Text u. als Beilage, 2 Farbtafeln, 27 Tab.
Ladenpreis € 21,32
- Band 9: MANFRED GABRIEL
Boomstädte: ein prozessualer Stadttyp, erörtert an den Beispielen Fairbanks,
Whitehorse und Yellowknife. 1991. XIV + 208 S., mit 60 Abb. u. 29 Tab.
Ladenpreis € 18,41
- Band 10: HANS BECKER [Hrsg.]
Jüngere Fortschritte der regionalgeographischen Kenntnis über Albanien. Beiträge
des Herbert-Louis-Gedächtnissymposiums. 1991. VII + 184 S., 57 Abb. u. 36 Tab.
im Text u. einer Farbkarte Albanien (Beilage).
Ladenpreis € 13,50

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von H. Becker, K. Garleff und W. Krings

- Band 11: KARSTEN GARLEFF u. HELMUT STINGL [Hrsg.]
Südamerika: Geomorphologie und Paläoökologie im jüngeren Quartär. 1991. VIII + 394 S., mit 110 Abb. im Text u. 5 Beilagen.
Ladenpreis € 22,24
- Band 12: JOACHIM BURDACK
Kleinstädte in den USA. Jüngere Entwicklungen, dargestellt am Beispiel der Upper Great Lakes Area. 1993. XII + 194 S., mit 70 Abb. und 14 Tab.
Ladenpreis € 15,29
- Band 13: THOMAS HÖFNER
Fluvialer Sedimenttransfer in der periglazialen Höhenstufe der Zentralalpen, südliche Hohe Tauern, Osttirol. Bestandsaufnahme und Versuch einer Rekonstruktion der mittel- bis jungholozänen Dynamik. 1993. XI + 125 S., mit 94 Abb. und 13 Tab.
Ladenpreis € 15,24
- Band 14: HARALD STANDL
Der Industrieraum Istanbul. Genese der Standortstrukturen und aktuelle Standortprobleme des verarbeitenden Gewerbes in der türkischen Wirtschaftsmetropole. 1994. XVI + 177 S., mit 37 Tab., 12 Abb. und 15 Kartenbeilagen.
Ladenpreis € 18,02
- Band 15: KARSTEN GARLEFF u. HELMUT STINGL [Hrsg.]
Landschaftsentwicklung, Paläoökologie und Klimageschichte der Ariden Diagonale Südamerikas im Jungquartär. 1998. VIII + 401 S., mit 129 Abb. und 19 Tab.
Ladenpreis € 23,20
- Band 16: CHRISTIAN KECK
Zeitschnitte durch die Stadtentwicklung von Halberstadt im 19. und 20. Jahrhundert. Fallstudie zur städtebaulichen Kontinuität einer traditionsreichen Mittelstadt des nordöstlichen Vorharzgebietes. 1997. X + 98 S., mit 12 Skizzen und 7 Kartenbeilagen.
Ladenpreis € 18,46
- Band 17: FRANK SCHÄBITZ
Paläoökologische Untersuchungen an geschlossenen Hohlformen in den Trockengebieten Patagoniens. 1999. XVI + 239 S., mit 51 Tab., 85 Abb. und 12 Kartenbeilagen.
Ladenpreis € 27,97
- Band 18: DANIEL GÖLER
Postsozialistische Segregationstendenzen: Sozial- und bevölkerungsgeographische Aspekte von Wanderungen in Mittelstädten der Neuen Länder. Untersucht an den Beispielen Halberstadt und Nordhausen. 1999. XIV + 155 S., mit 5 Tab., 19 Abb. und 41 Karten.
Ladenpreis € 13,91

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von H. Becker, A. Dix, K. Garleff, D. Göler und G. Schellmann

- Band 19: FRANK SCHÄBITZ u. HELGA LIEBRICHT [Hrsg.]
Beiträge zur quartären Landschaftsentwicklung Südamerikas. Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Karsten Garleff. 1999. XXXII + 255 S., mit 19 Tab., 75 Abb. und 22 Photos.
Ladenpreis € 24,54 (vergriffen)
- Band 20: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Von der Nordseeküste bis Neuseeland. Beiträge zur 19. Jahrestagung des Arbeitskreises „Geographie der Meere und Küsten“ vom 24. – 27. Mai 2001 in Bamberg. 2001. VIII + 299 S., mit 19 Tab., 136 Abb. und 15 Photos.
Ladenpreis € 21,88
- Band 21: CHRISTIAN FIEDLER
Telematik im ländlichen Raum Bayerns. Möglichkeiten und Grenzen zur Minderung von Standortnachteilen. 2002. XIV + 170 S., mit 29 Abb. und 18. Tab.
Ladenpreis € 17,60
- Band 22: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2002 – 2007, Teil I: Holozäne Meeresspiegelschwankungen – ESR-Datierungen aragonitischer Muschelschalen – Paläotsunamis. 2007. VIII + 199 S., mit 26 Tab., 56 Abb. und 10 Photos.
Ladenpreis € 22,50
- Band 23: CHRISTOPH BAUMANN
Die albanische „Transformationsregion“ Gjirokastra. Strukturwandel im 20. Jahrhundert, räumliche Trends und Handlungsmuster im ruralen Raum. 2008. XVI + 306 S., mit 45 Abb., 10 Tab., 60 Fotos und 24 Karten.
Ladenpreis € 25,40
- Band 24: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2002-2008, Teil II: Studien zur quartären Talgeschichte von Donau und Lech. 2010. VIII + 241 S., mit 22 Tab., 78 Abb. und 8 Photos.
Ladenpreis € 43,75
- Band 25: JASMIN KÜSPERT
Kunsteinrichtungen im ländlichen Raum. Geographische Aspekte künstlerischer Einrichtungen abseits ihrer kernstädtischen Traditionsstandorte. 2011. XIV + 316 S., mit 51 Abb. und 7 Tab.
Ladenpreis € 29,90

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von A. Dix, D. Göler, M. Redepenning und G. Schellmann

Band 26: HOLGER LEHMEIER

Warum immer Tourismus? Isomorphe Strategien in der Regionalentwicklung. 2015. XVI + 310 S., mit 16 Tab., 25 Abb. ISBN 978-3-86309-306-8
Ladenpreis € 21,50

Band 27: MATTHIAS BICKERT

Welterbestädte Südosteuropas im Spannungsfeld von Cultural Governance und lokaler Zivilgesellschaft. Untersucht am Beispiel Gjirokastra (Albanien). 2015. XX + 363 S., mit 19 Tab., 84 Abb. und 5 Karten. ISBN 978-3-86309-300-6
Ladenpreis € 21,00

Band 28: ANDREAS WINKLER

Räumliche Differenzierung und lokale Entwicklung. Divergente Transformationspfade am Beispiel serbischer Kommunen. 2015. XV + 337 S., mit 36 Tab., 48 Abb. ISBN 978-3-86309-318-1
Ladenpreis € 23,50

Verlag: University of Bamberg Press · Bamberg · Bezug durch den Buchhandel und direkt

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

SONDERFOLGE

(ISSN 0175-3894)

Herausgegeben von H. Becker, K. Garleff und W. Krings

Nr. 1: GÜNTER TIGGESBÄUMKER

Die Altkartenbestände der Staatlichen Bibliothek Ansbach - handgezeichnete und gedruckte Karten und Pläne des 16. bis 19. Jahrhunderts. 1983. VIII + 164 S., mit 35 z.T. farbigen Abb.

Ladenpreis € 15,03

Nr. 2: HANS BECKER u. JOACHIM BURDACK

Amerikaner in Bamberg. Eine ethnische Minorität zwischen Segregation und Integration. 1987. XVI + 190 S., mit 12 Karten und 19 Abb.

Ladenpreis € 19,74

Nr. 3: Vergangene jüdische Lebenswelten im Bamberger Raum: ländliche Armutsinseln - städtisches Villenviertel. Mit Beiträgen von KARL-HEINZ-MISTELE und VOLKMAR EIDLOTH. 1988. VIII + 154 S., mit 12 Kartenbeilagen und 65 Abb.

Ladenpreis € 14,57

Nr. 4: JÜRGEN KRIPPNER

Folgen des Verlustes von verordneter Zentralität in kleinen Versorgungsorten des ländlichen Raumes. Eine Bilanz der Kreisgebietsreform in Bayern an Beispielen aus Franken. 1993. XVI + 149 S., mit 10 Abb. und 39 Tab.

Ladenpreis € 15,29

Nr. 5: KARSTEN GARLEFF u. PETER KRISL

Beiträge zur fränkischen Reliefgeschichte. Auswertung kurzlebiger Großaufschlüsse im Rahmen von DFG-Projekten. 1997. XVI + 256 S., mit 80 Abb. und Kartenbeilagen.

Ladenpreis € 34,41

Nr. 6: HANS BECKER [Hrsg.]

Beiträge zur Landeskunde Oberfrankens. Festschrift zum 65. Geburtstag von Bezirkstagspräsidenten Edgar Sitzmann. 2000. XXVI + 263 S., mit 42 Abb. und 15 Tab.

Ladenpreis € 21,47

Nr. 7: HANS BECKER u. INGOLF ERICSSON [Hrsg.]

Mittelalterliche Wüstungen im Steigerwald. Bericht über ein Symposium des Zentrums für Mittelalterstudien der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 3. Februar 2001. 2004. VII + 140 S., mit 36 Abb. und 5 Tab.

Ladenpreis € 15,10

Nr. 8: TANJA ROPPELT

Innerstädtische Viertelbindungen in Mittelstädten. Das Beispiel Bamberg. 2002. XIV + 211 S., mit 32 Karten, 26 Abb. und 28 Tab.

Ladenpreis € 20,00

Selbstverlag des Instituts für Geographie an der Universität Bamberg · Bamberg
Bezug durch den Buchhandel

**BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN
SONDERFOLGE**

(ISSN 0175-3894)

Herausgegeben von A. Dix, D. Göler, M. Redepenning und G. Schellmann

- Nr. 9: PATRICK SCHIELEIN
Jungquartäre Flussgeschichte des Lechs unterhalb von Augsburg und der angrenzenden Donau. 2012. XI + 134 S., mit 44 Abb. und 9 Tab.
Ladenpreis € 21,00
- Nr. 10: BENJAMIN GESSLEIN
Zur Stratigraphie und Altersstellung der jungquartären Lechterrassen zwischen Hohenfurch und Kissing unter Verwendung hochauflösender Airborne-LiDAR-Daten. 2012. IX + 149 S., mit 69 Abb. und 8 Tab.
Ladenpreis € 27,50
- Nr. 11: JOCHEN HOFMANN
Obstlandschaften 1500 - 1800. Historische Geographie des Konsums, Anbaus und Handels von Obst in der Frühen Neuzeit. 2014. 569 S., mit 20 Abb. und 69 Tab.
Ladenpreis € 29,50
-

Verlag: University of Bamberg Press · Bamberg · Bezug durch den Buchhandel und direkt



Die Länder Südosteuropas sind von enormen regionalen Ungleichheiten geprägt. Diese sozioökonomischen Polarisierungen können sowohl auf globale Zusammenhänge und eine sich weiter ausdifferenzierende Wirtschaft als auch auf langanhaltende Folgen der jeweiligen postsozialistischen Transformationen zurückgeführt werden. Besonders zu bewerten sind jene Prozesse in Serbien. Hier bestanden zum einen durch den jugoslawischen „Marktsozialismus“ gute Ausgangsvoraussetzungen für Reformen; zum anderen wurde das Land durch die ein Jahrzehnt andauernde Isolation und Desintegration wirtschaftlich und gesellschaftlich weit zurückgeworfen.

Die Diskrepanz zwischen einer unterbrochenen bzw. verzögerten Transformation einerseits und den Erfordernissen globaler Integration andererseits spiegelt sich in den räumlichen Disparitäten des krisengebeutelten Landes wider. Detaillierte Analysen zu einzelnen Gemeinden offenbaren dabei einen belastbaren Blick auf die gesamte Bandbreite divergenter Entwicklungspfade innerhalb dieses Kontextes. Insbesondere auf der lokalen Ebene lassen sich die strukturellen und institutionellen Ursachen der räumlichen Ausdifferenzierung und damit des Niedergangs der einen oder des Aufschwungs der anderen Kommune unmittelbar identifizieren. Weit zurückreichende Pfadabhängigkeiten sowie eine Folge von Reorganisationen und Rekombinationen können lokale Investitionsmöglichkeiten schaffen oder verhindern, während verfestigte industrielle Strukturen oft zu lokalen Krisen führen, jedoch auch alternative Formen des lokalen Wirtschaftens hervorbringen können.

eISBN: 978-3-86309-319-8



9 783863 093198

www.uni-bamberg.de/ubp/

